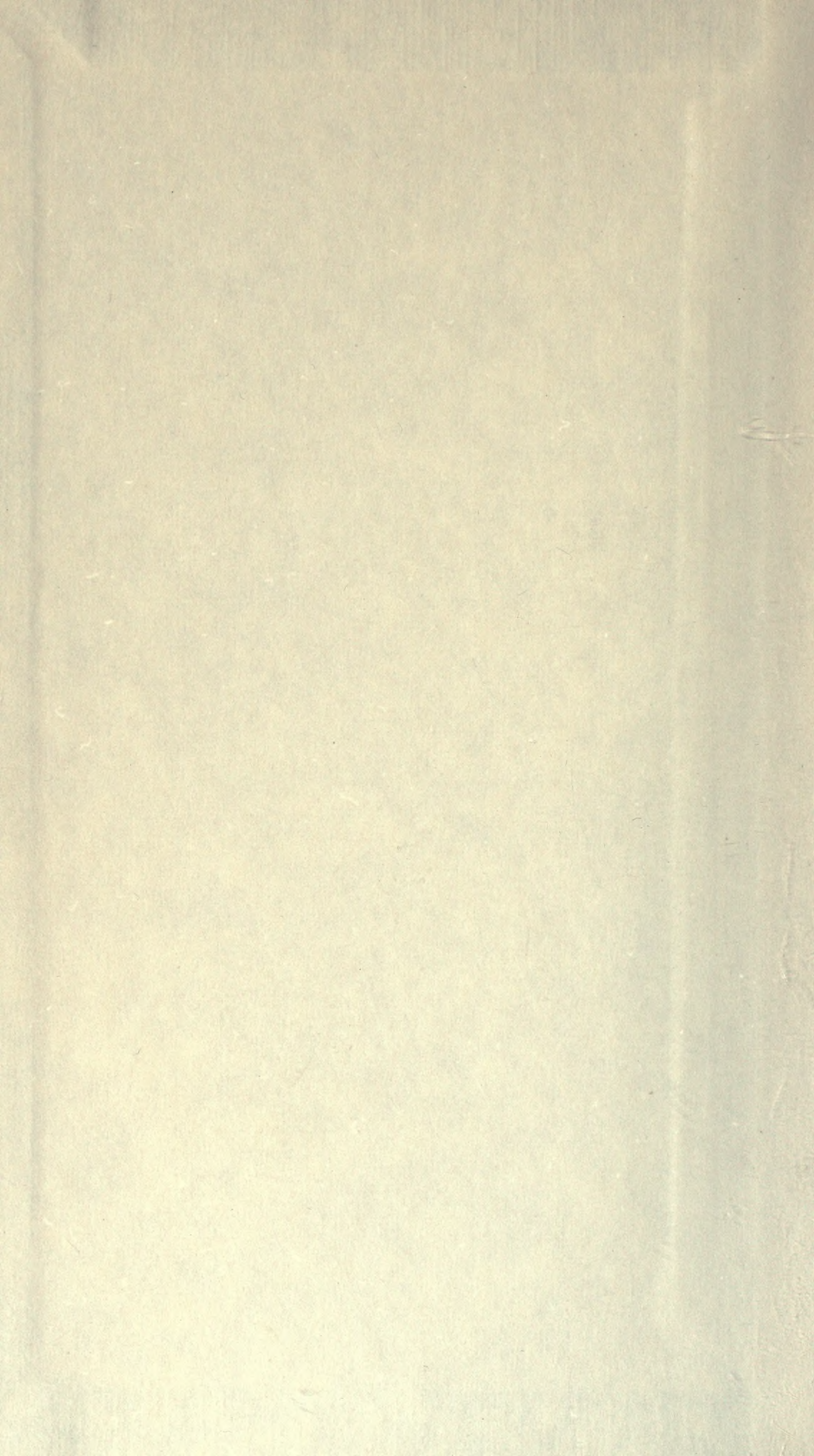
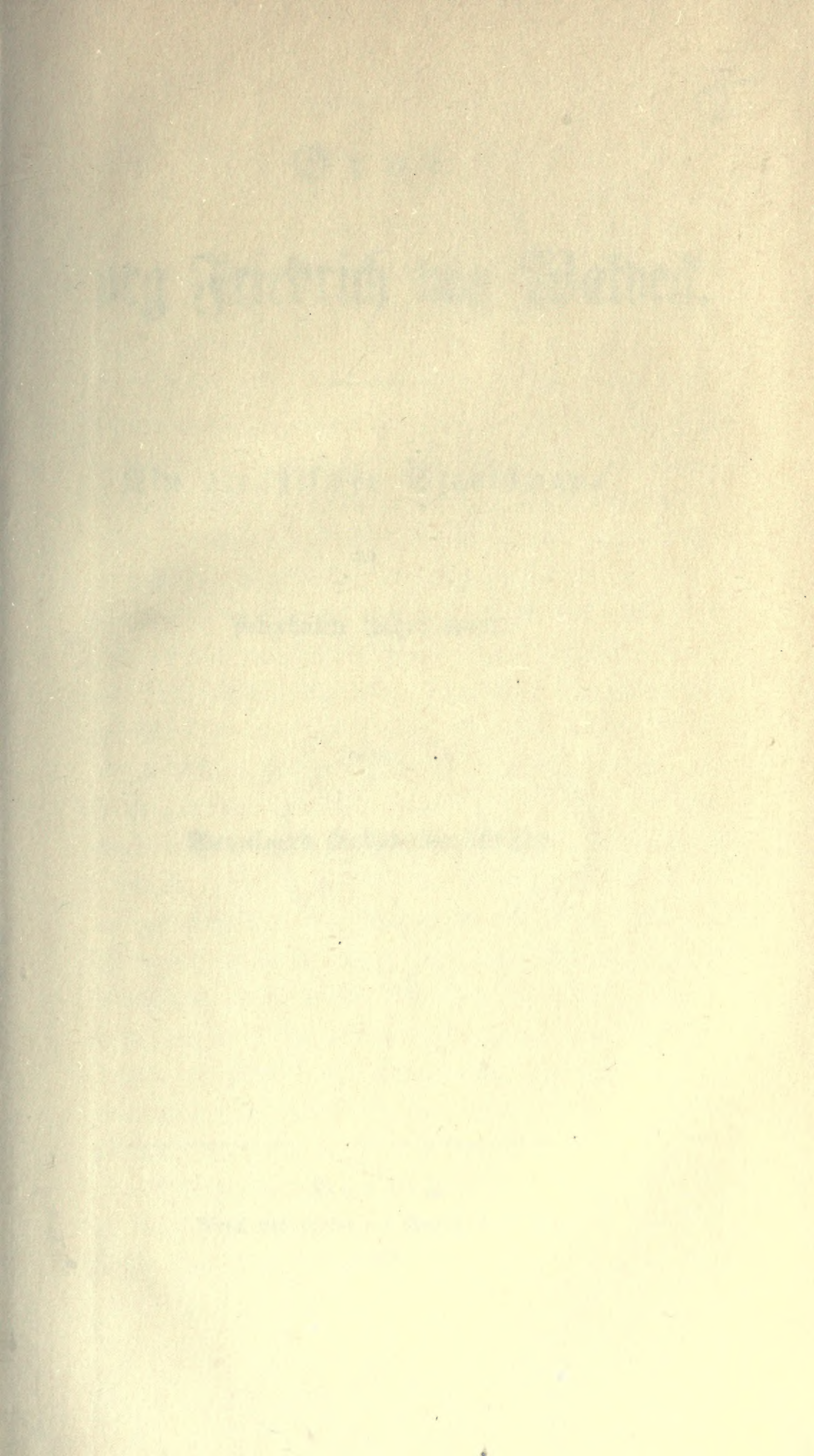








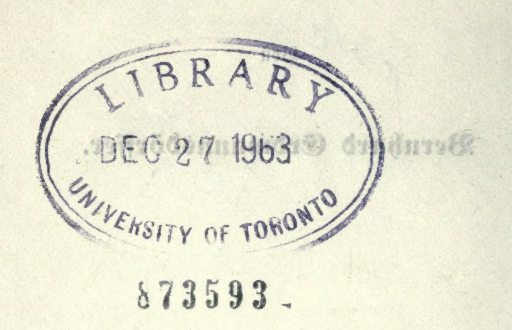
Graf
Georg Friedrich von Waldeck.

Ein preußischer Staatsmann
im
siebzehnten Jahrhundert.

Von

Bernhard Erdmannsdörffer.

Berlin.
Druck und Verlag von Georg Reimer.
1869.


LIBRARY
DEC 27 1963
UNIVERSITY OF TORONTO

Vorrede.

In dem vorliegenden Buche wird zum ersten Male eingehend die Thätigkeit eines brandenburgisch-preußischen Staatsmannes behandelt, dessen Name wenig genannt und dem auch in den ausführlicheren Darstellungen der preußischen Geschichte bisher nirgends eine mehr als beiläufige Erwähnung zu Theil geworden ist.

Im Verlaufe von Studien über das Zeitalter des großen Kurfürsten bin ich dazu gelangt, das Wirken dieses Mannes in einem anderen Lichte zu erblicken, ihn als eine Erscheinung von selbständiger Bedeutsamkeit zu erkennen und für ihn eine höhere Stelle in der Reihe der preußischen Staatsmänner in Anspruch zu nehmen, als ihm bis jetzt zuerkannt zu werden pflegte.

Diesen Anspruch auszuführen und zu begründen ist der Zweck meines Buches.

Nur eine kurze Reihe von Jahren, von 1651 bis 1658, hat Graf Georg Friedrich von Waldeck dem Dienste des brandenburgischen Staates angehört. Sein Wirken während dieser Zeit als Minister und General des Kurfürsten Friedrich Wilhelm hat nur zum Theil den Vortheil genossen, sich an Bestrebungen und Ereignisse von dauerndem Erfolg und glücklichen Nachwirkungen zu heften, mit deren Andenken auch seinem Namen die gebührende Stelle in der Erinnerung des preußischen Staates geblieben wäre. Das Bedeutendste von dem, was er gewollt und versucht, ist selbst der Mehrzahl der Zeitgenossen, sogar in nahestehenden Kreisen, unbekannt geblieben.

Dennoch war diese Thätigkeit auf die höchsten Ziele gerichtet. Wir erkennen in diesem westfälischem Reichsgrafen im Dienste des großen Kurfürsten, auf Grund vertrautester bis jetzt großentheils unbekannt gebliebener Actenstücke, einen der fähigsten und energischsten politischen Köpfe, welche die zweite Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts in Deutschland aufweis't. Unter seiner Leitung hat der brandenburgisch-preußische Staat zum ersten Male den Versuch unternommen, als führende Macht an die Spitze eines umfassenden deutschen Fürstenbundes zu treten, der in seiner Weiterbildung zu einer Reform der deutschen Reichsverfassung führen sollte; und ich hoffe nicht zu viel gesagt zu haben, wenn ich für Waldeck das Verdienst in Anspruch nehme, über hundert Jahre vor dem Fürstenbunde Friedrichs des Großen im wesentlichen die gleichen Ideen gehegt und an ihrer Verwirklichung gearbeitet zu haben.

So daß dieser Graf von Waldeck vielleicht der Erste gewesen ist, welcher den allgemeinen nationalen Beruf des preußischen Staates praktisch erkannt und ein System politischer Bestrebungen auf den Glauben an die Zukunft desselben gebaut hat, auf den Glauben an diesen Staat, „von dessen Erhaltung und Vergrößerung ich das Heil meines Vaterlandes abhängig erkenne“.

Von allem, was das vorliegende Buch etwa an Resultaten bieten mag, würde ich auf dieses den größten Werth legen, sofern es mir gelungen wäre, das angedeutete Verhältniß überzeugend festzustellen. Ich würde meinen, daß hiermit eine Thatsache von einigem Gewicht für die Kenntniß der geschichtlichen Stellung des preußischen Staates in unserer deutschen politischen Entwickelung gewonnen wäre.

Ich unterlasse es hier, auf die anderen Seiten von Waldeck's Thätigkeit während jener Zeit hinzuweisen. Die Art derselben machte es unerläßlich, die allgemeinen brandenburgischen und deutschen Zeitverhältnisse in eingehender Weise in die Darstellung hereinzuziehen.

Indem ich aber in diesem Buche versucht habe, für die Persönlichkeit und das Wirken dieses einzelnen, bisher so wenig genannten Mannes ein allgemeineres Interesse in Anspruch zu nehmen, so kann ich hier einige Bemerkungen nicht zurückhalten, die zum Theil wol jedem gekommen sein mögen, der sich näher mit der Geschichte dieser Zeit beschäftigt hat.

Wie erstaunlich wenig ist es doch, was in dem gemeinhin geltenden Bilde der Geschichte des großen Kurfürsten an Kenntniß der anderen mitwirkenden Persönlichkeiten geboten wird, wie dürftig und blaß der Apparat, so zu sagen, von begleitenden und vermittelnden Nebenfiguren. Bei Friedrich dem Großen lebt der Kreis von Männern, die im Rath und im Felde, in der Muse literarischer Beschäftigungen und bei der schweren Arbeit am Staat sich um ihn schaarten, unvergänglich in dem Gedächtniß Aller; wir nennen den König nicht, ohne daß eine ganze Reihe wolbekannter Gestalten neben ihm in unserer Erinnerung auftaucht. Den Männern des großen Kurfürsten ist ein minder günstiges Loos zu Theil geworden. Keiner von ihnen hat eine Stelle in dem lebendigen Gedächtniß unseres Volkes, und als erster Gründungsheld seines Staates steht der große Kurfürst fast mythisch in einsamer Größe da. Man wäre fast versucht, es bedeutsam zu nennen, daß an dem Denkmale Friedrichs des Großen ein Saum lebendiger historischer Gestalten den Sockel umgibt, während zu Füßen des mächtigen Reiterbildes auf der Kurfürstenbrücke es unpersönliche, schwer zu deutende allegorische Figuren sind, die dort ihre wunderlichen Actstellungen ausführen.

Dieser Mangel vermittelnder und, so zu sagen, erläuternder Nebenfiguren hat für die Gestaltung des historischen Bildes dieses Fürsten die Wirkung gehabt, daß er selbst dadurch in eine für lebendiges Ergreifen und Verstehen ungünstige Ferne, in die Ferne einer halbmythischen Figur beinahe, gerückt wird. Es sind nur höchst allgemeine

Umrisse, die mit wirklicher Beglaubigung feststehen. Mancherlei läßt sich zur Erklärung dieses Umstandes von der Beschaffenheit der Quellen herleiten, und eben diese ist wieder der Ausfluß gewisser Grundverhältnisse in der allgemeinen geistigen Disposition des Zeitalters überhaupt. Vor allem aber jener Mangel ist von dem größten Einfluß: es fehlen die verbindenden Mittelglieder, die Maßstäbe ähnlich gearteter oder kleinerer und mittlerer Erscheinungen, an denen sich erst das Große messen läßt; es fehlt das lebensvolle Detail der Persönlichkeiten, der Charaktere, der Ansichten in ihren Reibungen an einander; es fehlt mit diesem allem das eigentliche Gefühl der Atmosphäre, in welcher die Hauptfigur selbst stand und von welcher ihr Wesen doch vielfältig mitbedingt sein mußte.

Eben für die Weise dieser Bedingheit aber entgehen uns fast durchaus die Mittel zu genauerer Erkenntniß.

Wie wurde im Einzelnen und Concreten, und mit welchen persönlichen Kräften, die große Arbeit vollbracht, durch welche die zersplitterten Bruchtheile deutschen Landes und Volkes unter dem großen Kurfürsten zuerst zu einem wirklichen Staat zusammenzuwachsen begannen? In welchen Antheilen der Mitwirkung und des Verdienstes verhielten sich dabei zu einander die verschiedenen thätigen Kräfte: das hohe politische Talent des Fürsten selbst, bedeutende Männer, die neben ihm standen, die Gesammtheit des allmälig sich heranbildenden Beamtenthums, die Macht allgemeiner, dem ganzen Zeitalter angehörender Gedanken und der Einfluß fremder Vorbilder, wie auch die den Einwirkungen aller jener Kräfte etwa entgegenkommende und mitarbeitende Begabung des Volksmaterials selber?

Fragen der wichtigsten Art ohne Zweifel für das wirkliche innere Verständniß dieses Bildungsprocesses, aber auf welche wir noch weit entfernt sind eine irgend genügende Beantwortung vor uns zu sehen.

Denn sehr unproductiv ist im Grunde doch jene Antwort, die

uns hier gewöhnlich entgegengebracht wird: die Vorstellung von einer gewissen abstracten staatsgründenden Genialität des großen Kurfürsten, zu welcher das gesammte übrige Material von Stoffen und Kräften, sich gleichsam nur als schwere widerstrebende Masse und besten Falles als gefüges Werkzeug verhalte. Eine solche absolute Genialität, so wie sie selbst zunächst nicht weiter erklärt zu werden pflegt, erklärt doch auch ihrerseits nur wenig und ist vielmehr eine neue Frage als eine Antwort, eine neue Aufgabe die, wenn sie sich als Lösung giebt, den Weg zu völlig beherrschendem Verständniß eher verlegt als bahnt.

Man hat, verleitet von diesem Gesichtspunkt, der etwas blendendes hat und die Aufstellung blendender Bilder begünstigt, es bisher allzusehr versäumt, jene unerläßliche Repartirung der Verdienstantheile, wenn man den Ausdruck gestatten will, auch nur zu versuchen.

Es pflegt mir, wenn ich dieses Verhältniß betrachte, eine merkwürdige Stelle aus dem Geschichtswerk des Polybius [4. 24] in den Sinn zu kommen: „uns, sagt er einmal, die wir Geschichte schreiben, ziemt es, die vorwaltenden politischen Gedanken, wodurch die Entschließungen bestimmt werden, dem jedesmaligen Staatsoberhaupte zuzuschreiben; es ist die Sache der Leser, sich selbst dabei hinzuzudenken, in wie weit es wahrscheinlicher sein mag, daß diese Gedanken und Erwägungen das Eigenthum derer sind, die dem Fürsten zur Seite stehen".

Kein Geschichtsschreiber würde sich heute zu dieser Maxime bekennen, deren Aufstellung es wol nicht eben gewesen ist, was dem Polybius den Beinamen des „pragmatischen" verschafft hat. Aber in der Praxis stehen wir vielfältig nicht allzu fern davon. Wenn Pufendorf in seinem Werke über den großen Kurfürsten in der feierlich monumentalen Weise seiner Geschichtsschreibung und mit jener

sicheren stilvollen Großartigkeit, die ihm eigen ist, ohne weiteres den Fürsten, als eigentliches und einziges Subject des Staates, in die Mitte stellt, alles auf ihn bezieht, alles ihm beilegt, alles von ihm ausgehen läßt, so daß neben ihm alle anderen wirkenden Kräfte nur als Werkzeuge des allein handelnden Staatssubjectes erscheinen: so liegt dies sowol in der Natur des historisch-politischen Interesse's seiner Zeit als in dem Zustande der Historiographie des siebenzehnten Jahrhunderts begründet. Wir treten heut mit einem wesentlich anders gearteten Interesse an die Vergangenheit heran, und ebenso sind die historischen Aufgaben für uns wesentlich andere geworden; dennoch aber befolgt man vielfältig noch immer jenes Verfahren.

So nun namentlich auch in der hergebrachten und immer von neuem aufgefrischten Auffassung der Geschichte des großen Kurfürsten. Aller Glanz des Wollens und Vollbringens, jedes Verdienst kluger Einsicht und entschlossener That wird auf die stolze Gestalt zusammengetragen, die im Mittelpunkt der preußischen Geschichte dieser Zeit steht. Sie wird fast davon überladen, bis zu einem Grade, kann man sagen, daß man fast versucht wird, an einen hierbei geübten Vorbehalt, ähnlich jenem des Polybius, zu glauben. In der That, sowie man in das Detail der Vorgänge eindringt und an der Hand der Acten ihren Verlauf verfolgt, wird man gewahr, daß bei jenem Verfahren ein rein conventionelles Moment stark thätig ist, daß dabei ein fortgesetzter Uebertragungsproceß von allen Seiten her nach der einen Seite hin geübt wird. Man bemerkt zugleich — wenigstens glaube ich es bemerkt zu haben — daß die originalen Quellen in ihrer Beschaffenheit nichts haben, was zu jener Uebertragung in allen Fällen zwänge; vielmehr dürften sich wol in ihnen bei geeigneter Benutzung und darauf gewandter Fragstellung die Mittel finden, um jene von mir als wünschenswerth hingestellte

Auseinanderhaltung der Arbeits- und Verdienstesantheile, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, zu bewerkstelligen.

Ich habe hierbei vornehmlich die jüngste Darstellung dieser Dinge in Droysen's Geschichte der preußischen Politik im Auge, die so bedeutendes für die Kenntniß jener Zeit geleistet hat, der ich aber gerade in der Auffassung dieses Grundverhältnisses nicht beizupflichten vermag.

Mich däucht, es liege in dieser Richtung eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben der preußischen Geschichtsforschung. Es wäre eine Aufgabe der Decentralisirung; es käme darauf an, jenen für die gesammte deutsche Geschichte so entscheidenden Entstehungs-, oder wenn man will, Schöpfungsproceß aus einander zu legen in seine einzelnen Acte und in die Wirkungssphären der einzelnen daran mitarbeitenden Kräfte. Wie wünschenswerth wäre es, eine Reihe der hervorragendsten Gestalten neben dem großen Kurfürsten biographisch in dem ganzen Zusammenhang ihres Wirkens verfolgen zu können; wie vieles würde sich dadurch lebendig und organisch erklären. Und hierbei möchte ich einen trefflichen Kenner, der in Besitz der umfassendsten Vorarbeiten und Materialien zur Geschichte des Grafen Adam von Schwartzenberg und wie kein anderer geeignet ist, uns mit dieser wichtigen Arbeit zu beschenken, an sein altes Vorhaben und Versprechen in freundschaftlicher Verehrung dringlichst erinnert haben.

Dies alles würden die wesentlichsten Vorarbeiten sein zu einer Geschichte, deren wir so sehr bedürfen: zu einer quellenmäßigen Geschichte des preußischen Beamtenthums. Noch immer sind wir für die oberste und wichtigste Sphäre desselben auf die Geschichte des Staatsraths von Cosmar und Klaproth angewiesen, ein Werk, über welches sich das billigste Urteil etwa dahin zusammenfassen ließe, daß es ebenso unbrauchbar wie unentbehrlich sei.

Um wie viel lebensvoller und wahrer wird das Bild jener Zeit uns einst aufgehen, wenn diese Arbeit gethan sein wird. Es wird ein Blick sich aufthun, über ein mannichfaltiges und bewegtes Leben hin; die Reibungen der Persönlichkeiten, der allgemeinen Ansichten, der auf sie gegründeten Parteien wider einander würden sich wahrnehmen lassen; vieles was sich uns jetzt als unvermittelte Inspiration eines Einzelnen gibt, wird dann vielleicht als das sehr vermittelte Resultat mannichfaltigster Zusammenwirkungen erscheinen — aber das Gesammtbild der Vorgänge wird ein innerlich möglicheres und wahreres sein, als es irgend eine Erklärung auf dem Wege einer alles durchdringenden, alles überschauenden, alles gleichsam mechanisch am Faden lenkenden absoluten Staatsgenialität zu geben vermag.

Und indem so das wahre Verhältniß der wirkenden Kräfte, der fördernden sowol wie der hemmenden, zu Tage träte, so würde hierdurch auch dem Bilde des Kurfürsten Friedrich Wilhelm, der in Mitten ihrer aller steht, sein rechtes Licht zu Theil werden. Dasselbe würde dabei nicht verlieren; etwas weniger mythisch würde es erscheinen, aber um so natürlicher, menschlicher, möglicher. Es würden Zwischenglieder und Entwickelungsstadien sich erkennbar machen, die geistige Persönlichkeit des großen Fürsten würde gleichsam unter unseren Augen allmälig emporwachsen, und wir würden nicht länger vor dem psychologischen Räthsel einer entwickelungslosen Genialität stehen, die zwischen dem zwanzigjährigen Jüngling und dem erfahrungsreichen Greise am Schluß eines großen Lebens kaum einen Unterschied sehen läßt.

Nach diesen Betrachtungen über ein vielleicht noch fernes Ziel fällt es mir allerdings etwas schwer, noch einmal auf meine eigene Arbeit zurückzukommen, von der ich nur zu wol weiß, in wie geringem Maße sie zur Lösung der angedeuteten Aufgaben beizutragen befähigt ist und für einen wie kleinen Ausschnitt sie es nach der Natur ihres Gegen-

standes auch nur versuchen kann. Aber wenigstens als in jenem Zusammenhang stehend möchte ich sie angesehen wissen. Eine selbstständige, hochbegabte Persönlichkeit tritt uns hier entgegen, die mit ihren Gedanken den Gang der brandenburgischen Politik während einer gewissen Zeit beherrscht. In der Gegenwirkung gegen sie erblicken wir andere Persönlichkeiten, die ebenso wie jener eine geschlossene Reihe politischer Anschauungen vertreten und diese auch festhalten, wenn ihre Ansicht unterliegt. Wir beobachten einen Kampf politischer Parteien; die Kämpfer sind die Spitzen des höheren Beamtenthums. In diesem Kampfe werden die Gedanken entwickelt und zum Ausdruck gebracht, auf denen die jedesmaligen Entschließungen ruhen, und die Wahl des Fürsten wendet sich der einen oder anderen Gedankenreihe zu, sucht auch vielleicht beide zu combiniren. Nirgends aber gewahren wir jenen Mechanismus einer in einsamer Höhe unendlich überlegenen Führung, den man sich wol vorzustellen pflegt. Es ist ein Zusammenwirken mannigfaltigster Kräfte von sehr verschiedenem Werthe, bei dem aber die Rolle der geistigen Führung durchaus nicht immer auf einer und derselben Seite liegt.

So wenigstens in der kurzen, aber inhaltreichen Periode, welche wir in diesem Buche übersehen und welcher das Wirken Waldeck's im Dienste des brandenburgischen Staates angehört. Ich bin weit entfernt, jenes angegebene Verhältniß als das durchgehende auch für andere spätere Perioden dieser Regierung aufzustellen; es bedürfte dazu fernerer genauer unter diesem Gesichtspunkt angestellter Untersuchungen, die wol noch einst werden gemacht werden. Für jetzt will ich nur den hier an einem kleinen Ausschnitt gemachten Versuch unbefangener Beurtheilung empfehlen.

Ueber die Materialien, auf denen diese Arbeit beruht, habe ich in den Anmerkungen im einzelnen sorgfältig Rechenschaft gegeben. Ein großer und der wichtigere Theil derselben ist hier zum ersten

Male benutzt worden. Dies gilt namentlich von den werthvollen Acten des fürstlich Waldeckischen Archiv's zu Arolsen, deren Benutzung mir von der dortigen Regierung auf's bereitwilligste verstattet und von Herrn Archivar Krafft mit der liebenswürdigsten Gefälligkeit erleichtert worden ist. Nicht minder hat das Königliche geheime Staatsarchiv zu Berlin mir ein reiches, zum Theil gleichfalls bisher unbenutztes Material geliefert. Meine Arbeiten an den genannten beiden Stellen wurden zunächst im Interesse der seit einer Reihe von Jahren in's Leben getretenen Publication der „Urkunden und Actenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg," unternommen, in deren ferneren Bänden auch die hier benutzten Actenstücke zum größeren Theil Aufnahme finden werden. Ich habe es dankbar zu erkennen, daß mir die vorläufige Benutzung derselben für diese Arbeit gewährt worden ist. Einige werthvolle Beiträge, besonders aus den Archiven zu Düsseldorf und Hannover verdanke ich der Güte des Herrn Archivar's Dr. von Haeften zu Hannover; an einer Stelle ist mir eine gütige Mittheilung des Herrn geh. Archivraths Dr. Lisch aus dem Archive zu Schwerin von Werth gewesen. Ich gedenke schließlich der in dem Buche häufig citirten Biographie Waldeck's von einem jüngeren Zeitgenossen, Johann Georg von Rauchbar, welche Herr Director Curtze herauszugeben begonnen hat, durch dessen Freundlichkeit mir auch die Benutzung einiger Druckbogen der noch nicht publicirten Abtheilung möglich geworden ist; ich habe über den Charakter dieser Schrift mich an anderer Stelle des näheren ausgesprochen (v. Sybel's histor. Zeitschrift XVIII. 196ff.), worauf ich hier verweisen will.

Berlin, 30. Mai 1869.

B. E.

Inhalt.

Drittes Kapitel.

Innere Politik.

Viertes Kapitel.

Reichspolitik.

Fünftes Kapitel.

Unionspolitik.

Sechstes Kapitel.

Der nordische Krieg.

Beilagen.

Erstes Kapitel.

Herkommen und Jugend.

Unter den zahlreichen kleinen reichsfreien Dynasten des nordwestlichen Deutschlands haben die Grafen von Waldeck von jeher weder zu den geringsten, noch zu den ansehnlichsten gehört. In der älteren Reichsgeschichte ist keiner von ihnen zu besonderer Bedeutung hervorgetreten; es sei denn, daß ein Graf Heinrich von Waldeck es war, der im Dienste des Kurfürsten Johann von Mainz im Jahre 1400 den Herzog Friedrich von Braunschweig erschlug, den Gegencandidaten Ruprechts von der Pfalz zur deutschen Kaiserwahl. Seit den Zeiten der Reformation, auf deren Seite Land und Haus sich sehr bald stellten, treten uns einzelne von den Waldeckischen Grafen öfter in den allgemeinen Reichsangelegenheiten entgegen. In der engeren Geschichte der westfälischen und der angränzenden Lande aber ist ihr Name unter den am häufigsten genannten.

Das Stammland, ein wolarrondirter Complex zwischen Hessen und den bischöflichen Landen von Mainz, Cöln und Paderborn, gehört zu den minder wolhabenden Districten in diesem Theile Deutschlands; der Boden nur von mäßiger Fruchtbarkeit, die größere Hälfte mit Waldungen bedeckt, das Ganze von Gebirgszügen in allen Richtungen durchschnitten. Einigen Ersatz gewährt der Bergbau; die Eisengruben sind noch jetzt ergiebig, aber die Goldbergwerke zeigten sich schon im siebzehnten Jahrhundert erschöpft; die alte Goldwäscherei in der Eder

hat man noch vor einigen Jahrzehnten, ohne genügenden Erfolg, wieder aufzunehmen versucht; sie war, wie auch der Goldgewinn aus den Bergwerken, niemals von großem Belang. Dagegen bilden die Heilquellen des Landes einen werthvollen Besitz; der Brunnen von Wildungen besonders erfreut sich eines alten Rufes; um die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts war Wildungen eines der besuchtesten Modebäder in Deutschland [1]).

Zu diesem Stammlande nun kam den Grafen von Waldeck seit dem Jahre 1625 als ein freilich viel bestrittener Besitz, weiter nach Westfalen hinein, die Grafschaft Pyrmont, und neben ihr noch eine Anzahl kleinerer Erwerbungen des Hauses, hier ein Amt, dort eine Herrschaft, zerstreut von Thüringen bis nach den Niederlanden hin, durch Belehnung, Kauf und Heiraten in verschiedenen Zeiten zusammengebracht.

Dem Reiche waren die Grafen, nach der seit dem sechzehnten Jahrhundert gebräuchlichen Reichsmatrikel zur Stellung von vier Reitern und achtzehn Knechten zu Fuß verpflichtet; auf die reichsübliche Steuereinheit gebracht, ergab dies einen „Römermonat" von hundert und zwanzig Gulden. Bei weitem nicht der unansehnlichste Posten in des heiligen römischen Reichs Matrikel, die von so vielen ihrer Contribuenten sich auch mit einem Mann zu Fuß oder Roß begnügen mußte. Zumal da hier nun noch für die Grafschaft Pyrmont ein Reiter und vier Fußknechte hinzukamen.

So wenig der schmale Besitz zu Theilungen aufzufordern schien, so fehlte es doch im Laufe der Zeiten auch hier nicht an der üblichen Gründung von Linien und Seitenlinien mit gesondertem Besitzthum; sie trennen sich, sterben wieder zusammen, um sich bald abermals zu trennen — der nämliche Verlauf hier wie überall anderwärts; bis endlich gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts, wo das Bedürfniß der Zusammenfassung in so vielen deutschen Fürstenhäusern die Gründung von Primogeniturstatuten veranlaßte, ein solches auch hier der Zersplitterung ein Ende machte (1697). Inzwischen mußte, früher neben geistlichen Versorgungen, fremder Herrendienst häufig

---

[1]) Curtze, Geschichte und Beschreibung des Fürstenthums Waldeck S. 90.

den Söhnen des Hauses, und nicht allein den jüngeren, die kargen eigenen Subsistenzmittel vergrößern helfen, und mancher von ihnen hat auf diese Weise in einem ruhmvoll bewegten Leben, weit über die engen Grenzen seines Ländchens hinaus, sich einen ansehnlichen Namen gemacht.

In diesen Kreis gehört der Mann, von welchem die nachfolgenden Blätter sprechen sollen.

Graf Georg Friedrich von Waldeck ist ein Altersgenosse seines nachmaligen Herren, des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg; er wurde am 31. Januar 1620 geboren. Von den Stürmen des großen Krieges erhielt in dieser Zeit jedes junge Leben die ersten nachhaltigen Eindrücke. Das Waldeck'sche Ländchen war ihnen mehr ausgesetzt als manche andere. Zwei Jahre nach Georg Friedrichs Geburt wurde sein Vater Wolrad IV. von dem Landgrafen Moriz von Hessen aus dem Lande vertrieben; einige Zeit darauf konnte er zurückkehren, und unter steten Gefahren ward seitdem wenigstens der Platz behauptet. Noch in hohem Alter erinnerte sich Georg Friedrich des ersten kriegerischen Abenteuers, bei welchem er eine Rolle spielte, und ließ es in seinen Denkwürdigkeiten verzeichnen. Eine starke Marodeurbande rückte während einer Abwesenheit seines Vaters vor das unbewachte Schloß von Arolsen und verlangte, wahrscheinlich um ein gutes Lösegeld zu erzwingen, die Auslieferung des jungen Grafen; die wenig zahlreiche Dienerschaft schwankte und wollte es schon aufgeben, das Schloß gegen die augenscheinliche Uebermacht zu vertheidigen: als der vierzehnjährige Georg Friedrich selbst durch eine energische Anrede ihren Muth anfeuerte, unterstützt von einem resoluten Hauslehrer die Leitung der Vertheidigung selbst in die Hand nahm und so das Raubgesindel glücklich zum Abzug brachte. [1])

Den wesentlichsten Theil einer vornehmen Erziehung bildete schon damals die große Reise, die in den Jahren nach Beendigung des niederen und höheren Schulunterrichts und vor der definitiven Berufsergreifung oder etwaigen Verheiratung unternommen wurde.

[1]) Rauchbar, Leben und Thaten des Fürsten Georg Friedrich von Waldeck ed. Curtze S. 3.

Wenig Lebensläufe des späteren sechzehnten und des siebzehnten Jahrhunderts, die wir verfolgen können, sind ohne diesen Abschluß der Erziehung. Nicht nur für die Hof- und Gesellschaftsbildung der Fürsten und des Adels galt diese Reise für unentbehrlich, auch für die höhere Beamtenlaufbahn war sie die beste Empfehlung; eine ganze Literatur von Reisehandbüchern, die meisten in lateinischer Sprache und in mehreren Auflagen erschienen, zeugt für die Stärke der Nachfrage. Man pflegte durch die Niederlande zunächst nach Paris zu reisen; ein längerer oder kürzerer Aufenthalt in der französischen Hauptstadt galt schon lange vor den Zeiten Ludwigs XIV. als wesentliches Erforderniß einer Cavaliersbildung. Dann wandte man sich nach Italien und besuchte die Hauptstädte des Landes; die Bekanntschaft mit Venedig galt für besonders wichtig. Wer dem reformirten Bekenntniß zugethan war, verfehlte nicht, auf der Rückreise einen Ausflug nach Genf zu machen. Auch nach England ward die Reise nicht selten ausgedehnt; doch war dies, sowie die Reise nach Spanien, weniger allgemein.

Im Jahre 1639 trat Georg Friedrich, gemeinschaftlich mit seinem jüngeren Bruder Jacob, die Reise nach Paris an. Land und Haus waren außer Stande gewesen, die wenn auch noch so knapp bemessenen Kosten derselben zu tragen. Ein begüterter niederländischer Verwandter gewährte die nöthigen Mittel für die erste Zeit; der schwedische Feldmarschall Baner, der mittler Weile sich mit einer Verwandten des Waldeck'schen Hauses, der Prinzessin Jeannette von Baden verheiratete und bei dieser Gelegenheit sechs Wochen lang mit seiner Armee im Lande lag, schickte als Ersatz für den angerichteten Schaden den beiden jungen Grafen einen Wechsel von sechstausend Thalern nach Paris, womit der Rest gedeckt wurde.

Die Aufzeichnungen Rauchbar's, die uns hier als Quelle dienen, gehen über den Pariser Aufenthalt rasch hinweg; im Lauf eines Jahres sei Waldeck der Sprache Meister geworden, und in der „Akademie des berühmten Mons. de Benjamin" lag er der Reitkunst ob; an Bekanntschaften fehlte es nicht; die wichtigste war wol die mit dem jungen Pfalzgrafen Karl Gustav von Zweibrücken, dem nachmaligen Schwedenkönig, dem Waldeck im ferneren

Lauf seines Lebens noch in so verschiedenartiger Weise gegenübertreten sollte. Im Uebrigen verläßt uns hier unsere Quelle. Wir denken, die jungen Herren werden dem üblichen Treiben des Pariser Cavalierlebens sich nicht allzustreng entzogen haben, und stünde uns ein Aufsichtsrecht zu, so würden wir vielleicht Vermuthungen wagen, ähnlich denen, womit der weltkundige alte Polonius die Pariser Tage seines Sohnes überwacht. Von einem einzigen kleinen Abenteuer jener Zeit mag Waldeck seinem Biographen erzählt haben, der dasselbe auch getreulich in seine Darstellung aufnahm [1]). Als der Pfalzgraf Karl Gustav Paris verließ, gaben ihm die beiden Brüder Waldeck nebst einer Anzahl anderer junger Edelleute das Geleit bis in die kleine Stadt Poissy: wie man des Abends dort in den Straßen lustwandelt, kommt es plötzlich erst zu einem Wortwechsel mit mehreren Einwohnern, darauf zu einem großen Auflauf des Volks; mit Spießen und Flinten dringen die Bürger auf die deutschen Gäste und ihr Gefolge ein, es entsteht eine Rauferei, bei der es auf beiden Seiten Todte und Verwundete gibt, bis es endlich dem Magistrat gelingt, die Ruhe wieder herzustellen. Höchst unschuldiger Weise, versichert unser Gewährsmann, kamen die jungen Herren zu diesem unangenehmen Abenteuer, als etliche von ihnen einigen Bürgerstöchtern zusahen, die auf der Straße tanzten. Die guten Bürger von Poissy werden die Geschichte wol anders erzählt haben.

Nach einjährigem Aufenthalt in Paris sollte die Reise nach Italien fortgesetzt werden. Unterwegs in Basel traf die Brüder die Nachricht von dem Tode ihres Vaters. Alle ferneren Reisepläne hatten damit ein Ende, und beide kehrten in die Heimat zurück.

Die Verhältnisse in Land und Familie waren bald geordnet, so viel überhaupt jetzt zu thun war. Noch währte der Krieg und ließ an ein gedeihliches Emporkommen des immer bedrohten Ländchens nicht denken; genug, wenn dasselbe nur der Mutter mit dem jüngsten Bruder den dürftigsten Unterhalt gewährte; die drei älteren, Philipp Theodor, Georg Friedrich und Jacob beschlossen, Unterkommen und Thätigkeit anderwärts zu suchen. Sie begaben sich nach den Niederlanden, dort Kriegsdienste zu nehmen.

[1]) Rauchbar, S. 5.

Während der ganzen Dauer des niederländischen Freiheitskampfes ist das Feldlager der Oranier Sammelplatz und praktische Kriegsschule für die heranwachsenden Generationen des protestantischen Adels in ganz Europa gewesen. Theilnahme an einem Feldzug in den Niederlanden, ursprünglich vielfach von religiöser und politischer Sympathie angeregt, wurde allmälig fast Sache der Mode und galt als Erforderniß einer standesgemäß verlebten Jugend. Die Mehrzahl unter diesen kriegerischen Gästen der Oranier bildeten natürlich die Deutschen; aber mit ihnen begegneten sich an dieser Stelle Engländer und Schotten, französische Reformirte, polnische Dissidenten und andere, die hier ihre Schule durchmachten: eine Fülle militärischer Bildung und Erfahrung ist im Lauf von mehr als zwei Menschenaltern dort erworben worden, die dann auf den entferntesten Schlachtfeldern Europa's zur Verwerthung kam.

Als Waldeck im Frühjahr 1642 mit seinen Brüdern nach den Niederlanden kam, fand er den Krieg in vollem Gange. Bald kam ihm die Gelegenheit sich hervorzuthun: bei einem großen Streifzug gegen das spanische Lager bei Venlo, an welchem er und sein jüngerer Bruder als Freiwillige Theil nahmen, wurde Georg Friedrich schwer verwundet; als Anerkennung aber für die gezeigte Tüchtigkeit ward ihm alsbald das Commando einer Compagnie zu Pferde übertragen.

Hiermit war der Anfang zu einer hoffnungsreichen militärischen Laufbahn gemacht. In den nächsten Jahren hat sich Waldeck, wie es scheint, dieser ganz gewidmet; doch ist über seine Thätigkeit während dieser Zeit nichts im Einzelnen überliefert. Schon hatten seine äußeren Verhältnisse sich so weit gebessert, daß er an eine Heirat denken durfte. Im Jahre 1643 vermälte er sich mit der Gräfin Elisabeth Charlotte von Nassau-Siegen; freilich, wie sein Biograph bemerkt, nicht ohne daß die Schwiegermutter noch einen erklecklichen Zuschuß zum Haushalt gewähren mußte; doch that sie es, fügt er hinzu, „gegen die gemeine Gewohnheit der Schwiegerältern“ nicht ungern, da sie wol erkannte, daß dieser Eidam „allem Ansehen nach in der Welt nicht der Letzte bleiben würde.“

Zwei Jahre später starb Waldecks älterer Bruder Philipp Theodor, in derselben Zeit, wo auch der dritte Bruder, Jacob, seinen Tod auf einem niederländischen Schlachtfelde fand. Dies änderte Georg Friedrichs Lage, indem er nun das Haupt der Familie wurde und die Sorgen für Land und Haus ihm zufielen. In den nächsten Jahren finden wir ihn theils daheim, theils auf mannichfachen Reisen; bald im kaiserlichen Lager, eine unmäßige Proviantforderung zu mildern, bald im schwedischen, eine drohende Einquartierung oder einen Durchzug abzuwenden, bald in Münster oder Osnabrück, bei den dortigen Friedensverhandlungen die Interessen seines Hauses zu wahren. In der That waren diese von den schwersten Gefahren bedroht. An die Grafschaft Waldeck erhob die Landgräfin Amalie Elisabeth von Hessen-Kassel allerlei Ansprüche und war nicht übel geneigt, sie gar als ein Stück Kriegsentschädigung zu fordern. Aehnliche Absichten hatte Kurfürst Ferdinand von Köln als Bischof von Paderborn auf die Grafschaft Pyrmont. Es bedurfte jahrelanger eifriger Anstrengungen, um der Begehrlichkeit so übermächtiger Nachbarn mit Erfolg entgegenzuwirken, und auch als endlich das Friedensinstrument die Rechte des Waldeck'schen Hauses in den Hauptpunkten festgestellt hatte, galt es erst noch durch vielfältige Reisen und Verhandlungen die wirkliche Ausführung aller dieser Bestimmungen durchzusetzen. Die persönliche Bekanntschaft mit dem Pfalzgrafen Karl Gustav, jetzigem schwedischen Generalissimus, trug nicht wenig dazu bei, alles zu dem erwünschten Ende zu führen.

Die erste Friedenszeit war hier, wie anderwärts, der schwierigen Aufgabe des Wiederaufbau's und der allmäligen Heilung der von dem Krieg geschlagenen Wunden gewidmet. Eine dornenvolle, trostlose Aufgabe zu Anfang überall, selbst in den größeren Territorien, wo es doch meist gelungen war, wenigstens zeitweilig oder für einzelne Theile des Gebietes sich den fürchterlichen Umarmungen des Krieges zu entziehen. Wie viel trostloser für den Inhaber eines so kleinen Besitzthums, welches so recht an der großen Heerstraße gelegen war, auf welcher nun seit länger als zwei Jahrzehnten unablässig die feindlichen Armeen hin und hergezogen waren, und welches zahllose Male wehrlos von ihnen überschwemmt worden

war [1]). Jammervoll muß der Zustand des Landes gewesen sein. Zu allem anderen kam eine ungeheuere während des Kriegs angewachsene Schuldenlast, eine Anzahl schwieriger kostspieliger Processe, die ohne die Geldhilfe der Landstände nicht durchgeführt werden konnten. An inneren Zerwürfnissen fehlte es natürlich nicht, wie sie allenthalben aus dem dreißigjährigen Wirrsal hervorwuchsen; unklare Verhältnisse zwischen Landesherrn und Ständen, Unabhängigkeitsgelüste der widersinnigsten Art; hatte doch im Laufe des Krieges das Städtchen Corbach den Anspruch erhoben, eine freie Stadt sein zu wollen, und hatte mit Gewalt und mit fremder Hilfe seinen Anspruch durchzusetzen gesucht. Auch in der Familie gab es, wie es scheint, mancherlei Hader, und das Verhältniß zu den Vettern von der Wildunger Linie, die einen kleineren Landestheil besaßen, (die Eisenberger Linie nannte sich der Zweig, dem Georg Friedrich angehörte) war nicht immer das beste.

Wir haben nicht die Absicht, den Leser tiefer in das trübselige Gewirr dieses kleinstaatlichen Elends einzuführen. Es hat lang gewährt, ehe ein einigermaßen erträglicher Zustand wiedergewonnen wurde. So viel wie möglich mieden es die Brüder, durch eigenen Aufenthalt im Lande demselben zur Last zu fallen; der jüngste jetzt noch übrige, Wolrad, lebte meistens in der in den Niederlanden gelegenen Grafschaft Cuylenburg, die der Familie kürzlich als Erbe zugefallen war und die, wenn auch gleichfalls tief verschuldet, doch noch am ersten einigen Ertrag lieferte. Georg Friedrich war fast unablässig in den Angelegenheiten des Hauses auf Reisen. An der Spitze der Landesregierung stand der auch als tüchtiger Jurist namhafte Kanzler Johann Vietor. Die Correspondenz Georg Friedrichs mit ihm gibt manche anschauliche und bezeichnende Züge zu dem Bilde des deutschen Staatslebens dieser Zeit im engsten Raume. Alles kleinste wird brieflich durchgesprochen; wir bemerken bei Waldeck das liebevollste Eingehen auf die unbedeutendsten Kleinigkeiten, auf

---

[1]) Eine Uebersicht über die Schicksale des Landes während der Kriegszeit gibt Curtze S. 613 ff. und Dreves in den Beiträgen z. Gesch. der Fürstenth. Waldeck und Pyrmont, I. Bd.

die winzigsten Interessen; manches, wäre es nicht allzu kümmerlich, möchte uns fast naiv und patriarchalisch anmuthen. „Seht zu, schreibt er einmal an Vietor, als er ihn, natürlich mit den dürftigsten Geldmitteln ausgerüstet, nach Nürnberg geschickt hatte, um bei dem dortigen Congreß seine Stelle zu vertreten, seht zu, daß Ihr Euch durch Geschenke nicht verleiten laßt; wenn Euch etwas angeboten wird, laßt mich es wissen; wenn es ohne Schade geschehen kann, will ich Euch nicht hindern.“ Bei einer anderen Sendung hatte er ihm einen Rath zur Seite gestellt, mit dem Vietor sich nicht vertragen konnte, und dessen Abberufung er wiederholt verlangte. Der Ton, worin Waldeck den Kanzler zurechtweist, ist charakteristisch. „Ich sehe wol, schreibt er, daß der H. Euch ein Dorn im Auge ist. Denkt, daß Gott die Liebe des Nächsten erfordert und daß man Anderer Schwachheit tragen soll. Seid Ihr nun witziger als er, so weist es in der That. Es würde sehr schön lauten, daß ich Einen von Regensburg hätte zurückkommen lassen und man sagte: weil ihn Dr. Vietor nicht leiden kann, hat er fortgemüßt. Habt Ihr mich lieb, so werdet Ihr dieses Procedere verändern. Sucht Ihr meinen Nutzen, so werdet Ihr diejenigen, so fleißig sein, nicht betrüben. Es sei zum letzten Mal gesagt, macht mir mein Leben nicht sauer, sondern sucht mein Bestes. Gott wird's segnen und ich will's erkennen. Werdet Ihr es nicht thun, wird Euch Gott strafen [1].“

Trotz allen Bemühungen gelang es indeß in den nächsten Jahren nicht, die Verhältnisse des Hauses und Landes auch nur einigermaßen in Flor zu bringen. Noch in den Jahren, wo Georg Friedrich bereits in brandenburgischen Diensten war, tönen unablässig die Klagen herüber und hinüber. Der jüngste Bruder Wolrad schreibt einmal (9. Mai 1653) in der vollsten Verzweiflung: „wenn man menschlicher und irdischer Weise davon reden will, scheint gewißlich, die Zeit unseres Hauses Untergang sei vor der Thür. Zu allem Unglück kommen noch die schweren Processe, welche uns schon etliche Federn ausgerupfet; sollte Pyrmont denen folgen, wären wir ganz capot. Die großen Schulden, so uns an allen Orten auf dem Halse liegen,

---

[1]) Briefwechsel zwischen Waldeck und Vietor. (Arols. Archiv).

werden unsern Fall nicht wenig befördern helfen; welcher verfluchte Krebs auch den Eutlenburgischen Staat schon dermaßen angefressen, daß er gleichsam schon in den letzten Zügen liegt. In summa, ich sehe nichts als Bettelei und splendidam miseriam.“

Wol dem, der dann wenigstens aus diesem kaum glänzend zu nennenden Elend heraus ein gutes Unterkommen in fremdem Dienste gefunden hatte. Der jüngere Bruder blickt mit einem Gemisch von Stolz und Neid auf Georg Friedrich, der jetzt am Hofe des brandenburgischen Kurfürsten eine so ansehnliche Stellung einnahm: „Hingegen ich armer Tropf, schreibt er an einer anderen Stelle, bin schier nirgends bekannt, oder die meisten, die mich kennen, schelten mich vor ein stupidum ingenium, faul, verdrossen, opiniater und einsam, in summa vor ein inutile terrae pondus.“ Aber er ist bemüht, diesem Zustand ein Ende zu machen. Eben jetzt rüstet der eifrige Parteigänger des vertriebenen Stuart, Karls II. von England, Generallieutenant Middleton eine Expedition, um der Sache seines Königs in Schottland einen neuen Aufschwung zu geben. Wolrad setzt sich mit ihm in Verbindung, um an dem Zuge Theil zu nehmen; er verspricht sich große Dinge, wenn er gelingt, in jedem Falle eine ehrenvolle Thätigkeit und das Loskommen aus den drückenden Verhältnissen der engen Heimat — es glückte ihm nicht; Geldbedrängniß hat, scheint es, im letzten Moment seinen Plan vereitelt [1]). Ein Paar Jahre später, als der nordische Krieg ausbrach, ist er seinem Bruder in brandenburgische Kriegsdienste gefolgt; aber es sollte ihm nichts gelingen; an der Schlacht von Warschau hat er noch Theil genommen; doch ehe ihm noch die Früchte seines Strebens erwachsen konnten, ist er in Preußen an den Blattern gestorben.

Ich weiß nicht zu sagen, welches die weiteren Lebenspläne Georg Friedrich's gewesen sein mögen, ehe die eingegangene Verbindung mit dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg über seine nächsten Jahre entschied. Eine Reichshofrathsstelle, die man ihm in Wien anbot, hatte er ausgeschlagen [2]); der Krieg in

---

[1]) Alle diese Notizen aus dem Briefwechsel der beiden Brüder im Arolsener Archiv.

[2]) Rauchbar, S. 15.

den Niederlanden war zu Ende; still daheim zu sitzen und in den kleinen Regierungssorgen von Waldeck-Pyrmont aufzugehen, konnte schwerlich auf lange Zeit einen Mann seiner Art befriedigen. Es scheint, er hatte noch keinen festen Entschluß über seine Zukunft gefaßt, als er den Antrag erhielt, in brandenburgische Kriegsdienste einzutreten. Es war im Sommer 1651; die Verwickelungen zwischen dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm und dem Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm von Neuburg, den Theilbesitzern der jülich-clevischen Lande, waren so eben in helle Feindseligkeiten ausgeschlagen; der Kurfürst forderte durch ein eigenhändiges Schreiben Waldeck auf, das Commando seiner Reiterei zu übernehmen.

Mancherlei Bedenken sprachen dagegen, dem Rufe zu folgen. Diese Neuburgischen Wirren ließen eben damals sich an, als sollten sie langwierig, ernsthaft und gefahrvoll werden. Waldeck hatte, wenn er sich in dieselben hineinwarf, zunächst die ziemlich sichere Aussicht auf einige empfindliche Verluste. Eine Anzahl werthvoller Familiengüter, die im Herzogthum Jülich lagen, waren von vorn herein verloren; es war vorauszusehen, daß der Pfalzgraf sie, wenn Waldeck Partei nahm, alsbald einziehen würde. Aehnliches stand für andere hier und dort zerstreute kleinere Güter und Herrschaften zu befürchten, die im Bereich katholischer, dem Neuburger zugethaner Fürsten belegen waren. Vor allem war der Streit mit Paderborn über die Grafschaft Pyrmont noch keineswegs endgiltig geschlichtet; wie leicht konnten die Gegner Waldeck's Theilnahme an einem Angriffskrieg, der als Reichsfriedensbruch bezeichnet wurde, zur Waffe gegen ihn machen.

Er entschied sich dennoch dafür, das Erbieten des Kurfürsten anzunehmen. Erschien immerhin das jetzige Unternehmen gegen den Pfalzgrafen, dessen eigentliche Bedeutung freilich Waldeck damals schwerlich durchschaute, ziemlich gewagt, so durfte er doch hoffen, daß der Kurfürst sich diplomatisch und militärisch so weit sicher gestellt haben würde, daß er im Stande war, seinen Parteigängern nachdrücklichen Schutz angedeihen zu lassen. Gingen die Dinge gut, so war es außerdem kein geringer Gewinn, wenn er für seine eigenen Angelegenheiten das Gewicht seiner brandenburgischen Verbindung in

die Wagschale werfen konnte; und jedenfalls war seine pecuniäre Lage von der Art, daß die ansehnlichen Einkünfte einer Stellung, wie man sie ihm hier anbot, schon an sich beträchtlich ins Gewicht fielen.

Gründe noch mehr persönlicher und andere noch mehr allgemeiner Art traten hinzu. Waldeck stand jetzt in seinem einunddreißigsten Jahr. Ein Mann zunächst von militärischer Schule und Erfahrung; seine Berufung zeigt, daß er bereits einen guten Namen in dieser Beziehung besaß. Eine vielbewegte Thätigkeit als Geschäftsmann und Diplomat in den Angelegenheiten seines Landes hatte ihn in vielerlei Verbindungen gebracht. Er hatte in den Stand der Reichspolitik, in das Verhältniß der Parteien aus unmittelbarer Anschauung einen Einblick gewonnen. Sein längerer Aufenthalt in den Niederlanden, in bedeutenden Verbindungen, hatte ihm den Blick für die allgemeinen europäischen Verhältnisse geschärft. So war ihm, neben den militärischen, auch ein weites Gebiet politischer Anschauungen und Erfahrungen aufgegangen. Noch hatte er nicht Gelegenheit gehabt, Partei zu ergreifen; aber auf welcher Seite er nicht stand, konnte schon die Ablehnung einer Bestallung am kaiserlichen Hofe zeigen. Noch hatte er überhaupt nicht Gelegenheit gehabt, an bedeutender Stelle, in größeren Verhältnissen zu wirken. Viel bewegt, war sein Leben bis dahin doch mit kleinen Dingen im Engen verlaufen. Erwägt man die Art des Mannes, wie sie in dem ferneren Verlauf seines Lebens sich zu erkennen gibt, so wird begreiflich, wie vor allem die Aussicht auf eine Thätigkeit in größerem Stile, sei es militärisch oder politisch, ihm die Verbindung mit einem Fürsten willkommen machen mußte, der auch seinerseits schon längst hatte erkennen lassen, daß er „allem Ansehen nach in der Welt nicht der Letzte bleiben würde", und der durch seine Verwandtschaft mit dem oranischen Hause jedenfalls in einem politischen Zusammenhang stand, zu welchem auch Waldeck seine Verbindungen, wie seine Ueberzeugungen zogen. „Meine Natur (schreibt er in einer autobiographischen Aufzeichnung über diese Epoche seines Lebens [1]), treibt mich

[1]) Ein französisch geschriebener Aufsatz, ohne Ueberschrift, im Archiv zu Cuylenburg. Ich verdanke eine Abschrift desselben Herrn Staatsarchivar Dr. von

zu großen Actionen und zu Unternehmungen, wobei Ehre zu gewinnen ist; ich habe ein Bedürfniß nach großen Wagnissen; und da ich mich nun in dem Alter befand, wo man handeln muß (me voyant d'âge d'agir), so glaubte ich der Aufforderung eines so hochgestellten Fürsten mich nicht entziehen zu dürfen." Ein anderes Motiv, welches wesentlich dazu beitrug, diese Verbindung zu knüpfen, wird sich aus dem Folgenden ergeben.

So begab sich Waldeck nach Cleve, dem Kurfürsten persönlich seine Bereitwilligkeit zu erklären.

Wir werfen zunächst einen Blick auf die Verhältnisse, in welche einzutreten er sich jetzt anschickte.

Haeften in Düsseldorf. Er scheint gegen Ende des Jahres 1652 geschrieben zu sein. Aehnliche memoirenartige Resumé's über einzelne Abschnitte seines Lebens finden sich zahlreich in Waldeck's Nachlaß zu Arolsen.

Zweites Kapitel.

Der Jülich'sche Krieg.

Die westfälischen Verhandlungen hatten dem Krieg in Deutschland ein Ende gemacht, aber den Frieden hatten sie nicht gebracht. Es war ein schwer definirbarer Zustand, der seit dem Herbst 1648, seit der Unterzeichnung der Friedensinstrumente, das Reich befangen hielt. Man hatte nicht mehr den Krieg, aber auch an keiner Stelle die Sicherheit des Friedens. Man hatte eine große, unter der Mitwirkung Europa's zu Stande gebrachte Friedensurkunde, bestimmt, fortan das Grundgesetz für das politische Leben in Deutschland zu sein; aber dieses Friedenswerk machte den Eindruck eines dem Widerwillen aller Parteien abgezwungenen Vertrags, voll von Lücken, Unklarheiten, aufgeschobenen Fragen; an allen Ecken Handhaben, um im geeigneten Moment den Streit wie von vorn zu beginnen. Und sah man dazu auf die vorwaltende Stimmung, so war es, möchte man sagen, die des stillen Vorbehaltes, wonach jeder Unbefriedigte — und diese bildeten die Mehrzahl — bei sich entschlossen war, den feierlich sanctionirten Frieden für seinen Theil zu brechen, sobald die erste Gelegenheit sich bot, einen besseren Gewinn oder eine vollere Befriedigung berechtigter oder vermeinter Ansprüche davonzutragen. Selbst ein dreißigjähriger Krieg, schien es, reichte nicht hin, um die Heillosigkeit der deutschen Zustände für einen innerlich begründeten Frieden reif zu machen.

Man pflegt die tiefe Erschöpfung unserer Nation am Ende dieses großen Kampfes zu schildern und zu betonen. So fürchterlich wahr diese Schilderungen sein mögen, sie gelten für Land und Volk, für den Zustand der öconomischen Verhältnisse, für den ganzen Umfang des geistigen und sittlichen Lebens — aber völlig unerschöpft rast in dem politischen Leben der Nation die Wuth der alten Parteien weiter. Alle Kräfte sind gebrochen und verzehrt, ungebrochen nur die Leidenschaft des Hasses, womit die alten Gegensätze von 1618 und früher auf Leben und Tod einander gegenüber stehen. Der Jammer der dreißig Jahre hat einem reichen, blühenden Volke Fleisch und Muskeln von den Gliedern abfallen lassen, aber auch noch die fleischlosen Skeletarme hebt man gegen einander auf zur widerwärtigen Fortsetzung eines Kampfes, in welchem man alles verloren und nichts gewonnen hat. Denn das ist der verbrecherische Wahnwitz des dreißigjährigen Krieges, daß unsere Nation durch eine so fürchterliche Krisis hindurchgeschleppt wurde, um sich am Ende derselben fast genau wieder auf demselben Punkte zu befinden, wie im Beginn. Alle anderen großen Revolutionen der neueren Geschichte, wie auch sonst ihr Verlauf und ihre Wirkung war, zeigen doch in ihrer Gesammtbilance eine Reihe von Punkten auf, die eine unbestreitbare und nachhaltige Förderung der nationalen Interessen darstellen. Auch dieser Krieg war eine Revolution; aber sie ist für uns jeglichen wahren nationalen Fortschritts bar gewesen, ein wüstes Chaos, dessen Geburt nur wieder ein neues Chaos war.

Es gibt in unserer an Eindrücken dieser Art nur allzureichen Geschichte wenig Beobachtungen von gleich niederschlagender Wirkung wie das Schauspiel der deutschen Reichsverhältnisse unmittelbar nach dem westfälischen Frieden. Weder auf politischem noch auf kirchlichem Gebiete irgendwo ein neuer Gedanke, ein noch unversuchter Ansatz, überall das neue Hineintaumeln in das Labyrinth unlösbarer Fragen; überall das alte Gegeneinanderwirken von Kräften, die gerade stark genug sind, um sich gegenseitig aufzuheben: ein verzweifeltes und gedankenloses Treiben im Sturme, ohne Steuer und Masten, ohne Ziel und Richtung.

Man muß sich die vollendete Hoffnungslosigkeit dieser Zustände

recht lebhaft vergegenwärtigen, um die ganze rettende Gewalt der Thatsache zu empfinden, daß nun in dem Staate des großen Kurfürsten eine Macht erwuchs, die aus dem schwindelnden Wirbel dieses fehlerhaften Kreises einen Theil der Nation herausriß und ihn auf einen Boden setzte, wo neuer Anfang und gesundes Leben möglich war.

Brandenburg nach dem westfälischen Frieden.

Freilich von den vielen unfertigen Bildungen, die der westfälische Frieden ins Leben setzte, war der jetzige brandenburgische Staat eine der unfertigsten. Es bedarf keiner Ausführung, welche Schwierigkeiten schon die geographische Zusammensetzung, die lange Linie von Königsberg nach Cleve, der mangelnde innere wie äußere Zusammenhang der Theile darbot. Ein Theil der Lande schon durch eine lange Geschichte mit dem Fürstenhause eng verwachsen; andere, die erst seit dem Anfang des Jahrhunderts hinzugekommen waren und wo, wie in Cleve, der Anspruch eines Mitbesitzers, oder in Preußen der Anspruch des polnischen Lehnsherrn die Begründung fester Herrschaft erschwerten; andere endlich, die erst ganz jüngst durch den Frieden als Entschädigungslande für das an Schweden verlorene Vorpommern erworben waren, säcularisirte Bisthümer, wo die Herrschaft des Krummstabs auch keineswegs leicht zu bewältigende Verhältnisse geschaffen hatte; die wichtigste dieser Erwerbungen, Magdeburg, vor dem Anfall an Brandenburg als lebenslängliche Pfründe einem jungen Fürsten, dem Herzog August von Sachsen, zugewiesen, dessen Ableben so bald nicht zu erwarten war. In diesen Landen das protestantische Bekenntniß das herrschende, aber doch auch in einzelnen Theilen eine katholische Bevölkerung. Von den beiden Formen des protestantischen Bekenntnisses das Herrscherhaus derjenigen zugethan, welche im Lande bei weitem in der Minorität war. Allerorts natürlich, nur etwa das Herzogthum Preußen ausgenommen, die tiefste materielle Erschöpfung; fast am meisten verhältnißmäßig traf dieselbe den Landsherrn selbst; überall, und dies auch in Preußen, hatte die Noth der letzten Jahrzehnte dazu geführt, einen Theil der Domainen zu veräußern; die man noch besaß, waren mit Schulden überhäuft, schlecht bewirth-

schaftet; die anderen regelmäßigen Einnahmen gleichfalls zum Theil entweder auf lange voraus bezogen oder verpfändet. Dieser financiellen Ohnmacht des Landesherrn, wie gewöhnlich, entsprechend das wuchernde Emporschießen der ständischen Gelüste, immer bereit, jede Verlegenheit in ihrem Sinne auszubeuten, vor allem eifrig bedacht, jeden etwaigen Ansatz zu militärischer Kräftigung des Landesherrn durch Versagung der Mittel im Keime zu ersticken.

Mochten dies nun zum großen Theil Uebelstände sein, die an allen anderen Orten in ähnlicher Weise sich aus den allgemeinen Verhältnissen ergaben, so traten für Brandenburg noch Schwierigkeiten ganz besonderer Art hinzu. Zwei Capitalfragen für den Bestand dieses Staates hatte der Frieden ohne Entscheidung gelassen. Einmal die pommerische. Der Kurfürst hatte sich entschließen müssen, Rügen und Vorpommern nebst Stettin an Schweden abzutreten; aber das schwierige Geschäft der Auseinandersetzung mit dieser Macht über die nun vorzunehmende Theilung von Pommern hatte der Friedenscongreß den beiden Betheiligten überlassen und damit Brandenburg völlig der habsüchtigen Willkühr der in Schweden herrschenden militärischen und politischen Partei preisgegeben, die seit Gustav Adolfs Tod das Kriegsglück des Staates als ihre möglichst auszubeutende Domaine ansah und nun auch hier beflissen war, ein werthvolles Stück nach dem andern von dem brandenburgischen Antheil von Pommern loszureißen. Fast fünf Jahre lang währte es, bevor der Streit über die pommerische Gränze zu Ende gebracht wurde; während dieser ganzen Zeit schwebte nach dieser Seite hin Brandenburg zwischen Krieg und Frieden; das ihm zugehörige Hinterpommern blieb in der Hand der Schweden, und erst im Sommer 1653 durfte der Kurfürst nach dem Abzug der fremden Truppen hier Besitz ergreifen.

Ungleich gefährlicher noch gestalteten sich die Dinge in den rheinischen Landen, wo gleichfalls der Frieden die Hauptstreitfragen unentschieden gelassen hatte. Erwägt man die Art der dortigen Verhältnisse und die Mannigfaltigkeit der in diesen Bereichen zu überwindenden Gefahren, so darf man es vielleicht als den schwierigsten Sieg der brandenburgischen Politik in dieser Epoche betrachten,

daß sie diesen Posten behauptete. Denn alles fast stand hier gegen sie. Für die ganze katholische Welt blieb es doch ein nimmer zu verschmerzender Schlag, daß man es hatte ansehen müssen, wie die protestantische Macht Brandenburg hier am Niederrhein Fuß gefaßt hatte; noch jetzt, fast ein halbes Jahrhundert nachdem es geschehen, empfand man dies in ungeschwächtem Maße ebenso in Wien, Madrid und Rom wie in den nächstgelegenen katholischen Herrschaften des westlichen Deutschland; die Politik der katholischen Propaganda hatte ihren Protest noch keinen Augenblick aufgegeben und gab ihn auch jetzt nach dem westfälischen Frieden nicht auf.

Den trefflichsten Anhalt fand dieser Widerspruch in der Theilung der jülich-clevischen Erbschaftslande und in dem noch immer nicht reichsmäßig sanctionirten Besitz der beiden Prätendenten. Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm von Neuburg, der einst beim Beginn des Erbstreites sein lutherisches Bekenntniß dem politischen Interesse geopfert und der jetzt Jülich und Berg als seine Hälfte inne hatte, durfte als eine der Hauptsäulen der katholischen Politik im westlichen Deutschland angesehen werden. Ein Mann von fanatischem Bekehrungseifer; ganz in der Hand der Jesuiten; ein gewiegter Politiker, der den Vortheil hatte, zugleich der älteste Kenner aller hier einschlagenden Verhältnisse zu sein, während der brandenburgische Mitbesitzer schon zweimal gewechselt hatte; mit allen katholischen Höfen stand er in steter Verbindung, mit Rom, Madrid, Brüssel, auch mit Wien, sofern nicht hier die kaiserlichen Prätensionen auf eine oberlehnsherrliche Entscheidung der Erbsache eine gewisse Vorsicht geboten. Und hinter dem in diesen Geschäften ergrauten Vater stand sein Sohn Philipp Wilhelm, wenn nicht noch bigotter, so doch jedenfalls leidenschaftlicher und ehrgeiziger, unzufrieden mit der ihm oft allzu vorsichtig erscheinenden Weise der bisherigen Politik, voll Haß gegen den brandenburgischen Rivalen, schon jetzt auf eigene Faust in diesem Sinne intriguirend; auch er eine Capacität in den Künsten der Diplomatie — ein Gegner, der schon jetzt versprach, daß er in Zukunft sich fühlbar machen werde.

Nach dieser Seite hin also galt es unablässig auf dem Vorposten zu stehen: der Feind war unermüdlich, und die Verhältnisse

konnten ihn in jedem Augenblick auch mächtig machen. Nun hatte die brandenburgische Politik von Anfang an ihre Hauptstütze an dieser Stelle und gegen diese Gefahren in der Verbindung mit den vereinigten Niederlanden gesucht; aber gerade darin lag eine neue Gefahr. Es ist hier nicht der Ort, auf das Detail dieser Beziehungen einzugehen. Genug, aus der politischen Parteinahme der Generalstaaten für die Interessen Brandenburgs bei der jülich-clevischen Erbschaftsfrage hatte sich im Laufe der Zeit ein Patronatsverhältniß herausgebildet, welches in seinem letzten Grunde kaum viel weniger bedrohlich war als die Begehrlichkeit der katholischen Gegner. Eine Anzahl der wichtigsten festen Plätze von Cleve blieb auch nach dem Frieden von holländischen Truppen besetzt; alte Schulden, die man durch unbezahlte Zinsen und Zinseszinsen nicht ungern zu immer unerschwinglicheren Summen hatte aufschwellen lassen, gaben den Vorwand, um in die Verwaltung der Landeseinkünfte direct einzugreifen; mit den clevischen Ständen unterhielten die Generalstaaten eine bald offenere bald geheimere Verbindung, die alles andere eher bezweckte, als die Botmäßigkeit derselben gegen den Landesherrn zu erhöhen; man traute der niederländischen Politik die Tendenz zu, auf diesem Wege fortschreitend allmälig zur völligen Incorporation dieser Lande zu gelangen.

Und wenigstens ein großer Theil der clevischen Stände würde einem solchen Plan nicht abgeneigt gewesen sein, sofern es ihnen vergönnt gewesen wäre, unter allen Garantien, etwa als gleichberechtigte achte Provinz, sich dem Bunde der vereinigten Niederlande anzuschließen. Der letzte Gedanke vieler geheimer Machinationen scheint in der That dahin gegangen zu sein. Inzwischen galt es für alle Fälle, den Befugnissen des Landesherrn möglichst enge Schranken zu setzen; alle ständischen Verhandlungen der Zeit drehen sich um diesen Punkt. Eben jetzt hatten die Stände einen bedeutungsvollen Sieg errungen. In dem Landtagsreceß von 1649 war dem Kurfürsten eine Art von Landesverfassung abgezwungen worden, in welcher die Mitregierung der Stände in einer bisher unerhörten Art anerkannt wurde. Und dieses Zugeständniß, von der Noth des Augenblicks erpreßt, lastete seitdem auf dem Kurfürsten, während die Stände

nach Kräften bemüht waren, die so gewonnene Basis zu befestigen und von ihr aus den Landesherrn allmälig ganz aus allem thatsächlichen Einfluß auf die Angelegenheiten des Landes hinauszudrängen [1]).

So verwickelt und gefahrvoll war die Lage in diesen rheinischen Landen. Jeder Conflict, der hier entstand, mußte zu gleicher Zeit immer nach allen diesen verschiedenen Seiten hin Befürchtungen und Hoffnungen erwecken; jede innere Frage war zugleich eine äußere, und umgekehrt; die Geschichte dieser Verhältnisse gehört zu den schwierigsten und verwickeltsten Parthien der preußischen Landesgeschichte.

Zumal da nun die brandenburgische Politik auch ihrerseits wieder die Tendenz hatte und haben mußte, hier über die Grenzen des Landes hinauszugreifen und in den Gegensätzen des niederländischen Parteilebens ihre Stellung zu nehmen und ihren Einfluß auszuüben. Wenn dort von jeher die oranische und die Aristokratenpartei einander gegenüber standen — jene wesentlich von militärisch-monarchischen Zielen geleitet, diese auf den Sieg der ständischen und kaufmännischen Interessen gerichtet, jene bestrebt, in energischer Theilnahme an den großen Fragen der europäischen Politik die Tradition des oranischen Hauses zu wahren und die Quelle seiner Macht im Flusse zu erhalten, diese vielmehr auf neutrale Zurückgezogenheit von allen nicht direct das Handelsinteresse berührenden Fragen bedacht, jene gestützt auf die Mehrzahl der Provinzen, diese auf die Autorität und den weit überwiegenden Reichthum von Holland — so lag das Interesse Brandenburgs in der entschiedensten Weise auf der Seite der Oranier und ihrer Partei. Ihr Sieg bedeutete auch für den Kurfürsten die Stärkung der fürstlichen gegen die ständische Richtung,

---

[1]) Die besonders schwierige Lage des Kurfürsten in den rheinischen Landen hebt namentlich auch hervor Conring in seinem 1652 geschriebenen „Consilium an Friedrich Wilhelm Churfürsten zu Brandenburg wegen seiner Länder" (Conringii Opera I. 985). Er betont als Hauptgründe, weshalb die clevischen Unterthanen „gar leicht zur Rebellion zu bringen", die Nachbarschaft der Niederlande, „dann auch das Glück der parlamentischen Engelländer" und überhaupt „die Lieblichkeit der Libertät."

ihr Unterliegen drohte, die Autonomiegelüste in den clevischen Landen immer unwiderstehlicher zu machen. Somit war der Kurfürst genöthigt, ebenso immer eine Hand in den inneren Angelegenheiten der Niederlande zu halten, wie die Oligarchie von Holland — nur mit weit stärkerem Nachdruck — sie in denen von Cleve hatte. Mitten in der großen Krisis der westfälischen Friedensverhandlungen hatte er sich mit der Tochter des Prinzen Friedrich Heinrich von Oranien vermählt und damit auch eine persönliche Stellung genommen, die ihn noch enger als bisher mit den Interessen des oranischen Hauses verknüpfte, und die von weitreichenden Folgen für sein eigenes Haus werden sollte.

Wir müssen uns hier mit diesen wenigen Strichen begnügen, um die Lage des brandenburgischen Staates nach dem westfälischen Frieden zu bezeichnen. Es lag in der Natur der Dinge, daß die Politik des Kurfürsten nach allen Seiten hin von dem Bestreben geleitet sein mußte, vorerst Frieden und Ruhe zu suchen und Kräfte zu sammeln. So sehr indeß auch dieses Bemühen vorherrschte, so hatte dasselbe sich doch schon in den ersten Jahren oft nur mit Mühe aufrecht erhalten lassen; die Wahl zwischen widerstandslosem Erdrücktwerden und verzweifeltem Hineinstürzen in den allgemeinen Kampf war schon während der Kriegszeit mehrfach gestellt worden; der Kurfürst war zu verschiedenen Malen nahe daran gewesen, das letztere zu wählen.

Aber von allen Gefahren, von denen man sich umringt sah, empfand man doch die in den rheinischen Landen bei weitem als die drohendste. Alle militärischen Vorkehrungen, alle Versuche zur Gründung einer kleinen stehenden Heeresmacht, welche durch die ersten Regierungsjahre des Kurfürsten hindurchgehen, haben vorzugsweise die Richtung dorthin. Dort galt es vor allem den Feinden außen und innen wenigstens einige Macht zu zeigen; dort zuerst entschloß sich der Kurfürst mit Gewalt aufzutreten, um die Schlinge nicht zuziehen zu lassen, die ihn zu umstricken drohte.

Bereits gegen Ende des Jahres 1646 war hier von brandenburgischer Seite ein kleiner Kriegslärm angefangen worden, ein Einfall in das Gebiet des Pfalzgrafen, der damals in dem Sturm

größerer Ereignisse ziemlich spurlos verhallte, aber doch den Gegner zwang, einen Vertrag mit Brandenburg abzuschließen, der einige Vortheile gewährte [1]). Dieses Unternehmen stand in Verbindung mit dem freilich nicht sehr weit gediehenen Plane, womöglich die Erwerbung des Neuburgischen Antheils der Erbschaftslande als Entschädigung für den verlorenen Theil von Pommern durchzusetzen. Man ließ es selbst nicht an Bemühungen fehlen, die Landstände des Neuburgers in Jülich und Berg gegen den Landesherrn aufzustacheln und um Sympathien für Brandenburg bei ihnen zu werben; ja sogar die gespannten Beziehungen zwischen Vater und Sohn in Düsseldorf glaubte man sich zu Nutze machen zu dürfen [2]). Kurz, überall sonst abwehrend, hatte die brandenburgische Politik hier einen gewissen aggressiven Zug, und offenbar hinderte nur die Dürftigkeit der Mittel, demselben mit größerem Nachdruck zu folgen.

Freilich hatte nun allen Anläufen solcher Art der oben erwähnte Receß von 1649 einen scharfen Zaum anzulegen gesucht. Aber je drückender er war, um so lebhafter die Begierde des Kurfürsten seiner ledig zu werden. Gleich im folgenden Jahre, scheint es, war man mit einem sehr weitreichenden Projecte darangegangen. Dies verschlang sich auf's engste mit den oranischen Plänen in den Niederlanden.

Dort stand jetzt der junge Wilhelm II. an der Spitze, voll Unmuth, daß unter dem Einfluß der holländischen Kaufmannsoligarchie die Politik seines Landes — jetzt im Frieden mit Spanien — immer weiter und weiter einlenkte in das Fahrwasser einer ohnmächtigen Neutralität in Mitten noch fortdauernder großer europäischer Verwickelungen, bei welcher das bisherige Ansehen des Staates ebenso Gefahr lief zu erblassen, wie das Haus Oranien — in den Niederlanden entbehrlich zu werden. Wilhelm II. hatte es gewagt, durch einen raschen Schlag zu zeigen, daß er noch nicht gesonnen war, sich

---

[1]) S. Urkunden und Actenstücke z. Gesch. des Kurf. Friedrich Wilhelm v. Brandenb. IV. 150 ff., 220 ff.

[2]) Diese Agitation bei den Ständen und bei dem jüngeren Pfalzgrafen betrieb besonders Conrad von Burgsdorf während seiner Verhandlungen über den Provisionalvergleich von 1647. S. die Acten derselben ebendas. IV. 258 ff.

verdrängen zu lassen. Durch einen kühnen militärischen Staatsstreich im Sommer 1650 gegen die Stadt Amsterdam hatte er bewiesen, daß er, gestützt auf die anderen Provinzen, auch neben Holland noch eine Macht im Staate war. Aber dies sollte nur den Anfang bilden. Große Dinge sind damals im Schilde geführt worden. Wilhelm II. stand mit Mazarin in Verbindung; die Absicht war, die Niederlande mit Gewalt wieder hineinzureißen in den Kampf gegen den spanischen Erbfeind; aber um dies zu ermöglichen, mußte ein neuer Staatsstreich dem Prinzen die nöthige Macht in die Hand geben; die oranische Statthalterwürde mußte, sei es auch durch einen neuen Gewaltstreich, statt ihrer bisherigen auf allen Seiten eingeengten Machtbefugnisse, zu einer möglichst concentrirten Staatsgewalt umgewandelt werden. Zugleich rüstete Karl II. von England, der Schwager des Prinzen Wilhelm, seinen Zug nach Schottland, um von da aus die drei verlorenen Königreiche wiederzugewinnen, und es war natürlich der Preis der ihm gewährten Hilfe, daß auch England im Fall des Sieges über die Revolution eintreten solle in den allgemeinen Kampf gegen Spanien.

Ein Bündniß, wie man sieht, in welchem bei allen Betheiligten sich Ziele der auswärtigen und der inneren Politik aufs engste verflochten. Denn wenn im Hintergrund die Erneuerung oder Verstärkung des Kriegs gegen Spanien als Hauptziel aufgestellt war, so galt es doch zuvörderst für Wilhelm II., in den Niederlanden die Macht der Aristokraten zu brechen und sich eine möglichst monarchische Gewalt anzueignen; für Karl II. kam es vor allem auf die Niederwerfung der Revolution in England an; und auch Mazarin gedachte, auf diese Verbindungen gestützt der drohenden ständischen Verwickelungen in Frankreich um so leichter Herr zu werden.

Leider sind wir über den Gang dieser Verhandlungen nur sehr mangelhaft unterrichtet; das Einzelne der gepflogenen Rathschläge — denn über dieses Stadium kamen sie nicht hinaus — entgeht uns. Und ebenso in Bezug auf die Theilnahme des Kurfürsten Friedrich Wilhelm an denselben. Aber aus einer Reihe von Spuren ergibt sich, daß dieser auch hier wieder mit Eifer auf die Aussicht eingegangen war, in Verbindung mit dieser weitverzweigten Combination

auch an seiner Stelle angreifend vorzugehen [1]). Er war in das ganze Getriebe jener Pläne eingeweiht; er wird mit seinem Schwager Wilhelm II. eingehend darüber verhandelt haben; seine Lage in den clevischen Landen hatte jetzt etwas ähnliches mit der Ohnmacht der niederländischen Erbstatthalterwürde; gelang es dem Oranier, seine Absichten zu erreichen, so war dann auch der Zeitpunkt da, um den Trotz der clevischen Stände zu brechen, und man konnte sich hierbei gegenseitig auf einander stützen. Und wurde dann der Kampf gegen Spanien mit gesammelten Kräften von Frankreich, England und den Niederlanden wiederaufgenommen: dann war es auch für Brandenburg an der Zeit, den spanischen Schützling in Düsseldorf mit voller Macht anzugreifen und den niemals aufgegebenen Anspruch auf den ungetheilten Besitz der jülich-clevischen Lande mit den Waffen zu behaupten.

Es ist zu bedauern, daß wir von brandenburgischer Seite noch weniger als von französischer und niederländischer über das Detail der damals entworfenen Pläne unterrichtet sind; wir würden von hier aus besonders auch über die merkwürdigen Vorgänge des nächsten Jahres ein helleres Licht gewinnen. Jedenfalls hatte der Kurfürst von Truppen gerüstet, was möglich war; unter dem leidenschaftlichsten Widerspruch der clevischen Stände, unter der äußersten pecuniären Bedrängniß hielt man sie in den Quartieren am Rhein zusammen.

Aber eben da fiel der Schlag, der das ganze Gebäude umstürzen sollte. Wilhelm II. erkrankte plötzlich und starb am 6. November 1650.

Da nahm nun freilich die schon begonnene schottisch-englische Expedition Karls II. ihren weiteren Fortgang, bis im folgenden Jahre der Tag von Worcester ihr ein Ende machte. Aber wie für die französischen, so wirkte für die Pläne Brandenburgs dieser Todesfall unmittelbar niederschlagend.

Das nächste war, daß jetzt die schon halb gedemüthigte Aristokratenpartei von Holland nicht nur das Haupt wieder erheben durfte, sondern mit einem Male im vollen Siege dastand. Der Verstorbene hinterließ nur einen nachgeborenen Sohn, Wilhelm III.; über ihn

---

[1]) Droysen, Gesch. der preuß. Politik III. 2. 12.

konnte man ohne weiteres hinwegschreiten. In der großen Generalstaatenversammlung, die im Januar 1651 im Haag zusammentrat, um die Verhältnisse des Staates neu zu regeln, wurde der Erbe des Hauses, welches mit dem Ruhm und dem Glück dieser Lande so eng verwachsen war, als nicht vorhanden betrachtet; die Union constituirte sich unter Beseitigung des bisherigen Generalstatthalteramtes; die bis jetzt oranisch gesinnten Provinzen wurden gewonnen, indem man ihnen die zuvor von dem Statthalter ausgeübten Befugnisse preisgab und so ihre Autonomie verstärkte. Wie zahlreich immerhin die oranische Partei sein mochte, wie populär der Name der Oranier und die Sache des jungen Prinzen bei den Massen, es gelang dem rücksichtslosen Vorgehen der holländischen Führer vollkommen, ihr Ziel zu erreichen. Die Sieger handelten als sei jetzt der Tag der Rache erschienen für die Gewaltthat gegen Oldenbarneveldt. In den Verhandlungen dieser Monate trat zum ersten Male der Mann hervor, welcher der folgenden Epoche der niederländischen Geschichte seinen Namen geben sollte, der nachmalige Rath-Pensionar von Holland, Johann de Witt.

Durch all dies war begreiflicher Weise auch der Kurfürst Friedrich Wilhelm aufs empfindlichste betroffen. Die Sache der Oranier war die seinige; er hatte keine erbitterteren Feinde als die, welche jetzt im Haag das Ruder ergriffen; er hatte von dieser Partei nichts besseres zu gewärtigen, als er ihr selber gewünscht und gegen sie mit seinem Schwager geplant hatte. Es wird die streng durchgeführte Maxime der fortan die niederländische Politik beherrschenden Faction, daß alles zu verhüten sei, was zu einer wesentlichen Stärkung des brandenburgischen Nachbars führen könne; denn was ihm zuwachse, das sei immer zugleich eine neue Kräftigung der niedergeworfenen oranischen Partei.

Aber hiermit nicht genug. Der Tod Wilhelms II., das Scheitern der weit angelegten Pläne flößte auch an anderen Stellen den jetzt von einer großen Gefahr befreiten Gegnern neuen Muth und Uebermuth ein. Einige Monate später erfolgte der Sturz Mazarin's, seine zeitweilige Verbannung, gränzenlose Verwirrung in Frankreich — und in unmittelbarer Folge sehen wir vom Beginn des Jahres 1651

an überall die lebhafteste Rührigkeit in den Kreisen der spanisch-katholischen Parteigänger. In den geistlichen Territorien am Rhein und in Westfalen, wo man sich noch lange nicht über die Säcularisationen des westfälischen Friedens beruhigt hatte, finden eifrige Unterhandlungen Statt, Rüstungen hie und da. Vor allem die beiden Neuburger, Vater und Sohn, machen sich bemerklich; der Vater, indem er immer rücksichtsloser seine protestantischen Unterthanen in Jülich und Berg bedrückt und sich anschickt, das feindliche Religionsbekenntniß dort womöglich ganz zu beseitigen; der Sohn, indem er jetzt mit doppeltem Eifer seine schon längst betriebenen Versuche fortsetzt, Geld und Truppen zu einem Unternehmen gegen Brandenburg zu erlangen. Nach mehreren vergeblichen Ansätzen gelingt es ihm eben jetzt, mit dem abenteuerlichen Herzog Karl von Lothringen Verbindung anzuknüpfen, der, von den Franzosen aus seinem Lande vertrieben, eine ziemlich beträchtliche Armee in den spanischen Niederlanden beisammen hatte und seit Jahren schon seine Unterstützung bald der einen bald der andern Partei anbot. Nun schien, Angesichts der allgemeinen europäischen Lage und dieser gewonnenen beträchtlichen militärischen Hilfe, die Gelegenheit so günstig als möglich, um einen Streich zu wagen. Selbst von den Niederlanden her, durfte man glauben, war jetzt wenig zu besorgen, da die Brandenburg wohlgesinnte Partei dort völlig zu Boden lag, und die andere, mit der Gründung des neuen Verfassungswerkes beschäftigt, alle auswärtigen Verwickelungen scheuen mußte.

Ein neuer Bruch schien unvermeidlich. Man lebt gleichsam in beständiger Kriegsbereitschaft, und beide Theile stehen auf der Lauer, die erste günstige Gelegenheit zur Vernichtung des andern zu benutzen. Aber gerade jetzt, in der ersten Hälfte des Jahres 1651, stand, so schien es, die Parthie minder günstig für Brandenburg.

Der Jülich'sche Krieg.

Eben in diesem Moment nun brach der Kurfürst mit einem plötzlichen Angriff gegen den Neuburger los. Mitte Juni 1651 überschritten seine Truppen die Gränzen des pfalzgräflichen Gebietes

gegen Düsseldorf hin. Es begann die wunderliche militärisch-diplomatische Verwickelung dieses „Jülich'schen Krieges," wie man ihn bald hernach nannte.

Es ist nicht unsere Absicht, das verworrene Detail dieses Ereignisses im Einzelnen hier vorzuführen. Ein gewisser Reiz des Geheimnisses umhüllt dasselbe. Wir sehen den Kurfürsten sich in einen Kampf stürzen, dessen eigentliches Object nicht völlig klar ist, unter politischen Constellationen, die gerade in diesem Augenblick so ungünstig als möglich sind, mit Vorbereitungen, die sich bald als im höchsten Maaße ungenügend herausstellen. Unmöglich konnte der Kurfürst daran denken, mit den geringen Mitteln, über die er verfügte, einen ernstlichen Eroberungskrieg gegen den Pfalzgrafen führen zu wollen, der jetzt in ungleich günstigerer Lage ihm gegenüberstand; eben jetzt, wo er diplomatisch fast völlig isolirt war, wo der pommerische Gränzstreit mit Schweden nach dieser Seite hin noch alles in Frage stellte, wo das Verhältniß zum Kaiser ein äußerst kühles und auf französische Hilfe nicht zu rechnen war. Warum brach er dennoch gerade jetzt los, anstatt den Gegner diplomatisch hinzuziehen, und auf welche Erfolge rechnete er?

In den diplomatischen Correspondenzen dieser Monate begegnen mannichfache Andeutungen von einem geheimnißvollen Plan, der sich hinter dem Schein dieses Krieges berge, und der außer dem Kurfürsten nur sehr Wenigen bekannt sein konnte [1]). Dem entsprach die gewaltige Aufregung, welche die brandenburgische Kriegserklärung in den weitesten Kreisen hervorrief; man befürchtete tief angelegte und weit verzweigte geheime Pläne der protestantischen Mächte; man traute dem Ehrgeiz des Kurfürsten die verwegensten Entwürfe zu [2]); kurz „dieses kleine Feuer (sagt ein Geschichtsschreiber dieser

---

[1]) Siehe besonders die Correspondenzen Blumenthals, des brandenburgischen Gesandten in Wien, bei v. Mörner Märkische Kriegsobersten des siebzehnten Jahrhunderts S. 274 ff.

[2]) So berichtet Blumenthal aus Wien (19. Aug. 1651), daß dort die Rede ging: „E. Churf. Dchl. wären von Landen und Leuten der größeste und considerableste Herr nach dem Kaiser im Röm. Reich, hätten eine überaus große Ambition, sich noch weit größer zu machen, und werden dazu von allerhand Astrologis

Zeit, der wenige Jahre nachher schrieb) warf einen weit größeren Rauch, als das böhmische Unwesen (1618) anfänglich nicht gethan, welches doch ganz Deutschland, ja schier ganz Europam in Brand gesteckt [1])."

Nach allem, was wir über die complicirte Natur dieser rheinischen Verhältnisse gesagt haben, liegt schon nahe zu vermuthen, daß verschiedenartige Motive zu gleicher Zeit den Kurfürsten bei diesem Unternehmen bestimmt haben. Dem Pfalzgrafen natürlich galt der Streich allen Ernstes. Schon im Jahr 1646 war es geglückt, durch rasches militärisches Vorgehen ihn für einige Zeit einzuschüchtern; jetzt waren alle kriegerischen Vorkehrungen doch schon in weit größerem Maßstab getroffen als damals; trafen alle übrigen Berechnungen ein, so konnte vielleicht ein Plan auf Düsseldorf gelingen und wenigstens etwas von den Anschlägen des vorigen Jahres ins Werk gesetzt werden.

Aber aufs engste verschlingen sich damit die inneren Angelegenheiten. Die Spannung mit den Ständen war seit jenem abgezwungenen Receß von 1649 in stetem Wachsen begriffen; die Intriguen der Gegner hatten auch hierher ihren Weg gefunden, und es gab geheime Verbindungen unter den clevischen Ständen, die das Schlimmste besorgen ließen, wenn man nicht bei Zeiten eingriff. Hier war ein Krieg, eine große auswärtige Verwickelung die beste Gelegenheit, dem gefahrdrohenden Treiben ein Ende zu machen: man gewann einen Ausnahmezustand, der den Landesherrn zu außergewöhnlichen Maßregeln berechtigte, und das bisherige Verfahren der Stände ließ wol selbst einigermaßen darauf rechnen, daß dieselben oder ihre Führer in einem solchen Fall den letzten Rest von Mäßigung verlieren, sich selbst durch nachweisbare Ungesetzlichkeiten in's Unrecht setzen und so dem Kurfürsten selbst gegründete Veranlassung geben

---

gestärket, deren einer in Preußen, als Lindemann genannt, Derselben ein Prognosticon gestellt hätte, daß Sie noch Römischer Kaiser werden sollten; deshalb fingen Sie itzo an, dort unten eine Armada zu werben; würden es mit andern Ständen wol einig sein oder leicht und bald einig werden" v. Mörner S. 293.

[1]) Freyberger de statu perturbato Franciae et Germaniae continuatio (1658) S. 169.

würden, eigenmächtig zu einer Modification des bestehenden Verhältnisses zwischen Landesherrn und Ständen zu schreiten.

Aber all diese Absichten und Aussichten waren in die Luft gebaut, wenn nicht von irgend einer Seite her der Kurfürst auf eine durchgreifende Unterstützung rechnen konnte. Und hier dürfte das Geheimniß beruhen, welches in dieser Verwickelung überall durchleuchtet und zum Verständniß derselben unentbehrlich ist.

Es beruht — so darf man mit einiger Wahrscheinlichkeit vermuthen — in der Verbindung des Kurfürsten mit der oranischen Partei in den Niederlanden, in den geheimen Plänen, die man gemeinsam entwarf, um noch im letzten Augenblick womöglich die definitive Constituirung des Staates unter der holländischen Aristokratenpartei zu verhindern und dem Hause Oranien seine alte Stellung in der Republik zu retten [1]).

Seit dem Januar 1651 tagte in Haag jene Versammlung der Generalstaaten, die, wie erwähnt, die neue statthalterlose Verfassung der Niederlande decretiren sollte. Das Uebergewicht der antioranischen Partei war zweifellos; die Provinz Holland beherrschte den Convent. Aber noch lebte doch auch die alte Statthalterpartei, angesehene Männer in allen Provinzen und selbst in Holland war das niedere Volk bis zu tumultuarischen Auftritten für „ons klein Prinsje," den noch nicht jahresalten Wilhelm III., aufgeregt [2]). Es bedurfte hier, so konnte man meinen, nur eines Ereignisses, welches plötzlich mit Gewicht, und die unmittelbarsten Interessen der Niederlande

---

[1]) S. Droysen Gesch. der preuß. Politik III. 2. 22ff. Wie ich anderweitig erfahre, sollen in kürzlich aufgefundenen holländischen Familienpapieren sich nähere Aufschlüsse über diese Projecte finden.

[2]) Merkwürdig, wie die begeisterte Anhänglichkeit an das oranische Haus in der Person dieses Kindes sich in dieser Zeit einmal zu einer Prophezeiung erhebt, die in seltsamer Weise wahr werden sollte. Auf einem Flugblatt vom Jahr 1653 zu Ehren Wilhelm's III. finden sich diese Verse:

Ick roep dan andermael, lang leef dien Jongen Heldt,
Door wien het Britsche-Ryck noch eenmael word' herstelt.

Der Verfasser weissagt aus dem allgemeinen Bewußtsein heraus von der Interessenverbindung der Häuser Stuart und Oranien, wie sie jetzt vorlag. Wie ganz anders ging 1688 die Prophezeiung in Erfüllung. (Tiele Bibliotheek van nederlandsche Pamfletten. 2 Deel Num. 4244 S. 74.)

berührend, in die siegessicheren Kreise der jetzt herrschenden Oligarchie hineinprallte; ein Krieg an den Gränzen des Landes, ein Krieg, in welchem der protestantische Brandenburger, allein gelassen, voraussichtlich der Uebermacht der Katholischen erliegen mußte, in dessen Folge, schlimmsten Falls, vielleicht gar das clevische Nachbarland in die Hände des katholischen Pfalzgrafen fallen konnte, mit dem man unablässig wegen seiner fanatischen Glaubensverfolgungen im Streit lag: das, so berechnete der Kurfürst, konnte in den Niederlanden nicht mit gleichgiltigem Auge angesehen werden; damit durchbrach man gleich im Beginn die Maxime der unbedingten Neutralität in den festländischen Angelegenheiten, welche die Herren im Haag sich bemühten festzusetzen; man gab der gesammten oranischen Partei ein Feldzeichen, um das sie sich schaaren, einen Boden von dem aus sie gegen die zu gründende Ordnung der Dinge protestiren konnte.

Es konnte auf diese Weise, wenn es wirklich gelang, die Niederlande in den Kampf hereinzuziehen, für Brandenburg doch noch alles erreicht werden, was im vorigen Jahre geplant worden war, eine gründliche Abrechnung mit dem Pfalzgrafen wie mit den clevischen Ständen, und dabei zugleich irgend ein Arrangement zu Gunsten des Hauses Oranien, wodurch dessen Zukunft in den Niederlanden sicher gestellt wurde. Der jetzt bedeutendste Vertreter dieses Hauses, Graf Johann Moritz, von der Siegenschen Nebenlinie, der bis vor wenigen Jahren in ausgezeichnetster Weise der niederländischen Colonie in Brasilien vorgestanden, war jetzt brandenburgischer Statthalter in den clevischen Landen und zugleich Commandant der dort noch stehenden niederländischen Garnisonen. Ein anderer, Graf Wilhelm Friedrich, von der Linie Nassau-Dietz, Statthalter von Friesland, der im vorigen Jahre das Unternehmen gegen Amsterdam geleitet hatte, verlobte sich so eben mit der Schwester der Kurfürstin und begründete so eine neue Verwandtschaft mit dem brandenburgischen Hause. Auch außerdem suchte der Kurfürst Verbindungen mit den wichtigsten Häuptern der oranischen Partei anzuknüpfen. In der Armee waren diese besonders vertreten; er suchte eine Anzahl der hervorragendsten oranisch gesinnten Officiere in seinen Dienst zu

ziehen, was um so thunlicher schien, als die jetzt herrschenden Aristokraten die Reducirung der Landarmee ihre eifrigste Sorge sein ließen.

Und hiermit sind wir zu dem Punkte gelangt, wo es nöthig ist, unseren eigentlichen Erzählungsfaden wieder aufzunehmen und zu Waldeck zurückzukehren.

Waldeck's Thätigkeit im Jülich'schen Kriege.

Wir werden nämlich kaum irren, wenn wir nun die Vermuthung aufstellen, daß, abgesehen von allen andern in seiner Persönlichkeit liegenden Motiven, es gerade auch die Stellung Georg Friedrichs zur oranischen Partei war, welche seine Berufung nach Cleve veranlaßte. Er war noch immer Inhaber der ihm früher verliehenen Reitercompagnie in niederländischen Diensten; ohne daß er Gelegenheit gehabt hatte, sich direct in die großen Parteifragen einzumischen, hatte er es doch keineswegs unklar gelassen, auf welcher Seite er stand; durch seine Frau war er mit dem Hause Oranien sogar in verwandtschaftlicher Beziehung; sein vertrautester Freund in den Niederlanden war einer der leidenschaftlichsten Parteigänger für die oranische Sache, jener Cornelius Aerssen van Sommelsdyck, der noch im vorigen Jahre an dem Staatsstreich gegen Amsterdam hervorragenden Antheil genommen hatte und der zur Strafe dafür eben jetzt aus der Versammlung der Staaten von Holland ausgestoßen wurde. Sein höchst vertraulicher Briefwechsel mit Waldeck — „les pensées d'un homme oisif," nennt er seine Briefe mit einem unmuthigen Blick auf seine gezwungene Zurückgezogenheit von den Geschäften — enthüllt mit seltener Offenheit vielerlei Verhältnisse, auf niederländischer wie auf brandenburgischer Seite, die sonst nicht leicht in den schriftlichen Verkehr eindrangen, und läßt uns beide Männer als höchst erbitterte Feinde der jetzt in den Niederlanden herrschenden Partei erkennen [1]).

---

[1]) Im Archiv zu Arolsen befindlich. S. die Beilagen.

Als oranisch gesinnter militärischer Parteigänger also wurde Waldeck in den Dienst des großen Kurfürsten berufen. Er selbst bezeichnet seinen Entschluß als auch von dieser Rücksicht wesentlich mitbestimmt: „j'esperais par là montrer que j'observais la promesse de fidélité faite à la maison d'Orange“ [1]). Indeß muß, trotz dieser Aeußerung, dahin gestellt bleiben, wie weit Waldeck von vorn herein in die eigentlichen Zusammenhänge eingeweiht war.

Nun fügte es freilich der Gang der Dinge, daß statt der militärischen Thätigkeit, die er hier zu finden gedachte, ihm vielmehr eine diplomatische Aufgabe entgegentrat.

Am 14. Juni 1651 hatten die brandenburgischen Truppen die Feindseligkeiten eröffnet. Bis dahin hatte Waldeck in keiner directen Beziehung zu dem Kurfürsten und seinen Plänen gestanden. In Wildungen, wo er das Bad gebrauchte, empfing er in eben diesen Tagen das erwähnte Berufungsschreiben. Nach gefaßtem Beschluß begab er sich nach Cleve, um die Angelegenheit in Ordnung zu bringen.

Als er gegen Ende des Monats dort eintraf, war die Lage freilich bereits eine wesentlich andere. Es kam, wie wir sahen, alles darauf an, in welcher Weise man in den Niederlanden sich zu dem ausbrechenden Kriege stellen würde. Der Kurfürst hatte es nicht daran fehlen lassen, den Generalstaaten die Lage so drohend als möglich darzustellen; die kirchlichen Verfolgungen des alten Pfalzgrafen, die Pflichten Brandenburgs und der Niederlande für die bedrängten Glaubensgenossen wurden mit allem Nachdruck geltend gemacht; die Wühlereien des noch intriganteren Sohnes am spanischen Statthalterhof in Brüssel gingen fast vor Aller Augen vor sich, und es schien einer vorsichtigen niederländischen Regierung nicht gleichgiltig sein zu dürfen, wenn der abenteuerliche Herzog von Lothringen, von dem jungen Pfalzgrafen herbeigerufen, allzu sehr in der Nähe ihrer Gränzen Fuß faßte. Allein wie wichtig diese Erwägungen sein mochten, es konnte doch anderseits der Klugheit der holländischen Parteiführer nicht allzu schwer fallen, die Schlinge zu errathen, die sich dahinter

[1]) In dem oben S. 12 erwähnten Aufsatz.

verbarg. Sie bedurften Frieden, Reducirung der Armee, Beiseitesetzung der militärischen Häupter, die zumeist statthalterlich gesinnt waren, wenn die neue Regimentsverfassung sich durchsetzen und Wurzel schlagen sollte. Mit großer Verstimmung empfingen sie die Nachricht von der brandenburgischen Schilderhebung; man beeilte sich, dringende Abmahnungen zu erlassen, statt Hilfe Vermittelung zu bieten; den niederländischen Officieren, die brandenburgische Dienste genommen hatten, drohte man mit dem Verlust ihrer Stellen.

Ueberdies zeigte sich aber auch bald, daß auf die Mitwirkung der oranischen Partei im Sinne des Kurfürsten doch wenig Rechnung zu machen war. Schwer getroffen durch den plötzlichen Tod Wilhelm's II. hat sie noch lange nach den hier besprochenen Ereignissen es nicht vermocht, sich wieder zu organisiren. Jetzt war alles in Verwirrung, betäubt und zusammenhanglos. Zu allem anderen gesellte sich noch der unerquickliche Hader in der Familie selbst über die Vormundschaftsverwaltung für den jungen Prinzen Wilhelm III., der auch die Anhänger des Hauses theilte und den die Gegenpartei nicht versäumte eifrig zu schüren, um der getrennten Partei desto sicherer zu sein.

Kurz, die Rechnung auf durchgreifende Hilfe von dieser Seite erwies sich bald als verfehlt; höchstens Geldern und Friesland zeigten in der Staatenversammlung einige Sympathie für die Sache des Kurfürsten; ihre Stimmen aber waren werthlos gegen die nachdrücklich abgeneigte und argwöhnische Stimmung, welche Holland dem brandenburgischen Unternehmen entgegenbrachte.

Als Waldeck in Cleve erschien, fand er den Kurfürsten so eben aus dem Haag zurückgekehrt, wo er sich persönlich von dem Stand der Dinge unterrichtet hatte. Die Verhandlungen über seine Bestallung zogen sich etwas in die Länge; inzwischen hatte er Zeit, die Sachlage kennen zu lernen und seine Ansicht zu bilden. In dem Hauptplan — das leuchtete ein — war die Rechnung ohne den Wirth gemacht; von den Niederlanden her war alles eher als thatsächliche Hilfe zu erwarten. Die eigene Truppenmacht des Kurfürsten war für eine Fortsetzung des Kampfes auf eigene Faust durchaus

unzulänglich, und an Geldmitteln zu ihrer Verstärkung fehlte es vollkommen. Die clevischen Stände nahmen die feindseligste Haltung an und zeigten zum Theil eine Stimmung, die das Aeußerste befürchten ließ. Aber auch aus den Marken her kamen die dringendsten Aufforderungen, die Sache nicht weiter zu treiben; unter den geheimen Räthen erhob sich nicht eine Stimme für das Unternehmen. Waldeck bemerkte mit Schrecken, wie der Kurfürst selbst in seinen Landen und unter seinen eigenen Räthen völlig isolirt dastand [1]).

Noch isolirter aber stand er nach außen hin. Nirgends im Reich erhob sich eine Stimme für ihn; von allen Seiten erklangen Klagen, Abmahnungen, Drohungen, am stärksten vom kaiserlichen Hofe her, wohin der Freiherr von Blumenthal geschickt worden war, um zu beobachten und Unheil zu verhüten.

Und nun, gegen Ende Juli, nahten sich wirklich die von dem Pfalzgrafen herbeigerufenen lothringischen Hilfstruppen dem Kriegsschauplatz; das militärische Uebergewicht, welches Brandenburg bisher über den Gegner gehabt, drohte nun auch fraglich zu werden. Alles wol erwogen (und eine neue Reise des Kurfürsten nach dem Haag trug dazu bei, diese Ansicht zu bestärken) schien es in der gegenwärtigen Lage keinen besseren Rath zu geben, als den, den Kopf mit möglichst guter Manier aus der Schlinge zu ziehen und die Verwickelung rasch in der Weise zu Ende zu führen, daß der Rückzug nicht ganz als Niederlage erschien.

In dieser Richtung bewegten sich die Rathschläge, mit denen Waldeck seine Thätigkeit im Dienste des großen Kurfürsten eröffnete. Er war als Soldat gerufen worden und seine erste Aufgabe wurde, einen sich als unmöglich herausstellenden Krieg diplomatisch zu Ende bringen zu helfen. Es existirt ein Gutachten von seiner Hand [2]), worin die Grundzüge des Verfahrens angedeutet werden, welches im wesentlichen nun zur Ausführung gebracht wurde: zunächst ist die Erbietung an den Pfalzgrafen zu richten, den Streit kurzer Hand durch persönliche Verhandlung beizulegen; für den wahrscheinlichen

---

[1]) „Il était presque abandonné de tous les siens" — Ausdruck Waldeck's in dem oben S. 12 genannten Aufsatz.

[2]) Im Archiv zu Arolsen. Undatirt.

Fall des Mißlingens dieses Auswegs muß der Kurfürst seine friedliche Absicht nach allen Seiten hin kund geben; er muß militärisch einige rückgängige Bewegungen anordnen, um dieselbe dadurch zu documentiren, und muß am kaiserlichen Hof und andern Orten mit Gewicht hervorheben, daß dies „aus Parition der Kaiserlichen Mandaten, Erinnerung vieler Stände des Reichs und Abmahnung der Herren Staaten geschehen;" auf diese Weise muß der Kurfürst sich als den angegriffenen Theil hinstellen; er muß es geschehen lassen, daß die lothringischen Truppen einen oder den anderen festen Platz auf brandenburgischem Gebiet angreifen — dann hat der Pfalzgraf, indem auf seinen Namen fremde Truppen feindlich in's Reich gedrungen sind, sich völlig in's Unrecht gesetzt, man kann dann mit Fug und Recht den Angriff erwidern, und bei den dann folgenden Friedensverhandlungen muß dieser formelle Rechtsvortheil für Brandenburg nach Kräften ausgebeutet werden.

In diesem Sinne wurde jetzt mit plötzlicher Wendung vorgegangen. Von Waldeck's Hand ist das Concept eines Schreibens, welches der Kurfürst an den Pfalzgrafen richtete, und worin er ihm seine Bereitwilligkeit zu erkennen gibt, in einer persönlichen Besprechung mit ihm den Streit beizulegen [1]). Noch war er militärisch im Vortheil und konnte sich darauf berufen [2]); die Lothringer waren noch nicht ganz zur Stelle.

Der Pfalzgraf forderte vor aller Verhandlung völlige Räumung seines Landes und Sicherstellung für den erlittenen Schaden. Aber inzwischen hatten die Lothringer sich mit seinen Truppen vereinigt und die Feindseligkeiten ihrerseits aufgenommen. Dies gab der Kriegspartei an seinem Hofe neuen Muth, und besonders der junge Pfalzgraf Philipp Wilhelm, dessen Werk diese ganze spanisch-lothringische Verbindung vorzüglich war, drängte vorwärts. Er schien nachhaltiger Unterstützung, vielleicht gar einer directen Einmischung von Seiten der spanischen Niederlande sicher zu sein.

---

[1]) Der Kurfürst an den Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm dat. Cleve 25. Juli 1651 (Berl. Arch).

[2]) „Ungeachtet einer Advantage, so ich durch göttliche Verleihung und meine Waffen über E. Ld. erlanget und in kurzem weiter erlangen könnte."

Die Lage complicirte sich aufs äußerste. Am kaiserlichen Hofe wuchs trotz aller Gegenbemühungen Blumenthals die Mißstimmung gegen Brandenburg; aber es erwachte zugleich auch immer mehr die alte Neigung, in diese Zerwürfnisse kraft kaiserlicher Autorität einzugreifen und, wie man schon vor fünfzig Jahren beim Beginn des Erbfolgestreits versucht, bis zur reichsrechtlichen Entscheidung desselben einstweilen eine kaiserliche Sequestration in den rheinischen Landen eintreten zu lassen, die dann nach Belieben auszudehnen und auszubeuten gewesen wäre.

Von allen Gefahren war diese vielleicht die am meisten zu fürchtende, und es gab in Wien, so sehr auch Kaiser Ferdinand III. persönlich die Erhaltung des Friedens über alles setzte, rührige, vorwärtsdrängende Elemente genug, die darauf hinarbeiteten, das Zerwürfniß der beiden Fürsten durch Wühlereien und Hetzereien aller Art noch erbitterter zu machen und so der kaiserlichen Politik den Boden zu bereiten, auf dem sie dort im günstigen Augenblick Fuß fassen konnte.

Nur kam hier ein Umstand dem Kurfürsten zu Hilfe. Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm war alt geworden in der Politik der jülich-clevischen Erbfolgefrage; er war so alt wie sie selber; er hatte die Gesichtspunkte, unter denen die habsburgische Politik diesen Streit ansah, als ein junger Anfänger zuerst erfahren und hatte gelernt, sie zu fürchten und sich vor ihnen zu hüten. So wie er aus manchen Gründen mit seinem Sohne nicht im besten Einvernehmen lebte, so mißbilligte er auch im Grunde die Weise, wie dieser in heißblütiger Thatenlust sich dem habsburgischen Erzherzog in Brüssel, nebst dem sehr verdächtigen Lothringer, in die Arme geworfen hatte, und wie er durch alle seine Maßregeln eine Einmischung des kaiserlichen Hofes eher provocirte als verhinderte. Und so schwankte in dieser ganzen Verwickelung die Politik des Düsseldorfer Hofes zwischen den weitgehenden Entwürfen des Sohnes, der als Heißsporn des Hauses vorwärtsdrängte und im entscheidenden Augenblick den Vater mit sich fortzureißen hoffte, und zwischen den besonnenen Rathschlägen des Vaters hin und her, der nicht abgeneigt war, auch diesen neuen

Zusammenstoß wieder mit einer friedlichen Abkunft auf einige Zeit zu beendigen, wie es schon so oft zuvor geschehen war.

Hieran nun knüpfte der Kurfürst an, als er noch einmal in directerer Weise den Versuch machte, mit dem alten Pfalzgrafen persönlich den Streit zu Ende zu bringen. Waldeck, bis jetzt noch durch kein eigentliches Dienstverhältniß an den Kurfürsten gebunden, übernahm die Ausführung [1]. Zweimal reiste er zwischen Düsseldorf und Cleve hin und zurück; Wolfgang Wilhelm zeigte sich geneigt; am 16. August ward eine Vereinbarung zu Stande gebracht, in Folge deren ein Waffenstillstand eintreten und die beiden Fürsten drei Tage später in der Nähe von Angerort zusammentreffen sollten.

Am 19. August fand die Zusammenkunft Statt. Waldeck übernahm die Leitung der Verhandlungen zwischen den beiden Fürsten („je fus employé pour être médiateur"), während die gleichfalls erschienene niederländische Vermittelungs-Commission von dem Pfalzgrafen zurückgewiesen wurde. Man darf wol glauben, daß Wolfgang Wilhelm hier wirklich die Absicht hatte, zu einem Vergleich zu kommen. Der geschäftskundige alte Herr mochte gerade in der persönlichen Verhandlung mit dem weit jüngeren Kurfürsten einen Vortheil erblicken, und auch die Vermittelung Waldecks, der seine Gründe hatte, sich den Pfalzgrafen nicht unnöthig zum Feinde zu machen, bot gute Aussicht, von dem ihm schon lästig gewordenen Streite in guter Manier loszukommen.

So begannen die Unterhandlungen unter guten Auspicien. In Bezug auf die Regelung der schwierigen Kirchenfragen wurde eine Reihe von Punkten vorläufig festgestellt; der Kurfürst versprach die schon begonnene Räumung von Berg zu vollenden, der Pfalzgraf, die lothringischen Truppen aus der Grafschaft Mark, wo sie fürchterlich hausten, binnen drei Tagen zurückzurufen; das übrige sollte in einer zweiten Zusammenkunft am 21. August geordnet werden.

Mitten in diesen friedlichen Verkehr hinein plötzlich ein Kriegslärm. Lothringische Reiter erschienen von der Neuburgischen Seite her, angeblich, wie sich herausstellte, um die noch unvollständige

---

[1]) Ausführlich erzählt er dies in dem oben erwähnten autobiographischen Aufsatz.

Leibwache des Pfalzgrafen auf die vereinbarte Zahl zu bringen. Aber auf brandenburgischer Seite fürchtete man Verrath; eine ungeheure Verwirrung entstand; der reichlich genossene Wein, bei der großen Hitze des Tages, meint Waldeck, hatte die Köpfe aufgeregt — nur mit der äußersten Mühe ward ein Zusammenstoß verhindert; aber die rechte Friedensstimmung hatte einen bedenklichen Stoß erlitten.

Die Vermuthung liegt nahe genug, daß nicht ein bloßer Zufall diese Störung veranlaßte, sondern daß jene andere kriegerische Richtung am Düsseldorfer Hofe den Zwischenfall absichtlich herbeiführte. Bestimmte Beweise dafür liegen indeß nicht vor. Jedenfalls erschienen noch an dem Orte der Zusammenkunft mehrere lothringische Obersten und erklärten, daß durch die Verhandlung des alten Pfalzgrafen sie sich nicht gebunden hielten und ihren Marsch in die Grafschaft Mark fortsetzen würden.

Am folgenden Tage aber trug nun in Düsseldorf die Kriegspartei den völligen Sieg davon. Philipp Wilhelm war jetzt mit seinem immer wachsenden lothringischen Zuzug in der zuversichtlichsten Stimmung; er setzte es durch, daß sein Vater die persönlichen Verhandlungen abbrach. Der Kurfürst erlitt die Beleidigung, daß er an dem für die zweite Zusammenkunft verabredeten Tage mehrere Stunden lang vergeblich im freien Felde auf den Pfalzgrafen warten mußte, ehe eine Botschaft erschien, die ihn mit Krankheit entschuldigte. Dieser Versuch war mißlungen. Noch verabredete man eine neue Zusammenkunft von beiderseitigen Gesandten in Essen. Von pfalzgräflicher Seite war es dabei jetzt jedenfalls nicht auf einen Erfolg der Verhandlung abgesehen; nach zweiwöchentlichen fruchtlosen Berathungen ging man Mitte September wieder aus einander. In derselben Zeit ließ Wolfgang Wilhelm den bisher schon kaum beobachteten Waffenstillstand aufkündigen.

So sah man sich von neuem dem Kriege gegenüber. Das wenigstens hatte der Kurfürst erreicht, daß jetzt sein Gegner als derjenige dastand, der den Frieden verhindert und durch die Herbeirufung fremden Kriegsvolkes dem localen Streit seine größere Ausdehnung und seinen bedrohlichen Charakter für den allgemeinen

Frieden gegeben hatte. Sollte der Kampf wieder ausbrechen, so stand er bereit, ihn jetzt mit gesammelten Kräften aufzunehmen. Für einen Augenblick hat er wol daran gedacht, den Herzog von Lothringen auf seine Seite herüberzuziehen; ein Versuch, der bei der abenteuerlichen Gesinnungslosigkeit dieses Glücksritters durchaus nicht ohne Aussicht war.

Aber das Hauptziel des Kurfürsten mußte dennoch darauf stehen, den Frieden zu erlangen und dieser unersprießlichen Verwickelung, bei der nun nichts mehr zu gewinnen war, ein Ende zu machen. Er hatte, das ließ sich nicht verkennen, sein Spiel verloren. Genug, wenn man wenigstens noch verhindern konnte, daß der Pfalzgraf es nicht gewann. Die eigentlichen Sieger waren und blieben doch die antioranischen Mynheers in Holland, die es durchgesetzt hatten, daß ungestört von dem nahen Kriegslärm die neue Verfassung zum Schluß gebracht, die Obmacht der kaufmännischen Oligarchie besiegelt wurde.

Auch Waldeck wirkte in diesem Sinne. Er erklärte sich bereit, ein Commando zu übernehmen, wenn der Krieg unvermeidlich sei; aber er rieth dringend, alles zu thun, um ihn zu vermeiden. Und hierfür bot sich nun das, was man vorher mit allen Kräften zu verhüten gesucht hatte, die Einmischung des Kaisers, doch zuletzt noch als das geeignetste Mittel. Trotz aller Gegenbemühungen Blumenthals in Wien hatte man dort endlich beschlossen, eine kaiserliche Commission zur Herstellung des Friedens an den Rhein zu schicken. In eben den Tagen, wo nach Aufkündigung des Waffenstillstandes man in Begriff stand, das Schwert wieder zu ziehen, erschienen die beiden Gesandten des Kaisers, Graf Hatzfeld und der Trier'sche Kanzler Anethanus, in Cleve. Es kam allein darauf an, der Intervention des Kaisers möglichst die Spitze abzubrechen, wodurch sie gefährlich werden konnte, und sie nur zu benutzen, um den jetzt so friedensunlustigen Nachbar zur Ruhe zu bringen. Indem der Kurfürst mit geschickter Ostentation gleich nach der ersten ungünstigen Wendung seine Absicht zu Frieden und Versöhnung, seinen Gehorsam gegen die Aufforderungen des Kaisers zur Schau getragen hatte, hatte er dadurch bei der Verhandlung mit den kaiserlichen Commissaren einen

sehr wesentlichen Vortheil vor dem Pfalzgrafen voraus, der in eben dieser Zeit gerade die Lothringer in's Land gerufen hatte; und da diese ganze Einmischung des Kaisers doch auf reichsrechtlichen Formen beruhte, so war dieser formale Rechtsvortheil immerhin von Belang. Wie man auch sonst darüber urtheilen möge, die Hinausführung des von dem Kurfürsten so offenkundig gewaltsam begonnenen Streites zu einer Friedensverhandlung, bei welcher vielmehr der Pfalzgraf als Angreifer zum Frieden gewiesen wurde, war ein diplomatisches Probestück von nicht geringer Bravour. Wir dürfen sagen, daß Waldeck daran den wesentlichsten Antheil hatte.

Auf die Verhandlungen im einzelnen gehen wir nicht ein. Die Abgesandten des Kaisers brachten einen Vergleich zu Stande (11. Oct. 1651) [1]), in Folge dessen beide Theile die Waffen niederlegten und zunächst alles in den bisherigen Stand zurückkehrte; eine von den Parteien ernannte gemischte Commission von katholischen und protestantischen Reichsfürsten sollte im Namen des Kaisers über die obwaltenden Streitigkeiten entscheiden; eine dauernde directe Festsetzung des kaiserlichen Einflusses in den clevischen Landen ward vollkommen abgewehrt, und von der ernannten richterlichen Commission war nichts zu befürchten.

So ging dieses Unternehmen zu Ende, diese „Erstlingsstudie" des Kurfürsten auf dem Felde der activen höheren Politik. Es war völlig gescheitert; noch reichten die Kräfte zu Größerem nicht aus. Aber ein glänzender Rückzug nach allzu kühnem Wagniß hat oft das moralische Gewicht eines Sieges. Ohne einen äußeren Erfolg, aber auch ohne Verlust stand der Kurfürst da, und daß er den Versuch hatte wagen dürfen, in das Spiel der großen Mächte herausfordernd einzugreifen, zwar ohne Wirkung, doch auch ohne Schaden für sich, das verlieh ihm eine Stärkung des politischen Ansehens, die bereits in der nächsten Zeit sich bemerkbar machen sollte. „Magnis tamen excidit ausis", wie man in dieser Zeit auf eine zum Andenken Wilhelm's II. von Oranien geprägte Medaille schrieb. „Der

---

[1]) Londorp, Acta publica VI. 632. v. Mörner Kurbrandenburgs Staatsverträge S. 164.

Großstaat lag ihm im Blute", wie ein neuerer Schriftsteller bei dieser Gelegenheit treffend bemerkt.

Waldeck hatte an den Verhandlungen in ihrem letzten Stadium keinen persönlichen Antheil mehr genommen. Sie verliefen in der Richtung, die er von Anfang an als die wünschenswerthe bezeichnet hatte. Noch stand er zu dem brandenburgischen Hofe nicht in einem eigentlichen Dienstverhältniß; denn seine Bestallung als Generallieutenant der Cavallerie war, wahrscheinlich aus Sparsamkeitsrücksichten, bis jetzt noch zurückgehalten worden; nun sich die Dinge zum Frieden wandten, war zur Besetzung einer so hohen Charge zunächst keine Veranlassung. Dennoch war Waldeck's Sinn in erster Reihe auf Fortsetzung seiner militärischen Laufbahn gerichtet. Er schickte seinen Bruder nach Dänemark, um mit König Christian über ein Engagement zu verhandeln; er selber trat (und dies unter Autorisation des Kurfürsten) in Verbindung mit dem jetzt in Brühl am Rhein in einer Verbannung voll unruhiger und bald sich erfüllender Rückkehrspläne lebenden Cardinal Mazarin. Es war die Rede von einer durch Waldeck zu werbenden Armee von 6000 Mann, die zunächst den Plänen des Cardinals dienen, dann aber auch für vorkommende Fälle zur Disposition des Kurfürsten stehen sollte. Das eine wie das andere Vorhaben scheiterte.

Indeß war der Kurfürst entschlossen, einen Mann, dessen vielseitige Tüchtigkeit sich in den jetzt beendeten Verwickelungen bereits erprobt hatte, nicht wieder von sich zu lassen. Er bot ihm eine Stellung als Mitglied des geheimen Rathes. Einige Bedenken hegte Waldeck, ein Amt anzunehmen, das ihn, wie es schien, weitab von seinen bisherigen Beschäftigungen und Lebensplänen führen mußte. Er überwand sie und sagte zu. Er hatte während seines kurzen Aufenthalts in Cleve genug beobachtet, um ebensowohl die Schwierigkeit der ihn erwartenden Aufgabe, wie die Punkte kennen zu lernen, wo es galt den Hebel einzusetzen.

So nahm er seinen definitiven Eintritt in den Hof- und Staatsdienst des großen Kurfürsten.

Drittes Kapitel.

Innere Politik.

Es war keine leichte Aufgabe, der Waldeck entgegenging, als er sich jetzt anschickte, auf dem Boden, dem er nun angehören sollte, festen Fuß zu fassen. Sachliche wie persönliche Schwierigkeiten traten ihm alsbald in Menge entgegen.

Das Vertrauen des Kurfürsten hatte ihn zu seiner jetzigen Stellung berufen. Neben allen anderen Motiven, zu denen vielleicht ein Zug persönlicher Sympathie sich gesellte, war auch die Rücksicht auf Waldeck's Rang wol nicht ohne Einfluß gewesen. Reichsunmittelbare Fürsten und Grafen an ihrem Hof und in ihrem Dienst zu haben, war ein Vorzug, in welchem die größeren deutschen Fürsten gern unter einander und mit dem kaiserlichen Hof wetteiferten. Der Kurfürst war für diese Art, den Glanz seiner Umgebung zu erhöhen, nicht unempfänglich, sowie überhaupt der Pomp fürstlicher Erscheinung und das strenge Gesetz der Etikette ihm ebenso wesentlich erschienen, wie allen anderen fürstlichen Zeitgenossen; es fehlte einmal wenig, daß es zum Bruch mit Waldeck kam, als dieser bei der Anwesenheit des Kurfürsten am kaiserlichen Hof in Prag unter Hinweisung auf seinen Rang sich weigerte, bei einer feierlichen Auffahrt zu Hof zu Fuß neben der Carosse des Kurfürsten herzugehen [1]).

---

[1]) Rauchbar S. 42.

Eine Stufe über den Beamten gewöhnlicher Art stand dadurch Waldeck; indeß wenn gleich darin ein erheblicher Vortheil für die relative Unabhängigkeit seiner Stellung und für die größere Freiheit seiner Action lag, so wurden ihm doch gerade von dieser Rücksicht her auch gewisse Beschränkungen auferlegt, die man Anderen gegenüber nicht für nöthig erachtete. Wir finden, daß, als Waldeck einst für das ihm aufgetragene Obercommando aller märkischen Festungen den nämlichen Umfang von Befugnissen verlangte, wie ihn der General von Sparr für die westfälischen Festungen besaß, ihm der Bescheid wurde: einem Beamten, der zugleich Reichsstand sei, könne in den Landen des Kurfürsten nicht dieselbe Macht in die Hand gegeben werden wie einem Anderen, der ein einfacher Unterthan des Landesherrn sei.

Ueberhaupt aber muß hierbei die Natur des Verhältnisses in's Auge gefaßt werden, worin Beamtenthum und Fürstenthum dieser Zeit zu einander standen.

Das Beamtenthum des großen Kurfürsten.

Einen sehr hohen Grad von persönlichem Vertrauen des Fürsten zu seinen Beamten bemerkt man in dem geschäftlichen Verkehr dieser Zeit nur sehr selten. Auch bewährtes Verdienst wird doch fast nirgends mit unbedingtem Zutrauen belohnt. Bei dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm tritt dieser Zug energisch hervor. Frühe Erfahrungen hatten ihn belehrt, daß der Fürst so wenig sich völlig öffnen und hingeben dürfe, als er Ursache hatte, das Gleiche von seinen Beamten zu erwarten.

Der Grund hierfür liegt in einer Reihe allgemeiner Verhältnisse.

Noch war jene Weise des Beamtenthums in den brandenburgischen Staaten nur in den ersten Anfängen begriffen, welche einige Menschenalter später dieses Element zu dem festen und breiten Grundpfeiler der gesammten staatlichen Ordnung machte. Noch hatte sich entfernt nicht jene Solidarität zwischen dem Staate und den Staatsangehörigen herausgebildet, vermöge deren wir später gewisse Elemente der Bevölkerung in einem bestimmten regelmäßigen Verhältniß

von Generation zu Generation ihre besten Kräfte an den laufenden Dienst des Staates abgeben sehen. Kein fest geordnetes, zum Herkommen gewordenes Verhältniß verbindet noch irgend eine Klasse der Gesellschaft mit irgend einer Function des Staatsdienstes in der Weise, wie später der Adel des Landes mit dem Dienst in der Armee, der höhere Bürgerstand mit dem Beamtenthum verbunden erscheint. Der Beamtenstand war weder eigentlich aus dem Staate hervorgewachsen, noch war er mit ihm in eins verwachsen. In vielen, höheren sowol wie niederen, Stellen bemerken wir Männer, die ihre Schule anderwärts gemacht haben, und die, wie sie aus fremdem Dienst in den brandenburgischen übergegangen, ebenso wieder in einen andern übergehen können. Das innerliche Band, welches den Beamten an den Fürsten und an den Staat bindet, ist nicht sowol ein unmittelbar verpflichtendes Gefühl selbstverständlicher Zugehörigkeit, als vielmehr ein Vertragsverhältniß, durch den Diensteid erhärtet, welches, an der einen Stelle gesetzmäßig gelöst, an einer andern angeknüpft werden kann, ohne daß dadurch irgend ein natürlicher Zusammenhang als zerrissen betrachtet wird.

„Ich bitte E. Churf. Dchl. zu glauben, daß es keinen Fürsten der Welt gibt, dem ich so gerne dienen würde, wie Ihnen" — so schreibt einmal dem Kurfürsten einer seiner tüchtigsten und vertrautesten geheimen Räthe, der, aus der Mark gebürtig, seit vielen Jahren in brandenburgischen Diensten stand, indem er ein leichtes Mißfallen zu beschwichtigen sucht, das der Kurfürst gegen ihn geäußert hatte. Daß er eben nur diesem Fürsten und diesem Staate dienen könne, diese Vorstellung liegt auch dem gebornen Märker noch durchaus fern. Es hat noch einer langen strengen Zucht bedurft, ehe das Gefühl sich einwurzelte, daß Staatsdienst Vaterlandsdienst sei und auf einer innerlichen Verpflichtung beruhe. Der Staat selbst, die allgemeine Ansicht von ihm und von der Zugehörigkeit zu ihm mußte sich noch völlig umwandeln, ehe dieses Bewußtsein das herrschende wurde. Erst mit dieser Umwandlung konnte sich auch jene specifische innere Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit einstellen, welche später die Ehre des preußischen Beamtenthums in so hervorragender Weise wurde.

Der große Kurfürst hat hiervon noch ziemlich wenig vorgefunden — die Großartigkeit seines Werks muß auch an diesem Mangel bemessen werden.

Eine gewisse Reihe von Aemtern war durch die Indigenatsrechte der einzelnen Landschaften an Personen von einheimischer Herkunft gebunden. Wo immer möglich, war der Kurfürst auf Durchbrechung dieser ausschließenden Privilegien bedacht. Bei anderen und zum Theil gerade den wichtigsten Aemtern fiel diese Fessel von vorn herein weg; zu diesen wurden Männer aus den verschiedensten Kreisen, von der verschiedenartigsten Vergangenheit herangezogen. Man kann bemerken, daß der Kurfürst häufig und, wie es scheint, mit einer gewissen Vorliebe Beamte gleichsam aus Feindeslager zu sich herüberzog. So begegnen wir unter seinen einflußreichsten Beamten solchen, die früher im Dienste des Pfalzgrafen von Neuburg, Polens, Schwedens gestanden hatten; andere wurden aus den Diensten des Kaisers, Kursachsens, Hessen-Kassels, der Niederlande herübergezogen. Umgekehrt scheint die Zahl derer, die unter dieser Regierung den brandenburgischen Dienst verließen, um in den eines anderen Staates überzugehen, so viel sich dies bei völlig mangelnden Vorarbeiten in dieser Richtung jetzt übersehen läßt, beträchtlich geringer gewesen zu sein.

Aber es fehlt nun viel, daß diese so gemischte Gesellschaft, wenn man ihr näher tritt, den Eindruck großer Solidität machte. Eine Fülle von Intelligenz und Erfahrung stellt sich in ihnen dar; bis zu einem gewissen Grade geben sie sich wirklich der Sache hin, für welche sie arbeiten, und mit der Arbeit erwächst ihnen ein gewisses, man möchte sagen, zunächst technisches Interesse dafür, daß in dem ihrer Fürsorge anvertrauten Bereich das Gerechte, das Gemeinnützige, das Nothwendige geschehe. Aber eine schärfere Prüfung halten die Wenigsten aus.

Wer etwas tiefer in das Innere dieser Verhältnisse einblickt, kann sich des Staunens nicht erwehren über den grell hervortretenden Mangel an eigentlicher innerer Zuverlässigkeit und moralischer Tüchtigkeit, welcher durch diese Kreise hindurchgeht. Breit wuchert die Corruption über diesen ganzen Boden dahin, nicht weniger ver-

derblich darum, weil sie es oft kaum für nöthig hält, sich zu verhüllen und fast zur öffentlich anerkannten Sitte geworden ist. Was soll man sagen, wenn Ludwig XIV. selbst der Kurfürstin Geschenke im Werth von hundert tausend Livres machen durfte, in der unverhüllten Absicht sie dadurch den Wünschen der französischen Politik geneigt zu machen, während der Kurfürst selbst über die Wahl der Partei noch schwankte [1])? Was hier in den Formen der Galanterie, das trat Anderen gegenüber als grobe Bestechung auf. Man erschrickt, wenn hie und da in geheimeren Acten der Vorhang etwas weiter von diesem Treiben hinweggezogen und man gewahr wird, in welcher Verzweigtheit, bis zu welcher Höhe hinauf und zu welcher Tiefe herunter dieses Bestechungswesen den ganzen Beamtenstand durchdringt.

Und doch war dies nur *eine* Seite. Hundertfältig aber und von allen Seiten her hängen — wie nun eben die Lage des Staates und der Gesellschaft in dieser Zeit war — die Fäden in das Leben dieser Menschen hinein, welche ihre Wünsche und Interessen, ihre Bedürfnisse und ihren Ehrgeiz mit Verhältnissen verknüpfen, die außerhalb des Staates liegen, dem sie dienen, und welche fort und fort versuchungsvolle Conflicte an sie heranbringen. Wie viele Berührungen dieser Art boten in Preußen die Beziehungen zu Polen, in Cleve die zu den Niederlanden; wie lang hin wirken noch persönliche Verbindungen mit Schweden nach, die in der Kriegszeit angeknüpft worden waren; wie stark war doch noch immer die Macht, die auch in die wolgeschlossensten Territorien hinein der kaiserliche Hof durch die Gewährung oder Entziehung seiner Gunst zu üben vermochte.

Und sieht man von diesen Verbindungen nach außen hin ab, so waren die inneren Verhältnisse des Staates nicht weniger dazu angethan, bedenkliche Collisionen herbeizuführen. Wie vielfältig kreuzten sich die Interessen des Staates und des Landesherrn mit denen der ständischen Corporationen, denen doch auch ein großer Theil der höheren Beamten angehörte. Zwei in sich unverträgliche Dinge,

---

[1]) Urk. und Aktenst. z. Gesch. des Kurf. Friedrich Wilhelm II. 355.

der ständische Staat und der Beamtenstaat stoßen da auf einander und lassen jedem Einzelnen den Boden unter den Füßen wanken. Dazu nun die Exclusivität des Provincialgeistes; märkischer, clevischer, preußischer Nativismus, jeder gegen den andern, jeder mit möglichst umfassenden Ansprüchen für sich; alle Geld- und Besitzverhältnisse noch vom Kriege her in der größten Zerrüttung und Unsicherheit; am meisten die des Landesherrn selber, dessen Domainen um so lieber als Pfandstücke angenommen wurden, je entfernter man die Möglichkeit der Einlösung sah.

In Mitten all dieses Getriebes nun die Beamten. Auch der, welcher nicht unmittelbar persönliche Interessen zu vertreten hatte, die ihn in Collisionen brachten, wurde doch nur zu leicht durch Verbindungen, Verwandtschaft oder Aussicht auf Gewinn von der Linie streng correcten Verhaltens zur Seite hingelockt; man muß — als Entschuldigung, wenn man will — die Kleinheit der Besoldungen hinzunehmen, ihr häufiges Rückständigbleiben bei allgemeiner Leere der Kassen und den Umstand, daß ganz besonders in den Jahren unmittelbar nach dem westfälischen Frieden die große Geldkrisis recht zum Ausbruch und zur Empfindung kam, welche die natürliche Nachwirkung des Krieges war, und welche doch überaus tief auch in die Vermögensverhältnisse aller Privaten bis in die untersten Kreise hinein eingriff.

Prüft man nun, nach allen diesen Seiten hin ausblickend, im Einzelnen die Persönlichkeiten, so bleibt es doch erstaunlich, wie selten uns eine Kraft entgegentritt, die es vermag, auf so schwankendem Boden sich festzuhalten und der Versuchung zu widerstehen. Völlige Lauterkeit, ganz unbezweifelte Correctheit der Gesinnung und des Handelns finden sich überaus selten. Auch wo der Schein derselben in hervorragender Weise vorhanden ist, entdeckt man oft plötzlich an einem Punkte, wo man es nicht vermuthete, den entstellenden Flecken. Völlige Corrumpirtheit anderseits, gänzliche Abwesenheit besserer Motive dürfte man ebenso wenig als die herrschende moralische Grundstimmung in diesen Kreisen bezeichnen. Vielmehr, was ihnen eigen ist, das ist eine gewisse moralische Haltlosigkeit, die fast naiv bei jeder eintretenden Collision der Pflichten sich nach der Seite der

selbstsüchtigen Interessen hin entscheidet; das Gegengewicht gegen diese, welches in der Anerkennung höherer allgemeiner Interessen und in der Zucht strenger moralischer Verbindlichkeit beruht, ist noch im höchsten Grad unentwickelt. Wol wuchert neben ihrer Schwester, der theologischen Phrase, die moralische Phrase, breit und in üppigster Entfaltung auf den Lippen dieses Geschlechts; aber um so vollständiger fehlt dabei natürlich die wahre innere Gebundenheit an ein aufrichtiges festes Pflichtbewußtsein; ohne viel Reflexion — denn eben nur auf den Lippen wohnt in traditionell formelhafter Erstarrung die moralische Erwägung — ergreift in jedem Falle jeder, was das Gesetz der Selbstsucht dem unveredelten Triebe als das nächste vorschreibt.

Man muß es bekennen: nicht nur in der beklagenswerthesten politischen Zerrüttung ging unsere Nation aus dem Elend der dreißig Kriegsjahre hervor; nicht nur unsere intellectuelle Entwickelung lag in der tiefsten Verkümmerung danieder — auch ein tiefer moralischer Verfall zehrte an dem Kern unseres Volksthums. Wie ausgelöscht waren gerade die schönsten und tiefsten Züge unseres nationalen Charakters, die ernste Treue, die opferbereite Hingebung, der unwiderstehliche Zug zur Wahrheit — zweideutig und gewaltsam, selbstsüchtig und verschlagen, mit der traurigsten Verwirrung aller Begriffe von Ehre und Recht, ganz erfüllt von engherzigen Vorurtheilen, alle innere Wahrhaftigkeit untergraben durch die Lüge der theologisch-moralischen Phrase in Mitten einer äußerst corrumpirten Wirklichkeit — so tritt im Großen und Ganzen uns das Geschlecht jener Tage entgegen.

Von dem Beamtenstand, diesem zahlreichen und wichtigen Element der Bevölkerung, sind wir ausgegangen. Was war es nun doch, was hier jene tiefe innere Umwandlung zum Besseren bewirkte, die wir allmälig — und wir nehmen mehr die Resultate als den eigentlichen Vorgang wahr — eintreten sehen?

Nichts anderes in gleich unmittelbarer Wirkung, als daß aus der trübseligen politischen Zerfahrenheit der Nation ein großer, fester, geordneter nationaler Staat sich erhob. Nur auf diesem Boden konnte — zunächst für einen Bruchtheil der Nation, aber bald weit

ausgreifend in ihrer rettenden Wirkung — die Heilung des schwer-kranken Volksthums sich vollziehen, und hier hat sie sich vollzogen.

Denn darauf kommt es doch im Grunde an, daß für alles Streben und Arbeiten in öffentlichen Dingen ein fester, sichtbarer Mittelpunkt gegeben sei, auf den hin die allgemeine Gesinnung sich mit begründeter Verehrung, die gemeinsame Arbeit sich mit einiger Sicherheit des gemeinnützigen Erfolges richten kann. Die besten und rührigsten politischen Kräfte des siebzehnten Jahrhunderts sehen wir erlahmen oder in seltsame Verirrungen abschweifen, wo sie an die Reichspolitik herantreten und mit den dort gegebenen Factoren zu operiren versuchen; unwiderstehlich reißt sie das schwindelnde Herumdrehen im Kreise mit sich fort, wenn gleich dort schon längst kein Rad mehr in das andere greift. Was sie sind und vermögen, das zeigen sie in ihrer Thätigkeit in dem engeren staatlichen Kreise der Territorien.

Und so nun besonders in dem emporwachsenden preußischen Staat. Wol erzeugt auch in den kleineren und kleinsten Territorien die Liebe zur Heimat oder zu einem alteigenen Fürstenhaus, verbunden mit dem allgemeinen Zug des Zeitalters zur Neuordnung der bisherigen chaotischen Zustände, gewisse patriarchalische politische Tugenden — wer blickte nicht mit Befriedigung auf die innere Geschichte der thüringischen Herzogthümer seit den Zeiten Ernsts des Frommen — aber die volle Durcharbeitung und Regeneration des deutschen Volkscharakters konnte nur geschehen auf dem Boden des großen deutschen Staates, der über weitausgedehnte Gebiete hin die verschiedensten Bestandtheile der Nation zu gemeinsamer Zucht und Arbeit vereinigte.

Welch schöne Aufgabe wäre es, in einer Geschichte des preußischen Beamtenthums zugleich diesen Proceß der allmäligen sittlichen Genesung und Wiedererstarkung nach der allgemeinen Depravation des dreißigjährigen Krieges anschaulich darzustellen. Wie augenfällig würde sich hier der enge natürliche Zusammenhang aufweisen lassen, der zwischen dem Vorhandensein eines wolgeordneten, gesunden nationalen Staatswesens und dem allgemeinen sittlichen Niveau eines Volkes besteht. Je machtvoller und fester nach außen und innen der Bau des preußischen Staates emporwächst, um so mehr

schwinden allmälig wieder jene entstellenden Züge, die in dem Getümmel eines anarchischen, staatlosen Zeitalters sich dem Antlitz unseres Volkes aufgeprägt hatten. In seinem Beamtenstand zunächst, den er in scharfe Zucht nimmt, erobert der preußische Staat eine zahlreiche Klasse, den intelligenten Kern der Bevölkerung, dem Ernste der Gesinnung, der Ehrbarkeit des Lebens, dem strengen Gefühle der Pflicht zurück — es gibt wieder eine Pflicht, weil es wieder einen Staat gibt; es gibt wieder Treue und Hingebung, weil es eine Gemeinsamkeit gibt, die ihrer werth ist und die durch den Segen ihres Daseins reichlich zurückzahlt, was ihr dargebracht wird; die wuchernde Selbstsucht erhält auf dem Gebiet der öffentlichen Interessen ihr Gegengewicht in dem erwachenden Patriotismus, und dieser ist wieder möglich, weil das Vaterland nicht mehr eine unfaßbar in der Luft schwebende Phrase ist, sondern ein lebendiges Gebilde, an dem man Theil hat mit Fleisch und Blut. Und diese Wandelung greift nun in immer weitere Kreise durch; man würde zu beobachten haben, wie sie allmälig die ganze Physiognomie des großen Bruchtheils der Nation umgestaltet, der dem preußischen Staate angehört.

Aber in der Zeit, von welcher wir hier berichten, war davon noch nichts oder wenig zu spüren. Es ist doch, von den angedeuteten Gesichtspunkten aus betrachtet, kein leeres Wort, daß jetzt in der Person des Fürsten eigentlich das einzige einheitliche bindende Element für diesen werdenden Staat lag. Er allein vertritt die Idee des Ganzen; er kann und darf von keinem anderen voraussetzen, daß dieselbe ihn in gleicher Weise erfülle und beherrsche. Die Natur der Dinge bringt es mit sich, daß in allen hauptsächlichen Entscheidungen er ganz isolirt und auf sich selbst, als einzig maaßgebende letzte Instanz, angewiesen dasteht.

Freilich hat dies seine natürlichen Grenzen. Wie mächtig man sich das politische Genie des großen Kurfürsten vorstellen mag, wie sehr ihm persönlich die großen allgemeinen Impulse, der große schöpferische Hauch angehört, der diese Regierung durchweht — im Einzelnen und Sachlichen mußte doch auch er bis zu einem gewissen Grade sich auf die Einsicht und Erfahrung Anderer stützen. Man dürfte sich diesen Fürsten nicht vorstellen, in souveräner geistiger

Ueberlegenheit über all die bedeutenden Kräfte, die sich um ihn schaarten, gleichsam als alles überblickenden Maschinisten und mit der freien Wahl einer in jedem Moment unendlich überragenden Einsicht in jedem einzelnen Falle die Richtung bestimmend, die Rollen vertheilend. In der That bleibt doch auch neben ihm selbständigen Capacitäten ein weiter Spielraum, eine Möglichkeit schöpferischer Initiative sowol als verderblicher Ablenkung auf falsche Wege, und für beides bietet seine Regierung die Beispiele. Der Kurfürst hat nicht immer bloß geleitet, er ist auch in den wichtigsten Dingen oft geleitet worden; er hat Impulse nicht nur gegeben, sondern auch oft empfangen. Seine Stärke beruhte nicht sowol im Technischen und Einzelnen (wie später bei Friedrich Wilhelm I.), als in dem praktisch-genialen Sinn für das Ganze, in der unüberwindlichen Robustheit des Staatsgefühls, welches ihn beseelte.

Um so lebhafter natürlich das Getümmel um ihn her, das Drängen der Nächststehenden um das Maaß von Herrschaft und Einfluß, welches überhaupt zu errreichen war. Das Spiel der höfischen Intrigue in voller Blüthe.

Es ist begreiflich, daß da ein Mann von den Ansprüchen Waldeck's den Meisten als ein unwillkommener Rivale erschien. Von allen Seiten her, klagt er selbst [1]), sei man ihm am brandenburgischen Hofe mißgünstig entgegengekommen. Der Feldzeugmeister von Sparr, der während der Neuburgischen Verwickelungen die Hauptleitung der militärischen Angelegenheiten gehabt hatte, stand in dem Ruf, einen Widerwillen gegen Alle zu haben, die in Holland gedient hatten [2]); in Waldeck hatte er überdieß direct einen Nebenbuhler zu fürchten und that alles, seine Anstellung zu verhindern. Er ist Waldeck's erbittertster Feind geblieben, so lange dieser im Dienste des Kurfürsten blieb. Der geheime Rath Otto von Schwerin, der der Kurfürstin nahe stand, jedenfalls einer der zuverlässigsten Männer

---

[1]) In dem autobiographische Aufsatz von 1652.

[2]) „La haine de Sparr contre ceux qui avaient servi en Hollande." — In gleicher Weise spottet Waldeck in Bezug auf Sparr gelegentlich über „die Manieren der in kaiserlichen Diensten gewesenen Officiere." (Denkschrift über seine Differenzen mit Sparr, dat. Königsberg 28. Aug. 1657. Berl. Arch.)

aus dem ganzen Kreise, ließ sein Mißfallen offen verlauten: der Mann werde dem Kurfürsten viel Geld kosten, sagte er. Am unangenehmsten fühlte sich der Freiherr von Blumenthal betroffen, als er aus Wien zurückkehrte und den neuen Ankömmling vorfand. Er war seit einigen Jahren neben Conrad von Burgsdorf der einflußreichste Mann am Hofe gewesen; er galt als eine hervorragende Capacität in Finanz- und Verwaltungssachen, und außerdem war er besonders nutzbar durch seine persönlichen Verbindungen am Hofe des Kaisers, in dessen Diensten er mehrere Jahre gestanden hatte. Auch er verfehlte nicht, so lange es noch möglich schien, der Festsetzung Waldeck's alle Schwierigkeiten zu bereiten. Und so von allen Seiten her; den geheimen Rath Ewald von Kleist nennt Waldeck als den einzigen, der ihm von Anfang an Vertrauen und Sympathie entgegengebracht habe.

Eine wichtige Stütze aber fand er an der Kurfürstin. Für sie, die Oranierin, — denn den Parteiungen des Hofes konnte doch auch sie sich nicht entziehen — war es von Werth, gerade einen Mann am Hofe und in der Umgebung des Kurfürsten zu haben, der durch seine Vergangenheit und seine persönlichen Verbindungen eng mit ihrem Hause verknüpft war; durch seine Frau war er ihr von weither verwandt; „mon cousin“ nennt sie ihn in ihren Briefen. Und auch Waldeck sah in dem Verhältniß zu ihr, „zu der Fürstin, deren Hause ich mich von meiner frühen Jugend her gewidmet habe,“ einen Hauptantrieb für das Festhalten seiner jetzigen Stellung. Ungemein gewinnend muß doch die Persönlichkeit dieser Kurfürstin Louise Henriette gewesen sein. Waldeck spricht von ihr mit der begeistertsten Hingebung: schon um ihretwillen und auf ihren Schutz bauend wolle er allen Fährlichkeiten Trotz bieten und an dieser Stelle aushalten „tant que cette divine princesse et l'âme me resteront.“

Binnen kurzem gelang es ihm nun doch, mit seinen neuen Collegen in ein besseres Verhältniß zu treten. Die Kurfürstin wußte eine Verständigung mit Schwerin anzubahnen. Blumenthal wurde in der nächsten Zeit durch anderweitige Geschäfte vom Hofe fern gehalten; ein eingehender geschäftlicher Briefwechsel zwischen ihm

und Waldeck knüpfte sich an und stellte bald doch eine Reihe von Gesichtspunkten heraus, unter denen man gemeinsam wirken konnte. Auch die Anderen fügten sich allmälig; Waldeck durfte hoffen, mit einiger Aussicht auf Unterstützung und Erfolg an die Aufgaben herantreten zu können, die ihm als die nächsten erschienen.

Innere Reformversuche.

Die jetzt beigelegten Verwickelungen mit Pfalz-Neuburg waren gleichsam eine Probe für das, was der Staat des Kurfürsten in seiner jetzigen Verfassung nach außen hin zu leisten vermochte. Das Resultat war wenig erfreulich. Waren gleich die Pläne Friedrich Wilhelm's vorzugsweise an Hindernissen gescheitert, die außer seiner Sphäre lagen, so war doch bei dieser Gelegenheit auch in erschreckender Weise zu Tage getreten, wie unfertig, wie mangelhaft organisirt, ja zum Theil wie corrumpirt die inneren Zustände des Staates waren. Besonders die Lage der Finanzen gewährte den trostlosesten Anblick; alle Kassen leer, eine ungeheuere Schuldenlast, von den Domainen ein großer Theil verpfändet, die übrigen aus Mangel an Geld verwahrlost; bei näherer Prüfung die ganze Finanzverwaltung ein Netz von Unordnung und Unterschleif [1]). Es schien unmöglich, daß man in dieser Lage den Krieg hätte fortsetzen können, wenn die Verhältnisse es erfordert hätten; aber auch ohnedies war und blieb der Staat gelähmt für jede Thätigkeit in größerem Stil, wenn nicht nach dieser Seite hin Abhilfe geschafft wurde.

Hier war das Gebiet, auf welches Waldeck zuvörderst seine Bemühungen richtete. Das erste, was erfolgte, war die Entfernung Conrads von Burgsdorf vom Hofe.

In militärischen Aemtern, bis zum Oberstenrang herauf und bis zu der Stellung als Commandant von Cüstrin, hatte dieser

---

[1]) Kurz vor dem Ausbruch des Jülich'schen Krieges hatte die kurfürstliche Regierung selbst in der äußersten Noth eine bedenkliche Maßregel getroffen: die Emission von über einer Million Rth. in Scheidemünze von gesetzwidrig geringem Gehalt. Riedel der brandenb. preuß. Staatshaushalt in den beiden letzten Jahrhunderten. S. 21 f. Mylius Corp. Const. March. IV. 1230. VI. 424.

märkische Edelmann seine früheren Jahre verlebt. Es verlautet nicht, daß er Gelegenheit gehabt hätte, sich als Soldat hervorzuthun. Sein höheres Glück datirt von dem Regierungsantritt des Kurfürsten Friedrich Wilhelm. Hier hatte er sich unstreitige Verdienste erworben. Als geschworener persönlicher Feind Schwartzenberg's, des allmächtigen Ministers der vorigen Regierung, hatte er sich schon dem jungen Kurprinzen empfohlen, dem er von seinen Cüstriner Kinderjahren her bekannt war. In der gefahrvollen Krisis des Regierungswechsels hatte er sich dann durch sein entschlossenes Auftreten wesentlich nützlich gemacht. Von da an war er dem Kurfürsten persönlich nahe getreten und nahm als Oberkammerherr die erste Stelle in seiner Umgebung ein; das Commando aller märkischen Festungen ward ihm übertragen; eine Anzahl einträglicher Pfründen in den säcularisirten Landen und von den Gütern des Johanniterordens in der Mark wuchs ihm allmälig zu. Da der Kurfürst ihn beständig in seiner Nähe hielt, konnte es nicht fehlen, daß sein Einfluß auf die Geschäfte ein bedeutender wurde; das meiste gelangte durch seine Hand an den Kurfürsten; er hatte, ohne den Namen, die Stellung und die Macht eines in dem vollen Vertrauen seines Herren stehenden Cabinetsministers. Dennoch ist der Name dieses Mannes von sehr üblem Klang in der Geschichte dieser Zeit. Wir zweifeln nicht, im Ganzen mit Recht; im Einzelnen ist das Urtheil über ihn vielleicht doch zu sehr durch die gehässigen Anklagen eines offenbar von dem erbittertsten persönlichen Haß eingegebenen Pamphlets bestimmt worden, welches Cosmar bekannt gemacht hat [1]).

Wir werden uns einen Mann, der bis in sein sechsundvierzigstes Jahr in dem Soldatenleben des dreißigjährigen Krieges gestanden, nicht eben als eine moralisch sehr reinlich gehaltene Persönlichkeit vorzustellen haben; gewiß ist vieles von den Anklagen gerechtfertigt, die früher und später gegen seine Unbescholtenheit erhoben worden waren. Aber wo wäre es damals anders gewesen? Besonders in den höheren militärischen Aemtern, die dazu viel Gelegenheit boten, war die Plusmacherei fast überall im Schwange. Viele Vermögen

---

[1]) Cosmar Schwartzenberg Beilage Num. IX.

sind auf diese Weise gegründet worden. Die ganze moralische Laxheit und Unzuverlässigkeit jener Zeit, verbunden mit einem guten Theil soldatischer Rohheit und Lüderlichkeit werden wir Burgsdorf unbedenklich zuschreiben dürfen; doch fehlte es ihm nicht an Kenntnissen und Geschicklichkeit. Es liegen jetzt in den neuerdings herausgegebenen Materialien zur Geschichte des großen Kurfürsten zahlreiche Actenstücke seiner Hand vor; wir übersehen seinen brieflichen Verkehr mit dem Kurfürsten bei verschiedenen diplomatischen Sendungen, zu denen er benutzt wurde; und in dieser Thätigkeit zeigt er sich durchaus kundig und geschickt. Seine Persönlichkeit tritt aus diesen Briefschaften in kein übles Licht; neben scharfer sachlicher Behandlung der Geschäfte spricht sich oft ein derber, glücklicher Humor und eine gute Beobachtung der Menschen in ihnen aus. Man mag nicht recht an die Insinuationen jenes Pamphlets von seinem eigenen verlotterten Leben (wenigstens in dieser Zeit) glauben, wenn man ihn seine Eindrücke vom Dresdener Hofe schildern hört [1]). Einmal schreibt er in einem Privatbrief an Ewald von Kleist über ein Duell, das in Folge eines Streites im Rausche zwischen zwei jungen Leuten vorgekommen und wobei ein Lieutenant von Glasenapp seinen Gegner gefährlich verwundet hatte: „wann er wieder genesen und sie beide vor mir kommen, soll es an guten Filzen nicht ermangeln; die Bursche meinet, wann es säuft und sich nicht dabei schlägt, so wären es keine Cavallier nicht [2])." Hören wir endlich eine Schilderung, die einer seiner Collegen, der weder sein Gegner noch seine Creatur war, bei ganz unverfänglicher Gelegenheit von ihm macht: „er ist ein ehrlicher Mann, der seinem Herrn getreulich dient; er hat zwar nicht viel studirt, aber die lateinische und französische Sprache versteht er; hat auch einen guten natürlichen Verstand; ist zwar reformirt, aber um der Religion willen wird er sich nicht brennen lassen; er ist ein guter Hofmann und kann seine Sachen wol verrichten, wann er verschickt wird [3])." Ohne gerade eine persönliche

[1]) Urk. und Actenst. z. Gesch. des Kurf. Fried. Wilh. IV. 776. 787.

[2]) Ebendas. IV. 825.

[3]) Der brandenburgische Gesandte in Osnabrück v. Löben in einem Gespräch mit dem schwedischen Gesandten Oxenstjerna (Baltische Studien 5. 2. S. 58).

Vorliebe für den Mann zu besitzen, möchten wir doch auch Instanzen dieser Art gegenüber dem Zerrbild jenes Pamphletisten geltend machen, wodurch doch einigermaßen verständlicher wird, wie Burgsdorf seine einflußreiche Stellung in der nächsten Umgebung des Kurfürsten so lange zu behaupten vermochte.

Zu leugnen bleibt doch nicht, daß die allgemeine Lage des Staats die oben geschilderte war, und Burgsdorf — man ermißt hiernach den Umfang des ihm anvertrauten Geschäftskreises — ward in erster Reihe dafür verantwortlich gemacht [1]. Noch während der letzten kriegerischen Verwickelungen war er, ohne besonders hervorzutreten, in seiner bisherigen dienstlichen Stellung thätig gewesen; auf zahlreichen Actenstücken dieser Monate begegnet uns der amtliche Vermerk von seiner kaum zu entziffernden Hand. Unmittelbar nach dem Frieden aber brach der Sturm gegen ihn los.

Wir müssen dahingestellt sein lassen, wie weit vielleicht eine nach dem Scheitern der jüngsten Pläne nicht unbegreifliche Verstimmung die Katastrophe Burgsdorfs hat herbeiführen helfen. Zu allem anderen, was gegen ihn wirkte, kam auch die feindselige Stellung, die er gegen die oranischen Elemente am Hofe und besonders gegen die Kurfürstin selbst einnahm. Von dieser Seite ward, sobald einmal sein Ansehen erschüttert war, alles aufgeboten, um ihn bei dieser Gelegenheit völlig zu beseitigen. Ein Gutachten Waldeck's, kurz nach seinem Eintritt in den Dienst des Kurfürsten über diese Angelegenheit abgegeben [2], hebt namentlich diese Seite hervor; neben allen übrigen Verschuldungen sei auch sein Verhalten zu der Kurfürstin unerträglich; er berichtet, als aus dem Munde der Fürstin selbst, die abscheulichsten Rohheiten, die Burgsdorf in Betreff ihrer zu sagen sich

[1]) Denn für die Behauptung König's histor. Schilderung von Berlin II. 65., wonach die Ungnade Burgsdorf's durch seine interessirte Parteilichkeit für die märkischen Stände in Sachen der Bewilligungen für den Unterhalt der Truppen herbeigeführt worden sei, findet sich in den Acten nirgends ein Anhalt.

[2]) Im Archiv zu Arolsen; undatirt. Man müsse, sagt er u. a., einen Mann vom Hofe entfernen, „der C. Churf. Dchl. Gemahlin zu beschimpfen, zu betrüben und alles, was er gekönnet, selbiger zuwider zu thun sich beflissen; ja, wie die Churfürstin selbst sagt, gesagt: so lange er am Hof etwas zu sagen, sollte sie keine Kinder bekommen."

erlaubt habe: nicht bloß die Entfernung vom Hofe sei über ihn zu verhängen, sondern die Entlassung aus allen seinen Aemtern.

Und diese erfolgte in der That. Im Januar 1652 wurde Blumenthal nach Berlin geschickt, um ihm dieselbe zu verkündigen [1]). Weitere Maßregeln gegen ihn wurden nicht ergriffen; aber schon diese schlug den bereits erkrankten völlig zu Boden. Einige Wochen später ist er gestorben. Das Obercommando über die märkischen Festungen, das Burgsdorf geführt, ging in der Folge auf Waldeck über; ebenso wurden die durch den Tod jenes erledigten Pfründen ihm verliehen, die Domprobstei von Halberstadt und die Ordenscomthurei Lagow, deren jährliche Einkünfte man auf vier bis sechs tausend Thaler schätzte. So daß Waldeck auch in dieser Beziehung der Erbe Burgsdorf's wurde, sowie er sich anschickte, der Erbe seiner politischen Stellung zu werden.

Mit der Beseitigung dieses Ministers war der leichtere Theil der Aufgabe vollbracht; unendlich schwieriger war die eigentlich aufbauende Arbeit, die nun in Angriff genommen werden mußte.

Es liegt ein Aufsatz Waldeck's vor [2]), worin er die Hauptmißstände zusammenstellt, welche zunächst Abhilfe erforderten. Vorerst der völlig ordnungslose Geschäftsgang, der in den einzelnen Regierungscollegien herrscht. Nirgends eine feste Leitung, eine regelrechte und zweckmäßige Theilung der Geschäfte; in vielen Fällen nicht einmal eine geordnete Protokollführung, so daß es nicht selten vorkommt, daß die schließliche Expedition der Geschäfte den darüber gepflogenen Verhandlungen widerspricht. Ganz besonders aber in

---

[1]) Tornow an Waldeck dat. Berlin 20. Jan. 1652: „Er gebarete sich über diese Ordre sehr übel, weinete und klauete sich stark in die Haare und bat, wir wollten unterth. vor ihn intercediren, daß S. Churf. Dchl. ihm den Unterhalt geben und nicht gar untergehen lassen wollten, damit er seine Schulden bezahlen könnte . . . Es war schon 14 Tage vorhero diese Abdankung alhier lautbar, und wurden es die Einwohner gestern um so viel schleuniger inne. Jedermann freuete sich, und sonderlich da auskam, daß der Herr Kammerpräsident auch erlassen worden. Ich höre auch von jedwederm das Judicium fällen, daß S. Churf. Dchl. hätten müssen gänzlich ruiniret werden, wann Sie es nicht also angefangen hätten.“ (Arols. Arch.)

[2]) Rauchbar, S. 32 ff.

den Finanzen, „in Kammer-Staat und Menage," wie der Ausdruck lautet, die heilloseste Anarchie. Es fehlt hier seit langer Zeit an jeder Controle; niemand weiß über Einnahmen und Ausgaben sichere Auskunft zu geben; nirgends hat man Maßregeln ergriffen, um ein systematisches Wachsthum der Einnahmen herbeizuführen. Und daher nun der empfindlichste Geldmangel bei jeder Gelegenheit; das Nothwendigste muß oft deshalb unterbleiben. Waldeck weist schon hier darauf hin, was er später immer und immer wieder betonte, daß unter dieser steten finanziellen Bedrängniß namentlich auch die auswärtige Politik des Staates zu leiden habe; für diese braucht man bereite Geldmittel; Gesandtschaften, Unterhaltung von Residenten und Correspondenten an möglichst vielen Punkten, all das kostet große Summen; aber der Schade ist unwiederbringlich, wenn man hierin sparen will, oder wenn das hier Nöthige aus wirklichem augenblicklichen Mangel unterbleibt. Es sind für diese Zwecke bestimmte Fonds anzuweisen, die nicht anderweit verwandt werden dürfen. Nicht minder herrscht in dem „Hof-Staat" die unerträglichste Verwahrlosung. Große Summen kommen für denselben in Rechnung, aber es wird nicht das Entsprechende dafür geleistet. Die Kaufleute klagen, daß es unmöglich sei, Zahlung für das Gelieferte zu erhalten; höchstens wer einen guten Freund am Hofe hat, kann zu seinem Gelde kommen. Und ebenso übel ist es mit den Gehalten der Beamten bestellt. „In summa, die Sachen sind an diesem Hof allenthalben also beschaffen, daß, um Abwendung äußersten Ruin's und Untergangs, ein gutes redressement zum höchsten vonnöthen."

Waldeck fügt diesen Erörterungen eine Reihe von Gesichtspunkten bei, nach denen eine allseitige Reform vorzunehmen sei. Es sind im wesentlichen die nämlichen, welche in einer Reihe von organischen Bestimmungen in's Einzelne ausgearbeitet als Grundlage der nun versuchten Neuordnung vorliegen.

Noch vor Schluß des Jahres trat eine Anzahl durchgreifender Maßregeln in's Leben (December 1651). Zunächst eine neue Geschäftsordnung für die Arbeiten des geheimen Rathes [1]. Ihre Ten-

---

[1]) Cosmar und Klaproth der geh. Staatsrath S. 199 ff.

denz ist die einer ziemlich straffen Centralisation nach dem Cabinet des Fürsten hin. Die Summe der Regierungsgeschäfte wird in neunzehn Departements getheilt, welche die gesammte Administration, mit Einschluß der militärischen, und zugleich auch die regulären auswärtigen Verhältnisse umfassen. Diese Departements werden an die einzelnen geheimen Räthe vertheilt. Der Kurfürst selbst aber behält sich die erste Kenntnißnahme von allem vor; aus dem Cabinet erhalten die einzelnen Departementschefs die zu ihrem Ressort gehörigen Acten zugewiesen, und auf ihren Vortrag entweder oder nach gemeinsamer Durchberathung und Abstimmung im ganzen Geheimrathscollegium erfolgt wiederum die endgiltige Entscheidung über jedes Einzelne direct durch die persönliche Entschließung des Kurfürsten.

Waldeck hatte auf diesen Punkt das Hauptgewicht gelegt. In einer besonderen Eingabe suchte er dem Kurfürsten eindringlich zu machen, daß er „vorerst dadurch einen gewaltigen Nutzen würde empfinden, wann Dieselbe gnädigst beliebten, jedesmal des vorigen Abends ein Memoriale aller zu expedirenden Geschäfte sich geben zu lassen, daraus dann des folgenden Morgens, was etwan des Tages über im Consilio und sonsten wegen Gesandtschaften vorkommen würde, beneben den secreten Correspondenzen ganz allein zu überlegen [1].“

Man sieht, was Waldeck wollte. Der Schwerpunkt aller Entscheidungen wird in das Cabinet, in die letzten persönlichen Entschließungen des Kurfürsten gelegt. Wie wäre es anders denkbar, auch bei einem Fürsten von der enormsten Umsicht und Geschäftskenntniß, von der unermüdlichsten Thätigkeit, als daß bei einem solchen Verfahren doch ein großer Theil der eigentlichen Entscheidungsgewalt demjenigen zufiel, der der Person und dem Cabinet des Fürsten am nächsten stand? Und diese letzten Cabinetsentschließungen sollten täglich erfolgen nach geschehener Kenntnißnahme von den einlaufenden gesandtschaftlichen Berichten und vornehmlich von den geheimen Correspondenzen — das Departement der geheimen Correspondenzen aber war dasjenige, welches Waldeck in der neuen Geschäftsvertheilung speciell zugewiesen war.

---

[1]) Rauchbar S. 35.

Offenbar, Waldeck hatte nicht an der Beseitigung Burgsdorfs mitgearbeitet, um sich selbst eine Stellung an diesem Hofe zu gründen, die ihm einen wesentlich geringeren Einfluß gewährt hätte, als jener besessen hatte. Er geht direct auf das los, was Sommelsdyck in einem Briefe an ihn in dieser Zeit „la principale direction en votre cour“ nennt [1]). Und er sucht dies zu erreichen, indem er den Kurfürsten unmittelbarer, als es bisher der Fall gewesen, in den laufenden Geschäftsgang hineinzutreten veranlaßt und zugleich sich selber eine solche Stelle in demselben vorbehält, daß er nothwendig das Organ dieser intensiveren persönlichen Theilnahme des Fürsten an den Arbeiten der Staatsverwaltung werden muß.

Eine Einrichtung, darf man sagen, durch welche Waldeck, wenn es ihm gelang dieselbe durchzuführen, die wirkliche Förderung der allgemeinen Interessen mit denen seiner persönlichen Stellung in glücklicher Weise verbinden konnte.

In der That war es nun ein sehr beträchtlicher und höchst wesentlicher Theil der laufenden Geschäfte, den Waldeck sich als sein specielles Arbeitsgebiet bei der jetzigen neuen Geschäftsvertheilung zuweisen ließ. Neben dem erwähnten Fach der geheimen Correspondenz, in welches natürlich von allen Seiten her alles hereingezogen werden konnte, was man bei gegebener Veranlassung dem gewöhnlichen Geschäftsgang entziehen wollte, übernahm er von den regulären diplomatischen Verbindungen mit dem Auslande die wichtigste, die mit Frankreich, und daneben die mit Dänemark. Die gesammte Militärverwaltung, soweit der Kurfürst das Einzelne nicht seiner Cabinetsentschließung vorbehalten oder das Geheimrathscollegium bei der Berathung darüber betheiligen würde, ward der Leitung Waldeck's untergeben; die beiden geheimen Räthe von Putlitz und von Kleist wurden ihm als Helfer beigesellt. Vor allem aber trat er an die Spitze der neuen Centralverwaltung der Finanzen, die man zu begründen unternahm.

Gleichzeitig mit der Neuordnung des geheimen Rathes wurde nämlich eine besondere Abtheilung desselben als das Collegium der „geheimen Staats- und Kammerräthe“ installirt. Das gesammte

---

[1]) Sommelsdyck an Waldeck dat. Haag 1. Januar 1652. (Arolf. Arch.)

„Oekonomiewesen,“ wie man die Finanzverwaltung bezeichnet, ward ihrer Obhut anvertraut. An ihrer Spitze stand Waldeck; „le chef de notre collége,“ nennen ihn die andern gelegentlich. Als zweiter tritt Otto von Schwerin hinzu; keineswegs über alle principiellen Punkte mit Waldeck einig, aber in der Hauptsache schließt er sich ihm jetzt zu gemeinsamer Wirksamkeit an. Die namhafteste Capacität in finanziellen Dingen, Joachim Friedrich von Blumenthal, konnte hierbei natürlich nicht entbehrt werden; für jetzt indeß suchte Waldeck ihn so lange als möglich vom Hofe entfernt zu halten; man wies ihm die wichtige Aufgabe zu, die nöthigen Umgestaltungen in Berlin in's Werk zu setzen; aber in einem lebhaften brieflichen Verkehr verständigte man sich von Cleve her mit ihm über das Einzelne. Endlich ward diesen als vierter der geheime Rath Johann Tornow beigegeben; ein Märker, in der Gerichts- und Verwaltungscarriere in Berlin emporgekommen; ein wenig von märkisch nativistischen Gesichtspunkten geleitet, wie es scheint; aber von den umfassendsten technischen Kenntnissen und Erfahrungen; ein rastloser vielseitiger Arbeiter.

Auf diesen vier Männern beruhte vornehmlich das finanzielle Reorganisationswerk, zu dem man sich jetzt anschickte: „wenn wir vier nur einmal ein halbes Jahr lang könnten beisammen sein, so sollte viel redressirt werden,“ schreibt Blumenthal einmal an Waldeck [1]), und dieser berichtet mit Freude an seinen Freund Sommelsdyck in Holland über das Interesse und die Einsicht, womit der Kurfürst auf die ihm vorgelegten Pläne einging.

Wie sehr ist es nun zu bedauern, daß die vorhandenen Materialien doch nur ein sehr mangelhaftes Bild von der Thätigkeit zu entwerfen gestatten, welche auf diesem Gebiete jetzt entfaltet wurde. Nur Fragmente liegen uns zu diesem Zwecke vor; sie lassen erkennen, daß ein großer Theil der Geschäfte auf dem Wege des brieflichen Verkehrs zwischen den vier Kammerräthen betrieben wurde, und zwar so, daß dieser Briefwechsel (wie nicht selten in dieser Zeit) eine unentschiedene Mitte hält zwischen rein privatem und officiellem Charakter. Das wenigste davon ward archivalisch aufbewahrt;

---

[1]) Blumenthal an Waldeck dat. Berlin 7. April 1652. (Arolf. Arch.)

unter den Waldeck'schen Papieren zu Arolsen findet sich manches dazu gehörige; weit mehr ist verloren gegangen. Gerade mit Acten dieser Art hat man bis in die neueste Zeit meist das unverantwortlichste Verfahren beobachtet.

Wir versuchen, wenigstens die Hauptzüge der Thätigkeit des neuen Finanzcollegs, soweit unsere Hilfsmittel uns blicken lassen, erkenntlich zu machen [1]).

Auf das nächste, auf die Verwaltung des kurfürstlichen Haus- und Hofstaates, richteten sich die Blicke zuerst. Sie hing aufs engste mit der der Domainen zusammen. Die bisher meist gebräuchliche Selbstbewirthschaftung der landesherrlichen Domainen zeigte, indem man sie jetzt näher in's Auge faßte, große Uebelstände und einen überaus dürftigen Ertrag; ohne Unordnung und Unterschleif ging es dabei fast nirgends ab. Vermöge dieser Selbstverwaltung der Domainen beruhte auch der fürstliche Haus- und Hofstaat zum großen Theil auf Naturalwirthschaft; die Naturalerträge aus den kurfürstlichen Aemtern bildeten die Grundlage des Haushalts; die Mehrzahl der Beamten vom höchsten bis zum untersten Rang waren, neben magerem Gehalt [2]), auf Deputate und auf materielle Verpflegung am Hofe angewiesen. Bei einem solchen System war massenhafte Vergeudung fast unvermeidlich; die Gelegenheit zur Veruntreuung lag zu nahe, um nicht benutzt zu werden [3]).

---

[1]) Einiges hierher gehörige s. in der „Geschichte von der verbesserten Einrichtung der Domainen etc. bei Fischbach histor. Beiträge II. 1. 17ff.; König Berlin II. 255ff.; von neueren Riedel der brandenburgisch-preußische Staatshaushalt in den beiden letzten Jahrhunderten S. 11ff. Droysen Gesch. der preuß. Politik III. 2. 66ff. — Die im Text folgenden Einzelheiten stammen fast durchweg aus dem Waldeck'schen Briefwechsel mit Blumenthal und Tornow im Archiv zu Arolsen.

[2]) Der außerdem oft lange unbezahlt blieb. So schreibt Blumenthal in Betreff der Zustände in Berlin über die „dures plainctes, que tous les ministres y font; car le petit y reçoit autant que le grand, et tous deux rien." Blumenthal an Waldeck dat. Cleve 1. Aug. 1652.

[3]) Blumenthal an Waldeck dat. Halberstadt 9. Jan. 1652: „il me souvient d'avoir ouy à Berlin, qu'un certain gentilhomme avoit acheté 8 maldres d'avoine, que nous nommons un Winspel, pour 7 pattacons (Rth.), lequel il avoit après presté à S. Alt. vers 17 pattacons; où l'on pouvoit dire: vous devez avoir tant d'avoine et pour celle tant d'argent."

Unter den Papieren des Archiv's zu Arolsen finden sich eine Reihe von Entwürfen von Waldeck's Hand für eine Neugestaltung dieser Dinge; leider sehr fragmentarisch, lassen sie doch die persönliche Betheiligung unseres Staatsmanns bis in das kleinste Detail dieser Reformen deutlich erkennen. Es finden sich unter anderem bis in's Einzelnste specificirte Vorschriften für eine neu einzurichtende Verwaltung der kurfürstlichen Küche. Jeder Artikel wird auf den möglichst knappen Etat gesetzt. Vor allem müssen die Speisungen und Naturalleistungen für die Staats- und Hofbeamten möglichst beschränkt und durch entsprechende Geldzahlungen ersetzt werden. Auch für die höchsten Beamten soll diese Maßregel durchgeführt werden. In dem Briefwechsel zwischen Blumenthal und Waldeck wird unter anderem die Frage erörtert, wie hiernach die Gehaltsverhältnisse der geheimen Räthe regulirt werden müssen; auch für die Ansprüche der vornehmsten unter ihnen glaubte man doch nicht über 1200 Rth. gehen zu sollen [1].

Nächstdem kam es darauf an, das Domainenwesen selbst auf einen besseren Fuß zu setzen. Die Selbstbewirthschaftung beschloß man nur für einen kleinen Theil der landesherrlichen Güter beizubehalten und dieselben in größerem Maßstab als bisher in eine angemessene Zeitpacht zu geben. Um dies zu können, bedurfte es aber erst einer umfassenden Revision der Behörden, denen die Verwaltung der Domainen bisher obgelegen [2]. Blumenthal und Tornow erhielten den Auftrag, dieselbe in den Marken vorzunehmen.

Da zeigte sich nun erst, wie tief die eingerissenen Mißbräuche lagen. Den bisherigen Präsidenten der Amtskammer, Bernd von Arnim, mußte man gleich von vorn herein seines Dienstes entlassen [3].

[1]) Blumenthal an Waldeck dat. Halberstadt 9. Jan. 1652. „Quant au deuxième, combien que Son Altesse doit donner gage à un conseiller d'estat noble, qui doit suivre la cour avec six chevaux et autant de valets, je suis d'avis, que moins 1200 pattacons il lui sera impossible, si ce n'est qu'il aye des biens pour s'en aider." Der Gehalt Waldeck's indeß wurde auf 4000 Rth. festgestellt, wie aus dem reformirten Etat vom Januar 1652 bei König Berlin II. 287 sich ergibt.

[2]) Ein Ansatz dazu, der ohne Erfolg blieb, war schon im Jahr 1650 gemacht worden. S. Fischbach a. a. O. S. 17.

[3]) Gleichzeitig mit Burgsdorf im Januar 1652. Indeß ist die Stellung dieses Bernd v. Arnim nicht ganz klar; nach andern Nachrichten hätte auch er sich

„Ich muß bekennen, schreibt Blumenthal an Waldeck, daß ich wol mein Lebetage nichts schlechter gefasset gefunden als die Expedition bei diesem Collegio (der Amtskammer in Berlin); auch glaube ich nicht, daß bei zehn Edelleuten im ganzen Lande, ob sie wol meist arme Leute sind, sich eine solche Armuth und Mangel befinde, als jetziger Zeit in Ihrer Churf. Dchl. Kasse ist; alle Rechnungen liegen von vielen Jahren unabgelegt und unjustificirt; die Aemter sind nicht gehörig visitirt worden; die Hofrentei klagt über die Eingriffe der Kammer; diese hat wieder ihre Klage, daß das wenigste mit ihrem Vorwissen verordnet werde u. s. w." [1])

Unter solchen Verhältnissen war es natürlich schwer und für das Interesse des Kurfürsten selbst unthunlich, sogleich zu Verpachtungen in großem Maßstab zu schreiten. Man mußte zuvörderst durch strenge und umfassende Enqueten in den einzelnen Aemtern und durch nachträgliche Prüfung und Ordnung der Rechnungen eine Uebersicht über die wirkliche Ertragsfähigkeit der Güter erlangen, bevor man sich auf langjährige Pachtverträge einlassen durfte. Dies erforderte Zeit, und selbst für die Aemter, zu deren Verpachtung man schon jetzt schreiten konnte, war es nicht leicht, geeignete, zuverlässige Personen zu finden, „Leute, die die Haushaltung verstehen, gesessen sind und einen Vorschuß thun können," wie Tornow schreibt, dessen Local- und Personalkenntniß dieses Geschäft besonders zufiel.

Die Mehrzahl der Domainen aber fand sich durch lange Verwahrlosung in dem Grade heruntergekommen, daß es überhaupt nicht gerathen schien, sie aus der Hand zu geben, bevor man sie wenigstens

---

mit großen Reformplänen getragen, die aber auf Parzellirung und Erbpacht hinausliefen. S. Hüllmann Gesch. der Domainen-Benutzung in Deutschland S. 99. Fischbach histor. Beiträge I. 54. (wo unrichtig seine Entlassung in das Jahr 1653 gesetzt wird.) Aus den Acten des Berliner Archiv's über ihn ergibt sich nur, daß er das obige Amt seit 1643 verwaltete und gleichzeitig mit seiner Entsetzung von ihm zum Landvoigt der Ukermark ernannt wurde (23. Jan. 1652); so daß hiernach schwerer gravirende Anklagen gegen ihn nicht vorgelegen zu haben scheinen. Kirchner Schloß Boytzenburg und seine Besitzer S. 311, wo er einen Lebensabriß Bernd's von Arnim gibt, übergeht diese ganze Zeit seiner Amtskammerverwaltung mit Stillschweigen.

[1]) Blumenthal an Waldeck dat. Berlin 17. April 1652. (Arols. Arch.)

einigermaßen wieder in die Höhe gebracht hätte; erst dann ließ sich ein erträglicher Pachtzins erwarten.

Auf einer Anzahl von Kammergütern hatte der Kurfürst seit Kurzem holländische und holsteinische Pächter angesetzt. Auch diese Maßregel zeigte vorerst, bei mangelnder Controle, noch sehr übele Erfolge. Die Holländer, klagt Blumenthal, „verwichsen all das Wildbret und thun wenig bei dem Ackerland.“ Die Holsteiner trieben es noch schlimmer: „diese haben 55 contribuirende Unterthanen empfangen und davon bis diese Stunde allschon 27 verloren; welches daher kommt, daß jene die ausgerodeten Aecker für die ihrigen behalten und die bewachsenen Aecker den vorigen Unterthanen aufbringen; die jungen Ochsen, auch gar die Bullen (nämlich die ihnen als Wirthschaftsinventar übergeben waren) sollen sie schlachten, weil sie eher gar werden.“

Ein einziges Mittel gibt es, schreibt Blumenthal, wodurch uns geholfen werden kann: wenn es gelänge, die Summe von 150,000 Rth. auf einmal baar in die Hand zu bekommen; damit, meint er, würde sich der Sache vollkommen aufhelfen lassen; man nimmt davon 50,000 Rth. zur Unterhaltung des Hofstaats für dieses Jahr, die andern 100,000 muß man in die Domainen stecken und dieselben einmal ein Jahr lang gleichsam ausruhen lassen. „Außer einer solchen Hilfe, sage ich, werden wir in stetigem Flicken, Aufmachen und Zustopfen verbleiben müssen. Ich sehe wol, wie es mir selbst gehet: wo ich nicht was hineinstecke, so kriege ich wenig wieder.“ Er liebt es, die Erfahrungen seiner Privatökonomie auf die der Domanialverwaltung anzuwenden: „wenn ein Edelmann recht in Flor sein und bleiben will, so muß er ein Jahr der Intraden auf dem Boden, ein Jahr im Felde und ein Jahr im Beutel haben; wann er das hat und hütet sich vor Unordnung, so kann er wol glücklich verbleiben“ [1]).

Außerdem kam es darauf an, die zahlreichen seit längerer oder kürzerer Zeit verpfändeten Domainen wieder einzulösen. Für geringfügige Summen zum Theil waren bei verschiedenen Gelegenheiten

[1]) Blumenthal an Waldeck dat. Berlin 7. April 1652. (Arolf. Arch.)

werthvolle und einträgliche Güter an einzelne Edelleute oder an ständische Corporationen als Pfand dahingegeben worden. Für eine Anleihe z. B. von 210,000 Rth., die Kurfürst Johann Sigismund bei der altmärkischen Ritterschaft aufgenommen hatte, war ein großer Complex von Domainen in der Altmark dieser Körperschaft verschrieben worden und befand sich seitdem in deren Besitz. In allen Landestheilen wiederholte sich ähnliches. Die Gläubiger befanden sich durchgängig sehr gut dabei, hatten in vielen Fällen nicht nur Zins und Zinseszins, sondern wol gar das Capital selbst dabei herausgeschlagen und wünschten nichts weniger, als daß der Landesherr in die Lage käme, die Pfandstücke wieder einzulösen.

Es gab kein anderes Mittel, aus allen diesen Schwierigkeiten herauszukommen, als die Hilfe der Landstände anzurufen. In den ersten Monaten des Jahres 1652 finden wir die Landtage in den meisten Provinzen versammelt. Im Januar verhandelte Blumenthal mit den Ständen des Fürstenthums Halberstadt, dessen Statthalter er war; es gelang wenigstens eine mäßige Summe von ihnen zu erhalten. In Cleve verhandelte Waldeck mit den Ständen; nach Preußen wurden Commissare zu dem gleichen Behuf geschickt.

Vorzüglich aber kam es auf die Stände in den Marken an, die gegen Ende März in Berlin zusammentraten. Blumenthal und Tornow führten die Unterhandlung. Zwei Forderungen waren es besonders, die sie sich bemühen sollten durchzusetzen: der Kurfürst wünschte, daß die Ritterschaft ihm die oben erwähnten seit der Zeit Johann Sigismunds verpfändeten Aemter in der Altmark ohne Entgelt wieder zurückstellte; ein Geschäft, welches mit der größten Discretion behandelt werden mußte; die beiden Commissare brachten es zunächst nicht öffentlich vor; unter der Hand suchten sie einzelne aus der Ritterschaft dafür zu gewinnen; sie hatten eine Anzahl höflicher kurfürstlicher Handschreiben zur Verfügung, die sie denen überreichten, von deren Hilfe etwas zu hoffen war. Mitte April war man bereits so weit, daß Blumenthal die besten Aussichten eröffnete.

Und ebenso nahm die andere Verhandlung guten Fortgang. Der Kurfürst forderte von den gesammten Ständen die Summe von 600,000 Rth., auf sechs Jahre vertheilt, „zu Einlösung der Aemter,

Unterhaltung der Soldatesca und Redressirung J. Churf. Dchl. Etat's."
Die Unterhandlung ließ sich gut an; am 14. April berichtet Blumenthal, daß die Stände nach langem Zögern und Bieten endlich mit ihrem äußersten Gebot herausgekommen sind: 500,000 Rth. in sechs Jahren. Hatte man diese Bewilligung, so konnte man mit der ersten Jahresrate und vermöge des Credits auf die anderen in der That jetzt die gewünschten Reformen in's Werk setzen.

Das Scheitern der Reformen.

Aber bei all dem stand ein großes Hinderniß im Wege. Mancherlei Forderungen pflegten von Alters her bei solchen Gelegenheiten die Landtage den Geldansprüchen des Landesherrn entgegenzustellen, und auch jetzt verfehlten die Stände nicht, nach herkömmlicher Weise mit der vollen Rüstung ihrer „Gravamina" zu Felde zu ziehen. Aber eine dieser Beschwerden ward vor allen betont; in ganzer Schärfe stellte sich hier nun wieder einmal die Militärfrage in den Vordergrund.

Der Kurfürst hielt die für den Jülich'schen Krieg geworbenen Truppen zum größten Theil beisammen; noch war der Gränzvergleich mit Schweden nicht geschlossen, und eben jetzt erhoben die schwedischen Commissare neue Weiterungen, welche ihre Gewaltsamkeit in's hellste Licht treten und von ihren ferneren Absichten das schlimmste befürchten ließen. Der Kurfürst war entschlossen, Angesichts dieser Verhältnisse nicht zu entwaffnen. Es hieß dem Uebermuth der Schweden nur neue Nahrung geben, wenn man in demselben Augenblicke sich selber wehrlos machte, wo sie in der herausforderndsten Art gegen Brandenburg verfuhren. Aber gerade hier traf man auf den geschlossenen Widerstand der Landtage. In allen Provinzen wiederholte sich das gleiche — für jede Bewilligung die eine unumgängliche Bedingung: Reduction der Truppen, Beschränkung derselben auf die für die Festungen erforderliche Anzahl, Abschaffung der für ihren Unterhalt dem Lande bisher auferlegten Lasten.

Besonders in der Mark trat den Commissaren des Kurfürsten in diesem Punkte die entschlossenste Opposition entgegen. Hier waren trotz aller Beschwerden die verschiedenen Erhebungen zu militärischen

Zwecken noch im Schwange, die im Laufe des Kriegs allmälig eingeführt und fast zu feststehenden geworden waren, die „Contribution,“ die „doppelte Metze“ u. s. w. Ihre Abschaffung und die Reduction der Truppen forderten die Stände als unerläßliche Bedingung; sobald diese zugesichert, sollte die Bewilligung von 500,000 Rth. erfolgen; sie würden dieselben mit Freuden geben, erklärten sie, wenn sie nicht mit ansehen müßten, „daß dieses Geld solche Leute nähmen, die Sr. Churf. Dchl. bei itzigem Zustand den geringsten Dienst nicht leisten können.“ [1]); mit der größten Mühe brachte es Blumenthal so weit, daß man noch für ein Jahr die „doppelte Metze“ ertragen wollte, aber dies sei das äußerste.

Wie oft schon hatte dieser Zusammenhang zwischen Militär- und Steuerverfassung zu Conflicten geführt, und wie oft sollte es in der Folge noch geschehen [2]). Jetzt scheiterte hieran vornehmlich für diesmal das ganze Reformwerk, und selbst die vier Männer, auf denen dasselbe neben dem Kurfürsten fast ausschließlich beruhte (nirgends fänden sie Hilfe und Theilnahme dafür, ist die Klage in allen ihren Briefen) gingen in ihren Ansichten feindlich aus einander. Denn mit Entschiedenheit stellte sich namentlich Tornow auf den Standpunkt der märkischen Stände: ringsum werde entwaffnet, Kursachsen habe all seine Feldtruppen entlassen, die Schweden lösten ein Regiment nach dem andern auf, überall würden die alten Contributionen aus der Kriegszeit herabgesetzt oder gar aufgehoben, nur in Brandenburg sollte der alte Zustand bleiben, es streite wider die Billigkeit ebenso wie gegen das Landesrecht, daß hier an die Stände neue große Anforderungen gemacht würden, ohne ihnen die bisherigen Lasten, wie man so oft versprochen, zu erleichtern; „S. Churf. Dchl. können, vermöge der Reversalen und Landesrecesse, also schlechterdings

---

[1]) Tornow an Waldeck dat. Berlin 21. April 1652. (Arolf. Arch.)

[2]) In der für manche Theile noch immer unentbehrlichen „Historischen Entwickelung der teutschen Steuerverfassungen“ von K. H. Lang (1793) werden die Epochen der deutschen Steuerverfassung nach den Epochen der deutschen Heeresverfassung eingetheilt und benannt: 1. Epoche: Heerbannsmiliz; 2: Lehenmiliz; 3: Söldnermiliz; 4: Besoldeter Reichssoldat; 5: Reichsexecutionsmiliz oder beständiger Kreissoldat. — Eine Sonderlichkeit, die aber doch ihren guten Sinn hat.

nicht befehlen," schreibt Tornow an Waldeck; er trägt Bedenken, auf diesem Fuß mit den Ständen weiter zu verhandeln [1]).

Begreiflicher Weise konnte in diesem Punkte Waldeck nicht der Meinung seiner Collegen beitreten, und er begegnete sich völlig mit den eigenen Ansichten des Kurfürsten, als er diesem die Unthunlichkeit einer Entwaffnung unter den jetzigen Verhältnissen vortrug. Was war zu thun? Nach einiger Zeit brach der Kurfürst die Verhandlungen ab, der Landtag wurde suspendirt (Juni 1652), nur einige Bewilligungen secundärer Art trug man davon.

So scheiterten an der Militärfrage vornehmlich alle die Verbesserungspläne, die man mit so großem Eifer in die Hand genommen hatte. Doch nicht an ihr allein. Aus der Geschichte der Reformprojecte in Bezug auf die Domainenverwaltung, welche unter der Regierung Friedrichs III. auftraten, ist bekannt, welchen Widerstand damals das Beamtenthum der einzelnen Provinzen jenen auf die Durchführung des Erbpachtsystem's gerichteten Maßregeln des Christian Friedrich von Luben entgegensetzte; nur mit dem äußersten Widerstreben ließen die verschiedenen Amtskammern sich die bisher geführte Verwaltung aus der Hand winden [2]). Das Verhältniß war jetzt ein ganz ähnliches gegenüber den hervortretenden Bestrebungen, an die Stelle der Amtsverwaltung und Selbstbewirthschaftung das System der Zeitpacht in ausgedehntem Maßstabe treten zu lassen. Motive verschiedener Art werden zusammengewirkt haben; neben theoretischen Bedenken gewiß auch das eigennützige Interesse vieler Verwaltungsbeamten, die bei der alten Weise ihren Vortheil besser fanden und mit Recht besorgen mußten, bei einer eindringlichen Untersuchung nicht allzu gut zu bestehen.

Diesen Widerstand in den zur Mitwirkung berufenen und unentbehrlichen Beamtenkreisen beklagt Waldeck vorzüglich; zum Theil richtete sich derselbe gegen ihn persönlich und nahm die Gestalt von Verdächtigungen und Feindseligkeiten gegen ihn an. „Anfangs, so erzählt er in dem öfter benutzten Aufsatz, der mit diesen Betrachtungen

---

[1]) Tornow an Waldeck dat. Berlin ... Juni 1652. (Arolſ. Arch.)

[2]) Die ausführlichsten documentirten Nachrichten hierüber in Fischbach's histor. Beiträgen II. 1. 26 ff. Vergl. v. Ranke, Neun Bücher preuß. Gesch. I. 127 ff.

schließt, zeigte der Kurfürst sehr viel Interesse für die neuen Pläne; bald aber kamen Leute, die aus Neid oder aus Furcht vor Verbrechen, die an den Tag kommen könnten, ihm tausend Dinge in den Kopf setzten und ihn gegen alles, was geschehen war, einzunehmen wußten; sprach ich für Unschuldige und gegen die Schuldigen, so wußte man diesem allzugütigen Herrn Gerechtigkeit als Leidenschaftlichkeit, die handgreiflichste Parteilichkeit als billige Rücksicht auf den Adel hinzustellen („partialité visible et palpable . . . pour equitable respect pour la noblesse“); meine Bemühungen für einen Ausgleich mit den clevischen Ständen hießen Ehrgeiz und eigenes Interesse; die sparsame Neuordnung des Hofstaates wurde als eine Verletzung des Anstandes für einen kurfürstlichen Hof bezeichnet.“

Noch in den Aufzeichnungen Rauchbar's klagt Waldeck lebhaft über die Menge der gegen ihn ausgestreuten Verdächtigungen und wie man systematisch darnach getrachtet habe, ihn lahm zu legen und ihm den Dienst des Kurfürsten zu verleiden [1]. Selbst sein persönliches Verhältniß zu der Kurfürstin habe man zu untergraben gesucht; „einige aus dem Frauenzimmer, ja gar die am besten gelittenen Kammerbedienten,“ seien in das Interesse gezogen worden; sogar die Geistlichen und allerlei „Ursachen der Religion,“ habe man gegen ihn in's Feld geführt, und wenn der lebenslustige junge Graf neben seinen ernsteren Beschäftigungen es sich auch angelegen sein ließ, „Ritterspiele, Tänze und Komödien, welche bei vielen Höfen mit Ehr und großem Nutzen, wann nur in terminis damit geblieben wird, eingeführt worden,“ am Hofe zu arrangiren, so fehlte es nicht an frommen Herren, die dies anstößig fanden und „unter dem Prätext der Gewissensverletzung“ den Kurfürsten und die Kurfürstin gegen das Treiben Waldecks einzunehmen suchten.

Ganz wirkungslos blieben natürlich Wühlereien dieser Art nicht, und um so weniger, als auch von den Ersten des Hofes manche noch immer Waldeck als einen Eindringling haßten und mit Eifersucht auf seine Stellung blickten. Auf und nieder schwankt die Woge der Hofgunst; man muß immer zur Hand sein, will man nicht überholt werden.

---

[1]) Rauchbar S. 36ff.

Als im Sommer 1653 Waldeck wegen Krankheit und gebeugt durch den Verlust seines einzigen Sohnes sich für einige Wochen nach Wildungen in's Bad zurückzog, warnte ihn von Holland her der treue Sommelsdyck ernstlich, die Erholungsreise nicht zu lang auszudehnen, „pour ne trop desaccoûtumer votre prince de votre entremise et ne lui laisser prendre trop d'habitude à celle de vos ennemis ou envieux" [1]). Trotzdem geschah vieles, was geeignet war, seine Stellung zu untergraben. Er empfand es als einen gegen ihn gerichteten Schlag, als nach einiger Zeit ohne sein Vorwissen Blumenthal zum Director des geheimen Raths ernannt wurde, wenn gleich dieses Amt bei Blumenthals fast durchgängiger Abwesenheit von Berlin thatsächlich nicht von großer Bedeutung wurde. Wichtiger war, daß die financiellen Maßregeln, auf die Waldeck von Anfang an besonderes Gewicht gelegt hatte, nicht nur zum größten Theil vereitelt, sondern auch die Leitung derselben und die Uebersicht über das ganze Finanzwesen ihm mehr und mehr aus der Hand gewunden wurde.

Die zu Anfang nothdürftig hergestellte Eintracht war bald zu Ende; man bemerkt, wie gerade die, mit denen er begonnen, sich um so mehr von Waldeck zurückziehen, je größer von Ende des Jahres 1653 an sein Einfluß in den Fragen der deutschen und auswärtigen Politik wurde (wovon im nächsten Abschnitt zu sprechen sein wird). Von allen Seiten her tönen die Klagen, daß der Graf jetzt „von den publicis sein Werk allein machen wolle," „que toute sa visée ne tendait qu'à vouloir tout gouverner" 2c. Waldeck zog eine Anzahl von Männern von auswärts her an den Hof, die von ihm abhingen und auf die er sich völlig verlassen durfte; er hob andere empor, die bis jetzt zurückgesetzt waren — natürlich ein neuer Grund zur Mißzufriedenheit [2]). Von einem ernstlichen, energischen Zusammenwirken auf dem Gebiete der inneren Reformen war da natürlich nicht lange die Rede. Besonders Schwerin arbeitete hier theils offen,

---

[1]) Sommelsdyck an Waldeck dat. à la Haye 19. Aug. 1653. (Arols. Arch.)

[2]) So gehörten zu den von Waldeck Protegirten Matthäus v. Wesenbeck (s. Urk. u. Actenst. IV. 348), Ulrich v. Dobrzenski, Meinders u. a.

theils unter der Hand Waldeck entgegen. Die nothwendige Folge war, daß von dem als erforderlich Erkannten so gut wie nichts geschah: die Reform der Domainenverwaltung blieb in den ersten Anfängen stecken; die beschlossenen Ersparnisse wurden binnen kurzem wieder eingestellt; Waldeck rechnete Schwerin nach, daß auf seine Veranlassung allein in Cleve in drei Jahren 114,000 Rth. an Besoldungen und Pensionen ausgegeben worden waren, die man bei den Reorganisationsbeschlüssen im Jahr 1651 als überflüssig gestrichen hatte; und Schwerin hatte natürlich auch seinerseits ihm wieder andere Vorwürfe ähnlicher Art zu machen [1]). Die Ordnungslosigkeit war und blieb in Permanenz.

Ein bemerkenswerther Plan Waldeck's tritt uns hier entgegen. Zwei Jahrzehnte später hat, wie man weiß, die Einführung der Accise in den brandenburgischen Staaten zuerst den Finanzen des Kurfürsten den festen Boden einer sicheren, billigen und berechenbaren Steuer gegeben, in welcher namentlich der Militäretat eine dauernde Grundlage gewann. Dieses Auskunftsmittel hat Waldeck schon damals in's Auge gefaßt; es mag dies, wie anderes bei ihm, eine Reminiscenz aus dem Musterlande der Acciseverwaltung, aus den Niederlanden, sein. Und zwar war sein Vorschlag der folgende: Brandenburg beanspruchte von dem Reiche eine Geldentschädigung für die Verluste, die es durch die lange Occupation von Hinterpommern Seitens der Schweden nach geschlossenem Frieden erlitten hatte; der Kaiser hatte die Forderung als billig anerkannt [2]): statt ihrer, schlägt nun Waldeck vor, soll das Reich den Kaiser veranlassen, dem Kurfürsten ein allgemeines Acciseprivilegium für seine gesammten Lande zu ertheilen, „durch welches Mittel S. Churf. Dchl. zu dem Ihrigen kämen, und durchreisende Fremde, vornehmlich aber die Reichen in dero eigenem Land müßten es geben.“ Er hofft, daß die Reichsstände sich nicht ungern zu einer solchen Abkunft bereit finden lassen würden, bei der sie ohne eigene Unkosten sich einer namhaften Forderung erledigen könnten.

---

[1]) Aus dem unten noch zu erwähnenden Protokoll des Streites zwischen Waldeck und Schwerin vom Februar 1655.

[2]) S. Urk. und Actenst. IV. 839.

Zugleich ist es bezeichnend, in welcher Weise Waldeck diese Angelegenheit betrieb. Im Januar 1653 ließ er mit Zustimmung des Kurfürsten die evangelischen Gesandten auf dem jetzt in Regensburg versammelten Reichstag über den Plan sondiren — aber nicht die dort anwesenden brandenburgischen Gesandten wurden damit betraut; vielmehr ward die Sache sorgfältig vor ihnen geheim gehalten, und statt ihrer beauftragte Waldeck seinen eigenen Specialgesandten, den schon erwähnten Kanzler Johann Vietor, mit den nöthigen Erkundigungen und Verhandlungen. Eine ansehnliche Belohnung ward ihm zugesagt, wenn er den Plan durchsetzen könnte, vor allem aber ihm zur Pflicht gemacht, die brandenburgischen Gesandten nicht vor der Zeit in denselben einzuweihen. Man erkennt deutlich die Ueberzeugung Waldecks, daß man von diesen eher Hemmung als Förderung des Planes zu gewärtigen habe — „weil dies eine Sache, so in diesen Landen großen Haß auf den laden möchte, so der Anfänger gewesen, auch diejenigen, so darin gesessen, darzu nicht gerne helfen möchten.“ [1]) Auf solchen Umwegen mußte man eine Maßregel in's Werk zu setzen suchen, die der Fürst und der ihm am nächsten stehende Minister für rathsam erachteten.

Weitere Folgen hatte der ganze Plan nicht; die Reichsstände erkannten keine Verpflichtung an, für eine Entschädigung Brandenburg's einzustehen, und somit war auch von dem dafür vorzuschlagenden Aequivalent nicht weiter die Rede.

Allerdings mußte nun auf andere Weise Rath geschafft werden. An eine völlige Entlassung der Truppen durfte man bei der allgemeinen politischen Lage dieser Jahre nicht denken; wie es auch kommen mochte, die Lande mußten sich fügen oder der Landesherr sich zu Opfern anderer Art verstehen. Im Clevischen steigerte sich der Widerstand bis zu verrätherischen Verbindungen; es mußte mit gewaltsamen Mitteln eingeschritten werden, um schlimmerem vorzubeugen. Nur gegen neue beträchtliche Zugeständnisse erhielt der Kurfürst von den Ständen eine Unterstützung von 50,000 Rth. In

[1]) Waldeck an Vietor dat. Berlin 15. Jan. 1653 (Arols. Arch.). Die einzige Quelle für das ganze Project.

den Marken ward im Sommer 1653 der Landtag von neuem berufen; es war unmöglich, die hier in Aussicht gestellte Geldhilfe länger zu entbehren. Eine Einigung ward bewirkt, wonach die märkischen Stände 530,000 Rth., auf sechs Jahre vertheilt, bewilligten; auch die „doppelte Metze" gewährten sie noch für diese Zeit — aber man mußte dies theuer genug erkaufen. Die Stände hatten ihren Widerstand nicht aufgegeben, bevor ihnen für ihre Privilegien die umfassendste Bestätigung und die wesentlichsten Erweiterungen verbrieft worden waren; der Landtagsabschied von 1653 enthält die eigentliche Grundveste für die fortan geltende privatrechtliche Stellung des Adels in den Marken, die Bewilligung aller Hauptforderungen, um die seit dem sechzehnten Jahrhundert Landesherr und Adel gerungen hatten; in politischer Beziehung sind die Zugeständnisse des Kurfürsten nicht minder groß; nur daß durch den allgemeinen Entwickelungsgang der folgenden Jahrzehnte diese so ziemlich unschädlich gemacht wurden"[1]). Außerdem gewährte dann der Artikel 180 des Reichsabschieds von 1654 — durch welchen die Unterthanen der einzelnen Reichsstände von Reichs wegen angehalten werden, den Landesherren „in Besatz- und Erhaltung der nöthigen Festungen, Plätze und Garnisonen mit hülflichem Beitrag gehorsamlich an die Hand zu gehen" — eine rechtliche Handhabe, womit die widerstrebenden Stände wenigstens zu gewissen regelmäßigen Leistungen für den Militäretat gezwungen werden konnten.

Aber mit all dem blieb man von einer wahren und dauerhaften Ordnung der Regierung und des Staatshaushaltes doch noch weit entfernt. Von jenen organisatorischen Versuchen des Jahres 1652 hat nichts auch nur die nächsten Jahre überdauert, die Finanzreformen so wenig wie die neue Regulirung des Geschäftsganges[2]). Es war

---

[1]) S. den Landtagsabschied vom 26. Juli 1653 bei Mylius Corp. Const. March. VI. 426ff., besonders im Vergleich mit dem Entwurf des vorjährigen vom 8. Juni 1652, ebendas. S. 419ff.

[2]) Daß indeß doch die Anregung der Domainenverwaltungsreformen für die nächste Zeit einige Wirkung gehabt haben muß, zeigt der Etat der Hofrentei bei Riedel der brandenb. preuß. Staatshaushalt, Beilage No. III., zum Jahr 1653 unter dem Titel „Ambts-Reste," welcher die in diese Kasse fließenden Ueberschüsse

der Versuch gewesen, ein System zu gründen; nachdem er in der Hauptsache mißlungen, lebte man, mit einigen Verbesserungen, im Ganzen naturalistisch, und wie es Herkommen und Willkühr brachte, weiter. Auch dürfte man sich den großen Kurfürsten selbst nicht gerade als den Mann jener haushälterischen Emsigkeit, der mühseligen Sorge für das Einzelne und jenes speciell auf „Oeconomie und Menage" gerichteten Genie's denken, wie König Friedrich Wilhelm I. So sehr Interessen dieser Art von der Zeit seines niederländischen Jugendaufenthalts ab bis in sein höchstes Alter hin ihn beschäftigt haben, so lag sein persönliches Verhalten zu ihnen doch mehr auf dem Gebiete der großen allgemeinen Ansichten und Impulse, als auf dem der technischen Arbeit im Einzelnen. Jetzt versagten die Kräfte den Dienst, denen diese Arbeit hätte zufallen sollen; noch waren die Dinge nicht reif, um in dieser Richtung zum Abschluß gebracht werden zu können, und große andere Interessen drängten sich in den Vordergrund — Interessen, an denen das Sein oder Nichtsein des Staates und seine Stellung in der Reihe der deutschen und europäischen Mächte hing. Mit der dürftigsten Ausstattung, mit geringen und übel geordneten Finanzen, mit einer Staatsmaschine, wo noch fast nirgends ein Rad fest in das andere griff, so ging dieser Staat den schwierigsten Aufgaben entgegen — aber mit einem unüberwindlichen Geist der Größe, der in der Seele seines Fürsten lebte.

Wie chaotisch die Zustände noch beim Ausbruch des großen nordischen Krieges waren, erkennt man bei Gelegenheit eines sehr lebhaften Zerwürfnisses, in welchem zu Anfang des Jahres 1655 die lang verhaltene Spannung zwischen Waldeck und Schwerin zum Ausbruch gelangte. In Berlin, in einer Sitzung des geheimen Rathes, in Gegenwart des Kurfürsten kam es zu einer sehr heftigen

---

aus der kurmärkischen Domainenverwaltung enthält. Hier tritt das Jahr 1653 mit der Summe von 57,400 Rth. auf, während in den Jahren vor- und nachher unverhältnißmäßig kleinere Beiträge aufgeführt werden. Doch mögen wol auch andere, rein technisch-äußerliche Gründe zur Entstehung dieses hohen Postens mitgewirkt haben: eine andere Vertheilung auf die verschiedenen Kassen, Vorschüsse der eingesetzten Pächter oder dergl.

Scene; die mangelhafte Ordnung der Finanzen war bei einem bestimmten Anlaß wieder einmal grell zu Tage getreten; mit wechselseitigen Anklagen schoben die beiden Gegner sich die Schuld der Mißstände zu, die keiner in Abrede stellen konnte. Waldeck hat dann in einem besonderen Aufsatz eine Art Protokoll des Streites niedergeschrieben, in welchem er seine Ansichten und die Einwendungen Schwerin's einander gegenüberstellt [1]).

Da ist nun merkwürdig zu sehen, auf welchen Punkt der Streit der beiden Minister hauptsächlich hinauskommt. Beide stimmen überein, daß der Zustand der Finanzen ein überaus zerrütteter sei; jeder von ihnen beklagt, daß die Reorganisationen von 1652 im wesentlichen unausgeführt geblieben sind und weist dem andern die Verantwortlichkeit dafür zu. Wodurch aber geholfen werden muß, das ist, sagt Waldeck, vor allem die Steigerung der Einnahmen; er erbietet sich den Beweis anzutreten, daß bei einer richtigen Reform der Domainenverwaltung, die man mit Unrecht wieder habe fallen lassen, diese in durchaus genügendem Maße zu erzielen sei. Dagegen stellt Schwerin: die Verminderung der Ausgaben, und vor allem fordert er, als seine Hauptbeschwerde gegen Waldeck, die Einschränkung (wenn der moderne Ausdruck erlaubt ist) des Etat's für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Hier lag der Kern des Gegensatzes. Von Anfang an hatte Waldeck auf die Herstellung und Unterhaltung eines geordneten und vielseitigen diplomatischen Verkehrs mit dem Ausland ein Hauptgewicht gelegt; viele Verbindungen dieser Art hatte er angeknüpft, Residenten und Correspondenten an den verschiedensten Orten in Dienst genommen; er hatte dem ihm zugewiesenen Ressort der „geheimen Correspondenzen" einen sehr erweiterten Umfang gegeben [2]); zahlreiche einzelne Gesandtschaften waren auf seine Veranlassung bei verschiedenen Gelegenheiten abgeschickt

---

[1]) Susject de la dispute de Mons. le Baron de Suerin avec moy. Von Anfang Februar 1655. (Arolſ. Arch.)

[2]) Eine große Anzahl dieser Correspondenzen, von den verschiedensten deutschen und auswärtigen Höfen, die von Waldeck nur zu seiner eigenen Information benutzt und nicht an das Hauptarchiv in Berlin abgegeben wurden, befindet sich noch im Archiv zu Arolsen.

worden, viele hatte er selbst übernommen, und mit Nachdruck hatte er darauf gehalten, daß die für diese Zwecke erforderlichen Gelder immer zur Hand wären, und daß diese Ausgaben vielen anderen vorgingen. Dieser mit so vielen Kosten verbundenen Steigerung des Betriebs der auswärtigen Politik setzt sich Schwerin entgegen: hier liege eine Hauptursache für den Verfall der Finanzen, der Staat des Kurfürsten könne diese Ausgaben nicht vertragen, die überdies auch nicht einmal den Nutzen brächten, den man von ihnen erwartete [1]). Waldeck forderte für diese Zwecke die Anweisung eines festen Etat's von 20,000 Rth. Schwerin erklärte dies bei dem jetzigen Stand der Finanzen für eine Unmöglichkeit. In der Erbitterung des Streites ging Waldeck so weit, seine Entlassung anzubieten, „voyant bien que M. le Baron ne peut reposer tant que je suis ici."

Man möchte sagen: zwei im innersten Grunde entgegengesetzte Ansichten über die Natur und die Aufgabe dieses brandenburgischen Staates stünden einander hier gegenüber. Doch spitzt persönliche Erbitterung und wechselseitige Eifersucht den Gegensatz wol etwas schärfer zu, als er principiell eigentlich war. Ein sehr gereizter Briefwechsel zwischen den beiden Ministern knüpft sich an den Streit an, wobei Waldeck seinen Gegner ziemlich von oben herab behandelt; in einer Eingabe an den Kurfürsten, worin er auf Untersuchung dringt, spricht er höhnisch von Leuten, die jetzt alles nach ihrem Willen dirigiren wollten und doch noch vor kurzem „nicht so viel gehabt, daß ein blind Pferd über ihr Gut straucheln können." Auf Befehl des Kurfürsten übernahm das Geheimrathscollegium die Vermittelung zwischen beiden; die Räthe v. Somnitz und v. Hoverbeck führten die Verhandlungen; erst nach einigen Monaten war das Zerwürfniß äußerlich völlig beigelegt.

Wir haben hiermit zeitlich etwas vorausgegriffen. Als dieser Streit zwischen Waldeck und Schwerin entbrannte, standen, besonders für jenen, die inneren Angelegenheiten schon längst nicht mehr in der

---

[1]) „Son Alt. Elect. peut bien être électeur et le demeurer sans telles dépenses;" Ausdruck Schwerin's in dem erwähnten Protokoll.

vordersten Reihe seiner Interessen. Aufgaben ganz anderer Art nahmen seine volle Aufmerksamkeit in Anspruch. Man könnte es auffallend und ungewöhnlich finden, wie der für militärische Zwecke in den Dienst des Kurfürsten Berufene sich jene Aufgaben der inneren Politik so völlig angeeignet hatte, welche von seinem bisherigen Berufe so weit abzuliegen schienen. Indeß ist diese Entfernung vielleicht doch mehr eine scheinbare. Hierüber mag zum Schluß eine Bemerkung gestattet sein.

Man hat beobachtet, daß bei bedeutenden Feldherren sich nicht selten ein hervorragender Zug von praktischer nationalökonomischer Befähigung finde. Wo der innere Zusammenhang zwischen diesen beiden Begabungen liege, ist nicht schwer zu sehen. Es ist das Geheimniß der Organisation, die Uebung in der Bewirthschaftung, Vertheilung und Concentration wirkender Kräfte. Die militärische Verfassung des siebzehnten Jahrhunderts und die damalige Weise der Kriegsführung brachten die Thätigkeit des Officiers und des militärischen Verwaltungsbeamten einander besonders nahe. Der Oberst eines Regiments, der Hauptmann einer Reitercompagnie hat auch das ganze wirthschaftliche Leben des ihm untergebenen Körpers, die Besoldung eingeschlossen, in seiner Hand; der Gewinn, den er aus seiner Stelle zieht, kann sich steigern und mindern, je nach der besseren oder schlechteren Oekonomie, die er führt. In den höheren Befehlshaberstellen steigert sich dies natürlich zu beträchtlichen Dimensionen. Der General des dreißigjährigen Krieges hat eine sehr umfassende Finanzverwaltung unter sich; er kann durch gute Wirthschaft bedeutenden Gewinn für seine eigene Kasse erzielen; es wird gerade nicht immer und ausschließlich auf dem Wege der Erpressungen und des Unterschleifs geschehen sein, wenn wir in dieser geldarmen Zeit so häufig höhere Officiere als große Capitalisten auftreten sehen [1]).

Noch direkter bringt die Art der Kriegsführung den General zu einer wirthschaftlichen Thätigkeit. Hat doch die Strategie dieser Zeit, mit ihren seltenen Entscheidungsschlachten, mit dem langen

---

[1]) Vergl. darüber die Urk. u. Actenst. IV. 18. gemachten Bemerkungen; nebst König hist. Schilderung von Berlin II. 58f.

Verweilen großer Heereskörper in einer Gegend, mit dem gänzlichen Mangel eines geordneten Zufuhrsystems, von vorn herein immer die wirthschaftliche Ausnutzung eines Landstriches zu ihrem Hauptobject nach der einen Seite hin. Die militärische Aufgabe, eine Gegend zu behaupten, steht in unmittelbarster Verbindung mit der anderen, dieselbe wirthschaftlich auszunutzen, aber doch in der Weise, daß das Land so lange als möglich die Armee unterhalten kann, daß das Land durch systematische Behandlung möglichst lange davor bewahrt bleibt, völlig ausgesogen, oder, wie der technische Ausdruck der Zeit lautete, „inutil" zu werden. Dabei war natürlich eine geordnete Verwaltung, soweit die Verhältnisse es gestatteten, erforderlich; den Befehlshabern größerer Armeen stehen zu diesem Behuf nicht selten besondere „Kriegscommissare" zur Seite. Freilich hatten diese einen schweren Stand; die unbezwingbare Rohheit und Gewaltsamkeit der verwilderten soldatischen Massen, die Habgier der Officiere und aller derer, die im Kriege besonders Bereicherung suchten, entband sich, wo immer möglich, von den auferlegten Schranken und Gesetzen und schlug sinnlos und oft zum eigenen Verderben den Fruchtbaum nieder, statt der Früchte zu warten. Aber das Bemühen, in geordneter Weise zu wirthschaften, war doch vorhanden; jeder bedeutendere militärische Kopf mußte darin die eine Hauptseite seiner Aufgabe erkennen; aus Wallensteins Briefen und Instructionen weiß man, wie sehr er immer auf Schonung und zweckmäßige Behandlung der Bauern drang [1]). Man wird somit in dieser Zeit bei Officieren höheren Ranges immer, nach modernem Ausdruck, von den Geschäften der Intendantur her, eine gewisse praktische Uebung in der Technik der Verwaltung voraussetzen dürfen. Von Wallenstein namentlich, über den wir eben am besten unterrichtet sind, ist bekannt, daß er die Gabe der Administration im hervorragendsten Maße besaß; er zeigt sie als Schöpfer und Ordner seiner Armee, aber in noch höherem Grade, wie jüngst bekannt gewordene Actenstücke dies von neuem erkennen lassen, durch die musterhafte Verwaltung seiner ausgedehnten Besitzungen.

Es dürfte nach all dem kaum Wunder nehmen, wenn bei nä-

---

[1]) Vergl. einige hierher gehörige Bemerkungen bei Heilmann das Kriegswesen der Kaiserlichen und Schweden im dreißigjährigen Krieg S. 163 ff.

herer Betrachtung in der Zeit nach dem westfälischen Frieden es sich als eine häufiger vorkommende Erscheinung zeigen sollte, daß Männer von militärischer Vergangenheit als praktisch erfahrenste Sachverständige zu der Neuordnung der Verwaltungen herangezogen wurden. Jahrzehnte lang war in der That, besonders in den vom Krieg am meisten heimgesuchten Gegenden, die Civilverwaltung fast ganz paralysirt gewesen, alle administrative Thätigkeit hatte mehr oder minder den Kriegszwecken sich dienstbar machen müssen — nun wandten die dort geschulten Kräfte sich der Friedensarbeit zu, und man recurrirte auf ihre Erfahrung und auf ihre technische Kunde. So daß aus der Schule des Kriegs wenigstens zum Theil die Kräfte hervorgegangen wären, welche die Wunden des Kriegs zu heilen unternahmen.

Es käme auf eine nähere Untersuchung an, die hier nicht gemacht werden kann, in welchem Grade diese Verwendung von Männern aus der Militärlaufbahn für Zwecke der bürgerlichen Verwaltung und des Finanzwesens in den einzelnen Territorien Statt gefunden hat. In Brandenburg hat, wie aus dem Obigen ersichtlich, Conrad von Burgsdorf ein Jahrzehnt lang in verantwortlicher Weise auch an der Spitze des Finanzwesens und der Verwaltung gestanden, ein Mann, der bis dahin nie ein anderes als militärische Aemter bekleidet hatte. Der zur Führung der brandenburgischen Reiterei berufene Waldeck tritt an seine Stelle. Neben ihm steht Blumenthal, der zwar nicht selbst Soldat war, aber seine Carriere hatte er in den Aemtern der militärischen Verwaltung gemacht, als brandenburgischer Kriegsrath, als kaiserlicher Generalkriegscommissar. Auch Curt Bertram von Pfuel, auf dessen bemerkenswerthes Project zur Reform des Steuerwesens jüngst aufmerksam gemacht worden ist [1]), gehört

[1]) Droysen Gesch. der preuß. Politik III. 2. 69. Beiläufig sei hierzu bemerkt, daß die von Pfuel dort im Jahr 1647 geäußerten Gedanken und Vorschläge sich eingehend dargelegt und begründet bereits in einer (anonymen) Flugschrift finden, die drei Jahre früher erschienen war: „Kurtze Erinnerung von Nothwendiger Gleichheit der jetzigen Anlagen und Kriegs-Contributionen. Anno MDCXLIV." Ohne Druckort. 16 pp. 4°. — Auch der oben (S. 63) erwähnte Amtskammerpräsident Bernd v. Arnim hatte eine zum Theil militärische Laufbahn gemacht. (Kirchner Schloß Boytzenburg S. 311.)

der gleichen Laufbahn an, die er in brandenburgischen und schwedischen Diensten gemacht hatte. Beispiele, die aus diesem und anderen Kreisen sich gewiß mit Leichtigkeit würden vermehren lassen. Die besonderen Verhältnisse des preußischen Staates brachten es mit sich, daß diese Verbindung scheinbar so weit aus einander liegender Functionen auch in späterer Zeit sich noch öfter wiederholt hat. Keiner stellt dieselbe in bezeichnenderer Weise dar, als König Friedrich Wilhelm I., der Soldat und Oeconom.

Viertes Kapitel.

Reichspolitik.

Mit vollem Eifer hatte Waldeck in den ersten Zeiten seines brandenburgischen Ministeriums sich den Aufgaben der inneren Politik gewidmet. Doch dürfte man nicht glauben, daß auf diesem Felde die eigentlichen Ziele seines Ehrgeizes lagen. Darin erkannte er richtig die Natur des Staates, an dessen Leitung er nun an hervorragender Stelle Theil nahm, daß es für ihn jetzt nicht an der Zeit war, in bescheidener Zurückgezogenheit sich zu einem Musterstaat für Verwaltung auszubilden und vorzüglich den engeren häuslichen Zwecken zu leben — es galt kühn hinauszutreten auf die Bühne der großen und allgemeinen politischen Verhältnisse, Verbindungen anzuknüpfen mit den entscheidenden Mächten, zu allen wichtigsten Fragen der deutschen und europäischen Politik sich in ein möglichst actives Verhältniß zu setzen; es galt und es war möglich, auf diese Weise Macht und Einfluß zu gewinnen, die weit über die reelle Militär- und Finanzmacht des Staates hinaus vorzüglich auf die Energie der allgemeinen Führung und auf die einsichtigste und entschlossenste Verwendung auch beschränkter Kräfte sich gründeten.

Denn das hatte die Geschichte dieser Zeit genugsam gezeigt, was doch auch sehr kleine Mittel bei kluger Berechnung und geschicktem Hervortreten im rechten Augenblick zu leisten im Stande waren. Zu keiner Zeit noch war die Kunst der Diplomatie in dem Maaße

eine reelle Macht gewesen, wie sie es jetzt mehr und mehr wurde. Es würde vermuthlich ein sehr eigenthümliches Resultat ergeben, könnte man berechnend aus einander halten, wie viel von den großen Erfolgen der französischen auswärtigen Politik im siebzehnten Jahrhundert der wirklichen materiellen Machtüberlegenheit Frankreichs und wie viel der hochentwickelten Virtuosität der französischen Diplomatie zuzuschreiben ist. Diese Kunst aber hatte sich jetzt bereits zu einem überaus complicirten System ausgebildet. Es war ein vielverschlungenes Spiel, eine Art politisches Creditsystem, möchte man sagen, wo neben den reellen Werthen von Geld und Truppen doch auch solche eine Rolle spielen und von oft tief eingreifendem Einfluß sind, die nur eventuell sich in jene umwandeln lassen, aber doch auch schon so, als imaginäre Werthe, erstrebt, erworben und umgesetzt werden. „Kriege werden auch mit Gerüchten geführt," sagt einmal ein Diplomat dieser Zeit Angesichts eines Bündnisses, bei dem sich voraussehen ließ, daß der andere Contrahent die übernommene Verpflichtung von Geld- und Truppenhilfe möglichst umgehen und sich hinter die wolverclausulirten Artikel über den casus foederis verschanzen würde [1]); dennoch hatte er mit Eifer den Abschluß desselben erstrebt: diese Alliance war in Bezug auf den neuen Bundesgenossen selbst zunächst nur ein imaginärer politischer Werth, dessen Realisirbarkeit sehr zweifelhaft blieb; aber in dem großen Creditgeschäft der diplomatischen Action konnte sie, bei geeigneter Verwendung, für den Staat, auf den sie lautete, an anderer Stelle einen reellen politischen Werth erzeugen.

In einem solchen System ist es möglich, auch mit einem geringen Einsatz, zu rechter Zeit an der rechten Stelle angebracht, einen beträchtlichen Gewinn zu erzielen. Ein Staat wie der brandenburgische, dessen Einsatz immerhin doch schon durch seine Lage und seinen Umfang eine nicht geringe Wichtigkeit repräsentirte, konnte, auf diese Wege geführt, zu bedeutenden Erfolgen gebracht werden; mit Glück und Gewandtheit geleitet, konnte in dieser Bahn Brandenburg schon Aufgaben ergreifen, die es den großen Mächten des eu-

[1]) Urk. u. Actenst. IV. 26.

ropäischen Staatensystems, wenn auch als Macht zweiten Ranges, zur Seite stellten.

Kurz gesagt, waren es nun eben diese Ziele, auf welche Waldeck die Politik des Kurfürsten hinlenken zu müssen glaubte: eine mit Energie geführte auswärtige und Reichspolitik, Anknüpfungen nach allen Seiten, Steigerung der diplomatischen Thätigkeit, große Verbindungen in und außer dem Reich, möglichste active Betheiligung an allen großen politischen Fragen, die näher oder ferner Brandenburg und das Reich berührten. Diese politische Taktik nun belebt von dem stärksten Gefühl feindseligen Gegensatzes gegen die Politik des kaiserlichen Hofes für die deutschen und gegen die des habsburgischen Gesammthauses für die europäischen Angelegenheiten. Waldeck bewegt sich ganz und mit Leidenschaft in dieser Grundansicht; die habsburgische Politik in Deutschland und in Europa ist die unbedingt feindliche Macht, mit der es keine innerliche Versöhnung gibt, von der kein aufrichtiger Frieden je zu erwarten ist; alle auswärtige, alle Reichspolitik ist in näherem oder fernerem Bezug Abwehr oder Angriff nach dieser Seite hin — die Aufgabe Brandenburgs aber ist es, an die Spitze der unabhängigen Reichsstände zu treten, zu schaffen und zu rüsten, um den unablässigen Angriffen und Uebergriffen der habsburgischen Politik gewachsen zu sein und im rechten Moment selbst zum Angriff bereit zu stehen.

Ansichten und Absichten, die, allgemein genommen, nicht gerade neu waren; seit dem Beginn des sechzehnten Jahrhunderts hatten sie in immer schärfer sich zuspitzender Fassung die Parole der einen großen Partei in der europäischen Politik gebildet; theoretisch hatten sie in der Schrift des Hippolithus erst vor kurzem ihren, nach Art der Zeit, mustergiltigen Ausdruck gefunden. Doch wird es der Mühe werth sein, zu verfolgen, welche Gestalt diese Bestrebungen jetzt unter den neuen Bedingungen der gegenwärtigen Lage annahmen. Hier liegt der wichtigste Theil von Waldeck's Thätigkeit als brandenburgischer Minister.

Verwirrung im Reich.

Sehr isolirt war Brandenburg aus den westfälischen Friedensverhandlungen hervorgegangen; mit keinem von den größeren Staaten, die daran Theil genommen, war es in eine dauernde engere Verbindung getreten; unter den deutschen Reichsständen waren wenige, die nicht mit Neid und Besorgniß auf das wachsende Ansehen dieser neuen Macht sahen. Der Krieg von 1651 hatte wesentlich dazu beigetragen, diese Mißstimmung zu erhöhen. Er hatte ebenso den kaiserlichen Hof wie die Niederlande, Schweden wie Polen, große wie kleine, geistliche wie weltliche Reichsstände in Harnisch gebracht und mißtrauisch blickten viele nach den gefährlichen Plänen aus, die man am Hofe in Cleve oder in Berlin etwa weiter im Schilde führen mochte.

Wie wenig war freilich die politische Lage des Kurfürsten zu großen Unternehmungen angethan. Nur mit Mühe war das eclatante Scheitern des letzten Versuchs durch einen geschickten Rückzug verdeckt worden. Als Waldeck zuerst bei dieser Gelegenheit in die diplomatische Lage seines jetzigen Herrn eine Einsicht gewann, hatte er am eifrigsten gerathen, vorerst den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Er war erstaunt über den völligen Mangel an sicheren, den Rücken deckenden Verbindungen, womit der Kurfürst ein so großes Wagniß unternommen hatte; nicht einmal Frankreichs war man gewiß gewesen; er rieth vor allen Dingen sich dieser Macht zu versichern. Aber noch ganz anderer Vorbereitungen bedürfe es, bevor man wieder wagen könne, nach irgend einer Seite hin etwas mit Gewalt durchzusetzen.

Die vollkommene diplomatische Ohnmacht, in der man sich befand, zeigte sich für jetzt am empfindlichsten in dem Verhältniß zu Schweden. Mit fast unverhüllter Gewaltsamkeit, unter den übelsten Vorwänden weigerte sich diese Macht, den Friedensbestimmungen nachzukommen und dem Kurfürsten die ihm zustehende Hälfte von Pommern einzuräumen. Und sie durfte dies, ohne von irgend einer

Seite her, außer von Brandenburg selbst, eine Einrede zu befahren. In der That hatte in dem allgemeinen Chaos, worin jetzt nach dem Frieden alle Verhältnisse im Reiche lagen, jeder Einzelne vollauf zu thun, um nur die eigenen Angelegenheiten zu ordnen und bei der trostlosen Unsicherheit aller Zustände wenigstens seine eigene Stellung zu nehmen und nach Kräften zu befestigen. Am wenigsten aber für die Interessen Brandenburgs war man an irgend einer Stelle geneigt sich Ungelegenheiten zu machen. Schweden — das schien jetzt der unvermeidliche Gang der Dinge — mußte mit seinen neu gewonnenen Territorien an der Oder, Elbe und Weser die führende Macht des protestantischen Norddeutschland werden: um so schlimmer für Brandenburg, wenn es ihm unmöglich war, sich mit den Schweden auseinanderzusetzen — aber wer hätte sich um seinetwillen mit ihnen entzweien mögen?

Bald nach dem Abschluß des westfälischen Friedens hatte der Kurfürst bereits nach mehreren Seiten hin Versuche gemacht, mit einzelnen Reichsständen besonders im westfälischen und niedersächsischen Kreis Verbindungen anzuknüpfen, um aus seiner völligen Isolirtheit herauszukommen. Man war ihm aller Orten mit kühlem Mißtrauen begegnet, und der Krieg von 1651 schien dies nur zu rechtfertigen. Bald nach Beendigung desselben, zu Anfang des Jahres 1652, war ein neuer Versuch gemacht worden, besonders mit den braunschweigischen Herzögen anzuknüpfen. Graf Witgenstein, der mit der Verhandlung über ein Defensivbündniß beauftragt wurde, erhielt eine ausweichende Antwort [1]) — in der nämlichen Zeit hatten die Braunschweiger mit Schweden die sogenannte Hildesheimer Alliance geschlossen, der auch Hessen-Kassel beitrat. Gerade die beiden protestantischen Reichsstände, von deren Einfluß der Kurfürst am ersten eine Wirkung zu seinen Gunsten erwartet hatte, wandten sich von ihm ab; trotz der noch nicht erfüllten Friedensbedingungen in Bezug auf Pommern, trotzdem Schweden noch nicht einmal die kaiserliche Belehnung für seine neuen Lande im Reich erhalten hatte, wurde

---

[1]) Acten der Verhandlung mit Braunschweig, Januar bis Juli 1652. (Berl. Arch.)

dasselbe auf dem niedersächsischen Kreistag, der bald darauf zusammentrat, zugelassen und somit als völlig legitimirter Reichsstand anerkannt.

Aber an der Frage, ob Schweden zum Weichen aus Hinterpommern gebracht werden könne oder nicht, hing für Brandenburg die Entscheidung über seine ganze künftige Stellung zu Schweden und im Reich überhaupt. Unterlag der Kurfürst an dieser Stelle, in diesem ersten Conflict mit dem anspruchsvollen neuen Rivalen in Norddeutschland, so war das Uebergewicht Schwedens besiegelt, und um so sicherer und dreister durfte dieses dann mit den mannichfaltigen weiteren Plänen in Bezug auf die deutsche Politik hervortreten, die es, so fürchtete man, noch im Schilde führte. Hier mußte, mit welchen Mitteln es auch sein mochte, den gefährlichen Anfängen entgegengewirkt werden. So sehr es dem Sinne des Kurfürsten und vieler seiner Räthe widerstreben mochte, es schien hier, nachdem alle anderen Mittel versagt hatten, in der That keinen anderen Ausweg zu geben, als die Hilfe des Kaisers; er allein hatte das Zwangsmittel in der Hand, dem vielleicht die Hartnäckigkeit der Schweden sich beugte — man mußte die Anwendung desselben erkaufen, wie theuer auch der Preis sein mochte, den man dafür zu zahlen hatte [1]).

Es ist nicht ersichtlich, welche positiven Vorschläge Waldeck in dieser Angelegenheit gemacht hat — nur daß er jeder Lösung der Schwierigkeit von Anfang an sich nachdrücklich widersetzte, wodurch ein engeres Verhältniß zu dem kaiserlichen Hof begründet werden mußte. Trotzdem trat gerade diese Nothwendigkeit immer unvermeidlicher an den Kurfürsten heran; von allen anderen Seiten her erfuhr er Zurückweisungen, von Wien her bemühte man sich um ihn; und eben jetzt war dort eine neue compacte Parteibildung im Werke; im November 1652 sollte in Prag eine Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und sämmtlichen Kurfürsten Statt finden; kam es zwischen diesen, wie offenbar die Absicht war, zu einer engeren Vereinbarung, und Brandenburg hielt sich von derselben zurück, so hatte es die Aus-

[1]) S. die näheren Ausführungen darüber Urk. u. Actenst. IV. 830ff.

sicht, völlig isolirt zwischen geschlossenen Parteien zu beiden Seiten in der Mitte zu stehen. Trotz allen Bedenken wurde es immer unvermeidlicher, vorerst das Heil auf Seite des Kaisers zu suchen.

Diese Zusammenkunft der Kurfürsten mit dem Kaiser in Prag war ein Ereigniß, auf welches man damals im ganzen Reich mit Spannung und zum Theil mit nicht geringer Besorgniß hinblickte. Ein Artikel des westfälischen Friedens hatte angeordnet, daß sechs Monate nach der Ratification desselben ein Reichstag zusammentreten sollte [1]. Betrachtet man die Aufgaben, welche das Friedensinstrument demselben stellte, so zeigt sich, daß hier kurzweg es sich um eine umfassende Revision der gesammten Reichsverfassung handeln sollte; die fundamentalen Fragen der Verfassung, der Verwaltung, des Justizwesens, des Militärwesens standen auf der Tagesordnung dieses Reichstags; sogar — eine ganz neue Aufgabe — durchgreifende Maßregeln für die Neuordnung der zerrütteten ökonomischen Verhältnisse der Nation sollten hier berathen werden. Von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr war die Berufung des Tages hinausgeschoben worden; jetzt endlich war sie erfolgt; für den 31. October 1652 hatte der Kaiser die Stände nach Regensburg berufen. Und in eben dieser Zeit, während die Gesandtschaften begannen sich in Regensburg zu versammeln, fand jener Besuch der Kurfürsten bei dem Kaiser in Prag Statt. Im Reiche erfuhr man nur von der glänzenden Aufnahme, von den erlesenen Höflichkeiten, welche der kaiserliche Hof seinen Gästen bot; die Verhandlungen, die man führte, wurden in das tiefste Geheimniß gehüllt.

Nun muß man im Auge behalten, daß von den großen Parteigegensätzen, welche in dieser Zeit das Reich erfüllten, der eine und vorwiegendste der der gesammten reichsständischen Interessen gegen den Kaiser war; aber, für jetzt wenigstens, bewegte ein anderer mit fast noch größerer Leidenschaft die Geister: der zwischen Kurfürsten und Fürsten. Die dreißigjährige Kriegszeit hatte diesen Gegensatz zu besonderer Schärfe entwickelt. Fast dreißig Jahre lang (1613 bis 1640) war das Reich ohne Reichstage regiert worden; statt ihrer

---

[1]) Inst. Pac. Osn. Art. VIII. §. 3.

war das Institut der Kurfürstentage immer mehr in den Vordergrund getreten; eine Reihe solcher Separatzusammenkünfte des kurfürstlichen Colleg's mit dem Kaiser hatte während des Kriegs bei verschiedenen Anlässen Statt gefunden und hatte mehrfach, mit dem Anspruch das ganze Reich zu vertreten, den entscheidendsten Einfluß geübt. Die große Masse der Reichstagsberechtigten fühlte sich durch dieses Hervortreten der kurfürstlichen Oligarchie in ihrem wichtigsten verfassungsmäßigen Rechte bedroht. Sollten fortan Kaiser und Kurfürsten allein das Regiment führen und die kleineren freien Reichsstände mediatisiren dürfen? Seit dem Jahr 1640 war der Kampf über diese Frage mit der größten Heftigkeit geführt worden. Man hatte einen Reichstag (1640/41) erzwungen; die Fürstenpartei hatte unter dem lebhaftesten Widerstreben von Kaiser und Kurfürsten, vornehmlich durch die Hilfe von Schweden und Frankreich, durchgesetzt, daß sie als selbständige Glieder an den westfälischen Friedensverhandlungen Theil nehmen durften; das Friedensinstrument hatte, nach hartnäckigem Kampfe, endlich die Vollberechtigung des gesammten Reichstags wieder feierlich festgestellt. Was konnte jetzt diese geheimnißvolle Zusammenkunft des Kaisers und der Kurfürsten unmittelbar vor der Eröffnung des Reichstags anderes bezwecken, als Verabredungen zu treffen, um bei der bevorstehenden constituirenden Versammlung gemeinsam auf die Verwirklichung des alten Programm's hinzuarbeiten? Im Reich war diese Befürchtung weit verbreitet; mehrere Fürsten erklärten, sie würden den Reichstag nicht beschicken, bevor ihnen über den Inhalt der Prager Verhandlungen Garantien gegeben würden [1]).

Ein seltsames widerspruchsvolles Treiben. Blickt man in die Schriften dieser Zeit, welche aus kurfürstlichen Kreisen hervorgegangen sind, so kehrt sich das Bild um: die Fürstenpartei erscheint als die angreifende, die Kurfürsten haben vollauf zu thun, sich zu vertheidigen und nur ihre alte verfassungsmäßige Stellung im Reich zu bewahren. Und in der That an der Spitze der fürstlichen Partei stand jetzt, als erklärtes Haupt in diesem Kampfe, Schweden, dessen

---

[1]) Pfanner histor. comitiorum Imp. celebratorum a. 1653/4. S. 8.

Staatsmänner keineswegs gesonnen waren, die neue reichsfürstliche Würde ihrer Krone auf eine bescheidene secundäre Stellung neben einer anerkannten Oberhoheit der Kurfürsten zu gründen. Es wurden allerlei „weitaussehende“ Reden von schwedischen Diplomaten erzählt [1]); der Reichstag schien der Kampfplatz werden zu sollen, auf welchem die gesammte Fürstenpartei einen allgemeinen Angriff gegen die bisherige höhere Stellung, die „Präeminenz,“ wie man sagte, des Kurfürstencolleg's unternehmen wollte.

Unter allen kurfürstlichen Prärogativen aber waren die Kaiserwahl und die damit zusammenhängenden Functionen die wichtigsten. Sollten diese fortan uneingeschränkt in den Händen der Kurfürsten bleiben? Das Friedensinstrument schien dies in Zweifel zu stellen; unter den Aufgaben des bevorstehenden Reichstags nannte dasselbe auch: Bestimmungen zu treffen über die Kaiserwahl [2]) und über die Abfassung einer dauernden Wahlcapitulation. Also dieses hochwichtige Amt, auf dem der Name und die politische Bedeutung des Kurfürstencollegs beruhte, die Wahl des Reichsoberhauptes, sollte jetzt in seinem Bestand der Discussion des gesammten Reichstags unterworfen werden. Wer konnte ihn hindern, das historische Vorrecht der sieben Wahlfürsten einer Umgestaltung zu unterwerfen? Schon bei den Friedensverhandlungen in Osnabrück war der Vorschlag eifrig debattirt worden, daß wenigstens die Frage, ob und wann eine Römische Königswahl vorzunehmen sei, der Mitentscheidung der Fürsten oder des gesammten Reichstags zu unterliegen habe. Ebenso war die Abfassung der Wahlcapitulation seit jener ersten bei der Wahl Karls V. immer in der Hand der Kurfürsten geblieben, eines ihrer nutzbarsten und wolbenutztesten Rechte. Hier sprach das Friedensinstrument deutlich zu Gunsten der Fürsten, indem es eine von dem gesammten Reichstag zu berathende beständige Wahlcapitulation zur Aufgabe stellte. Es

---

[1]) Blumenthal an Schwerin dat. Regensburg 1. Sept. 1653: „Herr Salvius soll gesagt haben, zu Osnabrück machte man den Anfang zur Aenderung im Reich, beim ersten Reichstag müßte man das ganze Haus übern Haufen werfen und insonderheit der Churfürsten Autorität.“ (Berl. Arch.)

[2]) Nicht über eine einzelne diesmalige, sondern ganz allgemein über das Wahlgeschäft überhaupt — „de electione Romanorum Regum,“ nicht Regis.

war vorauszusehen, daß um diesen Punkt sich der lebhafteste Kampf entspinnen würde.

Diese Fragen beschäftigten nun eben jetzt sowol die kurfürstlichen Höfe als auch den Kaiser auf's lebhafteste. Ferdinand III. wünschte nichts sehnlicher als die Wahl seines ältesten Sohnes zum Nachfolger bei seinen Lebzeiten. Er war zunächst mit den geistlichen, dann mit den anderen Kurfürsten darüber in Unterhandlung getreten; fast jeder von ihnen hatte Wünsche, deren Erfüllung in der Hand des Kaisers lag [1]; darauf hin konnte man sich einigen, und bereits im Sommer 1652 durfte der Kaiser die Mehrzahl der Kurfürsten als für seine Absicht gewonnen betrachten. Eben jene Zusammenkunft in Prag, von der wir sprachen, hatte zum Hauptzweck, die letzten abschließenden Verabredungen in Betreff der vorzunehmenden Wahl zu führen.

Die österreichische Hauspolitik und die alte Kurfürstenpolitik, deren Tradition es war, Kaiserwahlen für kleinere oder größere territoriale Vortheile zu verkaufen, hatte sich also hier wieder einmal zusammengefunden. Zugleich aber erschien es doch auch beiden Theilen von besonderem Werth, gerade jetzt, gegenüber den auf die Kaiserwahl gerichteten Plänen der Fürstenpartei, Schwedens voran, nicht allein sich über das Princip zu einigen, sondern sogleich mit einem concreten Act sich über alle Bedenken und Einreden hinwegzusetzen. Das Friedensinstrument forderte Theilnahme der Stände an der Entscheidung über Königswahl und Wahlcapitulation: einigte man sich dahin, jetzt, Angesichts des eben bevorstehenden und beginnenden Reichstags, eine Wahl vorzunehmen und eine Wahlcapitulation zu vereinbaren, so war dies der empfindlichste Schlag, den man gegen die fürstlichen und schwedischen Ansprüche führen konnte.

Nur die brandenburgische Stimme hatte in dem allgemeinen Concert bis jetzt gefehlt. Brandenburg, so sehr auch ihm natürlich an der Erhaltung der bevorrechteten Stellung der Kurfürsten im Reich gelegen sein mußte, hatte doch weder in den letzten Reichsversammlungen, noch bei den westfälischen Friedensverhandlungen sich der exclusiven Kurfürstenpolitik seiner Collegen unbedingt angeschlossen;

[1] v. Meiern Regensburger Reichstagshandlungen I. 1148 Pfanner hist. comit. S. 7.

in wichtigen Fragen hatte es sich von diesen getrennt und hatte durch ein Eingehen auf die fürstlichen Forderungen bis zu einer gewissen Linie hin vielmehr eine vermittelnde Stellung einzunehmen gesucht. Begreiflich daher, daß der Kurfürst keineswegs sehr eilig gewesen war, den Einladungen nach Prag Folge zu leisten und auf den Plan der Königswahl einzugehen [1]). Die Erbitterung der Schweden gegen ihn mußte durch einen solchen Schritt nur von neuem gesteigert werden; man durfte ihn nicht thun, wenn man nicht gewiß war, einen aufrichtigen und nachhaltigen Rückhalt gegen Schweden in Prag zu finden. Die ersten Aufforderungen wurden kühl abgelehnt. Waldeck wirkte eifrig dafür, das ganze Project überhaupt zu verwerfen, jede enge Solidarität mit dem Kaiser und dem Kurfürstencolleg zu vermeiden und vielmehr in dem zu erneuernden Einverständniß mit den wichtigsten protestantischen Fürsten des Reichs einen Halt gegen jene sowol wie gegen Schweden zu suchen.

Anfänglich hatte er den Kurfürsten selbst und die Mehrzahl der übrigen Räthe auf seiner Seite gehabt; fast nur Blumenthal hatte die Gegenpartei gehalten. Was den Kurfürsten bestimmte, gegen die bis zuletzt festgehaltene Meinung Waldeck's doch endlich in die Reise nach Prag zu willigen, waren weniger die immer dringenderen Aufforderungen der übrigen Kurfürsten und die immer verheißungsvolleren Aussichten, die ihm der Kaiser vor Augen führen ließ, als das unbeugsam gewaltthätige Verfahren, welches die Schweden in der pommerischen Separationsfrage fortfuhren gegen Brandenburg in Anwendung zu bringen. Es war ersichtlich, ohne ein starkes Zwangsmittel konnte man der zähen Habgier der schwedischen Staatsmänner nicht Herr werden — dieses Zwangsmittel, wodurch der unerträgliche und dem ganzen Reich neue Verwirrung drohende Uebermuth Schwedens in die Grenzen des Friedensinstruments zurückgewiesen werden sollte, das war der Preis, für welchen der Kurfürst sich dazu bequemte, für's nächste dem Kaiser und dem Kurfürstencolleg sich anzuschließen und in diesem Bunde den schweren Verwickelungen, die bevorstanden, entgegen zu gehen.

---

[1]) S. die Verhandlungen darüber Urk. u. Actenst. IV. 915 ff.

Im November 1652 begab er sich nach Prag. Waldeck befand sich in seinem Gefolge [1]). Es existiren nur sehr dürftige, äußerliche Nachrichten über die geführten Verhandlungen. Jedenfalls, die Einwilligung Brandenburgs zur römischen Königswahl ward unter gewissen Bedingungen gegeben. Die Gegengabe des Kaisers war eine Urkunde, welche die feierliche Versicherung enthielt, daß Schweden nicht eher zur Belehnung mit seinen deutschen Territorien, noch zu Sitz und Stimme auf dem Reichstag zugelassen werden solle, als bis es Hinterpommern dem rechtmäßigen Besitzer überliefert habe [2]). Eine Anzahl anderer alter Forderungen des Kurfürsten war gleichfalls zur Sprache gekommen; noch schwebte unerledigt die Frage über das im Jahr 1620 von Ferdinand II. confiscirte schlesische Fürstenthum Jägerndorf, dessen rechtmäßiger Erbe der Kurfürst zu sein beanspruchte; eine alte Geldforderung an den kaiserlichen Hof, noch aus dem sechzehnten Jahrhundert stammend, die vielgenannte „Breslauer Schuld", die jetzt mit den niemals gezahlten Zinsen auf ungefähr eine halbe Million berechnet wurde, war seit langem ein stehender Beschwerdeartikel bei allen Verhandlungen mit dem kaiserlichen Hof [3]). Für alle diese und andere Anliegen erhielt der Kurfürst die Zusicherung baldigster günstiger Erledigung.

Aber der eigentliche Erfolg der Zusammenkunft für Brandenburg war das Ausschließungsdecret gegen Schweden. In der besten Stimmung trennten sich die Kurfürsten von dem Kaiser. An den fürstlichen Höfen im Reich blickte man nicht ohne einigen Ingrimm auf das hergestellte gute Einvernehmen, und mit spöttischen Mienen erzählte man von den Thränen der Rührung, die der Kurfürst von Sachsen beim Abschied von dem Kaiser geweint habe; der Brandenburger aber, so ging die Rede, habe ausgerufen, zweimalhundert-

---

[1]) Rauchbar S. 41 gibt an, daß er durch die Kurfürstin die Erlaubniß durchsetzte, mitreisen zu dürfen, „in Hoffnung, bei Gelegenheit noch etwas thun zu können." Noch Pöllnitz Mémoires p. s. à l'hist. des quatre derniers souverains de la maison de Brandenbourg I. 38 ff. beschreibt in überflüssiger Ausführlichkeit das Aeußerliche der Zusammenkunft.

[2]) Dat. Prag 21. Nov. 1652. v. Meiern I. 21.

[3]) Urk. u. Actenst. IV. 609. 919.

tausend Thaler seien ihm nicht so lieb wie diese Zusammenkunft mit dem Kaiser [1]).

In der That, der Kurfürst hatte hier, dem Rath Blumenthals gegen den Waldecks folgend, das richtigere getroffen. Waldeck hatte gewünscht, daß man die nämliche Maßregel, die Ausschließung Schwedens vom Reichstag bis zu erfolgter Räumung von Hinterpommern, auf dem Reichstag selbst durch genaue Verständigung mit den protestantischen Fürsten zu erreichen suche. Der spätere Erfolg zeigte, wie schwer es in der That war, dieses Element dauernd zu gewinnen und in einer bestimmten Richtung zu führen; gerade gegen Schweden aber einen Druck auszuüben, dazu waren sie bei der engen Verbindung, die viele von ihnen mit dieser Macht unterhielten, für jetzt noch am wenigsten geeignet.

Die mit dem Kaiser geschlossene Abkunft aber erwies sich wenigstens für diesen Hauptzweck wirksam. Die Eröffnung des Reichstags ward unter den lebhaftesten Remonstrationen der meisten Stände von Monat zu Monat hinausgeschoben, bis Schweden seine Verbindlichkeiten gegen Brandenburg erfüllt haben würde. Es fehlte freilich auch jetzt nicht an Versuchen des kaiserlichen Hofes, seine Verpflichtungen zu umgehen und den Kurfürsten doch um den Preis seines Zugeständnisses zu bringen; indeß gelang es doch den brandenburgischen Gesandten, alle Bemühungen dieser Art zu vereiteln; erst auf die Nachricht von dem wirklich erfolgten Abzug der schwedischen Garnisonen aus Hinterpommern wurde am 30. Juni 1653 der Reichstag eröffnet.

Inzwischen hatte auch der Kaiser seinen Willen erreicht. Nach Augsburg hatte man den Wahltag berufen; unter dem Drängen des Kaisers beeilten die Kurfürsten das Geschäft so sehr als möglich; die Wahl hatte schließlich Statt gefunden, ehe noch Brandenburg

---

[1]) Pfanner hist. comit. S. 7. — In niederländischen Zeitungen wurde erzählt, daß, als der Kaiser in Prag den Kurfürsten von Sachsen in seiner Wohnung besuchte, „unter noch währender solcher visite und Unterredung über dem Hause, in welchem der Kayser bei dem Chur-Fürsten war, ein großer hellscheinender Stern erschienen und so lange gestanden als beyde Herren beysammen gewesen.“ (von Hagen) Comitiologia Ratisbonensis S. 89.

für irgend eines seiner Anliegen völlig sichergestellt war. Am 31. Mai 1653 war der Erzherzog Ferdinand zum römischen König erwählt worden; auf ein Menschenalter hin war damit, wie es schien, dem habsburgischen Hause die Kaiserkrone wieder gesichert.

Von hier an nahm nun der Reichstag die allgemeine Aufmerksamkeit vorzüglich in Anspruch.

Der Reichstag in Regensburg.

Mit ziemlicher Zuversicht sah der Kurfürst dem Verlauf der Dinge entgegen, als er den geheimen Rath Joachim Friedrich von Blumenthal abschickte, um zuerst auf dem Wahltag in Augsburg seine Stelle zu versehen und dann an die Spitze der Reichstagsgesandtschaft zu treten. Die Zusagen des Kaisers in Prag ließen alles Gute erwarten; der beste Kenner des kaiserlichen Hofes in der Umgebung des Kurfürsten, Blumenthal, proclamirte das unbedingteste Vertrauen, er war fast bereit, persönlich für die Erfüllung aller Wünsche zu bürgen [1]).

Es waren theils Forderungen persönlicher Art, theils solche, welche die allgemeinen Interessen und die großen Aufgaben des Reichstags betrafen, deren Erledigung der Kurfürst von den jetzt bevorstehenden Verhandlungen mit dem Reichsoberhaupt erwartete. Allein zum großen Erstaunen Blumenthals zeigte sich nun, sobald das Wahlgeschäft vollbracht war, weder in den einen noch in den andern, wenn man an's Einzelne heranging, im mindesten das gehoffte Entgegenkommen von Seiten des kaiserlichen Hofes. Schon von Augsburg her schrieb er nicht wenig betroffen über die völlig veränderte Physiognomie der Umgebung des Kaisers; seit dem Jahre 1651, wo er zuletzt in Wien war, ist vieles anders geworden; die einflußreichsten Männer, denen er nahe gestanden, wie Graf Trautmannsdorff und Graf Schlick, sind gestorben, andere sind zurückgedrängt, neue Elemente

[1]) Für das Nachfolgende liegen im Allgemeinen durchweg die brandenburgischen Reichstagsberichte, nebst den Privatschreiben Blumenthals an den Kurfürsten zu Grunde.

in die Höhe gekommen, deren er sich nicht mächtig fühlt. Da lautete nun, so wie man an die Geschäfte ging, vieles anders als es in Prag den Anschein gehabt hatte; vor allem rechnete man Brandenburg die um seinetwillen geschehene Hinausschiebung der Eröffnung des Reichstags als einen Dienst an, wodurch der Kaiser seine Verbindlichkeiten gegen den Kurfürsten bereits überschüssig erfüllt habe. Es war schon zu erkennen, daß auf die in Prag gemachten Versprechungen in Betreff Jägerndorfs und der Breslauer Schuld wenig Rechnung zu machen war; Blumenthal weiß nichts dringenderes zu rathen, als daß man einige der einflußreichsten kaiserlichen Räthe, besonders den Reichsvicekanzler Graf Kurtz, durch nicht zu kleine Geldsummen in das Interesse Brandenburgs zu ziehen suchen müsse.

Noch schlimmer gestaltete es sich, als man nun nach Regensburg kam und den Geschäften näher trat. Der Kurfürst forderte in erster Reihe die Zurückgabe von Jägerndorf; den Gedanken einer Entschädigung durch Geld lehnte er ab, doch erklärte er sich bereit, auf eine Entschädigung durch ein entsprechendes Territorium einzugehen; er schlug vor, für Jägerndorf und für seine Geldforderung zusammen ihm das Fürstenthum Glogau abzutreten. Man wies es weit von der Hand; gerade dieses sei, schon um seiner Lage an der Oder willen, dem Kaiser völlig unentbehrlich. Mit Bitterkeit ließ der Kurfürst daran erinnern, daß gerade Glogau der Kaiser einst während des Krieges den Schweden angeboten habe, um einen Separatfrieden von ihnen zu erlangen. Vergeblich. Binnen kurzem mußte Blumenthal selbst bekennen, daß die Sachen sehr bedenklich standen. Man verhandelte auf Seiten des Kaisers offenbar nur noch vorläufig über das, was man bereits völlig entschlossen war zu verweigern. Noch schwebte die Angelegenheit, auf welche es nach der Königswahl dem Kaiser allein noch bei diesem Reichstag ernstlich ankam: die Bewilligung einer neuen Reichssteuer; war erst diese noch glücklich in den Hafen gebracht, dann, so sah Blumenthal selbst voraus, wurde die Hoffnung für Brandenburg immer geringer, irgend etwas von seinen Ansprüchen durchzusetzen.

Indeß was bedeuteten diese Privatanliegen des Kurfürsten gegenüber den größeren allgemeinen Interessen, die jetzt zugleich in Frage

standen und die nicht minder empfindlich bedroht waren. So die Angelegenheit der Protestanten in den österreichischen Erblanden. Es war und blieb eine Frage von allgemeiner Wichtigkeit für die ganze protestantische Welt, ob nach wie vor die zahlreichen Glaubensgenossen in Schlesien und Oesterreich völlig schutzlos der Willkühr des Kaisers preisgegeben sein sollten. Bei den westfälischen Verhandlungen war dies einer der vielbesprochensten Streitpunkte gewesen; der kaiserliche Hof hatte sich hier unbeugsam gezeigt; man gab den schwedischen Gesandten Schuld, daß sie sich durch die Summe von sechshunderttausend Thalern hätten gewinnen lassen, von weiterem Drängen in dieser Angelegenheit abzustehen [1]). So war es zu den Bestimmungen des Friedensinstrumentes gekommen, welche den größten Theil der protestantischen Emigranten aus den Landen des Kaisers von der sonst durchgängig verfügten Wiedereinsetzung in ihre Besitzthümer ausschloß, und welche die dort noch wohnenden Evangelischen, mit geringen Einschränkungen zu ihren Gunsten, ganz der Willkühr der kaiserlichen Behörden und dem ungeschwächten Bekehrungsfanatismus der am Wiener Hofe allmächtigen Jesuiten preisgab; nur ein dürftiges Recht der Fürbitte war den Schweden und den anderen evangelischen Reichsständen vorbehalten worden. Seit dem Frieden hatte dies nun seine Früchte getragen. Mit unerbittlicher Strenge wurde in sämmtlichen österreichischen Landen das Unterdrückungswerk gegen die Protestanten systematisch betrieben; immer lauter und dringender erschollen die Hilferufe, besonders aus Schlesien und Niederösterreich; „über 30,000 Mannspersonen aus allen Landen werden emigriren müssen", berichtet Blumenthal aus Regensburg im Sommer 1653 [2]). Und das Recht der Fürsprache, welches die evangelischen Reichsstände auszuüben hatten, war, wie vorauszusehen, eine stumpfe Waffe; eine

---

[1]) S. darüber die Erörterungen bei Senkenberg Darstellung des westfälischen Friedens S. 109 ff.

[2]) Reichstagsbericht dat. Regensburg 2. Juni 1653 (Berl. Arch.). Der Wochencorrespondent Waldeck's in Wien, Tobias Seltenschlag von Friedenfeld berichtet am 17./27. März 1652 von dort: „die Reformation wird noch scharf prosequirt, und befinden sich alhier in Oesterreich unter der Enns aufm Lande und in den Städten 172,000 Seelen, die noch evangelisch sein und sich darzu bekannt haben." (Arols. Arch.)

Wirkung konnte mit ihm nur erzielt werden, wenn die Gesammtheit der protestantischen Stände, die großen und mächtigen an der Spitze, sich einigten, durch unablässiges Drängen ohne jede andere Rücksicht einen durchgreifenden Druck auf den kaiserlichen Hof auszuüben.

Aber wie wäre dies möglich gewesen? Die schwedischen Gesandten zeigten sich lau und gleichgiltig; in der Hofburg Gustav Adolfs in Stockholm gingen bereits Jesuiten aus und ein, und seine Tochter sann auf Abdankung und Uebertritt zum Katholicismus. Kursachsen war seit langem gewohnt, ängstlich jeden Schritt zu meiden, der in Wien Anstoß erregen konnte. Nur mit der größten Mühe ließ im Verlauf des Reichstags der Kurfürst Johann Georg sich bewegen, das alte historische Ehrenamt seines Hauses, das Directorium der Evangelischen, wieder zu übernehmen; die Tendenz der kursächsischen Politik ging schon seit einiger Zeit dahin, dieses Amt, dessen Führung nur Ungelegenheiten und unwillkommene Auseinandersetzungen mit dem Kaiser und den Katholischen einbrachte, allmälig einschlafen zu lassen; wenn Kursachsen dasselbe jetzt doch wieder übernahm, so geschah es nur, um die Thätigkeit des evangelischen Körpers zu mäßigen d. h. zu lähmen und um zu verhüten, daß nicht etwa Brandenburg an die von ihm verlassene Stelle trete. Ein energisches Eintreten für die bedrängten Glaubensgenossen in Oesterreich war von kursächsischer Seite nicht zu erwarten. Daneben kam Kurpfalz in Frage, welches in früheren Zeiten wol die von den sächsischen Albertinern aufgegebene Führerrolle übernommen hatte. Aber Kurfürst Karl Ludwig stand mit dem Kaiser jetzt auf dem besten Fuße; er bedurfte seiner Hilfe für die Streitigkeiten in seinem Hause; auf das Drängen der brandenburgischen Gesandten erklärte er, die Angelegenheit der österreichischen Protestanten sei eine „desperate Sache," für die er höchstens gute Wünsche haben könne; „er habe bei J. Kais. Maj. noch etwas zu fordern und viel Sachen bei dero Hof zu negotiiren, so daß er also J. Kais. Maj. Favor bedürfte; überdies befände er sich noch zur Zeit in seinem Staat nicht dergestalt befestigt, daß er sich fremder und zwar so verhaßter Sachen annehmen könnte" [1].

---

[1]) Reichstagsbericht dat. Regensburg 19. März 1653 (Berl. Arch.).

So blieb neben der großen Masse der mittleren und kleinen evangelischen Reichsstände nur Brandenburg übrig. In der That ließ es der Kurfürst an den dringendsten Verwendungen nicht fehlen; er hatte auch in dieser Angelegenheit bei der Prager Zusammenkunft persönliche Zusicherungen des Kaisers erhalten und hatte darauf bauend die Bedrängten ermuthigt; er betrachtete ihre Sache jetzt ganz als die seinige und fühlte sich im Gewissen an sie gebunden. „Die armen Evangelischen, schreibt er einmal eigenhändig an Blumenthal, kann ich nicht verlassen, sondern will Gottes Gnade höher halten als des Kaisers und aller Menschen, es gehe mir auch wie es wolle" [1]). So kam es, daß die brandenburgische Gesandtschaft von den größeren auf dem Reichstag die einzige war, bei welcher die Deputirten der österreichischen Evangelischen einige Unterstützung fanden. Aber bei der isolirten Stellung Brandenburgs fiel seine Fürsprache doch nur wenig ins Gewicht; die Bedrückungen dauerten fort; das Reich war versammelt, und es war ihm unmöglich, von dem Kaiser auch nur das geringste Zugeständniß zu erlangen.

Nicht besser stand es in Bezug auf alle anderen allgemeinen Interessen. Formlos, ohne jede genügende Controle stand das gesammte Reichsjustizwesen thatsächlich unter dem dominirenden Einfluß des kaiserlichen Hofes. Das Friedensinstrument hatte principiell die paritätische Besetzung des Reichskammergerichts ausgesprochen; in der Ausführung wurde sie nichts desto weniger in der Weise gefälscht, daß eine katholische Majorität immer gesichert blieb. Das unklare Verhältniß zwischen dem Reichskammergericht und dem kaiserlichen Reichshofrath in Wien mit ihrer concurrirenden Gerichtsbarkeit blieb nach wie vor bestehen; der Kaiser hatte in dem Friedensinstrument nicht mehr zugesagt, als auch in den Reichshofrath „einige"

---

[1]) Der Kurfürst an Blumenthal dat. Cölln a. d. Sp. 12. Juli 1653 (Berl. Arch.) Mit dem gleichfalls eigenhändigen Postscript: „Dieses hab ich nüchtern geschrieben, des Morgens frühe, damit man nicht vermeine, daß ich getrunken habe. Doch von Römisch-Katholischen ist es nicht Wunder; denn ihre Maxime ist, daß sie den Ketzern keinen Glauben halten. Ich hoffe, der Kaiser werde die schelmische Regul nicht gelernet haben, auch seinen Jesuiten hierinnen nicht nachfolgen."

evangelische Beisitzer zu berufen; aber welche Garantie konnte dies gewähren? Und noch gab es für dieses wichtige Hofgericht des Kaisers, vor welches die größten Capitalsachen im Reich gezogen werden konnten, nicht einmal eine Proceßordnung. Das Verlangen der Stände, daß unter Mitwirkung des Reichstags eine solche geschaffen werde, wurde abgewiesen; der Kaiser erklärte, in dieser Angelegenheit keine Concurrenz der Reichsstände zugeben zu können; einstweilen werde man sich an die Proceßordnung des Reichskammergerichts halten; nach einiger Zeit (März 1654) wurde dann eine Reichshofrathsordnung vom Kaiser publicirt, welche nicht die geringste Sicherheit gewährte.

Offenbar, man war am kaiserlichen Hofe entschlossen, durch einen völlig zu beherrschenden Reichshofrath in Concurrenz mit dem Reichskammergericht das Reichsjustizwesen in uneingeschränkter Weise in der Hand zu behalten. Die Stände durften gewärtig sein, daß die Praxis des Reichshofrathes nach wie vor die nämliche bleiben würde, wie sie einmal Veit Ludwig von Seckendorf für die Zeiten Ferdinand's II. schildert: ist ein Gutachten des Reichshofrathes eingegangen, so wird dasselbe zunächst den beiden „Conscienzräthen" des Kaisers, zwei Jesuiten übergeben, welche dasselbe in Rücksicht auf die Religion zu prüfen und eventuell zu modificiren haben; sodann zwei kaiserlichen Räthen, welche dieselbe Prüfung und Modification in Rücksicht auf die kaiserliche „ratio status" und das Interesse der österreichischen Erblande vornehmen; nach dieser doppelten Rectification wird dann das Urteil abgefaßt und dem Reichshofrath zur Publication und Execution wieder zugesandt [1]).

Und vor einem Gerichte dieser Art sollte in letzter Instanz der Streit über die jülich-clevische Erbschaft entschieden werden, wie der junge Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg eifrig betrieb, der eben jetzt nach dem Tod seines Vaters voll ungestümer Pläne in Regensburg erschien. Bei einem solchen Gericht suchten die widerspänstigen Stände von Cleve ihre Streitigkeiten mit dem Kurfürsten anhängig zu machen, wie eine von ihnen an den Kaiser gesandte Deputation sich bemühte.

---

[1]) Seckendorf Jus publicum Romano-Germanicum S. 241.

Neben den Reichsgerichten war der **Reichstag** das wichtigste Feld für die kaiserliche Politik, auf dem es galt, die ihren Händen schon fast entglittenen Zügel des Regiments wieder aufzugreifen. Ihn zu beherrschen, gewährten schon die losen, mangelhaft geregelten Formen des reichstäglichen Geschäftsganges sehr erkleckliche Mittel. Was konnte nicht alles durchgesetzt oder verhindert werden, wenn der Kaiser mit der kurmainzischen Reichskanzlei im Einverständniß war. Und in dem einen Collegium des Reichstags, in dem Fürstenrath, führte Oesterreich neben Salzburg den Vorsitz. Man braucht nur wenig von den Reichstagsacten dieser Zeit zu lesen, um auf zahlreiche Beispiele zu stoßen, welche zeigen, wie ausgiebig und oft wie formlos gewaltsam diese Vortheile benutzt wurden. Indeß für alle Fälle reichte dies doch nicht aus. Des Kurerzkanzleramtes von Mainz war man doch nicht immer und nicht für alle Fragen gewiß; und die Politik des Kurfürstencollegs bot, neben manchen dauernd gemeinsamen Interessen, doch auch zu viel Collisionspunkte mit dem Kaiser, als daß hier auf die Majorität unbedingt zu rechnen gewesen wäre. Daran war nichts zu ändern; aber um so mehr gewährte der zweite Reichsrath, das Fürstencollegium (welches die Gesammtheit der nicht-kurfürstlichen und nicht-städtischen Reichstagsstimmen vereinigte), die Möglichkeit, ein leicht zu regierendes Stimmenverhältniß zu erzielen. Schon war hier die Majorität der Stimmen katholisch [1]); über eine bedeutende Anzahl verfügte der Kaiser unbedingt, z. Th. über solche, die, wie die im Bereich der österreichischen Erblande gelegenen reichsfreien geistlichen Fürstenthümer, von Alters her von der Theilnahme an den Reichslasten befreit waren und daher um so leichter für die Bewilligung jeder Forderung des Kaisers stimmten. Aber diese Phalanx zuverlässiger, völlig verfügbarer Stimmen mit dem Motto „in omnibus uti Austria" galt es noch mehr zu befestigen.

Hier trat die in diesen Tagen viel besprochene Frage der „**neuen Fürsten**" ein. Schon Ferdinand II. hatte eine Anzahl österreichischer und anderer Adelsfamilien in den Fürstenstand des Reichs erhoben, die

---

[1]) 54 katholische Stimmen gegen 30 evangelische wird das Verhältniß angegeben in dem Reichstagsbericht dat. Regensburg 12./22. März 1653.

Lobkowitz, Dietrichstein, Eggenberg, Salm, die Hechinger Hohenzollern; unter dem jetzigen Kaiser waren Auersberg und Piccolomini hinzugekommen. Als eine dem Kurfürsten von Brandenburg erwiesene Höflichkeit wurde es betrachtet, daß der Kaiser die beiden Nassauischen Grafen, welche diesem am nächsten standen, Graf Johann Moriz von der Siegener Linie und Graf Wilhelm Friedrich von Nassau-Dietz [1]), beide reformirten Bekenntnisses, in den Fürstenstand erhoben hatte; in der That war dies kaum zu umgehen gewesen, da dem Grafen Johann Ludwig von Nassau, von der Dillenburger Linie, der katholisch geworden war und in kaiserlichen Diensten stand, die gleiche Ehre zu Theil wurde [2]).

Nun waren solche Creirungen an sich nichts neues; schon vorlängst hatten die Kaiser den Reichsfürstentitel als Auszeichnung verliehen, wol auch verkauft, ohne daß daraus ein factischer Besitz des Reichsfürstenrechtes entsprang [3]). Jetzt war es die Absicht, daß diese „neuen Fürsten" als wirkliche Reichsstände recipirt werden und in das Fürstencollegium des Reichstags eintreten sollten. Auf dem Regensburger Reichstag im Jahre 1641 war der Kaiser zuerst mit diesem Verlangen aufgetreten. Die Stände hatten sich nicht weigern können; doch war verfügt worden, daß die Reception der Neucreirten nicht eher erfolgen dürfe, bis sie den Nachweis lieferten, daß sie in Besitz reichsunmittelbarer Herrschaften sich befänden, von denen sie die Matricularbeiträge zu den Reichssteuern und zur Erhaltung des

---

[1]) Vgl. oben S. 30.

[2]) Ausführliches über alle diese Creirungen s. bei Pfeffinger Vitr. illustr. II. 520 ff. 765 ff.

[3]) So besaß z. B. das Haus Radziwil den Reichsfürstentitel schon seit 1504, wo er ihm durch Maximilian I. verliehen worden war. (Pfeffinger II. 715). Der Kurfürst von Brandenburg ließ bei Gelegenheit des jetzigen Streites darauf aufmerksam machen, daß so gut wie Piccolomini auch der Fürst Bogislav Radziwil, „als dessen Familia longe antiquior et illustrior ist, . . . er auch dergleichen bei Uns gesuchet," Anspruch erheben dürfe, in das Fürstencolleg des Reichstags aufgenommen zu werden, und befahl seinen Gesandten dafür zu wirken (Resolution des Kurfürsten dat. Cölln a. d. Sp. 6. Mai 1653.). Noch gegen Ende des Reichstags erschien ein Radziwil'scher Gesandter in Regensburg, um die Angelegenheit zu betreiben (Reichstagsbericht dat. Regensburg 4./14. Mai 1654); doch blieben seine Bemühungen ohne Erfolg.

Reichskammergerichts liefern würden; außerdem war mit Nachdruck die Bedingung gemacht worden, daß sie Sitz und Stimme im Fürstenrath, wie billig, wenn auch persönlich anwesend, doch nach den alten fürstlichen Häusern führen sollten.

Bei dem jetzt versammelten Reichstag wurde die Frage wieder auf die Tagesordnung gebracht. Freilich waren die neuen Aspiranten zur reichstäglichen Fürstenbank nur zum Theil in der Lage, den erwähnten Nachweis zu liefern. Dem neuen Fürsten Eggenberg hatte der Kaiser die Grafschaft Gradisca in Friaul verkauft, „von aller österreichischen Superiorität befreit und gänzlich als ein Immediatgut eingeräumt"; er war mit einem Matricularbeitrag von drei Mann zu Fuß und zwei Reitern angesetzt. Lobkowitz hatte die gefürstete Grafschaft Sternstein im bairischen Kreis aufzuweisen; die anderen Candidaten des kaiserlichen Hofes Auersberg, Dietrichstein und Octavio Piccolomini, der „Herzog von Amalfi", waren zwar die angesehensten Männer der Wiener Hofburg, aber ein reichsunmittelbares Besitzthum hatte auch jetzt keiner von ihnen. Nichts desto weniger ward die Zulassung aller zu Sitz und Stimme im Fürstenrath mit dem größten Eifer betrieben; ja die neuen Fürsten erhoben auch, entgegen der früher gestellten Bedingung, den Anspruch, wenn sie persönlich erschienen, im Rang den Gesandten der älteren fürstlichen Häuser voranzugehen — und voranzustimmen.

Denn hierauf kam es an. Eine große Anzahl der Stände des Fürstenraths, besonders die kleineren und kleinsten, pflegten entweder ihre Stimmen durch andere führen zu lassen oder ihre Gesandten in den meisten Fragen lediglich an die Vorherstimmenden oder an die Majorität zu weisen. All diese Stimmen hatte der Kaiser einfach zur Verfügung, wenn er jede Abstimmung in diesem Collegium mit einer festgeschlossenen Reihe unbedingt gehorsamer Voten eröffnen konnte; die Stimmen der „neuen Fürsten" hatten doppelten Werth, wenn man durchsetzte, daß bei ihnen, wenn sie persönlich anwesend waren, (und dies lag ja in des Kaisers Hand) die Abstimmung begonnen wurde; außer dem eigenen Beitrag zur Erzielung der Majorität mußten sie auch als Directorium für die Masse der Schwankenden und bei der einzelnen Frage Indifferenten dienen.

In der That, es gab keinen geeigneteren Weg als den hier eingeschlagenen, um dieses zweite Collegium des deutschen Reichstags zu einem gefügen Bewilligungsinstrument herabzuwürdigen und, wie die Institute der Reichsjustiz, so auch dieses Organ der Reichsverwaltung im Interesse der habsburgischen Hauspolitik zu fälschen. Der kaiserliche Hof hat dieses gute Mittel auch fernerhin nicht vergessen. Zunächst natürlich erhob sich ein sehr erbitterter Kampf, theils um den Eintritt der neuen Fürsten überhaupt, theils um das von ihnen beanspruchte Recht des persönlichen Vorranges. Wir gehen auf den Verlauf im Einzelnen nicht ein [1]). Aufs hartnäckigste widerstrebten lange Zeit besonders die evangelischen Mitglieder des Fürstenrathes, und neben ihnen selbst das katholische Baiern dem Ansinnen des kaiserlichen Hofes [2]); aber auch hier wieder zeigte sich, welch weiten Spielraum die lockeren geschäftlichen Formen dem Reichsoberhaupt doch noch immer in allen Fragen dieser Art gewährten, und wie die österreichischen Staatsmänner es verstanden dieses Verhältniß zu benutzen. Im Laufe des Reichstags gelang es in der That, die Einführung sämmtlicher Candidaten in den Fürstenrath zu bewerkstelligen; alle Mittel wurden angewandt, die Opposition zum Stillschweigen zu bringen; was nach allem doch noch von Widerstand blieb, wurde zuletzt einfach durch thatsächliches Vorgehen unschädlich gemacht; in fast tumultuarischer Weise wurde die Einführung der Einzelnen, welche die vorgeschriebenen Bedingungen nicht erfüllt hatten, in's Werk gesetzt; im Reichsabschied wurde ihre Aufnahme als feierlich vom Reich gutgeheißen verkündigt; Proteste unbeachtet bei Seite gelegt; die Bestimmung über den von den neuen Fürsten bei der Abstimmung einzunehmenden Rang blieb der Willkür des Vorsitzenden und besonderen Vereinbarungen der Fürsten unter einander anheimgegeben [3]).

---

[1]) Am eingehendsten behandelt bei Pfanner hist. comit., passim durch das ganze Werk hin.

[2]) „Dieser Conseß sei keine Dorfgemeinde, da man ungebeten und unbegrüßt wie ein Pfeifer ins Wirthshaus laufe“ Pfanner S. 571.

[3]) Jüngster Reichsabschied (1654) §. 197; mit der Bedingung, daß die Erben derjenigen, die sich noch nicht durch einen reichsunmittelbaren Besitz legitimirt hatten, dies künftig zu thun haben sollten, bevor sie die Erbschaft von Sitz und Stimme auf dem Reichstag antreten könnten.

Von unmittelbar praktischer Bedeutung mußte nun die Zusammensetzung des Reichstags und das auf ihm herrschende Stimmenverhältniß bei jeder vorkommenden Verhandlung über zu leistende Reichssteuern werden. Dies war ein fernerer Punkt, der zu den lebhaftesten Kämpfen auf diesem Reichstag führte.

Denn offenbar, darin lag für den Kaiser der Hauptwerth einer lenksamen Majorität des Fürstencolleg's, daß sie die Handhabe werden mußte zu einer möglichst unumschränkten Verfügung über die Steuerkraft des Reichs. Aber in der allgemeinen Unbestimmtheit der reichsrechtlichen Grundgesetze gab es wenige Punkte, die schwankender und streitiger waren, als gerade der der Reichssteuern und ihrer Bewilligung. Der Grundsatz war seit langer Zeit eingebürgert, daß den abwesenden Reichsstand die Bewilligung des Reichstags nicht binde. Aber ist die Minorität gehalten, die Steuern mitzuzahlen, welche die Majorität beschließt? Zu einer festen, allgemein anerkannten Bestimmung darüber war es nie gekommen. Wie nun einmal seit der Reformation die Verhältnisse im Reich lagen, schien es, namentlich für die evangelischen Stände, gegenüber dem katholischen Kaiserthum, eine Unmöglichkeit, sich in solcher Weise die Hände binden zu lassen. Der westfälische Friede hatte diese Frage dem Reichstag zur Entscheidung überwiesen [1]. Der Kaiser trat alsbald mit einem sehr bestimmten Programm hervor: er forderte die unbedingte Geltung der Majoritätsbeschlüsse in Reichssteuersachen.

Immer größer waren im Laufe der Zeit die Summen geworden, die man von Wien her forderte. Der Reichstag von 1641 hatte den Vortheil, endlich nach fast dreißig Jahren sich einmal wieder berufen zu sehen, mit einer erklecklichen Bewilligung bezahlen müssen. Auch den westfälischen Friedenscongreß hatte der Wiener Hof nicht unbenutzt gelassen; er hatte mit den dort versammelten Ständen über eine neue Steuer von hundert Römermonaten verhandelt. Jetzt nahm er diese Verhandlung als geschehenes Versprechen und forderte einfach die Erfüllung desselben. Und hinter diesen hundert lauerte bereits eine neue Forderung, die allmälig bis auf sechzig Römer-

---

[1]) Inst. Pac. Osn. Art. V. §. 52.

monate hinaufgeschraubt wurde, womit das Reich dem Kaiser, wie es hieß, für die durch diesen Reichstag verursachten Kosten aufkommen sollte.

Auf keinem Gebiete tritt die verworrene, unsaubere Wirthschaft der kaiserlichen Reichsregierung greller zu Tage, als in diesem Kapitel der Reichssteuern. Ganz abgesehen von der Frage, was der Kaiser für diese enormen Forderungen dem Reich leistete — den obersten Gerichtshof, das Kammergericht zu Speier, besoldeten die Stände selbst durch eine besondere Steuer; das Reichskriegswesen lag in der Hand der Kreise — so war die gesammte Praxis dieses angeblichen Reichssteuerwesens eine der verrottetsten und lügenhaftesten Parthien in dem ganzen unheilvollen Gewirr der jetzigen Reichspolitik. Keine Bewilligung konnte jemals zu Stande gebracht werden, ohne daß der Kaiser eine beträchtliche Anzahl von Stimmen, namentlich die der größeren und einflußreicheren Stände, durch vorhergehende Befreiung von ihrem Antheil oder Moderirung desselben erkaufte; nicht selten auch wurde die gewünschte Stimme geradezu durch klingende Gewährungen oder andere Vortheile gewonnen; Bestechung der Räthe und Gesandten spielt eine große Rolle. In andern Fällen wieder muß die Befreiung am kaiserlichen Hof gesucht werden; mit großen Summen werden die kaiserlichen Räthe gewonnen, ihre schamlosen Ansprüche verschlingen, auch wenn man die Exemtion erreicht, einen großen Theil der Ersparniß. Die so Bestochenen aber wie die Bestechenden stimmen dann für jede Forderung des Kaisers; die Kosten tragen die Stände, die des Vorzugs der Befreiung nicht theilhaftig geworden sind, die kleinen und mittleren besonders; alles nach Maßgabe der höchst mangelhaften alten Reichsmatrikel vom Jahre 1521 [1]).

Diesen für das Interesse der kaiserlichen Kassen und der kaiserlichen Räthe jedenfalls sehr ersprießlichen Zustand gedachte man jetzt durch eine reichsgesetzliche Bestimmung über die Geltung der einfachen Majorität in Steuersachen zu sanctioniren und zu verewigen. Es

---

[1]) Die Revision der Reichsmatrikel befand sich auch unter den diesem Reichstag durch das Friedensinstrument (Inst. Pac. Osn. Art. VIII. §. 3. Mon. §. 64.) zugewiesenen Aufgaben; sie blieb aber, wie andere, unerledigt.

war offenbar die wichtigste Frage dieses Reichstags, welche hier an die Stände zur Entscheidung herantrat. Auf nichts geringeres kam es an, als darauf, ob es dem Kaiser und seiner theils erkauften, theils durch Einschüchterung gewonnenen katholischen Majorität künftig kraft eines Reichsgesetzes gestattet sein sollte, das protestantische Deutschland im Interesse der zerrütteten Finanzen des habsburgischen Kaiserhauses dauernd auszusaugen.

Denn gleich im Beginn der Verhandlung zeigte es sich, wie trefflich die kaiserlichen Räthe gerade in dieser Frage den Erfolg vorbereitet hatten [1]). Von Seiten des kurfürstlichen Colleg's war kein ernster Widerspruch zu befürchten; im Fürstenrath aber zeigten schon die ersten vorläufigen Abstimmungen, daß der Kaiser der katholischen Majorität völlig sicher sein durfte. Die Opposition führten nur die kleineren und mittleren evangelischen Stände, Magdeburg, Braunschweig, Altenburg an der Spitze, und sie befanden sich mit ihrem Widerspruch in der entschiedensten Minderheit.

Aber um so leidenschaftlicher wurde der Kampf geführt. Vor allem verlangte man die Unterscheidung zwischen freiwilligen und nothwendigen Steuern; als nothwendige könne man nur diejenigen anerkennen, welche gefordert würden, „wenn das ganze Reich von einem allgemeinen Feinde angefochten und bekrieget würde“ [2]); in jedem einzelnen Falle müsse besonders, nicht durch Majorität, sondern auf dem Wege der Vereinbarung entschieden werden, ob der Fall einer „nothwendigen“ Steuer gegeben sei. Andere verwarfen diese ganze Unterscheidung: alle Reichssteuern seien freiwillige, über die Höhe der einzelnen Bewilligungen müsse nicht am Reichstag, sondern in den Kreisen entschieden werden [3]). Andere anders; die nachgiebigsten gingen so weit, das Princip der Mehrheitsbeschlüsse anzuerkennen, aber sie forderten eine Majorität von fünf Sechstel, oder drei Viertel oder wenigstens zwei Drittel.

Es konnte den kaiserlichen Räthen und ihrer katholischen Majorität an Gegengründen nicht fehlen. Die Opposition hatte schweren

[1]) v. Meiern Regensburger Reichstagshandl. I. 423 ff.

[2]) Magdeburgisches Votum am 25. Aug. 1653 Ebendas. S. 425.

[3]) Altenburgisches Votum id. dat. Ebendas. S. 428.

Stand. Den Sommer und Herbst 1653 hindurch währte der Kampf, ohne daß die Frage um einen Schritt weiter kam. Es schien bevorzustehen, daß die Minorität der evangelischen Fürsten entweder unterlag, oder daß sie mit einem Protest den Reichstag verließ.

Was ihren energisch geführten Widerspruch kraftlos machte, das war, daß doch eben nur die kleinen und mittleren evangelischen Stände ihn vertraten; von den gewichtigeren, namentlich den kurfürstlichen Stimmen schloß sich keine der fürstlichen Opposition mit Nachdruck an, und selbst bei der brandenburgischen Gesandtschaft fand dieselbe nur eine laue Unterstützung. Wie hätte der Kaiser einer Opposition weichen sollen, die, wesentlich aus protestantischen Elementen zusammengesetzt, doch nicht einmal die protestantischen Kurfürsten für sich hatte.

Der Grund zu diesem auffallenden Verhältniß lag in einer anderen Hauptstreitfrage dieses Reichstags, welche das kurfürstliche und das fürstliche Lager in der feindseligsten Spannung gegen einander hielt. Es war die Frage über die Zusammensetzung und Geschäftsordnung der Reichsdeputationstage. Neben der über die Reichssteuern hat sie am meisten von allen diese Versammlung beschäftigt.

Das Institut der Reichsdeputation war im Jahr 1555 im Zusammenhang mit den damals getroffenen Bestimmungen über die Landfriedensordnung und die Kreisverfassung in's Leben gerufen worden [1]). Ein ständiger Ausschuß der Reichsstände, zu welchem sämmtliche Kurfürsten (außer Böhmen) und eine bestimmte Anzahl von Fürsten, Prälaten, Grafen und Städten deputirt waren. Im Lauf der Zeit war die Zahl dieser Reichsdeputirten auf einundzwanzig erhöht worden [2]); ihr Geschäftskreis, ursprünglich allein auf Landfriedensangelegenheiten beschränkt, hatte sich ebenfalls erweitert, so daß dieser Ausschuß thatsächlich fast den gleichen Umfang von Reichsgeschäften zu behandeln pflegte, wie die Reichstage selbst. Seine Berufung stand dem Kurfürsten von Mainz zu. Es war hergebracht,

---

[1]) J. J. Moser von denen Teutschen Reichstägen II. 564ff. Urk. u. Actenst. I. 793ff.

[2]) Thatsächlich jetzt nur zwanzig, da die Stimme von Jülich in Folge des ungeschlichteten Streites über ihre Führung ruhte.

daß der Deputationstag in zwei Collegien verhandelte; das eine bildeten die Kurfürsten, das andere, den „Fürstenrath", die Gesammtheit der übrigen Deputirten. Jedes Colleg faßte gesondert für sich seine Beschlüsse; dann theilte man sich gegenseitig dieselben mit, und beide Collegien unterhandelten hierauf mit einander und mit den kaiserlichen Commissaren so lange, bis eine Einigkeit erzielt war oder sich unmöglich zeigte. „Relation und Correlation" war der übliche Ausdruck für dieses Verfahren, wie bei der Geschäftsordnung des Reichstags, dem es nachgebildet war.

In der letzten Zeit nun war dieses Institut hauptsächlich nach zwei Seiten hin der Gegenstand vielfältiger Angriffe geworden. Einmal weil in dem Fürstenrath die katholischen Stimmen in sehr beträchtlicher Majorität waren. Diesem Uebelstand trat das Friedensinstrument mit der Bestimmung entgegen, daß die Parität herzustellen sei. Die Sache lag hier ungewöhnlich einfach: man mußte so viel evangelische Stimmen in den Fürstenrath aufnehmen, als erforderlich waren, um die Stimmengleichheit beider Bekenntnisse herzustellen. Die Einigung über die hierfür zu wählenden erfolgte ohne allzu große Schwierigkeit [1]).

Aber der Mangel, dem so an der einen Stelle abgeholfen war, trat nun an der andern auf. Man hatte jetzt sieben zur Theilnahme an der Reichsdeputation berechtigte Kurfürsten; unter diesen vier katholische. In diesem Collegium also war die Parität, die früher vor dem Hinzutritt Baierns bestanden hatte, jetzt aufgehoben. Aber das Friedensinstrument forderte ganz unzweideutig die Herstellung des Gleichgewichts der beiden Bekenntnisse; freilich ohne für diesen schwierigeren Fall den einzuschlagenden Weg anzudeuten. Und die hergestellte Parität im Fürstencolleg schien völlig werthlos, wenn ihr in dem kurfürstlichen Rathe ein für allemal eine katholische Majorität gegenüber stand. Wie ließ sich diese Schwierigkeit überwinden? Hier war nun der Punkt, wo der alte Gegensatz der fürstlichen und kurfürstlichen Tendenzen wieder einmal in ganzer Schärfe zu Tage trat.

---

[1]) Das Resultat s. Jüngster Reichsabschied §. 194.

Denn gerade diese Frage nahm nun die evangelische Fürstenpartei zum Ausgangspunkt für eine sehr lebhafte Opposition gegen die ganze bevorzugte Stellung der kurfürstlichen Körperschaft.

Vor allem stellte diese Partei sich auf den Standpunkt unbedingter Durchführung der im Friedensinstrument verheißenen Parität, auch für das Kurfürstencolleg. Zwei Wege wurden vorgeschlagen, um die dort jetzt vorhandene katholische Majorität zu beseitigen. Der eine war, daß nach einer gewissen Reihenfolge abwechselnd entweder ein evangelischer Kurfürst zwei Vota zu führen oder einer von den geistlichen Kurfürsten sich der Stimme zu enthalten hätte. Bald trat auch in Verbindung hiermit der Gedanke, eine neunte evangelische Kur zu gründen, hervor.

Der andere Weg knüpfte an eine alte Streitfrage an. Schon längst hatten die fürstlichen Stände des Deputationstags gegen die übliche Geschäftsordnung protestirt, wonach die Kurfürsten ein besonderes Colleg bildeten und ihr Collegialbeschluß, aus sechs, jetzt sieben Stimmen gebildet, als gleichwiegend betrachtet wurde mit dem aus zwanzig Stimmen hervorgehenden Beschluß des Rathes der unteren Stände [1]). Ihr Verlangen war, daß diese Trennung in zwei Curien bei der Reichsdeputation aufgehoben werde und die Abstimmung „viritim“ in dem Gesammtcollegium vor sich gehe; diese Vereinigung des Kurfürsten- und Fürstenrathes in ein einziges Colleg sei zugleich das beste Mittel, die Gleichheit der katholischen und evangelischen Stimmen herzustellen und die Forderung des Friedensinstrumentes zu erfüllen.

Sehr geschickt hatten auf diese Weise die Fürsten das allgemeine evangelische Interesse der Parität mit den Interessen ihrer Rivalität gegen die bevorzugte Stellung des Kurfürstencollegs zu verflechten gewußt. Mit Recht erkannten die Kurfürsten in dieser Forderung des Fürstenraths den eigentlichen Kern des großen Angriffs gegen ihre „Präeminenz,“ dessen sie von Beginn des Reichstags an gewärtig gewesen waren. Gelang es den Gegnern, die Geschäftsordnung der Deputationstage in ihrem Sinne umzugestalten, so war über kurz

---

[1]) Urk. u. Actenst. I. 804. not.

oder lang der gleiche Schritt auch bei den Reichstagen selbst kaum mehr abzuwehren; mit ihren sieben Stimmen verschwanden dann die Kurfürsten einflußlos unter der Menge der großen und kleinen Reichstagsberechtigten.

Kleinliches Gezänk um Abstimmungen und Paragraphen der Geschäftsordnung in einer Zeit, wo all diese Formen des officiellen Reichslebens bereits in das Stadium hoffnungslosen Absterbens eingetreten sind und das wirkliche Leben in ganz anderen Kreisen zu pulsiren beginnt. Aber wie lange noch zwingen das Denken und Streben der Menschen auch völlig ausgelebte Formen, wenn eine große oder oft auch nur eine lange Vergangenheit hinter ihnen steht. Mit völlig ungeschwächtem Interesse stehen und bewegen sich die Menschen dieser Zeit in Fragen dieser Art. Und wenigstens der, auf welche es hier ankam, mangelt nicht eine gewisse allgemeine Bedeutung. Seit Jahrhunderten hatte in der Körperschaft der Kurfürsten der Schwerpunkt aller neben dem Kaiser bestehenden Institute des Reichs gelegen; alt war der Widerspruch gegen ihre Vorzugsstellung, mannichfach die im Laufe der Zeiten gegen dieselbe gerichteten Angriffe. Aber noch nie war mit so principieller Begründung ein so allgemeines und wol organisirtes Sturmlaufen gegen die Sonderrechte des obersten Reichscollegium's unternommen worden wie jetzt.

Aber die Vertheidigung zeigte nicht geringere Energie [1]). Die Vereinigung der beiden Collegien in eines wurde einmüthig zurückgewiesen: gerade in ihrem körperschaftlichen Rechte beruhe die ganze geschichtlich begründete Stellung der Kurfürsten; zu allen Zeiten haben sie dieses Recht ausgeübt, und zum Nutzen des Reiches — „dahero ist es, daß die alten teutschen Geschichtschreiber mit so vieler Ehrerbietung, mit so hohem Respect und fast unzähligen Lobsprüchen der Kurfürsten immerfort gedenken;" dieses wolerworbene Recht dürfe nicht fallen, die Kurfürsten nicht den anderen minderen Ständen gleichgesetzt werden, „also daß, wenn ein schwäbischer Graf die kur-

---

[1]) Die beiderseitigen Argumente sind gut zusammengestellt bei Pfanner hist. comit. 482ff.

fürstlichen und förstlichen Vota paria findet, er die majora machen könne." Und ebenso lehnte die Majorität der Kurfürsten mit Entschiedenheit die von den Fürsten geforderte Veränderung des Abstimmungsmodus in ihrem Collegium ab; jede Veränderung sei hier von Uebel, erklärte selbst der Kurfürst von Sachsen; wie viel mehr natürlich die drei geistlichen nebst Baiern; der Gedanke an eine neuzuschaffende evangelische Kur ward von allen mit gleicher Bestimmtheit von der Hand gewiesen.

Wir übergehen andere Streitpunkte von geringerem Belang; an den dargelegten Capitalfragen hing jetzt alles. Hier gab es keine Ausgleichung. Hart standen die Parteien wider einander, Schweden, die sächsischen Ernestiner, die Braunschweiger an der Spitze der fürstlichen Opposition [1]), das Banner der kirchlichen Parität und der Erfüllung des Friedensinstruments vor sich hertragend, sie alle drei im stillen zugleich den Blick auf den ihnen vorschwebenden neuen Kurhut gerichtet. In Verbindung mit der Frage über die Reichssteuern wurde der Streit über die Reichsdeputation von Monat zu Monat weitergeschleppt; keinen Schritt näher kamen sich die Gegner; der kaiserliche Hof erkannte in der Erbitterung der Parteien wider einander das sicherste Mittel zuletzt über alle zu triumphiren; er that nichts den Gegensatz auszugleichen. Der Reichstag stockte; alle anderen Verhandlungen litten unter diesem unversöhnlichen Zwiespalt; das Ende schien das resultatlose Auseinandergehen der Versammlung werden zu müssen, wenn nicht noch zur rechten Zeit eine Wendung eintrat, welche den Parteien eine andere Zusammensetzung, den verhandelten Fragen eine neue Richtung gab.

Dieser Umschwung erfolgte im November 1653. Er wurde vollbracht durch die plötzliche Schwenkung der brandenburgischen Politik.

---

[1]) „Bremen, Haus Sachsen und Braunschweig seind die härtesten und meinen, man solle nicht so hoch auf sieben Kerle sehen." Blumenthal an Schwerin dat. Regensburg 1. Sept. 1653. (Berl. Arch.)

Der Ministerwechsel.

Bis hierher war die Rolle, welche Brandenburg auf dem Reichstag gespielt hatte, weder sehr hervortretend, noch von großen Erfolgen gewesen. Nach dem einen wichtigen Erfolg, daß Schweden zur Räumung von Hinterpommern gezwungen worden war, war nichts mehr gelungen. Es war im Grunde von nicht sehr großem Belang, wenn der kaiserliche Hof sich den Privatforderungen des Kurfürsten trotz allen früheren Versprechungen jetzt hartnäckig entzog, wenn die Regulirung der Breslauer Schuldsache, der Entschädigungsfrage für Jägerndorf unter allerlei Vorwänden jetzt einfach verweigert wurde; mehr oder minder wurden diese Forderungen doch auch auf brandenburgischer Seite nur als ein Mittel betrachtet, um einen Druck auf den kaiserlichen Hof auszuüben. Aber durfte Brandenburg es gleichgiltig mit ansehen, wenn jetzt auf dem Reichstage die kaiserliche Politik in raschem Eroberungsschritt die beherrschenden Positionen im Reich wiederzugewinnen sich anschickte, wenn sie all die reformatorischen Aufgaben dieser Versammlung einfach bei Seite schob, um nur ihre eigenen Wünsche durchzuführen, wenn sie den Fürstenrath mit den Höflingen des Kaisers erfüllte, wenn sie auf dem Wege war, durch künstlich erzeugte Majoritäten den Reichstag zu einer Bewilligungsmaschine für die Finanzbedürfnisse des Hauses Oesterreich zu machen, wenn sie von den obersten Gerichtshöfen des Reichs den einen zu einem Verwaltungsorgan für die habsburgische Reichspolitik zu degradiren fortfuhr, wenn sie in allen Stücken bemüht war, die constituirenden Sätze des westfälischen Friedens zu umgehen oder in ihrem Interesse umzubeugen; und wenn bei aller Fügsamkeit der Reichsstände gegen irgend berechtigte Ansprüche des Kaisers es von Seiten der Evangelischen doch nicht einmal dahin gebracht werden konnte, daß den protestantischen Bewohnern der kaiserlichen Erblande die geringsten Zugeständnisse gemacht oder auch nur die Zusagen des Friedensinstrumentes in loyaler Weise erfüllt wurden?

Es war nicht schwer zu sehen, daß, wie die Geschäfte des Reichstags jetzt verliefen, alles zu Gunsten des Kaisers sich wandte. Die habsburgische Politik war im vollen Zuge, die im Frieden noch be-

haupteten Positionen neu zu festigen, die verlorenen oder zweifelhaft gewordenen wieder zu gewinnen. Das Kaiserthum war, so schien es, wieder für ein Menschenalter in Sicherheit gebracht; der günstige Verlauf, den der Reichstag nahm, schien dafür zu sorgen, daß auch das Reich im Einzelnen der Herrschaft und Nutzung des Hauses Oesterreich nicht entschlüpfe. In der That, schon damals galt, was zwei Jahrzehnte später Esaias Pufendorf sagt, daß es durchaus nicht „Visionen und Chimären wären, womit die philosophischen Politici sich zu ergötzen pflegten", daß das Haus Habsburg mit allen Kräften daran sei, die alten Herrschaftspläne wiederaufzunehmen [1]): in diesen Jahren, unmittelbar nach dem westfälischen Frieden, liegen die ersten Anfänge dazu.

Es ist nicht zu läugnen, während der ersten Hälfte des jetzigen Reichstags war von brandenburgischer Seite wenig geschehen, diesen Gefahren zu begegnen. In dem vordersten Treffen der Opposition hatten die evangelischen Fürsten gestanden, die Braunschweiger, die sächsischen Ernestiner neben anderen voran; von den drei protestantischen Kurfürsten hatten die von Sachsen und von der Pfalz sich systematisch von allem Widerspruch gegen den Kaiser zurückgehalten, und die Unterstützung, welche Brandenburg der Opposition angedeihen ließ, war in den meisten Stücken doch nur matt und ohne Nachdruck gewesen. Lebhaft hatte allerdings der Kurfürst für die Sache der österreichischen Protestanten zu wirken befohlen; in der Angelegenheit der „neuen Fürsten" waren die Gesandten angewiesen worden, auf den Bedingungen von 1641 für ihre Zulassung zu bestehen; der Geltung der Majorität in Steuersachen war auch von brandenburgischer Seite widersprochen, die Reform des Reichshofrathes verlangt worden. Aber all dies war völlig erfolglos geblieben, und es zeigte sich deutlich, daß die Art und Weise, wie die brandenburgische Gesandtschaft die Forderungen der Opposition unterstützte, am kaiserlichen Hofe nicht den geringsten Eindruck machte.

Worin lag diese augenscheinliche Ohnmacht Brandenburgs begründet?

---

[1]) Esaias Pufendorf Bericht über Kaiser Leopold, seinen Hof etc. 1671 bis 1674, herausgegeben von Helbig S. 77.

Seit der Zusammenkunft des Kurfürsten mit dem Kaiser in Prag stand Joachim Friedrich von Blumenthal im eigentlichen Sinne als dirigirender Minister an der Spitze der die deutsche Politik betreffenden Geschäfte. Er war als leitendes Haupt der Reichstagsgesandtschaft nach Regensburg gegangen; aber dies hinderte ihn nicht, von dort aus auch auf die Entschließungen am Hofe den bestimmendsten Einfluß zu üben; neben den officiellen Berichten her steht er mit dem Kurfürsten, sowie mit den einzelnen geheimen Räthen in fortwährendem brieflichen Verkehr, er lenkt das Urtheil über den Verlauf der Dinge, er bestimmt die Richtung, in welcher die officiellen Resolutionen auf die Reichstagsberichte sich bewegen sollen; namentlich Tornow, der gewöhnliche Concipient dieser Antwortsschreiben, steht ganz unter seinem Einfluß.

Blumenthal ist, in gewissem Sinne, der letzte hervorragende Repräsentant der alten Schwartzenbergischen Schule am Berliner Hofe gewesen. Seine ungewöhnlichen vielseitigen Fähigkeiten hatten bewirkt, daß, trotz des durchgängigen entschiedenen Bruches mit dieser Richtung, er doch aus dem Dienste des Kaisers wieder nach Brandenburg gezogen worden war. Fortan vertrat er in dem Rathe des Kurfürsten die Politik des guten Einvernehmens mit dem Kaiser [1]). Nicht daß seine Einsicht ihn über die wahren Tendenzen der österreichischen Politik sich hätte völlig täuschen lassen, nicht daß er ein Enthusiast für die abgestandenen Phrasen der alten officiellen Reichspolitik gewesen wäre. Aber er lebt in dem Gedanken, der noch so lange nach ihm der Nothbehelf für Viele war, daß doch eben diese Form von Kaiser und Reich, wie verfallen immer, die einzige gegebene sei: ein Staat wie der brandenburgische kann nur bestehen in Verbindung mit dem Ausland oder im natürlichen Bunde mit dem Kaiser, und das letztere ist vorzuziehen. Seine Ansicht über das Reich drückt er einmal in einem Briefe an Waldeck in dieser Weise aus: „Das Reich zu solcher harmonia und daraus entstandenem Schrecken wieder zu bringen, als es vor 700 und mehr Jahren an-

[1]) Blumenthal an Waldeck dat. Halberstadt 5. März 1652: „la vraie et plus certaine maxime de notre patrie est d'être bien avec le chef et celui-ci avec ses membres." (Arolf. Arch.)

noch gewesen, ist eine pur lautere Unmöglichkeit und nach meinem schlechten Urtheil, wo nicht wider und gegen die prophetischen Anzeigungen, dennoch wenigst gegen den Lauf der Natur. Der Tacitus saget: rebus cunctis inest quidam velut orbis, ut quemadmodum temporum vices, ita rerum publicarum vertantur. Wer also diesem veralteten Gebäu nur mit treuem Fleiß und geduldiger Kaltsinnigkeit Stützen zu untersetzen bemüht ist, der hat schon viel oder wenigst das Seinige gethan und kann mit ruhigem Gemüth sich schlafen legen und den ferneren Ausgang göttlicher Providenz anheim geben [1]."

In diesem Sinne hatte Blumenthal seit der Prager Reise im November 1652 die deutsche Politik Brandenburg's geleitet. Nicht die blinde, fast willenlose Hingabe an die Führung des kaiserlichen Hofes, wie sie die Schwartzenbergische Zeit gezeigt hatte, vertrat er; aber er war überzeugt, daß bei der gewachsenen Bedeutung des brandenburgischen Staates, bei der schon als hervorragend anerkannten Persönlichkeit seines jetzigen Fürsten, man auch in Wien auf ein vertrauliches Zusammengehen mit demselben hinreichendes Gewicht legen werde, um allen billigen Ansprüchen bereitwillig entgegenzukommen. Er hatte gewissermaßen die Verantwortlichkeit dafür übernommen, daß der kaiserliche Hof die guten Absichten des Kurfürsten richtig würdigen und in entsprechender Weise lohnen würde; seine persönlichen Anliegen sollten geordnet werden, seine Fürsprache die österreichischen Protestanten sicher stellen, mit seinem Beirath die wichtigsten Fragen der Reichspolitik entschieden werden. Alle anderen Kurfürsten waren jetzt im besten Einvernehmen mit dem Kaiser; trat Brandenburg noch hinzu, so war eine Verbindung hergestellt, die jedem einzelnen Gliede wie dem Ganzen die besten Garantien zu geben schien.

Denn darauf läuft der politische Gedanke Blumenthals, sowie der gesammten alten Schule hinaus: Conservirung der alten Formen und Machtverhältnisse und thatsächliche Beherrschung des Reichs durch enges Zusammenhalten des Kaisers und des kurfürstlichen Bundes.

---

[1]) Blumenthal an Waldeck dat. Regensburg 30. Jan. 1654. (Arolſ. Arch.)

Dem entsprechend hatte Blumenthal seine Stellung auf dem Reichstag genommen. So spröde die kaiserlichen Räthe sich zeigten, den Wünschen des Kurfürsten nach irgend einer Seite hin zu willfahren, so augenscheinlich ihre Absichten bei den Fragen über die „neuen Fürsten,“ über den Reichshofrath, über die Reichssteuern zu Tage kamen, er fuhr fort in der Pflege seiner Beziehungen zu den einflußreichsten Personen des Hofes die einzige Rettung zu preißen, er wurde nicht müde, auf ansehnliche Gelder zur Gewinnung derselben zu dringen; so weit es möglich war, hielt er in allen Aeußerungen und Abstimmungen eine Linie ein, auf der der Anschein eines in der Hauptsache wolbefestigten guten Einvernehmens mit dem Kaiser so wenig als möglich gefährdet wurde.

Und in der That, welche andere Partei gab es, auf die er sich hätte stützen können? Brandenburg hatte keine näheren Bundesgenossen im Reich. Seit der Prager Reise und schon seit dem Jülich'schen Krieg hielt die protestantische Fürstenpartei sich mißtrauisch von ihm zurück; in dem Streite mit Schweden wegen Pommerns, vor Anfang des Reichstags, hatte sie offen für Schweden agitirt. Schon um einer gänzlichen Isolirtheit vorzubeugen, meinte Blumenthal, müsse sich Brandenburg zu dem Kaiser und dem Kurfürstencolleg halten. So weit gingen seine Gedanken nicht, daß es möglich sei, eine neue eigene Partei zu bilden.

In der jetzt brennenden Hauptstreitfrage des Reichstags, über die Zusammensetzung und Geschäftsordnung der Reichsdeputation hatte Blumenthal sich ganz auf die Seite der anderen Kurfürsten gestellt; mochte der Reichstag darüber resultatlos aus einander gehen, mochte die kaiserliche Politik bei dem Conflict der beiden Parteien immer mehr Terrain für sich gewinnen — die stricteste formelle Wahrung der kurfürstlichen „Präeminenz“ schien wichtiger als alles. Er verkannte nicht die theilweise Berechtigung der fürstlichen Forderungen, soweit sie sich auf die Herstellung der Parität im Kurfürstencolleg bezogen; aber der Versuch directer Einmischung der „Geringeren“ in die Angelegenheiten der Kurfürsten ist in keinem Falle zu dulden; der bestehende Mangel ist ihm eine unerschütterliche Thatsache, die man einstweilen als solche hinnehmen muß; „sieben können

nicht gerade werden"; den Gedanken, durch die Erhebung eines bisher fürstlichen Hauses die Stimmenungleichheit zu beseitigen, wies er mit Entschiedenheit zurück; einen anderen Ausweg sah er nicht [1]).

Es war in diesem Zeitpunkt, zu Ende October 1653, als die brandenburgische Gesandtschaft in Regensburg plötzlich von Berlin her durch eine Reihe von kurfürstlichen Rescripten überrascht wurde, die in Ton und Haltung sehr wesentlich von den bisher empfangenen abwichen. In scharfen Ausdrücken des Tadels wurde den Gesandten ihr bisheriges Auftreten vorgeworfen; sie wurden angewiesen, sich energischer zu zeigen, in Bezug auf die einzelnen am Reichstag schwebenden Fragen erhielten sie eine Reihe von Befehlen, deren Ausführung einem vollkommenen Bruch mit dem bis jetzt beobachteten System gleich kam.

Blumenthal war im höchsten Maße betroffen. Er schrieb zurück, er remonstrirte mit Empfindlichkeit gegen den ungewohnten Ton und Inhalt der jüngsten Resolutionen, gegen die „harten und vor diesem beim Hause Brandenburg ungewöhnlichen starken Pillen vor dero geheime treue Räthe," wie er sich ausdrückte. Die neuen Antworten, die er erhielt, fuhren in der nämlichen Weise fort, ohne sich durch seine Einwendungen irre machen zu lassen. Mit Bestürzung wurde er inne, daß er die Zügel nicht mehr in der Hand hatte. Was war in Berlin geschehen?

Nichts geringeres, als ein völliger Wechsel des Systems, hervorgerufen durch den Eintritt einer neuen Kraft in die Leitung der deutschen Politik des Berliner Cabinets. Nach langem Harren sah endlich Waldeck seine Zeit gekommen. Er hatte die Zügel in die Hand genommen.

Die Lage Waldecks war in der letzten Zeit in vielfacher Beziehung eine peinliche gewesen. Krankheit hatte ihn genöthigt, für mehrere Wochen während des Sommers das Wildunger Bad auf-

---

[1]) Blumenthal an Schwerin dat. Regensburg 1. Sept. 1653. „Wenn ich Churfürst wäre, so wollte ich's im obigen Streit bei dem alten lassen, bis man sich eines solchen Mittels ratione parificationis utriusque religionis im Churf. Colleg würde vergleichen, wodurch ich Churfürst bliebe, und die geringeren mir nicht in die Haare nisteten." (Berl. Arch.)

zusuchen und nur aus der Ferne dem Lauf der Geschäfte zuzusehen. Der kurz vorher erfolgte Tod seines einzigen Sohnes schlug ihn schwer danieder; eine tiefe Traurigkeit und Abspannung geht in dieser Zeit durch alle seine Briefe.

Vor allem aber, für den Augenblick war er auch politisch zur Seite gedrängt. Gerade in den jetzt in vorderster Reihe stehenden Fragen der deutschen Politik war die von ihm vertretene Ansicht mit jener Reise des Kurfürsten nach Prag im November des vorigen Jahres erlegen. Seitdem hatte Blumenthal für diese Beziehungen das Ohr des Fürsten, hatte die Entschließungen des geheimen Rathes gegenwärtig und abwesend geleitet.

In jedem Punkte von dem somit zur Herrschaft gelangten System abweichend, hatte Waldeck sich mißzufrieden zurückgehalten. Immer enger sah er unter den Händen seines politischen Gegners die Verbindung Brandenburgs mit dem kaiserlichen Hof und mit dem Kurfürstencolleg sich knüpfen, immer kälter und feindseliger stellte sich die evangelische Fürstenpartei Brandenburg gegenüber, in welchem viele ein Haupt zu finden gehofft hatten. So viel wie möglich suchte Waldeck wenigstens dem Uebel vorzubeugen, welches er in dieser Trennung erblickte. Bei seiner Abreise nach Wildungen hatte er sich einige allgemein gehaltene Anweisungen ausgewirkt, während seines Aufenthalts in diesen Gegenden mit einigen der wichtigsten Stände des niedersächsischen und westfälischen Kreises Verbindungen anzuknüpfen — als er die ersten Schritte in dieser Richtung gethan und dringend um nähere Instruction und Autorisation bat, ließ man ihn Wochen lang ohne Antwort; er mußte die aufgegriffenen Fäden wieder fallen lassen [1]). Er unterließ nicht, seine Zweifel und seine Unzufriedenheit über den jetzigen Gang der brandenburgischen Politik dem Kurfürsten energisch auszudrücken: die besten Gelegenheiten habe man versäumt; während man sich zu dem Kaiser und den Kurfürsten gehalten, habe man es sich entgehen lassen, die Kleineren im Reich und namentlich die gesammten Evangelischen an sich zu ziehen, die man

---

[1]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Wildungen 23. Juli 1653. (Berl. Arch.)

mit leichter Mühe hätte gewinnen können, und an deren Spitze der Kurfürst „sich mächtiger hätte machen können, als nie kein Kurfürst gewesen." Ueberall, wohin er komme, fährt Waldeck fort, sei man befremdet über das Auftreten Brandenburg's auf dem Reichstag; ganz anderes habe man erwartet; „die meisten, die ihre Sicherheit größtentheils auf E. Churf. Dchl. haben gründen wollen, wie Landgraf Wilhelm von Hessen, bei welchem ich auf der Jagd gewesen, bezeugen solches." Er schließt mit einem emphatischen Ausruf, daß Gott den Sinn des Kurfürsten erleuchten möge, „daß E. Churf. Dchl. mein Herz erkennen, meine wolmeinenden Gedanken begreifen, und daß ich, gleich als der verachtetste Wurm, so doch zum Fischfangen gebraucht werden kann, von E. Churf. Dchl. auch gleich als ein armes Geschöpf der Erden zu Erlangung dero vornehmer Vorhaben gebraucht werden möge [1])."

Im September kehrte er nach Berlin zurück. Er fand den Stand der Angelegenheiten noch trostloser als zuvor, alle seine Befürchtungen in Erfüllung gegangen. Aber noch war die Blumenthal'sche Faction im Vollbesitz der Gewalt und des Vertrauens des Kurfürsten. Waldeck beeilte sich, den während des Sommers unterbrochenen Briefwechsel mit Blumenthal wieder aufzunehmen. Es ist von Interesse, in diesen Briefen das Spiel zu beobachten, womit die beiden Rivalen sich gegenseitig ihre Gedanken halb enthüllen, halb verbergen. Mit vollständiger Resignation, mit den stärksten Ausdrücken ehrerbietig bescheidenen Vertrauens auf die Talente Blumenthals und auf seine weit überragenden Verdienste äußert sich Waldeck über den bedauerlichen Gang der Geschäfte; er zweifelt nicht, daß jener doch noch alles zum guten Ende hinausführen werde; er freut sich auf seine Rückkehr; unter seiner bewährten Leitung wolle er sich dann von neuem in die Geschäfte werfen, „afin que je me puisse rendre digne de la dépense que je cause ici et de vos bonnes graces;" inzwischen halte er sich davon zurück, „de peur d'y gâter quelquechose, n'y entendant rien;" könnte er seiner Neigung folgen, so würde er sich aufs Land zurückziehen und „Kohl

---

[1]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Arolsen 16. Aug. 1653. (Ebendas.)

pflanzen nach Herzenslust“ [1]); nicht genug kann er die Geschicklichkeit und den Eifer Tornow's preißen, der freilich den Vorzug habe, von der überlegenen Einsicht Blumenthals geleitet zu werden. Bei all dem verhehlt er nicht, daß er den Verlauf der öffentlichen Angelegenheiten mit dem tiefsten Bedauern beobachte: „je plains ma patrie, mais n'y puis apporter autre remède qu'un soupir au souverain des souverains.“

Die Briefe Blumenthals sind von ähnlicher Aufrichtigkeit. Er ahnt scheinbar nichts davon, daß er an einen vor Ungeduld brennenden Rivalen schreibt und stimmt harmlos in sein Lob des Landlebens und landmännischer Beschäftigung ein [2]). Daß es mißlich steht in Regensburg, kann er nicht läugnen; aber vor allem fehle es ihnen dort an einer festen Direction vom Hofe her; mit Tornow, ebenso wie mit den andern geheimen Räthen, sei er fast ganz außer Verkehr; was der Kurfürst eigentlich wolle, könne er nie erfahren: „ich versichere E. Exc. auf mein Wort als Edelmann, daß ich darüber, wie es am Hofe in Berlin steht, nicht besser unterrichtet bin, als über die Angelegenheiten von Finnland.“ Er vertheidigt sich nachdrücklich gegen umlaufende Verdächtigungen seiner Gesinnung; er sei, wenn es die evangelische Sache gelte, auch bereit, eine antikaiserliche Politik zu unterstützen, wenn man nur wisse, was man wolle; er deutet an, daß er es am liebsten sehen würde, vom Reichstag abberufen zu werden [3]).

---

[1]) Waldeck an Blumenthal dat. Berlin 23. Sept. 1653: „je me contenteray d'un mediocre estat en ce monde et attendray mon lustre à l'advenir. Je me vois si passioné pour l'oeconomie, que je quitterois tout pour planter des choux à mon aise.“ (Arolſ. Arch.)

[2]) Blumenthal an Waldeck dat. Regensburg 3. Oct. 1653. „V. Exc. loue l'oeconomie, et je l'assure sur ma conscience, que c'est la vie la plus agréable du monde et capable à donner la santé du corps et la tranquillité de l'âme;“ auch er kenne nichts besseres, als „planter des choux.“ (Ebendas.)

[3]) Blumenthal an Waldeck dat. Regensburg 3. Oct. 1653. Postscript: „L'on me mande de Berlin que j'y suis jugé pour trop incliné à la maison d'Autriche. Je jure Dieu, que jusques aujourd'hui l'Empereur ne m'a pas jugé ou directe- ou indirectement digne de ses volontés. Mais si nous voulons faire quelque chose contre l'Empereur en faveur de la religion, il faut montrer ou plus de force ou plus de conduite, et alors ils nous estimeront ici; mais jusques à présent ils nous ne craignent ni aiment.“ (Ebendas.)

Inzwischen hatte nun Waldeck den Vortheil persönlicher Anwesenheit in der Nähe des Kurfürsten vor Blumenthal voraus. Dennoch währte es geraume Zeit, bis es ihm gelang, seinen Moment zu erspähen. Endlich fand er ihn. Bei einem Gespräch mit dem Kurfürsten über militärische Dienstangelegenheiten wußte er ihn auf den Stand der Dinge in Regensburg zu führen; er fand die Stimmung des Fürsten wol vorbereitet; auch diesen quälte das Gefühl, daß man mit dem bisherigen Verfahren nicht von der Stelle kam; er war gereizt über die völlige Nichtachtung seiner Ansprüche von Seiten des kaiserlichen Hofes; bereits hatte er angefangen, an Blumenthal irre zu werden. Das Gespräch mit Waldeck gab den Ausschlag; beide einigten sich dahin, daß ein ganz neuer Weg eingeschlagen werden müsse [1]).

Sogleich ging man an's Werk. In Oranienburg, wo der Kurfürst auf der Jagd war, wurde wenige Tage nachher eine Sitzung des geheimen Raths abgehalten und beschlossen, nebst den entsprechenden Weisungen an die Gesandten drei nachdrückliche Schreiben an den Kaiser, das Kurfürstencolleg und den Kurfürsten von Sachsen zu richten, worin diese mit Anknüpfung an die beiden brennenden Hauptfragen der Parität und der Majorität in Steuersachen aufgefordert wurden, dem Zerwürfniß, welches den Reichstag spaltete, ein Ende zu machen und den billigen Forderungen der Fürstenpartei, soweit dieselben in dem Friedensinstrument begründet und den wirklichen und berechtigten Interessen des Kurfürstencollegs nicht zuwider seien, sich zu fügen.

Hierin lag die Ankündigung des Bruchs mit der Partei, mit welcher man bisher in Regensburg gegangen war. Es kostete einige Mühe, auch nach gefaßtem Beschluß, sie in's Werk zu setzen; die mit der Ausführung beauftragten Räthe zögerten, die Briefe abgehen zu lassen, „en considération que cela chocquerait nos ambassadeurs" [2]);

---

[1]) Diese Vorgänge erzählt Waldeck selbst in einem eigenhändigen, in den ersten Monaten d. J. 1654 geschriebenen Memoire de ce qui s'est passé quant aux affaires d'estat depuis la restitution de la Pomeranie. (Arolf. Arch.) Das obige Gespräch fand in den letzten Tagen des October Statt.

[2]) So schreibt auch Tornow an Blumenthal dat. Berlin 6. Nov. 1653: „J. Exc. der Herr Graf von Waldeck haben die beiden Schreiben an J. Kais.

so stark war der Einfluß, den Blumenthal auch aus der Ferne auf das Collegium ausübte. Aber Waldeck griff mit Entschiedenheit ein, er legte dem Kurfürsten selbst die Concepte vor, sie wurden gebilligt und sofort expedirt; am 3. November gingen die Absagebriefe nach Regensburg und Dresden [1]).

Mit diesem Schritte ist der Sieg Waldeck's entschieden. Die gesammte deutsche und auswärtige Politik Brandenburg's steht fortan unter seiner Initiative und Leitung und gewinnt unter derselben eine Sicherheit der Führung, eine nach allen Seiten um sich greifende Energie, wie sie seit langer Zeit hier nicht vorhanden gewesen war. Bis hierher war die Regierung des Kurfürsten der Sammlung und Vorbereitung gewidmet gewesen; der Eintritt Waldecks in die Stellung als dirigirender Staatsminister bezeichnet den Beginn der selbständigen Action im größeren Stile.

An anderen Orten haben in dieser Zeit nicht selten große Minister die unumschränkte Leitung des Staates in ihre Hand gebracht, indem sie den Fürsten unvermerkt zur Seite schoben, sein Interesse auf andere Gegenstände lenkten oder seinen Ehrgeiz mit einem wolbereiteten Scheine der Macht abzufinden wußten. Daß dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm gegenüber ein solches Verfahren nicht anzuwenden war, hatte Waldeck von vorn herein erkannt; man konnte regieren neben einem solchen Fürsten, aber nur wenn man mit ihm regierte. Von dieser Einsicht waren gleich die ersten Maßregeln Waldecks bestimmt gewesen, als er gegen Ende des Jahres 1651 die oben beschriebene Neuordnung des Geschäftsganges und seine eigene Stellung in demselben zu begründen versuchte [2]): es kam darauf an, den Kurfürsten möglichst tief in den Lauf der Regierungsarbeiten hereinzuziehen und möglichst stetig darin zu erhalten; besaß man

---

Maj. und das Churf. Collegium angegeben, wiewol wir alle dafür gehalten, daß dieselben nichts nutzen, auch wol gar den Herren Gesandten verkleinerlich sein möchten." (Berl. Arch.)

[1]) Die Schreiben an den Kaiser und das Kurfürstencolleg s. bei v. Meiern I. 676 ff.; das an den Kurfürsten von Sachsen ist von demselben Tage und ähnlichen Inhalts; die Concepte von Waldeck.

[2]) Vgl. oben S. 59 f.

dann sein Vertrauen, zeigte man ihm Ziele, die auch die seinigen waren oder es werden konnten, einigte man sich mit ihm über die Wege, die man einschlagen mußte, so konnte man eine fruchtbringende Thätigkeit mit der vollen Verfügung über die fürstliche Macht in Aussicht nehmen. Erst jetzt erreichte Waldeck das damals Gewollte. Durch persönliche Verständigung mit dem Kurfürsten hatte er den Einfluß seines Gegners gebrochen; mit allem, was weiter geschah, hielt er ihn in der regsten Verbindung; er veranlaßte ihn, näher als bisher geschehen an das Detail der Geschäfte und namentlich der jetzt vor allem wichtigen Reichspolitik heranzutreten, selbst zu arbeiten, von allem Kenntniß zu nehmen, und während unter der Führung Blumenthals der Kurfürst von der Theilnahme an den Arbeiten der Reichsgeschäfte eher zurückgedrängt als dazu ermuthigt worden war, gelang es Waldeck, ihn durch eigenes actives Mitwirken auf diesem Gebiete völlig heimisch zu machen. Mit Genugthuung berichtet Waldeck bereits nach kurzer Zeit von der immer wachsenden persönlichen Theilnahme des Fürsten; „il travaille plus qu'un secrétaire", schreibt er ein anderes Mal; nicht lange, so versichert er Blumenthal, der Kurfürst sei jetzt in der Reichspolitik besser bewandert als der ganze geheime Rath zusammengenommen [1]).

Der Gedanke lag nahe, nun Blumenthal auch aus seiner Stellung an der Spitze der Reichstagsgesandtschaft zu entfernen. In den ersten Wochen nach seinem Siege hatte Waldeck in der That diese Absicht; Blumenthal sollte abberufen werden und ein anderer an seine Stelle treten, „der Hirn, Practicq, ein gut Maul hat und vollkommen der guten Partei zugethan ist" [2]). Indeß sei es, daß er damit nicht durchzudringen vermochte, oder, wie wahrscheinlicher, daß ihm sein Rival in Regensburg doch noch einigen Nutzen oder wenigstens den geringsten Schaden schaffen zu können schien — Blumenthal wurde

---

[1]) Waldeck an Blumenthal dat. Berlin 12. Febr. 1654: „Il me semble que depuis quelques mois je remarque un tel soin auprès ce prince à prendre connoissance des affaires, que je ne puis croire, que pour chose du monde il voulust relacher de ce qu'il juge nécessaire pour l'utilité publique." Derselbe dat. Berlin 26. März 1654: „Je crois que S. Alt. El. a plus de connoissance des affaires de l'Empire à présent que tout son conseil "

[2]) Waldeck an den Kanzler Vietor dat. Berlin 4. Dec. 1653.

bis zum Schluß des Reichstags dort belassen und ertrug die Demüthigung, das Organ der Politik sein zu müssen, die ihn so eben aus dem Sattel gehoben hatte.

Inzwischen sehen wir die beiden Männer nach wie vor in eifrig fortgesetztem brieflichen Verkehr, der neben den officiellen Reichstagsberichten herläuft. Doch spürt man bald an dem veränderten Ton auf beiden Seiten den Umschwung, der sich vollzogen hat. Ohne irgendwie die bisher beobachteten respectvollen Formen gegen Blumenthal aus den Augen zu setzen, läßt ihn Waldeck doch empfinden, daß es mit seiner Herrschaft vorüber ist; entschieden und mit rückhaltlosem Ausdruck stellt er seine Ansichten über die schwebenden Fragen des Reichstags hin, und ohne durch mildernde Uebergänge ihm den Umschwung zu erleichtern, läßt er den vollkommenen Bruch mit der von ihm geleiteten Politik in ganzer Schärfe zu Tage treten. Doch hütet er sich sorgfältig, seine Person und seinen Antheil an dem vollzogenen Umschwung in den Vordergrund zu stellen; alles, was geschieht, sucht er möglichst als Resultat der verbesserten Einsichten des Kurfürsten und des geheimen Rathes, sich selbst als fast ganz uneingeweiht hinzustellen [1]). Vor allem läßt er sich angelegen sein, Blumenthal in möglichster Unwissenheit über alle politischen Maßregeln außerhalb des Reichstags zu halten, die jetzt von Berlin aus ergriffen wurden.

Dem gegenüber befand sich Blumenthal in der peinlichsten Lage. Es war nichts geringes, wenn jetzt von ihm verlangt wurde, plötzlich in allen Stücken das Gegentheil von dem zu thun, was er bisher betrieben hatte. Anfangs versuchte er mit Einreden und Gegenbeweisen den Kurfürsten umzustimmen; in Briefen an Tornow machte

[1]) Waldeck an Blumenthal dat. Berlin 13. Nov. 1653. „Si l'on eust suivy mon sentiment, l'on vous auroit donné connoissance, sans se servir des termes si sensibles. Mais, comme je vous ay dit, fort rarement ay-je part de ce qui se passe, et voudrois que bien souvent tout le monde le sçeut, afinque l'on n'eust subject de me croire participant des actions, qui ne nous attirent que blasme.“ Und in demselben Brief weiter unten: „Vous esperez d'apprendre, que S. Alt. El. ayt un but certain. Je souhaiterois de vous le pouvoir dire; je ne doute point, qu'il n'en ayt, et suis quelquefois de l'opinion de le connoistre; mais si parfois je vois des actions et conseils contraires à ce but que je m'imagine, je suis hors de posture.“ (Arols. Arch.)

er seinem ganzen Unwillen Luft: Waldeck verstehe nichts von den Reichsgeschäften; auf dem Wege, den man jetzt einschlage, werde man alles verderben; er weigert in einzelnen Fällen geradezu den Gehorsam, bis er durch ein besonderes Schreiben erfahren haben werde, daß das ihm Befohlene wirklich die eigene, wolüberlegte Willensmeinung des Kurfürsten sei. Doch dies währte nicht lang. Bald zeigten ihm energische Zurechtweisungen, daß der Kurfürst von ihm unbedingten Gehorsam verlange; empfindlich schrieb er zurück, er werde fortan nicht anders als „zeitungsweise" berichten, aber er fügte sich, wenigstens äußerlich. Nur eines wurde er nicht müde, immer von neuem zu fordern: entweder gänzliche Abberufung vom Reichstage und Verwendung an anderer Stelle, oder wenigstens einen Urlaub auf einige Wochen, um während desselben nach Berlin zu kommen und sich mit dem Kurfürsten und den dortigen Räthen zu verständigen. Unzweifelhaft rechnete er darauf, durch sein persönliches Erscheinen am Hofe das verlorene Terrain wiederzugewinnen. Der Kurfürst ließ ihm zurückschreiben, er solle den gewünschten Urlaub erhalten, sobald er die Erfüllung der Privatforderungen des Kurfürsten bei dem Kaiser durchgesetzt haben würde, für die er sich gleichsam verbürgt hatte. Das hieß ad calendas graecas verwiesen werden. Blumenthal beruhigt sich dabei nicht. „Ich bitte E. Exc., schreibt er an Waldeck, Sie erwägen doch, was das endlich vor eine Sünde groß ist, daß Einer, der nicht anders weiß und hoffet, als daß Schulden müssen und werden bezahlt werden, seinem Herren versichert, es werde ihm Recht geschehen. Will der Kaiser nicht halten, was er zugesaget und zu zahlen schuldig ist, so ist *er* ja mehr zu culpiren als ich" [1]. Er betheuert, daß er die Reise nach Berlin ohne alle Nebenabsichten gegen Waldeck wünsche: „mein Bericht wird E. Exc. nicht schaden und nur Sr. Churf. Dchl. weitere Nachricht geben." Unmittelbar nach den ersten Schreckensnachrichten von dem Umschwung in Berlin war Blumenthal in eine Krankheit gefallen, die ihn nöthigte, mehrere Wochen das Zimmer zu hüten; auch dies wird benutzt, um die gewünschte Abberufung dringlich zu machen: er gehe hier zu Grunde, er müsse noth-

[1]) **Blumenthal an Waldeck** dat. Regensburg 26./16. März 1654. (Arols. Arch.)

wendig nach Carlsbad reisen, „alle Aerzte bedräuen mich mit der Wassersucht, wenn ich hier bleibe;“ es sei überhaupt mit ihm zu Ende, er sei nicht mehr im Stande, „große Arbeit mit dem Kopf zu thun“, er bitte um einen stillen Posten, wohin er sich zurückziehen könne; er denkt an seinen nahen Tod. In seltsamen Wendungen macht sich hin und wieder seine Beklemmung Luft. „Ich werde, schreibt er einmal an Schwerin, über sechs Tage 45 Jahr alt, gehe dann in's 46ste; gesetzt, daß nun mein Leben möchte 60 Jahr von Gott versehen sein (welche Gnade unter sechzig Leuten nicht einem widerfährt) so sein noch dahin 15 Jahr; die Hälfte schlafen wir fast, dann bleiben etwa 8 Jahr darvon; der sechste Theil am Tische gesessen, die Hälfte krank und im Bette — was ist dann übrig, und mit was Gewissen kann man verantworten, daß man das wenigste nicht sollte zu seiner Seelen Bestem verwenden [1])?“

Es muß dahin gestellt bleiben, wie ernstlich jene Krankheitszustände und wie aufrichtig gemeint solche Anwandelungen von Entsagung waren; mitten zwischen Stimmungsäußerungen dieser Art bricht dann hin und wieder doch der volle Ingrimm des Gestürzten hindurch. Gab es kein Mittel ihn mit seinem Schicksal zu versöhnen? Blumenthal verfehlte nicht, mit dem dankbarsten Eifer auf die Andeutungen Waldecks einzugehen, daß der Kurfürst gern bereit sein werde, ihm für die großen Dienste, die er auf diesem Reichstag geleistet habe und noch leisten könne, mit einer außerordentlichen Belohnung seine Anerkennung zu bezeugen; zu wiederholten Malen kommt er auf seine zerrütteten Vermögensverhältnisse zu sprechen, denen eine Aufhilfe sehr zu gönnen sei; seine drei oder vier (sic) Güter seien heruntergekommen und brächten nichts ein, sein Sohn koste ihm jährlich 2000 Thaler, seine Stiefmutter 500, Schulden habe er 12—14,000 Thaler; „und itzo schwöre E. Exc. ich bei meiner adeligen Ehren, daß, wann ich morgen sterben sollte, außer mein weniges Silber zu verkaufen, mein Weib nicht so viel hat, daß sie mir einen Todtenkasten könnte machen lassen“ [2]). Da lag das Mittel

[1]) Blumenthal an Schwerin dat. Regensburg 29./19. Jan. 1654. (Berl. Arch.) — Beiläufig ist hiernach auch das Geburtsjahr Blumenthals bei Cosmar und Klaproth geh. Staatsrath S. 344 zu berichtigen, 1609 statt 1612.

[2]) Blumenthal an Waldeck dat. Regensburg 30. Jan. 1654. (Arolſ. Arch.)

ihn zu beschwichtigen, nicht allzu fern. Waldeck wirkte aus, daß dem glücklich Beseitigten als Schmerzensgeld für die freilich sehr demüthigende Rolle, die er während der letzten Monate des Reichstags zu spielen hatte, die Summe von 10,000 Thalern bewilligt wurde. Nach Beendigung der Geschäfte in Regensburg ist Blumenthal dann auf seinen Statthalterposten nach Halberstadt zurückgekehrt, den er seitdem selten verließ; zu einer einflußreicheren allgemeinen politischen Thätigkeit hat er es nicht mehr gebracht; nicht einmal jenes Ziel der Lebensdauer, welches er in der oben erwähnten Aeußerung für sich hoffte, erreichte er; er starb schon im Jahre 1657.

Unter den zahlreichen Gegnern, die Waldeck am brandenburgischen Hofe hatte, war Blumenthal der mächtigste und gefährlichste gewesen. Sobald es gelungen war, diesen nicht nur seines Einflusses zu berauben, sondern ihn sogar zum widerwilligen Instrument der gegnerischen Politik herunterzudrücken, mußten auch die anderen zuerst widerstrebenden Elemente sich fügen. Binnen kurzem war, wenigstens für den Kreis der Reichsgeschäfte, Eintracht und Zusammenwirken hergestellt; selbst Tornow und Schwerin gingen auf die Gesichtspunkte des neuen Leiters derselben ein; bald riß die schneidige, von augenfälligen Erfolgen begleitete Führung auch die Anfangs Unwilligen mit sich fort [1]). Waldeck drang darauf, daß die Sessionen des geheimen Raths regelmäßiger gehalten wurden als bisher, er veranlaßte den Kurfürsten möglichst oft persönlich denselben vorzusitzen; die Expedition der Geschäfte wird möglichst beschleunigt; ein frischer, vorwärtsdrängender Zug macht sich in allem bemerklich.

Zugleich wurden, um für die umfassenden Pläne, mit denen sich Waldeck trug, genügende und zuverlässige Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben, zwei der bewährtesten auswärtigen Räthe des Kurfürsten für die nächste Zeit nach Berlin gezogen, der treffliche clevische Kanzler Daniel Weiman, unstreitig der beste Kenner der niederländischen und aller damit in näherer oder fernerer Verbindung stehen-

---

[1]) Waldeck an den Kanzler Vietor dat. Berlin 4./14. Dec. 1653. „Dr. Tornow gibt sich nun und sucht mit Eifer mich zu secondiren, wie seine Vota im Rath bezeugen; Herr Schwerin läßt mich auch täglich um Freundschaft ansuchen.“ (Arolf. Arch.)

den Verhältnisse, und Johann von Hoverbeck, der ständige Gesandte des Kurfürsten in Warschau, durch langjährige Uebung mit allen die nordischen Angelegenheiten betreffenden Geschäften aufs innigste vertraut, aber auch in anderen Bereichen wol erfahren; beide in ihren politischen Anschauungen denen Waldecks nahe verwandt [1]).

Dieser selbst aber jetzt die Seele von allem, was geschieht. Zahllos sind die Schriftstücke, die uns besonders aus den nächsten Monaten von seiner Hand erhalten sind. Er führt für seinen eigenen Gebrauch Protokolle über die Sitzungen des geheimen Raths. Die wichtigsten Depeschen concipirt er selbst, die von anderen entworfenen corrigirt er durch. Für alle diplomatischen Sendungen von Bedeutung entwirft er die Instructionen, auch für die, welche er selbst übernimmt. Bei jeder neuen auftauchenden Frage von Belang verfaßt er eingehende Gutachten; aus seinen Brouillon's sehen wir, wie sorgfältig er dabei zu Werke ging; auf besondern Blättern, oft drei oder viermal, stellt er sich die Gründe für und wider erwägend gegenüber; man erkennt auf diesen Blättern meistens noch nicht, welches die Ansicht ist, für für die er sich entscheiden wird; so gewissenhaft hält er sich die Gründe für beide Möglichkeiten vor. Zu all dem eine ausgedehnte Correspondenz nach allen Seiten hin. Auch das Bedürfniß entgeht ihm nicht, sich durch archivalisches Studium in den historischen Zusammenhang der brandenburgischen Politik zu setzen. „Wir haben jetzt, schreibt er an seinen vertrauten Kanzler Vietor, zwei Leute im Archivo sitzen, so nur die alten Consilia vom Kanzler Götzen und Pruckmann aufsuchen" [2]). So sucht er an die besten Traditionen anzuknüpfen; in allen Schriftstücken von seiner Hand, in denen er veranlaßt ist, mit historischen Argumenten zu verfahren, ist man erstaunt über die vielseitige und exacte Kenntniß der älteren brandenburgischen Geschichte, die er binnen kurzem sich angeeignet hat.

Im Hinblick auf die Vorgänge in Regensburg war der Umschwung in Berlin erfolgt; es konnte nicht anders sein, als daß derselbe auf den ferneren Verlauf des Reichstags nun in bedeutsamer Weise zurückwirkte.

[1]) Ueber Weiman s. Urk. u. Actenst. IV. 24; über Hoverbeck ebendas. I. 6.
[2]) In dem oben citirten Brief an Vietor.

Der Ausgang des Reichstag's.

In der Geschichte dieses letzten deutschen Reichstags alter Art bildet der geschilderte plötzliche Systemwechsel in Berlin einen entscheidenden Abschnitt. Bis hierhin hatte es den Anschein gehabt, als sollte es den klug geleiteten Bemühungen des kaiserlichen Hofes gelingen, aus dieser so lang verzögerten, endlich nicht ohne Besorgnisse begonnenen Reichsversammlung doch zuletzt den Hauptgewinn davonzutragen und ihn zum Ausgangspunkt für eine rasche Wiedereroberung, ja Erweiterung der herrschenden Stellung des habsburgischen Hauses in Deutschland zu machen. Diese Hoffnung wurde nun doch zum besten Theil vereitelt.

Der Gedanke, für welchen Waldeck von jeher gesprochen hatte, daß Brandenburg seine Parteistellung im Reich nicht an der Seite des Kaisers und des Kurfürstencollegs, sondern an der Spitze der protestantischen Fürstenpartei zu nehmen habe, wurde von nun an der leitende Gesichtspunkt aller weiteren Maßregeln, und, kaum in's Werk gesetzt, veränderte er mit einem Schlage die ganze Physiognomie des Reichstag's.

Man war am kaiserlichen Hofe in Regensburg und in den kurfürstlichen Kreisen nicht wenig betroffen, als jene brandenburgischen Schreiben vom 3. Nov. einliefen, welche ziemlich unverblümt — soweit dies in dem officiellen Stile der Zeit möglich ist — die Aufkündigung der bisherigen Bundesgenossenschaft enthielten und den Uebertritt des Kurfürsten zu der fürstlichen und protestantischen Opposition aussprachen. Noch versuchte man ihn durch Vorstellungen von dem betretenen Wege zurückzubringen. Ein Schreiben des Kaisers mahnte in eindringlicher Weise; es wurde daran erinnert, daß der Kurfürst lediglich seiner bisherigen Parteistellung zur Seite des Kaisers die Restitution von Hinterpommern verdanke, und daß er in nichts eine fernere Unterstützung zu gewärtigen habe, wenn er dieselbe wechsele [1]). Das Antwortschreiben des Kurfürstencollegs erinnerte an die gefährdeten gemeinsamen Interessen, für welche ja

[1]) Der Kaiser an den Kurfürsten dat. Regensburg 5. Dec. 1653 bei v. Meiern I. 678f.

die brandenburgische Gesandtschaft selbst bisher mit den übrigen gemeinsam eingestanden habe; es spricht die Vermuthung aus, daß der Kurfürst wol „anderer angelegener Hochwichtigkeiten halber“ nicht die Zeit gehabt habe, sich völlig über den Stand der Dinge informiren zu lassen; es fordert ihn auf, die protestantischen Fürsten „mit ihrem weitaussehenden, ungeziemenden Suchen von sich ab zur Ruhe zu weisen“ [1]). Aehnlich ließ sich Kurfürst Johann Georg von Sachsen vernehmen [2]).

Man ließ sich in Berlin durch diese Kundgebungen nicht einschüchtern. Es erfolgte eine Replik sowol an den Kaiser als an das Kurfürstencolleg, worin mit Entschiedenheit der eingenommene Standpunkt festgehalten und vertheidigt wurde [3]); mit Empfindlichkeit wurde gegen das letztere die Vermuthung mangelhafter Information zurückgewiesen — „Wir haben mit Hintansetzung Unserer andern Geschäfte diese Sache fleißiger, als E. Ld. Uns solches zugetrauet, überleget und erwogen.“

Von hier ab mußten die Gegner den „Abfall“ Brandenburg's, wie jetzt gesagt wurde, als Thatsache hinnehmen. Der kaiserliche Hof war natürlich über die Vorgänge am Berliner Hof genügend unterrichtet, um zu wissen, welche Rolle Waldeck dabei spielte, und dieser erhielt durch Vietor bald ausführliche Nachrichten darüber, daß er in Regensburg „gewaltig durch die Hechel gezogen werde.“ „Gott sei Dank, schreibt er ihm zurück, ich laß mich so bald nicht schrecken; und wenn Euch davon geredet wird, so laßt Euch nur in keinen Streit ein, sondern sagt nur, ich sei noch jung und neu am Hofe, es werde ohne Zweifel Rath über diese Sachen gehalten und J. Churf. Dchl. resolvireten“ [4]). Von den Kurfürsten ließ namentlich der Mainzer sich in den anzüglichsten Reden gegen den Brandenburger gehen [5]).

---

[1]) Das Kurfürstencolleg an den Kurfürsten dat. Regensburg $\frac{\text{22. Nov.}}{\text{2. Dec.}}$ 1653. Ebendas. I. 679ff.

[2]) Ebendas. I. 774ff.

[3]) Ebendas. I. 765ff.; beide Schreiben dat. Cölln a. Sp. 10. Dec. 1653. Die Concepte von Tornow.

[4]) Waldeck an Vietor dat. Berlin 4. Dec. 1653. (Arols. Arch.)

[5]) Pfanner hist. comit. S. 683.

Entgegengesetzt war natürlich die Wirkung im anderen Lager. Der Muth der Opposition wurde neu belebt, als sie jetzt plötzlich diesen mächtigen Zuwachs an ihrer Seite sah. Nun konnte der bisher fast hoffnungslose Kampf mit einiger Aussicht auf Erfolg weitergeführt werden, und in energischer Haltung schaarten sich alle Elemente derselben jetzt um den neuen Führer. Man empfand in diesen Kreisen die neueste Wendung der brandenburgischen Politik geradezu als eine rettende That. Einstmals, so äußerten sich etwa ein halbes Jahr später braunschweigische Räthe gegen Waldeck, habe Kurfürst Moritz von Sachsen durch sein Auftreten sich zum Haupte der evangelischen Partei zu machen gewußt, und seitdem habe das Kurhaus Sachsen geraume Zeit diese Stellung inne gehabt — „welches aber alles nicht zu vergleichen wäre der Action, so Kurbrandenburg zu Regensburg erwiesen, und dadurch es das schon zum Fall geneigte Reich so rühmlich unterstützet, die Evangelischen aus einer unvermeidlichen Gefahr errettet, die Dessein's zur Monarchie gebrochen, den wahren Respect der evangelischen Kurfürsten erhalten und endlich das gethan, was einem rechten Beschützer seines Vaterlandes zustehet, ungeachtet es Kaiser, Kurfürsten und die meisten anderen Stände gegen sich gehabt; und wäre billig dem Kurfürsten das Lob zuzulegen, daß er ein Hersteller der deutschen Freiheit genannt würde, ja alle Stände müßten solches gestehen, die Evangelischen aber ihn vor ihr Haupt erkennen" [1]).

Und auch hier war man sich wol bewußt, daß man diesen Umschwung in erster Reihe Waldeck verdankte [2]). Als im September 1654 in Hannover eine Conferenz zwischen Vertretern der drei braun-

---

[1]) Aus einem Gespräch Waldecks mit den Gesandten des braunschweigischen Hauses bei der Conferenz in Goslar (wovon im folgenden Kapitel) am 24. Juni 1654. Eigenhändiger Bericht Waldecks darüber an den Kurfürsten dat. Goslar 25. Juni 1654. (Berl. Arch.)

[2]) Pfanner hist. comit. S. 683: „in comite quoque Waldeccio, consiliorum in aula Brandeburgia arbitro, haud parum spei collocabatur." Ueberhaupt ist Pfanner's Darstellung, die auf herzoglich sächsischen Acten beruht, für die Kenntniß der Parteiverhältnisse auf dem Reichstage, besonders nach der Seite der protestantischen Fürstenpartei hin, eine unentbehrliche Quelle; sie

schweigischen Fürsten und Waldeck als Vertreter des Kurfürsten Statt fand (wir haben von derselben weiter unten zu sprechen), eröffnete der wolfenbüttel'sche Kanzler Schwarzkopf die Versammlung mit einem Rückblick auf die letztverflossenen Monate; er erinnerte an die Gefahren, welche einst in der Zeit der Prager Zusammenkunft der protestantischen Partei gedroht, er schilderte den übelen Verlauf des Reichstags in seinem ersten Theil, endlich sei die Aenderung der brandenburgischen Politik erfolgt, und erst seitdem könne man wieder hoffen — „welches alles vom Grafen Waldeck herkäme;" er knüpft daran die Mahnung an seine Collegen, daß man alles thun müsse, um durch geneigtes Eingehen auf seine Vorschläge Waldecks Stellung am Berliner Hofe zu befestigen, „zumal da der eine und andere sich findet, dieselbe hinwiederum zu turbiren" [1]).

Ging nun die Absicht Waldecks und des Kurfürsten jetzt dahin, im Bunde mit der protestantischen Fürstenpartei den verderblichen Bestrebungen der kaiserlichen Politik zunächst auf dem Reichstag die Spitze zu bieten, so kam es darauf an, sich mit dieser Partei selbst sobald als möglich in ein klares Verhältniß zu setzen. Wir werden die hierauf gerichteten Bemühungen außerhalb des Reichstags weiterhin im Zusammenhang darstellen; in Regensburg galt es vorzüglich die Stellung genau zu bezeichnen, welche Brandenburg jetzt zu den oben geschilderten brennenden Hauptfragen einzunehmen gedachte.

Denn davon konnte natürlich nicht die Rede sein, daß der Kurfürst gleichsam mit Sack und Pack in das fürstliche Lager überging und ohne weiteres alle von diesem bisher verfochtenen Sätze sich zu eigen machte. Mit so großer Mäßigung das Berliner Cabinet jetzt namentlich, im Gegensatz zu Blumenthal, die Streitfrage zwischen

---

ist (ebensowie desselben Verfassers Geschichte der westfälischen Friedensverhandlungen) ganz in der Art aus den Acten herausgearbeitet, wie die historischen Werke Pufendorfs (mit Ausnahme der Chemnitz entlehnten Theile seiner schwedischen Geschichte) und von großer Zuverlässigkeit. Für das Obige s. besonders noch die Stellen S. 651 ff. 681 ff. 707 ff. 863 ff.

[1]) Protokoll dat. 21. Sept. 1654 (Archiv zu Hannover). Ich bemerke, daß in dem brandenburgischen Protokoll über diese Sitzung (Berl. Arch.) sich die obige Aeußerung über Waldeck nicht findet.

Kurfürsten und Fürsten auffaßte, hier gab es eine Grenze, die nicht überschritten werden durfte.

Besonders die corporative Stellung des Kurfürstencollegs durfte man nicht antasten lassen. Jene Forderung der Fürstenpartei, wonach auf den Deputationstagen Kurfürsten und Fürsten zusammen nur ein einziges Collegium mit gleicher Stimmberechtigung aller Mitglieder bilden sollten, wurde auch jetzt mit Entschiedenheit abgelehnt. Der Kurfürst richtete an die gesammten protestantischen Gesandtschaften in Regensburg ein versöhnliches Schreiben, worin er ihnen seine Absicht kund gab, in allen berechtigten Forderungen sich auf ihre Seite zu stellen, aber zugleich das ernstliche Verlangen an sie stellte, jenes „verkleinerliche Begehren gegen ein Churfürstliches Collegium" fallen zu lassen [1]). Einige Wochen später, auf das dringende Anhalten Blumenthals um einen präcisen Ausdruck der jetzt in Berlin geltenden Auffassung des Verhältnisses, erfolgte eine ausführliche an diesen gerichtete Darlegung derselben. Sie ist merkwürdig genug, um eine kurz gefaßte Wiedergabe an dieser Stelle zu verdienen [2]).

Unbestreitbar ist, daß von jeher die kurfürstlichen Häuser eine bevorrechtete Stellung im Reiche eingenommen haben; sie haben von jeher „das meiste Interesse von wegen Vielheit ihrer Lande in Conservation des Reichs gehabt und ist es dannenhero für sich selbst billig gewesen, denenselben in publicis curis eine mehrere Macht zuzueignen." Diese Vorrechte zerfallen aber in zwei Klassen. Die eine enthält solche, welche in den Reichsgesetzen von der Goldenen Bulle an speciell ausgedrückt und durch jahrhundertelange Observanz festgestellt sind; die wichtigsten von diesen sind: der Ehrenplatz am kaiserlichen Hof vor allen anderen; die alleinige Wahl der Kaiser und Römischen Könige; die Abfassung der Capitulation; die Zustimmung zur Ertheilung von Zollprivilegien; das Recht sich zur Berathung allgemeiner Reichsangelegenheiten als Collegium versammeln zu dürfen; die Stellung

---

[1]) v. Meiern I. 772 ff. dat. Cölln a. Sp. 10. Dec. 1653. Das Concept von Waldeck. (Arolf. Arch.)

[2]) Der Kurfürst an Blumenthal dat. Cölln a. Sp. 5. Febr. 1654. Das Concept von Weiman.

als besondere Körperschaft bei Reichstagen, und endlich dieselbe Stellung in den Reichsdeputationen. Die zweite Klasse dagegen enthält solche Vorrechte, welche den Kurfürsten nicht durch ausdrückliche Verleihung in den Reichssatzungen beigelegt worden sind, sondern welche sie nur „in Kraft und Consequenz" der obigen Hauptprivilegien bisher besessen und ausgeübt haben. Hierher gehören namentlich zehn: 1) daß die Beschlüsse der Kurfürsten auf ihren Collegialtagen für alle übrigen Stände bindend sind; 2) daß sie allein zu entscheiden haben, ob eine Königswahl vorzunehmen ist; 3) daß die Wahlcapitulation auf ihren Namen geht und sie nicht verpflichtet sind, auf die Erinnerungen der anderen Stände dabei irgend welche Rücksicht zu nehmen; 4) daß sie daher keine Revision der jüngstgemachten Capitulation Ferdinand's IV. zu dulden brauchen; 5) daß Achtserklärungen nicht anders erlassen werden dürfen als nach Maßgabe der jüngsten Capitulation; 6) daß die Direction des Reichskriegswesens, 7) die Creirung neuer Fürsten, 8) die Bestallung des Reichshofraths, 9) die Execution des westfälischen Friedens ebenfalls stricte nach der letzten (von den Kurfürsten allein gemachten) Capitulation einzurichten sind; endlich 10) daß das Kurfürstencolleg das Vorrecht besitzt, daß die sonst durchgeführte Parität in Bezug auf die beiden Bekenntnisse bei demselben nicht gefordert wird.

Von diesen Rechten nun sind die der ersten Klasse unantastbar; in ihnen beruht das Wesen des kurfürstlichen Standes. Dagegen sind die der zweiten theils disputabel, theils unhaltbar; in Betreff der vier ersten Punkte erklärt sich der Kurfürst bereit, mit den Fürsten in Unterhandlung zu treten und gemeinsam mit ihnen ein Compromiß zu suchen; die sechs letzten aber gibt er völlig preis und spricht die Absicht aus, die Fürsten in der Beseitigung derselben zu unterstützen.

In wichtigen Punkten also, wie man sieht, war Brandenburg jetzt entschlossen, der fürstlichen Ansicht beizutreten; in der Frage der für das Kurfürstencolleg zu verlangenden Parität namentlich pflichtete es ihnen unbedingt bei. Vor allem war außerdem von Belang, daß der Kurfürst sich bereit zeigte, bei dem Streit über die Wahlcapitulation von der bisherigen Exclusivität abzusehen und den Fürsten zwar nicht

eine directe Mitwirkung bei derselben, aber doch das Recht zuzugestehen, die Interessen ihres Standes durch besondere einzureichende Erinnerungen, welche von den Kurfürsten berücksichtigt werden müßten, zu wahren. Für die brandenburgische Unterstützung in diesen Punkten, und namentlich in dem der Capitulation, der ja für alle anderen Beschwerden nutzbar gemacht werden konnte, konnte die fürstliche Partei mit gutem Fug ihren Widerstand gegen das Kurfürstencolleg in den von Brandenburg reservirten Punkten aufgeben, und in der That bemerken wir, daß von hier ab jener Anspruch der Vereinigung beider Collegien bei den Deputationstagen, worin bisher der Brennpunkt des Streites gelegen hatte, von den Stimmführern der Opposition fallen gelassen worden ist.

Dagegen ergreift nun die brandenburgische Politik die Forderung, daß in dem Kurfürstencolleg die Gleichheit der katholischen und evangelischen Stimmen hergestellt werden müsse, ganz als ihre eigene Sache. Gleich in den ersten Tagen seines neuen Walten's hatte Waldeck in dieser Beziehung einen Befehl an die Reichstagsgesandtschaft durchgesetzt, der aufs schärfste die Plötzlichkeit der Umkehr empfinden ließ: die Gesandten erhielten den Befehl, eventuell für die Gründung einer neuen, neunten, evangelischen Kurwürde zu stimmen; das Plenum des Reichstags soll drei evangelische Fürsten auswählen, darunter wenigstens e i n e n reformirten, und diese sollen unter einander losen, wem der neue Kurhut zufällt. „Wann Wir diesen neunten Electoratum überlegen, könnte derselbe den Evangelischen viel Nutz schaffen" [1]). Blumenthal gerieth in Verzweiflung über diese Weisung; in einem in großer Aufregung geschriebenen Brief an den Kurfürsten beschwört er denselben von diesem Gedanken abzustehen; diese neunte Kur ist den Grundgesetzen des Reichs, der

[1]) Der K u r f ü r s t an die R e i c h s t a g s g e s a n d t s c h a f t dat. Cölln a. Sp. 30. Oct. (9. Nov.) 1653. Man erkennt hier besonders, wie plötzlich die Schwenkung in Berlin vor sich ging; eine nur vier Tage früher datirte, von Tornow concipirte Resolution des Kurfürsten an die Reichstagsgesandten, dat. 26. Oct. (5. Nov.) hatte diese noch ausdrücklich dahin beschieden, „daß auf Deputationstägen die Conjunctio collegiorum nicht eingeführt, n o c h s o n s t e n d e r 9[te] E l e c t o r a t u s o d e r e i n i g e A l t e r n a t i o n e i n i g e r F ü r s t e n a d m i t t i r e t w e r d e n k ö n n e." (Berl. Arch.)

Kurfürsteneinigung, der privilegirten Stellung des Colleg's stracks zuwider; ohne einen neuen Krieg ist die Forderung gar nicht durchzusetzen, „und sollte mir von Herzen leid sein, wann ich derjenige sein müßte, der gegen seine zu E. Churf. Dchl. Reputations Erhaltung geschworne Pflicht dasjenige thun sollte, was gewiß E. Churf. Dchl. Nachfolger bereuen würden;“ lieber solle man das ganze Institut der Deputationstage fallen lassen; er bittet um eine nochmalige wolüberlegte Anweisung, bevor er diesem Befehle nachkomme [1]). Diese Wiederholung blieb nicht aus: „warum sollte denn, da man doch das Friedensinstrument für sich hat und nichts mehr als die alte Parität verlangt wird, die früher immer im Kurfürstencolleg bestanden hat, hieraus ein so großes Unglück erfolgen“ [2])? Doch bestand man allerdings von Berlin her nicht auf diesem Ausweg, der freilich seine Schwierigkeiten hatte; unter den mannichfachen auftauchenden Vorschlägen gewann endlich ein anderer von brandenburgischer Seite gestellter die meiste Unterstützung, daß nämlich von den evangelischen Kurfürsten je einer abwechselnd zwei Stimmen haben sollte. Eine mangelhafte Abhilfe immerhin auch diese; der Willkür des vorsitzenden Kurfürsten von Mainz blieb es dann immer anheimgestellt, heikele Gegenstände so lange aufzuschieben, bis ein wolgesinnter Kurfürst, etwa der von Sachsen, an der Reihe war, das doppelte Votum zu führen. Aber wollte man den Reichstag nicht schließen, ohne über diese wichtige Frage zu einer wenn auch nur vorläufigen Uebereinkunft zu gelangen, so gab es kein anderes Mittel. Bis in die letzten Tage vor dem Schluß der Versammlung währte der Streit; noch bei den Berathungen über die definitive Feststellung des Reichsabschieds machten die Kaiserlichen einen verzweifelten Versuch, die schon fast hergestellte Einigung noch im letzten Moment zu durchbrechen [3]); es gelang ihnen nicht — eine Clausel ward durchgesetzt, wonach vorläufig bei dem nächsten für den Herbst 1654 aus-

---

[1]) Blumenthal an den Kurfürsten dat. Regensburg 17./7. Nov. 1653. (Berl. Arch.)

[2]) Der Kurfürst an die Reichstagsgesandten dat. Cölln a. Sp. 16. (26.) Nov. 1653. (Ebendas.)

[3]) Pfanner hist. comit. S. 931.

geschriebenen Deputationstag die drei evangelischen Kurfürsten vier Vota führen sollten [1]).

Dies war der eine wichtige principielle Sieg, den die Opposition unter der Führung Brandenburg's davontrug. Nicht minder durchschlagend war der andere in Betreff der Reichssteuerfrage.

Bei dieser Controverse hatte schon in den bisherigen Stadien der Verhandlung die brandenburgische Gesandtschaft nicht gerade auf Seiten der unbedingten Bewilligungspartei gestanden; vielmehr hatte auch sie im allgemeinen dem Grundsatz der Opposition beigepflichtet, daß man zwischen nothwendigen und freiwilligen Steuern unterscheiden müsse und daß die einfache Majorität nicht genüge, um die Gesammtheit der Reichsstände zu binden. Aber dem Princip der Majorität überhaupt hatte sie sich nicht widersetzt, und als die praktische Frage gestellt wurde über die Entrichtung der hundert Römermonate, die der Kaiser von den westfälischen Tractaten her vom Reiche forderte (s. oben S. 105), hatte Blumenthal einfach wieder in die verwerfliche alte Praxis eingelenkt: er hatte dem Kaiser seine Stimme dafür zugesagt unter der Bedingung, daß Brandenburg von seinem Antheil an dieser Leistung entbunden würde; noch wenige Tage vor dem Eintritt Waldecks in die Leitung der Geschäfte war eine zustimmende Resolution des Kurfürsten über diesen Punkt nach Regensburg abgegangen [2]).

Aber gerade hier griff Waldeck mit der höchsten Entschiedenheit ein. „So viel mein particulier anlangt, schreibt er an Blumenthal, kann mir ein Zelt zum Pallast, ein Fähnlein zum Schatten dienen und mein Degen, nächst Gott, meine Freiheit bis in's Grab erhalten. Aber ein Kurfürst kann nicht ein freier Kurfürst sein, wann er ein Tributarius ist, wann er durch Andere sich läßt die Mittel, davon er sich selbst helfen sollte, herausvotiren" [3]). Er betont an einer anderen Stelle, daß die Landesherren jetzt in der Zeit

---

[1]) Jüngster Reichsabschied §. 191., mit dem Zusatz, daß dies vorläufig für Reichs-, Collegial- und Wahltage nicht gelten und auf dem nächsten Reichstag weiter darüber berathen werden solle.

[2]) Der Kurfürst an die Reichstagsgesandtschaft dat. Cölln a. Sp. 26. Oct. (5. Nov.) 1653. Das Concept von Tornow.

[3]) Waldeck an Blumenthal dat. Berlin 16. Nov. 1653. (Arolf. Arch.)

des endlich wiedergewonnenen Friedens wichtigere Verpflichtungen zu erfüllen hätten, als den Säckel des Kaisers zu füllen: vor allem gilt es, endlich einmal wieder etwas für Kirchen und Schulen zu thun, und das ist unmöglich, wenn man sich Jahr aus Jahr ein durch Majoritäten, die nichts oder wenig dazu beitragen, das Geld aus dem Beutel herausvotiren lassen muß [1]. Auf diesem Wege, so hält er dem Kurfürsten in einem Gutachten vor, werde er „aus einem Kurfürsten, so einem Könige gleich, ein Unterthan werden, ein schatzbarer Herr, geringer an Macht und Mitteln als ein böhmischer oder polnischer Landstand" [2].

Nicht, daß dem Kaiser principiell alle Geldhilfe aus dem Reich entzogen werden sollte, war Waldeck's Meinung; in allen Fällen notorischen Bedürfnisses und namentlich immer, wenn es die Vertheidigung des Reichs gegen Angriffe von außen gilt, werden die Stände sich ihrem Oberhaupt, sofern dieses seine Pflicht erfüllt, nicht versagen; aber als Grundsatz muß die Bedingung der Freiwilligkeit streng festgehalten werden; in den Fällen des augenscheinlichen Bedürfnisses könne man wol auf dem Wege bindender Mehrheitsbeschlüsse vorgehen; aber die Majorität von drei Viertel oder zwei Drittel sei dazu erforderlich; und außerdem müßten dann die Stimmen aller derjenigen ausgeschlossen werden, die nur stimmen, aber nicht zahlen. „In allen wolbestellten Republiken wird keinem benommen, den Dank selbst zu haben dessen, was er von dem Seinigen hinweggibt", sagt Waldeck in einem anderen Gutachten; „viel rühmlicher ist es, wenn ein jedweder seinen freien Willen, darzu zu geben, frei behält; alsdann haben E. Churf. Dchl. wegen der vielen Stimmen, so dero Fürstenthume deroselben geben, durch ein gutes Exempel, durch welches Sie Andere mit darzu bewegen, mehreren Ruhm, auch selbst Dank darvon zu gewarten, wissen auch, warum und zu was Ende die Einwilligung geschehen" [3].

[1] In dem Schreiben an den Kurfürsten von Sachsen dat. Berlin 3. Nov. 1653. (s. oben S. 123).

[2] Gutachten Waldeck's dat. Cölln a. Sp. 31. Dec. 1653. (Arols. Arch.).

[3] Gedanken in puncto insertionis der Evangelischen Erinnerungen die Parität und Collecten betreffend in das Reichsconclusum. Dat. 1. Dec. 1653. Von Waldeck eigenhändig. (Arols. Arch.)

Außerdem aber muß die Verwendung der bewilligten Gelder der Willkür des kaiserlichen Hofes entzogen werden. In mehreren seiner Aufzeichnungen gedenkt Waldeck der Reichsreformprojecte aus den Zeiten Kaiser Maximilian's I.; er wirft wol einmal den Gedanken hin, ob man nicht das Reichsregiment vom Jahre 1500 reactiviren könne. So fordert er auch jetzt, wie Bertholb von Mainz auf dem Wormser Reichstag im Jahr 1495, für die Reichsstände ein Aufsichtsrecht über die Verwendung der bezahlten Steuern; bis jetzt sei das Verhältniß thatsächlich so, daß von den Bewilligungen des Reichs die hohen Beamten des kaiserlichen Hofes den meisten Vortheil zögen; um dies abzustellen, sei nöthig, daß der Reichspfennigmeister von dem Reiche in Eidespflicht genommen, dem Reiche verpflichtete Controleure ihm zur Seite gestellt werden, und daß er für jede bei ihm eingezahlte Steuer regelmäßig den Kurfürsten und den gesammten Ständen Rechnung ablegen müsse. Vorschläge, die im wesentlichen mit den von der protestantischen Fürstenpartei in Regensburg aufgestellten übereinkamen.

Nicht ohne Bosheit erinnerte Blumenthal daran, daß dem Kurfürsten und seinen Vorfahren schon seit langer Zeit ihr Antheil an den bewilligten Reichssteuern meistens vom Kaiser erlassen worden sei; daran werde nicht mehr zu denken sein, wenn fortan der Reichspfennigmeister seine Rechnung vor den Augen aller Stände ablegen müßte; natürlich würden die minder als Brandenburg begünstigten gegen diese Bevorzugung Einsprache thun [1]). Er erhielt den Bescheid, trotzdem in Gemeinschaft mit den protestantischen Fürsten bei dieser Forderung zu bleiben: „denn was von den Reichssteuern an I. Kais. Maj. geschenket wird, daran können sie Unser Contingent wenn sie nur wollen, Uns wol jedesmals nachlassen ohne der Stände Contradiction; wann aber etwas zu des Reichs kundbarer Defension gewilliget wird, davon begehren Wir keinen Nachlaß“ [2]).

Hiernach war nun das Schicksal der kaiserlichen Pläne in Be-

---

[1]) Reichstagsbericht dat. Regensburg 10./20. Nov. 1653. (Berl. Arch.)

[2]) Der Kurfürst an die Reichstagsgesandtschaft dat. Cölln a. Sp. 20./30. Nov. 1653. Das Concept von Tornow, mit Correcturen von Waldeck. (Ebendas.)

zug auf das Reichssteuerwesen vorauszusehen. Die nachdrückliche Unterstützung, welche Brandenburg auch in dieser Frage der Opposition angedeihen ließ, ermuthigte alle Widerstrebenden; an eine Einigung über das Princip bindender Majoritätsbeschlüsse war nicht mehr zu denken; die principielle Frage mußte überhaupt auf einen künftigen Reichstag verschoben bleiben. In der Praxis aber blieb es dabei, daß die einen bewilligten, die anderen versagten, und daß jene zahlten und diese nicht. So namentlich zuerst in Bezug auf die hundert Römermonate, welche angeblich in Münster und Osnabrück versprochen worden sein sollten. Vieles war in Rechnung darauf von einzelnen Reichsständen schon gezahlt worden. Wo der Kaiser in der Lage war, mit Drohungen oder Gewalt vorgehen zu können, wie den süddeutschen Reichsstädten und vielen kleineren Ständen gegenüber, da war auch den widerstrebenden ihr Contingent auf diese Weise abgedrungen worden. Aber dies ließ sich nur in gewissen Kreisen anwenden und fand jetzt in der festen Haltung des Reichstag's seine Grenze; so daß der Ertrag, den die kaiserlichen Kassen auf Rechnung dieser Forderung wirklich bezogen haben, mit dem bis hierher aufgebrachten in der Hauptsache wol zu Ende war.

Noch schlimmer ging es mit dem anderen Anspruch, der erst gegen Ende des Reichstags zur Verhandlung kam. Anfangs verlangte der Kaiser nur noch fünfundzwanzig Römermonate „zu Abführung der bei diesem Reichstag gemachten Schulden;“ je geringer die Aussicht auf eine Gesammtbewilligung wurde, um so höher schraubte man die Forderung hinauf, um den Ausfall bei den Versagenden durch größere Anstrengung der Willfährigen und der zu Zwingenden zu decken; zuletzt stieg sie bis auf sechzig Römermonate [1]). Wenigstens in dem ersten Stadium hoffte Blumenthal noch einmal in die erwünschte Lage zu kommen, dem Kaiser zu Willen stimmen zu dürfen, der von freien Stücken den Erlaß des brandenburgischen Antheils anbot und nur um die Verwendung Brandenburg's bei den übrigen Ständen bat. Zugleich wurde ein Arrangement auf-

[1]) v. Meiern Regensb. Reichstagshandl. I. 1075; übrigens hier ausdrücklich als freiwillige Steuer gefordert; vgl. ebendas. S. 1126.

gebracht, vermöge dessen auch die Breslauer Schuldforderung des Kurfürsten bei dieser Gelegenheit regulirt werden sollte. Einen Augenblick ließ man sich in Berlin verlocken; vielleicht daß die Sache hinter Waldecks Rücken expedirt worden war; Blumenthal erhielt die gewünschte Anweisung, für den Erlaß des brandenburgischen Antheils und für die günstige Regulirung der Breslauer Schuldsache die Einwilligung Brandenburgs zu der neuen Steuer und sogar auch seinen Einfluß auf die ihm anhängenden Reichsstände daranzugeben [1]). Aber bald kam man davon zurück, und Blumenthal erhielt mit energischer Motivirung Gegenbefehl: angesichts der fast völligen Erfolglosigkeit des Reichstags, sowie der verzweifelten Lage, worin das Reich auch nach außen hin sich befinde, könne der Kurfürst, seines kurfürstlichen Amtes eingedenk, weder selbst seine Kräfte zersplittern, noch anderen Ständen dies zumuthen; die Gesandten wurden vielmehr angewiesen, nicht nur für Brandenburg abzulehnen, sondern „auch andere anzumahnen, ihre Kräfte zusammenzuhalten und hierinnen Uns Beifall zu geben [2])." In der entscheidenden Sitzung mußte Blumenthal zu seinem Bedauern nun doch gegen die Bewilligung stimmen. Die nächste Folge war, daß unmittelbar darauf die Gesandten „noch naß," wie sie schreiben, den Endbescheid des Kaisers in der Breslauer Schuldsache erhielten, der einer definitiv abschläglichen Antwort gleichkam. Ein harter Schlag besonders für Blumenthal, der wenigstens die Regulirung dieser Angelegenheit als einen greifbaren Erfolg nach Hause zu bringen gehofft hatte. In Berlin sah man das Zerschlagen dieser Verhandlung jetzt gleichgiltiger an. Waldeck hatte von Anfang an auf diese aussichtslosen Ansprüche an den kaiserlichen Hof wenig Gewicht gelegt.

Nun kam es, daß allerdings die Kurfürsten alle, außer Brandenburg, den neuen sechzig Römermonaten zustimmten; aber diese Bewilligung bedeutete wenig, da die meisten für ihren Antheil ebenso

---

[1]) Der Kurfürst an Blumenthal dat. Cölln a. Sp. 2. April 1654. (Berl. Arch.) Hier ist noch nur von 30 Römermonaten die Rede; 14 Tage später bereits von 50, und wieder eine Woche später von 60.

[2]) Der Kurfürst an Blumenthal dat. Cölln a. Sp. 16. April 1654. (Ebendas.) Das Concept von Meinders, dem Secretär Waldeck's.

ganz oder theilweise befreit worden waren, wie man Brandenburg hatte befreien wollen. In dem Fürstencollegium dagegen lehnte die überwiegende Majorität jetzt unter verschiedenen Formen die neue Geldforderung ab [1]); die kaiserliche Politik erlitt gerade in diesem Collegium, dessen sie sich am sichersten geglaubt hatte, eine völlige Niederlage.

Es kommt nun, sagte Waldeck, nur noch darauf an, daß auf dem nächsten Reichstag „die schon beinah verlorene Sache durch einen Reichsschluß in contrarium definitiv gerettet wird.“ Es war bei dieser Versammlung schließlich doch nicht erreicht worden, über Freiwilligkeit und Nothwendigkeit der Steuern feste Grundsätze aufzustellen, noch die Forderung der reichsständischen Controle über ihre Verwendung durchzusetzen. Der nächste Tag, so hoffte Waldeck, sollte dies bringen. Denn in zwei Stücken liegt doch alles in allem, so faßt er es einmal in einem Brief an Sommelsdyck zusammen, das ganze Geheimniß der reichsständischen Abwehr gegen die Politik des habsburgischen Kaiserhauses: „garder la direction des armes et tenir la bourse hors des mains de l'Empereur [2]).“

Nicht in allen Stücken gelang es der vereinigten Opposition, so erfolgreich durchzudringen wie in diesen beiden. Trotz der lebhaften Proteste, die auch in der Frage der „neuen Fürsten“ jetzt von Berlin her erfolgten, wurde die Einführung der kaiserlichen Candidaten in den Fürstenrath doch, wie schon erwähnt, bewerkstelligt. Auch hier waren die strengen Befehle, die er erhielt, ein Gegenstand der Verzweiflung für Blumenthal. Wie sollte man irgend einen günstigen Bescheid aus dem kaiserlichen Cabinet erhalten, wenn man die Männer vor den Kopf stieß, die dasselbe beherrschten; „deren der eine (Piccolomini) General-Lieutenant, der andere (Lobkowitz) Kriegsrathspräsident, der dritte (Dietrichstein) Oberhofmeister und der vierte (Auersberg) der größte Favorit und also das Factotum ist“ [3])? Daneben registrirte er nicht ohne eine Art Schadenfreude

---

[1]) v. Meiern I. 1130.

[2]) Waldeck an Sommelsdyck dat. Berlin 30. Jan. 1655. (Arolf. Arch.)

[3]) Blumenthal an Tornow dat. Regensburg 5. Dec. 1653. (Berl. Arch.)

das Benehmen der protestantischen Fürstengesandtschaften bei dieser Gelegenheit. Strengen Weisungen mit Widerstreben folgend hatte er der Einführung des Fürsten Lobkowitz in das Fürstencollegium, die als die erste im Anfang December 1653 erfolgte, bis zum letzten Moment widersprochen; ohne sich mit ihm darüber zu vernehmen, hatten aber inzwischen die Führer der Opposition, die braunschweigischen und die herzoglich sächsischen Gesandten, dem Drängen der kaiserlichen Räthe nachgegeben und ließen den Act ohne Widerspruch vor sich gehen, worauf auch die Brandenburger es vorzogen zu schweigen. Darauf erfolgte nun zwar ein harter Verweis und der Befehl, gegen diese und die anderen inzwischen ohne die vorgeschriebenen Bedingungen vollzogenen Einführungen nachträglich zu protestiren; aber triumphirend wies Blumenthal nun darauf hin, wie unzuverlässig sich bei dieser Gelegenheit die neuen Bundesgenossen gezeigt, auf die man nach Waldeck's Meinung sich stützen solle: als es zum Treffen kam, haben sie zu uns gestanden, „wie der Hase bei der Trommel pflegt fest und steif zu halten;" Brandenburg blieb mit seinem Widerspruch schließlich allein; das kommt davon, daß man meint, sich „auf diesen Rohrstab Aegypti" stützen zu können [1]).

Natürlich ließ sich der Kurfürst hierdurch nicht abschrecken, den betretenen Weg weiter zu gehen. Die Gesandten wurden gelegentlich bedeutet, sich in ihren Auslassungen über die evangelischen Fürsten zu mäßigen [2]). Noch war das Verhältniß zu den neuen Verbündeten wenig disciplinirt, noch das volle gegenseitige Vertrauen nicht hergestellt, so daß ein Schwanken begreiflich war. Kurz nach dem Eintritt Waldecks in die Leitung der Geschäfte war der Vorschlag angeregt worden, daß Brandenburg in officieller Weise an die Spitze der protestantischen Reichsstände treten und das von Kursachsen so schmählich mißbrauchte Amt des „Directorium Evangelicorum,"

---

[1]) In demselben Brief an Tornow.

[2]) Der Kurfürst an die Reichstagsgesandtschaft dat. Cölln a. Sp. 16. Nov. 1653. „Es mißfällt Uns nicht wenig, daß Ihr in Eurem Voto ausdrücklich erwähnet, sammt suchten die Evangelische . . . nur den Herren Churfürsten zu nahe zu treten; denn außer der Conjunction der Collegiorum seind Wir, wie anitzo und hiebevor gemeldet, mit ihnen einig." (Berl. Arch.)

zunächst wenigstens thatsächlich, übernehmen solle [1]). Obwol von den evangelischen Ständen manche einer solchen Anordnung geneigt waren, hatte die Sache doch ihre Schwierigkeiten; Blumenthal erklärte sie für fast unausführbar, und Kursachsen beeilte sich, indem es äußerlich die Functionen des Amtes wieder aufnahm, alle Versuche dieser Art abzuschneiden [2]). Man ließ den Plan in Berlin bald wieder fallen.

Viel wichtiger war es, die Sympathie der Fürstenpartei und besonders der Evangelischen durch reelle Zeichen einer ihren Interessen geneigten Politik an Brandenburg zu fesseln. Es war ein neuer Schritt der Emancipation von der traditionellen Kurfürstenpolitik, als Brandenburg in der Frage der Wahlcapitulation, die gegen Ende Januar 1654 zur Verhandlung kam, sich entschieden auf die Seite der Fürsten stellte. Wie das Friedensinstrument es ihnen in ganz unanfechtbarer Weise verhieß, forderten die Fürsten, daß unter ihrer Mitwirkung auf dem Reichstage eine neue Capitulation festgestellt werde; die Majorität der Kurfürsten sowol als auch der Kaiser suchten der ärgerlichen, nicht wol zu bestreitenden Forderung auf alle Weise aus dem Wege zu gehen; der Kaiser fürchtete unbequeme Zusätze zur Capitulation, namentlich von Seiten der protestantischen Fürsten, und bei den Kurfürsten wirkte natürlich die alte eifersüchtige Besorgniß vor den ehrgeizigen Plänen des Fürstencollegs, welches nichts anderes wünsche als in allen Stücken sich dem höheren Colleg gleich zu setzen; die Absicht der Fürsten, so ließ der Kurfürst von Mainz den Brandenburger warnen, gehe ganz direct dahin, den Kurfürsten nichts anderes zu lassen als den bloßen Act der Wahl [3]). Auch in dieser Frage, so erkannte man jetzt richtig in Berlin, kam es nur darauf an, eine rechte Mitte zwischen den Ansprüchen beider Parteien zu finden. Man konnte in der That den Fürsten nach dem Wortlaute des westfälischen Friedens eine gewisse Theilnahme an den Be-

[1]) Der Kurfürst an Blumenthal dat. Cölln a. Sp. 7. Nov. 1653. „Wir befehlen Euch ... ob schon Chursachsen sich absondert, das Directorium allgemach, sonder ihm den Namen zu geben, auf Uns zu bringen." Das Concept von Waldeck. (Ebendas.)

[2]) Pfanner hist. comit. S. 390.

[3]) Blumenthal an den Kurfürsten dat. Regensburg 19. Jan. 1654. (Berl. Arch.)

rathungen über die Wahlcapitulation nicht länger versagen; es kam nur darauf an, dieselbe zu reguliren. Eine Angelegenheit, die bekanntlich im Zusammenhang mit der Aufgabe der zu vereinbarenden „beständigen Wahlcapitulation" noch bis tief in das achtzehnte Jahrhundert hinein ihres völligen Abschlusses harren mußte; aber indem Brandenburg für seinen Theil sich jetzt sogleich eine klare Stellung zu der Frage gab, verschaffte ihm auch dies den Vortheil, zu der andern Partei in ein offenes, Vertrauen erweckendes Verhältniß zu treten. Von dem alten Kurfürstenrecht, „die Capitulation zu machen" soll das Kurcollegium auch jetzt nicht abstehen; die Wahlfürsten bleiben es nach wie vor, die dem Gewählten seine Bedingungen vorschreiben; aber den Fürsten soll es in verfassungsmäßiger Weise zustehen, bei den Berathungen darüber ihre Wünsche und Erinnerungen einzureichen, die von den Kurfürsten angenommen und nach Umständen berücksichtigt werden sollen [1]).

Was bedeutete in Wirklichkeit die Wahlcapitulation, was hatte sie jemals praktisch bedeutet seit jener Zeit, wo doch bereits die Capitulation Karl's V. fast alle die Hauptmotive der Einschränkung und Ueberwachung der kaiserlichen Gewalt in sich faßte, die man überhaupt zu finden vermochte? In der That war bei dieser ganzen Angelegenheit der Ehrenpunkt das entscheidende, der Wunsch der ansehnlichsten fürstlichen Häuser, von diesem, wenn auch nur formell, wichtigen Acte nicht völlig ausgeschlossen zu sein. Indem Brandenburg jetzt zuerst den Fürsten seine Bereitwilligkeit zur Verständigung entgegenbrachte, wurde dies ein neues Mittel, das Band zwischen ihnen enger zu knüpfen, die Fürsten fügten sich in ihren Forderungen den gemäßigten Ansichten Brandenburg's, ein neues Gebiet gemeinsamer Anschauungen und Maßregeln war damit gegeben.

Auch in Bezug auf das Reichsjustizwesen wurde eine Art von Einigung gewonnen, um den Gewaltsamkeiten des kaiserlichen Hofs mit verbundenen Kräften zu widerstehen. Die Verbesserung der Kammergerichtsordnung, als die eine von den juridischen Aufgaben des Reichstags, ward eifrig gefördert; das Werk konnte endlich ab-

[1]) Der Kurfürst an die Reichstagsgesandten dat. Cölln a. Sp. 29. Jan. 1654. (Ebendas.) Das Concept von Weiman.

geschlossen in den Reichsabschied aufgenommen werden. Aber beharrlich weigerte sich dagegen der Kaiser, die verlangte Parität im Reichshofrath herzustellen und hierin dem Friedensinstrument Genüge zu thun [1]; die Proceßordnung, die er ohne Zustimmung der Reichsstände in der Eile der letzten Wochen des Reichstags veröffentlichen ließ, entsprach in keiner Weise den gerechten Ansprüchen der Evangelischen; und auf alle Beschwerden ertheilte der Kaiser nur die ungenügende Zusicherung, daß die einzureichenden Erinnerungen der Evangelischen dagegen auf dem nächsten Reichstag in Betracht gezogen werden sollten; die Einrückung einer entsprechenden Clausel in den Reichsabschied aber gelang es ihnen nicht durchzusetzen. Der offenkundigen Verletzung zu begegnen, versammelten sich Tags nach der Verlesung des Reichsabschieds (18. Mai 1654) die evangelischen Fürstengesandtschaften (die brandenburgische dabei für Halberstadt, Hinterpommern ꝛc.) und einigten sich über einen Protest, worin sie erklärten, den Reichshofrath so lange nicht als competent anzuerkennen, bis die Forderung der Parität erfüllt, die eine Hälfte des Gerichtshofes mit protestantischen Richtern besetzt und diesen völlige Freiheit der Religionsübung an dem Sitze des Gerichtshofes in Wien gewährleistet wäre [2]. Der Kaiser, der bereits Regensburg verlassen hatte, ließ ihnen in scharfen Ausdrücken den Protest verweisen, die evangelischen Stände replicirten mit einer Wiederholung desselben [3] — damit war die reichstägliche Verhandlung über diesen Gegenstand zu Ende. Aber außerhalb des Reichstags war daran bereits rüstig weitergearbeitet worden. Bei den vielfältigen Verhandlungen, die unter Waldeck's Leitung in diesen Monaten mit den braunschweigischen Herzogen und anderen Häuptern der protestantischen Fürstenpartei geführt wurden (worüber im nächsten Kapitel eingehend zu sprechen ist), einigte man sich namentlich auch über diesen Punkt, vor dem Reichshofrath nicht zu Gericht zu stehen, bis die Richterstellen zu gleichen Theilen mit Protestanten und Katholiken besetzt und die neue Proceßordnung von dem nächsten Reichstag gebilligt worden sei.

---

[1]) Herchenhahn Gesch. des kaiserl. Reichshofrathes I. 627 ff.
[2]) v. Meiern I. 1133 ff.
[3]) Ebendas. I. 1142 ff.

Gelang es, wie Waldeck in dieser Zeit hoffte, den größeren Theil der protestantischen Reichsstände und selbst manche von den katholischen zu einem festgeschlossenen politischen Zusammenhang zu vereinigen, so schien es möglich, die Thätigkeit des Reichshofraths in einem großen Theile des Reichs geradezu brach zu legen, ja vielleicht für immer zu beseitigen. Ein Verlust, den man am kaiserlichen Hofe vielleicht stärker als irgend eine andere von den Niederlagen dieses Reichstags empfunden haben würde [1]).

Es ist nicht unsere Aufgabe, die einzelnen Punkte der reichstäglichen Berathungen hier vollständig darzulegen; eine Reihe von Gegenständen haben wir weiterhin in einem anderen Zusammenhang zu berühren. Aus dem Gesagten leuchtet zur Genüge ein, wie tief eingreifend die von Waldeck bewirkte Umkehr der brandenburgischen Politik war. Bis zu jenem Momente der Wendung, den wir bezeichnet haben, schien in allen Stücken die kaiserliche Politik den günstigsten Erfolg von dem Reichstag erwarten zu dürfen; jetzt war die Situation völlig verändert. Durch den Eintritt Brandenburgs in die Reihen der Opposition war die ganze Stellung derselben eine andere geworden; ein änderer Geist beherrschte den Reichstag, der Sieg des Kaisers war kaum noch ein partieller zu nennen.

Sowie dieses Resultat sich als das wahrscheinliche zu zeigen anfing, beeilte sich der kaiserliche Hof, auf die möglichst baldige Auflösung der unbequemen Versammlung hinzuarbeiten. „So lange alles vorm Wind gegangen, ist der Kaiser geblieben; wie er aber siehet, daß es nicht mehr nach seinem Willen gehen will, so will er weg," sagt Waldeck in einem Aufsatz aus dieser Zeit [2]).

---

[1]) Zwanzig Jahre später schreibt Esaias Pufendorf, indem er die Macht schildert, die der Kaiser durch den inzwischen wieder völlig rehabilitirten Reichshofrath ausübt: „Drum sollte es einen billig mehr Wunder nehmen, daß man bei dem deutschen Frieden nicht besser vigiliret hat, dem Kaiser in diesem Stück die Nägel etwas genauer zu beschneiden und das Pouvoir des Reichshofraths, der in dem jetzigen Zustande so gut als eine Armee von 20 tausend Mann ist, dergestalt zu limitiren, daß man die Stände nicht nach Belieben darmit vexieren ... könnte." (Bericht über Kaiser Leopold &c. S. 86).

[2]) Eigenhändiger Aufsatz von Waldeck: „Hervorgeschienene Intentionen bei Spanien und am Kais. Hof." o. D. In den letzten Wochen des Reichstags geschrieben. (Arols. Arch.)

Vom Januar 1654 an begann das Drängen auf Beschleunigung der Verhandlungen und Schluß des Reichstags; der übele Gesundheitszustand des Kaisers, der einen Wechsel des Aufenthalts fordere, ward den Ständen nachdrücklich zu Gemüthe geführt; es wurde entgegnet, daß der Kaiser Commissarien oder seinen Sohn, den römischen König, zur Fortführung der Verhandlungen zurücklassen könne; aber man wagte es nicht, bei der schon bedenklichen Stimmung, die in Regensburg herrschte, den Reichstag ohne den Druck der persönlichen Anwesenheit des Kaisers sich allein zu überlassen [1]).

Wochen lang zogen sich die Debatten darüber hin. Noch waren von den dem Reichstag aufgetragenen Geschäften nur die wenigsten erledigt, einige kaum begonnen; aber eben unter diesen befanden sich viele, für welche der Kaiser bei der jetzt herrschenden Stimmung kaum auf eine günstige Behandlung rechnen durfte; es schien besser, sie unerledigt der Willkühr und einer ungeregelten Praxis vorzubehalten und die Berathungen auf gelegenere Zeit zu vertagen. Energisch wehrten sich die Evangelischen gegen den vorzeitigen Schluß [2]). Neben anderem erregte besonders ein Schreiben Aufsehen, welches der Kurfürst von Brandenburg an den Kaiser richtete und worin er in Wendungen, die fast bis an die äußerste Grenze des möglichen Curialstils vorgehen, diesen auffordert, den Reichstag nicht zu verlassen, sondern bis zur völligen Erledigung der Geschäfte auf dem Posten zu bleiben, „allermaßen dann in meine Gedanken nicht kommen kann, daß einige Ursach unter der Sonnen so erheblich und kräftig, daß selbige E. Kais. Maj. denjenigen Geschäften, so auf dieser Reichsversammlung abzuthun, andere, wie die auch Namen haben mögen, vorzuziehen sollte bewegen können" [3]). Er erhielt eine heftige Antwort: Brandenburg gerade sei es gewesen, welches zuerst durch seine pommerische Angelegenheit den Reichstag aufgehalten und

---

[1]) Pfanner hist. comit. S. 866.

[2]) v. Meiern I. 1042 ff. 1056 ff. Pfanner S. 851 ff.

[3]) v. Meiern I. 1043 dat. 2. März 1654. Das Concept habe ich nicht gesehen; nach dem Stile dürfte es von Waldeck, oder vielleicht von Weiman sein. Einen andern ähnlichen Brief des Herzogs August von Sachsen-Magdeburg an den Kaiser s. Pfanner S. 861.

dann in anderer Weise den guten Verlauf desselben gestört habe. Man erzählte von einer leidenschaftlichen Scene, die die brandenburgischen Gesandten bei diesem Anlaß am Hofe zu bestehen hatten [1]).

Natürlich ließ sich der Kaiser durch all dies nicht abhalten, seinen Willen durchzusetzen. Die Majorität der Kurfürsten sowie des Fürstenraths stand ihm in dieser Frage, bei der die Geltung eines Majoritätsbeschlusses nicht wol in Abrede gestellt werden konnte, zur Verfügung; es kam zu einem Reichsschluß, worin die Stände in die Vertagung des Reichstags willigten. Was von unerledigten Geschäften übrig war, wurde theils einem Reichsdeputationstag übertragen, der im October zusammentreten sollte, theils dem künftigen Reichstag. Nur damit drangen die Evangelischen noch durch, daß ein Termin von zwei Jahren gesetzt wurde, innerhalb dessen das Reich zur Fortsetzung der jetzt unterbrochenen Arbeiten berufen werden müsse; der Reichstag wurde, obgleich ein Reichsabschied veröffentlicht wurde, officiell doch nicht als ein geschlossener, sondern nur als ein vertagter bezeichnet [2]).

So ging diese merkwürdige Versammlung zu Ende (17. Mai 1654). Niemand konnte sich verhehlen, daß sie in außerordentlichem Maße unfruchtbar gewesen war — „l'on a joué une belle comédie depuis deux ans," schreibt Waldeck an Blumenthal. Von den heimkehrenden Gesandten trugen viele, die protestantischen besonders, das Gefühl mit sich davon, daß man am Vorabend eines neuen Krieges stehe [3]). Fast schien es, als gehe man, wie einst im Jahr 1613, von dem fruchtlos zerschlagenen Reichstag nach Hause, um sich zu rüsten.

---

[1]) Pfanner S. 862. Daß man in Regensburg Waldeck besonders verantwortlich machte für alle Feindseligkeiten Brandenburgs, daß man ihn persönlich als „l'obstacle du repos de l'Empire", als einen unruhigen Kopf „d'une humeur brouillante" bezeichnete, schreibt er selbst bei dieser Gelegenheit in Briefen an Blumenthal dat. Berlin 26. u. 29. März 1654. (Arolf. Arch.)

[2]) Jüngster Reichsabschied §. 192.

[3]) Pfanner S. 866: memorabatur, exceptam nescio cujus Evangelici vocem, non aliud exequendae Pacis, quam ab exercitu 24,000 virorum remedium suppetere; neque enim mediocribus consiliis sisti posse malum, etiam post patratam Pacem publicae tranquillitati infensum.

Besorgnisse dieser Art waren auch am brandenburgischen Hofe lebendig; aber man stand ihnen jetzt mit einem ganz neuen Gefühl von Kraft und Sicherheit, ja selbst mit weitreichenden Hoffnungen gegenüber. Die Lage des Staates hatte sich innerhalb weniger Monate in der außerordentlichsten Weise verändert. Für Brandenburg war der Reichstag nicht unfruchtbar gewesen.

In einer kurzen Aufzeichnung faßte Waldeck in diesen Tagen die politischen Resultate des letzten halben Jahres zusammen, die er in der Hauptsache als sein Verdienst betrachten durfte [1]. Es sind einerseits die Erfolge der Regensburger Verhandlungen, die unsere bisherige Darstellung hat erkennen lassen: die Beseitigung des unfruchtbaren Streites zwischen Kurfürsten und Fürsten, die Begründung einer compacten protestantischen Partei auf dem Reichstag unter der Führung Brandenburgs, die Anerkennung des Grundsatzes der Parität, die Verweigerung der letzten Reichssteuer, die vorläufige Nichtanerkennung des Reichshofrathes, die Einigung über die Frage der Wahlcapitulation u. a. Aber mit noch größerer Befriedigung konnte Waldeck auf die veränderte Stellung hinweisen, welche auch außerhalb des Reichstags Brandenburg jetzt einnahm. Bis vor kurzem noch ohnmächtig und isolirt, sah es sich jetzt mit einem Male geehrt, gesucht, gefürchtet; vielversprechende Verbindungen waren angeknüpft; hier und dort hatte man bereits die gesteigerte Bedeutung der brandenburgischen Macht empfinden lassen; das Uebergewicht Schwedens in Norddeutschland war in Frage gestellt; an den westlichen Grenzen des Reichs hatte Brandenburg in bedeutsamer Weise eingegriffen.

Ein Aufschwung von außerordentlicher Energie und vielseitiger Wirkung hatte sich vollzogen und stand im Begriff sich weiter zu entfalten.

Es ist nöthig diese Dinge in ihren eigenthümlichen Zusammenhängen zu verfolgen.

---

[1] Eigenhändiger Aufsatz, undatirt, ohne Ueberschrift. „Sieder dem [Nov.] 1653 haben S. Ch. D. zu Brandenburg in dero Staatssachen und im Reich folgende Sachen erlangt" — worauf vierzehn einzelne Punkte aufgezählt werden, „anderer Vortheil wegen Eil zu geschweigen". (Arolſ. Arch.) Hiernach ist das Memoire gemacht, welches Droysen III. 2. 150 ff. benutzt hat.

Fünftes Kapitel.

Unionspolitik.

„Wenn doch einmal ein alter römischer Bürger aufstünde und uns zeigte, wie man es machen muß, wenn man des Namens eines Patrioten werth sein will!" Mit diesem Ausdruck zweifelvoller Beklommenheit gibt in seiner eigenthümlichen pathetischen Redeweise Waldeck einmal die Stimmung kund, welche Angesichts des ungeheueren Wirrsals der politischen Verhältnisse in Deutschland und in Europa ihn jetzt bisweilen ergreifen mochte.

Für wie lange Zeiträume unserer Geschichte könnte man den Ausruf gleichsam als Motto gelten lassen.

Dem verworrenen Treiben dieser gährenden Jahre, in deren Betrachtung wir hier begriffen sind, entspricht er recht eigentlich.

Nicht geringe Erfolge waren es, deren die brandenburgische Politik auf dem Reichstage sich rühmen durfte. Aber, alles in allem, war doch hier mehr das Uebele verhütet als das Gute geschafft worden. Es war in erster Reihe Brandenburg's Verdienst, daß der schon fast siegreiche Anlauf der alten habsburgischen Herrschaftspläne noch kurz vor erreichtem Ziel glücklich abgeschlagen wurde — aber das wäre unmöglich gewesen, nun etwa diese Versammlung auf positive Aufgaben, auf schöpferische Reformen hinzulenken; für solche Zwecke versagte das Organ den Dienst, der vermeinte verfassungsgründende Reichstag blieb in der That in dieser Hinsicht nur „eine zwei Jahre lange Comödie".

Die Siege der brandenburgischen Politik über die kaiserliche in Regensburg würden nicht sehr hoch anzuschlagen sein, wenn jene sich mit den negativen Resultaten begnügt hätte, die wir bisher dargelegt haben. Die Bedeutung Waldeck's als Staatsmann beruht darauf, daß er weiter ging, daß er mit klarer Einsicht in die praktische Werthlosigkeit, ja Verderblichkeit der alten politischen Formen des Reichs den Versuch unternahm, mit der noch unverbrauchten Kraft des jungen preußischen Staates in der Hand, mit einem genialen, großdenkenden Fürsten zur Seite, etwas Neues in's Leben zu rufen.

Etwas Neues — wenn der Ausdruck der geeignete ist für eine neue Mischung der vorhandenen Kräfte, für eine Wiederbelebung von Alters her wirksamer politischer Gedanken in Anwendung auf die jetzige Gegenwart, mit einem anderen Schwerpunkt, unter anderer Führung als früher.

In Deutschland war seit den Zeiten des sinkenden Reichs der Kampf gegen die langsam absterbenden mittelalterlichen Formen des politischen Lebens hauptsächlich von zwei Elementen geführt worden. Es war einmal die Ausbildung der Territorien zu geschlossenen staatlichen Körpern, mit jeweiligem Hervortreten einzelner von ihnen zu hegemonischer Stellung an der Spitze der anderen. Daneben aber das Princip der Conföderation, in den verschiedensten Kreisen wirksam, in immer neuer Ausprägung wiederkehrend von den Adels-, Städte- und Bauernbünden des dreizehnten und vierzehnten Jahrhunderts bis zu dem Fürstenbund Friedrich's des Großen.

Wo diese beiden Elemente combinirt auftraten, wie im schmalkaldener Bunde, wie in der Union und Liga zu Anfang des siebzehnten Jahrhunderts, wie in dem eben genannten Bunde unter der Führung Preußens, da traten die bedeutendsten Wirkungen zu Tage.

Gedanken dieser Art waren es nun eben, welche jetzt die brandenburgische Politik zu bewegen begannen.

Wir dürfen sagen, daß der Plan eines deutschen Fürstenbundes unter preußischer Führung hier zum ersten Male gefaßt und vorbereitet wurde. Die Stellung Waldeck's zu demselben begründet in erster Reihe seinen Anspruch auf eine Stelle unter den bedeutendsten Staatsmännern des preußischen Staates.

Diese Thätigkeit haben wir nun in's Auge zu fassen. Wir müssen zu diesem Zweck die überaus verwickelte allgemeine Lage der Dinge noch nach anderen Seiten hin, als in dem bisherigen geschehen, in's Licht zu setzen suchen.

Daß die kaiserliche Politik durch die Zurückweisung, die sie in Regensburg erfahren, sich nicht abhalten lassen werde, ihren alten Zielen nun auf anderen Wegen nachzustreben, war vorauszusehen, und Brandenburg hatte sich jetzt eine solche Stellung gegeben, daß jeder neue Angriff von dieser Seite ihm in der vordersten Reihe begegnen mußte.

Doch war dies nicht die einzige Gefahr. Im Norden und im Westen zeigten sich zu gleicher Zeit die bedrohlichsten Verwickelungen, welche in die Lebenssphäre dieses Staates unmittelbar hereinragten.

Die bremische und die lothringische Frage.

Die Stellung Schwedens in Norddeutschland war auf den Besitz Vorpommerns, sowie der Herzogthümer Bremen und Verden in solcher Weise gegründet, daß ihm die Rolle der protestantischen Vormacht im Norden von selbst zufallen zu müssen schien. Die Hildesheimer Alliance, welche Schweden mit Braunschweig und Hessen-Kassel verband (14. Febr. 1652) — der Bischof von Paderborn trat später hinzu — repräsentirte einen compacten Zusammenhang vorwiegend protestantischer Lande von den Mündungen der Weser und Elbe bis tief nach Mitteldeutschland hinein. Die Führerschaft in diesem Bunde beanspruchte natürlich die königliche Macht, und niemand schien sie ihr streitig machen zu wollen oder zu können. Als im Herbst 1652 der niedersächsische Kreistag zu Lüneburg zusammentrat, forderten die schwedischen Deputirten für das Herzogthum Bremen das Mitdirectorium des Kreises, abwechselnd mit Magdeburg, und setzten diese Forderung glücklich durch [1]. Die brandenburgische Gesandtschaft, welche dem Kreistag (für Halberstadt) beiwohnte, blieb

[1]) Receß des niedersächs. Kreistags dat. Lüneburg 6. Nov. 1652. Londorp Acta publ. VI. 681. Vgl. Inst. Pac. Osn. Art. X. §. 10.

mit ihrer Forderung, daß Schweden nicht vor Erledigung der pommerischen Streitigkeit als Reichs- und Kreisstand anerkannt werden dürfe, ungehört und reiste mit Hinterlassung eines Protestes noch vor geendigtem Tage von Lüneburg ab [1]).

So waren die Verbündeten im besten Einvernehmen dem Reichstag entgegengegangen. Da zeigte zuerst der Streit zwischen Schweden und der freien Reichsstadt Bremen den Ständen des nördlichen Deutschland, wie gefährlich diese schwedische Nachbarschaft zu werden versprach.

Nach vielfältigen Anfechtungen gegen seinen Rang als reichsunmittelbare Stadt in älterer und neuerer Zeit hatte Bremen auf dem Regensburger Reichstage im Jahre 1640, trotz der Proteste des damaligen Erzbischofs, des Prinzen Friedrich von Dänemark, vom Kaiser eine feierliche Anerkennung seiner Reichsunmittelbarkeit und die Zulassung zu Sitz und Stimme in der Reichsversammlung erlangt. Als einige Jahre später (1643) Dänemark im Bunde mit dem Kaiser die Waffen gegen Schweden erhoben hatte, hatte Ferdinand III. sich zwar bewegen lassen, zu Gunsten des dänischen Prinzen seinen früheren Ausspruch zu cassiren und die Stadt unter die Hoheit des Erzbischofs zu weisen. Aber bereits bei den westfälischen Verhandlungen war es den Bremern wieder gelungen, ihren Anspruch durchzusetzen und eine neue Erklärung des Kaisers zu ihren Gunsten zu erlangen. Das Friedensinstrument, indem es den Schweden das Erzstift als Herzogthum zueignete, proclamirte zugleich die Reichsfreiheit der Stadt, in Ausdrücken freilich, die es dem jetzigen Gegner doch auch wieder möglich machten, Zweifel und Einspruch zu erheben [2]).

Die schwedische Politik ließ es fortan ihre Hauptaufgabe an dieser Stelle sein, die Selbständigkeit Bremens entweder zu brechen oder seine Handelsmacht zu untergraben [3]). Jetzt, im Frühjahr 1653, begann die lange Reihe dieser schwedischen Uebergriffe.

---

[1]) Acten der Gesandtschaft Ewald's von Kleist und Joh. Fromhold's nach Lüneburg. (Berl. Arch.) Vergl. Londorp VI. 682.

[2]) Inst. Pac. Osn. Art. X. §. 8. — Das nähere s. in den Streitschriften bei v. Meiern Regensb. Reichstagshandl. I. 505ff. 799. 977ff. Vgl. Pufendorf Rer. Suec. XXVI. §. 12.

[3]) S. Ehmck Festungen und Häfen an der unteren Weser. Bremisches Jahrbuch. I. (1863.) S. 52ff.

Gegen Bremen war eben damals die Reichsacht verhängt worden, weil es mit Gewalt sich der Erhebung des Weserzolles bei Elsfleth widersetzte, den das Friedensinstrument dem Grafen von Oldenburg zusprach. Diese günstige Gelegenheit benutzte Schweden, um die Stadt möglichst in die Enge zu treiben. Graf Königsmark, der Statthalter des Herzogthums, errichtete Befestigungen in drohender Nähe; in Regensburg verfochten die schwedischen Gesandten eifrig das Recht ihrer Krone, die widerspänstigen Bürger mit Gewalt zur Huldigung und zum Gehorsam zu zwingen [1]).

Aber mit Energie und Geschick führten diese ihre Sache. Durch Nachgiebigkeit in dem Streite mit Oldenburg erledigten sie sich der Reichsacht; im September ward die Aufhebung derselben ausgesprochen; es gelang ihnen, den Kaiser und die Majorität des Reichstags für sich zu gewinnen, ein Reichsschluß wurde zu Stande gebracht, durch den die Reichsunmittelbarkeit von Bremen von neuem eierlich proclamirt wurde [2]).

Von Seiten Brandenburg's wurde diese Verwickelung von Anfang an mit großer Vorsicht behandelt. Als unmittelbar nach der Aufhebung der Reichsacht die Gesandten in Regensburg die Sachlage darlegten und um Instruction baten, erhielten sie den Bescheid, daß der Kurfürst im Allgemeinen zwar der Sache der Bremer geneigt sei, doch trage er Bedenken, sich derselben zunächst öffentlich anzunehmen, weil die Streitfrage zwischen Bremen und Schweden eine gewisse Aehnlichkeit zu haben scheine mit der zwischen Brandenburg und der Stadt Magdeburg; man dürfe kein Präjudiz gegen sich selbst stellen [3]). Auch nachdem Waldeck in die Leitung der Geschäfte

---

[1]) Reichstagsbericht dat. Regensburg $\frac{\text{26. Sept.}}{\text{6. Oct.}}$ 1653: „die alhie anwesenden schwedischen Gesandten lassen sich deutlich vernehmen, daß sie die Stadt haben müßten, es möchte auch gehen wie es wollte."

[2]) Dat. Regensburg 10. Jan. 1654. v. Meiern. I. 796.

[3]) Der Kurfürst an die Reichstagsgesandtschaft dat. Cölln. a. Sp. 9. (19.) Oct. 1653. Die Gesandten repliciren umgehend und stellen dieses Bedenken in Abrede, da Magdeburg notorisch niemals als Reichsstadt anerkannt worden sei. (dat. 14/24. Oct.) Doch kehrt dieses Bedenken (z. Th. wol auch nur als diplomatischer Vorwand benutzt) in dem ganzen weiteren Verlauf der Angelegenheit noch häufig wieder. Jedenfalls tendenziös gefärbt ist, was Aitzema

eingetreten war, änderte sich dieses Verhalten zunächst nicht wesentlich. Waldeck bezeichnet die Sache als einen für jetzt sehr unbequemen Zwischenfall, dessen man sich gern überhoben sähe. Offen für Bremen Partei zu ergreifen und sich mit Schweden von neuem zu überwerfen, lag für's erste ganz außerhalb seiner Pläne. Genug, wenn die Gewaltsamkeiten der nordischen Nachbarn zunächst nur dazu beitrugen, den norddeutschen Reichsständen die Augen zu öffnen [1]). Inzwischen durfte man hoffen, daß Bremen, gestützt auf Holland und die beiden anderen Hansestädte, sich so lange halten werde, bis Brandenburg besser als jetzt in der Lage wäre, ein energisches Wort für die bedrohte Stadt zu sprechen.

Viel unmittelbarer wirkte auf den weiteren Gang der brandenburgischen Politik eine andere, scheinbar entfernter liegende Angelegenheit ein: die Verwickelungen, die der Herzog Karl von Lothringen an den westlichen Reichsgränzen hervorrief [2]).

Wir sind diesem Fürsten schon oben bei Gelegenheit des Jülichschen Krieges begegnet. Durch die Franzosen seines Landes beraubt und vom westfälischen Frieden ausgeschlossen hatte er, gestützt auf eine ergebene Armee und auf einen wolgefüllten Schatz eine ansehnliche Stellung auf dem militärischen und diplomatischen Schauplatz zu erringen gewußt. Als sehr selbständiger Parteigänger hatte er auf Seiten Spaniens an den Feldzügen in den Niederlanden und

Saken van Staet en Oorlogh III. 896 (Folioausgabe) über die am brandenburgischen Hofe herrschende Stimmung gegen Bremen berichtet. Aber ebenso wenig ist mit Droysen (III. 2. 156) die Notiz Pufendorf's (Rer. Suec. XXVI. §. 17.), als ob Waldeck auf seinen Namen ein Reiterregiment für Bremen gegen Schweden habe werben lassen, ernstlich zu nehmen; so weit hat weder er, noch der Kurfürst sich jemals in dieser Sache engagirt (s. u.).

[1]) So äußert der lübeckische Gesandte in Regensburg, Dr. Gloxinius, in einer Vorstellung zu Gunsten Bremens bei den brandenburgischen Gesandten: „dum Romae deliberatur, Saguntum perit; alle der Krone Schweden nahe gesessenen Reichsstände hätten bereits einen panicum terrorem.“ (Reichstagsbericht dat. Regensburg 18. Febr. 1653.)

[2]) Diese ganze Seite der Beziehungen des Lothringers nach Deutschland hin ist in dem sonst sehr reichhaltigen Werk von d'Haussonville histoire de la réunion de la Lorraine à la France sehr vernachlässigt. Natürlich überwogen für ihn bei weitem die Beziehungen zu Spanien und Frankreich; doch verschlang sich dies enger mit den deutschen Verhältnissen als der Verfasser erkennen läßt.

in Süddeutschland Theil genommen, nicht ohne gelegentlich auch auf eigene Faust mit den Franzosen zu unterhandeln; doch da diesen im Grunde an ernstlicher Versöhnung mit ihm wenig gelegen war [1]), hatte er immer wieder den Weg zu Spanien zurückgefunden, wo man seine Dienste ebenso schätzenswerth hielt, als man ihm selber aufs höchste mißtraute.

Es wäre schwer, mit Sicherheit zu sagen, worauf die Pläne dieses Lothringers eigentlich hinausliefen. Darin war er jedenfalls ein ächter Sohn seines Hauses, daß sie von ziemlich weitschweifender Vermessenheit, von einem gewissen phantastischen Anstrich waren und bei der einfachen Wiedereinsetzung in sein Erbland schwerlich stehen blieben. Sowie in eben dieser Zeit ein anderer Angehöriger seines Hauses, Graf Harcourt, sich ebenfalls von den Franzosen trennte und im Bunde mit Spanien und dem Kaiser sich in Projecten auf die Errichtung eines eigenen lothringischen Fürstenthums im Elsaß oder an einem andern Punkte des südwestlichen Deutschland's erging [2]): so hegte Herzog Karl unzweifelhaft ähnliche, wahrscheinlich noch umfassendere Pläne [3]). Er wußte ungeheuere Geldsummen aufzubringen; als im Februar 1654, wie wir erzählen werden, die Spanier endlich seinem Treiben durch seine Verhaftung in Brüssel ein Ende machten, fand man Juwelen und andere Werthgegenstände, die auf nahe an sechs Millionen geschätzt wurden, sowie 300,000 Livres an baarem Gelde und das doppelte in Wechselbriefen; den weit größeren Theil seines Vermögens aber, wurde man inne, hatte er außer Landes, besonders bei schweizerischen Handelshäusern, in Sicherheit gebracht [4]).

---

[1]) Vergl. Urk. u. Actenst. IV. 444.

[2]) v. Ranke Französische Geschichte III. 155.

[3]) Daß er einmal daran gedacht, Kaiser zu werden, führt d'Haussonville II. 276 nach einer handschriftlichen Lebensbeschreibung an; ein freilich ganz in der Luft schwebendes Gerücht über seine Absichten auf die Kurwürde erzählt Pfanner S. 333. Auf beides ist nicht viel Gewicht zu legen. Sehr bezeichnend aber ist das merkwürdige „politische Testament" aus dem Jahr 1687, welches d'Haussonville III. 464ff. mittheilt.

[4]) Berichte des brandenburgischen Residenten in Brüssel A. de Staveren dat. 5. und 12. März 1654. Ueber die Art, wie er das Geld zusammenbrachte vgl. auch Beauvau Mémoires S. 89.

Bei seinem vertrautesten Secretär, Saint Martin, fand man, wie behauptet wurde, Papiere, welche die geheimen Pläne des Herzogs als überaus kühn und der Vollendung ganz nahe erkennen ließen, Pläne, die, wie es hieß, noch vor Ablauf des Jahres ihn „zu einem der mächtigsten Fürsten der Christenheit“ machen sollten [1]).

Mag nun immer theils das vergrößernde Gerücht, theils die eigene Ueberschwänglichkeit des Herzogs diesen Projecten eine größere Bedeutung beigelegt haben, als sie in Wirklichkeit vielleicht besaßen — ein Fürst ohne Land, voll unruhiger Pläne und mit einer nicht unbeträchtlichen Armee war für alle benachbarten Staaten ein Umstand von ganz unberechenbarer Gefahr. Jahr um Jahr ließ der Lothringer sich seine Armee von den Spaniern für große Summen abdingen, aber dennoch wußte er sich die Disposition darüber möglichst frei zu halten und verwandte dieselbe fast ganz als selbständige kriegführende Macht. Der Eintritt in den westfälischen Frieden war ihm versagt worden; er legte dem Kaiser und dem Reich diese Ausschließung, als Preisgebung eines alten verdienten Bundesgenossen, vorzüglich zur Last; fortan fühlte er sich auch nach keiner Seite hin gebunden und hielt sich berechtigt, von dieser Stellung jeden willkürlichen Gebrauch zu machen [2]).

Die Reichsstände an den westlichen Grenzen von Deutschland bekamen bald genug die Wirkungen zu spüren. *Zunächst der Kurfürst von Brandenburg. Ungestraft hatten die lothringischen Truppen, von dem Neuburger gerufen, in den Jülich'schen Krieg von 1651 eingreifen dürfen; ihr Eintreten hatte nicht wenig dazu beigetragen,

---

[1]) Bericht Staveren's dat. Brüssel 12. März 1654; nach einem bei St. Martin gefundenen Schriftstück ohne Unterschrift u. Datum: „tout estoit tellement disposé et proportionné selon le projet et fantaisie du Ducq, que, si Dieu ne l'empeschoit point dans son dessein, qu'au bout de cette année il seroit un des plus puissants princes de toute la Chrestienté.“ Und weiterhin: „On sçait d'asseurance que le Ducq avoit faict un amaz d'argent si excessif dans la Suisse, qu'il eust été capable d'avoir à la main à tout moment la plus puissante armée, qu'on eust jamais veu par deçà.“ (Berl. Arch.)

[2]) Seit dem westfälischen Frieden, sagt eine handschriftliche zeitgenössische Biographie des Herzogs, wurde er ein anderer: „il eut un égal mépris pour toutes les nations: Allemands, Français et Espagnols, tout lui devint ennemi.“ d'Haussonville II. 273.

den Zwiespalt zu schärfen. Nach Beendigung desselben hatten sie diese Lande wieder geräumt. Der Herzog vereinigte seine Armee jetzt mit der des Prinzen Condé, den als den bedeutendsten dieser französischen Parteigänger auf spanischer Seite die Wechselfälle des Bürgerkriegs und der Haß gegen Mazarin in die Arme der Spanier getrieben hatten. Beide hatten das Bedürfniß, ihre Truppen, auf denen ihre Zukunft beruhte, sich zu erhalten, aber möglichst auf fremde Kosten. So wurden diese Lothringer und Condé'er jetzt die Geißel der Lande auf und nieder am Rhein, links und rechts von dem Strome; besonders die Gebiete der ohnmächtigen kleineren und kleinsten Reichsstände in diesen Gegenden — „mes petits cousins" sagte der Lothringer mit dem höhnischen Humor, der ihm eigen war [1]) — suchten sie heim, plündernd, aufzehrend, wo sie erschienen; völlig unbekümmert darum, daß diese Gebiete weder mit ihnen noch mit Spanien sich im Kriegszustand befanden.

Eine Raubwirthschaft im Großen, die nun neben dem sicheren Rückzug in die spanischen Niederlande für den Herzog von Lothringen noch besonders dadurch unterstützt wurde, daß er von den Zeiten des Krieges in Deutschland her noch eine Anzahl fester Plätze auf deutschem Boden besaß, die er, als ausgeschlossen vom westfälischen Frieden, sich beharrlich weigerte zu räumen; zum Theil Festungen von großer militärischer Wichtigkeit, wie den Hammerstein bei Neuwied, dem Kurfürsten von Trier gehörig, Landstuhl, die alte Sickingensche Veste, Homburg, dem Grafen von Nassau-Saarbrück zuständig, nach der anderen Seite hin Saarwerden u. a. Auf diese Plätze gestützt, mit einer schlagfertigen Armee zur Hand beherrschte er in der That ein weites Gebiet am mittleren Rhein militärisch vollständig und die gesammten westlichen Grenzlande des Reichs von den Trierischen Gebieten bis zu den clevischen Landen des Brandenburgers standen unter dem Druck dieser ganz anomalen und unberechenbaren Gefahr, die über jeden einzelnen in jedem Augenblick hereinbrechen konnte.

War es möglich, daß solche Zustände angesichts des westfälischen Friedens, angesichts von Kaiser und Reich geduldet wurden?

---

[1]) Aitzema III. 849.

Es liegen keine äußeren Beweise vor, daß der kaiserliche Hof dem Treiben Condé's und des Lothringers directen Vorschub geleistet habe. Wenn es gleichwol von vielen behauptet wurde, so spricht sich darin nur die allgemeine Ueberzeugung aus, daß die Interessen des Kaisers in der That auf der Seite derjenigen lagen, die jetzt die westlichen Reichslande brandschatzten und den kaum geschenkten Frieden hier zur Täuschung machten. Nur mit dem äußersten Widerstreben hatten sich, wie man weiß, die deutschen Habsburger im Jahr 1648 den Frieden mit Frankreich für sich und das Reich aufzwingen lassen, welcher Spanien nicht einschloß. Die Noth hatte es erzwungen; Oesterreich hatte in dem Frieden die Verpflichtung übernehmen müssen, Spanien nicht ferner gegen Frankreich zu unterstützen. Aber was galt eine solche Zusage? Durch das ganze Jahrzehnt zwischen dem westfälischen und dem pyrenäischen Frieden zieht sich eine ununterbrochene Kette von Contraventionen gegen diesen Artikel von Seiten der österreichischen Politik hindurch, ja es ist einer der vorherrschenden Gesichtspunkte derselben, diese Bestimmung des Friedens zu umgehen und durch versteckte Hilfleistungen, sei es in Italien oder in den Niederlanden, die Verbindung mit der spanischen Monarchie — schon stand das Aussterben der spanischen Linie am Horizont — so eng als möglich aufrecht zu erhalten.

Da konnte es nun wol kommen, daß auch für den kaiserlichen Hof diese lothringischen Gewaltthätigkeiten in den rheinischen Grenzlanden eine Unbequemlichkeit wurden, besonders als jetzt auf dem Reichstag in Regensburg die Geschädigten und ihre Freunde mit Macht die Stimme erhoben über die Schutzlosigkeit der Reichsstände mitten im Frieden — aber die Freunde und Helfer Spaniens blieben die Friedensbrecher darum doch nicht weniger; ein energisches Auftreten des Kaisers gegen sie war nicht zu erwarten.

Aber dem von den Ständen an das Reichsoberhaupt gestellten Anspruch, daß zu ihrem Schutze etwas geschehen müsse, konnte er sich doch wenigstens formell nicht entziehen, um so weniger als die Kläger besonders die drei geistlichen Kurfürsten und der von der Pfalz waren, deren er bei dem eben beginnenden Reichstag und bei der bevorstehenden Königswahl nicht entrathen konnte. Im Januar 1653

wurde der kaiserliche Reichshofrath Graf Starhemberg mit der officiellen Aufforderung an den Lothringer abgesandt, seine Truppen vom Boden des Reichs abzuführen und die besetzten Festungen ihren rechtmäßigen Herren zurückzustellen [1]); zugleich richtete der Kaiser ein entsprechendes Schreiben an seinen Bruder, den Erzherzog Leopold Wilhelm, den Statthalter der spanischen Niederlande, in dessen Schutz sich der Herzog von Lothringen befand.

Die Antwort des Aufgeforderten lautete, wie zu erwarten: mit aller Devotion gegen den Kaiser erklärte er sich bereit, den Befehlen desselben nachzukommen; doch deutete er an, daß ohne eine gewisse Entschädigung ihm die Räumung nicht zugemuthet werden könne; zur Verhandlung darüber werde er einen Gesandten an Kaiser und Reichsstände nach Regensburg schicken.

Damit war denn die Sache glücklich in das Fahrwasser endloser diplomatischer Verhandlungen gebracht. Der Herzog beeilte sich durchaus nicht, dieselben zu beginnen. Erst im Juni 1653 erschien sein Gesandter, Nicolas Fournier in Regensburg; mit der Versicherung daß die von dem Herzog dem Reich geleisteten Dienste eigentlich unbezahlbar, seine für dasselbe erlittenen Verluste unschätzbar seien, gab er zugleich die Erklärung ab, daß gegen Zahlung einer Million Rth. der Herzog bereit sei, die drei Plätze Hammerstein, Landstuhl und Homburg zu räumen [2]).

Es ist wenig ersprießlich, die schmachvollen Verhandlungen im einzelnen zu begleiten, welche jetzt folgten. Wol wurde hin und wieder ein Ruf der Entrüstung laut, daß dieser länderlose Abenteurer es wagen durfte, hier auf der feierlichen Versammlung der deutschen Fürsten und ihres Kaisers das Reich mit Schatzung belegen zu wollen: wozu gebe es eine Reichsexecutionsverfassung, wenn man sie hier nicht in Anwendung bringen wolle? das ganze Reich oder doch die nächstgelegenen Kreise müßten zu den Waffen greifen, die Schmach abzuwehren. Aber eben der Kaiser selbst war es, der am eifrigsten

---

[1]) Die officielle, den Reichsständen mitgetheilte Instruction Starhemberg's dat. Regensburg 22. u. 31. Dec. 1652 s. bei v. Meiern I. 156 ff., wo auch die Antwort des Lothringers dat. Brüssel 28. Febr. 1653.

[2]) Ebendas. I. 267 f.

für die Forderungen des Lothringers warb. Ihm war es ein doppelter Gewinn, wenn sie erfüllt wurden: mit ihrem eigenen Gelde erkauften sich dann die Reichsstände den Schutz, den ihnen der Kaiser mit Gewalt nicht ohne Verletzung seiner politischen und Hausinteressen hätte gewähren können, und andererseits kam die Loskaufsumme doch eben dem Verbündeten der Spanier und somit indirect der gemeinsamen habsburgischen Sache zu Gute. Ebenso aber drängten zu dieser Lösung nicht nur all die Stimmen hin, die unter dem Einfluß des kaiserlichen Hofes standen, sondern auch die unmittelbar Geschädigten und Bedrohten selbst, die wol erkannten, daß, wie die Dinge im Reich jetzt lagen, an eine andere Rettung nicht zu denken war.

So betrat man den Weg des Loskaufs. Bis gegen Ende des Jahres währte es, ehe man zu einem Resultat kam. Von der geforderten Million wurde über ein Drittel gekürzt; gegen Zahlung von 300,000 Rth., schien es, werde der Lothringer endlich wenigstens die drei Plätze räumen, auf die es vorzugsweise ankam, und seine Truppen vom Boden des Reichs hinwegführen [1]).

Man stand im Begriff abzuschließen, da kam die Nachricht von neuer Gewaltthat.

Im December 1653 brachen die vereinigten Truppen Condé's und des Lothringers, nachdem der Feldzug dieses Jahres wenig günstig gewesen war, plötzlich in das Stift Lüttich ein, mit der Erklärung, in demselben ihre Winterquartiere nehmen zu wollen. Bischof von Lüttich war der Kurfürst Maximilian Heinrich von Cöln, aus dem Hause Baiern, der Vetter des jetzigen bairischen Kurfürsten Ferdinand Maria. Wie die meisten weltlichen Landesherrn der Zeit lag er mit seinen Ständen, wie die meisten geistlichen, mit seinem Domkapitel in mannichfachem Zerwürfniß. Der Herzog von Lothringen verfehlte nicht, dies zu benutzen; in einem Manifest, welches er bald nach dem Einmarsch der Truppen verbreiten ließ, verkündigte er, daß er gekommen sei, das Land von der Tyrannei seines Bischofs

---

[1]) S. den Receß zwischen Fournier und den kaiserlichen Commissaren dat. Regensburg 6/16. Dec. 1653, ebendas. I. 714.

zu befreien und forderte die Stände zum Abfall auf [1]). Inzwischen verfuhren die Streitkräfte der beiden verbündeten Fürsten von Anfang an völlig als Feinde in dem Land; wo sie Widerstand fanden, brauchten sie Gewalt; einige kleine feste Plätze, wie Fosse und Herck, deren Besatzungen die Uebergabe weigerten, wurden belagert und genommen; die nöthige Artillerie lieferten die Spanier aus der benachbarten Festung Namür [2]).

Selbst für die Geduld eines deutschen Reichstags begann die angethane Schmach nun doch allmälig zu stark zu werden. Das Bisthum Lüttich war ein deutsches Reichsland, dem westfälischen Kreise zugehörig, sein unbestrittener Landesherr einer von den Kurfürsten des Reichs. Ohne jede berechtigende äußere Veranlassung war hier der Friede räuberisch gebrochen worden, in einem Moment, wo mit dem einen dieser Friedensbrecher das Reich einen Abfindungsvertrag abzuschließen im Begriff stand, der bereits bis an die äußerste Grenze ohnmächtiger Nachgiebigkeit ging. Und diese neue Gewaltthätigkeit wurde verübt von zwei Parteigängern Spaniens, mit offenkundiger Begünstigung, ja selbst directer Unterstützung von Seiten des spanischen Statthalters in Brüssel; der Kurfürst von Cöln erbot sich in Regensburg, aus aufgefangenen Briefen den Beweis zu liefern, daß namentlich Condé direct auf spanischen Befehl gehandelt habe [3]). Und solche Feindseligkeiten durften geschehen vom Boden des burgundischen Kreises aus, für den ein spanischer Gesandter im Fürstenrathe des Reichstags saß und eben jetzt über den Vertrag verhandelte, kraft dessen eine bisherige Reichsstadt, Besançon, dieses Charakters entkleidet und der Krone Spanien als landsässige Stadt zugeeignet

---

[1]) Gedrucktes Plakat dat. 4. Jan. 1654. (Berl. Arch.) Ein Gewebe von Unwahrheiten ist alles, was in dem lothringischen Memoire über diese Vorgänge in der Histoire de l'emprisonnement de Charles IV. Duc de Lorraine (von Dubois. Cologne 1688) S. 28 gesagt ist; so namentlich die angeblich von Fournier aus Regensburg gegebene Nachricht: „que l'Empereur et l'Empire lui accordaient ce quartier par compassion; mais que ce devoit être le dernier."

[2]) Zahlreiche Einzelheiten in den Briefen des Kurfürsten Maximilian Heinrich, der sich in Lüttich befand, an den Kurfürsten Friedrich Wilhelm. (Berl. Arch.)

[3]) Protokoll des Kurfürstenrathes vom 3/13. Jan. 1654. (Berl. Arch.)

werden sollte [1]). Was konnte mit diesem Verfahren anders bezweckt sein, als entweder eine neue Losreißung vom Reich oder der Versuch, Deutschland gegen seinen Willen wieder in den noch unbeendigten Krieg zwischen Frankreich und Spanien hineinzuziehen? In der That, der französische Gesandte in Regensburg protestirte feierlich, daß mit dem Einfall der Spanier in Lüttich der deutsch-französische Frieden gebrochen sei; französische Truppen wurden zusammengezogen, um ungerufen dem Kurfürsten von Cöln zu Hilfe gleichfalls in das Stift einzurücken — es bedurfte nicht viel weiter, so wurde von diesem Punkte aus das Reich mit Gewalt wieder hineingezogen in den Strudel des französisch-spanischen Krieges, die spanische Politik hatte ihr Ziel erreicht, der verhaßte westfälische Friede wurde als glücklich beseitigter Zwischenfall zu den Acten gelegt, bis das Interesse des habsburgischen Hauses es besser als jetzt gelegen finden würde, Deutschland den Frieden zu gönnen.

Wie verhielt Brandenburg sich zu dieser neuen Lage der Dinge?

Während des ersten Stadiums der lothringischen Verhandlungen, im Sommer 1653, so lange die Blumenthal'sche Richtung noch das Berliner Cabinet beherrschte, wich dasselbe auch in dieser Frage nicht aus jenen Bahnen unselbständiger Hingabe an die Führung des kaiserlichen Hofes, worin wir es verfolgt haben. Man empfand den vollen Schimpf des Loskauftractats, den der Kaiser zu Gunsten des Lothringers dem Reiche zumuthete; aber man fügte sich darein, in demselben das einzige practicabele Mittel zu sehen; der Gedanke, die Reichswaffen gegen den Lothringer aufzubieten, ward auch von Brandenburg als unthunlich abgelehnt [2]). In dieser Richtung bewegten sich die Rathschläge Blumenthal's und seiner Collegen bis zu dem geschilderten Umschwung in Berlin: sie halfen von der ge-

---

[1]) Die sogenannte „Transscription von Bisanz". S. v. Meiern I. 705 ff. 879 ff.

[2]) Der Kurfürst an die Reichstagsgesandtschaft dat. Cölln a. Sp. 31. Juli (10. Aug.) 1653. „Wir halten nach wie vor dem Reich und ihnen (den Angegriffenen) selbst viel erträglicher zu sein, die vom Herzog von Lothringen inhabende Oerter mit Gelde abzukaufen, als durch Reichsverfassung, Inhalts der Reichssatzungen, dieselbe zu recuperiren zu suchen." (Berl. Arch.)

forderten Geldsumme möglichst viel abzuhandeln, und auch der übliche Versuch ward nicht versäumt, für den brandenburgischen Antheil an der Zahlung eine Befreiung durchzusetzen [1]).

Es entging natürlich dem Herzog von Lothringen nicht, daß trotzdem von allen Feinden, die im deutschen Westen von seinem Raubsystem betroffen oder bedroht wurden, Brandenburg der bei weitem gefährlichste war. Den geistlichen Kurfürsten gegenüber fühlte er sich vollkommen sicher; mit dem übermüthigsten Hohn spottete er oft in der ihm eigenen skoptischen Laune über ihre Ohnmacht [2]). Den Kurfürsten von Brandenburg dagegen hielt er doch immer mit einer gewissen Scheu im Auge. Er hätte in dem Jülich'schen Krieg von 1651 sich gleich gern mit ihm, wie mit dem Neuburger verbündet, wenn er in gleicher Weise von jenem gesucht worden wäre. Seitdem hatten die clevischen Lande beständig in der Furcht geschwebt, daß bald auch an sie die Reihe der lothringischen Winterquartiere kommen werde; doch waren sie verschont geblieben. Vielmehr warb der Herzog eifrig um die Freundschaft des Kurfürsten; während man im Sommer 1653 in Regensburg über Geldentschädigung für den Herzog verhandelte, ließ er dem Kurfürsten in dringendster Weise eine Alliance antragen, was natürlich abgelehnt wurde [3]); er unterhielt Spione am Berliner Hofe, die ihm aufs genauste über alle Vorgänge an demselben unterrichteten [4]).

Der neue Gewaltstreich gegen das Stift Lüttich traf nun Brandenburg bereits auf neuen Wegen. Er fand den Kurfürsten ent=

---

1) Derselbe dat. Cölln a. Sp. 1. (11.) Oct. 1653; mit Hinweis auf die brandenburgische Gegenforderung für die vierjährige Vorenthaltung von Pommern. (s. oben S. 72.)

2) Mémoires de Beauvau S. 89.

3) Berichte Staveren's aus Brüssel im Sommer 1653. (Berl. Arch.). S. den Bericht vom 1. Oct.: „le dessein du Ducq est de s'allier avecq V. Alt. El. contre les Estats d'Hollande, soubs prétexte de la restitution de Ses villes d'Emmeryck, Rees, Wesel etc., et au défaut de celuy contre le Sr. Ducq de Neubourgh.“ Staveren widerräth eifrig, sich irgendwie mit dem Herzog einzulassen.

4) Fürst Johann Moritz von Nassau an den Kurfürsten dat. Cleve 1. Oct. 1653 (eigenhändig und chiffrirt): „der Lothringer weiß alle Partikularitäten, was am brandenburgischen Hof, ja Kammer vorgehet.“ (Ebendas.)

schlossen, diesen abermaligen Uebergriff der habsburgischen Parteigänger nicht ruhig hinzunehmen und Waldeck, jetzt an der Spitze der Geschäfte, bereit, diese unerwartete Wendung durch eine kühne Taktik zum Ausgangspunkt für einen neuen Aufschwung der brandenburgischen Politik zu machen. Die Gesandten in Regensburg erhielten Befehl, die Zustimmung des Kurfürsten zu der lothringischen Geldabfindung zurückzunehmen und auf die Anwendung von Gewalt zu dringen. Allen Versuchen, den Reichstag zu aufreizenden Beschlüssen gegen die Niederlande oder Frankreich zu treiben, sollten sie sich widersetzen. Dem Hilferuf des Kurfürsten von Cöln ward mit der Anzeige geantwortet, daß brandenburgische Hilfstruppen sich in den nächsten Tagen auf den Marsch begeben würden.

Im Norden Bremen von den Schweden bedroht, im Westen eine ganze Provinz des Reichs von spanischen Parteigängern überschwemmt. Gab es einen Zusammenhang zwischen diesen beiden Angriffen?

Es liegen keine ausreichenden Beweise für diese Vermuthung vor. Aber allerdings, daß die Politik der Königin Christine in dieser letzten Zeit ihres Regiments dem Gedanken einer Alliance mit Spanien — das England Cromwell's als die dritte Macht in dem wunderlichen Bunde — immer näher trat, ist nicht zu verkennen. Was stand bevor, wenn die schwedische Politik von der Weser, die spanische von der Maas her vordringend sich die Hand reichten? Am Niederrhein, in den clevischen Landen mochten sie sich begegnen. Und auf die clevische Erbschaft machte der Zweibrückener Pfalzgraf Karl Gustav, den man jetzt bereits als den baldigen Nachfolger Christinens auf dem schwedischen Thron betrachten durfte, für sich und sein Haus Ansprüche, die bis jetzt niemals nachdrücklich geltend gemacht, aber auch nie aufgegeben worden waren, und die bald in ein ganz anderes Licht zu treten drohten, wenn ihr Erbe zugleich König von Schweden sein würde [1]).

---

[1]) Raban von Canstein in einer Relation vom niedersächsischen Kreistag dat. Braunschweig 22. Oct. 1654 berichtet, daß, wie ihm erzählt werde, „einige vornehme schwedische Ministri sich hätten vernehmen lassen, daß, so viel diese

Aussichten, welche es für Brandenburg allerdings höchst dringlich erscheinen lassen mußten, in diesen westlichen Gebieten für alle Fälle mit starker Hand bereit zu sein. Mit der Aufgabe, hier, so gut es die gegebenen Kräfte erlaubten, für die nationale Pflicht der Grenzwehr einzutreten, die der Kaiser schmachvoll versäumte, verknüpfte sich aufs engste die unmittelbarere Nothwendigkeit, die eigenen bedrohten Interessen energisch zu schützen. Die Verbindung, auf welcher fortan, indem sie der eigenste Inhalt der preußischen Politik wurde, die Entwickelung dieses Staates und seine historische Bedeutung beruhte.

Doch würden wir die ungemein verwickelte Natur dieser Verhältnisse nicht völlig erfassen, wenn wir den Blick nicht noch auf eine andere Reihe von Beziehungen richteten, die sich mit den so eben betrachteten aufs engste verschlingen.

Der Kreistag zu Essen.

Die Territorien des brandenburgischen Staates in seiner jetzigen Zusammensetzung vertheilten sich auf drei von den zehn Kreisen des Reichs, auf den ober- und niedersächsischen und den westfälischen.

Die deutsche Kreisverfassung bildet ein Mittelglied zwischen der allgemeinen Reichsverfassung und zwischen den Organen der einzelnen Territorialregierungen. Ein nicht unbeträchtliches Gebiet von Interessen fiel (ausgenommen natürlich die Bereiche, wo das Gebiet eines Kreises vollständig oder zum überwiegend größten Theil einem einzigen Landesherrn zugehörte) der Kreisverwaltung anheim. Auf den Kreistagen vollzieht sich ein Stück des inneren politischen Lebens der Nation, welches in der Geschichte des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts bis jetzt meistens zu wenig berücksichtigt worden ist.

Und nicht ausschließlich des *inneren* politischen Lebens. Wir sehen, wo es die Verhältnisse mit sich bringen, die Kreise auch als

---

Jülich'sche Sache anreichet, der itzige König fast besser als gegen Bremen fundirt wäre." Er fügt hinzu, daß darüber auch kürzlich unter der Hand ein schwedisches Manifest gedruckt worden sei. (Berl. Arch.)

Körperschaften auftreten, die eine über die Grenzen ihrer Landschaft weit hinausgreifende politische Thätigkeit entfalten; sie schließen Verträge unter einander und mit auswärtigen Mächten, sie schicken und empfangen Gesandtschaften, sie treten als selbständig verhandelnde, unter besonderen Verhältnissen wol gar als kriegführende Mächte auf.

Die Kreisverfassung war, wenn nicht einer Entwickelung, so doch, wenigstens für gewisse Theile des Reichs, einer Benutzung fähig, wodurch zwischen das Reich als Ganzes und zwischen die einzelnen Territorien eine Reihe geschlossener politischer Körper sich einschob, welche einen auf wirkliche Interesseneinheit begründeten Zusammenhang darstellten.

Nun war freilich, wie einmal die Natur der deutschen Verhältnisse es mit sich brachte, nicht dieser einheitliche Zusammenhang das Gewöhnliche, sondern auch hier im engeren Umkreis überwogen zumeist die centrifugalen Tendenzen, die Abneigung gegen jede Art von Unterordnung, die Rivalität Gleichmächtiger; und um so mehr natürlich, je wichtiger in jedem einzelnen Fall die zu treffenden Entscheidungen waren. So daß für gewöhnlich die Kreistage das Bild ohnmächtiger Zerfahrenheit im kleineren wiederholten, welches die Reichstage im größeren boten.

Die Hauptmasse der brandenburgischen Reichslande gehörte zu dem obersächsischen Kreise. Neben ihnen bildeten die kursächsischen Lande den Hauptbestandtheil desselben. Die Rivalität zweier sich ungefähr aufwiegender Mächte hatte die nothwendige Folge, daß hier durch sie die Thätigkeit des Kreises, als politischen Körpers, fast völlig lahm gelegt wurde. Nur in den seltenen Fällen, wo Sachsen und Brandenburg ein gemeinsames Ziel hatten, konnte der obersächsische Kreistag ein Organ für die Erreichung desselben werden.

Wichtiger war das Verhältniß zum niedersächsischen Kreise. Hier war das Mischungsverhältniß ein anderes; er umfaßte eine Anzahl Territorien von mittlerer Macht und Größe, unter denen keines vermochte eine unbedingt dominirende Stellung zu beanspruchen, es sei denn, daß es sich auf eine Macht stützte, die außerhalb des Kreises lag. Dadurch war ein engeres bundesmäßiges Zusammen-

schließen wesentlich erleichtert. Brandenburg besaß in diesem Kreise für jetzt das Fürstenthum Halberstadt; nach dem Ableben des jetzigen Inhabers, des Herzogs August von Sachsen, sollte ihm überdies das Herzogthum Magdeburg zufallen, auf welchem, abwechselnd mit dem Herzogthum Bremen, das Amt des „kreisausschreibenden Fürsten“ und das Directorium des Kreises ruhte.

Für Brandenburg mußte eine enge Verbindung mit diesem Kreise von besonderer Wichtigkeit sein; seine Lande begrenzten die Kurlande fast in ihrer ganzen Ausdehnung; die Stände desselben waren durchweg protestantisch; hier lag offenbar das Gebiet, wo sich naturgemäß ganz vorzugsweise der Einfluß zu gründen und zu entfalten hatte, den Brandenburg als die größte einheimische protestantische Macht in Norddeutschland zu erreichen versuchen mußte.

Für's erste war ihm darin, wie wir gezeigt haben, Schweden zuvorgekommen. Durch seine Hildesheimer Alliance mit den braunschweigischen Fürsten übte es einen beherrschenden Einfluß in dem Kreise aus. Aber schon hatte derselbe durch die Gewaltpolitik Schwedens gegen Bremen, durch sein mannichfach zweideutiges Verhalten während des Reichstags einen Stoß erhalten; Brandenburg durfte hoffen, durch geschickte Benutzung der Umstände hier das Uebergewicht der nordischen Macht brechen und sich selbst eine angemessene Stellung gründen zu können.

Eben dahin mußte auch in dem benachbarten Kreise, dem die clevischen Lande des Kurfürsten und das Fürstenthum Minden angehörten, das Bemühen Brandenburg's gerichtet sein.

In diesem aber, dem westfälischen Kreise, war die Lage bei weitem am bedrohlichsten. Der Stimmenzahl nach — es standen siebzehn katholische gegen fünfundzwanzig evangelische Stimmen — hatte das protestantische Element hier die Oberhand; auch das Haus Braunschweig gehörte zu dem Kreise durch die Grafschaften Hoya und Diepholz, sowie Hessen-Kassel durch seinen Antheil an der Grafschaft Schaumburg, Schweden-Bremen für das Fürstenthum Verden; aber der katholischen Partei gehörten die mächtigsten und rührigsten Fürsten dieses Theiles von Deutschland an, der Kurfürst von Cöln für sein Bisthum Lüttich, der intrigante Bischof von Münster, Christoph

Bernard von Galen, vor allem der geschworene Feind Brandenburg's, der Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg für das Herzogthum Jülich.

Und eben dieser nun war voll der unruhigsten Pläne, um sich die Macht des Kreises gegen den Erbfeind in Cleve dienstbar zu machen. Die von dem Herzog von Lothringen in der Nachbarschaft hervorgerufenen Wirren gaben ihm willkommene Gelegenheit, und er selbst stand noch von dem Kriege von 1651 her mit demselben in so vertrauter Verbindung, daß der Verdacht nicht ohne Anhalt war, er sei den Plänen des Lothringers nicht fremd. Auf seine Veranstaltung trat im September 1653 der westfälische Kreistag zu Essen zusammen. Das Recht des Ausschreibens eines solchen Tages stand verfassungsmäßig dem Bischof von Münster gemeinsam mit dem Herzog von Jülich, Cleve und Berg zu, das Directorium der Versammlung den genannten Fürsten abwechselnd, und die Ausübung dieser Rechte bildete seit dem Beginn des Erbstreites einen Gegenstand unaufhörlicher Controversen zwischen Brandenburg und Neuburg. Jetzt hatte Philipp Wilhelm im Einverständniß mit dem Bischof von Münster sowol die Berufung des Kreistags als den Vorsitz auf demselben, als ihm allein zustehend, einfach thatsächlich in Beschlag genommen; er hatte nicht einmal den Versuch gemacht, sich mit Kurbrandenburg vorher zu verständigen [1]); die Neuburgischen Gesandten in Essen erklärten, daß ihnen nicht nur die alleinige Führung des Directoriums, sondern auch die der Gesammtstimme für die sämmtlichen Erbschaftslande zustehe; es sei von jeher Brauch gewesen, daß für Jülich, Cleve, Berg, Mark ꝛc. nur eine Stimme auf dem Kreistag geführt worden sei und daß das Vorrecht der Führung Jülich zugestanden; Vertreter von Cleve und den anderen dürften höchstens zur Berathschlagung, aber keines Falls zu Sitz und Stimme zugelassen werden.

Es war der kühnste Versuch, der bis jetzt von Neuburgischer Seite gemacht worden war, um Brandenburg in diesen Bereichen

---

[1]) Gegen die bezügliche noch geltende Bestimmung des Provisionalvergleichs von 1647. (v. Mörner Kurbrandenb. Staatsverträge S. 139.)

einfach zu einem Anhängsel seines katholischen Rivalen herunterzudrücken und ihm jede Möglichkeit eines verfassungsmäßigen Einflusses auf die Angelegenheiten des westfälischen Kreises abzuschneiden. Aber Philipp Wilhelm hatte seinen Plan geschickt in's Werk gesetzt. Die katholischen Stimmen des Kreises waren sehr vollzählig zur Stelle, sie hatten die Majorität gegen die anwesenden protestantischen Kreisstände; zwei clevische Räthe, von Heiden und Dr. Pabst, welche in Essen erschienen, um für Cleve und die zugehörigen Lande ihren Sitz einzunehmen, wurden von dem Directorium in dem obigen Sinne beschieden und reisten, da sie die Majorität für den Pfalzgrafen sahen, mit Hinterlassung eines Protestes ab [1]).

Und nun hatte die katholische Partei freie Hand. Die weiteren Beschlüsse der Versammlung wurden ganz im Sinne des Neuburgischen Directoriums gefaßt. Vor allem wurde die militärische Rüstung des Kreises beschlossen, die „Kreisverfassung," wie der technische Ausdruck der Zeit lautet. Ein Corps von 2800 Mann Infanterie und 1200 Reitern soll aufgebracht werden; zu Werbung und Unterhalt desselben wird den Kreisständen eine Steuer von vier Römermonaten auferlegt; zum Kreisobersten wird der früher in kaiserlichen, jetzt in den Diensten des Neuburgers stehende Feldmarschall Reuschenberg ernannt, der in dem Jülich'schen Krieg von 1651 die Truppen des Pfalzgrafen befehligt hatte und in dem Rufe stand, ein erbitterter Feind der Evangelischen zu sein [2]); als „Adjuncten" aus der Reihe der Kreisstände werden ihm der Bischof von Lüttich (Kurfürst von Cöln), der Abt von Werden, die Reichsstadt Aachen beigegeben.

Als ob der westfälische Kreis ein ungemischt katholischer wäre, oder als ob das jetzige Reichsgrundgesetz der Parität auf ihn keine Anwendung hätte, waren somit sämmtliche Aemter desselben in katholische Hände gelegt worden. Die anwesenden protestantischen Stände unterließen nicht, sich zu verwahren; man beeilte sich, ihnen die Entscheidung über den Kopf zu nehmen; mit möglichster Beschleunigung ward ein Kreisabschied aufgesetzt, und es gelang, doch auch die wider-

[1]) Relation des braunschweigischen Gesandten Dr. Justus Bruning vom Essener Kreistag, nach seiner Rückkehr abgelegt. (Copie im Berl. Arch.)

[2]) Urk. u. Actenst. IV. 102.

strebenden zu überrumpeln und zur vorläufigen Anerkennung zu bringen; unter dem Vorbehalt der nachträglich noch herzustellenden Parität von Seiten der Evangelischen ward der Kreisabschied unterzeichnet und publicirt; auf eine demnächst anzustellende Zusammenkunft in Minden behielten sich die Evangelischen die weiteren Verabredungen über ihre Einwände vor; die Frage des brandenburgischen Anspruchs auf Sitz und Stimme, sowie auf die Theilnahme am Kreisdirectorium wurde unentschieden zur Seite gelegt [1]).

Was war der Sinn aller dieser Vorgänge? Stand Philipp Wilhelm mit diesem seinem Vorgehen isolirt oder knüpften sich weiter verzweigte Pläne und Verbindungen daran? Von Regensburg her beeilte sich Blumenthal zu versichern, daß der Kaiser das Verfahren des Pfalzgrafen höchlich mißbillige und in keinerlei Verbindung damit stehe [2]); das mochte sein, es gab eben verschiedene Parteien am kaiserlichen Hof. Aber von anderer Seite her lauteten die Nachrichten anders. Daß der Pfalzgraf mit dem Herzog von Lothringen unter einer Decke spiele, ward von niemand bezweifelt, und daß hinter beiden Spanien oder der spanische Statthalterhof in Brüssel stehe, schien völlig einleuchtend. Was konnte man vorhaben?

Seit dem Sommer 1652 währte der Seekrieg zwischen England und den Niederlanden. Längst hatte man Friedensverhandlungen begonnen, aber die Feindseligkeiten, so ergiebig für die englische Kaperei, nahmen ihren ungestörten Fortgang. Ueberaus schwer drückte der Krieg auf den Wolstand der Niederlande; nur mit der äußersten Mühe hielt man sich aufrecht, während zugleich die unheilbare alte innere Wunde von neuem aufbrach und aller Orten die oranische Partei sich mit neuen Hoffnungen auf den Sturz der herrschenden Aristokratenpartei regte. Besonders Graf Wilhelm Friedrich von Nassau-Dietz, der Statthalter von Friesland, trug sich mit Plänen unruhigen Ehrgeizes; gelang es, die Ernennung des jungen Wilhelm III. zum Generalcapitän durchzusetzen, so konnte keinem anderen als ihm die Stellvertretung für denselben zufallen; er trat dann an die Spitze

[1]) „Interimsreceß" des westfälischen Kreistags dat. Essen 29. Oct. st. n. 1653; und die oben genannte Relation Bruning's.

[2]) Blumenthal an den Kurfürsten dat. Regensburg 5. Oct. 1653.

der Militärmacht des Staates, schon suchte er mit Mazarin Verbindung anzuknüpfen — die oranischen Pläne der Rehabilitirung des Hauses in seine alte Stellung konnten aus der jetzigen mißlichen Lage des Staates als erwünschte Frucht hervorwachsen, sowie es später 1672 bei noch größerer Bedrängniß wirklich geschah [1]).

Das waren nun eben Pläne und sind, wie der weitere Verlauf der Dinge entschied, darüber nicht hinaus gediehen. Aber den Gegnern waren sie wol bekannt. Wie, wenn man die augenblickliche Ohnmacht der Niederlande, die alle ihre Kräfte jetzt auf die See wenden mußten, zu einem Streich gegen sie benutzte!

Vorwände ließen sich leicht finden. Auf dem Reichstag in Regensburg wurde eben jetzt im October 1653 über eine Klage des Johanniterordens berathen wegen gewisser Ordensgüter, welche von den Generalstaaten eingezogen worden waren; das Kurfürstencolleg beschloß, auf das Betreiben des kaiserlichen Hofes, eine Remonstration zu Gunsten des Ordens an die Staaten zu richten [2]). Wie leicht konnte die vorauszusehende Weigerung zu einem Conflict benutzt werden.

Standen nun mit diesen Plänen die Maßregeln im Zusammenhang, welche die katholische Partei unter der Führung des Neuburgers auf dem Kreistag in Essen beschloß? In den Niederlanden glaubte man es. Auf den Essener Rüstungsbeschluß antworteten die Generalstaaten mit der Entsendung von Truppen an die Grenzen [3]). Aber auch von anderer Seite kam die gleiche Nachricht: „man spricht, so schreibt der umsichtige Statthalter der clevischen Lande, Fürst Johann Moritz von Nassau, an den Kurfürsten, man spricht zu Brüssel öffentlich und ohne Scheu, daß das ganze Wesen zu Essen angestellt sei, die vereinigten Niederlande unter dem einen oder andern Schein zu

---

[1]) Vgl. Groen van Prinsterer Archives de la maison d'Orange Ser. 2. Vol. 5. S. XIII ff.

[2]) Blumenthal an den Kurfürsten dat. Regensburg 13/23. Oct. 1653. Vgl. Aitzema III. 4. 769. Pfanner hist. comit. S. 544. Groen van Prinsterer a. a. O. S. 117.

[3]) Blumenthal in dem citirten Schreiben: „Ich glaube, wann die Herren Holländer die geringste Furcht gezeiget und kein Volk sofort auf die Gränzen geschickt hätten, man würde die Sache weiter poussiret haben."

bekriegen" [1]). Da war es denn begreiflich, daß die Ausschließung Brandenburg's von dem Kreistag ein unerläßliches Erforderniß gewesen war; die letzte Meinung war es für den Pfalzgrafen ja natürlich doch, daß ein Conflict mit den Niederlanden auch in die clevischen Lande den Weg öffnen mußte.

Daneben nun der Lothringer. Vermöge der Ausnahmestellung, die er sich zu geben gewußt hatte, hätte er noch weniger eines begründeten Vorwandes bedurft, um mit seinen Truppen einen Ausflug auf niederländisches Gebiet zu unternehmen. Weder das Reich, noch auch Spanien konnte für ihn eigentlich verantwortlich gemacht werden; um einen äußeren Schein der Rechtfertigung konnte der Vielgewandte nicht verlegen sein [2]); schon kamen an den Grenzen einzelne Reibereien vor, die leicht der Anfang zu weitergehenden Störungen werden konnten [3]).

Aber man dürfte nicht meinen, in dem schlangenglatten Getriebe der diplomatischen Verwickelungen dieser Zeit mit ihrer hyderartigen Vielköpfigkeit das Ganze der Situation mit diesem Blick nach einer Richtung hin zu übersehen. Man wendet das Antlitz, und von der andern Seite her erscheint das Entgegengesetzteste als wahrscheinlich. Dort die Aussicht, daß die beiden katholischen Fürsten von Lothringen

---

[1]) Johann Moritz an den Kurfürsten dat. Cleve 1. Oct. 1653; chiffrirt (Berl. Arch.). Vgl. auch die englischen Letters of intelligence aus dem Haag, so den Brief dat. Haag 27. Sept. 1653: „At Essen in Westphalia is hold a day for a general council of war, and it is said, that they have proposed there to turn the Dutch garrisons out of Wessell, Embrick, Rees etc. That gives great jealousie here." Thurloe Statepapers I. 486.

[2]) Johann Moritz in dem citirten Schreiben: „Lothringen sucht beim Kaiser wegen seiner 25 Jahr geleisteten guten Dienste Assignation auf Over-Yssel und Gröningen. (!) Hab dies von guter Hand." Gemeint ist wol eine etwaige Reichsexecution gegen die Niederlande wegen der besonders in jenen Provinzen gelegenen Güter des Johanniterordens. Uebrigens erwähnt Blumenthal schon im Sommer 1653 das Gerücht von einem solchen Angriff: „etliche halten davor, daß im October Lothringen mit dem meisten Theil der Armada, so ausm Felde kommen wird, sich in der Holländer Gebiet einquartieren solle." (Blumenthal an den Kurfürsten dat. Regensburg 2. Juni 1653.)

[3]) de Witt an Boreel (niederl. Gesandte in Paris) dat. 9. Oct. 1653 in de Witt Brieven I. 13 f.

und Neuburg gestützt auf Spanien über die Niederlande herfallen. Ein anderer Kopf der Hydra wird in's Auge gefaßt — und plötzlich eine völlig andere Aussicht. Eifrig ließ der Kurfürst von Cöln in diesen Monaten im Haag um ein Bündniß mit den Generalstaaten anhalten, zunächst für sein Bisthum Lüttich [1]); und während die schon so lang währenden Verhandlungen Brandenburg's zu dem nämlichen Zweck geflissentlich hinausgezogen wurden, schien die niederländische Regierung nicht ungern auf diese neue Verbindung eingehen zu wollen; eine Anzahl anderer katholischer Reichsstände wurden als fernere Theilnehmer in Vorschlag gebracht, Kurmainz, Kurtrier, der Bischof von Münster u. a. Also ein Bündniß zwischen den Niederlanden und den wichtigsten katholischen Reichsständen des westlichen Deutschland. Der Plan wurde im Haag von mancher Seite aufs dringendste befürwortet; der antioranischen Partei war dieses Mittel, sich gegen Deutschland hin den Rücken zu decken, jedenfalls weit gelegener, als die Verbindung mit dem Brandenburger, dem Freunde der Oranier [2]), und der Neuburgische Resident im Haag frohlockte bereits, daß dies der beste Weg sei, um Brandenburg völlig zu isoliren [3]). Vorerst natürlich, sobald dieses katholische Bündniß zu Stande kam, muß der Kurfürst jede Hoffnung aufgeben, die lang erstrebte Alliance mit den Niederlanden in der nächsten Zeit durchzusetzen, die als der fast unentbehrliche Stützpunkt für die brandenburgische Politik in den westlichen Landen von jeher betrachtet worden war.

Es thürmte sich ein Gewitter über das andere. Welches wird niederbrechen, welches vorüberziehen?

Vielleicht hatte Blumenthal Recht, wenn er die Dinge in minder bedrohlicher Verfassung sah und sich von Regensburg her bemühte, seiner ruhigeren Ansicht Geltung zu verschaffen. „Der Kaiser, schreibt er, kann nichts gefährliches gegen Brandenburg wollen; den Krieg

---

[1]) Aitzema III. 849ff. Urk. u. Actenst. IV. 103ff.

[2]) So Boreel an de Witt dat. Paris 12. Dec. 1653; er meint, die Alliance mit dem Kurfürsten von Cöln werde sein „een kleyn sneeuwballeken, dat vallende grooter soude hebben geaccresceert.“ De Witt Brieven I. 58.

[3]) Urk. u. Actenst. IV. 104.

haßt er wie ein Feuer und wird keinen Anfang machen, bis er gewiß ist, attacquiret zu werden; den Holländern etwas thätliches zu erweisen, wird er sich nicht unterstehen, und der Herzog von Neuburg mit den westfälischen Bischöfen ist dazu viel zu gering" [1]).

Aber es war die Frage, ob Blumenthal in Regensburg sich in der Lage befand, die Verwickelung in ihrem ganzen Umfang zu übersehen.

Auch am kaiserlichen Hof war die spanische Partei mächtig und wirkte trotz der persönlichen Friedfertigkeit Ferdinand's III. einflußreich unter der Decke; aber der Heerd aller ihrer politischen Machinationen war nicht hier, sondern in Brüssel, und Düsseldorf war die Filiale von Brüssel. Und wie hätte der kaiserliche Hof ernstlich daran denken dürfen, die alten Beziehungen zur spanischen Politik wirklich aufzugeben? Seit der glücklich gelungenen Königswahl Ferdinand's IV. gab es für den Kaiser keine wichtigere Angelegenheit als die Aussicht auf eine Vermälung desselben mit der ältesten spanischen Infantin; noch war kein männlicher Thronerbe in Spanien vorhanden, die Aussicht auf die Geburt eines solchen sehr zweifelhaft; die Perspective auf die spanische Erbschaft eröffnete sich, auf die Wiedervereinigung der ein Jahrhundert lang getrennten Theile der Monarchie Karl's V. [2]). Wer all dies in's Auge faßte, dazu das Auftreten des Lothringers (sein jüngerer Bruder Franz lebte in Wien), den unruhigen, wühlenden Ehrgeiz des Neuburgers, das dunkle Treiben der Jesuiten in Brüssel und Düsseldorf, der konnte nicht leicht sich mit friedlichen Hoffnungen für die Zukunft erfüllen.

Am wenigsten aber hatte Brandenburg Ursache, sich angenehmen Täuschungen hinzugeben. Bei all den drohenden Wettern, die über den westlichen Grenzlanden des Reichs hingen, waren seine

---

[1]) Blumenthal an den Kurfürsten dat. Regensburg 7/17. Nov. 1653.

[2]) Vgl. die Erörterungen hierüber von Boreel an de Witt dat. Paris 2. Jan. 1654 bei de Witt Brieven I. 71. Auch sonst wird in den Acten der Zeit vielfach auf diese Perspective angespielt. Für Ferdinand III. bezeugt diese Stimmung speciell der venezianische Gesandte Giustiniano in seiner Relation vom 24. Febr. 1654 (1655): „l'Imperatore è suscetibile di queste gonffie speranze." Fiedler Relationen über Deutschland und Oesterreich I. 391.

Lande in erster Reihe bedroht. Und schien nicht das Verfahren des kaiserlichen Hofes ganz darauf berechnet, die Stellung des Kurfürsten in jenen Bereichen noch wehrloser zu machen und die Schwierigkeiten seiner Lage zu erhöhen? Bis jetzt hatte man die Deputirten der clevisch-märkischen Stände, die klageführend gegen ihren Landesherrn in Regensburg erschienen waren, ohne Entscheidung hingehalten. Kaum war die dargestellte Schwenkung der brandenburgischen Politik erfolgt, so änderten die kaiserlichen Behörden das Antlitz; auf die Forderungen der Deputirten — Entlassung der in den Landen liegenden Truppen, Demolirung der während des Kriegs entstandenen Festungen — erfolgte ein Bescheid des Reichshofraths, den die Klagenden schon als halbe Zustimmung des Kaisers betrachten durften. Auf die Einreden Blumenthal's ward erwidert: der Kaiser könne nicht weniger thun, als daß er den Klagestellern antworte — es blieb bei dem Decret [1]).

Nicht minder hatte in der Streitfrage zwischen dem Kurfürsten und dem Grafen zur Lippe über das Besatzungsrecht von Lippstadt der Kaiser schon vorher einen für Brandenburg ungünstigen Bescheid ertheilt, der nach einiger Zeit als scharfes Mandat zur Erfüllung der Forderungen des Grafen wiederholt wurde.

Allen diesen Feindseligkeiten und den in Aussicht stehenden noch größeren Gefahren aber stand Brandenburg noch immer so gut wie isolirt gegenüber.

„Es ist die höchste Zeit, schrieb der clevische Statthalter Johann Moritz von Nassau, daß E. Churf. Durchl. sich Freunde machen."

Waldeck's Unionsplan.

Anfangs December 1653 richtete der Kurfürst Friedrich Wilhelm an die Mitglieder seines Geheimrathscollegs eine Zuschrift, worin dieselben aufgefordert wurden, auf Grund sorgfältiger Nachforschungen in den Archiven ihr Gutachten über die Frage abzugeben, ob die

---

[1]) Reichstagsbericht dat. Regensburg 14/24. Nov. 1653.

Schließung engerer Allianceverhältnisse jetzt für den brandenburgischen Staat rathsam sei, und welche einheimischen und auswärtigen Mächte hierbei in Betracht zu ziehen wären: die allgemeine Lage der Dinge scheine sehr darauf hinzuweisen, „daß Wir Unseren Staat mit solchen Freunden muniren, auf welche Wir im Fall der Noth, nächst Gott, Unser Vertrauen setzen können, insonderheit weil Wir sehen, daß nicht allein Uns von einem und dem andern hart zugesetzt wird, sondern auch daß kein hoher Stand im Reiche ist, der nicht auf solche Fälle denkt und mit einem oder dem andern Theil sich zusammensetzt." Er fügt hinzu, daß es ihm durchaus fern liege, sich auf einen neuen Krieg einzulassen, aber Brandenburg müsse in die Lage gebracht werden, daß niemand aus seiner Isolirung Anlaß nehmen könne, demselben zu nahe zu treten [1]).

Diese Aufforderung gab Waldeck Veranlassung zu einem ausführlichen Gutachten, worin er seine Ansichten im Zusammenhang darlegte. Es ist eines der umfassendsten Actenstücke, die uns von seiner Hand übrig sind, offenbar in sehr erregter Stimmung geschrieben, mit fesselnder Wärme, an einzelnen Stellen mit hinreißender Leidenschaftlichkeit des Ausdrucks, mehr eine Rede als ein Gutachten, ein merkwürdiges Stück politischer Beredtsamkeit.

Am letzten Tage des Jahres überreichte es Waldeck dem Kurfürsten. Es war gleichsam das Programm seiner deutschen Politik.

Es wird an dieser Stelle angemessen sein, den Gedankengang dieses Actenstücks in Kürze zu umschreiben, wobei wir uns so eng als möglich an die eigenen Worte des Verfassers anschließen und einzelne Aeußerungen, die etwas gewagt erscheinen möchten, ihm selbst zu vertreten überlassen [2]).

In Bündnisse sich zu begeben, so beginnt Waldeck, haben alle Verständigen immer für etwas Gefährliches erachtet; aber es ist auch nichts Großes ohne Bündnisse ausgeführt worden. Denkt man nur an die letzten Zeiten zurück, so wäre Herzog Christian's von Braunschweig Beginnen, des Mansfelder's Thun, des Prinzen von Oranien

---

[1]) Der Kurfürst an die geheimen Räthe dat. Cölln a. Sp. 6 Dec. 1653. (Arolſ. Arch.)

[2]) Gutachten Waldeck's dat. Berlin 31. Dec. 1653. (Ebendaſ.)

Vollbringen, Gustav Adolf's Verrichtung, Herzog Bernhard's Aufkommen, der Landgräfin von Hessen Gewinn, der Krone Frankreich glücklicher Fortgang ihrer Unternehmungen ohne Bündnisse nicht möglich gewesen; ja auch der westfälische Frieden ist nur durch dieses Mittel erreicht worden.

Durch eben dasselbe Mittel muß man nun auch den Frieden zu erhalten suchen.

Brandenburg aber ganz besonders kann nicht ferner ohne Bündnisse bestehen. Auf allen Seiten ist es von Feindseligkeiten umringt: man mißgönnt ihm seine Würde im Reich und den Besitz seiner ansehnlichen Fürstenthümer, „vornehmlich der aus der Pfaffen Händen gerissenen Stifter;" man trachtet danach, ihm Preußen zu rauben; ganze ihm gebührende Fürstenthümer werden ihm noch vorenthalten; seine aufsässigen Unterthanen werden von Anderen begünstigt; in Lippstadt und Halberstadt sucht man ihm unter dem Schein Rechtens die Jesuiten in's Land zu bringen; man sucht den Kurfürsten dadurch zu schwächen, daß man ihn nöthigen will, seine Festungen aufzugeben; schon ist sogar die Rede davon gewesen, ihn der Kurwürde zu berauben. Dazu nun jetzt die spanisch-lothringische Verbindung, die zum Zweck hat, dem Kurfürsten Cleve zu entreißen u. s. f. Kurz, Brandenburg ist umgeben von Feinden, „deren Versöhnlichkeit ohne Wegräumung der Ursache ihres Hasses, nämlich Aufgeben der Stifter und Lande, aller Freiheit, ja des Evangelii selbsten nicht zu erlangen, und die zu keiner wahren Liebe, aber wol zu einem Schein derselben zu bewegen sind, bis die Gelegenheit, ihr Vorhaben ins Werk zu richten, reif geworden."

Man muß also so schleunig als möglich sich mit Bundesgenossen zu versehen suchen.

Die Frage entsteht, mit wem soll man sich verbünden. Hier soll zunächst von den Verbindungen im Reiche selbst die Rede sein.

Fast scheint es überflüssig jene Frage aufzuwerfen. Wir haben im Reich ein Oberhaupt und Rechtshöfe, die zu jedermanns Schutz verpflichtet sind; wir haben die Kreisverfassung, einzelne Fürstenvereine wie den Kurfürstenverein, Erbverbrüderungen u. s. f., wodurch theils sämmtliche Stände, theils einzelne von ihnen unter sich zu festen

Verbindungen geeinigt sind; und als gemeinsames Band hält Alle der westfälische Frieden zusammen.

Aber zu beklagen, ja zu beweinen ist, wie all diese Institutionen gehandhabt werden: das Haupt achtet die Glieder nicht; gesunde sieht man von ihm beleidigt, wie Brandenburg, Pfalz-Simmern, Ansbach und viele andere; schädliche Gewächse aber werden gehegt und gemehrt; „ja gegen die Natur will das Haupt allein stehen mit kraftlosen Gliedern und die, die es so lange getragen, verwerfen; welches wider den Gebrauch wolgeführter Regierung ist, auch Verdruß und Haß verursachet."

In der Kreisordnung liegt gleichfalls das Heil nicht; es fehlt das feste Vertrauen der einzelnen Stände auf einander; „die Leute werden so furchtsam gemacht, daß auf ein hart Wort von J. Kais. Maj. sie alle Freunde verlassen."

Die Vereine sind ganz ohne Wirkung, außer daß sie von Einzelnen für eigennützige Pläne mißbraucht werden.

Die Erbverbrüderungen zerstören vielmehr das gegenseitige Vertrauen, „indem solche nicht brüderlich in Acht genommen werden, sondern durch Hoffnung zu des Anderen Gut zu Trennung der Gemüther Ursach geben."

Die Rechtshöfe gewähren keine Sicherheit; „denn sie nicht nach Recht, sondern nach Eigennutz und Zuneigung, auch alleinigen Vortheil für den Kaiser sprechen, wodurch viel Unheil entsteht."

Den Friedensschluß aber beachtet ein jeder nur in dem, was ihm darin zum Vortheil ist.

Nimmt man zu all dem nun hinzu die Streitigkeiten zwischen den einzelnen Ständen, die Zerwürfnisse in den einzelnen Häusern, die geringe Erfahrung vieler Fürsten, die Unwissenheit und oft auch die Bosheit mancher Räthe, die mangelhaften Anstalten zur Beschaffung von Geld und Truppen, die geringe Sorgfalt für die Festungen, „unfleißige Einholung der Kundschaften des täglichen Laufs der Welt," und endlich die große Macht unserer Nachbarn: so muß man zweifeln, ob man auf irgend etwas von dem, was zur Sicherheit des Reichs verfassungsmäßig verordnet ist, auch nur das geringste Vertrauen setzen kann.

Was soll das Ende sein? „Gefahr, Noth und Jammer scheint an allen Ecken hervor. Wo soll man sich hinwenden, da Hilfe zu finden, außer Gott allein?“

„Weil aber selbiger mehrentheils durch Mittel wirkt, so muß man diese nicht versäumen. Soll man sich kehren zu den Stiftern dieser Gefährlichkeiten? So ist's um die Religionsfreiheit und um E. Churf. Dchl. Lande gethan. Soll man bei denen stehen, die jenen anhängen? Was ist besseres dabei zu hoffen? Soll man denen beifallen, die unbeständig und bei den vorgenannten verhaßt sind? Da ist Gefahr. Allein zu stehen ist auch nicht dienlich. Hier muß gewählt, Mittel, der Noth zu begegnen, bedacht oder alles verloren gegeben werden. Die Gefahr ist vor Augen. Ein tapfer Gemüth kann darin nicht bleiben, nicht gewärtig sein, Gnad zu bitten.“

Man muß also Freunde finden, die mit uns zusammenstehen. „Vor wenig Jahren haben wenige durch Zusammentreten mit Gottes Hilf das Evangelium aus den mächtigen Händen des Papstthums geführt; ein kleiner Hauf hat es gegen alle Gewalt der Widrigen bis noch erhalten. Sollte sich denn niemand mehr finden, so Glauben, Vertrauen, Ehre, Muth und Kräfte hätte?“

„Dem Ansehen und der Meisten Meinung nach ist diese Hoffnung vergebens.“

„Wohlan, dem sei denn also: was nicht ist, kann werden!“

„Will niemand mit, so ist es besser, allein bei der Vertheidigung von Gottes Kirche, Erhaltung der alten deutschen, mit so vielem Blutvergießen erworbenen und noch erhaltenen Freiheit, Befreiung von schändlicher Untersässigkeit, Vertheidigung so vieler nothleidender Christen unter den Waffen zu sterben, als durch schändliche Furcht sich gutwillig, gegen die Treue, die man dem Vaterland schuldig, denen in den Rachen zu werfen, die E. Churf. Dchl. und aller Evangelischen Untergang suchen.“

Leider ist aber bis jetzt noch jeder ernstliche Versuch unterblieben, um Bundesgenossen zu werben.

An die Kurfürstenpartei kann man sich nicht halten, wenn man nicht „aus einem freien Kurfürsten ein gezwungener Bejaher anderer Kurfürsten Vornehmen werden will.“ Man muß sich an die evan=

gelische Fürstenpartei anschließen, die bereits auf dem Reichstag durch tapferes Eintreten für die Erhaltung des Friedensinstrumentes Proben ihrer Gesinnung gegeben hat. Zwar haben die Gesandten der Partei bei der Frage der „neuen Fürsten" sich schwankend und unzuverlässig benommen; aber das entscheidet nicht; es gibt eben auch unter diesen Gesandten „furchtsame, geldgierige und unwissende"; wendet man sich an die Fürsten selbst, so wird man zum Ziele kommen.

Es gilt also ein Bündniß zu schließen, zu welchem zunächst die vornehmsten Evangelischen einzuladen sind: Kursachsen, Kurpfalz, Bremen und Verden (Schweden), Braunschweig, Pommern (Schweden), Magdeburg, Hessen, Meckelnburg. Von diesen wird Kursachsen und vielleicht auch Kurpfalz sich nicht sehr tief darauf einlassen; doch wird man sich von ihnen, auch wenn sie nicht beitreten, keiner directen Feindseligkeiten zu versehen haben; jedenfalls müssen sie, „um Wolstands willen" und um allen Verdacht zu vermeiden, dazu aufgefordert werden.

Mit diesen verbündet kämpft man dann zunächst auf dem Reichstag all die hervorgetretenen Uebergriffe des kaiserlichen Hofes und der katholischen Partei nieder. Weiter sucht man sodann die Macht der Kreisorganisation in Bewegung zu setzen. Es muß versucht werden, im obersächsischen Kreis mit Kursachsen zusammen eine Kreisvereinigung zu Vertheidigung des Friedens und Widerstand gegen Gewalt zu Wege zu bringen. In die Kreisverfassung, die der niedersächsische Kreis zu Lüneburg beschlossen (oben S. 154), muß Brandenburg eintreten; ebenso in die des westfälischen Kreises, in welchem aber vorher die Durchführung der Parität und die Theilnahme des Kurfürsten an den Kreisämtern durchgesetzt werden muß. Auch in die Hildesheimer Alliance (oben S. 154) muß es sich aufnehmen lassen und muß von diesen Verbündeten womöglich auch eine Garantie für die Clevischen Lande erlangen.

Ist Brandenburg in all diese Verbindungen erst einmal eingetreten, so kann es nicht anders kommen: „durch unveränderliche Rathschläge, beständige Zusammenhaltung und vernünftiges Führen der Sachen zu Regensburg werden E. Churf. Dchl. viele, wo nicht alle Evangelische an sich ziehen; und wenn Sachsen, wie vermuthlich,

sich hierzu nicht verstehen wollte, unzweifelhaft für das Haupt der anderen Bundesgenossen erkannt, erklärt und beständig gemacht werden. Aber solches Vorhaben muß nicht eher scheinen, als bis das Vertrauen festgestellt ist."

Dann müssen zu den bisher genannten noch andere herbeigezogen werden, namentlich die Grafen von Oldenburg, Ostfriesland, Lippe, Bentheim, die Wetterauer Grafen, sowie die Städte Frankfurt, Hamburg und Lübeck[1]); „wollten Nürnberg, Straßburg, Augsburg und Regensburg mit anstehen, so würde solches wegen des Rheins, der Donau und des Mains, auch Trennung der Katholischen, nicht undienlich sein."

„Sollte es dann zu einem Bruch, den Gott verhüten wolle, kommen, so wären von einer See bis bald an die andere diese Lande zusammengeknüpft, der Rücken frei, der meiste Theil der Elbe, Oder und Weser in der Verbundenen Händen."

Man könnte einwenden, daß Schweden in einem geheimen Einverständniß mit Spanien gegen die Niederlande und Dänemark stehen soll. Doch wird dies, wenn es der Fall ist, unserem Vorhaben keinen Eintrag thun; „denn so lang fünf Sinne bei den Regenten des Königreichs Schweden regieren, werden sie die in diesem Bezirk gelegenen Lande nicht in den Händen derer sehen wollen, deren Hilfe sie sich vielleicht einmal zu einem Vorhaben bedienen mögen, die sie aber nicht zu ihren Meistern werden machen wollen." Schweden wird in diesen Bereichen zwar immer selber zu herrschen versuchen, aber es wird dies nie einer fremden Macht gestatten; und ebenso werden Braunschweig und Hessen nebst den anderen Verbündeten diesem sich gewiß mit Erfolg widersetzen.

Ist das Bündniß mit den genannten Reichsständen geschlossen, so muß man bei jeder der verbündeten Regierungen „einen vertrauten Mann suchen, mit welchem von allem, was das gemeine Beste und jedwedes Haus für sich betrifft, fleißig Schriften zu wechseln." Die Gesandtschaft in Regensburg muß angewiesen werden, mit den andern

---

[1]) Bremen wird nicht genannt, offenbar aus Rücksicht auf die Ansprüche Schwedens.

evangelischen Gesandten sich in bundesgemäßes Vernehmen zu setzen, und muß dazu „solche Leute bestellen, die E. Churf. Dchl. Meinung begreifen und sie auszurichten sowol bequem als willig sind."

Desgleichen müssen hier in Berlin eine Anzahl von Räthen, aber nur wenige, fest mit der Führung dieser Angelegenheit beauftragt und ihnen der ganze Plan des Kurfürsten mitgetheilt werden, aber nur Leute, „die E. Churf. Dchl. gewissenhaft, nach Ehre strebend und fest vor Bestechung zu sein erkennen."

Inzwischen ist alles zu vermeiden, was die Absicht eines Bruchs anzudeuten scheinen könnte. Dem Kurfürstencolleg, sowie der katholischen Partei ist in allen billigen Forderungen die Hand zu bieten. Vor allem ist die diplomatische Verbindung mit ihnen durch häufige Correspondenz „und Versicherung von gehöriger Liebe, Ehre, Freundschaft und Vertraulichkeit" aufrecht zu erhalten. Und ebenso mit dem Kaiser; man muß sich befleißigen, „äußerlich in allen Reden und Werken keinen Widerwillen gegen J. Kais. Maj. oder andere merken zu lassen."

Hiermit schließt dieses merkwürdige Actenstück [1]). Indem Waldeck die vollkommene Untauglichkeit der bisherigen Reichsverfassung in allen ihren Organen mit dem stärksten Nachdruck ausspricht, ist es sein Gedanke, derselben ein Bündniß zur Seite zu stellen, welches unter der Führung Brandenburg's zunächst das gesammte protestantische Nord- und Mitteldeutschland umfassen, weiterhin aber auch über die protestantischen Gebiete des Südens sich ausdehnen und so eine geschlossene Partei von kirchlich und politisch gleichinteressirten Reichsständen darstellen sollte, die sehr wol im Stande sein konnte, mit vereinten Kräften nach außen und nach innen den vielfältigen Gefahren entgegenzutreten, welche das Reich und die Einzelnen bedrohten [2]).

---

[1]) Am Schluß stellt Waldeck noch ein zweites Gutachten in Aussicht, worin er sich über „Alliancen außer dem Reich" aussprechen will. Dieses scheint entweder ungeschrieben geblieben oder verloren zu sein. Doch ergeben Waldeck's Ansichten über diesen Punkt sich zur Genüge aus anderen Actenstücken (s. u.).

[2]) Es ist selbstverständlich, daß Waldeck als diesem projectirten Bunde natürlich zugehörig noch eine Anzahl anderer Stände betrachten mußte, die er in dem rasch aufgezeichneten Entwurf nicht namhaft macht, wie die Anhaltiner, die säch-

Der Entwurf enthält nur die ersten allgemeinen Umrisse des von Waldeck vorgeschlagenen Bundes. Der Gedanke einer Vereinigung protestantischer Stände wird hier zunächst noch festgehalten; noch löste auch in dieser Zeit — und wie lange noch später — sich keine politische Frage völlig von der Verbindung mit den kirchlichen Gegensätzen ab, die nun seit anderthalb Jahrhunderten die Welt beherrschten.

Dennoch liegt, wenn ich nicht irre, schon in diesem rasch hingeworfenen ersten Project Waldeck's ein bemerkenswerther Unterschied zu Tage gegen die umfassenden Unionspläne früherer Zeit, die man hiermit in Vergleichung zu stellen sich veranlaßt sehen kann, gegen den schmalkaldener Bund und gegen die Union von 1608. Was jene noch zu erkämpfen hatten, das ist man jetzt schon in der Lage zu vertheidigen. Die gewonnene Rechtsbasis des westfälischen Friedens liegt unterscheidend zwischen den Epochen. Auf ihr fußend stehen die streitenden Theile sich schon weit mehr als früher als gleichgeartete und gleichberechtigte Parteien gegenüber. Wenn noch bei der feindseligen Aufstellung der Parteien gegen einander im sechzehnten Jahrhundert „der Gedanke des gerichtlichen Krieges“ [1]) vorwaltete, wenn noch im Anfang des siebzehnten bei der Bildung der Union Reichshofraths- und Kammergerichtsprocesse die bedeutungsvolle Rolle spielten, die man aus der Geschichte jener Zeit kennt, so sind zwar, wie wir oben sahen, auch jetzt noch jene Waffen, welche die Handhabung der obersten Reichsjustiz gewährten, keineswegs als unbrauchbar von der katholisch-kaiserlichen Partei zur Seite gelegt; aber die volle Stärke früherer Zeit besitzt doch die formale reichsjuristische Begründung des politisch-kirchlichen Gegensatzes nicht mehr. Manche einst ergiebige Streitpunkte sind hinweggeräumt. Der lange Krieg hat gewöhnt, über die Formalitäten innerlich längst unwahr gewordener Rechtsverhältnisse hinwegzublicken und Macht gegen Macht zu messen. Und um ein beträchtliches doch sind jetzt auf Seiten der protestantisch-fürstlichen Partei die Machtverhältnisse compacter, wider-

---

sischen Ernestiner und ihre thüringischen Nachbarn, und besonders die fränkischen Hohenzollern; Waldeck's eigenes Territorium ist mitbegriffen bei Nennung der Wetterauer Grafen; weiterhin ist auch von Würtenberg die Rede.

[1]) v. Ranke deutsche Geschichte IV. 58.

standsfähiger geworden als früher. Welchen Unterschied begründet allein die jetzige Stellung des brandenburgischen Hauses. Was will es sagen, wenn jetzt bei den beginnenden Bundesverhandlungen die vereinigten braunschweigischen Fürsten die Erklärung abgeben, sie seien im Stande, nur für den defensiven Zweck des Bundes binnen kurzer Zeit eine Armee von vierzehn tausend Mann auf die Beine zu bringen [1]. Der Gegensatz rein politischer Machtverhältnisse und Interessen stellt sich auf diese Weise unvermischter in den Vordergrund als bisher.

Das protestantische Bekenntniß ist das Band, welches die Hauptmasse der natürlichen Zugehörigen der Partei bezeichnet. Aber während die beiden genannten früheren Bünde ihrer Natur nach nicht anders als exclusiv protestantisch zu denken sind, so liegt in dem Entwurfe Waldeck's nichts, was den Beitritt auch katholischer Reichsstände unmöglich machte, sofern sie von kirchlich gemäßigter Gesinnung und auf dem Rechtsboden des westfälischen Friedens festzustehen bereit sind. Und in der That sehen wir alsbald, sowie man zur Ausführung schreitet, in dem Versuch, auch katholische Stände zu dem Bunde heranzuziehen, den rein politischen Gedanken der jetzigen brandenburgischen Entwürfe mit Zurückdrängen der confessionellen Unterschiede sich in voller Weise bethätigen.

Es ist in dem Entwurfe zunächst nichts gesagt über die Zeitdauer der projectirten Union. Wenn später beim formellen Abschluß das Bündniß mit Braunschweig vorerst nur auf drei Jahre unterzeichnet wurde, so geschah dies nach dem Stil der Zeit und mit dem Vorbehalt der Verlängerung; aus dem ganzen Inhalt des Waldeck'schen Entwurfs aber leuchtet ein, daß es nicht auf eine vorübergehende Verbindung zur Erreichung eines einmaligen Zweckes abgesehen war, sondern auf eine dauernde Gründung, die bestimmt war, sich als ein neues Glied in den Organismus der deutschen Reichsinstitutionen einzufügen und einem möglichst großen Theil der Nation das zu ersetzen, was die mit so starken Zügen von Waldeck geschilderte Untauglichkeit der jetzigen Verfassung sie entbehren ließ.

[1] Protokoll der Conferenz von Tangermünde (s. u.) zwischen Waldeck und dem braunschweigischen Commissar am 22. März 1654. (Berl. Arch.)

Kurz gesagt: auch wenn wir von dem Hauptpunkte, Gründung eines reichsständischen Bundes unter der Führung Brandenburg's, absehen, so weist uns der ganze Charakter des Waldeck'schen Projectes viel weniger auf eine Vergleichung mit den genannten älteren Bündnissen hin, als auf die mit dem Fürstenbunde Friedrich's des Großen.

Wir müssen auf diesen Vergleich zurückkommen. Vorher aber ist es nöthig, dem Gang der Verhandlungen zu folgen, welche sich nun an den vorgelegten Bundesentwurf anschlossen.

Die ersten Versuche.

Schon als im Jahr 1647 der Kurfürst Friedrich Wilhelm mit dem Plane umging, zur Erzwingung des Friedens eine neue bewaffnete Mittelpartei zu bilden, richteten sich seine Vorschläge, neben Kursachsen, ganz besonders an die drei Fürsten des braunschweigischen Hauses [1]). Für jede politische Combination, die sich auf den protestantischen Norden zu stützen gedachte, war die Gesinnung dieser Macht von entscheidendem Gewicht, und die drei welfischen Höfe hatten es damals nicht an Bereitwilligkeit fehlen lassen, bis die Weigerung Kursachsens jenen Plan schon in seinen ersten Anfängen zu Falle brachte.

Seitdem waren die Beziehungen zwischen Brandenburg und Braunschweig durchgängig freundlicher Natur gewesen, doch ohne intimere Annäherung. Der Abschluß der Hildesheimer Alliance mit Schweden von Seiten der Braunschweiger, ohne Hinzuziehung Brandenburg's, und die Aufnahme der nordischen Macht in den niedersächsischen Kreisverband vor Erledigung der pommerischen Differenz hatte eine gewisse Erkältung herbeigeführt; die Reise des Kurfürsten nach Prag, die man als eine Art Gegendemonstration auffassen

---

[1]) Urk. u. Actenst. IV. 742. 772 ff. So schreibt auch Waldeck an den geh. Rath Somnitz dat. Wildungen 4. Juli 1654: „Sans contredit, après l'Electeur de Saxe et nostre maistre il n'y a maison dans l'Empire qui soit si considerable que celle de Brounswic." (Berl. Arch.)

konnte, wurde besonders von den drei welfischen Regierungen sehr übel empfunden; die Parteistellung Brandenburg's während der ersten Epoche des Reichstags war von ihnen fast als ein Abfall von der guten Sache angesehen worden — so daß man schließlich doch in eine gereizte Stimmung gegen einander gerathen war, die sich in mancherlei Aeußerungen kund gab.

Das Verhalten Braunschweigs auf dem westfälischen Kreistag zu Essen konnte als ein Symptom dieser obwaltenden Spannung erscheinen. Die braunschweigischen Gesandten hatten die Abweisung der brandenburgisch-clevischen Bevollmächtigten [1]) ruhig geschehen lassen, ohne für sie einzutreten, und die weiteren Verhandlungen hatten dann unter der alleinigen Leitung des Neuburgers jenen für Brandenburg so gefährlichen Charakter angenommen, den wir kennen lernten. Gedachte Braunschweig sich im niedersächsischen Kreis in das Schlepptau Schwedens, im westfälischen in das des katholischen Pfalzgrafen nehmen zu lassen?

Es wäre dies für Brandenburg eine unberechenbare Gefahr gewesen. Aber in der That zeigte sich doch bald, daß man dort nicht so gesinnt war. Das brüske Auftreten der Schweden gegen Bremen hatte bereits begonnen, den welfischen Herzögen die Augen über die von dorther drohende Gefahr zu öffnen; auch auf dem Reichstag hatte sich die schwedische Diplomatie in manchen Punkten zweideutig und unzuverlässig gezeigt. Auf dem Essener Kreistag aber war man offenbar überrumpelt worden. Sobald Brandenburg Miene machte, sich zu nähern, beeilte man sich ihm den entgegenkommendsten Empfang zu bereiten.

So war bereits kurz vor dem geschilderten Umschwung am Berliner Hofe, speciell auf Veranlassung der Essener Vorgänge, von brandenburgischer Seite der erste Schritt gethan worden. Während der Kreistag noch versammelt war, wurde der Kanzler des Fürstenthums Minden, Matthäus von Wesenbeck [2]), nach Wolfenbüttel, Hannover und Celle abgeschickt, um eine Verständigung über die westfälischen Angelegenheiten anzubahnen; zugleich erhielt er den Auf-

---

[1]) Vgl. oben S. 172.

[2]) Der auch schon 1647 bei den Verhandlungen mit Braunschweig gebraucht worden war s. Urk. u. Actenst. IV. 628ff.

trag, die früher von Witgenstein vergeblich versuchte Annäherung zu einem Defensivbündniß (oben S. 86) wieder aufzunehmen, oder eventuell den Eintritt Brandenburg's in die Hildesheimer Alliance zu beantragen.

In Betreff der beiden letzten Punkte kam es für diesmal noch nicht zu näheren Erörterungen. Dagegen erhielt in Bezug auf den ersteren Wesenbeck an allen drei Höfen die übereinstimmende Erklärung, daß man die Beschwerden Brandenburg's berechtigt finde; man betrachte die in Essen gefaßten Beschlüsse nur als interimistische, über welche die vorbehaltene Zusammenkunft der evangelischen Kreisstände in Minden sich erst noch zu verständigen habe; jedenfalls dürfe der Kreistag nicht wieder, zur definitiven Beschlußfassung, zusammentreten, bevor Brandenburg in Bezug auf seine Ansprüche volle Satisfaction erhalten habe [1]).

Hierauf ließ sich nun weiter fußen. Sobald Waldeck die Geschäfte in die Hand genommen hatte, gab es für ihn keine wichtigere Angelegenheit als diese [2]).

Kaum von seiner Reise zurückgekehrt, erhielt Wesenbeck Befehl, sich von neuem auf den Weg zu machen. Waldeck feuert ihn an, sein Bestes zu thun, daß der Zweck erreicht, Braunschweig gewonnen werde; die Belohnung wird nicht ausbleiben: „ich hoffe, dies Employ soll des Herren sein Glück sein." Mitte November begab er sich zunächst nach Stade, um mit der dortigen schwedischen Regierung des Herzogthums Bremen sich wegen der westfälischen Angelegenheit in Vernehmen zu setzen; der Gouverneur Graf Königsmark sprach seine entschiedene Mißbilligung der Intriguen des Neuburgers in Essen aus; er erklärte sich bereit, zu Gunsten der dort durchzusetzenden Parität und des brandenburgischen Antheils an der Direction des Kreises die geeigneten Schritte zu thun [3]).

---

[1]) Instruction Wesenbeck's dat. Cölln a. Sp. 7. Oct. 1653. Sein Gesammtbericht nebst beiliegenden Acten dat. Petershagen 3. Nov. 1653. Die Conferenz in Wolfenbüttel am 22., in Hannover am 25., in Celle am 28. Oct. (Berl. Arch.)

[2]) Die Concepte der Instructionen und Resolutionen für die folgenden Gesandtschaften Wesenbeck's sind fast alle von Waldeck's Hand; daneben zahlreiche eigenhändige Briefe an Wesenbeck.

[3]) Relation Wesenbeck's dat. Petershagen 1. Dec. 1653. (Berl. Arch.)

Kurz darauf finden wir Wesenbeck wieder in Braunschweig in Conferenz mit den dorthin deputirten Räthen der drei fürstlichen Häuser (18. Dec. ff.). Die Gefahr eines Abschlusses von Kurcöln, nebst den beiden andern geistlichen Kurfürsten und anderen katholischen Ständen, mit den Generalstaaten schien immer näher zu rücken und damit die drohende völlige Isolirung Brandenburg's. Wesenbeck wurde angewiesen, den Braunschweigern die auch sie betreffende Gefahr so dringlich als möglich vorzustellen: „ich muß mich verwundern, schreibt Waldeck, daß die Braunschweigischen die Gefahr noch nicht begreifen, die ihnen vorsteht, wenn Cöln zu der Extremität, mit Lothringen selbst sich einzulassen, gebracht werden möchte, oder wenn, Cöln und die Staaten alliiret, den Schweden zur Exequirung schädlicher Desseins gegen ihre nahen Freunde oder sie selbst die Hand freigelassen werden möchte; wann die Necessität erscheinen wird, möchte die nähere Alliance der Evangelischen zu spät sein; in Schlesien schießen sie die Evangelischen schon todt, wenn sie nicht alsofort die Kirchen räumen; an allen Ecken bringen die Katholischen unter fremdem Schein Volk zusammen; was daraus werden will, ist leicht zu urtheilen" [1]).

Dazu nun von der andern Seite her zu allem übrigen die als drohendes Gerücht in der Luft schwebende Wahrscheinlichkeit eines schwedisch-dänischen Kriegs. Eben jetzt schickte Cromwell — der erste bedeutsame Act des neuen Protector's — seinen Gesandten Whitelocke nach Schweden, um eine enge Verbindung mit dieser Macht anzubahnen; Krieg gegen das mit Holland befreundete Dänemark war einer von den Punkten, worüber eine Verständigung zwischen der nordischen Königin und der englischen Republik am nächsten zu liegen schien; die Kunde von der Gesandtschaft Whitelocke's wirkte auf dem Continent augenblicklich in der beunruhigendsten Weise nach [2]).

---

[1]) Waldeck an Wesenbeck dat. Cölln a. Sp. 27. Dec. 1653. (Ebendas.)

[2]) Am 20. Dec. 1653 traf Whitelocke am Hofe der Königin Christine zu Upsala ein (v. Ranke Engl. Gesch. III. 464). An demselben Tage schreibt der Kurfürst an Wesenbeck „mit nicht geringer Betrübniß, wie von einem neuen Kriege zwischen Dänemark und Schweden gemuthmaßet und geredet werden will." Wesenbeck soll den Braunschweigern die Bedeutung der Sache klar machen. Und

Was stand für das nördliche Deutschland bevor, wenn dieser Kampf wirklich ausbrach, ohne daß dort irgend eine compacte Macht den Kämpfenden überwachend sich an die Seite stellen konnte.

Es gelang Wesenbeck, wenigstens einen Schritt weiter zu kommen. Bereits wirkte der Umschlag der brandenburgischen Politik in Regensburg auch an den braunschweigischen Höfen vertrauenerweckend nach; noch wollten die Deputirten auf den Gedanken einer neuen engeren Alliance nicht eingehen, in dem Streit mit dem Neuburger im westfälischen Kreise riethen sie zu einem Compromiß; aber sie erklärten sich bereit, mit allen Kräften zunächst für die Aufnahme Brandenburgs in die Hildesheimer Alliance zu wirken; die näheren Verabredungen hierüber wurden auf die bevorstehende Zusammenkunft der westfälischen evangelischen Kreisstände in Minden vertagt [1]).

Dies war schon ein wichtiger Schritt. Bisher besaß unter den Hildesheimer Verbündeten Schweden das entschiedene Uebergewicht im Bunde und damit im nordwestlichen Deutschland überhaupt. Trat Brandenburg im Einverständniß mit Braunschweig der Alliance bei, so bildeten diese beiden Mächte vereint alsbald ein Gegengewicht gegen die nordische Großmacht, welches den ganzen Charakter des Bundes veränderte. Brandenburg machte den Hildesheimer Bund sich unschädlich, wenn es in denselben eintrat.

Und bemerkenswerth ist nun, wie diese Weise, den obschwebenden Gefahren zu begegnen, auch nach der andern Seite hin geübt wurde. Die Lothringer waren in das Stift Lüttich eingebrochen; der Kurfürst von Cöln als Bischof eilte in das bedrohte Land; nach allen Seiten warb er um Hilfe; Mainz und Trier sandten ihm einige Truppen [2]); vor allem wurde der Abschluß der Alliance mit den Niederlanden auf's dringendste betrieben; aber auch an den Kur-

---

Wesenbeck schreibt zurück, es könne dies von nichts anderem herkommen, „denn von der nach Schweden englischen Ambassade Suggestion;" dat. Petershagen 29. Dec. 1653. (Ebendas.) Wie begründet in der That, besonders in Bezug auf Schweden, die Befürchtungen waren, s. v. Ranke III. 466.

[1]) Relation Wesenbeck's und Protokoll dat. 22. Dec. 1653. (Ebendas.)

[2]) Bezeugt in einem Brief des Kurfürsten von Cöln an Landgraf Wilhelm von Hessen dat. Lüttich 13. Jan. 1654. Seine eigene Macht gibt hier der Kurfürst auf 3000 M. z. F. und 600 Reiter an.

fürsten von Brandenburg wurde ein neuer Hilferuf erlassen [1]). Was war zu thun? Sollte der Cölner allein auf die Hilfe seiner katholischen Verbündeten und auf das Bündniß mit den Niederlanden angewiesen sein? Dann hatte man eben die ganze Gefahr eines niederländisch-katholischen Bündnisses mit Ausschluß von Brandenburg. Man beschloß anders. Neben allen anderen Motiven, welche zum activen Eingreifen gegen den Friedensbruch in jenem Reichsgrenzland aufforderten (s. oben S. 166), stand auch dies, daß man hierdurch am besten jener bedenklichen Verbindung die etwa gegen Brandenburg sich richtende Spitze abbrechen konnte. Man trat entschlossen mit militärischer Gewalt auf die Seite Kurcölns, die brandenburgischen Gesandten im Haag wurden angewiesen, jetzt eifrig für das Zustandekommen der cölnischen Alliance mit den Niederlanden zu wirken — sie konnte jetzt, nachdem der Kurfürst so entschieden Partei ergriffen hatte, nicht abgeschlossen werden, ohne daß Brandenburg in dieselbe einbegriffen wurde, und damit war ihre eigentliche Gefährlichkeit beseitigt [2]).

So erfolgte nun diese wichtige Wendung. Unmittelbar nach Empfang des cölnischen Schreibens erließ der Kurfürst die nöthigen militärischen Anordnungen. Aus den märkischen, pommerischen und halberstädtischen Garnisonplätzen wurden ungefähr 400 Mann unter dem Obersten von Trotha abcommandirt und gegen den Rhein hin dirigirt; aus den westfälischen Festungen sollten 3—400 Mann sich mit ihnen vereinigen; eiligst wurden Braunschweig und Hessen-Kassel aufgefordert, einige Truppen dazustoßen zu lassen; nach Cleve erging der Befehl, das Landesaufgebot einzuziehen und zu organisiren [3]).

---

[1]) Kurfürst Maximilian Heinrich von Cöln an Kurbrandenburg dat. Lüttich 6. Jan. 1654. (Ebendas.)

[2]) So motivirt auch Waldeck in dem oben S. 122. n. 1. erwähnten Mémoire den in Berlin gefaßten Beschluß: „l'alliance projectée entre les Estats d'Hollande et l'Electeur de Cologne sembla suspecte; mais bientost après nous parust autre; on jugea à propos, de ne s'en laisser point exclure seroit le meilleur; et puis après nous sembla advantageux, de la presser mesmes, d'assister l'Electeur de Cologne en conformité de l'Union Electorale et, qui plus estoit, la resolution prise à Ratisbonne."

[3]) v. Mörner Märkische Kriegsobersten S. 197.

Zugleich wurde den Gesandten in Regensburg der gefaßte Entschluß mitgetheilt und sie angewiesen, in dem entsprechenden Sinne auf dem Reichstage zu wirken. Erst ganz zuletzt erfolgte die officielle Anzeige der beabsichtigten Hilfleistung an den Kaiser (3. Febr. 1654.).

Das Corps von 7—800 Mann, welches der Kurfürst gegen den Rhein hin in Bewegung setzte, war, auch nach den Dimensionen jener Zeit, immerhin nur eine Hilfe von mäßigem Belang [1]; wol konnten, wenn es zum Schlagen kam, ein paar hundert Mann tüchtiger wolausgerüsteter Truppen, wie es diese Brandenburger waren, ein Gewicht in die Wagschale werfen gegen jene lothringischen „mehr zu Quartieren als zu rühmlichen Feldzügen gewöhnten Haufen" — aber in dem moralischen Eindruck lag doch die eigentliche Bedeutung des Schrittes.

Es war doch eine Thatsache von ungewöhnlicher und überraschender Art, wenn jetzt von der Mark und Pommern her aus freiem Antrieb ein norddeutscher Fürst sich in Bewegung setzte, um mit Waffengewalt dem schmachvollen Treiben ein Ende machen zu helfen, welches die Grenzlande des Reichs verheerte, während der versammelte Reichstag mit blöder Unentschlossenheit und der Kaiser mit zweideutiger Miene demselben zusah. Die Umkehr der brandenburgischen Politik auf dem Reichstag erhielt durch dieses Auftreten ihre praktische Ergänzung. In Regensburg rief, während man sich dort noch mit fruchtlosen Verhandlungen herumschleppte, die Nachricht von der brandenburgischen Marschordre je nach der verschiedenen Parteistellung verschiedene Eindrücke hervor. Es gab für den kaiserlichen Hof keinen Rechtsvorwand, der unbequemen Energie des Kurfürsten zu wehren; und unbequem war es in der That, daß auf diese Weise die lothringische Angelegenheit eine Veranlassung werden konnte, bei welcher Brandenburg sich den rheinischen Kurfürsten wieder näherte, von denen es sein Auftreten in den inneren Fragen des Reichstags in den letzten Wochen so weit entfernt hatte. Natürlich ergab sich augenblicklich eine sehr intime Annäherung an Kurcöln. Das mußte weiter führen. Der Kurfürst von Cöln war der Vetter

[1]) [Dubois] histoire de l'emprisonnement de Charles IV. Duc de Lorraine (1688) S. 28 gibt aufschneiderisch, nach seiner Art, das brandenburgische Hilfscorps auf 4000 Mann an.

des jetzigen Kurfürsten von Baiern. Es war eine Sache des bairischen Hauses, für die Brandenburg auftrat. Blumenthal erhielt Befehl, neben den cölnischen sich auch mit den kurbairischen Gesandten in gutes Vernehmen zu setzen [1]; es konnte vielleicht gelingen, bei dieser Gelegenheit auch mit dieser katholischen süddeutschen Macht ein Einverständniß herzustellen.

Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg befürchtete in dieser Bewegung seines clevischen Gegner's den Anfang einer neuen gegen ihn selbst gerichteten Schilderhebung, diesmal vielleicht auch Braunschweig und Hessen gegen ihn im Bunde. Er schrieb besorgt um Rath an seinen Schwiegervater, den Landgrafen Georg von Hessen-Darmstadt, der sich deshalb anfragend an den Herzog Christian Ludwig von Braunschweig-Celle wandte [2].

Ganz besonders wichtig aber war der Eindruck, den der Lüttticher Hilfszug an den braunschweigischen Höfen machte. Man wird es als ein bezeichnendes Symptom der moralischen Wirkung auch in weiteren Kreisen betrachten dürfen, wenn von der braunschweigischen Universität Helmstädt her eben jetzt der berühmte Publicist Hermann Conring seine Schrift „über die Grenzen des deutschen Reichs“ mit einer schwungvollen Anrede dem Kurfürsten von Brandenburg widmete [3]. Vor allem aber konnten nun die braunschweigischen Fürsten und ihre Räthe nicht mehr zweifeln, daß die Umkehr in Berlin eine vollständige war und daß man mit einiger Zuversicht sich auf die dort gefaßten Rathschläge verlassen konnte. Sie selbst freilich zu ähnlichen Entschlüssen fortzureißen, dazu bedurfte es noch mannichfacher Anstrengungen.

---

[1]) Wogegen freilich Blumenthal nachdrücklich remonstrirt und davor warnt, sich Baiern anzuvertrauen. Blumenthal an Waldeck dat. Regensburg 23. Jan. 30. Jan. 1654. (Arolf. Arch.)

[2]) Diese ganze Correspondenz abschriftlich von Celle her in Berlin mitgetheilt. Christian Ludwig antwortet beschwichtigend: er selbst habe keinerlei feindliche Absichten; „Wir können zwar den oftmals unvermutheten Ausgang dergleichen Anzüge vorhero nicht ermessen, halten aber jedoch davor, daß des ꝛc. Herrn Churfürsten zu Brandenburg Lbd. einige weitere Intention ... nicht führen, noch gefaßt haben mögen.“ dat. Celle 17. Febr. 1654. (Berl. Arch.)

[3]) Conringii Opera VI. 373.

Nach der erwähnten Zusammenkunft in Braunschweig hatte Wesenbeck sich zu dem Bischof von Paderborn begeben, um auch diesen Theilnehmer des Hildesheimer Bündnisses zu begrüßen und über die Lütticher Angelegenheit mit ihm sich zu besprechen. Es war von Wichtigkeit, das jetzige Auftreten zu Gunsten Kurcölns zu benutzen, um auch mit den kleineren katholischen Höfen in freundliche Beziehung zu treten; Wesenbeck wurde angewiesen, dem Bischof vor allem „Sr. Churf. Dchl. universelle Begierde zu versichern, allen Reichsständen ohne Unterschied der Religion zu dienen [1].“ Die Conferenz lief günstig ab; der Bischof zeigte sich geneigt, in nähere Verhandlungen mit Brandenburg zu treten [2]).

Von da ging die Reise nach Kassel. Man hatte Ursache, mit der Haltung des Landgrafen Wilhelm von Hessen einigermaßen mißzufrieden zu sein. Sein Gesandter Krosigk in Regensburg neigte sich in augenfälliger Weise der katholischen Partei zu und galt als der Spion derselben im evangelischen Lager [3]); die Abstimmungen Hessens in all den wichtigen Fragen des Reichstags, sein ganzes Auftreten dort ließ die feste Hand der Landgräfin Amalie Elisabeth, die noch bis vor wenigen Jahren das Ruder geführt, sehr vermissen. Hier konnte Wesenbeck mit einigen ernsten Erinnerungen viel wirken; es wurde ihm nicht schwer, sich mit dem Kanzler Vultejus und den Räthen Dörnberg und Dauber zu verständigen. Allerdings erklärte die hessische Regierung sich vorerst entschlossen, „jenseit des Rhein's nicht zu gehen“ d. h. an der Expedition gegen den Lothringer sich nicht zu betheiligen; aber in anderen wichtigen Punkten einigte man sich; gemeinsames Vorgehen in den brennenden Fragen des Reichstags ward zugesagt; Hessen-Kassel versprach, für die Rechte

---

[1]) Waldeck an Wesenbeck dat. Cölln a. Sp. 27. Dec. 1653. (Berl. Arch.)

[2]) Protokoll dat. 10. Jan. und Relation Wesenbecks dat. Kassel 15. Jan. 1654. (Ebendas.) Doch bemerkt das braunschweigische Gutachten bei v. Meiern I. 1149, daß Paderborn „wegen seiner Prätension auf Pyrmont die Kayserl. intentiones fast allemahl bei diesem Reichs-Tage secundiret hat.“

[3]) Waldeck an Wesenbeck dat. Berlin 9. Jan. 1654. (Ebendas.) Vgl. v. Rommel Gesch. von Hessen IX. 100, der auch angiebt, daß der spätere Sturtz Krosigk's besonders mit von Waldeck veranlaßt worden sei. Ueber sonstige Gründe für das zweifelhafte Benehmen Hessen's auf dem Reichstag s. v. Meiern I. 1149.

Brandenburgs im westfälischen Kreis, für seine Aufnahme in die Hildesheimer Alliance zu wirken; auf dem bevorstehenden Tag zu Minden wolle man zusammenstehen — in den Hauptangelegenheiten fand man sich doch eines Sinnes [1]).

Bei weitem das wichtigste aber war jetzt die zu Essen verabredete „evangelische Präliminarzusammenkunft" der westfälischen Kreisstände in Minden, die auf den 19. Januar anberaumt war. Wesenbeck wurde auch dorthin als Gesandter des Kurfürsten abgeordnet [2]). Die Angelegenheiten des westfälischen Kreises, die Stellung Brandenburgs in demselben, das Verhältniß zu dem Pfalzgrafen von Neuburg, die Frage der Kreisrüstung und des Oberbefehls über dieselbe, das Verhalten des Kreises zu dem Lütticher Einfall mußten dort zur Sprache kommen; Wesenbeck erhielt Befehl, auch den Eintritt des Kurfürsten in die Hildesheimer Alliance von neuem in Anregung zu bringen. Diese Versammlung mußte, so hoffte man in Berlin, der erste Grundstein werden zu dem beabsichtigten engeren Verband mit den norddeutschen protestantischen Reichsständen; die wichtigsten dazu berufenen Stände gehörten nicht allein dem westfälischen, sondern auch dem niedersächsischen Kreise an; ein dort geschlossenes Band dehnte sich dann von selbst auch auf diesen letzteren aus; die Hilfleistung für den Kurfürsten von Cöln konnte die Brücke werden, über die hin man auch mit den wolgesinnten katholischen Ständen sich die Hand reichen konnte; Wesenbeck war bevollmächtigt, schon jetzt, wenn er die Stimmung günstig fand, auf die Bildung einer umfassenderen Vereinigung, eines „Universalwerkes," wie man sagte, hinzuarbeiten [3]).

Waldeck legte auf diese Zusammenkunft das höchste Gewicht. Vor allem, schreibt er an Wesenbeck, indem er ihm die Instruction überschickt, kommt es darauf an, daß nur etwas in Minden geschlossen wird, „damit es aufs wenigste einen Schein einer Vertraulichkeit von sich gebe; vor allem muß man verhüten, daß kein

---

[1]) Relation Wesenbeck's dat. Kassel 15. Jan. 1654. Protokoll dat. Kassel 13. Jan. (Berl. Arch.)

[2]) Graf Witgenstein, der Statthalter von Minden, der mit ihm zusammen den Kurfürsten dort vertreten sollte, lehnte den Auftrag ab.

[3]) Instruction für Wesenbeck dat. Cölln. a. Sp. 16. Jan. 1654. (Berl. Arch.)

Mißtrauen zwischen Braunschweig und uns vorscheine, damit den Schweden ihre Hoffnung, der Evangelischen Haupt zu sein, nicht gestärkt werden möge." Es ist gar nicht zu sagen, fügt er hinzu, was es uns bereits gewirkt hat, daß die Stände in Regensburg ein Vertrauen zu uns gewiesen und wir zu ihnen. „Wenn man dieses Werk wol endigt, ist eine Reparation alles dessen, so zu Augsburg versäumt, zu hoffen." Er ist in der höchsten Aufregung über den Ausgang: „ehe ich Antwort bekomme, dünkt mich, trage ich die ganze Welt; denn an dem Schein dieses Werks ist dem mir bekannten Zustand des Reiches nach den Evangelischen nächst Gottes Hülf alles gelegen." Und Tags darauf schickt er dem Gesandten noch einen in höchster Eile geschriebenen Zettel nach, worin er ihn nochmals beschwört, seinen vollen Eifer für die Sache einzusetzen; in der Aufregung des Schreibens läßt er uns hier sogar einen Blick in das sonst sorgfältig verschwiegene Geheimniß seiner letzten Gedanken thun: „menschlich davon zu reden, hängt der glückliche Schluß des Reichstags an diesem Werk, nebst noch einem mehreren; ich kann nichts sagen, so Sie nicht wissen; aber das bitt' ich: laßt uns nicht merken, daß wir einig Imperium in Gedanken haben bei der Alliance, damit nur Vertrauen gestiftet werde; so wird alles wol gehen. Gott helfe" [1])!

Aber man hatte es mit wachsamen Gegnern zu thun. Es konnte nicht anders sein, als daß Schweden die jetzt mit einem Male sich hervorthuende energische Betriebsamkeit der brandenburgischen Politik aufmerksamen Auges verfolgte. Daß dieselbe bei all ihrer offenkundigen Hauptrichtung gegen den gemeinsamen Feind doch auch zugleich einen nicht sehr verborgenen Stachel gegen Schweden hatte, war leicht zu erkennen. Schweden mußte einsehen, daß all dieses Drängen Brandenburgs nach neuen Verbindungen, diese regen, vielseitigen Verhandlungen, dieses mithandelnde Eindringen in alle wichtigen schwe-

[1]) Waldeck an Wesenbeck dat. Berlin 17. und 18. Jan. 1654; eigenhändig (Berl. Arch.). Unter demselben Datum (18. Jan.) wird Wesenbeck auch avertirt, daß der kaiserliche Hof einen Gesandten nach Minden zu schicken beabsichtigt, um die Versammlung zu beobachten; er soll das Auftreten desselben genau überwachen und ihm in geeigneter Weise entgegenwirken.

benden Fragen und nicht am wenigsten jenes — man möchte vielleicht sagen, mit Gewalt herbeigezogene — militärische Auftreten zu Gunsten des Kurfürsten von Cöln-Lüttich dem brandenburgischen Staate, wenn seine Bemühungen glückten, binnen kurzem eine machtvolle, auf Sympathie und Dankbarkeit vieler Reichsstände begründete Stellung geben mußte, bei der das jetzt noch behauptete Ansehen Schwedens in den Hintergrund gerückt zu werden drohte.

Es konnte den Schweden nicht entgehen, daß die jetzt angesagte Zusammenkunft in Minden darauf angelegt war, ein Haupthebel für diese Bemühungen zu werden. Graf Königsmark hatte früher zugesagt, sie zu beschicken. Die Natur der zu verhandelnden Angelegenheiten brachte es mit sich, daß an eine wirksame Beschlußfassung ohne die Theilnahme Schwedens nicht zu denken war.

Aber eben in den Tagen, wo die Conferenz zusammentreten sollte, liefen Schreiben der schwedischen Regierung in Stade ein: man sei nicht mit genügenden Instructionen versehen, man müsse dieselben erst aus Schweden kommen lassen. Man bat, die Versammlung zu vertagen [1]).

„Es giebt mir seltsame Gedanken, schreibt Waldeck, daß die Schweden ausbleiben; es scheint, daß man des Orts gar nicht gern sehe, daß S. Churf. Dchl. im römischen Reich in Consideration komme" [2]).

Diese Mindener Zusammenkunft ist überhaupt niemals zu Stande gekommen.

Vielmehr ganz wie darauf angelegt, um Brandenburg zu isoliren, „eine Jalousie zu erwecken zwischen Brandenburg und Braunschweig," wie Waldeck es deutet, mußte es in der That erscheinen, wenn unmittelbar nach dieser Absage die Schweden, ehe noch eine neue Instruction aus Stockholm eintreffen konnte, die Braunschweiger zu einer Separatzusammenkunft der niedersächsischen Kreisämter in Hamburg für die ersten Tage des Februar einluden [3]). Der branden-

---

[1]) Die braunschweigischen Räthe in Hannover an Wesenbeck dat. 21. Jan. 1654. (Ebendas.)

[2]) Waldeck an Wesenbeck dat. Berlin 23. und 31. Jan. 1654. (Ebendas.)

[3]) Solche Kreisversammlungen, wo nur die Kreisämter: ausschreibende Fürsten, Directoren, Kreisobersten und Nach- und Zugeordnete, sämmtlich oder zum Theil,

burgische Resident in Hamburg, Johann Friedrich Schlezer [1]), erhielt Befehl, an der Conferenz Theil zu nehmen d. h. sie zu überwachen. Indeß welches auch die Ursachen waren (die Acten der Conferenz sind nicht vorhanden), einen Erfolg im Sinne der Schweden hatte dieser Schritt nicht; man trennte sich in Hamburg, ohne viel mehr zu beschließen als eine baldige neue Zusammenkunft in Lüneburg.

Nur eine Angelegenheit erhielt hier Förderung, aber nach einer Seite hin, die jetzt wenig mit den Wünschen und Neigungen der schwedischen Politik zusammenstimmte.

Seit einiger Zeit schon machten die Werbungen viel von sich reden, die an verschiedenen Punkten jenseits der Elbe, namentlich in Meckelnburg, Lauenburg, in der Grafschaft Pinneberg, sowie in Hamburg und Lübeck vor sich gingen. Man erfuhr, daß auf spanische Rechnung dort vier bis fünf Regimenter zusammengebracht werden sollten; der junge Herzog Franz Erdmann von Lauenburg, ein Graf von Nassau-Idstein waren in Besitz spanischer Werbepatente; an der Spitze der ganzen Werbung aber stand der älteste Sohn des Herzogs Adolph Friedrich von Meckelnburg, Prinz Christian, derselbe welcher später katholisch wurde und jetzt schon seit längerer Zeit mit seinem Vater in Unfrieden lebte. Geldmangel mehr als politische Hinneigung hatten ihn dazu gebracht, eine Bestallung als „königlich spanischer General-Wachtmeister und Obrist zu Roß und Fuß" anzunehmen; schon seit dem Jahr 1652 hatte er ohne viel Erfolg im Stillen zu werben begonnen; eben jetzt zu Anfang des Jahrs 1654 wurde der Zusammenlauf lebhafter, hier und dort sammelten sich einzelne Haufen [2]).

---

officiell zusammentraten, fanden mehrfach Statt; Gesandte der andern Kreisstände konnten dabei erscheinen, doch ohne officielle Theilnahme an den Verhandlungen.

[1]) In dieser Eigenschaft wird Schlezer hier bestimmt namhaft gemacht und ist daher in der Liste brandenburgischer Residenten in Hamburg bei Lappenberg Zeitschr. d. Ver. f. hamb. Gesch. III. 464 nachzutragen. Ich werde über diese nicht uninteressante Persönlichkeit an einer anderen Stelle eingehend zu sprechen haben.

[2]) Die ganze Episode dieser spanischen Werbungen in Meckelnburg und den angrenzenden Landschaften ist bisher nirgends berührt worden. Einige wesentliche Mittheilungen zur Darstellung derselben aus dem Meckelnburgischen Archiv verdanke ich der Güte des Herrn geh. Archivrath's Dr. Lisch in Schwerin.

Auch abgesehen davon, daß eine solche Werbung ebenso gegen die Bestimmungen des Friedensinstrumentes wie gegen die Beschlüsse des letzten Kreistages verstieß, konnten die übrigen niedersächsischen Stände bei der allgemeinen Lage der politischen Verhältnisse es unmöglich gleichgiltig mit ansehen, wenn auf diese Weise die Landschaften jenseits der Elbe zu einem spanischen Werbeplatz gemacht wurden; man war in der Stimmung, alles schlimmste für möglich zu halten, wenn einem solchen Treiben freier Lauf gelassen wurde. Herzog Adolph Friedrich selbst erließ ein öffentliches Abmahnungsmandat gegen die „ohne Unser Fürwissen vorgenommene Werbung" seines Sohnes; Herzog Christian Ludwig von Celle mahnte als Kreisoberst im gleichen Sinne [1]).

Als beides vergeblich blieb, wurde die Angelegenheit nun eben bei der jetzigen Versammlung in Hamburg zur Sprache gebracht. Die braunschweigischen Gesandten drangen darauf, energisch gegen diese Bedrohung der Ruhe des Kreises einzuschreiten; auf ihre Anregung ward ein neues Abmahnungsschreiben an den Prinzen Christian erlassen, mit dem Bedeuten, daß im Fall des Ungehorsam's „die Mittel, so dawider heilsamlich verordnet, wirklich vorgenommen und vollstrecket werden müßten;" an den regierenden Herzog August von Sachsen-Lauenburg ward in gleicher Weise geschrieben [2]), der Hamburger Senat ernstlich aufgefordert, in seinem Kreise ohne Nachsicht gegen die Werber einzuschreiten. Herzog Adolph Friedrich von Meckelnburg selbst unterzeichnete mit den anderen das Schreiben; die Schweden hielten sich zurück.

Es war augenfällig, daß Schweden, durch seine jetzigen spanischen Beziehungen gebunden, geneigt war, der Sache ruhig zuzusehen; das Drängen der Braunschweiger war den schwedischen Gesandten unbequem, von Executionsmaßregeln im Namen des Kreises wollten sie nichts hören. Aber der Cellische Herzog Christian Ludwig ließ

[1]) Mandatum avocatorium dat. 4. Jan. (Archiv zu Schwerin.) Schreiben des Herzogs Christian Ludwig von Celle dat. 14. Jan. 1654.

[2]) Dehortationsschreiben im Namen der Kreisämter an Herzog Christian von Meckelnburg dat. 13. Febr.; an den Herzog von Lauenburg dat. 14. Febr. 1654. (Abschr. im Berl. Arch.)

sich nicht beirren; als die Werbungen auch jetzt noch ihren Fortgang nahmen, kündigte er im Einverständniß mit den benachbarten nächstinteressirten Kreisständen (wie es scheint, auch mit dem Herzog Adolph Friedrich von Meckelnburg selbst) an, daß er als Kreisoberster zur Execution schreiten werde, und forderte die Mitstände auf, dazu behilflich zu sein. Kurz darauf drang eine Abtheilung braunschweigischer Truppen über die Elbe in die nächstgelegenen meckelnburgischen Ortschaften ein, wo die geworbenen Mannschaften einquartirt waren, überraschte und entwaffnete sie, jagte den ganzen, noch nicht sehr beträchtlichen Haufen aus einander [1]).

Und dies ist denn in der That das Ende dieser spanischen Werbungen in Meckelnburg gewesen. Die Gefahr wurde im Keime erstickt, ehe sie zu einer ernstlichen Verlegenheit groß wachsen konnte. Die Energie aber, womit dies geschah, war ein bemerkenswerthes Symptom der neu erwachenden Rührigkeit und Entschlossenheit unter den Ständen des deutschen protestantischen Nordens. Christian Ludwig hatte über seine Absichten und seine Maßnahmen in Berlin eingehende Mittheilung gemacht und volle Zustimmung gefunden; er durfte im Fall der Noth der Unterstützung von dorther sicher sein. Es begann sich fühlbar zu machen, daß es in diesen Bereichen noch einen Willen gab außer dem Schwedens.

Die Gefangennehmung des Lothringers.

Alles in Allem indeß waren, wie man sagen muß, die brandenburgischen Pläne bis dahin noch nicht viel von der Stelle gekommen; ein fester Anhalt war noch nach keiner Seite gewonnen.

Indem trat ein neuer unerwarteter Zwischenfall ein.

---

[1]) Ein eingehenderer Bericht über diese Vorgänge ist nicht aufzufinden gewesen; der obige Thatbestand ergibt sich aus einer Anzahl verstreuter Notizen in verschiedenen Acten. Die Zahl der im Meckelnburgischen bereits gesammelten Truppen gibt Herzog Christian Ludwig in einem Schreiben an den König von Dänemark, dat. Celle 27. Febr. (Abschr. im Berl. Arch.) auf 500 Mann an; nach den Acten des Schweriner Archiv's scheinen es kaum so viel gewesen zu sein. Vgl. übrigens auch unten bei Gelegenheit der Hamburger Conferenz im April 1654.

Das brandenburgische Hilfscorps für den Kurfürsten von Cöln hatte sich auf den Weg nach dem Rhein begeben. Ein erneuter Hilferuf in den ersten Tagen des Februar mahnte zur Eile. Auf den Wunsch des Kurfürsten hatte Friedrich Wilhelm den Freiherrn Otto Christoph von Sparr beurlaubt, um während des Feldzuges gegen die Lothringer und Condéer die cölnischen Truppen zu befehligen [1]; er eilte den Truppen voraus nach Lüttich. Ehe er ankam, waren die Verhältnisse ganz andere geworden.

Der Herzog von Lothringen war über das offene Auftreten Brandenburgs nicht wenig betroffen; er forderte eine Erklärung [2]; man war in Cleve überzeugt, daß er nun nicht länger an sich halten werde, seine Truppen auch in's Clevische marschiren zu lassen [3].

Da geschah es, daß der Stifter so vieler Unruhe von einer Seite her zur Ruhe gebracht wurde, von der man es am wenigsten hätte erwarten sollen. Am 25. Februar wurde der Herzog Karl zu Brüssel im Namen der spanischen Regierung plötzlich verhaftet. Man führte ihn als Staatsgefangenen zuerst nach Antwerpen, dann nach Spanien. Erst durch den pyrenäischen Frieden ist er wieder in Freiheit gesetzt worden [4].

---

[1]) Kurfürst Maximilian Heinrich an den Kurfürsten von Brandenburg dat. Lüttich 6. Febr. 1654. Der Urlaub erfolgt s. d. Cölln a. Sp. 14. Febr. (Berl Arch.)

[2]) Herzog Karl von Lothringen an den Kurfürsten dat. Bruxelles 19. Febr. 1654. Die Antwort des Kurfürsten: die abgeschickten Truppen „ne feront autre chose que de défendre avec les autres ceux qui sont de l'Empire et se trouvent inquiétés" (dat. Cölln a. Sp. 20. Febr.) hat den Herzog nicht mehr erreicht.

[3]) Der clevische Statthalter, Joh. Moritz v. Nassau berichtet nach der Gefangennahme des Lothringers dem Kurfürsten, nach geheimen Nachrichten aus Brüssel, „daß gedachter Herzog drei Tage vor seiner Gefängniß, nämlich Sonntags den 22. Febr., in seinem Rath beschlossen gehabt, sein Dessein auf das Land von Cleve fortzusetzen;" der Ueberbringer des oben erwähnten Briefs, fügt er hinzu, sei ein Spion gewesen, der beauftragt war, „alles auszukundschaften, wie es im Lande beschaffen, ob einige Verfassung zur Defension vorhanden und wie den Leuten zu Muth wäre, principaliter ob hiesiges Schloß auch mit Garnison versehen." (dat. Cleve 11. März 1654; eigenh. Berl. Arch.)

[4]) d'Haussonville II. 381ff. (der unrichtig den 26. Febr. als Tag der Verhaftung angibt). Bericht des brandenburgischen Residenten Staveren bei

Dieser in seinen Motiven nicht völlig aufgeklärte Staatsstreich änderte nun die Sachlage nicht wenig. Zunächst durfte man die Gefahr einer Invasion in's Clevische als beseitigt ansehen. Der Bruder des Verhafteten, Herzog Franz von Lothringen, der jetzt vom kaiserlichen Hofe, wo er bisher gelebt hatte, herbeikam, um das Commando der Truppen zu übernehmen, war wenigstens für's erste nicht geneigt, durch abenteuerliche Unternehmungen, wie jener, alles auf's Spiel zu setzen; er eilte, sich mit den Spaniern zu verständigen; an einen Angriff gegen den Kurfürsten von Brandenburg konnte vorerst nicht weiter gedacht werden.

Vielmehr lenkte man auch in dem Verfahren gegen Lüttich ein. Am 1. März war das französische Hilfscorps für den Kurfürsten von Cöln vor Lüttich eingetroffen. Die Spanier beschleunigten den Zusammentritt von Conferenzen; am 17. März wurde zu Tirlemont ein Vertrag unterzeichnet, wonach alle fremden Truppen das Bisthum Lüttich verlassen, die Festung Hammerstein von den Lothringern geräumt werden sollte und die Neutralität von Lüttich für die fernere Dauer des Krieges von Spanien anerkannt wurde [1]).

Hiermit waren die Kriegsaussichten für den Augenblick vorüber. Die brandenburgischen Truppen waren langsam vorgerückt; sie trafen eben erst in Lippstadt ein; sie wurden, während Sparr sich zum Behuf weiterer Verabredungen nach Lüttich begab, zunächst dort zusammengehalten.

Auf den Fortgang der brandenburgischen Politik, auf die weitere

v. Mörner märk. Kriegsobersten S. 347. — Die Gründe, welche die spanische Regierung zu diesem merkwürdigen Staatsstreich bewogen — „le plus grand coup qu'on a jamais veu dans cet estat," schreibt Staveren — sind noch keineswegs aufgeklärt. Daß, wie d'Haussonville annimmt, persönliche Zerwürfnisse mit Condé und Fuensaldaña das Entscheidende waren, ist nicht wahrscheinlich. Andrerseits stellt er bestimmt in Abrede, daß gerade damals der Herzog in Unterhandlungen mit Mazarin gestanden habe (S. 380). Vielleicht ist das Geheimniß doch bei dem jüngeren Bruder des Verhafteten zu suchen, dem Herzog Franz von Lothringen, der, schon seit längerer Zeit mit dem Herzog Karl in feindseligster Spannung, am Hofe des Kaisers in Wien lebte und jetzt herbeieilte, die Erbschaft anzutreten. Genügende Aufschlüsse würden sich wol nur in den spanischen Archiven oder in Wien finden lassen.

[1]) Dumont VI. 2. 70. Londorp VII. 608.

Entfaltung der Pläne Waldeck's mußte nun dieses unerwartete vorläufige Ende der lothringischen Verwickelung von maßgebendem Einfluß sein.

Wenn die von Spanien geübte rasche Justiz an dem gefährlichen Abenteurer sonst allgemein als eine Befreiung empfunden wurde, so kam dieselbe für Waldeck offenbar zur unrechten Stunde. Diese lothringische Gefahr hatte ihm ein Vehikel werden sollen, womit er Brandenburg in die Höhe und die befreundeten und gleichinteressirten Reichsstände mit sich fort in seine Richtung riß. So eben war am Reichstag noch eine Frage zur Sprache gekommen, die die jetzigen Interessen der brandenburgischen Politik aufs lebhafteste berührte: die Frage einer Revision der Reichskriegsverfassung. Der Gegensatz der Parteien sprach sich aus in der Alternative, ob diese Verfassung in die Hände des Reichs als Ganzen oder in die der einzelnen Kreise gelegt werden sollte: Reichsverfassung oder Kreisverfassungen, wie die Parole lautete. Die kaiserliche Politik, in so vielen Stücken zurückgewiesen, suchte mit Nachdruck jetzt wenigstens auf diesem Gebiete sich eine Handhabe der Macht zu erhalten; sie wirkte mit Eifer für den Beschluß einer allgemeinen das ganze Reich umspannenden Militärordnung; in ihr mußte nothwendig dem Kaiser die führende Rolle zufallen; man mochte an Einrichtungen denken, ähnlich denen, die man vor nun zwanzig Jahren in dem Prager Frieden dem Reiche aufgezwungen hatte. Dem gegenüber stand die gesammte Opposition, und Brandenburg mit ihr, für das Princip der Kreisrüstungen ein. Der Unterschied leuchtet von selbst ein: damit entzog man das gesammte Militärwesen der Controle und der Direction des Kaisers; das war die praktische Anwendung des Satzes, den wir oben Waldeck als die eine Grundregel für die Politik der Reichsopposition aussprechen hörten: „garder la direction des armes“ [1]).

Da hatte nun die lothringische Invasion den geeignetsten Anlaß geboten, um sogleich thatsächlich in dieser Richtung vorzugehen; in einer Anzahl von Kreisen hatten die Reichsstände die Angelegenheit der Rüstungen bereits selbständig in die Hand genommen, in Regens-

[1]) S. oben S. 143.

burg waren, Angesichts der augenscheinlichen Gefahr, selbst viele katholische, sonst dem Kaiser zugethane Stimmen für das rascher durchgreifende Mittel der Kreisrüstungen gewonnen worden.

Da fiel nun mit der plötzlichen Hinwegräumung des Friedensstörers der nächste Vorwand für die theils beabsichtigten, theils begonnenen Rüstungen mit einem Male hinweg; es war mit Sicherheit vorauszusehen, daß die Katholischen und Kaiserlichen in Regensburg sich beeilen würden, von den neugewonnenen friedlicheren Aussichten Act zu nehmen und von ihren Zugeständnissen zurückzutreten [1]. „Es würde höchlichst zu beklagen sein, schreibt Waldeck, wenn die Stände sich hierdurch so einschläfern ließen, daß sie es versäumten, ähnlichen Gefahren für die Zukunft vorzubeugen" [2]).

Und in der That war, genauer betrachtet, nicht einmal die nächste Gefahr wirklich beseitigt; die dringendste Aufforderung, sich in Zukunft nicht wieder in so völlig unvorbereiteter Verfassung überraschen zu lassen, blieb nach wie vor bestehen. Trotz des Tirlemont'schen Vergleichs konnte man sich von den Lothringern doch bei der ersten Gelegenheit eines neuen ähnlichen Verfahrens versehen; es ist trotzdem nöthig, schrieb der Kurfürst von Cöln nach Berlin, daß man sich für ähnliche Fälle, „in gewisse Verfassung stelle;" er erklärte sich bereit, die Verhandlungen darüber fortzusetzen [3]) und bat, die brandenburgischen Hilfsvölker doch einstweilen noch in Lippstadt in Bereitschaft zu halten. Mußte doch die Feste Hammerstein, deren Räumung der Tirlemont'sche Vergleich verfügte, erst mit Gewalt und durch eine förmliche Belagerung dem widerspänstigen lothringischen Commandanten aus der Hand gerissen werden [4]). Und über-

[1]) Blumenthal an Waldeck dat. Regensburg 27. Febr. (9. März) 1654: „la pluspart des estats croyent à cette heure que le danger est fini, exceptés nous et ceux de Coulogne et principalement de la maison de Braunschweig, qui demeurons fermement sur l'armement des cercles. Depuis que le prétexte, qui estoit assez plausible, est failli, je suis de l'opinion que la pluspart des estats en feront de la difficulté, surtout les catholiques." (Berl. Arch.)

[2]) Waldeck an Blumenthal dat. Berlin 5/15. März 1654. (Ebendas.)

[3]) Dat. Lüttich 24. März 1654; zugleich mit Uebersendung des Tirlemont'schen Vergleichs. (Ebendas.)

[4]) Die Uebergabe erfolgte am 3. April; die Zeitungsnachricht im Theat. Europ. VII. 583., der Droysen III. 2. 140 folgt, wonach brandenburgische

dies, jener Vergleich war (nicht anders hatten es die Spanier gewollt) nur für die Lande des Kurfürsten von Cöln geschlossen; die anderen benachbarten Territorien schützte er nicht; und der andere Friedensstörer, Condé, hatte ihn nicht unterzeichnet; seine Truppen ließen schon bald nachher bei vorkommender Gelegenheit empfinden, daß sie sich nicht dadurch gebunden erachteten [1]).

Eben jetzt begannen auch die Wirren im Norden sich neu zu entzünden. Ende März nahmen die Feindseligkeiten zwischen Bremen und Schweden ihren Anfang, und die Stadt schien entschlossen, ihren Widerstand bis zum äußersten fortzusetzen. Zugleich ging der Krieg zwischen England und den Niederlanden zu Ende; die letzteren bekamen dadurch freie Hand, und man baute in Bremen mit Sicherheit darauf, daß Holland nun die befreundete Handelsstadt in ihren Nöthen nicht verlassen werde. Auch nach Berlin ergingen neue Klage- und Hilferufe [2]). Doch hielt man hier fest an dem früher angenommenen Verfahren: mit Schweden zerfallen durfte, wollte man nicht um Bremens willen; so wichtig erschien es der brandenburgischen Politik nicht, daß die Reichsfreiheit der Stadt gerettet werde, um deswegen vor der Zeit sich in eine Verwickelung mit der nordischen Großmacht zu stürzen, und Waldeck legte für seine weiteren Pläne das größte Gewicht darauf, daß mit Schweden, bei aller Rivalität unter der Hand, doch ein äußerlich gutes Vernehmen gewahrt blieb [3]). Auf

---

Truppen daran Theil genommen hätten, findet sonst keine Bestätigung; vielmehr schreibt Blumenthal an Waldeck dat. 27. März (6. April) 1654: „die Churcölnischen haben Hammerstein belagert; mich wundert, daß sie unsere Leute nicht dazu begehret haben.“ (Arolſ. Arch.) Auch daß Sparr im Auftrag des Kurfürsten von Cöln vielleicht die Einleitungen zu der Belagerung von Hammerstein traf und daß daher das Gerücht entsprang, ist nicht wahrscheinlich, da Sparr am 31. März von Lippstadt her nach Lüttich kam und am 3. April (n. St.) noch dort war (v. Mörner S. 349), wo die Feste genommen wurde; jedenfalls sind demnach die brandenburgischen Truppen in Lippstadt geblieben und zu keiner Action gekommen.

[1]) v. Mörner S. 351.

[2]) Bürgermeister und Rath von Bremen an den Kurfürsten dat. 7. April 1654. (Berl. Arch.)

[3]) Waldeck „Gedanken wegen der Bremischen Unruhe“ o. D. (Ende Juni oder Anfang Juli 1654 geschrieben): es sei allerdings nicht gut und womöglich

die Bitten des Bremer Raths ward mit höflicher Theilnahme an den Leiden der Stadt und mit dem Erbieten zur Vermittelung geantwortet; aber das Gesuch um Ueberlassung einiger hundert Mann Truppen und um Gestattung von Werbungen im Minden'schen und Ravensbergischen lehnte der Kurfürst ab [1]).

Auch diesen Punkt mußte man also fortwährend im Auge behalten. Aber die Hauptsache blieb doch die bedrohliche Unsicherheit der Verhältnisse in den westlichen Grenzlanden des Reichs. Alles zeigte, daß dieselbe auch jetzt noch keineswegs vorüber war, und es war jedenfalls im dringendsten Interesse Brandenburg's, weder sich noch andere durch den Schein, als sei mit der Gefangennehmung des Herzogs Karl der allgemeine Friedensstand wieder völlig gesichert, zu gefahrvoller Sorglosigkeit einschläfern zu lassen [2]).

In der That war man in Berlin vielmehr in der gespanntesten Stimmung. Man sah den Reichstag zu Ende gehen, ohne daß es in irgend einem Punkte zu einer befriedigenden Lösung kam. Man sah das Reich preisgegeben von seinem natürlichen Schützer; man sah dem westfälischen Friedenswerk zum Hohn den Krieg der beiden Großmächte Spanien und Frankreich bereits wieder in seinen Aus-

---

zu verhüten, „daß Schweden ganz Meister von Bremen, wie von einer Landstadt, werde;" doch müsse man bei der Vermittelung sehr vorsichtig sein und vorerst auch „die Stadt in einigen Stücken zum Gehorsam anweisen, und sonderlich fast so weit, als die vorigen Bischöfe es gehabt. Und könnte der Krone Schweden fürgestellt werden, wenn sie solches erlangt, daß sie alsdann ihr Intent in effectu mit der Zeit erreichen könnten; wozu zu helfen man zugleich Vertröstung geben müßte." (Ebendas.)

[1]) Antwort des Kurfürsten an die Stadt Bremen dat. Cölln a. Sp. 18. April 1654. („Sr. Churf. Dchl. vorgelesen in Gegenwart I. Exc. von Waldeck, Herrn v. d. Knesebeck, Herrn Seydel's und Herrn Tornow's.") (Ebendas.)

[2]) Waldeck an Blumenthal dat. Berlin 15. März 1654. S. oben S. 206. Welchen Widerstand der Plan fortgesetzter Rüstungen dennoch im Kreise der anderen Räthe des Kurfürsten fand, zeigt ein aus dieser Zeit stammendes eigenhändiges Memoire Waldeck's: „Raisons pourquoy S. Alt. El. se doit armer, et réfutation du contraire" (o. D. Ebendas.). Es heißt da u. a.: „un estat de guerre formé fait éviter le désordre, qu'un armement subite dans la nécessité cause, où les amis et ennemis ruinent en mesme temps le pais; S. Alt. El. estant armée, l'envie passera à ceux, qui la considèrent comme un desjeuner etc.

läufern tief in's Reich hineinragen. War es möglich, war es ehrenvoll, diesen Zwitterzustand länger zu ertragen?

Waldeck war der Ansicht, daß er unhaltbar sei. „Wir werden, schreibt er an Blumenthal, Krieg machen müssen, wir mögen wollen oder nicht; der Kurfürst hat beschlossen, wenn die Dinge sich jetzt nicht beruhigen, so viel Truppen auf die Beine zu bringen, als er vermag und sich mit den benachbarten Ständen zusammenzuthun" [1]). Und einige Wochen später: „Man schilt mich in Regensburg einen unruhigen Kopf — ich könnte, wenn ich es wagte, wol auch meine Bemerkungen über die Handlungen gewisser anderer Leute machen. Ich liebe den Frieden; weder meine Gesundheit, noch mein Privatinteresse, noch das meines Herrn dulden oder erfordern einen Krieg, am wenigsten einen im Reich — aber ich gestehe, es möchte vielleicht in der nächsten Zukunft angenehmer sein, in einem guten Kriege als Corporal zu dienen, als ein deutscher Reichsstand zu sein, zumal wenn, wie es jetzt geschieht, der Pflichteifer eines Kurfürsten ihm als Vergehen ausgelegt wird, wenn das Auftreten gegen die Insulten Fremder als Zeichen eines unruhigen und streitsüchtigen Sinnes gilt, wenn es ein Verbrechen genannt wird, sich vor drohenden Wettern in Sicherheit zu setzen, wenn das Evangelium Ketzerei, der Friedensvertrag das Hinderniß des Friedens genannt, mit einem Wort, wenn alles Gute für nichtswürdig und alles Nichtswürdige für heilig und gerecht ausgegeben wird" [2]).

Als Waldeck dies schrieb, war indeß in der Unionsangelegenheit bereits ein wesentlicher Schritt vorwärts gethan.

---

[1]) Waldeck an Blumenthal dat. Berlin 8. März 1654. Er fügt hinzu: „Je vois bien que toujours arrive le contraire de ce que je désire; j'eusse bien souhaité la continuation des guerres d'Hollande, et l'on a fait la paix; et lorsque je cherche à rendre la paix durable autant qu'il m'est possible, je vois la guerre apparente." (Arolſ. Arch.)

[2]) Waldeck an Blumenthal dat. Berlin 29. März 1654. „Je suis encore au lit, faible de force, mais fort de résolution." (Arolſ. Arch.)

Die Conferenzen zu Tangermünde und Hamburg.

Mit den drei braunschweigischen Höfen von Wolfenbüttel, Celle und Hannover war man seit den letzten Sendungen Wesenbecks zu immer vertraulicherer Annäherung gediehen. Der alte Herzog August zu Wolfenbüttel, sowie Christian Ludwig von Celle standen fest in der entschlossen oppositionellen Richtung, die sie in der Reichspolitik eingenommen hatten und wünschten in der Anlehnung an Brandenburg ebenso eine Stütze für diese gegen den Kaiser, wie zugleich einen Rückhalt gegen die Uebermacht des verbündeten Schweden zu finden. Einige Besorgniß mochte die Haltung des jungen leichtsinnigen Georg Wilhelm von Hannover erregen, dem die Erinnerung reichlich genossenen italiänischen Lustlebens keine Ruhe in der Heimat ließ, und der eben jetzt, allen Vorstellungen zum Trotz, bereits zum vierten Male Land und Regierung seinen Räthen übergeben hatte und über die Alpen geeilt war, den Freuden des venezianischen und römischen Carnevals entgegen [1]). Man hatte Beispiele genug — und gerade die letzte Zeit war reich daran gewesen — daß es in Italien noch andere Lockungen gefährlicherer Art gab, denen mancher erlag: schon war vor einigen Jahren (1651) der jüngere Bruder des Herzogs, Johann Friedrich, katholisch geworden; wie, wenn Georg Wilhelm ihm jetzt folgte, wenn er den jüngsten Bruder Ernst August, der ihn auf der Reise begleitete, gleichfalls hinüberzog, wenn der gesammte eine Zweig des welfischen Hauses der Sache des Protestantismus untreu wurde? Zehn Jahre später (1665), als der katholische Johann Friedrich Herr von Hannover wurde, bekam man einigermaßen zu empfinden, was eine solche Eventualität bedeutete; aber jetzt ging die Gefahr noch glücklich vorüber; die von Georg Wilhelm mit der Regentschaft betrauten Räthe zeigten sich wolgesinnt und zuverlässig, Hannover hielt vorerst fest in der bisherigen Richtung, eine Aenderung war nicht zu spüren [2]).

---

[1]) Spittler Geschichte des Fürstenthums Hannover II. (Sämmtl. Werke VII.) 174.

[2]) Waldeck an Wesenbeck dat. Berlin 13. Dec. 1653: „Ich will hoffen, da die Gesandten zu Regensburg von Hannover keine contrarie Ordre bekommen

Der Mahnung Brandenburg's, sich dem Auftreten gegen den Lothringer anzuschließen, war daher von braunschweigischer Seite zwar nicht mit bereiter Mannschaft, aber doch mit bereitwilliger Erklärung und mit den Anstalten zu schleuniger Rüstung entsprochen worden. Jetzt, nach der Katastrophe in Brüssel, fand man sich in der Ueberzeugung zusammen, daß die Aufforderung zu näherer Verständigung hierdurch keineswegs hinweggenommen, vielmehr noch dringender geworden sei.

Es wurde eine Ministerconferenz zu Tangermünde verabredet, wo man näheres festzustellen versuchen sollte. Von braunschweigischer Seite wurde der Cellische Rath Friedrich Schenk von Winterstädt deputirt; auch ein alter Soldat, wie Waldeck, aber von einer früheren Generation; in der Unionsarmee hatte er, dem Gymnasium entlaufen, seine ersten Waffen geführt, dann bei den Holländern, unter dem Mansfelder, in venezianischen Diensten; jetzt war er seit Jahren einer der angesehensten und entschlossensten Männer im Rathe der braunschweigischen Fürsten [1]).

Mit ihm mochte Waldeck hoffen, sich leicht zu verständigen und die Sache einen guten Schritt vorwärts zu bringen. Mit ausgedehnter Vollmacht begab er sich selbst nach Tangermünde.

Noch im März trafen die beiden Gesandten in dem altmärkischen Städtchen zusammen. Die beiden ersten Tage waren nur vorläufigen Besprechungen gewidmet. Es konnte nicht fehlen, daß man sich über die von den beiderseitigen Regierungen während der letzten kritischen Zeiten geführte Politik aussprach. Der Braunschweiger leugnete nicht, daß man bis jetzt an seinem Hofe noch kein rechtes Zutrauen zu der Nachhaltigkeit des Umschwungs habe fassen können, der sich seit einiger Zeit in Berlin vollzogen habe; man höre hohe brandenburgische Beamte laut verkündigen, die Sache werde nicht von Dauer sein und bald werde man Brandenburg wieder in das

---

haben, sondern zu der evangelischen Partei einen Weg wie den andern halten, es sei mehr um die schönen Damen zu Rom, als um den Pabst die Reise dahin angestellt." (Berl. Arch.)

[1]) Spittler a. a. O. II. 65. 78.

verlassene Gleis einlenken sehen; deshalb habe Braunschweig bis jetzt in Bezug auf eine nähere Alliance vorsichtig sein müssen.

Waldeck beruhigt ihn über die Festigkeit des Kurfürsten; was die „veränderlichen Consilia" betreffe, so sei Braunschweig gerade auch nicht eisenfest gewesen; hätte man den Kurfürsten seiner Zeit besser gegen Schweden unterstützt, so würde dieses jetzt nicht so übermächtig in Norddeutschland dastehen. Auch jetzt noch, fügte er hinzu, seien keineswegs alle drei braunschweigischen Höfe so energisch und zuverlässig gestimmt, wie der von Celle. Er betonte die übermäßig gereizte Stimmung, die noch vor kurzem auf braunschweigischer Seite gegen das gesammte Kurfürstencolleg geherrscht hätte; er erinnerte an beleidigende Aeußerungen, die damals gefallen, und die natürlich den Kurfürsten zur Zurückhaltung hätten mahnen müssen [1]).

Man habe eben auf beiden Seiten gefehlt, entgegnete Schenk, man müsse sich allerseits bessern, so könne noch alles gut werden [2]).

Erst am dritten Tag (23. März) kam man zur officiellen Sitzung zusammen. Mit einem trefflichen Ueberblick über die allgemeine Lage wurde sie von dem Braunschweiger eröffnet. Alles, so führte er aus, was seit dem westfälischen Frieden vorgegangen, habe nur dazu gedient, jedermann und ganz besonders den Fremden die Augen darüber zu öffnen, „auf was schwachem Fuße das Römische Reich bestünde;" jetzt seien sie, und namentlich Spanien im Bunde mit Oesterreich, daran, diese gewonnene Kenntniß zu benutzen. Kurcöln in Lüttich habe es zuerst zu spüren bekommen; im niedersächsischen Kreise hatten die spanischen Werbungen in Meckelnburg 2c. den gleichen Zweck; nun sei ihnen hier wenigstens das Spiel hoffentlich verdorben — aber wie weit sei man noch von jeder wirklichen Sicherheit der Zustände entfernt. Schenk recapitulirt, welche Versuche man

---

[1]) „Man müsse den sieben Kerlen die Nägel so weit beschneiden, daß sie nicht so sehr um sich greifen könnten." Vgl. oben S. 112. n.

[2]) „Annotation der Discurs, so zwischen des Herrn Grafen zu Waldeck Exc. und dem braunschweigischen Abgesandten Herrn Friedrich Schenk von Winterstädt Dienstag den 21. Martii 1654 Abends nach der Mahlzeit vorgefallen." Desgleichen für den 22. März. (Berl. Arch.) „Discurs" nach der üblichen Terminologie immer als nichtofficielles Privatgespräch.

seit geraumer Zeit im niedersächsischen Kreise gemacht habe, um zu einer Organisation zu gelangen; alle vergeblich; Braunschweig sei fast ohne jede Unterstützung geblieben; namentlich die „Transalbini", Meckelnburg, Holstein ꝛc. seien zu gar nichts zu bringen, „denken nur, wann sie an ihrem Ort in alta pace lebeten, so wäre alles gut;" Magdeburg habe gute Absichten; gelte es aber, etwas für den Kreis zu leisten, so sei es auch nicht zu finden; in Hamburg und Bremen sei es das gleiche; die kleineren Reichsstädte, wie Mühlhausen und Nordhausen seien in der That so unvermögend und erschöpft, daß nichts von ihnen zu erwarten sei. Da sei es fürwahr kein leichtes Amt, Kreisoberster zu sein und für die Rüstung des Kreises aufkommen zu sollen. Im benachbarten westfälischen Kreise sei es nicht besser; da lähme der Streit zwischen Brandenburg und Neuburg alle Thätigkeit; Braunschweig wünsche nichts mehr, als diese Differenz durch seine Vermittelung beilegen zu können. Was aber solle jetzt geschehen, um dieser augenscheinlichen Ohnmacht und Zusammenhangslosigkeit ein Ende zu machen? Dem Gedanken einer Reichskriegsverfassung, wie sie von der Gegenpartei gewünscht werde, sei es unmöglich, mit gutem Gewissen beizupflichten. Was bleibt übrig? Sollen die einzelnen Stände sich auf ihre Faust rüsten, oder soll man „mit den Katholischen Ligue machen," oder auf auswärtige Hilfe denken, oder soll man zunächst nur die Organisation der Kreise durchzusetzen und dann eine Verbindung zwischen dem westfälischen und dem niedersächsischen Kreis herzustellen suchen [1])?

Die Fragestellung war klug gefaßt; gerade die Wendung schloß sie aus, auf welche Waldeck eigentlich hinauszukommen wünschte.

Denn ein wichtiger Gegensatz der Ansichten und Absichten, der in den Verhandlungen der nächsten Monate noch eine große Rolle spielte, trat hier sogleich zu Tage.

Wie wir die Grundgedanken Waldeck's oben kennen gelernt haben, konnte es durchaus nicht sein Wunsch sein, die nothwendige Vereinigung mit den gleichgesinnten Reichsständen nur auf dem Wege der Kreisordnungen herbeizuführen und sie auf eine Verständigung

[1] Protokoll dat. Tangermünde 23. März 1654. (Ebendas.)

der Kreise in sich und unter einander zu beschränken. Von den beiden Kreisen, auf welche es hier ankam, war Brandenburg in dem einen, dem niedersächsischen, nur mäßig begütert (mit Halberstadt), und sämmtliche Aemter des Kreises in anderen Händen; in dem anderen, dem westfälischen, aber sollte es sich seine Stellung, wie wir sahen, überhaupt erst noch gegen den Neuburgischen Rivalen erobern. Begreiflich, daß daher Brandenburg zwar, in Opposition gegen die kaiserliche Reichspolitik, für die Rechte der Kreise und für die Hervorhebung dieses Instituts wirken mußte, aber zugleich auch, daß im Interesse der von ihm jetzt erstrebten Stellung es dennoch trachten mußte, über die Kreisverfassung hinweg mit den wichtigsten gleichgesinnten Ständen zu Separatbündnissen zu gelangen, die dann allmälig zur geschlossenen Union unter Brandenburg's Leitung zusammenwachsen sollten. Ein solches Separatbündniß jetzt zuvörderst mit den braunschweigischen Fürsten einzuleiten, war das Ziel, worauf Waldeck bei dieser Zusammenkunft vorzüglich hinzuarbeiten gedachte.

Aber ebenso verständlich nun ist es, wenn wir die braunschweigische Politik diesem Zuge doch nur zögernd folgen sehen. Für sie lagen die größeren Vortheile offenbar in der consequenten Durchführung der Kreisverfassung. Möglichst viele von den Hoheitsrechten des Kaisers und des Reichs auf die Kreise zu übertragen und in den Kreisen möglichst Herr zu sein, darauf lief diese Politik hinaus, die einer weitverbreiteten Ansicht über die eigentliche Natur der jetzigen Reichsverfassung entsprach [1]). Ueberdies hatten die Braunschweiger bereits in der Hildesheimer Alliance mit Schweden Erfahrungen über solche Separatbündnisse mit einer größeren Macht gesammelt, und in dem Maße als jene Verbindung ihnen drückend zu werden begann, wurde natürlich ihre Neigung geringer, sich auf andere ähnliche einzulassen, wenn nicht die Verhältnisse es unbedingt erforderten.

[1]) So wie der Regensburgische Gesandte auf dem Reichstag es einmal ausdrückt, daß „der Status Imperii ein Compositum aus dem Creyß=Statu wäre.“ v. Meiern II. 666. Noch deutlicher sagt einmal der Celle'sche Kanzler v. Schwartzkopf auf dem niedersächsischen Kreistag in Braunschweig im Oct. 1654, man müsse darnach streben, „daß mit der Zeit das, was toto Imperio zukömmt, auch den Circulis, soweit jedes Circul's Grenze gehe, gemein werden möge.“ (Kreistagsacten. Berl. Arch.)

So kam es, daß diese Frage den eigentlichen Angelpunkt der Tangermünder Verhandlungen bildete: „Kreisverfassung" oder „engere Zusammensetzung" wie man sich ausdrückte. Waldeck betonte mit Entschiedenheit, daß er, wenn es darauf ankomme, eine wahrhaft wirksame und zu weiter reichendem politischen Einfluß geeignete Verbindung zu schaffen, die Kreisverfassung ihrer Natur nach für unzulänglich halte, so sehr man immerhin dieselbe zum Ausgangspunkt nehmen könne. Freilich hütete er sich wol, den principiellen Gegensatz allzu scharf hervortreten zu lassen, um nicht Verdacht zu erregen; er gab die Versicherung, daß Braunschweig durch ein engeres Bündniß durchaus nicht verpflichtet werden sollte, für die entfernteren Lande des Kurfürsten im Fall der Bedrohung einzustehen; Preußen solle gänzlich außer Betracht bleiben und für Cleve nur im Fall eines feindlichen Angriff's eine Verpflichtung übernommen werden [1]). Aber die Instruction Schenk's ging in diesem Punkte nicht weit genug, um zu mehr als einem freundschaftlichen Meinungsaustausch zu gelangen; die Frage wurde bis auf weitere Verhandlungen unentschieden gelassen; immerhin war es schon willkommen zu erfahren, daß für alle Fälle man in den braunschweigischen Landen die Rüstungen begonnen habe und binnen kurzer Zeit, wenn nöthig, bis zu vierzehntausend Mann auf die Beine bringen könne [2]). Inzwischen, ward beschlossen, wolle man nach Kräften für das Zustandekommen von Kreisrüstungen wirken, und die Aufnahme Brandenburg's in die Hildesheimer Alliance betreiben, für welche allein noch die Zusage Schwedens fehlte.

Ueber eine Reihe anderer Punkte aber fand man sich in der vollständigsten Uebereinstimmung. Namentlich über alle Fragen der inneren Reichspolitik und des jetzt unter dem Drängen des Kaisers seinem Ende entgegeneilenden Reichstag's: man einigte sich, den Reichshofrath nicht anzuerkennen, bevor er verfassungsmäßig zusammengesetzt sei, jedem Versuche einer Reichskriegsverfassung zu widerstreben, die Bewilligung der neuen vom Kaiser geforderten Römermonate zu

[1]) Zu bemerken ist, daß Waldeck diese Fragen nur in den nicht officiellen „Discursen" der beiden ersten Tage berührt; bei der officiellen Sitzung kommt er nicht darauf zurück.

[2]) Annotation der Discurs rc. vom 22. März. (Berl. Arch.)

vereiteln, desgleichen die früher für den Lothringer zugestandenen Loskaufssumme jetzt zu verweigern ꝛc. Nach dreitägigem Beisammensein trennten sich die beiden Gesandten im besten Einvernehmen und mit der Aussicht auf baldige Weiterführung des hier begonnenen Werkes. Eine Reihe von Punkten, die unentschieden geblieben waren, wurde in den nächsten Wochen auf brieflichem Wege in's Reine gebracht [1]).

Mittler Weile waren auch Schritte gethan worden, um mit dem sächsischen Hause eine Verständigung zu suchen. Große Aussichten gewährten diese freilich bei der bekannten nach der kaiserlichen Seite hinüber neigenden Stimmung des Dresdener Hofes nicht. Schon als der Kurfürst im Januar seinen Entschluß dorthin notificirt hatte, Truppen gegen den Lothringer abzusenden, zugleich mit der Aufforderung an Kursachsen, einige Mannschaften dazu stoßen zu lassen und für weitere Berathungen eine Versammlung des obersächsischen Kreises zu veranstalten, war das eine wie das andere von der kursächsischen Regierung abgelehnt worden. Als jetzt der geheime Rath Raban von Canstein nach Dresden geschickt wurde, um die Stimmung zu sondiren, zu gemeinsamem Wirken auf dem Reichstag aufzufordern und von neuem die Berufung eines Kreistages zu verlangen, war man daher auf nicht viel mehr gefaßt, als auf die allgemein gehaltenen guten Zusicherungen nebst einer aufschiebenden Erklärung in Betreff des Kreistages, die Canstein von dort zurückbrachte [2]).

Dagegen zeigte der jüngere Sohn des sächsischen Kurfürsten, Herzog August, der „Administrator" von Magdeburg, eine entschiedene Gesinnung. Sowie er während des ganzen Reichstags meist auf Seiten der Opposition, oft gegen Kursachsen, gestanden hatte [3]), so bezeugte er auch jetzt auf ein an ihn gerichtetes Schreiben des Kur-

---

[1]) Der Kurfürst an die drei braunschweigischen Herzöge dat. Cölln a. Sp. 28. März 1654; deren Antwort dat. Wolfenbüttel 10. April; und nochmaliges Schreiben des Kurfürsten dat. Cölln a. Sp. 20. April. (Ebendas.)

[2]) Canstein an den geh. Rath von Somnitz o. D. „Ueber die Erklärung von Chur-Sachsen wundere ich mich nicht; hujus consiliarii dependent pro magna parte a nutu Imperatoris." (Ebendas.)

[3]) Magdeburg und Brandenburg in der letzten Zeit des Reichstags als die hartnäckigsten Gegner von der kaiserlichen Partei gefürchtet s. Pfanner hist. comit. S. 863.

fürsten Friedrich Wilhelm die vollste Uebereinstimmung mit der Politik desselben in den letzten Monaten; namentlich sagte er seine ganze Mitwirkung zum Widerstande zu, wenn etwa, wie man befürchtete, die kaiserliche Partei in Regensburg den Versuch machen sollte, im Drang der letzten Wochen des Reichstags unversehens noch einen Beschluß in Betreff einer allgemeinen Reichskriegsverfassung durchzuschmuggeln [1]). Der Kurfürst richtete sogar die Bitte an ihn, wo möglich eine gelegentliche persönliche Zusammenkunft zwischen ihm und seinem älteren Bruder, dem Kurprinzen von Sachsen, zu veranstalten; er hoffte durch persönliche Besprechung diesen vielleicht einigermaßen von der Richtung seines Vaters abbringen zu können und so wenigstens für die Zukunft einer besseren Wendung der kursächsischen Politik vorzuarbeiten. Doch ist es zu dieser persönlichen Begegnung, jetzt wenigstens, nicht gekommen. Dagegen ward auch in weiteren Verhandlungen zwischen Berlin und Halle in den nächsten Monaten das gute Einvernehmen der beiden Höfe festgehalten und ausgebaut.

Bald nachher gab eine neue Conferenz der niedersächsischen Kreisbeamten in Hamburg Veranlassung zu wiederholten Besprechungen. Der Zweck der Versammlung war theils die Fortsetzung der begonnenen Vorberathungen über die Kreisrüstungen, theils, und besonders, hatte Braunschweig die Berufung des Tages betrieben, um wegen der von ihm vorgenommenen Kreisexecution gegen die spanischen Werbungen in Meckelnburg sich mit den anderen Kreisämtern zu verständigen. Es war bekannt geworden, daß man am kaiserlichen Hofe sowohl als in Brüssel über dieses gewaltsame Auftreten Braunschweigs nicht wenig entrüstet war; es mußte Braunschweig daran gelegen sein, sich über die Verantwortlichkeit mit seinen Mitständen zu vernehmen; es richtete auch an Brandenburg die Bitte, sich unter der Hand bei der Hamburger Conferenz zu betheiligen.

Hier wurde Wesenbeck wieder in Bewegung gesetzt [2]). Am

---

[1]) Der Kurfürst an Herzog August von Sachsen dat. Cölln a. Sp. 24. März. Antwort desselben dat. Halle 31. März 1654 (Ebendas.)

[2]) Instruction für Wesenbeck dat. Cölln a. Sp. 11. April 1654; nebst eigenh. Schreiben von Waldeck id. dat. (Ebendas.)

23. April traf er in Hamburg ein. Nicht ohne einiges Vergnügen bemerkt er, daß die Stimmung zwischen den Schweden und Braunschweigern doch eine ziemlich gereizte ist; über die Bremer Streitigkeiten kam es zwischen beiden zu sehr heftigen Auseinandersetzungen; im Lauf der Verhandlungen erklärte der schwedische Bevollmächtigte Erskein rund heraus, diese ganze Zusammenkunft sei ihnen durchaus nicht genehm, Braunschweig habe dieselbe nur zusammengebracht, um die Verantwortung für die Execution in Meckelnburg von sich abzuwälzen und Spanien gegenüber die anderen Kreisbeamten als Mitschuldige hinzustellen. Er ließ nicht undeutlich erkennen, daß Schweden durchaus nicht gemeint sei, sich deswegen mit Spanien zu brouilliren. Als die Angelegenheit der Aufnahme Brandenburgs in die Hildesheimer Alliance angeregt wurde, erklärte er kurz, es sei noch keine Instruction deshalb aus Schweden gekommen. Ehe noch die übrige Versammlung sich auflöste, ehe die Berathungen über die Kreisrüstungen zu irgend einem Abschluß gediehen waren, beeilte er sich Hamburg zu verlassen.

Es konnte Brandenburg nur willkommen sein, wenn auf solche Weise die schwedische Politik sich selbst enthüllte. Es ist nun völlig ersichtlich, äußerten die braunschweigischen Gesandten gegen Wesenbeck, daß es den Schweden mit den Kreisverfassungen niemals Ernst gewesen ist; sie suchen nichts anderes als „bei währender désordre ihre Desseins und zuvörderst wider die Stadt Bremen auszuführen". Die Folgerung für die wahrscheinliche Zukunft lag auf der Hand [1]).

Unmittelbar nach der Abreise Erskein's traten die noch anwesenden Gesandten, braunschweigische, holsteinische, meckelnburgische, zu fernerer Berathung zusammen. Es wurde beschlossen, wegen der Kreisexecution kein Entschuldigungsschreiben an den Kaiser zu richten, sondern dessen Anklage zu erwarten; für die Rüstung des niedersächsischen Kreises beschloß man, auch ohne Schwedens Beitritt, alles Erforderliche in's Werk zu setzen. Diese Beschlüsse wurden Wesen-

[1]) Raban von Canstein an Somnitz o. D.: „Anitzo ist nunmehr die rechte Zeit, mit Braunschweig die gesuchte nähere Alliance zu schließen; denn die Braunschweigischen sehen wohl, wann S. Churf. Dchl. nicht bei sie tritt, so sind sie ganz bloß und stehen allein." (Ebendas.)

beck mitgetheilt, der beauftragt war, sich zurückzuhalten und nicht officiell als Gesandter aufzutreten. Das Resultat der Hamburger Conferenz konnte als durchaus günstig für die jetzigen Interessen der brandenburgischen Politik betrachtet werden [1]).

Indem nun gleichzeitig mit all diesem auch die Verhandlungen mit dem Kurfürsten von Cöln fortgeführt wurden (die erst etwas später festere Gestalt annahmen), indem man zugleich nach verschiedenen anderen Seiten hin durch brieflichen und gesandtschaftlichen Verkehr die gewonnenen Beziehungen zu festigen suchte, so konnte es nicht fehlen, daß nicht auch der Hinblick auf die großen auswärtigen Mächte sich allmälig in den Kreis dieser Combinationen hereindrängte.

Denn daran war bei der jetzigen Lage der Dinge, und während der Krieg zwischen Frankreich und Spanien noch fortdauerte, ja nimmermehr zu denken, daß auch nur der Versuch einer neuen Parteibildung unter den deutschen Reichsständen gemacht werden konnte, ohne daß die Stellung der auswärtigen Mächte, und besonders Frankreich's, zu dem Plane dabei sehr bedeutend in's Gewicht fiel. Es bedurfte noch langer Zeit, schwerer Erfahrungen und großer Thaten, ehe Friedrich der Große bei ähnlicher Gelegenheit das stolze Wort sprechen konnte: „es muß uns im Grunde gleichgiltig sein, ob Frankreich eine Association der deutschen Fürsten billigt oder nicht." [2])

Wir sind zu dem Punkte gelangt, wo es nöthig ist, diese Verhältnisse näher in's Auge zu fassen.

Auswärtige Verhandlungen.

In dem Schreiben, mit welchem Waldeck dem Kanzler Wesenbeck seine Instruction für die eben beschriebene Hamburger Conferenz überschickt, trägt er ihm neben anderem auf, den dort anwesenden

[1]) Schlußrelation Wesenbecks nach seiner Rückkehr von Hamburg dat. Cölln a. Sp. 10. Mai 1654. (Ebendas.)

[2]) Schmidt Geschichte der preußisch-deutschen Unionsbestrebungen I. 155.

Gesandten zu bedeuten, „daß unsere Freundschaft von Königen, Republiken, evangelischen und katholischen Fürsten gesucht werde"; der Kurfürst müsse daher wissen, wessen er sich von seinen deutschen protestantischen Freunden zu versehen habe, um sich in seinen anderweitigen Verhandlungen danach zu richten.

Als Waldeck dies schrieb, waren in der That in Berlin Verhandlungen im Gange, die von den weitreichendsten Folgen werden zu können schienen.

Was man bei der geschilderten Lage der Dinge gewiß am wenigsten erwarten sollte, eine politische Anknüpfung mit Spanien, das gerade tritt uns, überraschender Weise, hier zuerst entgegen. Ein kleines diplomatisches Intermezzo, welches ohne weitere Folgen blieb; doch muß seiner hier in kurzem gedacht werden [1].

In den ersten Wochen des Jahres 1654 erhielt der Statthalter des Kurfürsten in Cleve, Johann Moritz von Nassau, von einem italiänischen Edelmann, Namens Spinola, welcher vorgab in spanischen Diensten zu stehen, von Brüssel her ein Schreiben, worin dieser ihm anzeigte, daß der König von Spanien geneigt sei, mit Brandenburg in ein näheres Verhältniß zu treten und zum Zeichen dieser freundschaftlichen Gesinnung sich erbiete, unter gewissen Bedingungen dem Kurfürsten zum vollen Besitz der ihm von Rechts wegen zustehenden jülich-clevischen Erbschaftslande zu verhelfen, sowol durch materiellen Vorschub als durch Beförderung einer ihm günstigen Sentenz des Reichshofrathes.

Zu gleicher Zeit hatte Spinola sich auch mit den nämlichen Erbietungen an den brandenburgischen Residenten Staveren in Brüssel gewendet; er hatte an beiden Stellen die nöthigen Vollmachten mit Unterschrift und Siegel vorgelegt, und, so auffallend die Sache sein mochte, es glückte ihm hier wie dort sich Glauben zu verschaffen. Auch in Berlin glaubte man zuvörderst doch den Mann nicht ungehört abweisen zu dürfen; der clevische Statthalter nebst dem geheimen Rath v. Schwerin und dem Residenten Staveren erhielten

---

[1]) Ausführliche Acten des Berliner Archiv's über die Affaire Spinola, bis zu ihren letzten Ausläufern i. J. 1660. Vgl. Driesen Leben des Fürsten Joh. Moritz von Nassau-Siegen S. 175 ff., der diese Acten benutzt hat. Rauchbar S. 51 ff.

den Auftrag, die gewünschte persönliche Unterredung mit ihm zu führen; am 30. März trafen sie zu Turnhout in Brabant in höchster Heimlichkeit mit ihm zusammen.

Da kamen nun wunderliche Dinge zu Tage [1]). Spinola gab sich als einen früheren vertrauten Rath des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm von Neuburg zu erkennen, in dessen Diensten er lange gestanden und dessen letzte Geheimnisse ihm bekannt gewesen seien; nach dem Tode des Alten habe sein jetzt regierender Sohn Philipp Wilhelm ihn übel behandelt, ihn aus seinem Dienste entlassen und ihm die von dem Vater geschenkten Güter wieder entzogen. Seitdem habe er diesem Rache geschworen: „ich will dem Herzog zeigen, daß er einen Italiäner offendirt hat, welche irreconciliabel sind, und kann ich mich nicht besser revanchiren, als ihn um die ganze Succession zu bringen.“ Er wies ein angeblich von dem verstorbenen Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm ausgestelltes Document vor, worin dieser in reumüthigem Tone bekennt, daß sein Anspruch auf die jülich-clevische Erbschaft rechtlich völlig grundlos sei, daß er nur mit den heftigsten Gewissensbissen seit mehr als dreißig Jahren seinen Antheil an derselben inne habe, daß er aber den lebhaftesten Wunsch hege, daß der rechte Erbe, der Kurfürst von Brandenburg, in den vollen Besitz der Lande trete, der sich hoffentlich dann nicht weigern werde, seinen Sohn mit einem standesmäßigen Unterhalt zu entschädigen. [2]) Spinola eröffnete weiter, daß er in diesem Sinne in Spanien gewirkt habe; man sei dort bereit, dem Kurfürsten zum Besitz der Festung Jülich und des ganzen Landes zu verhelfen, er zeigte Briefe vor, die dies bestätigten; jetzt sei nur nöthig, daß man in Madrid die Sache zum Abschluß bringe; er selbst erbot sich, als brandenburgischer Unterhändler dorthin zu reisen und den Vertrag zu schließen.

[1]) Eigenhändige Relation des Fürsten Johann Moritz über die Verhandlung zu Turnhout am 30. März 1654. (Berl. Arch.)

[2]) Eine Abschrift dieses Actenstückes (dat. 24. Februar 1646) liegt bei den Acten. So läppisch und handgreiflich die Erfindung dieses Spinola'schen Machwerk's ist, so hat dasselbe den brandenburgischen Hof doch offenbar sehr interessirt; die Versuche, des vorgeblichen Originals der Erklärung, das Spinola an sicherer Stelle deponirt zu haben angab, habhaft zu werden, ziehen sich noch durch die nächsten Jahre hin.

Man war in dieser Zeit in Bezug auf die Verwegenheit und Abenteuerlichkeit diplomatischer Combinationen zu sehr an das Stärkste gewöhnt, als daß, wie man meinen sollte, der Gedanke an Fälschung und Betrug sich den brandenburgischen Staatsmännern sogleich aufgedrängt hätte. Vielmehr nahm man die Sache äußerst ernsthaft. Johann Moritz kam selbst nach Berlin und gab Bericht über die Conferenz; er erhielt den Auftrag, weiter mit Spinola zu unterhandeln, und bald konnte er berichten, daß der spanische Agent mit seinen Bedingungen weiter herausgegangen war: für die Uebergabe von Jülich Zahlung von 100,000 Rth. und außerdem Werbefreiheit für 6000 Mann in den kurfürstlichen Landen; außerdem verlangte Spinola dringend eine persönliche Besprechung mit dem Kurfürsten, wollte aber nicht nach Berlin kommen, sondern schlug einen näher gelegenen Ort, etwa Minden, dazu vor.

Als diese Vorschläge im geheimen Rath in Berlin zur Berathung kamen, war es Waldeck, der am entschiedensten seine Stimme dagegen erhob [1]). Nicht als ob nicht auch er an die Aechtheit der Spinola'schen Aufträge geglaubt hätte: mit Stolz wies er darauf hin, wie die jetzige Politik Brandenburgs dem Kurfürsten die Ehre verschaffe, sogar von dem fernen spanischen Könige gesucht zu werden, während zugleich auch Schweden und Frankreich ein Bündniß mit ihm begehrten — aber irgend eine spanische List lauere sicherlich dahinter; der Kurfürst dürfe (wenn immerhin man wol die Sache hinziehen könne, um vielleicht irgend einen Gewinn dabei zu fassen) in keinem Falle sich in engere Beziehung mit dem natürlichen und Erbfeind Spanien einlassen — was solle aus dem so rühmlich begonnenen Bundeswerk in Deutschland werden, wenn die Reichsstände erführen, daß Brandenburg in's geheim mit Spanien conspirire? Waldeck sah das ganze System seiner politischen Pläne bedroht, wenn der Kurfürst sich auf diese Lockung einließ. Von den anderen bei jenen Berathungen anwesenden Räthen stimmte Schwerin, wenn auch mit Empfehlung der höchsten Vorsicht, doch dafür, der

[1]) Hierüber zwei ausführliche von Waldeck geführte Protokolle dat. 22. Mai und 5. Juni 1654 (Arols. Arch.). Hiernach ist das Datum bei Rauchbar S. 53 (5. Januar) zu berichtigen.

Sache zunächst weiter nachzugehen und den Erfolg abzuwarten; die anderen äußerten sich theils mehr in Waldeck's theils in Schwerin's Sinne; nur eine Stimme, die des geheimen Rathes Erasmus Seidel, sprach mit Nachdruck für die Ergreifung der gebotenen günstigen Gelegenheit: man solle sich hüten, daß man dem Kurfürsten nicht den Tadel zuziehe, er habe die Successionssache in der Hand gehabt und habe sie wieder fahren lassen; könne man für hundert tausend Thaler Jülich haben, so dürfe man es nicht zurückweisen; für eine spanische Alliance lasse sich auch mancherlei sagen. Nur darin waren alle einig, daß der Kurfürst dem Unterhändler an keinem anderen Orte als in Berlin Audienz gewähren dürfe.

Die Ansicht des Kurfürsten entschied dafür, daß die Verhandlungen fortgesetzt wurden; Fürst Johann Moritz von Nassau kam im Verlauf des Sommers noch einmal nach Berlin und wirkte für das Project, von dem er in auffallender Weise eingenommen war. Er selbst wurde, da Spinola sich weigerte nach Berlin zu kommen, noch einmal mit Schwerin und Staveren zu ihm nach Antwerpen abgesandt.

Hier kam es nun wirklich zur Unterzeichnung einer Punctation, welche die Einleitung zu einem spanisch-brandenburgischen Bündniß sein zu sollen schien. [1]) Neben den schon erwähnten von Spinola aufgestellten Versprechungen und Forderungen finden wir hier noch Bedingungen wie diese: der Kurfürst soll mit niemandem eine Alliance gegen das Haus Oesterreich eingehen (§. 9); der Kurfürst verpflichtet sich, wenn ihm die versprochenen Lande überliefert worden sind, seine Stimme zur römischen Königswahl dem Hause Oesterreich zu geben (§. 10) [2]); eine Anzahl sehr erklecklicher Vergünstigungen für den Unterhändler fehlte nicht. [3]) Besonders bemerkenswerth ist eine

[1]) Dat. Antwerpen 9. Nov. 1654; unterzeichnet von Spinola, Joh. Moritz von Nassau, O. v. Schwerin, Staveren. (Berl. Arch.) Die Punctation enthält einerseits die angeblich von Spanien aufgestellten Bedingungen einer Alliance mit Brandenburg, anderseits die zustimmenden, ablehnenden oder modificirenden Antworten der brandenburgischen Bevollmächtigten.

[2]) Zu bemerken ist, daß hier der römische König Ferdinand IV. bereits gestorben war, wovon weiter unten.

[3]) Driesen a. a. O. S. 178.

Forderung, welche Spinola aufstellte: die Entlassung Waldecks und seiner Anhänger aus dem Dienste des Kurfürsten. [1]) Sie zeigt (auch wenn diese angeblichen spanischen Wünsche lediglich aus dem Kopfe des italiänischen Abenteurers hervorgingen), wie man in weiten Kreisen die Stellung Georg Friedrich's am brandenburgischen Hofe taxirte. Die Commissare des Kurfürsten erwiderten auf diesen Artikel leise ablehnend: wenn der Kurfürst sich des weiteren überzeugen werde, daß diese Verbindung mit Spanien in seinem Interesse sei, so werde er zu verhindern wissen, daß irgend einer seiner Beamten gegen dieselbe verstoße. [2])

Diese Artikel wurden nun in der That von dem Kurfürsten als Grundlage zur weiteren Verhandlung genehmigt (24. Dec. 1654), obgleich außer der Abmahnung Waldeck's sich auch andere gewichtige Stimmen dagegen erhoben. [3]) Spinola erhielt den Auftrag, als bevollmächtigter Unterhändler des Kurfürsten sich nach Madrid zu begeben; ein junger erst seit kurzem in brandenburgische Dienste getretener Diplomat, Christian Sigismund von Wreich, ward ihm, mit der Nebenabsicht der Controle natürlich, beigesellt [4]); mit Geld-

---

[1]) §. 4. „Qu'il plaise à S. Alt. El. de se défaire du service de Mr. le C. de W. [sic] et ses adhérants, pour des raisons dictes aux commissaires." Driesen hat dies übergangen; auch Rauchbar spricht nicht davon. Sehr energisch spricht sich Somnitz in seinem gleich zu erwähnenden Gutachten gegen diese „disreputirliche" Forderung aus.

[2]) „S. Alt. El. ne permettra ou souffrira, que qui que ce soit de ses Ministres, Officiers et Serviteurs y contreviene."

[3]) So namentlich ein ausführliches Gutachten des geh. Rathes v. Somnitz (o. D. Berl. Arch.), welches diese Antwerpener Stipulation einer scharfen Kritik unterzieht. Die Angabe von Pufendorf IX. §. 4 S. 541, als ob Waldeck und Somnitz sich hauptsächlich gegen die Glaubwürdigkeit Spinola's gerichtet hätten („ne fides isti homini adhiberetur"), ist nicht ganz zutreffend; beide betonen vorzugsweise die politische Verderblichkeit des Planes; nur in zweiter Reihe klingt der Verdacht eines Betruges hindurch; nur die Unächtheit der angeblichen Erklärung Wolfgang Wilhelms weist Somnitz mit sehr einleuchtenden Gründen nach.

[4]) Es scheint, daß dieser Wreich (oder Wreech) zu den von Waldeck in den Dienst des Kurfürsten gezogenen jüngeren Leuten gehörte; in Madrid suchte ihn Spinola als „eine Creatur vom Grafen Waldeck" zu discreditiren. Es würde dann wol eine Concession an Waldeck gewesen sein, daß man einen Mann seiner Partei und seiner Ansicht zu der Mission wählte.

mitteln, gegen die sonst übliche Sparsamkeit, ziemlich reichlich ausgerüstet, traten die beiden im September 1655 die Reise nach Spanien an.

Dort kam nun freilich Spinola rasch zu Falle. Es scheint in der That, daß das ganze Project lediglich einer Speculation des italiänischen Glücksritters seinen Ursprung verdankte. Spinola hielt offenbar die Combination für möglich und auch der spanischen Politik erwünscht. Seine Rechnung war gewesen, zuerst dem brandenburgischen Cabinet durch Vorspiegelung spanischer Bereitwilligkeit bestimmte Anträge zu entlocken und mit diesen dann vor die spanische Regierung zu treten; er hoffte, daß diese Anträge, von dem Kurfürsten selbst durch eine eigene Gesandtschaft in Madrid vorgelegt, für den Leiter der spanischen Politik, Don Luis de Haro, verlockend und schmeichelhaft genug sein würden, um dem Unterhändler seine eigenmächtige Anknüpfung zu verzeihen, ja ihm die gewünschte Belohnung nicht zu versagen. Aber es geschah anders. Es scheint, daß Spinola ein Mann von sehr üblem Leumund war; de Haro desavouirte ihn aufs unumwundenste, ließ ihn gefänglich einziehen und erklärte sich sogar bereit, den Betrüger stranguliren zu lassen, wenn der Kurfürst darauf bestünde [1]. Dies geschah nun nicht, und Wreich reiste wieder von Madrid ab, ohne daß man von spanischer Seite, bei aller Höflichkeit der Aufnahme, auch nur den Versuch gemacht hätte, die gebotene Gelegenheit zu einer Anknüpfung in ernster Absicht zu benutzen. In einzelnen Nachklängen zieht sich die Angelegenheit noch durch die nächsten Jahre hin [2]; es ist unnöthig, hier weiter darauf einzugehen.

Man dürfte wol nicht glauben, daß es dem Kurfürsten, als er diesen vermeintlichen spanischen Aussichten nachzugehen sich entschloß, wirklich Ernst damit gewesen sei, sich mit einem Male in das ganz entgegengesetzte politische System hineinzuwerfen und um des gehofften Jülich'schen Gewinn's willen sich der spanisch-österreichischen

---

[1]) Relation Wreich's nach seiner Rückkehr dat. Berlin 13. Dec. 1655. (Berl. Arch.)

[2]) Driesen S. 180.

Partei in die Arme zu werfen, in der er noch so eben die natürliche Gegnerin der guten Sache und seiner eigenen Interessen erkannt hatte. Es war ein diplomatisches Probestück, ein etwas gewagtes vielleicht, in der Kunst des doppelten Spieles. Denn zu gleicher Zeit war man nicht minder eifrig beflissen, sich mit der Macht in Vernehmen zu setzen, deren Genossenschaft gleichbedeutend war mit der äußersten Feindseligkeit gegen die österreichisch-spanische Politik, mit Frankreich.

Auf diesen Weg suchte namentlich Waldeck die brandenburgische Politik zu führen. Das Einverständniß mit Frankreich ist ihm die natürliche Ergänzung seiner deutschen Bundespläne; darin steht er völlig in dem traditionellen Zuge der deutschen Oppositionspolitik, wie sie seit Jahrhunderten gewesen war; indeß schienen jetzt die Umstände es möglich zu machen, dem Verhältniß einen etwas anderen Charakter zu geben, als es gewöhnlich gehabt hätte [1].

Die Anregung kam jetzt von Paris her. Schon im Sommer 1653 zeigte sich dort die Neigung, eine neue Anknüpfung mit Brandenburg zu versuchen. Der brandenburgische Agent in Paris, Abraham Wicquefort [2], ein überaus rühriger, aber auch ebenso unzuverlässiger diplomatischer Gelegenheitsmacher, der schon im Jahre 1647 einen mißlungenen Versuch gemacht hatte, ein Bündniß des Kurfürsten mit Frankreich zu Stande zu bringen, wurde zu diesem Zwecke in Bewegung gesetzt. Er hielt um die Erlaubniß an, zum Behuf wichtiger Eröffnungen nach Berlin kommen zu dürfen. Es wurde ihm sowol von Waldeck als von Schwerin angedeutet, daß mit fruchtlosen Negociationen, wie im Jahr 1647, wenig gedient sei; sein Herkommen könne nur gestattet werden, wenn er wirklich ernsthafte Vorschläge mit sich brächte. Wicquefort ließ es an Versicherungen nicht fehlen; endlich ward ihm die Reise gestattet (Dec. 1653); doch währte es bis Ende März, ehe er sie antrat; sein Auftrag ging an die Kur-

---

[1] Ueber die Weise, wie Frankreich auch bei dem Versuche des Kurfürsten im Jahre 1647 sich zu betheiligen bemüht war s. Urk. u. Actenst. I. 663ff. II. 17ff. IV. 772.

[2] Ebendas. I. 612. II. 3ff.

fürsten von Brandenburg und Sachsen, sowie an die Herzöge von Holstein, Meckelnburg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg und Weimar [1]).

Es ist nicht ersichtlich, ob und mit welchem Erfolg Wicquefort seine Verhandlung an den genannten anderen Höfen geführt hat; die Entscheidung über die ganze Sendung lag natürlich an dem brandenburgischen. Gegen Ende Mai finden wir ihn in Berlin.

Ein Gutachten Waldeck's aus diesen Tagen versetzt uns in die Stimmung, die er den französischen Anträgen entgegenbrachte [2]).

Von der Unmöglichkeit, in jetziger Zeit ohne auswärtige Verbindungen bestehen zu können, geht er aus: sie sind die nothwendige Ergänzung zu den anderweit erstrebten Kreisverfassungen und Separatbündnissen. Diese Verbindungen hat man (ein Hinweis auf die spanischen Projecte) nicht zu suchen bei den Mächten, die zur „absoluten Domination" neigen, sondern bei denen, welche diese mit uns verabscheuen. Die Niederlande würden zuvörderst in Betracht kommen; aber (eben jetzt erfuhr man die Bedingung des niederländisch-englischen Friedens, die Seclusionsacte gegen das Haus Oranien [3])) auf diese ist jetzt wenig zu rechnen, da „Holland die wahren Maximen, den Frieden zu erhalten, verläßt und in einem schändlichen, auch schädlichen Menage ersoffen ist." Es bleibt somit Frankreich übrig. Aber, und darauf legt Waldeck das Hauptgewicht, man darf sich mit Frankreich nicht auf die Stellung bewaffneter Hilfe einlassen, sondern lediglich auf Unterstützung durch Geld. Frankreich hat „nach Stillung der inwendigen Ohnruh ohnzählig viele Mittel, vermög der absoluten Macht zu Geld zu gelangen." Das muß man benutzen; aber die nöthigen Truppen müssen wir von dem französischen Hilfsgeld selbst werben. Die Gefahr an den westlichen Reichsgränzen wird in diesem Herbst wahrscheinlich von neuem herantreten; wir haben höchstens noch vier Monate zur Vorbereitung; mit den Bündnissen im Reich wird man bis dahin wol schwerlich schon zum Abschluß gekommen sein, da

---

[1]) Ebendas. II. 209 f.

[2]) Gedanken, wie man sich vor bevorstehender Gefahr versichern könne und den Frieden zu erhalten Hoffnung behalte. Dat. Cölln a. Sp. den . . Mai 1654. (Von Waldeck eigenhändig. Arols. Arch.)

[3]) Urk. u. Actenst. IV. 107 ff.

„ziemlich viel Zeit erfordert wird, so viel Köpfe unter einen Hut zu bringen." Frankreich muß also baldigst eine Erklärung abgeben, „was man sich von selbiger Kron zu getrösten." Zugleich wird man sich mit dem Kurfürsten von Cöln über die zu ergreifenden Maßregeln zu einigen haben; was so beschlossen worden ist, wird dann den Braunschweigern und den anderen Betheiligten mitgetheilt. Mittlerweile rüstet man mit allen Kräften. Sobald die Gefahr da ist, operirt man im Einverständniß mit Frankreich; die Franzosen werden „in Lützelburg oder der Orte einen Platz angreifen"; die brandenburgischen Truppen werden sich gegen die Lothringer und Condéer wenden, werden sie vom Reichsgebiet verjagen und „zu Ersparniß Kosten uns in spanische Lande logiren." Zum Ersatz für die aufgewandten Kosten müßte Brandenburg als Pfand vorläufig „ein oder mehrere Orte" — (vielleicht konnte man auf diesem Weg nach Jülich und Düsseldorf kommen) — besetzt halten.

Mit ziemlich kriegerischen Gedanken also ging Waldeck, wie man sieht, dem neuen französischen Bündniß und den in naher Aussicht stehenden neuen Verwickelungen im Westen entgegen. Verwirklichte sich der Plan, wie er ihn hier entwirft, so konnte Brandenburg noch vor Ablauf eines halben Jahres in aller Form in den französisch-spanischen Krieg hineingezogen sein, und es kam dann nur darauf an, sich als möglichst unabhängigen Bundesgenossen neben Frankreich zu halten und möglichst reichen Gewinn bei dem einstigen Frieden sich zu sichern.

Etwas anders indeß wandten sich doch die Dinge, als man nun die Eröffnungen zu hören bekam, welche Wicquefort überbrachte [1]).

Frankreich, so erklärte er, wünsche aufs dringendste zwei Dinge: einmal eine engere Vereinigung der protestantischen Stände unter sich und mit Frankreich; und sodann ein besonderes näheres Verhältniß zu Brandenburg. Der König hat die Reise Wicqueforts zunächst veranlaßt, um jene erstere Vereinigung anbahnen zu helfen („pour jeter les fondements de cette Union"); er läßt Brandenburg auffordern, an's Werk zu gehen; er würde gern sehen, daß

[1]) Proposition du Sieur de Vicfort faite à Berlin le 23 de May 1654. (Arolf. Arch. Von Waldeck's Hand).

Schweden in den Bund aufgenommen würde; doch, wenn sich Schwierigkeiten zeigen, besteht er nicht darauf; der zu schließende Bund soll sich über die Aufstellung einer gewissen Heeresmacht („un état certain d'un corps d'armée") einigen; zu seiner Unterhaltung muß eine Bundeskasse eingerichtet werden, zu welcher die Theilnehmer drei- oder sechsmonatliche Beiträge zu leisten haben; da Frankreich alle seine Truppen gegen Spanien gebraucht und also ein besonderes Corps zur Verfügung der protestantischen Fürsten nicht aufstellen kann, so wird es einen ansehnlichen Geldbeitrag zur Unterstützung der deutschen Bundestruppen zahlen („un fonds considérable pour aider à faire subsister l'armée d'Allemagne"); der König läßt anfragen, welche Summe man in diesem Fall vorschlagen würde; außerdem auch, welche Summe zur Erhaltung seiner Truppen der Kurfürst speciell wünsche, wenn es zwischen ihnen zu einer separaten Vereinigung komme, wie viel Truppen Brandenburg aufzustellen im Stande wäre, und was es in diesem Falle für Frankreich zu leisten gedenke. Der Vortrag schließt mit der wiederholten Versicherung, daß der Kurfürst, wenn man sich einige, auf die kräftigste Unterstützung Frankreichs rechnen dürfe [1]).

Die Antwort, welche Wicquefort erhielt, ist sehr bezeichnend, mehr noch durch das, was sie verschweigt, als durch das, was sie sagt [2]). Sie geht nämlich auf das, was jener über die Bildung einer neuen protestantischen Fürstenpartei geäußert, mit keinem Worte ein. Der Sinn dieses Schweigens ist leicht zu deuten; es konnte in Berlin nicht angenehm berühren, wenn Frankreich die Miene annahm, als ob die in Deutschland herzustellende Union *sein* Werk sein sollte; auf einen von Frankreich in's Leben gerufenen und unter französischer Protection stehenden Bund war es nicht abgesehen; der brandenburgische Plan war, daß dieser Bund sich unter der Initiative des Kur-

---

[1]) „En suite du traité S. Alt. El. peut faire estat d'estre puissamment sécourrue d'hommes et d'argent."

[2]) *Resolution im geh. Rath* dat. 6. Juni 1654; mit der Notiz: „Cette resolution fut lue au Conseil en présence de S. Alt. El., Messieurs de Putlitz, Knesebeck, Schwerin, Somnitz, Seidel, Turnot (Tornow) et le Comte de Waldeck." (Arolſ. Arch. Von Waldeck's Hand).

fürsten bildete und daß Frankreich dann, möglichst nur durch dessen Vermittelung, zu demselben in Verhältniß trete. Daher war es für jetzt ausschließlich erwünscht, eben nur für Brandenburg allein ein Einverständniß mit Frankreich herzustellen, und lediglich hierauf richtete sich die Antwort, welche Wicquefort ertheilt wurde. Man wird mit den Eröffnungen, die dieser gebracht hatte, schwerlich sehr zufrieden gewesen sein; statt bestimmter Anträge hatte er eigentlich nur Fragen gestellt. Man hielt es für geeignet, dieselben dem französischen Cabinet für's erste einfach wieder zurückzuschieben; die Antwort betonte die den Landen des Kurfürsten bevorstehende Gefahr — was Frankreich zur Abwehr derselben thun wolle? der Kurfürst müsse genau wissen, was er sich versprechen dürfe; für den Fall einer Einigung würde ein sehr erkleckliches und sicherzustellendes Geldsubsidium beansprucht werden müssen; übrigens sei der Kurfürst dabei, eine sehr ansehnliche Armee aufzubringen, und werde für Frankreich, sobald nur bestimmte Erklärungen desselben vorlägen, gern alles mögliche thun; zum offenen Kriege indeß gedenke Brandenburg nur zu schreiten, wenn es durch die Feinde dazu genöthigt werde, und den Kampf mit den Lothringern und Condéern werde es noch nicht als einen Bruch mit Spanien ansehen [1]).

Mit diesem vorsichtig gehaltenen Bescheid war man nun also nicht weiter, als daß von beiden Theilen die Neigung constatirt worden war, sich gegenseitig näher zu treten. Es muß dahingestellt bleiben, ob Mazarin mit dem Erfolg von Wicquefort's Sendung so zufrieden war, wie dieser behauptet [2]); jedenfalls währte es geraume Zeit, ehe er die directe Verhandlung wieder aufnahm, und dann unter schon wesentlich veränderten Verhältnissen [3]). In Berlin, darf man wol vermuthen, war Waldeck diesmal mit seiner Ansicht

---

[1]) Denn so ist die Clausel zu verstehen, womit die Resolution schließt: [on satisfaira la France] si ce n'est pour entrer en guerre ouvertement sans y estre forcé de ses ennemis; en quel cas mesmes l'on ne vouldra point rompre qu'avec ceux, dont les trouppes portent le nom."

[2]) Urk. und Actenst. II. 210.

[3]) Ebendas. II. 30. 35 ff. Doch vgl. die geheimen Besprechungen, wovon unten im letzten Abschnitt dieses Kapitels die Rede ist.

nicht ganz durchgedrungen; es war unzweifelhaft auch seine Meinung, daß man die Zudringlichkeit der französischen Politik nicht allzu nahe an sich herankommen lassen dürfe, und am wenigsten konnte es mit seinen Wünschen übereinstimmen, wenn Frankreich die Bildung des beabsichtigten deutschen Ständebundes gleichsam in die Hand zu nehmen suchte; aber seiner Stimmung würde es wol entsprochen haben, wenn man auf den Plan eines französischen Separatbündnisses mit etwas größerem Eifer eingegangen wäre und die Fortführung der Sache nicht allein der französischen Initiative anheimgegeben hätte, wie nun geschah [1]).

Genug, man kam für jetzt in dieser Angelegenheit nicht über das Stadium allgemeiner, wenig bindender Freundschaftsversicherungen, mit der Aussicht auf bevorstehende Fortsetzung der Verhandlungen, hinaus.

Mit der Krone Schweden, abgesehen von den reichsständischen Beziehungen im niedersächsischen und westfälischen Kreise, über eine zu schließende Alliance in Verbindung zu treten, lag vor allem längst in den Absichten des Berliner Cabinets und wurde auch von Waldeck eifrig befürwortet. Der Hofrath Ulrich von Dobrzenski war bereits für die Sendung nach Stockholm ausersehen. Aber für den Augenblick nahm dort die bevorstehende Abdankung der Königin Christine, die sie im Februar als unwiderruflich angekündigt hatte, (sie erfolgte am 6. Juni) alles Interesse in Anspruch. Es war gerathen, die Verwirrung dieses Uebergang's erst vorbeigehen zu lassen und dann

---

[1]) Ich will übrigens hier das Bedenken nicht zurückhalten, welches ich bei allen Verhandlungen Wicquefort's habe. Er ist doch eine sehr zweideutige, unzuverlässige Persönlichkeit, der zugleich offenbar eine sehr starke Neigung innewohnt, sich diplomatisch wichtig zu machen; es liegen für diese Verhandlung keinerlei Originalpapiere der französischen Regierung vor; in Simson's Sammlung aus dem Pariser Archiv (Urk. u. Actenst. II. 30) findet sich gerade für diese Zeit nichts. In welchem Maaße die Verhandlungen Wicquefort's wirklich die Intentionen der französischen Regierung aussprachen und von dieser inspirirt waren, muß daher zum wenigsten dahingestellt bleiben. Vgl. auch die Warnung vor Wicquefort in dem Briefe von Sommelsdyck an Waldeck dat. Haag 31. Oct. 1654 (in den Beilagen). Die Angaben von Rauchbar S. 50 über die französischen Verhandlungen sind ganz unvollständig.

mit dem Thronfolger Karl Gustav anzuknüpfen. So verzog die Reise Dobrzenski's sich bis in den Spätherbst des Jahres, wo dann auch bereits Karl Gustav durch die Sendung Schlippenbach's — wovon weiter unten — die Initiative ergriffen hatte.

Es blieb endlich die Aussicht auf die schon seit langer Zeit erstrebte Alliance mit den Niederlanden übrig. Viel ließ sich freilich von derselben nicht versprechen; seit dem Tode Wilhelm's II. hatte die antioranische Partei dort die Regierungsgewalt an sich gerissen, der es als Grundsatz galt, den mit dem oranischen Hause verschwägerten Brandenburger, so viel an ihr, kräftigst niederzuhalten. So mißgönnte man ihm auch die Stärkung seines Ansehens, die aus einer niederländischen Alliance ihm erwachsen konnte; das ganze Jahr 1654 wurde in der Angelegenheit kein Schritt gethan, bis dann die Gefahr des nordischen Krieges ein anderes Verhalten erzwang [1]).

Faßt man alles zusammen, so erkennt man, der Rückhalt auswärtiger Verbindungen, den Brandenburg um die Mitte des Jahres 1654 besaß, hatte noch wenig zu bedeuten. Für den Augenblick war nach außen hin noch nichts fest geschlossen — es war sehr fraglich, auf was man rechnen konnte, wenn die Stunde der Gefahr erschien. Höchst rathsam blieb es doch, vor allem in den deutschen Beziehungen so bald als möglich einen Abschluß finden.

Die Conferenzen zu Goslar und Wetzlar.

Mittlerweile war der Reichstag zu Ende gegangen. Wir sahen, mit welchen Resultaten, unter welchen Stimmungen. Ernstlicher noch als bisher mußte man sich die Frage vorlegen, was jetzt weiter zu thun sei, wollte man nicht ohne jeglichen festen Anhalt einer unsicheren und gefahrenreichen Zukunft entgegengehen. Der versammelte Reichstag war, wie die Opposition auf demselben sich in der letzten Zeit gezeigt hatte, für die Willkühr der kaiserlichen Politik doch eine fühlbare Schranke gewesen; jetzt da er aufgelöst war, durfte man schon wieder viel mehr wagen. Schon drang von Wien her das drohende Gerücht in's Reich, daß der Kaiser entschlossen sei, allen

[1]) Urk. u. Actenst. IV. 111 ff.

Protesten der Stände zum Trotz den Processen des Reichshofraths doch seinen Lauf zu lassen und die Sentenzen im Nothfall mit Gewalt zur Ausführung zu bringen; mit einem vorliegenden Spruch dieses Gerichtshofs gegen den Grafen zur Lippe wegen verweigerter Restitution einiger geistlichen Güter sollte der Anfang gemacht werden; der Graf von Oldenburg, so berichtete man, habe bereits vom Kaiser den Auftrag zur Execution erhalten [1]). Und ähnliches stand in allen andern Bereichen zu befürchten. Wie viele Mittel blieben überhaupt dem Kaiser, um das, was ihm im Großen verwehrt worden war, im Kleinen beginnend doch allmälig durchzusetzen, was der Reichstag versagt hatte, durch Druck auf die einzelnen Stände oder auf die viel leichter zu lähmenden oder zu terrorisirenden Kreistage zu erreichen [2]).

All dem mit Erfolg entgegenzutreten, war, man konnte es nicht läugnen, trotz allen Bemühungen bis jetzt nur wenig geschehen. Wenn Waldeck, wie wir oben zeigten (S. 151), in gewissen Beziehungen mit der größten Befriedigung auf die brandenburgische Politik der letzten Monate zurückblicken konnte, so standen anderseits Schwierigkeiten und ungelöste Aufgaben noch in solcher Fülle ihr gegenüber, daß es bei dem Blick auf diese vielmehr scheinen konnte, als sei noch so gut wie nichts gethan.

Es mag hier eine andere Aufzeichnung von seiner Hand eine Stelle finden, welche dieser Zeit angehört und worin er dieser Stimmung in anziehender Weise Ausdruck giebt [3]).

---

[1]) Diese Nachrichten läßt der Herzog August von Magdeburg dem Kurfürsten durch den brandenburgischen Rath Joh. Georg Reinhard mittheilen, der zum Behuf fernerer Verständigung nach Halle geschickt wurde (Relation Reinhard's dat. Cölln a. Sp. 10. Juli 1654). Der Herzog läßt zugleich bitten, der Kurfürst möge an den Grafen zur Lippe schreiben, „daß er sich nicht so bald schrecken ließe", und an den Grafen von Oldenburg, daß er sich nicht übereile.

[2]) Besonders das letztere ist ein sehr wichtiger Punkt zum Verständniß der inneren Reichspolitik des kaiserlichen Hofes. Die Acten der verschiedenen Kreistage von 1654 und 1655 (Auszüge auch von denen, woran Brandenburg nicht betheiligt war, finden sich im Berliner Arch.) lassen dies deutlich erkennen. Näher darauf einzugehen ist hier nicht der Ort.

[3]) Gedanken über den damaligen Zustand des Reichs, und wie der bevorstehenden Gefahr zu begegnen. Am End des Regensburgischen Reichstags aufgesetzt. (Arolf. Arch.)

Man könne sich nicht genug wundern, so beginnt Waldeck, mit welcher Sorglosigkeit die Deutschen der Zukunft, auch der ungewissesten und gefahrvollsten, entgegenzugehen pflegten; niemand denkt auf Hilfe; man kann es sich nicht anders erklären, „als daß bei den Deutschen sich eine solche Zärtlichkeit gegen ihre vorige Natur befinden muß, daß sie lieber das Schmerzen, was bei Reinigung einer Wunde empfunden wird, entbehren, als, die Ursach solcher Schmerzen wegzuräumen, ein etwas schärferes Mittel beihand nehmen lassen, also lieber aus Furcht geringer Wehtage größere erwarten und lieber, anstatt von Hoffnung zur Genesung etwas zu leiden, ganz sich dem Verderben hingeben." Zwar ist es nun bei der herrschenden allgemeinen Uneinigkeit meistens ein sehr undankbares Geschäft, hier Hilfe zu versuchen; aber trotzdem darf „ein gesundes Glied des so vortrefflichen Leibes des Römischen Reiches nichts abhalten, den anderen Hilfe in Nöthen zu leisten, es glücke oder verunglücke."

Der Kurfürst hat einen Anfang dazu gemacht; leider bis jetzt ohne den gewünschten Erfolg. Jetzt darf man nicht länger zögern, weiter zu gehen.

Von allen denkbaren Mitteln der Rettung ist die Verbindung der gleichgesinnten Reichsstände unter einander das einzige, was wirklich helfen kann.

Es werden mancherlei Einwände dagegen vorgebracht. Die Einen sagen, erst müsse das verlorene gegenseitige Vertrauen unter den Ständen wieder hergestellt werden: dazu ist aber das Vorgeschlagene das beste und einzige Mittel; das Vertrauen kann eben nur „durch Erkenntniß der Intention eines und des andern zu Wege gebracht werden."

Andere befürchten, der, welcher sich zuerst über solche Pläne ausläßt, wird den Nachtheil der Verantwortlichkeit dafür haben: aber „wie kann es Einem zum Nachtheil gereichen, wenn er vor seine Freiheit, vor dasjenige, darauf er einen Eid geschworen, ja ohne das er nicht bestehen kann, redet?"

Von anderer Seite wird „der Unterschied der Religion" dagegen gehalten: das könnte höchstens ein Grund für die Katholischen sein, obgleich in der That es sich hier um die Gefahr „im politischen

Staat" handelt; bei den Evangelischen unter sich „kann die Religion kein Ursach zu Mißtrauen geben, aber wol von gottlosen Heuchlern zum Prätext angezogen werden."

Oder sollten, wie man einwirft, die kleinen Particularstreitigkeiten zwischen einzelnen Ständen ein Hinderniß sein? „Sollte ein Particularstreit um ein Dorf, ein Kloster, eine Stadt, ein Amt hindern, daß man, einer schändlichen Dienstbarkeit, ja Gefahr der Ehre, des Leibes und Gutes sich zu entziehen, beisammen stehen sollte?"

Andere finden in solchen Plänen einen „Mangel des Respect's gegen Höhere", d. h. gegen den Kaiser. Aber soll man darum seinen eigenen Respect zu Grunde gehen lassen? „Die Qualität eines freien Reichsstandes gibt allen Respect, so einer oder der andere begehren kann; wer kein freier Reichsstand mehr ist, hat keinen Respect, oder er muß sich souverain machen, wie Savoyen und deren mehr; aber dazu gehört viel; dieses ist gewiß, der Ausgang von jenen aber sehr zweifelhaft."

Manche wenden ein, durch Gründung einer Union werde man eine Liga in's Leben rufen. Sehr wol; „Unionen zu scheuen, um Liguen zu verhüten, ist nicht unweislich verfahren; aber wenn man dasteht ohne Anstalt, um Liguen zu begegnen, so bringt man hernach Unionen zu Wege, welche in Eile gemacht werden und ebenso wieder zergehen."

Ein anderes Hinderniß scheint „die Furcht, daß einer oder der andere Mächtige im Reich der Direction sich anmaße und sie mißbrauche." „Solche Furcht wird aber dadurch nicht gehoben, wenn keine Direction oder gute Ordnung ist, sondern bei solcher Unordnung maßt sich einer oder der andere etwas an, welches hernach schwer aus seinen Händen zu bringen ist; aber bei der Ordnung wird solchem vorgebaut und die Direction oft verändert, also unkräftig dem gemacht, so deren sich mißbrauchen wollte."

Das Schlimmste von allem aber ist, daß von den meisten die Gefahr der Lage nicht richtig erkannt und taxirt wird und daß es nur an wenigen Orten Räthe gibt, die den Muth besitzen, ihren Herren das richtige zu rathen. „Wenn Einer sein Schiff stranden

sieht und auf dem grundlosen Meer sich befindet, wenn er Andere Breter, Mast und dergleichen ergreifen sieht, darauf sich zu salviren, und aus Furcht, auf einem so kleinen Holz sich zu wagen, mit dem großen Schiff willig untergeht: der hat aufs wenigste keinen Vortheil vor den anderen. Derjenige aber, so die Gefahr erkennt und die Mittel ergreift, so ihn Gott noch sehen läßt, hat aufs wenigste noch Hoffnung. Wo man auf einem untergehenden Schiff ist und sich auf ein schwimmendes Bret setzt, was kann Einem ärgeres widerfahren, als daß man ertrinkt, wie dort auch geschehen müßte? Wo Krieg an allen Ecken, Geldgeben ohne Aufhören, nur noch ein Schatten einer Freiheit ist, wo, wenn man nicht steuert, der Krieg mitten im Reich gewiß ist, was kann da ärgeres kommen, als was man fürchtet?"

„Deswegen den Verstand, so Gott gegeben, gebraucht, die Kräfte, so er verliehen, angewandt, in festem Vertrauen zu Gott zusammengetreten, den wahren Respect eines jeden Standes unter sich festgestellt, unruhige, verwirrte Diener zum Gehorsam gebracht oder abgeschafft, die Kreise in Verfassung gebracht und die Direction durch die Stände Einem auf gewisse Zeit aufgetragen, alle kleinen Mißverständе ausgetragen, im Hauptwerk einig, ohne Unterschied der Religion einander treu beigestanden, und also die alte deutsche Einigkeit, Ehre und Tapferkeit wieder hergestellt!"

„Aber, was geschehen soll, muß bald geschehen und Partei gemacht werden. So lang man von weitem dem Feuer wehren kann, ist man glücklich; wenn man die Hand mit im Spiel hat, kann man es mit führen; wenn man dann die Feinde in der Nähe hat, kann man auch weitergehen und sein Heil versuchen, da mit gutem Gewissen sein Interesse Einen erfordert."

Bald nachdem Waldeck diese energische Ansprache an den Kurfürsten und seine Räthe gerichtet, finden wir ihn selbst in eifrigster Thätigkeit, um das, was er gerathen, persönlich in's Werk setzen zu helfen [1]. Eine neue Zusammenkunft mit den Braunschweigern

---

[1]) Instruction für Waldeck an die Herzöge von Braunschweig und an den Kurfürsten von Cöln, dat. Cölln a. Sp. 13. Juni 1654 (Arolſ. Arch.)

war verabredet worden. Am 22. Juni trat man in dem Saale des Rathhauses zu Goslar zusammen; von brandenburgischer Seite Waldeck und der ihm beigegebene geheime Rath Raban von Canstein; auf braunschweigischer Seite waren diesmal alle drei Regierungen, jede gleichfalls durch zwei Gesandte, vertreten [1]).

Es galt, die Verhandlungen an dem Punkte wieder aufzunehmen, wo man sie in Tangermünde hatte fallen lassen müssen. Die Frage, ob es möglich sei, jetzt das Widerstreben der braunschweigischen Herzöge gegen ein Separatbündniß mit Brandenburg zu überwinden, mußte endlich gelöst werden. Waldeck war entschlossen, jetzt alle Segel einzusetzen, um diesen nothwendigen Ausgangspunkt endlich zu erreichen.

Eine leichte Aufgabe, das zeigte sich bald, war es nicht. Die braunschweigischen Gesandten waren voll fast überschwänglicher Lobeserhebungen für die jetzt von Brandenburg eingeschlagene Richtung in der Reichspolitik [2]); aber sobald man auf die eigentlichen Verhandlungen einging, fand sich, daß der alte Gegensatz der Ansichten noch in voller Stärke vorhanden war. Ganz wie in Tangermünde schoben die Braunschweiger die Aufgabe der „Kreisverfassung" aufs entschiedenste in den Vordergrund, während ebenso Waldeck — er führte das Wort, Canstein das Protokoll — die Unzulänglichkeit derselben betonte und die „engere Zusammensetzung" forderte.

Eine sehr lebhafte Debatte entspann sich. Am ersten Tag kam man nicht weiter, als daß die widerstrebenden Ansichten noch einmal einander gegenübergestellt wurden. Tags darauf (23. Juni) wiederholte sich dies; der Plan eines Separatbündnisses, erklärten die Braunschweiger, sei von ihnen bisher nur so aufgefaßt worden, daß er eintreten solle, wenn die Hoffnung auf Herstellung einer genügenden Kreisrüstung im niedersächsischen und westfälischen Kreis völlig vereitelt sei; dieser Fall aber sei noch nicht vorhanden: im niedersächsischen Kreis sei die Sache im Gange; im westfälischen habe sie

[1]) Für Wolfenbüttel: Dr. Heyland und Dr. Köhler; für Celle: Statthalter Schenk und Kanzler Langerbeck; für Hannover: Kanzler Kipp und Dr. Speirmann.

[2]) Vgl. oben S. 132.

noch ihre Schwierigkeiten, aber Braunschweig habe schon längst seine Hilfe zugesagt, um die dort im Wege stehenden Hindernisse zu beseitigen; wenn Brandenburg nur entschlossen sei, mit dem Neuburger nicht wieder zu brechen, so hofften sie wol die Angelegenheiten auch in diesem Kreise in Ordnung zu bringen und die Ernennung des Kurfürsten zum Kreisobersten durchzusetzen; Cöln sei schon gewonnen, mit dem Pfalzgrafen und dem Bischof von Münster würden sie in Verhandlung treten und hofften sie zu überreden: „wenn dies geschehen, so wäre damit das Fundament zu einer rechten und sicheren Defension gelegt und hätte man dann verhoffentlich Sicherheit genugsam, also daß niemand, auch Spanien nicht leicht sich unterwinden würde, etwas gegen S. Churf. Dchl. zu tentiren.“ Neben all diesem, so war die Ansicht, sei ein Separatbündniß mit Brandenburg nicht ferner nöthig und fehle ihnen hierfür die specielle Instruction; überdies habe man die Hildesheimer Alliance, und die Aufnahme des Kurfürsten in dieselbe, die bisher nur durch Schweden verzögert worden sei, werde alsbald vor sich gehen können, sobald nach vollzogenem Thronwechsel dort die Geschäfte wieder in Gang kommen würden.

Das war also noch einmal eine Ablehnung in aller Form. Man merkt deutlich, wie die Besorgniß vor hegemonischen Gelüsten Brandenburg's, die sich hinter diese erstrebte Alliance versteckten, allen Betheuerungen Waldeck's zum Trotz das eigentliche Motiv all dieses Sträubens war; die Sache würde, so äußern die Gesandten einmal, auch wenn man darauf einginge, doch in der Ausführung sehr genau bedacht werden müssen: „sie geständen, S. Churf. Dchl. sei ein mächtiger Herr, die braunschweigischen Fürsten würden aber doch auch in Consideration kommen müssen.“

So leicht indeß ließ Waldeck sich diesmal nicht abweisen. Er wiederholte, wie schon früher oft versichert worden war, daß Brandenburg die Beförderung der militärischen Organisation der Kreise für höchst wichtig und wünschenswerth erachte und seines Theils es an nichts für diesen Zweck fehlen lassen werde; aber es sei gefährlich, diese Wichtigkeit zu überschätzen; namentlich auf den westfälischen Kreis könne man sich wenig verlassen; es befänden sich darin neben

einer Anzahl mächtiger eine Menge kleiner und schwacher Stände, katholische, auf welche deshalb nicht sicher zu rechnen, geistliche, die durch Differenzen mit ihren Capiteln ohnmächtig seien; „im übrigen aber gebe die Kreisverfassung nichts mehr als einen Titul und daß man mit mehrer Autorität und Befugniß die Säumigen herbeiziehen könne"; sie müsse unter den jetzigen Verhältnissen durch besondere Vereinbarungen einzelner Stände unter einander erst ihre volle Wirksamkeit erhalten. Waldeck verhehlte mit einiger Empfindlichkeit sein Befremden darüber nicht, daß die Braunschweiger zu dieser Conferenz gekommen seien, ohne über die schon mehrfach besprochene Frage eines Separatbündnisses genau instruirt zu sein. Brandenburg dürfe nicht länger zögern, sich in Position zu setzen; noch wenige Monate, und man werde wahrscheinlich die Lothringer und Condéer wieder auf dem Hals haben; Brandenburg habe sich durch sein neuliches Auftreten am Reichstag viele Feinde gemacht, namentlich unter den Katholischen; bei dem Deputationstag, der im Herbst zusammentreten solle, werde es dies zu spüren bekommen; was aber könne dem Kurfürsten diese Hildesheimer Alliance helfen; es sei wenig schmeichelhaft, daß man seine Aufnahme in dieselbe so lange verzögere, und außerdem zeige sie sich ja gänzlich wirkungslos, da Schweden sich schon seit geraumer Zeit von seinen Verbündeten ganz zurückgezogen habe und seine eigenen Wege gegangen sei.

Kurz — und damit spielte Waldeck seinen Haupttrumpf aus — der Kurfürst müsse endlich wissen, was er von den befreundeten deutschen Mitständen zu erwarten habe; hielten diese sich von Brandenburg zurück, so sei er genöthigt, mit den auswärtigen Mächten, vornehmlich mit Frankreich und Schweden, in engere Verbindung zu treten. Die französischen durch Wicquefort überbrachten Anerbietungen, wurde, ohne näheres darüber mitzutheilen, angedeutet, seien sehr annehmlich und verlockend; der Kurfürst könne sich ihnen nicht entziehen, wenn Braunschweig fortfahre, sich so spröde zu erweisen.

Und hierzu kam noch ein anderes Hilfsmittel. Von Anfang an hatten die braunschweigischen Fürsten auf das Zerwürfniß zwischen Schweden und Bremen größeres Gewicht gelegt, als es die brandenburgische Politik that; die Aussicht, Bremen zu einem schwe-

dischen Waffenplatz umgestaltet zu sehen, drückte auf ihre Interessen am unmittelbarsten; bei jeder Gelegenheit hatten sie darauf gedrungen, daß etwas für Bremen geschehe; eben um in dieser Angelegenheit mit Gewicht eintreten zu können, müsse der niedersächsische Kreis seine Organisation beschleunigen. Die Feindseligkeiten waren jetzt dort im vollen Gange [1]); die Bremer waren sogar, neben anderem auch durch die ihnen günstige Haltung Braunschweigs ermuthigt, selbst zum Angriff übergegangen und hatten nicht unglücklich gekämpft; die Festung Burg war von ihnen erobert worden (14. Juni); ihre Streifzüge gingen weithin in's schwedische Gebiet bis nach Verden. Es war die Absicht der Braunschweiger, in nächster Zeit einen niedersächsischen Kreistag zu veranstalten, auf welchem unter anderem auch diese Angelegenheit zur Berathung kommen sollte; mit den lebhaftesten Vorstellungen suchten sie die brandenburgischen Gesandten dafür zu interessiren.

Aber gerade diese Handhabe ergriff Waldeck, um der Sprödigkeit der Braunschweiger Herr zu werden. Er äußerte sich über die Bremer Angelegenheit mit der kühlsten Zurückhaltung; der Kurfürst wünsche der Stadt alles Gute, aber es sei ihm, bei seiner exponirten Lage und bei der geringen Aussicht auf die Begründung eines sicherstellenden Verhältnisses zu seinen protestantischen Mitständen, völlig unmöglich, sich um Bremens willen von neuem den Haß Schwedens zuzuziehen; er ließ etwas fallen von der bedenklichen Aehnlichkeit dieses bremischen Streites mit den von Magdeburg erhobenen Ansprüchen [2]); jedenfalls, erklärte er, sei der Kreistag ein ganz ungeeignetes Werkzeug, um damit einen Druck auf Schweden auszuüben; man werde auch diesmal wieder erleben, daß viele Stände sich separirten und einer Erklärung gegen Schweden auswichen; das Resultat werde kein anderes sein, als „daß die Schweden nur irritirt und muthiger gemacht werden, und die Schwäche des Kreises an den Tag gegeben wird." Ganz anders freilich, fügte er hinzu, würde die Sache liegen, wenn Braunschweig sich den Wünschen des Kurfürsten in Bezug auf ein Separatbündniß accommodire: „wenn man sich unter ein-

[1]) Pufendorf Carol. Gustav. I. §. 16 ff. Geijer-Carlson IV. 37 ff.
[2]) Vgl. oben S. 156.

ander recht verbinden wollte, so würden S. Churf. Dchl. sich keines= neswegs entziehen."

Diese beiden Drohungen verfehlten nun doch ihre Wirkung nicht. Die Aussicht, daß Brandenburg, wenn es hier nicht zum Ziele gelangte, in ein enges Bündniß mit Frankreich, weiterhin wol auch mit Schweden treten würde, dem es dann gegen Bremen freie Hand ließ, versprach für Braunschweig nicht viel Gutes. Die Gesandten zogen sich zur Berathung zurück. Am Nachmittag wurde die Conferenz wieder aufgenommen — Waldeck hatte gesiegt; die Braunschweiger erschienen mit der Erklärung, daß allerdings „die Gefahr beim Rhein und bei der Weser" von der Art sei, daß man auf die Kreise allein sich nicht verlassen dürfe; sie erklärten, unter dem üblichen Ratificationsvorbehalt, die Bereitwilligkeit ihrer Fürsten, eine engere Defensivalliance mit Brandenburg abzuschließen. Die Zuziehung des Kurfürsten von Cöln zu derselben wurde in Aussicht genommen; Waldeck versprach, die Verhandlung mit ihm unverzüglich selbst in die Hand zu nehmen; sobald dort eine Einigung erzielt sei, könne der Abschluß des Bündnisses erfolgen [1]).

Zuletzt wurde eine Punctation unterzeichnet, welche die Ergebnisse der Conferenz zusammenfaßt: Brandenburg tritt der 1652 beschlossenen niedersächsischen Kreisverfassung bei und verspricht die in derselben verfügten Leistungen (vier Römermonate und eine entsprechende Truppenzahl) für das Fürstenthum Halberstadt zu übernehmen; ein demnächst abzuhaltender Kreistag soll die Angelegenheit in Ordnung bringen; die beiden contrahirenden Theile verpflichten sich, die wichtigsten Mitglieder des Kreises vorher schriftlich in dem hier vereinbarten Sinne darauf vorzubereiten. Für die Rüstung des westfälischen Kreises wird gleichfalls gemeinsam gewirkt werden; man wird sich bemühen, das im Wege stehende Zerwürfniß zwischen Brandenburg und Pfalz=Neuburg auszugleichen. Soweit die Concessionen Waldeck's; dem gegenüber nun das Zugeständniß der Braunschweiger: da die Einrichtung der Kreisverfassung nur langsam vor sich geht,

[1]) Alles dies nach den ausführlichen von Canstein geführten Protokollen. (Berl. Arch.)

auch die Aufnahme Brandenburg's in die Hildesheimer Alliance noch nicht erfolgt ist, so versprechen die Gesandten daß, wofern der Kurfürst inzwischen in seinen Reichslanden — abgesehen von dem Jülich'schen Successionsstreit — „durch ohnrechten Gewalt Anstoß leiden oder bedrängt werden solle," ihm von den braunschweigischen Fürsten mit aller Macht Beistand geleistet werden solle, ebenso wie Brandenburg sich im entgegengesetzten Falle dazu verpflichtet; dieses Versprechen gilt aber beiderseits nur für den Fall eines erlittenen Angriffs „und gewaltsamen Ueberfalls" [1]).

So unscheinbar dieser Erfolg äußerlich war, so erblickte Waldeck doch in ihm eine Thatsache von der höchsten Wichtigkeit — es lag jetzt endlich ein positiver Anfang zu der so lange erstrebten größeren Verbindung vor; nach diesem ersten Schritt mußten die folgenden leichter werden. „Ich zweifle nicht, schrieb er an den Kurfürsten, es ist durch diese Zusammenkunft ein Fundament gelegt, worauf E. Churf. Dchl. sicher weiter bauen können." Und in einem anderen Brief: „E. Churf. Dchl. versichern sich, wenn Sie so fortfahren, so wird entweder der Friede erhalten oder E. Churf. Dchl. werden das Haupt einer gerechten und großen Partei" [2]). Er sieht (und vielleicht war das sanguinische Pathos seiner Aeußerungen nicht ohne Berechnung) bereits die stolzesten Pläne sich verwirklichen: „wenn wir nur wollen, schreibt er an Somnitz, so ist die deutsche Freiheit unter Dach und Fach; unser Herr muß nur nicht nachlassen, die irrenden Geister zusammenzuhalten; ich verspreche mir einen vollkommenen Erfolg, wenn nur auch wir vom Rathe mit gleichem Eifer zusammenarbeiten" [3]). „Die Braunschweiger, schreibt

---

[1]) Extractus Protocolli bei der Conferenz zu Goslar. Unterz. einerseits von Waldeck und Canstein, andererseits von den sämmtlichen sechs braunschweigischen Räthen. Die Unterzeichnung erfolgte am 26. Juni. (Ebendas.) Eine Wirkung der Goslarer Verhandlungen war dann vielleicht auch schon das energischere Schreiben des Kurfürsten an die schwedische Regierung in Stade (dat. 2. Juli), wovon Pufendorf Carol. Gustav. I. § 12 spricht.

[2]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Goslar 25. Juni, Wildungen 4. Juli 1654 (eigenh. Berl. Arch.).

[3]) Waldeck an Somnitz dat. Goslar 26. Juni 1654 (eigenh. Ebendas.). „Si voulons seulement, la liberté Allemande est à couvert; mais il feault

er etwas später an denselben, sind jetzt dergestalt engagirt, daß sie nicht mehr zurücktreten können; zudem werden sie, allem Anschein nach, unsere Freundschaft bald hochnöthig haben" [1]). Vor allem aber — und er kommt häufig darauf zurück — ist nun die höchste Vorsicht nöthig, um jeden „Ombrage einer anderen als zu des Reichs Wolfahrt zielenden Intention" zu vermeiden; in jeder Weise muß der Schein verhütet werden, als lägen den Bemühungen Brandenburg's noch andere, ehrgeizige Absichten zu Grunde; oder, wie Waldeck einmal in einem Gutachten aus dieser Zeit sehr durchsichtig sich ausdrückt: „man muß sich ja hüten, nicht merken zu lassen, daß man bei jetziger Angst der Braunschweigischen seinen Vortheil zu machen gedenke; sonst werden alle anderen abgeschreckt" [2]). Auch auf den Schein, auf den moralischen Eindruck kommt unendlich viel an: „schon der Schein eines engen Einverständnisses mit dem Hause Braunschweig und mit dem Kurfürsten von Cöln stärkt unser Ansehen mehr als zehntausend Mann Soldaten" [3]). Sind wir erst mit diesen beiden eng verbunden, so werden die auswärtigen Kronen bald kommen und „gute Worte geben."

Von Goslar begab sich Waldeck nach Wildungen, wohin ihn auch in diesem Sommer seine stets schwankende Gesundheit rief. Er nahm die Gelegenheit wahr, mit dem dort gleichfalls anwesenden Hessen-Kassel'schen Kanzler Vultejus im Sinne der braunschweigischen Verabredungen sich zu besprechen [4]); es war nicht viel bei ihm zu erreichen; der Hof von Kassel war von einer Partei beherrscht, die es auf's ängstlichste mied, sich in den jetzigen Verwirrungen nach

---

que nostre maistre ne se lasse pas de mesnager les esprits errants; je me promets du succès en toute chose, si nous aultres du conseil travaillons avec un mesme zêle. Dieu bénira les bons desseins."

[1]) Waldeck an Somnitz dat. 1. Aug. 1654. (Ebendas.)

[2]) Waldeck Gedanken wegen der bremischen Unruhe. o. D. (Ebendas.) Vgl. oben S. 207. n. 3.

[3]) Waldeck an Somnitz dat. Wildungen 4. Juli 1654: „Je vous jure que l'affection apparente avec la maison de Br. et avec l'Electeur de C. nous rend plus considérables que dix mil hommes sus pied ne feroient." (Ebendas.)

[4]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Wildungen 4. Juli 1654. (Ebendas.)

irgend einer Seite hin zu exponiren; Waldeck mußte sich mit allgemeinen Versicherungen begnügen. Er schlug es nicht hoch an, daß man es hier für jetzt nicht weiter bringen konnte; war erst alles übrige reif, so wurde der Schwager des Kurfürsten, der junge Landgraf Wilhelm, wol mit fortgerissen; inzwischen durfte es immerhin genügen, auch hier nur das äußerliche gute Vernehmen aufrecht zu erhalten — „auch schon der Glaube der Vertraulichkeit macht uns considerable."

Weit wichtiger war es, sich jetzt des Fürsten zu versichern, der nach dem Plane Waldeck's die dritte Hauptsäule des projectirten Bundes werden sollte, des Kurfürsten Maximilian Heinrich von Cöln. Hiermit hoffte Waldeck zugleich die Brücke zu den katholischen Fürsten überhaupt zu schlagen; war dieser hochangesehene geistliche Kurfürst im Bunde, so war es dadurch allein auch anderen katholischen Fürsten möglich gemacht, sich anzuschließen. Und dies war eine, wenn auch noch ferner liegende, doch schon jetzt wol zu beachtende Aussicht: „man muß jetzt, schreibt Waldeck, etwas langsamer (d. h. etwas weniger herausfordernd gegen die andere Partei) in Reichssachen gehen als vorher, damit man diejenigen Katholischen, die jetzt auf guter Meinung sind, nicht für den Kopf stoße"[1]). Seitdem auf Anlaß der geschilderten Lütticher Wirren Cöln und Brandenburg einander näher getreten waren, hatte sich ein vertraulicher Meinungsaustausch zwischen den beiden Höfen angeknüpft; unmittelbar nach dem Schluß des Reichstags hatte der Kurfürst Maximilian Heinrich nach Berlin hin den Wunsch geäußert, sich über die nun einzuschlagenden Wege in einer anzustellenden Conferenz näher mit Kurbrandenburg zu verständigen[2]). Waldeck erhielt den Auftrag, von Wildungen aus das Nöthige in's Werk zu setzen.

In den ersten Tagen des Juli traf Waldeck mit dem vertrautesten Rath des Kurfürsten von Cöln, dem Grafen Fürstenberg, in Wetzlar zusammen. Es kam diesem für's erste darauf an, einen Weg zu finden, um dem jetzigen unnatürlichen und für alle Theile schädlichen Verhältniß zwischen Brandenburg und dem westfälischen

---

[1]) „Gedanken wegen der bremischen Unruhe." (s. oben S. 207 n. 3.)

[2]) Kurcöln an Kurbrandenburg dat. Bonn 22. Mai 1654. (Berl. Arch.)

Kreis ein Ende zu machen. Ohne eine Einigung mit dem Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Neuburg war an das Zustandekommen einer „westfälischen Kreisverfassung," einer Rüstung des westfälischen Kreises schlechterdings nicht zu denken. Fürstenberg brachte eine Reihe von Vorschlägen mit, die einen Compromiß ermöglichen sollten: von dem Amte des Kreisdirectoriums, das von jeher mit dem Herzogthum Jülich verbunden, werde der Pfalzgraf allerdings unter keiner Bedingung weichen; aber die Zulassung Brandenburg's zu Sitz und Stimme auf dem Kreistag für Cleve, Mark und Ravensberg werde durchzusetzen sein; Brandenburg solle nur diese einstweilen ergreifen und der Gelegenheit warten, seine ferneren Ansprüche geltend zu machen. Ueberdies brachte Fürstenberg den Vorschlag auf, für die beiden anderen Kreisämter, das des ausschreibenden Fürsten und das des Kreisobersten, eine Alternation zwischen Brandenburg und Pfalz-Neuburg eintreten zu lassen; ein Vorschlag, den Waldeck dem Kurfürsten doch nicht ganz von der Hand zu weisen empfahl, ebenso wie er rieth, zunächst immerhin nur Sitz und Stimme auf dem Kreistag zu ergreifen und von da aus dann weiter zu operiren.

Während man es in dieser Frage bei vorläufigen Besprechungen bewenden lassen mußte, kam man in der anderen, an welcher Waldeck bei weitem mehr gelegen war, um so schneller zum Ziele. Graf Fürstenberg zeigte sich in Bezug auf den Abschluß eines Separatbündnisses durchaus nicht so spröde, wie die braunschweigischen Abgeordneten in Goslar. Er gab im Namen seines Kurfürsten die Erklärung ab, daß dieser sich verpflichtet erachte, Brandenburg mit allen Kräften gegen jeden Angriff beizustehen, der in Folge des Tirlemont'schen Vergleichs demselben widerführe, d. h. wenn in Folge dieses Vergleichs die Lothringer und Condéer künftig das Bisthum Lüttich verschonen und statt dessen sich wider die clevisch-brandenburgischen Lande wenden würden, so werde Kurcöln diesen Angriff abwehren helfen. Man einigte sich über die Unterzeichnung eines Protokolls, worin beide Fürsten sich gegenseitig für den Fall der Noth die Stellung eines Hilfscorps zum Schutz ihrer im Reich belegenen Lande zusagten; Cöln versprach dreihundert Reiter und zwölf-

hundert Mann zu Fuß, die Stärke der brandenburgischen Hilfe sollte später festgesetzt werden [1]).

Die beiden Gesandten waren noch in diesen und anderen Besprechungen begriffen, als Fürstenberg plötzlich in höchster Eile zu seinem Herrn nach Bonn abberufen wurde. Das Gerücht hatte sich verbreitet, daß der junge, vor einem Jahr gewählte römische König Ferdinand IV. zu Wien eines raschen Todes gestorben sei. Als Waldeck nach Wildungen zurückkehrte, fand er bereits die Bestätigung der Nachricht vor. Am 9. Juli war König Ferdinand, erst einundzwanzig Jahr alt, einem Pockenanfall erlegen.

Neuer Anlauf. Der Vertrag von Stade. Die Arnsberger Conferenz.

„Innerhalb hundert Jahren hat sich kein dergleichen weitaussehender Fall im Römischen Reich begeben," schrieb Waldeck an den Kurfürsten, als er ihm unter dem frischen Eindrucke des Ereignisses seine Gedanken über die wahrscheinlichen Folgen dieses Todesfalls darlegte. Wir lassen die Hyperbel dahingestellt — begreiflich ist, daß gerade Waldeck in nicht geringem Maaße von den neuen Aussichten erregt werden mußte, die sich jetzt eröffneten.

Mit rückhaltslosestem Uebermuth hatte der kaiserliche Hof seit der Königswahl zu Augsburg im Mai des vorigen Jahres die Situation ausgebeutet, welche die vermeinte Sicherung der kaiserlichen Krone auf ein Menschenalter hinaus ihm zu gewähren schien. Für's erste, so hatte es den Anschein gehabt, lag keinerlei Grund für Oesterreich mehr vor, sich in seinem Verhalten zum Reich und zu den einzelnen Ständen den geringsten Zwang anzuthun; auf dem Reichstag hatte die kaiserliche Politik sich auf's ungescheuteste gehen lassen und ihr wahres Gesicht enthüllt.

Diese Sicherheit war nun arg betrogen; der vermeintlich wolgeborgene Gewinn war verloren, und es blieb dem kaiserlichen Hofe

---

[1]) Relationen Waldeck's dat. Wildungen 9/19. und 10/20. Juli 1654 Eigenh. (Berl. Arch.)

davon nichts übrig, als daß man sich im höchsten Grade bloßgestellt und den Reichsständen eine Reihe von Erfahrungen, den Gegnern eine Reihe von Beweismitteln an die Hand gegeben hatte, deren Ausbeutung gegen Oesterreich mit Gewißheit zu erwarten stand. Ich meine, schreibt Waldeck, der Kaiser müßte jetzt sehr wünschen, daß er die Wahl seines verstorbenen Sohnes nimmer gesucht, viel weniger erreicht hätte [1]).

Immer hatte Waldeck jene Reise des Kurfürsten nach Prag (oben S. 93) und seine Zustimmung zu der Königswahl Ferdinand's IV. als einen Fehler oder wenigstens als eine sehr bedauerliche Nothwendigkeit bezeichnet. Zum Theil waren die übelen Folgen jetzt schon abgewendet; nun aber riß das Schicksal den letzten Faden entzwei, der damals gesponnen worden war; man stand Oesterreich wieder mit freien Händen gegenüber.

Es war Waldeck nicht zweifelhaft, daß dieser Todesfall, den er nicht abgeneigt war für ein sichtbares Gottesurteil zu halten, Brandenburg ein gewaltiges Stück auf der betretenen Bahn vorwärts bringen müsse. Nur, das war seine größte Besorgniß und sein immer wiederholter Mahnruf, nur jetzt keine neuen Transactionen mit dem Wiener Hof; nur jetzt nicht wieder die leidigen Verhandlungen mit dem Kaiser angeknüpft über Jägerndorf und über die Breslauer Schuld, mit denen man Brandenburg so oft an der Nase herumgeführt und schließlich jedesmal betrogen hat! Nur jetzt nicht diese Bagatellen, wo es auf viel Größeres ankommt! Er wird nicht müde, dies dem Kurfürsten und den einflußreichsten Räthen an's Herz zu legen [2]); er fürchtet, daß seine Abwesenheit von der Gegenpartei benutzt werde; die Gestalt seines alten politischen Hauptgegners tritt ihm sogleich vor die Seele; gleich nach Empfang der Todesnachricht

---

[1]) Waldeck Gedanken wegen Versterbung des römischen Königs. o. D. An seinen Bruder Wolrad gerichtet (Arolf. Arch.). Vgl. auch die interessanten Erörterungen von Giustiniano bei Fiedler Relationen I. 385 f., 399 f.

[2]) So z. B. in einem Briefe an Schwerin dat. 11/21. Sept. 1654: „Je vous prie au nom de Dieu d'empêcher, qu'on ne s'engage en aucun traité à Vienne touchant Jägerndorp et la debte; ils nous tromperont et nous gasteront tout le reste.“ (Berl. Arch.)

schreibt er dem Kurfürsten: „Gott thue bei meiner Seele so wie ich in dieser Sache E. Churf. Dchl. Nutzen beherzige: aber um des jüngsten Gerichts willen, wahren Sie sich vorm Herrn von Blumenthal bei dieser Conjunctur, gebrauchen Sie sich derer, so Sie treu erkennen, und überlegen, wie Sie gewohnt, die Sachen selber!"[1])

Ganz drang Waldeck mit seinen Mahnungen nicht durch. Er hatte gewünscht, daß die nöthige Condolenzgesandtschaft nach Wien durchaus in den Grenzen eines rein ceremoniellen Actes, ohne jeden politischen Auftrag, gehalten würde. Dazu konnte man sich doch in Berlin nicht entschließen; es war gleichsam stehende Regel seit langer Zeit geworden, daß kein brandenburgischer Gesandter am kaiserlichen Hofe erschien, der nicht die beiden genannten Beschwerdepunkte zur Sprache brachte; der geheime Rath von Löben, welcher nach Wien geschickt wurde, um die Condolenz zu verrichten, erhielt den Auftrag, die Sache auch jetzt wieder bei den kaiserlichen Räthen in Anregung zu bringen und die darüber herrschende Stimmung zu sondiren. Doch hatten die darüber geführten Besprechungen keinen anderen Erfolg, als daß die Unmöglichkeit, sich zu einigen, von neuem constatirt wurde [2]).

Inzwischen ging man aber auch nach anderer Seite hin vorwärts. Nach den günstigen Erklärungen, welche die Braunschweiger zuletzt in Goslar gegeben hatten, mußte auch Brandenburg daran gelegen sein, ihnen freie Hand in der Richtung zu verschaffen, von wo sie sich am meisten bedrängt fühlten. Das war der Streit zwischen Bremen und Schweden, der noch immer ungeschlichtet fortdauerte. Der Kaiser hatte dem Herzog Christian Ludwig von Braunschweig und dem Bischof von Münster die Commission ertheilt, im Namen des kaiserlichen Amtes die Vermittelung zu versuchen. Die Aussicht auf Erfolg war nicht sehr groß, da man auf schwedischer Seite über die erklärte Parteinahme der Braunschweiger für Bremen

---

[1]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Wildungen 9/19. Juli 1654. Eigenh. (Berl. Arch.)

[2]) Instruction für v. Löben dat. Cölln a. Sp. 5. Aug. 1654; nebst einem ausführlichen Tagebuch des Gesandten über seinen Aufenthalt in Wien, 28. Aug. bis 22. Sept. a. St. (Ebendas.)

ziemlich ungehalten war. Um so erwünschter war es, daß jetzt der Kurfürst sich bereit finden ließ, gleichfalls die Hand zu dem Vermittelungswerk zu bieten [1]). Wesenbeck erhielt den Auftrag sich an Ort und Stelle zu begeben [2]).

Schon in Hamburg, wo der Gesandte die Verhandlung begann, konnte er die Schwierigkeit der Aufgabe ermessen. Der Hamburger Rath zeigte sich sehr geneigt, die Schwesterstadt nicht fallen zu lassen und mit energischer Vermittelung für sie einzutreten; Lübeck dagegen erwies sich ziemlich lau, und ebenso schien von den Niederlanden, wie Wesenbeck in Hamburg erfuhr, wenig zu erwarten zu sein, da sie, auf deren Hilfe ganz besonders gerechnet worden war, sogar Schwierigkeiten machten, den Bremern einen erfahrenen Officier zur Leitung ihres Kriegswesens zu überlassen [3]).

In Bremen aber sowol wie in dem schwedischen Feldlager, wo man eben mit der Belagerung der Bremischen Festung Burg beschäftigt war, fand Wesenbeck die Stimmung äußerst kriegerisch. Graf Königsmark erklärte offen, nicht anders als mit der vollen Demüthigung der Stadt enden zu wollen; und nicht minder war in Bremen, bei ziemlich wolbestellter Rüstung, alles voll von kriegerischer Aufregung und entschlossen, „lieber bremische Bürger zu sterben, als schwedisch zu werden"; nur daß freilich der Mangel einer sachkundigen militärischen Oberleitung, „so die dortigen Kriegsräthe, als theils Rathsherren, Doctores und Kaufleute, nicht recht verstehen," sich schwer empfindlich machte [4]). Zwischen der Stadt und dem schwedischen Feldlager hin und her reisend bemühte sich Wesenbeck, gemeinsam mit den gleichfalls anwesenden hamburgischen, lübeckischen, braunschweigischen und münsterischen Gesandten vergeblich, einen Waffenstillstand zu Wege zu bringen; die Schweden hatten Verstärkungen erhalten und die Feste Burg völlig eingeschlossen; eben jetzt,

[1]) Correspondenz zwischen Christian Ludwig von Celle und dem Kurfürsten im Juli und August 1654. (Ebendas.)

[2]) Instruction für Wesenbeck dat. Cölln a. Sp. 5. Aug. 1654. (Ebendas.)

[3]) Relation Wesenbecks dat. Hamburg 16. Aug. 1654. (Ebendas.)

[4]) Relationen Wesenbeck's dat. Bremen 30. Aug. und 6. Sept. 1654. (Ebendas.)

in den ersten Tagen des September, capitulirte der Platz, ohne den vorbereiteten Generalsturm abzuwarten. Das wichtigste Außenwerk Bremen's war damit gefallen. Die Mehrzahl der Vermittler gab die Hoffnung auf, noch etwas zu erreichen; nur Wesenbeck setzte seine Bemühungen fort; wesentlich durch seine Hilfe kam ein Waffenstillstand auf acht Wochen zu Stande, der die Einleitung zu einem definitiven Frieden werden sollte [1].

Es gehört in den Einzelheiten nicht hierher, wie die Verhandlungen während dieser Waffenruhe endlich zu dem Vertrage von Stade führten (28. Nov. 1654), der diesen Zerwürfnissen vorerst ein Ende machte. Ohne Schaden für Bremen ging es nicht ab; nebst einigen sehr empfindlichen Gebietsabtretungen mußte die Stadt sich dazu bequemen, der Krone Schweden vorläufig zu huldigen; aber die Frage der bremischen Reichsfreiheit wurde doch zunächst unentschieden gelassen und so wenigstens der Anspruch für die Zukunft, sowie auch in der Hauptsache der factische Besitz für jetzt gerettet. Auf beiden Seiten hatte man nur halb erreicht, was man erstrebt, und war mit diesem Resultat nicht sonderlich zufrieden [2]); aber für König Karl Gustav von Schweden war es doch vor allem erwünscht, dieser von seiner Vorgängerin im Reich geerbten Verwickelung mit Ehren ledig zu werden, welche seinen übrigen Plänen sehr unbequem im Wege stand; und auch Bremen mußte es schließlich willkommen sein, dem Angriff der nordischen Großmacht, welcher die völlige Vernichtung seiner politischen Selbständigkeit zum Ziel gehabt hatte, für jetzt mit einem blauen Auge zu entgehen. Jedenfalls hatte die Stadt Ursache, der im entscheidenden Moment auftretenden brandenburgischen Vermittelung Dank zu wissen, wie derselbe auch in warmen Worten kund gegeben wurde; und nicht minder war den Braunschweigern

---

[1]) Relationen Wesenbeck's dat. Bremen 13. und Petershagen 21. Sept. 1654. (Ebendas.)

[2]) Für Schweden s. Geijer=Carlson IV. 38 n. Für Bremen bezeugt u. a. Wesenbeck, daß ein großer Theil der Bürgerschaft schon mit dem achtwöchentlichen Waffenstillstand sehr unzufrieden war; man behauptete, er sei unnöthig gewesen und nur das Werk der großen Kaufleute, die ihre in See befindlichen Schiffe vor den schwedischen Kapern in Sicherheit zu stellen wünschten. (Relation dat. Petershagen 21. Sept. 1654.)

ein Dienst damit erwiesen, daß, bei der Erfolglosigkeit ihrer eigenen Vermittelung, der Kurfürst mit der seinigen zur rechten Zeit eintrat und wenigstens dem befürchteten äußersten Uebel, der militärischen Besetzung Bremens von Seiten der Schweden, vorbeugen half.

Während dies im Norden vor sich ging, verweilte Waldeck den ganzen Sommer und einen Theil des Herbstes hindurch theils in Wildungen und Arolsen, theils auf verschiedenen Reisen zu den benachbarten Fürsten, um das begonnene Bundeswerk weiter zu betreiben. Schon fühlte er sich sicher genug, um so lange Zeit hindurch seinen politischen Gegnern in der Umgebung des Fürsten das Feld frei zu lassen; hatten sich doch auch schon bereits ansehnliche jüngere Kräfte, wie die geheimen Räthe Canstein und Somnitz, der Hofrath Dobrzenski u. a. entschieden auf seine Seite gestellt; die neue Situation, die der Tod des jungen Königs Ferdinand gebracht hatte, verfehlte nicht, ihre Wirkung zu Gunsten seiner Ansicht der Dinge zu üben [1]).

Zunächst ließ er sich angelegen sein, die unterbrochene Verhandlung mit Kurcöln wieder aufzunehmen. Er fand nach wie vor hier die entgegenkommendste Stimmung, um so mehr, als an der Grenze von Lüttich bereits wieder einzelne Gewaltthätigkeiten der lothringischen Truppen vorkamen, welche die Unzulänglichkeit des Tirlemont'schen Vergleichs schon jetzt erkennen und für die herannahende Zeit der Winterquartiere wenig gutes erwarten ließen. Mitte September fand zu Arnsberg eine neue Conferenz Statt; der Kurfürst Maximilian Heinrich erschien begleitet von dem Grafen Fürstenberg persönlich dort, um sich mit dem brandenburgischen Minister zu besprechen.

Da kam nun mancherlei neues zu Tage [2]). Namentlich erfuhr

---

[1]) Waldeck an Somnitz dat. Arolsen 7/17. Sept. 1654: „Je vous prie de me conserver dans les bonnes graces du Prince et l'amitié du Conseil, assurant les uns et autres que je n'ai autre but, que de sacrifier mon corps et bien pour le bien de nostre maistre, et que je servirai de tout mon coeur à tous ceux qui m'y assisteront ou permettent que je les seconde." (Ebendas.)

[2]) Waldeck Gepflogene Unterhandlung erstlich mit dem Grafen von Fürstenberg und nachgehends mit dem Churfürsten von Cöln. (Eigenh. Arols. Arch.) Diese Conferenz zu Arnsberg fand am 6/16. Sept. und den folgenden Tagen Statt.

Waldeck erst jetzt, wie eifrig der kaiserliche Hof und seine Parteigänger im Reich bereits unter der Hand an den Vorbereitungen für eine neue österreichische Königswahl arbeiteten. Der Kurfürst von Mainz, Johann Philipp von Schönborn, jetzt noch gut österreichisch gesinnt, war schon in voller Thätigkeit; er hatte seine beiden geistlichen Collegen, namentlich den von Trier, im Interesse Oesterreich's an sich zu ziehen gesucht, war aber entschieden zurückgewiesen worden; der Trierer lehnte sich an den Kurfürsten von Cöln, und dieser war, so behauptete Fürstenberg, durchaus nicht abgeneigt, an eine Erhöhung seines eigenen, des baierischen, Hauses zu denken; bereits seien die Verhandlungen mit München im Gange. Hierbei stellte sich nun zugleich heraus, wie man am kurcölnischen Hofe allem Anscheine nach sich schon ziemlich tief mit Frankreich eingelassen hatte oder es zu thun im Begriff stand [1]). Aber zugleich bekannte sich der Kurfürst zu der dankbarsten Gesinnung gegen Brandenburg und gab den lebhaftesten Eifer kund, fortan in allen Stücken im vertrautesten Einverständniß mit ihm zu verfahren: „so lange er lebe und sein Haus stehen würde, sollte nicht in Vergeß gestellt werden die Treue, so Kur-Brandenburg erwiesen, und hätte Kur-Cöln diesem zu danken was er erhalten; die große Obligation, so er den Franzosen vor ihre genereuse Action hätte, wäre nichts gegen die an Kur-Brandenburg, weil jene vor ihr Interesse gehandelt, Kur-Brandenburg aber sich seinetwegen in Unsicherheit gesetzt; versprach bei allen Begebenheiten desgleichen zu thun."

So kam man binnen wenigen Tagen zu einem befriedigenden Abschluß. Der Kurfürst Maximilian Heinrich stellte eine Erklärung aus, worin er zunächst die von seinem Minister in Wetzlar gegebenen Zusicherungen in Betreff der eventuellen militärischen Hilfleistung bestätigte und erweiterte [2]); es wurde ferner zugesagt, keinen westfälischen Kreistag zu gestatten, bevor Brandenburg's Ansprüche völlig

---

[1]) [Der Kurfürst] „rühmte der Franzosen Generosität; sagte, es würde eine Gesandtschaft von dort kommen; wollte alles communiciren u. s. w."

[2]) Die Hilfe ward jetzt zugesagt nicht mehr bloß bei jedem Angriff, der in Folge des Tirlemont'schen Vertrages Brandenburg widerführe (s. o.), sondern für jeden widerrechtlichen Angriff im Allgemeinen.

befriedigt seien; und endlich verpflichteten beide Kurfürsten sich, die Angelegenheit einer neuen Königswahl vorerst in der Schwebe zu erhalten und beiderseits keinen Schritt darin ohne vorhergegangene Verständigung zu thun [1]). In mündlichen Besprechungen wurde zugleich vorbehalten, daß der Kurfürst von Cöln der mit Braunschweig zu schließenden Alliance beitreten werde; eine Anknüpfung mit dem Kurfürsten von Trier schien sich von selbst in Aussicht zu stellen.

Waldeck war mit dem Erfolge dieser Conferenz sehr zufrieden [2]). Diese, wie man hoffen durfte, jetzt befestigte Verbindung mit dem Cölner Kurfürsten gab der brandenburgischen Politik in den Landen vom Niederrhein bis zur Maas einen festen Stützpunkt; gelang es, wie sich jetzt die Aussicht zu eröffnen schien, auch Kurtrier und das Moselgebiet in das System hereinzuziehen und dasselbe auf der einen Seite durch Hessen-Cassel, auf der anderen durch die braunschweigischen Lande abzuschließen, so nahm Brandenburg im nördlichen und nordwestlichen Deutschland eine so hervorragende Stellung ein, daß eine mit Energie und Umsicht geleitete Politik ihm den Rang einer führenden Macht, wie er Waldeck vorschwebte, mit Sicherheit zuführen zu müssen schien. Der gefährlichste Gegner in diesen Bereichen, der Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg, war dann mit seinen jülich-bergischen Landen völlig umschlossen von den Bundesgenossen des Kurfürsten, und Brandenburg durfte, von dem Standpunkt einer kühnen Politik im Sinne Waldeck's aus, einen Conflict selbst mit Spanien auf Anlaß der lothringischen und condéischen Uebergriffe vielleicht mehr herbeiwünschen als fürchten. Nur jetzt

[1]) Erklärung des Kurf. Maximilian Heinrich dat. Arnsberg 19. Sept. 1654. Die entsprechende gleichlautende Gegenerklärung Brandenburgs über den letzten Punkt dat. Cölln a. Sp. 9. Oct. 1654. (Berl. Arch.)

[2]) Waldeck an Somnitz dat. Arolsen 11/21. Sept. 1654: „Mesnageons à présent les protestants et les bien intentionnés catholiques; nous ferons des merveilles, et si S. Alt. El. veult, je vois jour à se mettre au plus hault dégré de la felicité, où un Electeur protestant comme Electeur peut prétendre. Et à mon retour je m'expliquerai de telle sorte, qu'on le pourra toucher de doigt." (Ebendas.)

keine Fehler gemacht! schrieb er immer von neuem nach Berlin — „je vois tout rire à nos justes desseins“ [1]).

Kurz nach der Arnsberger Conferenz begab er sich nach Kassel. Hier und auf dem nahen Jagdschloß Friedewalde, wo einst im Jahr 1525 Philipp von Hessen und Johann Friedrich von Sachsen die ersten Verabredungen zu dem nachmaligen Torgauer Bündniß getroffen hatten, fand eine Reihe von Besprechungen mit dem jungen Landgrafen Wilhelm und mit seinem Kanzler Vultejus Statt, in Folge deren Hessen-Kassel doch endlich seine bisherige Zurückhaltung aufgab und sich der brandenburgischen Politik einen bedeutenden Schritt näherte. Nach zweitägigem Verhandeln ward ein Protokoll unterzeichnet, in welchem von hessischer Seite zwar in erster Reihe auf den Eintritt Brandenburgs in die Hildesheimer Alliance — die formelle Einwilligung Schwedens war inzwischen eingetroffen — hingewiesen wurde; aber zugleich erklärte sich auch der Landgraf bereit, bis dahin für den Fall eines Angriffs dieselben Verpflichtungen zur Hilfsleistung zu übernehmen, wie sie die Braunschweiger in Goslar gewährleistet hatten [2]).

Das braunschweigische Bündniß.

Somit war auch dieser Punkt glücklich gewonnen. Waldeck beeilte sich, nach diesen Vorarbeiten nun das Geschäft mit den Braunschweigern endlich zum letzten Abschluß zu bringen. Es berührte ihn nicht wenig angenehm, daß seit der Zusammenkunft in Goslar die Herzöge von Braunschweig ihn zu wiederholten Malen brieflich ge-

[1]) Waldeck an Schwerin dat. Arolsen 11/21. Sept. An Somnitz id. dat.: pourvu que S. Alt. El. continue avec la moderation dans les negoces, comme l'ont a fait depuis peu, tout ira bien; mais tout aussitôt que nous nous échaufferons, tout ira au bordel.“ (Ebendas.)

[2]) Extract Protocolli etc. dat. Friedewalde 15/25. Sept. 1654; hessischer Seits von Vultejus unterzeichnet. Am Schluß folgt noch eine besondere Verwahrung von Hessen, die Verbindung nicht ohne Noth auf das Ausland auszudehnen, sondern „so lang die ordinaria und einheimische Remedia suppetirten, hätte man zu den extraordinariis und ausländischen nicht zu recurriren." (Ebendas.)

drängt hatten, seine Reise zu ihnen zu beschleunigen: „on voit que ces Messieurs fondent leur sûreté sur notre amitié“ [1]).

Die Zusammenkunft fand diesmal in Hannover Statt. Während von brandenburgischer Seite Waldeck erschien, waren von braunschweigischer die drei bedeutendsten politischen Capacitäten, die man hatte, Friedrich Schenk von Winterstädt, Johann von Schwartzkopf und Heinrich Langenbeck, nebst zwei anderen Räthen deputirt. Hier zeigte sich nun alsbald, wie sehr seit der letzten Zusammenkunft die Verhältnisse und ihnen entsprechend die Stimmungen sich zu Gunsten Brandenburg's gewandt hatten. Die braunschweigischen Räthe überboten sich in Aeußerungen vertrauensvoller Hingebung; auf die früheren Bedenklichkeiten kam niemand mehr zurück; man müsse, so erklärte der Kanzler Schwartzkopf, jetzt alles thun, um den gerechten Wünschen Brandenburg's zu willfahren; dadurch werde man den Kurfürsten in der jetzt so glücklich eingeschlagenen Bahn und Waldeck in seiner bisherigen einflußreichen, für die gemeine Sache so ersprießlichen Stellung erhalten; „und solches um so viel mehr, weil man ohne den Kurfürsten niemanden im Reich hätte, auf den man sich verlassen könnte“ [2]).

Der Ausführung des lang vorbereiteten Hauptplanes stand sonach nichts wesentliches mehr im Wege. Die Gesandten einigten sich über den Entwurf einer Defensivalliance in neun Artikeln, welcher am 24. Sept. (a. St.) unterzeichnet wurde [3]). In demselben sagen die vier Contrahenten sich gegenseitige Unterstützung wider jede Art von Vergewaltigung in ihren gesammten Reichslanden zu; die braunschweigische Normalhilfe wurde auf 1200 M. z. F. und 300 z. Pf., die brandenburgische auf 2000 z. F. und 600 z. Pf. festgesetzt; in der Ausführung dieser Verpflichtungen sollen, neben den allgemeinen in der Reichsexecutionsordnung enthaltenen Bestimmungen, die spe-

[1]) Waldeck an Somnitz dat. Arolsen 7/17. Sept. 1654. (Ebendas.)

[2]) Braunschweigisches Protokoll dat. Hannover 21. Sept. 1654. (Arch. zu Hannover.) Vgl. oben S. 133.

[3]) Im Auszug gedruckt bei v. Mörner Kurbrandenb. Staatsvertr. S. 183 f., hier vom 23. Sept. datirt, doch erfolgte die Unterzeichnung und Siegelung, laut Protokoll, erst am folgenden Tage.

ciellen Verordnungen der Hildesheimer Alliance vorläufig maßgebend sein, ohne daß im übrigen das gegenwärtige Bündniß durch jenes ältere irgendwie eingeschränkt wird; der Zutritt anderer Reichsstände wird vorbehalten; speciell genannt wird der Kurfürst von Cöln, der bereits seine Geneigtheit erklärt hat; Waldeck suchte zuletzt auch noch die Nennung von Kurtrier in das Actenstück zu bringen, doch erklärten die Braunschweiger hierauf nicht instruirt zu sein [1]). Freilich brachte es nun die Schwerfälligkeit des üblichen Geschäftsganges mit sich, daß hiermit noch keineswegs der völlige Abschluß, auch nur bis zur Ratification, erreicht war; es wurde vorbehalten, daß auf dem bevorstehenden niedersächsischen Kreistag zu Braunschweig der jetzige Entwurf zu Ende ausgearbeitet werden und dann die Vollziehung erfolgen solle. Aber inzwischen, verfügte der Schlußartikel, soll im eintretenden Falle die gegenseitig zugesagte Hilfe auch vor erfolgtem Endabschluß geleistet werden.

Hiermit war nun endlich die von Waldeck so lange erstrebte „engere Zusammensetzung“ erreicht. Die ferneren Besprechungen der Gesandten befestigten das hergestellte Einverständniß nach allen Seiten hin; in Bezug auf die Differenz im westfälischen Kreise sprach sich jetzt Waldeck mit Entschiedenheit dahin aus, keinen Schritt weichen zu dürfen, der Kurfürst bestehe unbedingt auf seinem Rechte, neben dem Pfalzgrafen von Neuburg das Mitdirectorium des Kreises zu führen; und die Braunschweiger erklärten sich hiermit völlig einverstanden; ebenso wie der Kurfürst von Cöln erneuerten sie die stricteste Zusage, daß mit ihrem Willen kein Schritt in Sachen des westfälischen Kreises geschehen dürfe, bevor der Pfalzgraf sich mit dem Kurfürsten verständigt. Der kecke Anlauf, den der Neuburger mit dem Kreistag von Essen gewagt hatte, war hiermit völlig abgeschlagen.

Die bremer Angelegenheit wurde gleichfalls besprochen und von Waldeck eifrig zur Mäßigung hierin gemahnt; mit Gewalt könne und dürfe man in dieser Sache nichts gegen Schweden unternehmen und müsse den jetzt geschlossenen Waffenstillstand zu einem definitiven

[1]) Brandenburgisches Protokoll dat. 24. Sept. (Berl. Arch.)

Abkommen fördern helfen, zumal da man Frankreich's noch keineswegs gewiß sei, die Schweden dagegen insgeheim mit Spanien verständigt schienen [1]). Rüsten aber und mit dem Degen in der Hand dastehen — darin stimmte man überein — müsse man für alle Fälle.

In einem anderen Punkte wieder waren es die Braunschweiger, die zur Zurückhaltung mahnten. Als Waldeck den Streit des Kurfürsten mit der Stadt Magdeburg, die die Huldigung weigerte, zur Sprache brachte und dabei die Frage hinwarf, „ob sie nicht rathsam hielten, daß man durch eine Praktik etwas Volk (Truppen) hineinzubringen suchte," riethen die Braunschweiger, gleichfalls im Hinblick auf Schweden, um dessen Beistand die Stadt sich bemühe, davon ab; man solle einstweilen „dem Werk noch ein wenig zusehen."

In Betreff der Reichsangelegenheiten erneuerte man sich gegenseitig das Versprechen, vor Herstellung der Parität den Reichshofrath nicht anzuerkennen und inzwischen eifrig für die Hebung des Reichskammergerichts zu wirken; auf dem bevorstehenden Reichsdeputationstag wolle man in allen Stücken zusammenstehen; auf den von dem Herzog von Würtemberg gemachten Vorschlag dagegen, eine allgemeine Versammlung aller deutschen Evangelischen zu veranstalten [2]), glaubte man für jetzt nicht eingehen zu dürfen, um nicht durch eine solche exclusiv protestantische Demonstration die wolgesinnten katholischen Stände „stutzig zu machen" und Gegenconvente zu veranlassen. Um endlich das gute Einvernehmen der beiden Häuser nach allen Seiten hin zu befestigen, sollte eine Commission zusammentreten, welche verschiedene noch schwebende Grenz- und

---

[1]) Votum Waldeck's in der Conferenz am 24. Sept.: „Seine unvorgreifliche Meinung wäre, so lang die Stände keiner auswärtigen Hilfe versichert seien, könnten sie mit Gewalt und Waffen sich den Schweden nicht entgegensetzen. Man wüßte, wie Schweden bereits in guter Correspondenz mit Spanien stünde und möchte wol gar damit in Alliance begriffen sein; wie denn von Verständigen dafür gehalten würde, daß die Niederlage [der Spanier] bei Arras großen Theils Ursach des bremischen Armistitii wäre." (Berl. Arch.)

[2]) Hierüber schreibt Waldeck schon früher an Somnitz: „les pensées du Duc de Wirtemberg doibvent estre entretenues, pour puis après en faire le profit que le bien public demande." Dat. Arolsen 7/17. Sept. 1654. (Berl. Arch.)

Lehnsstreitigkeiten (besonders im Fürstenthum Halberstadt) auf gütlichem Wege regeln sollte.

Bald nach Beendigung dieser Conferenz trat der niedersächsische Kreistag in Braunschweig zusammen. Zum ersten Male führte Schweden das Directorium. Von Seiten Brandenburg's war Raban von Canstein deputirt [1]). Der Tag war sehr vollzählig besucht, auch eine kurcölnische Gesandtschaft, für das Bisthum Hildesheim, war erschienen; dagegen lehnte der Landgraf von Hessen die Aufforderung Brandenburg's ab, sich, obgleich nicht zu dem Kreis gehörig, doch auch dort vertreten zu lassen [2]). Auch ein kaiserlicher Gesandter, Curt von Lützow, traf in Braunschweig ein, vermuthlich mit dem Auftrag, die Versammlung zu beobachten; officiell brachte er eine Mahnung des Kaisers vor auf die im Kreise noch rückständigen Reste der bewilligten hundert Römermonate, zugleich mit dem Begehren (wie es auch an die meisten anderen Kreise gestellt wurde), die von dem Reichstag verweigerten sechzig Römermonate hier von Kreises wegen nachträglich zu bewilligen. Er wurde ohne Umschweife abschläglich beschieden und auf den nächsten Reichstag verwiesen.

Zunächst brachte der Tag die Angelegenheit der Kreisrüstung endlich in's Reine. Der braunschweigische Vorschlag, dem auch Brandenburg und Cöln beitraten, für dieselbe das sogenannte Quadruplum zu beschließen, d. h. einen vierfachen Römermonat, ging nicht durch; namentlich Schweden, welches mit unverhaltenem Mißvergnügen diesem Rüstungseifer der niedersächsischen Stände zusah, that alles, um das Maaß so tief als möglich herabzudrücken; es wurde in der That nach sehr heftigen Debatten zwischen den schwedischen und braunschweigischen Gesandten schließlich nur das Duplum, zwei Römermonate, beschlossen [3]).

Wesentlicher war nun, daß jetzt das Band zwischen Brandenburg, Cöln und Braunschweig sich wirklich zusammenziehen zu wollen

---

[1]) Instruction für Canstein dat. Cölln a. Sp. 6. Oct. 1654. (Ebendas.)

[2]) Landgraf Wilhelm an den Kurfürsten dat. Kassel 26. Oct. 1654.

[3]) Relationen Canstein's dat. Braunschweig 4., 8. u. 18. Nov., und der Kreisabschied dat. 4. Dec. 1654. (Ebendas.)

schien; Cöln sagte zu, seine für Brandenburg übernommenen Verpflichtungen auch auf Braunschweig auszudehnen, Braunschweig, die seinigen auch dem Kurfürsten von Cöln zu leisten [1]). So war hiermit endlich, wie man hoffen durfte, der Grundstein zu einem Dreifürstenbündniß gelegt, welches, wenn es gelang dasselbe fest zu halten und activ werden zu lassen, eine sehr beträchtliche Macht für alle Angelegenheiten zunächst des deutschen Nordens und Nordwestens repräsentirte, ein Kern, an den von allen Seiten her neue Theile sich anschließen konnten. Schon versuchte Canstein während des Kreistags einzelne andere niedersächsische Stände heranzuziehen; mit Magdeburg war das gute Einvernehmen schon von früher her so weit befestigt, daß man es in der Hauptsache als gewonnen betrachten durfte; das Haus Meckelnburg zeigte sich sehr bereitwillig; die Behandlung, schreibt Canstein, die dasselbe einst in der Zeit Wallenstein's vom kaiserlichen Hofe empfangen, ist noch in allzu frischem Andenken, als daß dieses Haus nicht die Pläne des Kurfürsten mit Freude begrüßen sollte. Auch Holstein, Dänemark, Gottorf wurden angegangen; sie zeigten gleichfalls, wie Canstein berichtet, gute Zuneigung, aber auf näheres gingen sie nicht ein: „denn wie sie gleichsam in extremo angulo Germaniae liegen, also scheinet, daß sie davor halten, es gehe sie wenig an, was andern in Deutschland widerfähret;" so daß für's erste von ihnen direct auf nichts zu rechnen sei [2]).

Die Schweden waren von all diesen Verhandlungen, die unter ihren Augen vor sich gingen, sehr wenig erbaut. Es bezeichnete eine neue Situation, wenn während des ganzen Kreistags der früher so dringend betriebene Eintritt Brandenburg's in die Hildesheimer Alliance jetzt, nachdem Schweden seine Einwilligung erklärt, mit

---

[1]) Eine Schwierigkeit, um deren willen zunächst nicht formell vollständig abgeschlossen werden konnte, machte der Umstand, daß Braunschweig von dem Kurfürsten von Cöln verlangte, er solle den Consens seines Kapitels zum Abschluß des Bündnisses beibringen, was der Kurfürst aus begreiflichen Gründen verweigerte.

[2]) Schlußrelation Canstein's dat. Halberstadt 8. Dec. 1654. (Ebendas.) Vgl. die Aeußerung Schenk's über die „Transalbini" oben S. 213.

keinem Worte berührt wurde; als dann nach dem Schluß der Verhandlungen Schweden seinerseits die Sache in Anregung brachte, erklärten die Braunschweiger ohne Instruction dafür zu sein [1]). Und andrerseits war es nicht minder bezeichnend, wenn jetzt die Schweden, gleichsam als ein Memento für das selbständige Gebahren Brandenburg's, gelegentlich von den wolfundirten Rechten ihres Königs auf die jülich-clevische Erbschaft zu reden begannen [2]). Dobrzenski, der inzwischen zur Beglückwünschung des neuen Königs Karl Gustav und zur Sondirung der dortigen Verhältnisse nach Stockholm geschickt worden war, fand den schwedischen Hof über all diese Vorgänge ziemlich verstimmt: man sieht wol, schreibt er, „die Zusammensetzung der Reichsstände bedeutet kein gutes Wetter im schwedischen Almanach [3]).

Bei all dem war man jedoch in Berlin so weit als möglich davon entfernt, gerade mit Schweden ein gespanntes Verhältniß zu wünschen; alle unmittelbaren Differenzen der beiden Staaten waren ausgetragen, der jülich-clevische Anspruch für jetzt schwerlich ernst gemeint; ein Fortgehen auf den Bahnen der hispanisirenden Politik Christinens in ihrer letzten Zeit war von ihrem Nachfolger nicht zu erwarten; in den Hauptfragen der deutschen Politik durfte man mit Wahrscheinlichkeit auf ein ersprießliches Zusammengehen mit Schweden rechnen; es kam nur darauf an, daß Schweden sich gewöhnte, Brandenburg als eine ebenbürtige auf eigenen Füßen ihm gegenüber stehende Macht anzuerkennen. Noch war nicht deutlich zu erkennen, welche Wege Karl Gustav nehmen werde. Sein Wunsch, versicherte er dem brandenburgischen Gesandten, sei, in Frieden zu regieren; er wisse nur zu wol, „wie mühsam es wäre Krieg zu führen und wie betrüglich das Glück der Waffen“ [4]). Aber die gewaltigen Rüstungen, die man vor sich gehen sah, sprachen anders, und der vertraute Diplomat des Königs, Graf Schlippenbach, den er gleich

---

[1]) So berichtet der Kurfürst an Dobrzenski nach Stockholm dat. Cölln a. Sp. 25. Jan. 1655. (Ebendas.)

[2]) Vgl. oben S. 167 n. 1.

[3]) Dobrzenski an den Kurfürsten dat. Stockholm 2. Dec. 1654.

[4]) Relation Dobrzenski's dat. Stockholm 25. Nov. 1654.

nach seiner Thronbesteigung an die deutschen Höfe schickte, ließ in Berlin bedenkliche Andeutungen fallen. Unverkennbar war ein Wetter von Norden her im Anzug, aber welche Richtung es nehmen, ob und an welcher Stelle es Brandenburg berühren werde, war noch nicht völlig ersichtlich. Sehr lange sollte der Zweifel nicht währen.

Halten wir indeß zunächst noch für einen Augenblick die Situation fest, wie sie jetzt im letzten Drittel des Jahres 1654 seit der Conferenz in Hannover sich gestaltet hatte, so überwiegt für die brandenburgische Politik zur Zeit noch durchaus der Hinblick auf die westlichen und die inneren Reichsverhältnisse, sowie auf die politischen Combinationen, die wir in diesem Zusammenhang haben erstehen sehen. Eben jetzt begannen, beim Herannahen des Winters, die Lothringer wieder in verdächtiger Weise sich bemerklich zu machen, und Herzog Franz, ihr jetziger Führer, schien ganz in die Wege seines Bruders einlenken zu wollen. Mitte October erschien ein Gesandter desselben, ein Herr Wilmal, am kurcölnischen Hofe in Bonn und verlangte Durchzug für einige lothringische Regimenter, die in den benachbarten neutralen Gebieten Winterquartiere nehmen sollten [1]). So versuchte man denn die alte Raubwirthschaft von neuem zu beginnen. Aber die Situation war eine andere geworden. Der Kurfürst von Cöln, obgleich ihm für seine Lande vollständige Schonung zugesagt wurde, schlug das Begehren des Lothringers rund ab und setzte seine Truppen in Bereitschaft; im Trier'schen wurde gerüstet, um schleunig zur Stelle zu sein; von Berlin her erhielt der Cölner mit dankender Anerkennung für seine „rühmliche Resolution" die Anzeige, daß in Westfalen 800 Mann ständen, welche die Ordre hätten, auf die erste gegebene Nachricht auszurücken, beträchtliche neue Corps aus den inneren Landen sollten ihnen alsbald nachgeschoben werden [2]); in Braunschweig war man bereit; nach Kassel erließ der

---

[1]) Kurfürst Maximilian Heinrich an den Kurfürsten Friedrich Wilhelm dat. Bonn 17. Oct. 1654; nebst dem von Wilmal eingereichten Memorial: er verlangt den Durchzug — „pour aller prendre quartier d'hyver dans les terres neutres enclavées dans les siennes" (d. h. des Kurfürsten von Cöln). (Berl. Arch.)

[2]) Der Kurfürst an Kurcöln dat. Cölln a. Sp. 25. Oct. und 7. Nov.

Kurfürst eine dringende Mahnung, sich in die nöthige Verfassung zu setzen [1]). Welches immer aber auch die Gründe waren, wodurch die Lothringer und Condéer zur Zurückhaltung gebracht wurden, ihr Angriff unterblieb für diesmal und der Winter verging, ohne daß die rheinischen Lande von ihrem Einfall belästigt wurden.

Nur das Zerwürfniß mit dem Neuburger im westfälischen Kreise blieb ungeschlichtet übrig. Ein neuer Versuch, die Gegner zu vergleichen, der unter braunschweigischer und cölnischer Vermittelung auf einer Conferenz zu Osnabrück im October gemacht wurde, blieb gänzlich ohne Erfolg [2]). Und nun schien gerade von dieser Seite in das brandenburgische Bundeswerk ein bedenklicher Riß kommen zu sollen. Während der definitive Eintritt Kurcöln's in diese Verbindung besonders durch die von Braunschweig erhobene Forderung der Bestätigung durch das Domcapitel in der Schwebe erhalten wurde, unterließ der Kurfürst Maximilian Heinrich natürlich nicht, sich mit den befreundeten und benachbarten katholischen Ständen gleichfalls über die bevorstehenden Gefahren zu besprechen und zu verständigen. Noch vor Ende des Jahres war, ohne daß Brandenburg vorher von dem Plan in Kenntniß gesetzt wurde, ein zunächst für zwei Jahre geschlossenes Defensivbündniß fertig, welches neben Cöln und Trier den Bischof von Münster und — den Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Neuburg umschloß [3]).

1654. (Ebendas.) Vergl. auch die Nachrichten Boreel's über diese Rüstungen bei Droysen III. 2. 152; wenn Boreel sie als gegen Schweden gerichtet betrachtet, so ist dies nur seine eigene, für Brandenburg jedenfalls nicht zutreffende Vermuthung.

[1]) Der Kurfürst an Landgraf Wilhelm dat. Cölln a. Sp. 7. Nov. 1654. (Ebendas.) Die Antwort erfolgt erst am 13. Dec., und sagt mit einigen Verclausulirungen die Hilfe zu.

[2]) Berichte Wesenbeck's über diese westfälische „Präliminarzusammenkunft." Neben Neuburg widersetzte sich besonders Münster jedem Compromiß.

[3]) „Rheinische Alliance" zwischen Trier, Cöln, Münster und Neuburg dat. Cöln 15. Dec. 1654. Lünig Reichsarchiv Pars spec. Erste Contin., andre Fortſ. S. 311 ff.; auch Dumont Corps dipl. VI. 2. 97 ff. Vgl. Aitzema III. 1113 ff. Ich bemerke hierzu, daß ich absichtlich das angebliche frühere rheinisch-katholische Bündniß vom 21. März 1651 unerwähnt gelassen habe, welches zuerst

Somit war also in dem Moment, wo die brandenburgische Bundesgenossenschaft sich in sich abzurunden im Begriff stand, ein katholisches Separatbündniß dazwischen getreten, welches von jener zunächst Cöln und sodann die Aussicht auf Trier loslöste, oder wenigstens sie in ein ganz anderes Verhältniß zu jener stellte, als nach den bisherigen Verhandlungen sich ergeben zu wollen geschienen hatte, und welches — das war die Hauptsache — dem Pfalzgrafen von Neuburg für alle Fälle einen bedeutenden Rückhalt gewährte. Das Cölner Bündniß vom 15. Dec. wurde auf brandenburgischer Seite viel weniger als ein Abfall des Kurfürsten von Cöln betrachtet, der deshalb beruhigende Zusicherungen gab und darauf hinweisen konnte, daß auch der Eintritt protestantischer Fürsten darin offengehalten sei [1]), als vielmehr als ein gelungener Gegenzug des Neuburger's, der nun auf diese Alliance gestützt um so weniger nöthig zu haben glaubte, die Angelegenheit des westfälischen Kreises durch

---

Mignet Succession d'Espagne II. 13. ohne nähere Angaben als den ersten Keim des Rheinbundes von 1658 hingestellt hat, worin man ihm, ohne daß näheres über jene vermeintliche Alliance von 1651 bekannt geworden wäre, seitdem gefolgt ist; so Stenzel II. 260, und zuletzt Böhm der Rheinbund (in Foß Zeitschr. f. preuß. Gesch. 5. 221). In der That hatte jene Uebereinkunft vom Jahr 1651, welche Mignet meinte, gar nicht den allgemeinen Charakter eines Defensivbündnisses, sondern war lediglich eine von den in dieser Zeit mehrfach vorkommenden Verbindungen zum Zweck der Durchführung der Friedensbestimmungen und der Anordnungen des Nürnberger Executionstags, vorzugsweise der Räumung der einzelnen Kreise von den schwedischen u. a. Truppen; eine Verbindung, die von selbst mit Vollführung der Räumung erlosch. Nur daher erklärt sich, daß auf dieses angebliche Defensionsbündniß von 1651, an dem auch Pfalz-Neuburg Theil haben sollte, dennoch (was besonders gegen die Angabe Mignet's argwöhnisch machen mußte) während des Jülich'schen Krieges von 1651 der Pfalzgraf nie recurrirt, und auch in allen ferneren Verhandlungen ist nicht die Rede davon. Dasselbe wird also nicht mehr dafür gelten dürfen, der Keim des Rheinbunds von 1658 zu sein. Eher wahrscheinlich das obige katholische Bündniß vom 15. Dec. 1654; doch fehlen mir die Materialien zur Kenntniß seiner Entstehung und seines Fortgang's. Auffallend ist, daß dasselbe bisher fast überall mit Stillschweigen übergangen worden ist, so namentlich in der oben genannten jüngsten Arbeit über den Rheinbund.

[1]) Lünig a. a. O. S. 313.

Nachgiebigkeit gegen die Ansprüche Brandenburg's in Ordnung kommen zu lassen [3]).

Indeß wie störend auch dieser neue Zwischenfall sein mochte, ein eigentlich entscheidendes Hinderniß für den weiteren Fortgang der brandenburgischen Politik auf den eingeschlagenen Wegen konnte er zunächst nicht werden. Der Kurfürst von Cöln hütete sich wol, die Verbindung mit Brandenburg auf's Spiel zu setzen, welches nun schon zum zweiten Mal in seinem Interesse so energisch aufgetreten war. Er hatte in das katholische Bündniß keinerlei Clausel eindringen lassen, worüber Brandenburg sich beklagen konnte, er hatte dem Neuburger in Bezug auf seine Streitfrage über die westfälische Kreisdirection keinerlei Zugeständniß gemacht; für die wichtigsten Theile seines Programms, für die Hauptfragen der inneren Reichspolitik, für die Frage der Kaiserwahl u. a. durfte Waldeck auch jetzt noch der Zustimmung des Cölner's sicher sein. Und anderseits lag für die protestantischen Freunde Brandenburg's in dieser Seitenstellung, welche die Katholischen einzunehmen für gut fanden, nur ein Grund mehr, sich unter sich desto enger zusammenzuschließen; ein Gesichtspunkt, den man natürlich auch von Berlin her nicht unterließ ihnen eindringlich zu machen.

Wir können hier, zeitlich etwas vorausgreifend, die Geschichte dieser Verhandlungen sogleich bis zum formellen Abschluß der braunschweigischen Alliance weiterführen. Man bereute jetzt auf braunschweigischer Seite zu spät, daß man bei den letzten Kreistagsverhandlungen dem Kurfürsten von Cöln durch die lästige Bedingung der Zustimmung seines Domcapitels den definitiven Beitritt zu der Verbindung erschwert und ihn vielleicht zum Theil dadurch veranlaßt hatte, andere Wege zu suchen [2]). Jetzt mußte man sich bequemen, ohne ihn abzuschließen. Es währte bis in die Mitte des Jahres, ehe die Ange-

---

[3]) Waldeck an Schenk von Winterstädt dat. Berlin 23. Jan. 1655. (Berl. Arch.)

[2]) S. oben S. 259. Als Canstein im März 1655 zu Wolfenbüttel war, erklärte ihm Herzog August, daß die Schuld davon besonders den Cellischen Räthen zukäme. Relation Canstein's dat. 24. März 1655. (Berl. Arch.)

legenheit zu Ende gebracht wurde. Im Lauf des Sommers finden wir Canstein zu wiederholten Malen als Bevollmächtigten des Kurfürsten in Braunschweig, wo die Gesandten der drei welfischen Fürsten mit ihm zusammentrafen. Es konnte nicht fehlen, daß die nordischen Verhältnisse nun schon ihre Schatten auf die Verhandlungen warfen. Sehr entschieden betonten die Braunschweiger, daß sie mit der Alliance sich nur für die Reichslande des Kurfürsten verbindlich machten, nicht also für das Herzogthum Preußen [1]); und auch für den Fall einer Gefahr im Reich bestanden sie scharf auf der Bedingung, daß der Kurfürst über alles, was etwa eine solche herbeiführen könnte, „vorher und zeitig" mit ihnen communiciren müsse, vor allem aber „zu einiger Invasion und feindlichem Ueberzug keine befugte Ursach gegeben werden solle" [2]). Man bemerkt in den Verhandlungen bereits deutlich, wie die Stellungen unter dem Einfluß des beginnenden schwedisch-polnischen Krieges sich zu verschieben beginnen. Noch sind die Braunschweiger bereit, die angebahnte Alliance zu vollziehen; aber mehr und mehr sehen wir die Besorgniß sich hervordrängen, daß dieselbe eine Schlinge sein möchte, durch welche sie unversehens in den Strudel der nordischen Wirren hineingezogen werden könnten. Wir werden weiterhin zu berichten haben, wie sehr im ferneren Verlauf die braunschweigische Politik sich namentlich der eben angeführten Clauseln zu bedienen wußte; die Wendung nach dieser Seite hin macht sich bereits jetzt bei den letzten Abschlußverhandlungen bemerklich.

Indeß wie auch immer, zu Ende wurden sie gebracht; wenige Tage bevor im Haag die ebenfalls so lange erstrebte Alliance mit den Niederlanden vollzogen wurde [3]), am 19. Juli unterzeichnete Canstein nebst den dazu deputirten braunschweigischen Räthen das

---

[1]) Protokoll dat. Braunschweig 27. Juni 1655. „Preußen gehöre nicht zum Reich und würde also diese Alliance dahin nicht können extendiret werden." (Archiv zu Hannover.)

[2]) Relation Canstein's dat. Braunschweig 19. Juli 1655. (Berl. Arch.) Vgl. Art. II. der Alliance.

[3]) v. Mörner Kurbrandenb. Staatsvertr. S. 187 ff. Urk. u. Actenst. IV. 141.

für drei Jahre geltende Defensivbündniß [1]); die Ratificationsfrist ward auf drei Monate angesetzt, weil für Hannover die Unterschrift des noch immer in Venedig weilenden Herzogs Georg Wilhelm beigebracht werden mußte.

Von den beiden genannten Bündnissen, welche in diesen Tagen unterzeichnet wurden, war das eine, das niederländische, speciell im Hinblick auf die beginnenden nordischen Verwickelungen zur Reife gekommen; sein Hauptobject, darf man sagen, war die preußische Ostseeküste und ihre Beschützung gegen die Gelüste Schwedens. Wenn man nun weiß, in wie geringem Maße trotzdem es diesem Zwecke gedient hat, so kann es nicht allzusehr befremden, wenn das andere, das braunschweigische, es noch viel weniger that. Dasselbe war, muß man gestehen, aus einer Situation hervorgewachsen, die jetzt vorüber war, oder deren Bedingungen wenigstens nur noch in sehr modificirter Weise fortbestanden. Seine Geschichte (wir berühren die Hauptpunkte noch im folgenden) ist die Geschichte des Zwiespalts zwischen seiner ursprünglichen Anlage und den damit verknüpften Intentionen und zwischen der neuen Situation, welche für Brandenburg jetzt der beginnende nordische Krieg schuf. Nicht als ob die braunschweigische Politik bei der Verbindung mit Brandenburg die entscheidenden Gesichtspunkte und die letzten Ziele dieser Macht getheilt hätte, die ihr in ihrer letzten Instanz nicht einmal bekannt waren. Aber man stand doch auf einer Reihe gemeinsamer Voraussetzungen, die wesentlich waren für das Zustandekommen und die künftige Wirksamkeit des Bündnisses; die wichtigste die: daß Brandenburg fortfahren könne und werde, das Hauptgewicht seiner politischen Action auf die Fragen der inneren Reichspolitik zu legen und zwar in demjenigen oppositionellen Sinne, in derjenigen antihabsburgischen Richtung, wie sie seit dem Beginn von Waldeck's Vorwalten in Berlin überhaupt erst die Annäherung der beiden Häuser herbeigeführt hatte. Wie nun, wenn die nordische Krisis den Kurfürsten davon abführte, wenn ihre Wechselfälle seine ganze Kraft in andere Sphären hinüberzogen, ja vielleicht ihn nöthigten, Verbindung

[1]) S. dasselbe im Auszug bei v. Mörner S. 184 ff.

mit eben der kaiserlichen Macht zu suchen, gegen die seiner eigentlichen Meinung nach der frühere Bund vorzüglich gemeint war?

Man würde einseitig urtheilen, wollte man die Resultatlosigkeit des Bündnisses lediglich nach dem Maße der Wünsche bemessen und verdammen, welche in Bezug auf dasselbe der brandenburgischen Politik auf ihren jetzt einzuschlagenden Wegen unerfüllt blieben. Brandenburg mußte, von den Verhältnissen und von seinen Interessen im Norden getrieben, je länger je mehr die Linie verlassen, auf welcher Waldeck (denn sein Werk war diese Verbindung in jedem Sinne) das enge Einverständniß mit dem braunschweigischen Hause auferbaut hatte — wenn in dem Maße, als es dies that, die braunschweigische Politik sich zurückzog und die Freiheit ihrer Action wieder in Anspruch nahm, die zum Theil für Brandenburg sehr unbequem wurde, so giebt dies weder zur Verwunderung, noch zu der Anklage einer ungewöhnlich treulosen Politik Veranlassung. Mit dem Beginn des nordischen Krieges war in der That eine völlig neue Situation geschaffen; andere Fragen traten in den Vordergrund, andere Kräfte waren zu berechnen, andere Verbindungen drängten sich heran. Dies gilt für die eine wie für die andere Seite.

Bevor wir indeß daran gehen, die Thätigkeit Waldeck's diesen neuen Verhältnissen gegenüber zu beleuchten, sei uns noch eine Reihe von Bemerkungen gestattet, mit denen wir versuchen, vergleichend und zusammenfassend, die allgemeine Bedeutung der bisher geschilderten Bestrebungen in das ihnen zukommende Licht zu setzen.

Ueberblick und Zusammenfassung.

Als Friedrich der Große im October 1784 das Zögern seiner Minister durchbrach und denselben seinen berühmten eigenhändigen Entwurf eines deutschen Fürstenbundes vorlegte, so benannte er denselben ein „Projet de ligue entre les Princes d'Allemagne, calquée sur le modèle de celle de Smalcalde“ [1]).

Zurückblickend auf die früheren Epochen der deutschen Geschichte

[1]) Schmidt Unionsbestrebungen I. 105 f.

fand der geschichtskundige König keinen Versuch reformatorischer Bundespolitik vor, mit welchem er seine eigenen Absichten in Vergleich stellen mochte, als das große protestantische Bündniß des sechzehnten Jahrhunderts. In den weiteren Erörterungen, welche hierauf folgten, wird dann gelegentlich auch die Union von 1608, das Leipziger Bündniß von 1631 zum Vergleich herbeigezogen [1]); nirgends aber begegnet, weder in den Aeußerungen des Königs, noch in den Staatsschriften Hertzberg's und anderer Diplomaten der Zeit, noch in der publicistischen Literatur, die sich an die Union von 1785 anschloß, die leiseste Spur davon, daß noch irgend eine Erinnerung sich erhalten hätte an die mit so großem Eifer betriebenen Pläne, deren Entstehung und Verlauf uns bis hierher beschäftigt hat. Auf's vollständigste war das Andenken daran dem Gedächtniß der Menschen und dem historischen Bewußtsein des preußischen Staates entschwunden, daß schon hundert und dreißig Jahre vor der Gründung des Friedericianischen Fürstenbundes, schon in den ersten Jahren jugendfrischen, zukunftssicheren Emporstrebens der preußischen Monarchie ein Staatsmann des großen Kurfürsten diesem Fürsten als die Aufgabe seines Staates das Werk hingestellt hat, welches dann der große Herrscher des achtzehnten Jahrhunderts, mit mächtig erweiterten Mitteln, mit den gereifteren und geklärten Anschauungen seiner Zeit, als den Schlußstein seines gewaltigen Lebens sich vorzusetzen den Ehrgeiz hatte.

Wir werden weiterhin die Gründe zu beleuchten haben, warum dieser erste Ansatz zu einer preußisch-deutschen Unionspolitik so rasch aufgegeben werden mußte. Er war so wenig von nachhaltigen Folgen, wie jener erste Anlauf, der unter den Auspicien Friedrich's des Großen kurz vor Beginn des zweiten schlesischen Krieges genommen wurde [2]). Aber die Thatsache verdient festgehalten zu werden, daß der Gedanke einer deutschen Union unter der Führung des preußischen Staates bereits dem zweiten Jahrzehnt der Regierung des großen Kurfürsten angehört.

---

[1]) Ebendas. S. 116, 120 u. a. O.

[2]) v. Ranke Neun Bücher preuß. Geschichte III. 144 ff.

Immer wird das preußische Bundeswerk von 1785 für uns das volle sympathische Interesse besitzen, womit uns alles berührt, was die Spuren der Hand jenes großen Fürsten trägt. Aber neben ihm darf auch für den Namen Waldeck's und für seine Pläne fortan eine ehrenvolle Stelle in der Geschichte der preußisch-deutschen Reformpolitik in Anspruch genommen werden. Um mehr als ein Jahrhundert rückwärts in der Geschichte unserer Nation und des preußischen Staates zeigen sie uns die Gedanken bereits wirksam, welche die siegreichen Gedanken der deutschen Geschichte werden sollten. Nur in schwachem, noch ohnmächtigem Ansatz immerhin; aber hier, wie oft, war der mißlungene Versuch frühreifen Wollen's die Ahnung späteren Vermögen's.

Oder wäre es zu viel gesagt, wenn wir zwischen jenen Entwürfen des siebzehnten Jahrhunderts und den preußischen Unionsversuchen späterer Zeit eine innere Verwandtschaft behaupten, wenn wir für diese die zutreffendsten Vergleichungspunkte nicht mit Friedrich dem Großen in dem schmalkaldener Bunde, in der Union von 1608 oder den protestantischen Bündnissen des dreißigjährigen Krieges finden, sondern in der eigenen engeren Vergangenheit des preußischen Staates selbst, in jenen Waldeck'schen Plänen von 1654?

Wir dürfen einen Augenblick bei dieser Gegenüberstellung verweilen. Eine Epoche unvergleichlich großartiger Entwickelung liegt zwischen dem preußischen Staate von 1654 und dem von 1785; dennoch ist es überraschend zu betrachten, wie viele wesentlich gleichartige Motive, besonders auf dem Felde der inneren deutschen Politik, uns hier wie dort begegnen, die hier wie dort den Anstoß zu gleichartigen Versuchen gaben. Nichts anderes läßt uns in gleich augenfälliger Weise erkennen, wie total, gegenüber dem gewaltigen Fortschritt des preußischen Staates, der Stillstand gewesen ist, welcher das Reich und die eigentliche Reichspolitik in ihren Grundverhältnissen diesen ganzen Zeitraum hindurch gebannt hielt [1]).

---

[1]) Es versteht sich, daß, wenn wir diesen Vergleich durchführen wollen, wir dabei nicht ausschließlich die von preußischer Seite oder die von Friedrich dem Großen persönlich herstammenden Aeußerungen und Maßregeln in Betracht ziehen, sondern die ganze von unionistischen Tendenzen erfüllte Atmosphäre dieser Zeit

Denn als erster Ausgangspunkt liegt zunächst den Unionsbestrebungen beider Epochen der Gedanke zu Grunde: Errichtung eines reichsständischen Bundes zur Abwehr der Uebergriffe der österreichischen Kaiserpolitik und zur Sicherstellung des ständischen Reichssystems im Sinne des westfälischen Friedens. Auf diesen Frieden, als oberste Rechtsbasis, nebst der goldenen Bulle, den Reichsabschieden und den kaiserlichen Wahlcapitulationen, beruft man sich hier wie dort.

Die Hauptaufgabe der Oppositionspolitik (wenn man den allgemeinen Ausdruck gelten lassen will) ist die nämliche geblieben: möglichste Einschränkung der Macht und des Einflusses von Oesterreich in Deutschland. Die Lösung des dynastischen Zusammenhangs von Oesterreich mit Spanien, der im siebzehnten Jahrhundert ein so mächtig wirkendes Motiv war und im achtzehnten hinwegfiel, begründet hierin keinen wesentlichen Unterschied. In der Schärfe, womit diese Hauptaufgabe erkannt und ausgesprochen wird, berühren die beiden reformatorischen Versuche sich aufs nächste. Der Satz von der unüberwindlichen Unversöhnlichkeit der österreichischen Politik mit den Interessen eines gesunden und gedeihlichen deutschen Staatslebens ist bis auf die Zeiten Friedrichs des Großen vielleicht von keinem preußischen Staatsmann mit der leidenschaftlichen Energie empfunden und verfochten worden, wie von Waldeck in diesen Jahren seines Wirkens in Brandenburg; nie ist bis auf Friedrich die preußische Politik in stärkerer principieller Feindseligkeit gegen Oesterreich geleitet worden, als in dieser rasch vorübergehenden Epoche seines dominirenden Einflusses.

Auch die Mittel des Angriffs und der Abwehr sind, wie man leicht erkennt, in den wesentlichsten Stücken die gleichen geblieben. Denn wie sehr auch das Preußen von 1785, als geschlossene, Oester-

---

überhaupt. Man wird, um sich von der Verwandtschaft und wesentlichen Gleichartigkeit der Stimmungen und Tendenzen in beiden Zeitaltern zu überzeugen, wol thun, nach unserer bisherigen Darstellung der Situation und der aus ihr hervorgegangenen Entwürfe eines von den zusammenfassenden Actenstücken des Jahres 1784 zu lesen, wie z. B. das Hofenfels'sche Memoire bei Schmidt I. S. 34 ff., oder die Hertzbergische Denkschrift ebendas. S. 118 ff., oder auch die preußische Streitschrift vom Nov. 1785 ebendas. S. 379 ff.

reich ebenbürtige, europäische Großmacht, verschieden sein mochte von dem eben erst mühsam und langsam aus den Fesseln des Territorialstaatenthum's sich losringenden Ländercomplex des großen Kurfürsten — auch die österreichische Monarchie des siebzehnten Jahrhunderts steht an Entwickelung der materiellen Machtmittel hinter dem Staate Joseph's II. doch in einem ähnlichen Verhältniß zurück. Vor allem aber das Kampffeld, worauf Oesterreich und Preußen sich begegnen, die Waffen, womit Oesterreich vordringt und Preußen abwehrt, sind in der Hauptsache nach wie vor die nämlichen. Es gilt dem Wiener Cabinet vor allem, die überlieferten Organe der Reichsregierung seinen Zwecken dienstbar zu machen, sie zu Organen der österreichischen Herrschaft in Deutschland umzubeugen. Wir sahen, mit welchen Mitteln die Regierung Ferdinand's III. vornehmlich das Ziel verfolgte, die Majorität des Reichstags zu beherrschen, oder den nicht zu beherrschenden außer Activität zu setzen. Die Creirung „neuer Fürsten" war von jener Zeit an in ausgiebigster Weise von dem kaiserlichen Hofe fortgesetzt worden; die von Joseph II. beabsichtigte Gründung einer neuen Kurwürde für Würtemberg und andere ähnliche Anläufe gehören durchaus in diese Kategorie, und wenn jetzt dieser Kaiser immer dreister mit dem Bestreben hervortrat, möglichst viele Bisthümer und andere geistliche Güter in die Hand seiner Verwandten, „der Vettern von Florenz und Modena" zu bringen, so betrachtete Friedrich der Große dieses Bemühen vorzugsweise unter dem Gesichtspunkt der dadurch zu vollendenden österreichischen Majorität auf den Reichstagen und erkannte darin eine der dringendsten Gefahren [1]). Freilich, der Gedanke der Säcularisation, der sich bei Joseph II. hiermit verband, sowie überhaupt die aggressive Haltung dieses Fürsten gegenüber den geistlichen Fürstenthümern, war neu und gehörte dem achtzehnten Jahrhundert an. Aber ebenso wiederholt sich in der Zeit der Gründung des Fürstenbundes die

---

[1]) Projet de ligue etc.: si l'on n'y prévoit à temps, l'Empereur pourvoira tous ses neveux de Florence et de Modène de tous les Evêchés, Archevêchés et Abbayes de l'Allemagne; bientôt il les sécularisera et gagnera la supériorité dans toutes les diètes par les voix de ses neveux." Schmidt a. a. O. S. 105. Vgl. oben S. 101 ff.

Tendenz der österreichischen Politik, den doch nicht völlig gefügigen Reichstag als unbequemen Hemmschuh zeitweilig ganz bei Seite zu schieben; was in der Zeit der Ferdinande durch Nichtberufung oder willkürliche Auflösung erreicht wurde, das wußte Joseph II. dem stehenden Regensburger Congreß gegenüber durch andere Mittel gleich sicher zu bewerkstelligen.

Man braucht den Namen des Reichshofraths nur zu nennen, um sich zu erinnern, wie die Uebergriffe desselben ebenso zu den vornehmsten Beschwerdepunkten der Gründer des Fürstenbundes gehörten, wie sie für Waldeck und die gesammte Oppositionspartei eine der Hauptanklagen gegen den kaiserlichen Hof bildeten.

Die nimmer ruhenden Umtriebe der österreichischen Politik, um die kaiserliche Würde, dem Sinne der Reichsverfassung und der Wahlcapitulation entgegen, auf lange Zeit im voraus dem Hause zu sichern, setzten die oppositionellen Elemente zur Zeit Joseph's wie zu der Ferdinand's III. in Bewegung.

Das pecuniäre Aussaugungssystem vermöge der lediglich zur Füllung der österreichischen Kassen erhobenen sogenannten Reichssteuern dauerte fort und lastete jetzt wie damals vornehmlich auf den widerstandsunfähigen kleinen und mittleren Territorien; wo die Römermonate nicht mehr auslangten, suchte Joseph II. mit anderen ähnlichen Mitteln, wie mit der von ihm aus der Vergessenheit hervorgezogenen publicistischen Curiosität der Panisbriefe oder durch die in die financiellen Bedrängnisse der Territorien sich einmischenden kaiserlichen Debitcommissionen nachzuhelfen, um die Hand in den Geldangelegenheiten der Reichsstände zu haben [1]).

Man kann an ganze Reihen anderer in ähnlicher Gestalt wiederkehrender Motive aus beiden Epochen erinnern. Noch spielt, trotz des mächtigen Unterschieds der Zeitalter, in der Zeit der Friedericianischen Pläne in das officielle Leben des Reichstags, der Reichsdeputationen, der Reichsgerichte der feindselige Gegensatz der beiden

---

[1]) Dohm Denkwürdigkeiten III. 19 ff. Ebendahin gehört die von Oesterreich in dieser Zeit versuchte Erhebung der sogenannten „Dominicalsteuer“ im schwäbischen Kreise, worüber eingehend Reuß Staatskanzlei XV. 220 ff.

kirchlichen Bekenntnisse ebenso aufregend und trennend hinein, wie in dem Zeitraum, dem unsere obigen Darstellungen angehören. Weder hier noch dort drückt der kirchliche Gegensatz mehr den vollen Inhalt des Parteiunterschiedes aus (wenn gleich in der älteren Epoche vielleicht noch in etwas stärkerem Maße als in der späteren), aber hier wie dort sind doch noch die alten von daher entnommenen Parolen und Stichwörter im Schwang, und wir vernehmen gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts wie in der Mitte des siebzehnten jene niemals vergessenen Parteirufe von gegnerischen Vernichtungsplänen, von Bedrohung des einen und des anderen Bekenntnisses in seinem Bestand, Parteirufe, die niemals völlig grundlos, aber auch niemals völlig wörtlich zu nehmen sind, die neben dem kirchlichen Gegensatz, auf den sie lauten, immer eine reiche Mannigfaltigkeit ganz anders gearteter Motive in sich schließen. Alle Aeußerungen Waldeck's, die dem dargelegten Gedankenkreis angehören, tragen bei ihrem eminent politischen Charakter doch eine sehr stark polemisch-protestantische Färbung; in dem Projecte Friedrichs des Großen natürlich wird man dergleichen nicht suchen [1]), der Fürstenbund von 1785 war, obgleich in der Mehrzahl aus protestantischen Mitgliedern bestehend, doch ohne jede specifisch confessionelle Tendenz; aber man erinnert sich, wie auch hier in den Vorverhandlungen dieser Gesichtspunkt seine Rolle spielte und der eine von den ersten Theilnehmern des Bundes den protestantischen Charakter desselben speciell gewahrt wissen wollte [2]). Nimmt man hinzu, wie sehr, besonders seit dem Ende des siebenjährigen Krieges, in den officiellen Verhandlungen zwischen Kaiser und Reich der alte politische Hebel der „evangelischen Gravamina" wieder in Thätigkeit gesetzt wurde und seine Wirkungen übte, dazu die Streitigkeiten mit dem „Corpus Evangelicorum", den Plan, diesem entgegen die katholischen Stände förmlich zu einem neuen „Corpus Catholicorum" zu vereinigen, dazu den confessionellen Charakter der die ganze Reichsmaschine in's

[1]) Er betont in seinem eigenhändigen Entwurf das „sans distinction de religion" ebenso scharf, wie wir dem wörtlich gleichen Ausdrucke auch oben S. 196 begegnet sind.

[2]) Schmidt a. a. O. S. 100.

Stocken bringenden „Grafenirrungen“, dazu die thatsächlichen Bedrückungen, die auch jetzt an einzelnen Orten, wie in der Pfalz, die protestantischen Unterthanen katholischer Landesherren zu erfahren hatten, und viele andere Symptome dieser Art: so liegt zwar auf der Hand, daß von den Gefahren einer specifisch katholischen Reactionspolitik in dieser Zeit bei weitem nicht mit der ernsten Besorgniß geredet werden konnte, wie noch hundert und dreißig Jahre früher; aber dennoch wird man nicht umhin können, in allen jenen Thatsachen, abgeschwächt zwar, doch noch keineswegs ganz bedeutungslos, die Elemente wiederzuerkennen, wie sie nach dieser Richtung hin auch die Atmosphäre der Zeit des großen Kurfürsten und der Waldeck'schen Projecte bildeten.

Den bairischen Tausch- und Annexionsplänen Joseph's II., welche, wie bekannt, nicht die Ursache, aber der stärkste Anstoß zur Durchführung der preußischen Unionsentwürfe waren, würde man allerdings aus der Zeit Ferdinand's III. keine directe Parallele an die Seite stellen können. Aber noch stand, was in den Tagen Ferdinand's II. geschehen und versucht, im lebendigsten Andenken [1]). Und beiden Epochen eignet doch mit gleicher Stärke jene Besorgniß vor den absorbirenden Plänen der österreichischen Politik, die man im siebzehnten Jahrhundert in den gefürchteten Namen der „Monarchie“ kleidete, während man jetzt von den Souverainitätsgelüsten Joseph's sprach. „Der Plan, in Deutschland souverain zu werden (heißt es in einer Staatsschrift vom Februar 1784) ist sehr alt. Man müßte die Geschichte von Kaiser Friedrich III. an ausschreiben, wenn man alle desfallsige Versuche anzeigen wollte ... das Project besteht noch, und wenn jemalen ein Kaiser gewesen, der solches mit Nachdruck angreifen kann, so ist es freilich der jetzige“ [2]). Man kann aus den Briefen Friedrichs des Großen an seine Minister aus dieser Zeit eine lange Reihe von Aeußerungen zusammenstellen über die von dem Kaiser für Deutschland zu befürchtenden Gefahren, die

[1]) Vgl. z. B. oben S. 259 die Notiz in Betreff Mecklenburgs.

[2]) Hofenfels'sches Memoire (Pfalz-Zweibrücken) bei Schmidt S. 41. Vgl. auch die Erörterungen über die „Monarchie universelle“ in der preußischen Streitschrift „Réponse à l'Imprimé“ ꝛc., ebendas. S. 381.

man einfach in die Zeit Waldecks hinübertragen könnte, und umgekehrt [1]). Weder im Jahr 1654, noch 1784 hätte jemand genau anzugeben gewußt, wie im einzelnen das Ziel der „monarchischen" oder Souverainitätsbestrebungen beschaffen war, die man der österreichischen Politik zuschrieb; aber mit gleicher Stärke herrschte hier wie dort die Ueberzeugung von ihrer äußersten Gefährlichkeit und trieb die Mächte der Opposition an, die geeigneten Vertheidigungsmaßregeln zu treffen.

Blicken wir nun auf diese, so tritt uns sogleich in der allgemeinen Grundansicht der beiden Bestrebungsreihen, die wir hier neben einander halten, ein auffallender Parallelismus entgegen: auf beiden Seiten verbindet sich die stärkste Ueberzeugung von der absoluten Werthlosigkeit, ja Verderblichkeit der jetzigen Reichsverfassung mit dem energischen Bemühen, dieselbe dennoch in ihren Grundzügen zunächst aufrecht zu erhalten. Wir sahen oben (S. 180 f.), wie Waldeck über den Werth der Reichsinstitutionen urtheilte; die Ansichten Friedrichs des Großen darüber sind bekannt; durch die Erfahrungen eines neuen Jahrhunderts bereichert und verschärft, gingen sie in manchen Stücken noch weiter — aber als Ausgangspunkt ihrer Opposition steht doch bei beiden die conservative Tendenz der „Erhaltung der deutschen Reichsverfassung". Es leuchtet ein, daß dies beiderseits eine lediglich defensive Position ist; „Erhaltung der Reichsverfassung" bedeutet in beiden Fällen nichts anderes als: es darf Oesterreich nicht gestattet werden, das deutsche Reich irgendwie in seinem Sinne umzugestalten. Aber sich selbst behält man dies allerdings vor.

Und hierin liegt die positive, schöpferische Seite aller dieser

---

[1]) Einmal sogar begegnet sich Friedrich in der Wahl eines bezeichnenden Bildes mit einem Staatsmann des Jahres 1653, nämlich in dem von dem „privilège de la grotte de Polyphème, d'être mangés les derniers" (bei Schmidt S. 106), womit vgl. das braunschweigische Gutachten bei v. Meiern Regensb. Reichstagshandl. I. 1149. Ebenso die Wendung Waldeck's: es bedarf einiger Zeit „so viel Köpfe unter einen Hut zu bringen" (oben S. 228), neben dem Ausdruck Friedrichs (bei Schmidt S. 52): „Ne croyez pas que ce soit une affaire de quinze jours, de mettre tant de têtes sous un chapeau."

Bestrebungen. Hier machen sich nun die Unionsprojecte der beiden Epochen geltend.

In beiden Fällen ging man preußischer Seits zur Ausführung dieser Bundespläne vor aus einer ziemlich peinlichen politischen Situation heraus. Friedrich der Große befand sich seit dem Teschener Frieden von 1779 ungefähr in einem ähnlichen Zustand der Isolirtheit, wie wir oben den des brandenburgischen Staates im Jahre 1653 kennen gelernt haben. Das eigene Bedürfniß, sich dem schweren Drang der Zeitverhältnisse gegenüber einen Rückhalt zu schaffen, verband sich hier wie dort aufs engste mit dem Interesse der Gesammtheit und mit dem Wirken für die Gesammtheit.

Daß nun die Klarheit eines auf die Gesammtreform des deutschen Staatskörpers gerichteten Programms in unvergleichlich höherem Grade den Entwürfen und Ausführungen von 1785 zukommt, als den oben dargelegten Waldeck'schen Aufzeichnungen und Versuchen, leuchtet auf den ersten Blick ein. Jede Vergleichung der handelnden Persönlichkeiten bei Seite gesetzt, tritt die größere Spruchreife der Frage bei diesem Vergleich unzweifelhaft zu Tage. Die Realisirung der Pläne Friedrich's wird indeß, neben allem anderen, doch auch der außerordentlichen Gunst der Verhältnisse, oder soll man sagen, der trefflichen Wahl des Momentes in nicht geringem Maße zuzuschreiben sein. Die deutsche Politik des Wiener Hofes war wol auch in anderen Zeiten von ähnlicher Bedrohlichkeit für die Integrität der Reichsverfassung und den Besitzstand der deutschen Reichsstände gewesen, aber noch selten hatte das Spiel so offenkundig vor Aller Augen dagelegen, wie jetzt in den Tagen Joseph's II.; die Empfindung der Schutzlosigkeit einer überaus kühnen Angriffspolitik gegenüber war weiter als je verbreitet; überall regte sich das Bedürfniß, sich zu Schutzbündnissen zusammenzuthun; das preußische Unionswerk war, wie man weiß, der Hafen, in welchem schließlich eine ganze Anzahl anderer mehr oder minder ähnlicher Bestrebungen aus verschiedenen Kreisen einmündete und aufging. Wenn Friedrich der Große beim Beginn der Unternehmung die Zeit von anderthalb Jahren als die zur Durchführung seines Planes erforderliche Frist aufstellte und in der That nach Ablauf derselben das Werk in der

Hauptsache vollendet vor ihm stand, so kam eine selten glückliche Fügung der allgemeinen und namentlich auch der auswärtigen Verhältnisse ihm dabei zu Hilfe. Den Entwürfen von 1654 war die politische Constellation minder günstig; kaum ein Jahr war seit ihrem ersten Auftauchen vergangen, als eine unerwartete Krisis die Kraft des brandenburgischen Staates unwiderstehlich auf ein ganz anderes Feld der Thätigkeit hinüberriß; somit mußte hier auch aus diesem Grunde vieles nur in dem Stadium der Andeutung, und nur halb zum Leben geförderter Projecte bleiben. Trotz allem aber sind wir doch auch in dem Fürstenbund von 1785 darauf angewiesen, zwischen den Zeilen zu lesen und eine Reihe unausgesprochener Gedanken und Folgerungen aus dem Zusammenhang, nicht des Actenstückes, sondern der allgemeinen Zeitverhältnisse, zu ergänzen [1]. Zu einem gleichen Verfahren sind wir aber auch den Waldeck'schen Plänen gegenüber genöthigt und berechtigt.

In den uns erhaltenen Aeußerungen Waldeck's ist der Gedanke eines das gesammte außerösterreichische Deutschland umfassenden Bundes, so wie er dem Fürstenbund zu Grunde lag, nirgends ausdrücklich ausgesprochen. In seinem oben (S. 183 f.) analysirten Programm macht er zunächst nur protestantische Reichsstände namhaft; indeß bemerkten wir bereits, daß diese Ausschließlichkeit durchaus nicht principiell in seinem Sinne lag; bei den Verhandlungen mit Kurcöln sahen wir diese Linie bereits durchbrochen; Kurtrier stellte sich gleichfalls in Aussicht; eine Reihe anderer kleinerer katholischer Stände sehen wir durch die in dem Project begriffenen Territorien dergestalt umschlossen, daß man sich dieselben nothwendig als zu der projectirten Machtsphäre des Bundes gehörig vorstellen muß. Dennoch lassen wir völlig dahingestellt sein, wie weit etwa auch für die übrigen katholischen Bereiche Waldeck ein bestimmt formulirter Plan vorschwebte; das wahrscheinlichere ist, daß den Eventualitäten ein weiter Spielraum gelassen blieb; zwischen der ersten Grundlage des Werks durch eine feste politische Vereinigung mit dem protestantischen Norden und zwischen jenem letzten Abschluß lag (wie sogleich zu zeigen) noch eine lange

---

[1]) Vgl. Ad. Schmidt Preußens deutsche Politik (3. Aufl.) S. 51 ff.

Reihe politischer Combinationen, deren Erfolg sich nicht mit Sicherheit berechnen ließ; war doch selbst die weitere protestantische Bundesgenossenschaft nur in schwankenden Umrissen entworfen. Wie hätte man auch, wenn im übrigen alles beim alten blieb, abgesehen von Kurmainz, Kurbaiern u. a., sich ein Bundesverhältniß vorstellen mögen, in welchem der feindselige Pfalzgraf von Neuburg neben oder gar unter dem Kurfürsten von Brandenburg gestanden hätte?

Aber wir irren nun wohl nicht, wenn wir gerade an dieser Stelle Waldeck die umfassendsten Umgestaltungspläne zuschreiben; verwirklichten sich dieselben, so war das Resultat kein geringeres, als eine völlige Umkehr der politischen Machtverhältnisse gerade in den westlichen Grenzlanden des Reichs. Der Besitz des Neuburgers in den jülich-clevischen Erbschaftslanden namentlich wurde im Zusammenhang dieser Politik nur als ein provisorischer betrachtet.

Wir erzählten oben, in welcher Weise Waldeck jenen Krieg von 1651 zu Ende bringen half; er hatte ihn als ein ganz unzulänglich vorbereitetes Unternehmen mißbilligt. Aber es ist nicht zu bezweifeln, daß eine Wiederaufnahme desselben unter günstigeren Constellationen und besseren Vorbereitungen, trotz allen Abläugnungen aggressiver Absichten, einer der wichtigsten geheimen Paragraphen seines Programms war.

Und zwar hing dies nun mit seinen kriegerischen Absichten überhaupt zusammen. Denn wir müssen nun hier bestimmt aussprechen, was wir bisher nur andeuteten: Brandenburg ging jetzt unter der Leitung Waldeck's mit vollen Segeln darauf los, als active kriegführende Macht in den großen spanisch-französischen Krieg einzutreten. Wir bemerkten bereits oben, wie Waldeck der Möglichkeit, durch die lothringischen Wirren in den allgemeinen Kampf hineingezogen zu werden, in's Auge sah. Weit entfernt, vor dieser Aussicht zurückzuschrecken, erkannte er in ihr vielmehr den natürlichsten Ausweg, um Brandenburg aus all den Schwierigkeiten seiner Lage herauszureißen und es der Vollendung seiner Pläne entgegenzuführen. Sein ganzes Bemühen war darauf gerichtet, durch Rüstungen und diplomatische Verhandlungen das Losbrechen im geeigneten Moment vorzubereiten.

Mit allem Eifer wurden besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1654 die Rüstungen betrieben, so gut es die schwachen Kräfte des Staates und mannichfacher Widerstand im Innern zuließen. Aber die Entscheidung lag in dem Erfolge der diplomatischen Verhandlungen. Es kam alles darauf an, wie Frankreich sich zu den Plänen Waldeck's stellte.

Hier läßt uns nun die Correspondenz zwischen diesem und seinem niederländischen Freund Sommelsdyck einen Blick in bisher völlig unbekannte Entwürfe thun.

Nach den im wesentlichen erfolglosen Unterhandlungen mit Wicquefort im Frühjahr 1654, die wir oben dargestellt haben, ruhte der officielle diplomatische Verkehr zwischen Paris und Berlin bis zu der Sendung de Lumbres' an den Kurfürsten im Sommer 1655 [1]). Aber theils durch den genannten Agenten, theils auf anderen diplomatischen Nebenwegen setzte inzwischen Waldeck seine Bemühungen auf's eifrigste fort, um mit Mazarin zu einem Einverständniß zu gelangen; er bediente sich namentlich auch Sommelsdyck's, um durch diesen und den französischen Gesandten im Haag dem Leiter der französischen Politik seine Absichten und Wünsche vorstellen zu lassen.

Fassen wir nun diese, wie sie in den Briefen an jenen niedergelegt sind, zusammen, so ergiebt sich ein ziemlich zusammenhängendes Bild von Waldeck's ferneren Plänen. Brandenburg, so ist seine Meinung, schließt, vorläufig im tiefsten Geheimniß, ein enges Bündniß mit Frankreich. Neben einem officiellen französischen Gesandten, der nach Berlin, aber des Scheines halber auch nach Dresden geschickt werden muß und dessen Sendung in ostensibler Weise ohne Erfolg bleibt, wird mit einem zuverlässigen geheimen Agenten die Sache in aller Stille in Ordnung gebracht. Frankreich verpflichtet sich zur Zahlung beträchtlicher Subsidiengelder, die sobald als möglich in Hamburg angewiesen werden müssen, und mit denen der Kurfürst seine begonnenen Rüstungen vollendet und die für einen Feldzug jenseits des Rheins erforderlichen Materialien beschafft. Sobald alle Vorbereitungen getroffen und der Kurfürst durch fran-

---

[1]) Urk. u. Actenst. II. 35 ff.

zösische Vermittelung vor jeder Gefahr im Norden von Seiten Schwedens sicher gestellt ist, wird der Feldzug nach gemeinsamer Verabredung begonnen: Frankreich rückt mit einer ansehnlichen Armee von der Mosel (Lothringen) her gegen die Maas vor; von der andern Seite her überschreitet Waldeck mit den brandenburgischen Truppen — „un aussi beau corps d'armée que l'on puisse souhaiter“, verspricht er — an einer noch zu vereinbarenden Stelle den Rhein; in Brabant und Geldern vereinigt man sich und „wir wollen diesen Herren schon zu schaffen machen“ [1]).

Zunächst also der Eintritt Brandenburgs in den französischen Krieg in den Niederlanden. Was früher auf Veranlassung der lothringischen Wirren hatte unternommen werden sollen (oben S. 228), das, und noch mehr, gedachte man nun, wenn diese in den Hintergrund traten, auch aus freier Hand wagen zu können. Waldeck glaubte dieser Combination die größten Erfolge weissagen zu dürfen; die Gewinnung der spanischen Niederlande für Frankreich schien ihm unausbleiblich: „ich will den Franzosen beweisen, daß es lediglich an ihnen liegt, wenn sie bis jetzt noch nicht Herren des Landes zwischen ihren Grenzen und zwischen den unsrigen sind“ [2]). Aber damit nicht genug; die Gedanken des verwegenen Staatsmannes schweifen noch viel weiter. „Sie fragen mich, schreibt er, ob dies gegen den Kaiser oder gegen Spanien gemeint ist. Sie können wol denken, daß es nicht angemessen sein würde, den Krieg im Reich zu beginnen; aber ist einmal jenseits des Rheins ein guter Anfang gemacht, so folgt das übrige von selbst.“ Er sieht voraus, daß der Kaiser bei dieser neuen schweren Gefährdung Spaniens nicht müßiger Zuschauer bleiben wird; eben dies ist es, was er wünscht; der Kampf muß, gegen Spanien begonnen, zugleich auch zu einer Entscheidung über die deutsche Macht des habsburgischen Hauses führen: man wird auch im Reich sich in die nöthige Verfassung setzen; hier muß nun, so wird sein Gedanke sein, neben der eigenen Macht des Kurfürsten die brandenburgische Bundesgenossenschaft ihre Wirkung thun; man wird den Kaiser scharf beobachten; sowie er sich rührt,

[1]) Waldeck an Sommelsdyck dat. Berlin 3. April 1655.

[2]) Derselbe an denselben dat. Berlin 30. Jan. 1655.

so ist der Moment gekommen — dann wird man „dieser fürchterlichen spanischen Macht auf dieser Seite des Meeres die letzte Oelung geben"; auf der anderen Seite des Oceans, so ist die Meinung, werden die Engländer durch ihren Angriff in den Colonien das Werk vollenden [1]).

Wie nun aber die weiteren Folgen? Wenn der Kurfürst sich mit Frankreich über diese gemeinsamen Operationen und Ziele verständigt hat, welche Vortheile sollen der brandenburgischen, der deutschen Politik daraus herfließen?

Hier kehren wir zu unserem Ausgangspunkt zurück. Denn die Meinung Waldeck's war nun, so viel sich erkennen läßt, keine andere als diese: Frankreich gibt dem Kurfürsten freie Hand, sich in den westdeutschen niederrheinischen Grenzlanden nach Maßgabe seiner Interessen zu arrangiren; d. h. Frankreich gibt dem Kurfürsten den Pfalzgrafen von Neuburg preis, und in derselben Zeit, wo man daran geht, mit vereinten Kräften die Macht Spaniens in den Niederlanden zu brechen, soll auch für den spanischen Schützling in Düsseldorf die entscheidende Stunde geschlagen haben. Waldeck zweifelte nicht an dem Erfolg: haben wir jetzt schon, ruft er aus, (ohne mit Frankreich verständigt zu sein) den Spaniern die Winterquartiere in Lüttich und in andern Reichslanden verwehrt, was werden wir erst unternehmen können, wenn wir Frankreichs sicher sind; dann läßt sich in jenen Bereichen ein „coup de maître" ausführen [2]). Kein anderer ist gemeint als ein entscheidender Streich gegen den Neuburger, die Vertreibung desselben aus den Landen Jülich und Berg, die endliche Gewinnung der gesammten jülich-clevischen Erbschaftslande für Brandenburg, vielleicht zu gleicher Zeit — das mochte besonders Sommelsdyck's Wunsch dabei sein — ein oranischer Restaurationsversuch in den Niederlanden [3]).

---

[1]) Vgl. den Brief von Sommelsdyck an Waldeck dat. Haag 25. Mai 1655.

[2]) Waldeck an Sommelsdyck dat. Berlin 30. Januar 1655. Vgl. auch den Brief von de Lumbres an Mazarin bei Droysen III. 2. 204. n.

[3]) Vgl. über die Projecte des Grafen Wilhelm Friedrich von Nassau in den Niederlanden während dieser Zeit Groen van Prinsterer Archives Ser. II. 5. 155ff. Wicquefort histoire des Provinces-Unies (Edit. 1861ff.) II. 389ff.

Die Bezwingung und vielleicht Vertreibung des Neuburgers hatte die besondere Wichtigkeit, daß er in diesen westdeutschen niederrheinischen Landen neben Brandenburg der einzige weltliche Fürst von größerer Macht, in Mitten geistlicher Herrschaften und zersplitterter kleiner Grafengebiete, war. Bei der jetzt schon gewöhnlichen militärischen Unbedeutendheit der geistlichen Fürsten (der reisige kriegslustige Bischof von Münster, Bernard von Galen, bildete eine seltene Ausnahme) war der katholische Pfalzgraf das natürliche militärische Haupt, um welches sich die übrigen sammeln mußten; auf dem Kreistag zu Essen war für den westfälischen Kreis der Versuch gemacht worden, dieses Verhältniß zu organisiren. Dachte man sich ihn hinweg, die gesammten jülich-clevischen Erbschaftslande in brandenburgischen Händen, vielleicht gar auch Spanien von Frankreich aus dem Besitz der Niederlande verdrängt, so konnte es einem Politiker dieser Zeit fast unausbleiblich erscheinen, daß Brandenburg die dominirende Schutzmacht in diesen Bereichen werden mußte, wenn es den genügenden Rückhalt in Deutschland hatte, um Frankreich auf der Grenze balanciren zu können. Ging alles nach Wunsch, so eröffnete sich der stolzeste Blick in die Zukunft: in den Niederlanden wuchs der junge Wilhelm III. von Oranien heran; der Kurfürst, so combinirt Waldeck, muß „sich am Rhein so fest machen", daß er dereinst, wenn der Prinz erwachsen und der Moment gekommen ist, den höchsten Aufschwung der beiden Häuser Brandenburg und Oranien „gesammter Hand" ins Werk setzen kann; er sieht dann, wenn Brandenburg am Rhein, der Oranier in den Niederlanden herrscht, den mächtigsten Umschwung der Dinge als möglich voraus: „E. Ch. D. werden durch solchen Weg entweder das Römische Reich in Flor und Aufnahme bringen, oder *ein groß Theil davon vor sich behalten*"[1]).

Also: im Bunde mit dem unter Brandenburgs Beistand in den Niederlanden restaurirten Hause Oranien eine *Annexions*-

---

[1]) *Gutachten Waldeck's* über die Gefahr in Preußen, vom März 1655 (Berl. Arch.). Wir machen von diesem Gutachten weiterhin im folgenden Kapitel noch Gebrauch.

politik im großen Stile — so werden wir den Ausdruck übersetzen dürfen. Ihn zu erläutern, müssen wir unterlassen. Dachte Waldeck an die geistlichen Lande am Rhein und in Westfalen, an eine Fortführung der durch den westfälischen Frieden begonnenen Säcularisationen? Nichts würde näher liegen zu glauben; aber wir bescheiden uns damit, daß hier unsere Quellen schweigen. Hier wie an so vielen anderen Stellen müssen wir uns begnügen, nur die Perspective auf weite Gedankenreihen zu eröffnen, welche die persönliche Art unseres Helden und gebotene Vorsicht ihn lieber mit einem Worte andeuten als eingehend ausführen ließ.

Ueberdies waren dies fernerliegende Sorgen. Für's erste kam es darauf an, die Geneigtheit Frankreichs für die oben angedeuteten näheren Combinationen zu gewinnen. Man erkennt aus dem Briefwechsel, der uns hier vornehmlich als Quelle dient, deutlich, daß Waldeck, wahrscheinlich durch die Vermittelung Sommelsdyck's, dem Cardinal Mazarin sehr dringende Vorstellungen in dieser Richtung machen ließ. Indeß ging, zu seinem großen Mißvergnügen, der französische Minister auf die sanguinischen Vorschläge von Berlin her durchaus nicht mit der gewünschten Bereitwilligkeit ein. Monat um Monat verging, ohne daß die Angelegenheit einen Schritt weiter kam; in Betreff des Neuburgers ließ der Cardinal fallen, daß Frankreich schon aus kirchlicher Rücksicht den katholischen Pfalzgrafen nicht preisgeben dürfe [1]); über die kriegerischen Arrangements kam es zu keinem Abschluß.

Wir sind nicht in der Lage, die Gründe authentisch angeben zu können, welche, gegenüber dem feurigen Entgegenkommen des brandenburgischen Ministers, den Cardinal zu einer so auffallenden Zurückhaltung bewogen. Zum Theil übte wol schon die beginnende Krisis im Norden ihre Wirkung und mahnte den französischen Staatsmann gerade gegen Brandenburg zur Vorsicht. Daneben aber übte gewiß

[1]) Waldeck an Sommelsdyck dat. Berlin 9. Jan. 1655, wo er sich beklagt über „le discours que Mr. le Cardinal a tenu en faveur du Duc de Neubourg, préférant sa conservation à cause de la religion à l'advantage de l'Electeur de Brandenbourg“; das heißt, sagt Waldeck, nichts anderes als „faire désespérer tout succès pour la cause commune“.

nicht geringen Einfluß auf dieses Verhalten Mazarin's das Auftreten Waldeck's selbst bei diesen Verhandlungen, die Selbständigkeit der Pläne, womit er sich dem französischen Minister gegenüberstellte, und die er offenbar mit aller Entschiedenheit auch fernerhin für die Politik des Kurfürsten gewahrt wissen wollte.

Denn bei allem Eifer für das französische Bündniß tritt uns doch überall die entschlossene Meinung Waldeck's entgegen, daß Brandenburg nicht als eine französische Miethlingsmacht, die von Paris her am Gängelband zu führen, in den Kampf einzutreten beabsichtige, sondern als unabhängiger und ebenbürtiger Bundesgenosse, der seine besonderen Interessen auf der deutschen Seite zu verfechten habe, wie Frankreich die seinigen in den Niederlanden und in Italien. Wiederholt klingt uns aus den fragmentarischen Aeußerungen, aus denen wir uns allein über diese Verhandlungen unterrichten können, die scharfe Mahnung entgegen, daß Frankreich, wenn irgend der Plan gelingen sollte, sich nicht den Anschein geben dürfe, „sich in die deutschen Angelegenheiten einmischen zu wollen“ [1]); ein anderes Mal gibt der Cardinal, um Waldeck über diesen Punkt zu beruhigen, eine eigenhändige Erklärung in ähnlichem Sinne ab, die er Sommelsdyck im Haag vorlegen läßt: es sei durchaus nicht seine Absicht, etwa mit Hilfe der Schweden in eigennütziger Absicht Wirren in Deutschland hervorzurufen, sondern allein mit allen Mitteln, „et principalement par l'intelligence et l'aide des Allemands mêmes“, die deutsche Freiheit wiederherzustellen und zu sichern [2]); er sucht Waldeck in Betreff seiner früheren Aeußerung über den Neuburger zu beruhigen [3]); er geht endlich auf den Wunsch desselben ein, neben der officiellen Gesandtschaft einen geheimen Agenten nach Berlin zu

---

[1]) Waldeck an Sommelsdyck dat. Berlin 30. Jan. 1655: „que l'on ne témoigne pas de se vouloir ingérer dans les affaires de l'Empire“. Vgl. dazu oben das Gutachten Waldeck's S. 227 ff. und die ganz ähnliche Situation und Tendenz Friedrich's des Großen im Jahr 1744 bei v. Ranke III. 144 ff.

[2]) Sommelsdyck an Waldeck dat. Haag 22. März 1655.

[3]) Ebendas. Vgl. Urk. u. Actenst. II. 38.

schicken, der sich mit Waldeck des näheren vernehmen soll [1]); schon berichtet Sommelsdyck frohlockend, daß jetzt der Cardinal die Eröffnungen im Namen Waldeck's mit großem Beifall aufgenommen hat („extrêmement goûté"), es kann noch alles gut werden — nur vor allem das tiefste Geheimniß und dann, wenn alles fertig, eine eclatante Ueberraschung: „la surprise donnera grand pied et facilitera beaucoup l'établissement du grand dessein".

Ueber diese geheimen Verhandlungen in Berlin, die den officiellen de Lumbres' vorausgingen, fehlen uns nähere Nachrichten. Wir erkennen nur, daß Waldeck von dem Auftreten des geheimen Agenten keineswegs befriedigt war, und daß es ihm offenbar nicht gelang, sich mit ihm zu einigen [2]); als bald darauf de Lumbres in Berlin erschien, trat er mit der Miene auf, völlig von vorn beginnen zu müssen; er stellte sich an, als sei ihm von den vorausgegangenen geheimen Verhandlungen überhaupt nichts bekannt. Waldeck erkannte, daß für's erste von Frankreich wenig zu hoffen war [3]).

Trotzdem fährt auch von hier ab das „Project am Rhein" noch fort, seine Rolle zu spielen und wir werden sehen, wie der Gedanke daran Waldeck bis in die Verwickelungen des nordischen Krieges und auf die polnischen Schlachtfelder begleitete.

Doch dies mochte der Zukunft überlassen bleiben. In einem anderen wichtigen Punkte begegnen sich die Gedanken Waldeck's wieder unmittelbar mit denen, welche Friedrich der Große hegte, als in den ersten Jahren seiner Regierung ihm zum ersten Male der Plan einer deutschen Fürstenvereinigung zum Schutz gegen die habsburgische Politik aufging. Es ist nicht zu verkennen, daß die definitive Ausschließung des Hauses Oesterreich von der kaiserlichen Würde bei der nächsten Wahl Waldeck als eines der vornehmsten Ziele der brandenburgischen Reichspolitik vorschwebte; die Wahl Ferdinand's IV. erschien ihm als der verhängnißvollste Fehler seit

[1]) Diese Thatsache ergibt sich gleichfalls allein aus der angeführten Correspondenz; s. die Briefe Sommelsdyck's vom 22. März und 25. Mai, und den Waldeck's vom 29. Mai 1655.

[2]) Waldeck an Sommelsdyck dat. Berlin 29. Mai 1655

[3]) Derselbe an denselben dat. Berlin 25. Juni 1655.

langer Zeit, den plötzlichen Tod des jungen Fürsten nahm er fast als einen göttlichen Fingerzeig. Was aber weiter? An ein protestantisches, etwa brandenburgisches Kaiserthum zu denken, hatte große Schwierigkeiten [1]). Die Erhebung Baierns stellte sich als der natürlichste Ausweg dar. Ein Gedanke, der, wie man weiß, hier weder zum ersten noch zum letzten Mal gefaßt wurde; einige Jahre später, nach dem Tode Ferdinand's III. wurde er in der That die Parole derjenigen Oppositionspartei, aus welcher dann der Rheinbund von 1658 hervorging. Hier, im Zusammenhang mit den Plänen von 1654, stellt sich die Idee eines baierischen Kaiserthums etwas anders dar. Der Unterstützung Frankreichs konnte dasselbe bei seinem unvermeidlichen Kampf um das Dasein mit dem Hause Habsburg natürlich nicht entbehren, jetzt so wenig als hundert Jahre später, wo hinter dem bairischen Kaiser Karl VII. Friedrich der Große stand; und dieses Beistandes durfte man nach allen Traditionen der französischen Politik gewiß sein. Aber natürlich konnte ein französisches Clientelkaiserthum nicht das Ziel von Waldeck's Bestrebungen sein. Die Erhebung Baierns mußte aus dem Schooße der bundesmäßig geeinigten deutschen antihabsburgischen Opposition hervorgehen und eben dieser fiel dann die Aufgabe zu, die Stütze des neuen kaiserlichen Hauses zu sein. Natürlich unter dem Vortritt Brandenburgs, welches an der Spitze dieses Bundes gedacht ward. So daß wir also nach dieser Seite das Programm Waldeck's dahin zusammenfassen können: Kaiserthum des Hauses Baiern, gestützt auf Brandenburg und den von ihm geleiteten Bund [2]).

---

[1]) Daß indeß Gedanken dieser Art der Zeit keineswegs fremd waren, bezeugt u. a. Giustiniano, der unter den möglichen Throncandidaten nach dem Tode Ferdinand's IV. auch den Kurfürsten nennt: „l'Elettore di Brandemburg ha la fattione heretica, che lo sostiene, procurando gli Heretici far ogni sforzo per haver un' Imperatore della lor religione". Fiedler Relationen I. 398. Vgl. auch Urk. u. Actenst. II. 41. und unten S. 287.

[2]) Waldeck hat diese Gedankenreihe nirgends, so viel mir von seiner Hand vorgekommen, im Zusammenhang entwickelt. Daß es die seinige war, ist darum nicht minder gewiß. Daß die Ausschließung des Hauses Habsburg von der kaiserlichen Würde eine der obersten Forderungen für eine Reichspolitik in seinem

Es ist das Programm, dessen Durchführung Friedrich der Große erstrebte und bereits in's Werk zu setzen begonnen hatte, als der Tod Kaiser Karl's VII. ihn unterbrach. Und merkwürdig, wie auch hier die einmal vom gleichen Ausgangspunkt angefangene Gedankenreihe sich in natürlicher Verknüpfung in beiden Zeitaltern zu den gleichen Folgerungen und Combinationen bis ins einzelnste fortsetzt, ohne daß dabei irgendwie an eine Ueberlieferung zu denken wäre. Wir sehen im Zusammenhang von Friedrichs des Großen Plänen in der Zeit des bairischen Kaiserthums den Gedanken auftauchen (gleichviel von wem er stammt), das zu einem kräftigen Bestand allzu schwach situirte bairische Kaiserthum zu stärken durch die Eroberung von Böhmen [1]). Ein Jahrhundert früher finden wir denselben Gedanken ausgesprochen. Als im Juli 1655 der Gesandte Karl Gustav's von Schweden, Graf Schlippenbach, in geheimer Mission in Berlin erschien, um den Kurfürsten für die Pläne seines Königs zu gewinnen, stellte er unter anderem auch dies als einen Wunsch der schwedischen Politik hin, daß das Kaiserthum auf ein anderes, womöglich protestantisches, Haus übertragen und diesem dann Böhmen, gleichsam als Krongut, zugeeignet werden müsse („que la Bohémie devait tousjours demeurer pour un Empereur et qu'il devait être pris des Protestants, mais que pourtant son

---

Sinne war, liegt auf der Hand; noch nach seinem Austritt aus dem Dienste des Kurfürsten, während des Interregnums nach dem Tode Ferdinand's III. giebt er dieser Ueberzeugung den energischsten Ausdruck in einem Gutachten: Gedanken in puncto der Wahl eines Röm. Königs dat. 17. Mai 1658 (Berl. Arch.). Das Haus Baiern nennt er hier nicht direct, doch zeigt der Zusammenhang zur Genüge, daß er kein anderes meint. An anderer Stelle, auf einem von den zahlreichen Notizenzetteln von seiner Hand, die im Arols. Arch. erhalten sind, und worauf er später auszuführende Gedanken in flüchtiger Form hinzuwerfen pflegte, findet sich eine kurze Andeutung über die Vortheile eines bairischen Kaiserthums. Bei den Verhandlungen in Arnsberg mit dem Kurfürsten von Cöln (oben S. 251 ff.) wird darüber wahrscheinlich schon eingehender die Rede gewesen sein.

[1]) v. Ranke III. 147 f.; vgl. den geheimen Artikel zu der Frankfurter Union vom 22. Mai 1744 Wenck Cod. jur. gent. recent. II. 170.; derselbe wird zwar für unächt gehalten, doch wäre über seinen Ursprung noch nähere Auskunft zu wünschen. Hier kommt es nur auf das Vorhandensein des Planes an.

Roi ne voulait point de cette dignité") [1]. Man erkennt leicht, daß es hierbei von Seiten des schwedischen Diplomaten zunächst nur auf eine Lockspeise für den Kurfürsten abgesehen war; aber es bleibt darum nicht weniger von Interesse, zu constatiren, daß der Gedanke, das von Oesterreich losgelöste Kaiserthum auf den Besitz der jenem zu entreißenden Krone Böhmen zu stützen, in beiden Jahrhunderten wiederkehrt [2].

Mit dem Plane der Uebertragung des kaiserlichen Amtes auf das Haus Baiern stehen wir im Mittelpunkt von Waldeck's Ansicht über die Natur des Reichs und der zu vollziehenden Reformen.

In einem Gutachten, worin er bei seinem Scheiden aus dem Dienste des Kurfürsten im Jahre 1658 seine Ansichten über diese Dinge noch einmal eindringlich zusammenfaßte, formuliren sich dieselben am schärfsten.

Er will die Erhaltung des Kaiserthums; aber soll dasselbe nicht ein erbliches Eigenthum des Hauses Oesterreich werden, so ist es die höchste Zeit, daß die Wahlfreiheit der Kurfürsten sich durch eine Wahl aus einem anderen Hause bethätige. Zugleich müssen durch diese Wahl die Stände endlich für immer sicher gestellt werden vor den Uebergriffen der bisherigen Kaiser, „die Sorge der Einführung der monarchischen Macht" muß endlich den Reichsständen von der Seele genommen werden; der Kaiser soll nicht mehr sein, als das Organ des Regimentes der Reichsstände nach einer scharf vorgezeichneten Capitulation [3]. Er muß absetzbar sein: „der künftige Kaiser soll ein Vermehrer und Vorsteher des Reichs sein oder die Dignität bei übeler Administration wieder quittiren müssen". Man

---

[1] Aufzeichnung über eine geheime Audienz Schlippenbach's beim Kurfürsten am 7. Juli 1655 (Berl. Arch.). Hiernach Pufendorf Frid. Wilh. lib. V. § 44.

[2] Man kann auch an die pfälzischen Pläne auf Böhmen im Anfang des 17. Jahrhunderts erinnern, sowie an die Projecte des Hippolithus. In Bezug auf letzteren sei übrigens hier bemerkt, daß Waldeck denselben, so viel mir von seiner Hand vorgekommen, nirgends erwähnt.

[3] „Das Reich regiert, der Kaiser administrirt", findet sich auf einem der erwähnten Notizenzettel. Auf demselben auch eine Bemerkung über das Reichsregiment vom Jahre 1500; vgl. oben S. 140. Man könnte vermuthen, daß dies bei der Lectüre des Hippolithus a Lapide gemachte Notizen seien.

pflegt, so führt Waldeck weiter aus, zu betonen, daß unter den jetzigen Verhältnissen ein „armirtes Haupt", so wie Oesterreich, unentbehrlich sei. Darin gerade liegt die Gefahr. Das Reich soll armirt sein, so ist es das Haupt auch. Die Entscheidung über Krieg und Frieden muß in den Händen des Reichstags, die über Geld und Soldaten in den Händen der Kreise und der mächtigsten Stände liegen, die an ihre Spitze treten. Jedes für sich armirte Haupt wird die Angelegenheiten des Reichs in seinem eigenen Interesse führen; ein Kaiser aus einem anderen Haus, der Geld und Soldaten nur durch die Zustimmung der Reichsstände erhält, wird das Beste des Reichs wahrnehmen.

Man wirft ein, daß man Oesterreich, als das Bollwerk gegen die Türken, nicht schwächen dürfe durch Entziehung des Kaiserthums. In der That, entgegnet Waldeck, sind doch die Gelder, die Oesterreich unter dem Namen der Türkenhilfe aus dem Reiche bezieht, meistens, besonders unter den letzten Kaisern, nicht dazu gebraucht, „sondern mehrentheils unter die Bedienten der Kaiser vertheilt oder zur Erhaltung von Favoriten an der Reichsstände Höfen angewendet worden". Dies ist nur eine Aussaugung und Schwächung der Stände, die zur Sache nichts hilft. Die Türkenkriege haben die Könige von Ungarn und Böhmen bisher doch zumeist aus den Mitteln dieser Länder geführt, und das werden sie, auch ohne den kaiserlichen Namen, fortan ebensowol thun, schon um der Erhaltung jener Kronen willen. Das Reich wird, wenn es sich um eine wirkliche Türkengefahr handelt, seinen Beistand nicht versagen; aber seine Interessen dabei werden unstreitig besser gewahrt werden, wenn ein Kaiser aus einem anderen Haus „unter des Reichs Namen" und mit „Reichsvölkern" dem König von Ungarn zu Hilfe geschickt wird, als wenn die bisherigen Mißbräuche fortgesetzt werden.

Ebenso aber werden wir durch eine solche Wahl allein die richtige Stellung zwischen den beiden Großmächten Spanien und Frankreich erlangen. Es kommt darauf an, weder dem einen noch dem anderen sich dahinzugeben, was nur zu Mißachtung führt, sondern unabhängig in der Mitte zu stehen und sich ganz auf die eigenen Interessen zu stellen: „bleibt das Reich in seinen alten

Schranken und stellet die Sache zu seinem eigenen Besten an, so werden sie beide das Reich consideriren und das Reich wird die Balance halten können."

Eine wichtige Frage bleibt übrig. „Wie sind die Reichsstände zusammenzubringen?" Worin liegt, gegenüber der äußeren Machtlosigkeit eines „nicht armirten" Kaisers die Möglichkeit, ein geeinigtes Zusammenwirken der auf ihre ständische Freiheit gestellten Reichsfürsten durchzusetzen? Welches Gegengewicht haben wir gegen die auflösende, atomisirende Kraft des durchgeführten Souverainitätsprincips?"

In dem Gutachten von 1658 gibt Waldeck hierauf nur eine ziemlich allgemein gehaltene Antwort: „wenn ein jedweder dazu arbeitet, die mächtigsten unter den Kurfürsten sich an die Spitze stellen und die Wahrheit ihrer Intention recht hervorscheinen lassen, so werden andere dazu treten und sich an sie hängen; will aber niemand mitgehen, so können sie vermöge der Reichsverfassungen mitgezogen werden". Damals stand er am Ende seiner Laufbahn im Dienste des Kurfürsten; die allgemeinen, sowie die brandenburgischen Angelegenheiten hatten einen völlig anderen Verlauf genommen, als er vorausgesehen und gewünscht hatte; er sah seine Pläne vereitelt; in der That hatte er auf jene Frage jetzt keine Antwort mehr.

Vier Jahre früher, in der Zeit, die wir bisher betrachtet, war sie in dem Zusammenhang von Waldeck's ganzen Plänen von selbst gegeben. Wie immer er im Einzelnen sich die Organisation des erstrebten reichsständischen Bundes vorgestellt haben mag, der eine Punkt stand unfehlbar fest: Brandenburg als leitendes Haupt an der Spitze desselben.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß ein solcher Gedanke, wo er zum ersten Mal gefaßt wird, es noch nicht wagen darf, in unverhüllter Gestalt an das Tageslicht zu treten. Noch in der Acte des Fürstenbundes von 1785 ist vorsichtig jeder Ausdruck vermieden, welcher eine bevorzugte Stellung Preußens den anderen Bundesgenossen gegenüber andeuten konnte. Wie viel mehr war eine solche Zurückhaltung in jener Zeit geboten, wo das Uebergewicht des preußischen Staats über die anderen Reichsstände noch in den ersten

Stadien seiner Bildung stand. Wir sahen, wie ängstlich Waldeck bei jeder Gelegenheit davor warnt, das leicht rege Mißtrauen der befreundeten Stände nicht durch unvorsichtige Bloßgebung darauf zu bringen, daß die projectirte Bundesgenossenschaft weitergehenden Plänen der brandenburgischen Politik zu dienen bestimmt sei [1]. Aber er selbst läßt uns keinen Zweifel, daß er mit solchen Plänen sich trug, „daß wir einig Imperium in Gedanken haben bei der Alliance“ (S. 198). „daß man bei jetziger Angst der Braunschweiger seinen Vortheil zu machen gedenke“ (S. 243); er sieht an dem Ziele seiner Bestrebungen den Kurfürsten als „das Haupt einer gerechten und großen Partei“ (S. 242); er sagt ihm eine Höhe des Erfolgs voraus, „wie sie ein protestantischer Kurfürst als Kurfürst nur erstreben kann“ (S. 253); er denkt an die Möglichkeit künftiger Annexionen in großem Maßstab (S. 282).

So allgemein gehalten leider alle diese Aeußerungen sind, so lassen sie uns doch keinen Zweifel über ihren Sinn in dem obigen Zusammenhang. Neben dem in die zweite Reihe zurückgedrängten, an sich machtlosen Kaiserthum soll der neuzugründende Bund der Reichsstände, ausgehend von den größten Territorien des protestantischen Nordens, von da aus allmälig die übrigen sich angliedernd, und geführt von der durch Bündnisse und eigene Macht alle anderen überragenden Autorität des brandenburgischen Staates fortan das eigentlich active Element des deutschen Staatslebens werden. Die factische Führerschaft dieses Bundes, das ist das „Imperium“, welches Waldeck bei der Alliance in Gedanken hatte; sie ist das letzte Wort seines Programms.

So schließen sich die Reformpläne dieses geistvollen und energischen Staatsmannes zu einem in den Hauptzügen fertigen und abgerundeten politischen System zusammen. Noch bewegt sich Waldeck mit seiner allgemeinen Ansicht der deutschen und europäischen Lage durchaus in der durch die Geschichte der letzten anderthalb Jahrhunderte sanctionirten Richtung, welche alle ihre Impulse zu Angriff und Abwehr besonders aus der festbegründeten Ueberzeugung von

---

[1]) S. oben S. 243.

der Gemeingefährlichkeit und den verderblichen Absichten der spanisch-österreichischen Macht des Hauses Habsburg entnahm. Neben dieser steht Frankreich, ebenso traditionell, als natürlicher Bundesgenosse für alle Versuche der Abwehr. Die Zeit war nahe, wo dieses Verhältniß umschlug und das Frankreich Ludwig's XIV. in noch weit bedrohlicherer Weise, als es Habsburg je gelungen war, seine europäische Usurpationspolitik begann. Wir erkennen jetzt, daß bereits der westfälische Friede der erste durchgreifende Sieg Frankreichs über das Haus Habsburg war, den der pyrenäische dann vollendete. Den Zeitgenossen ging der Wechsel der Rollen so unmittelbar nicht auf; wie tief zerrüttet und in der That ohnmächtig auch jetzt schon die spanische Monarchie war, man gewöhnte sich erst langsam zu dem Glauben an ihre relative Ungefährlichkeit; man sollte erst durch harte Erfahrungen inne werden, wo die größere Gefahr jetzt lag. So sehen wir auch Waldeck seine politischen Pläne auf diese hergebrachte Ansicht der Dinge begründen. Er gedenkt im Bunde mit Frankreich seine Absichten in Deutschland durchzuführen und hält es zugleich für möglich, dem dominirenden Einfluß dieser Macht das Herüberragen über die deutschen Grenzen zu verwehren. Er wünscht selbst die Erwerbung der bisher spanischen Niederlande durch Frankreich und fürchtet diese Nachbarschaft weniger als die Spaniens.

Man würde namentlich das Gewicht dieses letzteren Umstandes falsch taxiren, wenn man daraus einen Tadel der Politik Waldeck's herleiten wollte, ähnlich etwa dem, der die österreichische Politik während der Revolutionskriege für das Preisgeben der Niederlande an Frankreich trifft. Im Jahre 1654 handelte es sich lediglich darum, welche von den beiden auswärtigen Großmächten, Spanien oder Frankreich, man im Interesse der deutschen antihabsburgischen Politik lieber im Besitz dieser Lande des burgundischen Kreises sehen mochte — und da nur diese Wahl gegeben war, so erschien nach der so eben bezeichneten noch herrschenden Grundansicht der Besitz Frankreichs der minder gefährliche. Für die Integrität des Reiches war es zunächst gleichgiltig, ob ein französischer oder ein spanischer Gesandter auf dem Reichstag die Stimme für den burgundischen Kreis führte. Man wird nach unserer ganzen bisherigen Dar-

stellung nicht bezweifeln können, daß die Aufgabe, die deutsche Selbständigkeit gegen Frankreich sicher zu stellen, Waldeck nicht minder ernst vor Augen stand als die Pflicht, das habsburgische Uebergewicht brechen zu helfen.

Man mag in dem Zusammenhang der dargelegten Pläne manche Lücken finden, welche die Mangelhaftigkeit der erhaltenen Quellen auszufüllen unmöglich macht; aber auch nur dieser sind dieselben wahrscheinlich zuzuschreiben. Waldeck selbst hat, abgesehen von jenem oben mitgetheilten ersten Entwurf kein zusammenhängendes Bild von dem Zustand entworfen, den er im Reich herbeizuführen gedachte. „Ihr sollt unglaubliche Dinge zu sehen bekommen, schreibt er seinem Freunde Sommelsdyck, und Ihr sollt dann sagen, daß ich besser dazu geschaffen bin, meine Absichten auszuführen, als sie Euch zu deduciren.“ Im mündlichen Verkehr mit dem Kurfürsten und mit denjenigen geheimen Räthen, welche sein Vertrauen besaßen, werden die Pläne nach allen Seiten hin eingehend durchgesprochen worden sein.

Zur Ausführung sind sie, wie man weiß, nicht gekommen. Der erste Schritt, das braunschweigische Bündniß, blieb auch der letzte, und auch dieses ist ohne wesentliche Folgen für den weiteren Gang der brandenburgischen Politik geblieben. Aber nicht einmal der Vortheil ist ihnen zu Theil geworden, daß die Kunde von diesen Bestrebungen in weitere Kreise eindrang, daß sie als historische Ueberlieferung sich erhielt und den kommenden Geschlechtern als Wahrzeichen diente. Nicht wie bei dem Fürstenbunde Friedrichs des Großen bemächtigte sich eine geschäftige Publicistik des Planes und führte ihn preisend, bekämpfend, deutend in die allgemeine Kenntniß ein; ehe in dieser Weise von ihm die Rede sein konnte, nahmen die Verhältnisse, unter deren Einwirkung die brandenburgische Politik stand, eine Wendung, die ihn weit in den Hintergrund drängte und bald völlig aufgeben ließ. Das Geheimniß aber ward gut gewahrt; keine Spur, daß man in Wien und anderwärts eine Vorstellung davon gehabt, mit wie weitreichenden Plänen das Berliner Cabinet im Jahr 1654 sich getragen [1]. Dann aber geschah, daß mit dem

---

[1]) Höchstens ganz allgemeine Andeutungen scheinen in das Publicum ge-

Austritt Waldeck's aus brandenburgischen Diensten ein großer Theil gerade der entscheidendsten Actenstücke in das sichere Versteck des Archivs zu Arolsen entführt wurde, zu welchem eine günstige Fügung uns den Weg gezeigt hat.

So daß in der That von allen diesen Plänen und Versuchen seit zweihundert Jahren hier wol zum ersten Mal wieder die Rede gewesen ist.

Fragen wir schließlich, welches die Umstände waren, wodurch die brandenburgische Politik so lange vor erreichtem Ziel von den hier betretenen Pfaden abgelenkt wurde, so liegt die Antwort schon in dem Obigen theilweise angedeutet.

Mit der Thronbesteigung Karl Gustav's in Schweden begann die Aussicht, daß der einst um des deutschen Krieges willen abgebrochene Kampf gegen Polen von der nordischen Militärmacht alsbald wieder aufgenommen werden würde, sich mit immer größerer Wahrscheinlichkeit in den Vordergrund zu stellen. Seit den letzten Monaten des Jahres 1654 konnte kein einigermaßen wolunterrichteter Staatsmann daran zweifeln, daß die seit nun fast zwanzig Jahren vertagte große nordische Krisis im Begriff stand wieder auszubrechen.

Welche Aussichten knüpften sich für Brandenburg hieran?

In dem Stumsdorfer Frieden von 1635 hatte Schweden, gebeugt durch die Nördlinger Niederlage und durch die Folgen des Prager Friedens, sich entschließen müssen, alle bis dahin noch besetzten preußischen Küstenplätze aufzugeben. Der Besitz dieser Plätze bildete für Schweden (neben der Herrschaft in Livland) strategisch und fast noch mehr financiell durch die daran sich knüpfenden großen Zollerträge [1]) die bisher für unerläßlich gehaltene Operationsbasis bei jedem Kampfe gegen Polen. Dieser Gesichtspunkt mußte sich, modificirt freilich durch den Umstand, daß Schweden jetzt die Küste

---

drungen zu sein. Als Waldeck und Hoverbeck im Frühjahr 1655 nach Preußen geschickt wurden, fanden sie unter den preußischen Ständen das Gerücht verbreitet, der Kurfürst „hätte im Reich oder sonsten ein großes Dessein vor", dem die angebliche Gefahr für Preußen nur als Maske dienen müsse. (Relation dat. Königsberg 27. Apr./7. Mai 1655. Berl. Arch.)

[1]) Vgl. hierüber meine Erläuterungen in Urk. u. Actenst. I. 10 ff.

von Vorpommern besaß, geltend machen, sobald der Gedanke einer Erneuerung dieses Krieges gefaßt wurde. Als im November 1654 der Gesandte Karl Gustav's, Graf Schlippenbach, in Berlin erschien, um die Gesinnungen des Berliner Hofs über ein schwedisches Bündniß gegen Polen zu erforschen, stellte er sehr unverblümt als die nothwendige erste Forderung hin: die Uebergabe der beiden festen Seeplätze Pillau und Memel an die Schweden.

Nach dieser Eröffnung konnte in Berlin kein Zweifel mehr darüber obwalten, was bevorstand. Noch konnte man eine Zeit lang im Ungewissen sein, ob statt Polens vielleicht Rußland der Gegner sein würde, auf den Karl Gustav sich zu stürzen gedachte; aber wie auch immer, daß eine neue große nordische Krisis im Begriff stand hereinzubrechen, war unverkennbar. Zwischen Polen und Rußland war der Krieg bereits im Gange; dieser Kampf für sich allein konnte zunächst von nur localer Bedeutung bleiben. Aber von dem Augenblick an, wo Schweden seine Waffen erhob, war dies vorüber; mit ihrem ganzen Gewicht brach dann, nach zwanzigjähriger Ruhe, wieder einmal die inhaltschwere Frage der Suprematie im nördlichen Europa, der Herrschaft über die Lande an der Ostsee und über diese selbst herein, und, wie die Verhältnisse jetzt lagen, voraussichtlich gewaltiger, folgenreicher als je zuvor.

Da war denn nicht daran zu denken, daß eine Macht, die in dem Umkreis dieses sich erhebenden großen Wirbels lag, als neutraler Zuschauer zur Seite stehen konnte. Für Brandenburg, welches an den zu verfechtenden Entscheidungen so unmittelbar betheiligt war, lag es auf der Hand, daß es ganz unvermeidlich in dieselben hereingezogen werden mußte.

Es ist für die Situation bezeichnend, in welcher Weise Waldeck diese Aussicht aufnahm. Es liegen bereits aus dem December 1654 Aufzeichnungen von seiner Hand vor, in welchen er eingehend die für die Sicherung Preußens zu treffenden militärischen Maßregeln bespricht; ganz ruhig und kühl, als militärischer Sachverständiger; man sieht diesen Schriftstücken nicht an, in welchem Grade ihn diese neue Wendung erregte. Welche Bedeutung sie für ihn und für die Realisirung seiner politischen Pläne hatte, das erkennt man nur

aus seinen vertraulichen Mittheilungen an Sommelsdyck, gegen den er sich mit rückhaltloser Offenheit aussprach. Es ist, kann man sagen, eine Stimmung leidenschaftlicher Verzweiflung, womit er das Wetter im Norden heraufziehen sieht; er erkennt in ihm die Vernichtung oder wenigstens die schwerste Gefährdung aller der Pläne, für die er bisher gearbeitet, für die er noch vor kurzem die besten Hoffnungen hatte hegen dürfen. In diesen nordischen Wirren, sah er voraus, ging Brandenburg Gefahren von so erschütternder, die ganze Existenz des Staates bedrohender Art entgegen, daß für die nächste Zeit seine ganze Kraft sich nur nach dieser einen Seite hin wenden durfte; genug, wenn nach allen anderen hin man sich nur nothdürftig in den bisher eingenommenen Stellungen behaupten konnte — die Weiterführung der deutschen Pläne Waldeck's, die Durchführung des angebahnten Unionswerkes wurde im höchsten Grade zweifelhaft, vielleicht für immer unmöglich, wenn man, mit allen Kräften an den gefahrvollen Gang der nordischen Angelegenheiten gebunden, inzwischen den Gegnern in Deutschland das Feld überlassen mußte.

Begreiflich daß eine solche Aussicht Waldeck in die gewaltigste Aufregung versetzen mußte. „Die preußischen Häfen, schreibt er an Sommelsdyck, können und dürfen wir nicht aufgeben; die Schweden haben schon vor einigen Jahren einmal ein Gelüste danach blicken lassen; fangen sie damit wieder an, so geht alles zum Teufel; denn wir werden, um uns zu retten, Himmel und Erde in Bewegung setzen, und fürwahr, in einem solchen Fall wäre ich im Stande zu rathen, daß man den Großtürken zu Hilfe riefe; denn wenn ein Christ so barbarisch auftritt, so ist er nichts besseres werth. Ha! que je vois de belles choses à faire, si je me voyais d'ailleurs secondé“ [1]).

Mit der Unterstützung von anderer Seite meint er Frankreich. Wie ist es möglich, daß uns diese Macht jetzt fallen lassen kann? Soll Schweden wirklich absoluter Herr in der Ostsee werden, um sich vielleicht dann mit Spanien zu verständigen und diesem zur Aus-

---

[1]) Waldeck an Sommelsdyck dat. Berlin 9. und 30. Jan. 1655.

führung seiner alten Hafenpläne in der Nordsee behilflich zu sein? Will Frankreich ganz auf die Ausführung der vorgeschlagenen gemeinsamen Unternehmen verzichten? „Wenn uns die gegenwärtige Gelegenheit entschlüpft, wir finden in unserem Leben keine ähnliche wieder.“ Er beschwört Sommelsdyck, was er irgend vermöge, zu thun, um Mazarin aus seiner Zurückhaltung herauszutreiben: die Krisis im Norden muß vertagt, ihr jetziger Ausbruch um jeden Preis verhindert werden; soll die Gunst des Augenblicks uns irgend nützlich werden, so muß der Cardinal vorerst die nordischen Wirren beilegen („appaiser les troubles du Nord“), er muß uns die Arme nach dieser Seite hin frei machen und in enges Einverständniß mit uns treten; er muß zwischen Schweden und Polen den Frieden zu vermitteln suchen; gelingt es nicht, so muß er entweder selbst Schweden mit Gewalt zur Ruhe bringen helfen, oder muß den Kurfürsten unterstützen, daß er es mit Polen gemeinsam thun kann: man drängt uns zu verwegenen Entschlüssen, wenn man nichts für uns thut; noch ist jedoch alles möglich, wenn Frankreich nicht zurückbleibt; aber nur keine Verzögerungen, Feuer muß man zeigen („il faut que l'on fasse voir de l'ardeur“), und dann, wenn Frankreich unsere Absichten im Reich richtig secundirt, so wird man unglaubliche Erfolge zu sehen bekommen!

Waldeck hat an den hier angedeuteten Combinationen noch lange festgehalten; durch die Vermittelung seines niederländischen Freundes und des französischen Gesandten im Haag ließ er Mazarin immer von neuem bestürmen; auch mitten in den Wirren des nordischen Krieges konnte er von der Hoffnung nicht lassen, daß es über sie hinweg möglich sei, die alten Pläne wieder aufzunehmen.

Der Erfolg hat gezeigt, daß sein erster Eindruck der richtige war. Der Sturm des nordischen Krieges riß all seine mit so weiter Berechnung gezogenen Kreise aus einander. Brandenburg, noch unfertig im Innern, mit erst allmälig erstarkenden Kräften, war nicht im Stande, zu gleicher Zeit an den beiden äußersten Enden seiner Machtstellung die große Kraftanstrengung einer entscheidenden Krisis auf sich zu nehmen. Wohin immer es sich wenden mochte, es bedurfte überall seiner beiden Arme und ihrer ungetheilten Kraft.

Und so bietet sich uns hier die doppelte Aussicht: im Westen — wenn wir alles zusammenfassend den prägnantesten Ausdruck wählen — ein Versuch zur Lösung der deutschen Frage auf dem Wege des Kampfes gegen das Haus Habsburg, der gewaltsamen Aneignung eines für unentbehrlich gehaltenen Territoriums, und einer deutschen Unionspolitik. Im Osten der Kampf um den Besitz der preußischen Ostseeküste, mit dem alsbald sich in Aussicht stellenden Siegespreis der Lösung des deutschen Herzogthums aus der polnischen Lehnsherrlichkeit.

Hier wie dort ein stolzer Preis. Waldeck hatte die Hand nach dem ersteren ausgestreckt — es war bestimmt, daß zunächst der andere dem brandenburgischen Staate zufallen, jener ihm noch länger als zwei Jahrhunderte versagt bleiben sollte.

Sechstes Kapitel.

Der nordische Krieg.

In der Zeit, der die soeben geschilderten Verhandlungen angehören, stand Waldeck auf der Höhe seines Einflusses am Hofe zu Berlin. Für die Bestrebungen, die während des Jahres 1654 im Vordergrund der brandenburgischen Politik gestanden hatten, war er die anerkannt sachkundigste Autorität; seine Gesichtspunkte waren bei der Behandlung dieser Geschäfte in erster Reihe maßgebend gewesen; der Kurfürst selbst war auf die von ihm gestellten politischen Aussichten mit Eifer eingegangen; Alles macht in dieser Zeit den Eindruck, daß Waldeck das vollste Vertrauen desselben besaß, daß er in allen Hauptfragen der auswärtigen und Reichspolitik den geheimen Rath beherrschte, daß alle wesentlichen Impulse von ihm ausgingen.

Frei von Anfechtungen aber war seine Stellung bei all dem keineswegs. Die persönlichen Feindseligkeiten, die ihm einst den Eintritt erschwert hatten, waren, wenn gleich sie sich jetzt etwas mehr zurückhalten mußten, doch mit seinem wachsenden Einfluß nicht eben geringer geworden; die Abneigung Schwerin's brach bei den verschiedensten Gelegenheiten wieder durch; den Feldzeugmeister Otto Christoph von Sparr, obgleich derselbe selten am Hofe anwesend war, durfte Waldeck nach wie vor zu seinen unbedingten Gegnern zählen. Von den älteren Räthen des Kurfürsten hat er wol überhaupt kaum einen ganz für sich gewonnen.

Man würde irren, wollte man hierin ausschließlich die Wirkung

eines unberechtigten persönlichen Groll's und kleinlicher Amtsneidereien erblicken, wie die Biographie Rauchbar's überall durchblicken läßt, wo sie auf diese Schwierigkeiten zu sprechen kommt. Man wird ebensowol die andere Seite hören, als auch gewisse allgemeine Verhältnisse in Anschlag bringen müssen.

Unsere bisherige Darstellung gibt uns für das geistige Bild des Mannes bereits die wesentlichsten Züge an die Hand. Eine überaus sanguinische Natur; mit leidenschaftlichster Erregtheit lebt er ganz in den gefaßten Plänen; im Cabinet, auf Reisen, selbst auf dem Krankenlager beschäftigen sie ihn unaufhörlich; in dem Eifer seines Strebens, bei der Energie seines eigenen Willens hält er sie oft für leichter ausführbar als sie wirklich sind und weiß auch Anderen diese Zuversicht einzuflößen; bei jedem gelungenen Schritt vorwärts zeigt ihm die Phantasie das erstrebte Ziel wie schon fast erreicht, in greifbarer Nähe. Hiermit nun verbunden eine wirklich tief eindringende Kenntniß aller einschlagenden Verhältnisse, vollkommene Beherrschung des verwickelten Getriebes der Reichspolitik, ausgedehnte persönliche Beziehungen nach allen Seiten, umfassender, durch zahlreiche Correspondenzen immer auf der Höhe sich haltender Ueberblick über die gesammte europäische Lage. Für ein solches Naturell sind politische Combinationen mit einem gewissen großartigen Hintergrund gleichsam die unentbehrliche Lebensluft. Die Gefahr liegt in der Versuchung, zu viel auf einen einzigen Wurf zu setzen und zu leicht für wirklich zu halten, was man nur wünscht. Doch verfällt Waldeck, wie mir scheint, gerade diesem Vorwurf in der Praxis am wenigsten; wie vortheilhaft unterscheidet sich die breite Anlage und die sorgsame, mühevolle Ausführung seiner Vorbereitungen von der tollkühnen Unfertigkeit des Unternehmens von 1651.

Jedenfalls erkennt man aus allem, wie sehr ein Mann dieser Art geeignet war, auf der einen Seite verwandte Naturen mit sich fortzureißen und zeitweilig selbst widerstrebende Elemente in seinen Kreis zu zwingen, anderseits aber auch den feindseligsten Widerspruch gegen sich hervorzurufen. Es versteht sich von selbst, daß in einer solchen Mischung ein sehr starker Beisatz von persönlichem Selbstgefühl nicht fehlte. Waldeck besaß dasselbe — seine Briefe

geben häufiges Zeugniß — in nicht geringem Maße; seine Stärke wird nicht eben in der Schätzung fremden Verdienstes bestanden haben [1]). Man kann denken, daß der geschäftliche Verkehr mit ihm nicht eben leicht war; Widerspruch ertrug er schwer; man mußte eine auf altes Verdienst und persönliche Freundschaft so fest begründete Stellung am Hofe haben, wie Otto von Schwerin, um bei so häufiger Meinungsverschiedenheit sich doch in einem erträglichen Verhältniß neben ihm halten zu können; bisweilen kam, wie wir oben sahen (S. 75 ff.), die gegenseitige Mißstimmung doch zu heftigen Ausbrüchen. Gegen andere wird er noch weniger Rücksicht genommen haben. Das Selbstgefühl des Reichsgrafen gegenüber den einfachen kurfürstlichen Räthen drängte sich nicht selten vor. Selbst ein Zug junkerlich hochmüthiger Rohheit begegnet gelegentlich. Wir müssen mit Bedauern constatiren, daß er einmal alles Ernstes einen seiner Collegen, der erst vor kurzem einen juristischen Lehrstuhl an der Universität Frankfurt mit einer Stelle im geheimen Rath vertauscht hatte, und der ihm — dieser „Schreiber", dieser „Docteur" — vielleicht um dieser Provenienz willen besonders fatal war, bedrohte, ihn durch seine Bedienten öffentlich abprügeln zu lassen, weil er stets im Rathe gegen ihn votire [2]).

Neben all diesen persönlichen Rivalitäten und Unverträglichkeiten indeß spielt nun doch auch wirklich der principielle Gegensatz der

---

[1]) Der französische Diplomat Graf Guiche, der Waldeck ein Jahrzehnt später kennen lernte, charakterisirt ihn so: über sein militärisches Verdienst schwanke das Urtheil — „mais tous ceux, qui le connoissent, confessent qu'il a beaucoup d'esprit et qu'il possède une parfaite connoissance des affaires et des intérêts de l'Empire, jointe à une grande incompatibilité avec ses égaux, aussi bien qu'une forte estime de soi-même." Mémoires du Comte de Guiche S. 94.

[2]) Es war der geheime Rath Friedrich von Jena; die Scene fiel schon während des Krieges im August 1656 vor; eine ausführliche Klagschrift Jena's an den Kurfürsten erzählt den Hergang (Berl. Arch.). Der Kurfürst nahm übrigens die Sache sehr ernst; in einem späteren Brief spielt Waldeck auf eine Aeußerung desselben bei dieser Gelegenheit an — „où S. Alt. El. se laissa aller à dire, qu'il se pourroit bien resouldre à faire couper la teste à un Comte pour une telle affaire." Waldeck an Somnitz dat. Wildungen .. Juni 1658 (Arolf. Arch.).

Ansichten eine bedeutende Rolle. Es konnte nicht anders sein, als daß der rasche und vollständige Umschwung, den Waldeck in den Tendenzen der brandenburgischen Politik hervorgebracht hatte, die Kühnheit seiner Action, die Neuheit seiner Ziele noch mehr geheime Gegner als offene Widersacher fand. Noch waren doch die Männer der alten Schule im Rathe des Kurfürsten zahlreich, denen dieses ganze ungestüme Vorwärtsdrängen Waldeck's weitab zu liegen schien von dem löblichen Herkommen, und die mit instinctiver Abneigung alles von der Hand wiesen, was unter die gern gebrauchte Kategorie von „weitaussehenden Gedanken" fiel. Die Natur und der Werth der Einwürfe, die von dieser Seite her geltend gemacht wurden, wird sich ungefähr ermessen lassen, wenn man in dem oben (S. 234 ff.) mitgetheilten Gutachten die gegnerischen Einwände betrachtet, die Waldeck dort bekämpft; höchst wahrscheinlich knüpft dasselbe an Discussionen an, die im geheimen Rath Statt gefunden hatten [1]).

Man wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß diese Opposition ihre Gesichtspunkte allerdings nicht sehr hoch griff und wohl geeignet war, einen Mann von Waldeck's Art in Harnisch zu bringen. Die geniale Kühnheit seiner Entwürfe fand offenbar in diesen Kreisen sehr wenig Verständniß; diesen Männern des Erhaltens und Beharrens, „die alle Gedanken von Conquesten vor gottlos ausschreien", und deren ehrbare nüchterne politische Ansichten, allen alten und neuen Erfahrungen zum Trotz, doch in den hergebrachten Formen der Reichspolitik unverrückbar fest wurzelten, mochten die großen reformatorischen Pläne Waldeck's, soweit sie ihnen bekannt wurden, ebenso als eitele Chimären, wie gegen die wolhergebrachten Satzungen und Ordnungen unziemlich verstoßend erscheinen. Es war ein revolutionärer Zug in diesen Reformprojecten, in dieser radicalen Verdammung des bisherigen Reichssystems, in dieser kampflustigen Richtung gegen das kaiserliche Haus Habsburg, in diesen eventuellen Eroberungsplänen — auf dergleichen gingen die Männer der alten Schule nicht ein; Waldeck war auf

---

[1]) Vgl. über diese politische Richtung im Berliner geheimen Rath auch die Urk. u. Actenst. I. 614 gemachten Bemerkungen.

die jüngeren Kräfte, vor allem auf die Zustimmung des Kurfürsten selbst angewiesen.

Unter solchen Umständen war seine Stellung begreiflicher Weise weder sehr gesichert, noch durchweg erfreulich. Man wird sich das Spiel der Intriguen und Gegenintriguen lebhaft genug vorstellen dürfen. Waldeck's französische Verbindungen namentlich waren der Gegenstand häufiger Angriffe [1]); nicht ohne Schadenfreude und Spott bemerkten die Gegner das geringe Entgegenkommen, welches Waldeck, zum Theil auch in persönlichen Angelegenheiten, von Seiten Mazarin's erfuhr; man verfehlte nicht, die geeigneten Nutzanwendungen zu machen [2]). Und welchen Widerspruch erfuhr erst der militärische Theil seiner Verwaltung. Seit er zur Macht gekommen, war neben seinen diplomatischen Bemühungen die Erhöhung der Heeresmacht sein stehendes zweites Wort gewesen, und in der That hatten die Rüstungen seitdem unablässig ihren Fortgang genommen. Der Kurfürst, sowie auch manche von den anderen Räthen, standen hierbei ganz auf seiner Seite. Aber groß und thätig war auch die Partei derer, die diese kostspielige militärische Kraftanstrengung von ganzem Herzen verabscheuten; die Männer der Verwaltung entsetzten sich über die gewaltigen Ausgaben, die von neuem auf lange hinaus die Finanzen in Zerrüttung zu bringen drohten; in allen Provinzen gleichmäßig erhoben die Stände ihre Stimme gegen die ihnen gemachten neuen Zumuthungen, mit Klagen von allen Seiten ward der Hof überschüttet. Man wußte selbst die Kurfürstin zu gewinnen, die, nach ihrer Art, die Sache von der religiösen Seite nahm und sie mit dem weiblichen Interesse zusammenbrachte, was ihr jetzt am stärksten am Herzen lag; beunruhigt durch die massenhaft sie bestürmenden Klagen ließ sie Waldeck durch Schwerin beschwören, „daß das Verfassungswerk hinterbleiben möchte, indem sie sonst ernstlich besorgen müßte, es würde der allmächtige Gott dero Haus

[1]) Droysen III. 2. 204 (n. 2). Urk. u. Actenst. II. 42. Ich bemerke beiläufig, daß in letzterem S. 44 f. in dem Brief de Lumbres' vom 20. Juli 1655 jedenfalls der Name Waldeck's statt „le comte de Witgenstein" zu corrigiren ist.

[2]) Waldeck an Sommelsdyck dat. Berlin 3. April 1655.

mit sonderlichen Ungnaden ansehen und ihr keinen jungen Prinzen geben" [1]). Noch im Sommer 1655, als die vor der Thür stehende nordische Gefahr die Unumgänglichkeit umfassender Rüstungen eindringlich genug vor Augen stellte, dauerte dieser Widerstand ungeschwächt fort [2]).

In letzter Instanz kam für Waldeck, wenn er seinen Posten behaupten wollte, doch alles darauf an, sich dem Kurfürsten selbst dauernd so werth und unentbehrlich zu erhalten, wie er es bisher gewesen war. Es wird genug daran gearbeitet worden sein, ihn zu verdrängen; aus Sommelsdyck's Briefen erfahren wir, daß die Schwiegermutter des Kurfürsten, die verwittwete Prinzessin von Oranien, Jahre hindurch sich bemüht hat, ihn aus dem Sattel zu heben und einen ihrer Verwandten, einen Grafen Dohna, an seine Stelle zu bringen; man erzählte im Haag von einer großen Scene, die während eines Besuchs der Prinzessin in Berlin zwischen beiden Statt gefunden haben sollte [3]). Als im Sommer 1655 Blumenthal einmal von seiner Statthalterschaft in Halberstadt für einige Tage an den Hof berufen wurde, um über die preußischen Angelegenheiten und über die etwaige Stellung des Kaisers zu den nordischen Verwickelungen dem Kurfürsten sein Urtheil abzugeben, erfuhr der besorgte Freund im Haag dies alsbald und befürchtete darin eine neue Intrigue der Prinzessin und Schwerin's gegen Waldeck. Vor allem aber empfiehlt er diesem dringend die höchste Vorsicht in seinem eigenen Verhalten: er müsse den Kurfürsten die Macht, die er auf ihn ausübe, so wenig als möglich empfinden lassen, immer nur als Berather sich hinstellen und jenem das Gefühl der freien Wahl lassen; gerade darauf, meint er, würden die Gegner besonders ihr Bemühen richten, dem Kurfürsten beizubringen, daß Waldeck ihn

---

[1]) Rauchbar S. 72; im Sommer 1654. Aehnliche Einwirkungen der Kurfürstin auch später; s. Droysen III. 2. 312. Vergl. auch unten bei Gelegenheit des Königsberger Vertrages.

[2]) Waldeck an Sommelsdyck dat. Berlin 25. Juni 1655. „Vous ne sauriez croire les inventions, dont l'on s'est servi contre moy et surtout dans cet armement."

[3]) S. die Briefe Sommelsdyck's vom 3. Octbr. 1653, 6. März 1654, 9. März 1655.

zu beherrschen trachte, und gerade in diesem Punkte, fügt er hinzu, „soll dieser Fürst sehr eifersüchtig und delicat sein" [1]).

Alle diese Schwierigkeiten waren so lange von verhältnißmäßig untergeordneter Bedeutung, als die brandenburgische Politik sich in der Richtung fortbewegte, zu welcher Waldeck den Anstoß gegeben und zu deren Weiterführung er ohne Widerspruch die im höchsten Grade geeignete Persönlichkeit war. Seine Lage wurde von dem Augenblick an eine andere, wo die bisher vorwaltenden politischen Interessen durch die großen Fragen, die jetzt im Norden auftauchten, in den Hintergrund gedrängt wurden. Es lag in der Natur dieser verwickelten Verhältnisse, daß ein solches Vorwiegen der Ansichten und der Geschäftsleitung eines Einzigen, wie es in der letzten Zeit Statt gefunden hatte, nicht länger möglich war. Für Waldeck war das Feld der nordischen Politik zunächst ein neues Gebiet, auf dem er sich erst zurechtfinden mußte; es war nicht anders möglich, als daß Autoritäten, wie die Hoverbeck's für die preußisch-polnischen, Sparr's für militärische Angelegenheiten, Weiman's für die niederländischen Beziehungen, die jetzt besonders wichtig zu werden versprachen, jetzt mehr als bisher gehört werden mußten. Und wenn, wie bald Anfangs sich herausstellte, es unumgänglich war, auf Anlaß der schwedisch-polnischen Verwickelungen auch mit dem kaiserlichen Hofe wieder ein besseres Verständniß zu suchen, so traten voraussichtlich damit auch die Männer wieder mehr hervor, die für diesen Zweck ihrer politischen Stellung nach die geeignetsten waren. Auch irren wir endlich wol nicht ganz, wenn es uns scheint, daß von hier ab die eigene politische Persönlichkeit des Kurfürsten immer fester, ausgeprägter, selbständiger in den Vordergrund tritt; dieser nordische Krieg ist die hohe Schule Friedrich Wilhelm's gewesen, in welcher sein Wesen erst zu völliger Reife und Entfaltung kommt.

Nach allen Seiten hin also, wie man sieht, waren es neue, und meist erschwerende Bedingungen, unter denen Waldeck in diese

---

[1]) S. den Brief Sommelsdyck's dat. Haag 15. Juni, und die Antwort Waldeck's dat. Berlin 25. Juni 1655.

letzte Phase seines brandenburgischen Ministerium's eintrat. Es ist im Folgenden nicht unsere Aufgabe, den Verlauf des nordischen Krieges selbst eingehend zu schildern; aber die Rolle Waldeck's in demselben ist nun anziehend genug, um dieselbe bis zu seinem Austritt aus dem Dienste des Kurfürsten im Zusammenhang darzulegen.

Wenigstens zurückdrängen durch die Schwierigkeiten der neuen Aufgabe ließ er sich keineswegs. Von Anfang an sehen wir ihn wieder in der vordersten Reihe, und augenblicklich gehen, sowie die Lage ernstlich in's Auge gefaßt wird, seinem vielseitigen Blick und der energischen Beweglichkeit seines Geistes die beiden großen Möglichkeiten auf, die jetzt sich darbieten: die Souverainität Preußens und der Zerfall des polnischen Reiches.

Rüstungen und Entwürfe.

Dem nordischen Unwetter aus dem Wege zu gehen war unmöglich; es galt zu rüsten und zu rathen, um dasselbe zu bestehen. Schon seit den letzten Monaten des Jahres 1654 hatten mannichfaltige Besprechungen zwischen dem Kurfürsten und seinen Räthen Statt gefunden; je näher mit Beginn des neuen Jahres die Gefahr heranrückte, je zweifelloser die Absicht Schwedens wurde, den Kampf gegen Polen im Frühjahr zu beginnen und je augenscheinlicher zugleich die innere Zerrissenheit und Widerstandsunfähigkeit dieser Republik nach allen von dort kommenden Berichten zu Tage trat, um so dringender wurde die Nothwendigkeit, zu festen Entschlüssen zu gelangen.

Es war die Wahl gegeben, entweder auf die Seite Schwedens oder auf die Polens zu treten oder in bewaffneter Neutralität eine Vermittelung zwischen beiden zu versuchen. Gegen Ende Februar 1655 begann man sich in Berlin eingehender mit der politischen Entscheidungsfrage zu beschäftigen. Die einzelnen geheimen Räthe wurden beauftragt, eingehende Gutachten auszuarbeiten, auch die auf auswärtigen Posten befindlichen, wie Blumenthal und Canstein in Halberstadt, Graf Witgenstein in Minden; eine Reihe von

Fragepunkten wurde ihnen vorgelegt, über welche sie sich auszusprechen hatten [1]).

Man erkennt aus dieser Fragestellung, wie bei der Redaction derselben die äußersten Eventualitäten bereits aufs bestimmteste in's Auge gefaßt wurden; die schneidende, man möchte sagen, radicale Behandlungsweise läßt uns ziemlich sicher die Hand Waldeck's darin erkennen, und die Antworten, die er auf die vorliegenden Fragen zu geben gedenkt, leuchten schon durch diese selbst hindurch.

Die Frage, wer zuerst im Rathe des Kurfürsten das entscheidende Wort von der Souverainität Preußens als dem fortan zu erstrebenden Hauptziel ausgesprochen, ist an sich von geringem Belang; wie die Verhältnisse jetzt lagen, trieben sie mit Nothwendigkeit darauf hin; doch scheint es allerdings, daß die bestimmt ausgesprochene Stellung der Aufgabe nicht von den älteren Räthen des Kurfürsten, sondern, wenn nicht von dem Kurfürsten persönlich, von Waldeck herrührt [2]).

Eine lange Reihe von mehr oder minder eingehenden Gutachten liegt uns vor, die damals einliefen. Darin stimmen sie alle überein, daß ein Angriff Schwedens auf Polen mit großer Sicherheit zu erwarten stehe, daß es nöthig sei zu rüsten, und daß für den Augenblick eine definitive Entscheidung für die eine oder andere Partei noch nicht zu rathen, sondern alles anzuwenden sei, um womöglich doch noch durch Vermittelung dem Ausbruch des Kampfes vorzubeugen.

Daneben treten die principiellen Verschiedenheiten doch auch schon zu Tage. Der langjährige brandenburgische Gesandte in Warschau, Johann von Hoverbeck, kannte wie kein anderer die innere

---

[1]) Daß bei der Aufstellung dieser Fragen Waldeck wesentlich mitwirkte, erkennt man aus dem Schreiben, womit Blumenthal und Canstein zur Begutachtung aufgefordert werden (dat. Cölln a. Sp. 26. Febr. 1655); das Concept mit Correcturen von Waldeck's Hand.

[2]) Diesen Eindruck, daß Waldeck der erste war, der diesen Gedanken aussprach, hat auch Pufendorf (V. § 11) aus der Lectüre der Acten empfangen; mit voller Bestimmtheit läßt sich natürlich eine solche Prioritätsfrage niemals beantworten.

Ohnmacht Polens und die leidigen Folgen des preußischen Lehnsverhältnisses; noch vor kurzem hatte er, von dem stürmischen polnischen Reichstag kommend, der im Frühjahr 1654 erfolglos aus einander gegangen war, seinen Mißmuth darüber ausgesprochen, daß das Herzogthum Preußen „mit diesem Staat so genau verbunden, daß wir ihre Unordnungen immer mit entgelten und büßen helfen müssen" [1]. Aber, gegenüber den jetzt sich eröffnenden kriegerischen Aussichten, treten doch gerade bei ihm noch andere Motive in den Vordergrund: so leidig und lästig diese polnischen Beziehungen sein mochten, gerade er war doch in der Praxis derselben alt geworden, und, wie wol zu begreifen, er am allerwenigsten mochte an die Möglichkeit einer radicalen Aenderung glauben, geschweige denn daß er die Auflösung des polnischen Reichs für wahrscheinlich hielt; nach einer Erleichterung der Lehnsbedingungen mochte man bei dieser Gelegenheit streben, nach mehr nicht; er erinnert an den Vasalleneid, den der Kurfürst geschworen — man erkennt im voraus: wird eine Parteinahme unvermeidlich, so steht dieser Mann trotz allem mehr auf der Seite Polens als der schwedischen Eroberungsmacht und der Vortheile, die sie etwa Brandenburg bieten könnte.

Andere anders. Jener Zug bedächtiger Scheu vor gewagten Unternehmungen, den wir sonst schon als die Grundstimmung dieser Körperschaft bemerkt haben, macht sich auch bei dieser Frage stark geltend. Es sei immerhin schon ein erklecklicher Gewinn, meint Friedrich von Löben, wenn man die Verlegenheit Polens dazu benutzen könne, um eine formelle Anerkennung des brandenburgischen Sitz- und Stimmrechtes auf den polnischen Reichstagen zu erlangen; vielleicht bringe das Glück auch noch mehr. Es war schon viel, wenn Thomas v. d. Knesebeck den Gedanken hinwarf, daß vielleicht sich eine Gelegenheit finden möchte, das Herzogthum Preußen, „wieder an das Reich zu bringen" und so den gemeinen deutschen Reichsschutz statt des polnischen für dieses Besitzthum zu erlangen. Blumenthal und Canstein erinnerten von Halberstadt her, wie Hoverbeck,

---

[1]) Hoverbeck an den Kurfürsten dat. Hohenstein 29. Mai 1654 (Berl. Arch.).

an die Eidespflicht des Kurfürsten; den Gedanken einer möglichen Auftheilung von Polen zwischen Schweden und den andern benachbarten Mächten besprechen sie eingehend; ihr Schluß ist, dieser Eventualität, die den Kurfürsten in Krieg verwickeln werde, „so lange Sie in dieser Welt leben bleiben", wenn irgend möglich, aus dem Wege zu gehen. „Mir grauset die Haut und zittert die Hand, schreibt der milde verständige Georg von Bonin, wenn ich bedenke, was darauf steht, wenn die Sachen übel laufen"; er räth, vor allem nur zuerst Frieden und Eintracht im Schooße der Regierung herzustellen, ohne welche nichts gelingen könne; schließlich sieht er als das wahrscheinlichste doch voraus, daß man sich gegen Schweden werde zur Wehr stellen müssen.

Das Gutachten Waldeck's schlägt einen anderen Ton an[1]). Zu einer augenblicklichen Parteinahme für die eine oder andere Seite räth auch er nicht; viel gutes ist zwar von der Neutralität nicht zu erwarten, aber für's erste muß man sich doch darauf beschränken. Den Interessen Brandenburgs sind Polen wie Schweden gleich wenig günstig. Von den ersteren darf man erwarten, daß sie, um ihre Haut zu retten, den Kurfürsten preisgeben, die preußischen Häfen den Schweden opfern werden, sobald sich für sie ein Vortheil dabei zeigt; dem König Johann Casimir ist ohne weiteres zuzutrauen, daß er, von der Noth gedrängt, alles thut, „dadurch die Königin eines Vortheils und der König seines Unterhalts vor sein Lebtag versichert sei, da er von den Ständen sich so beschimpft sieht, keine Erben hat und die Königin ihn ganz regieret, welche nichts als Geld sucht". In einem solchen Fall werden dann auch die anderen lauernden Gegner ihren Moment ersehen; am kaiserlichen Hofe werden die alten Pläne des Strahlendorf'schen Gutachtens wieder lebendig werden, und der Neuburger wird gleichfalls die Gelegenheit nicht unbenutzt lassen.

Aber keineswegs sind deswegen etwa die Schweden weniger zu fürchten. Wir wissen bereits, wie Waldeck über die Pläne derselben

[1]) Dieses, sowie die anderen erwähnten, im Berl. Arch.; die übrigen, von weniger bedeutendem Inhalt, führe ich hier nicht an. Von Schwerin ist keines vorhanden.

urtheilte; ihre ganze Gefährlichkeit steht ihm lebendig vor den Augen: „ihres Reiches Aufnehmen bestehet in Beherrschung der Ostsee und Meister von Polen zu sein, welches ohne E. Churf. Dchl. Verderb nicht sein kann"; setzen sie sich in Polen und Preußen fest, so ist die Lage des Kurfürsten eine höchst bedenkliche; sie streben nach allen Häfen und Flußmündungen, sie werden dem gesammten Handel in ihrem Interesse Gesetze vorschreiben und ihn nach Kräften ausbeuten: „sie sind hungrige Leute, also gefährliche und harte Nachbarn".

So hat man also Grund genug zum Argwohn nach beiden Seiten. Für's erste läßt sich noch nichts weiter thun als neutral bleiben, möglichst stark rüsten und sich zur Vermittelung erbieten. Den Polen wie den Schweden gegenüber muß man die zu machenden Rüstungen officiell als zum Schutz gegen etwaige Feindseligkeiten des Moscowiters gegen Preußen bestimmt darstellen, unter der Hand natürlich beiden die Aussicht auf Vereinigung mit ihnen gewähren; von den Polen kann man sogar auf diesem Wege vielleicht ein Subsidium erlangen, oder wenn nicht dies, so doch die Anweisung von Quartieren für die Truppen auf polnischem Gebiet, wodurch man Geld spart und das eigene Land schont, und wobei man auf solche polnische Landestheile sehen muß, die man eventuell später als „Recompens" beanspruchen kann. Denn jedenfalls muß Brandenburg für die großen Kosten, die ihm aus diesen Verwickelungen erwachsen werden, künftig eine entsprechende Entschädigung erlangen, „entweder durch Tractaten oder den Degen".

Ueberhaupt wendet Waldeck den Blick nun auf die weiteren Eventualitäten. Bewaffnete Neutralität und eine rein defensive Haltung lassen sich nur bis zu einem gewissen Punkte durchführen; auf die Dauer ruiniren und erschöpfen sie das Land ebenso sehr wie der Krieg selbst.

Hier wirft er die Frage auf, ob und wie diese jetzige Verwickelung zu benutzen sei, um eine Veränderung des Verhältnisses zwischen Polen und dem Herzogthum Preußen herbeizuführen, die Frage der Souverainität.

In der That, antwortet er, ist das jetzige Verhältniß ein fast unerträgliches: ein Kurfürst des Reichs, Herr so vieler Lande, dort

in Polen Lehnsmann eines Königs, „der durch Faveur der Senatoren, Corruptionen und dergleichen zu einer Krone kommt, darin er selbst so viel als nichts zu sagen hat". Waldeck erklärt unbedenklich, daß die Lösung dieses Bandes das Ziel der brandenburgischen Politik bei dieser Gelegenheit sein müsse. Erst dann wird der Kurfürst wirklich Herr im Lande sein und kann „wie ein rechter Regent nach Dero Belieben das Regiment führen"; die vielen Geldzahlungen nach Polen hören auf, die Belehnungskosten, die jährliche regelmäßige Abgabe, die kostspieligen Bestechungsgelder für den Hof in Warschau u. a.; der Anspruch Polens auf einen Antheil an den preußischen Hafenzöllen würde ein für allemal getilgt sein; kurz „E. Churf. Dchl. wären der erste, da Sie jetzt der zweite sind".

Allerdings, hält nun auch Waldeck sich vor, scheint all dem der Lehnseid entgegen zu stehen, den der Kurfürst dem König von Polen geschworen. Großes Gewicht indeß scheint ihm der Einwurf nicht zu haben. Man kann den Polen genugsam nachweisen, daß sie ihrerseits die Verpflichtungen des Lehnsvertrags schon oft verletzt haben. Und, fügt er hinzu, der Kurfürst hat doch zugleich auch noch andere Verpflichtungen; er hat seine Lande im Reich; durch die Verbindung Preußens mit Polen stehen auch diese in beständiger Gefahr, die übelen Folgen „der Ohnweisheit der Polen" mit tragen zu müssen und in unerwünschte Verwickelungen hineingezogen zu werden. Soll dem Kurfürsten nicht freistehen, dies zu ändern, wenn die Gelegenheit sich bietet? Zudem steht auch das Gesammtinteresse der evangelischen Partei im Reiche zu erwägen, für welches es durchaus erforderlich ist, daß Brandenburg möglichst freie Hände habe. Und schließlich ist auch das thatsächliche Verhältniß dies: „die Obligation nutzt der Republik Polen nichts, sondern bringt nur dem Könige und geldgeizigen Senatoren Vortheil".

Sehr viel Kraft, den Einwand des Eides zu widerlegen, lag, wie man bekennen muß, in dieser Argumentation gerade nicht. Die „ratio status", sieht man, ist es, was durchschlägt. Eine eigentliche Antwort über die Controverse abzugeben, lehnte Waldeck übrigens bei den Besprechungen im geheimen Rathe ab: „man möge den Theologen und der Lehnrechte Verständigen die Frage zu christlicher

Disquisition untergeben" [1]) — in der Praxis schreitet er, wie wir sehen werden, über diese und noch andere Bedenklichkeiten ohne viel Scrupel hinweg.

Aber neben der Frage der Befreiung vom Lehnsverband stellt nun die fernere Möglichkeit einer völligen oder theilweisen Zergliederung der polnischen Republik sich in Aussicht. Wie soll Brandenburg sich dabei verhalten? Soll es suchen, sich mit einem Antheil an der Beute zu vergrößern? Waldeck drückt sich über diesen Punkt mit Zurückhaltung aus. Er wußte die Mehrzahl seiner Collegen anderer Ansicht als die seinige war. Doch leuchtet diese genugsam durch: im Allgemeinen sei allerdings eine Politik der Eroberung zu widerrathen; doch lasse sich darüber im einzelnen Falle nicht im voraus entscheiden; einige Grenzstriche als Kostenentschädigung würden jedenfalls erwünscht sein. Uebrigens, fügt er hinzu — und er mochte meinen, damit ein **argumentum ad hominem** für den Kurfürsten auszusprechen — „findet man, daß der Eroberer Lob mehr herausgestrichen wird, als derer, so die Hände in den Schooß legen".

Waldeck's Meinung war unzweifelhaft, daß man jede sich darbietende Gelegenheit dieser Art ergreifen müsse. Vorerst aber drängt er die Rüstungen zu beschleunigen: „wer Conquesten machen will, muß zuerst im Stande sein sich zu vertheidigen"; 12,000 Mann braucht man allein dazu; er legt einen Entwurf vor; er bittet ihn nebst zwei anderen Räthen mit der Leitung der Ausführung zu beauftragen. Zugleich gilt es, möglichst viel Gelder flüssig zu machen [2]); man muß suchen, mit den preußischen Ständen sich auf einen besseren Fuß zu setzen als bisher: „zu allen Zeiten ist die Liebe der Unterthanen vor die größte Stärke eines Herrn geachtet worden". Und auf die preußischen Stände, führt er weiter aus, wird es hauptsächlich ankommen; denn die der anderen Territorien werden sich weigern, weil Preußen kein Reichsland ist, und man kann sie eben deshalb nicht mit Art. 180 des jüngsten Reichsabschieds zwingen,

---

[1]) Rauchbar S. 62.

[2]) Vergl. hierzu den Streit zwischen Waldeck und Schwerin, dessen wir oben S. 75 ff. gedachten.

es sei denn, daß man (und hier kommt auch er auf diesen Gedanken) das Herzogthum Preußen wieder an's Reich brächte. Außerdem bedarf es bereiter Geldmittel für die diplomatische Action; die Wichtigkeit derselben in einer Lage, wie die jetzige, „ist aus dem Weltlauf und den Historien bekannt"; 50 bis 60,000 Rth. muß man dazu in Vorrath liegen haben; im Nothfall ist es besser, irgendwo ein Stück Land zu versetzen, als daß in diesem Punkte gespart wird.

So bekennt sich also Waldeck auch der jetzigen neuen Situation gegenüber zu einer Politik energischer Action. Die Souverainität, ist seine Meinung, muß jedenfalls jetzt erworben werden. Im übrigen drängt er keineswegs zu einer feindseligen Politik gegen Polen; doch hat er auch das geringste Maß von Vertrauen zu der Widerstandsfähigkeit dieses Staates: tritt aber der sehr mögliche Fall seiner Auflösung ein, so muß auch Brandenburg zur Stelle sein, um dabei seinen Vortheil wahrzunehmen.

Man darf wol vermuthen, daß in jenen Wochen die Gedanken bisweilen noch weiter schweiften, als es unsere mehr oder minder officiellen Actenstücke erkennen lassen. Die Gewinnung eines Stücks von Großpolen, zur Herstellung der Verbindung zwischen Preußen, Hinterpommern und den Marken, war offenbar eine sehr lockende Aussicht. Die Möglichkeit lag nicht allzu fern. In der allgemeinen Verwirrung, die in Polen herrschte, war ein großer Theil der Stände von Großpolen nicht abgeneigt, zunächst in ein Schutzverhältniß zu dem Kurfürsten zu treten. Verhandlungen wurden darüber angeknüpft [1]. Was konnte sich nicht alles daraus ergeben. Warum sollte man nicht die Gelegenheit fest halten? Es wurden Anstalten getroffen, um eventuell einen Theil von Großpolen militärisch zu besetzen; bald nach diesen geschilderten Berathungen, im Mai, wurde im Posen'schen ein brandenburgischer Major Jacob Holst aus Cüstrin verhaftet, den man dabei betroffen hatte, die wichtigsten Pässe des Landes aufzunehmen und die Flußübergänge zu untersuchen; noch gravirender war, daß man bei ihm Pläne der Festungswerke von Posen und anderen Plätzen fand, die er aufgenommen hatte. Man war ge-

---

[1]) Pufendorf Frid. Wilh. V. §. 16.

neigt, mit ihm als schwedischem Spion zu verfahren. Dem raschen Eintreten des Kurfürsten gelang es ihn zu retten; doch mochte die Erklärung wol wenig Glauben finden, daß jene Festungsaufnahmen ganz unverfänglich seien: Holst sei Ingenieur von Profession und so möge er wol diese Abrisse „aus Curiosität" aufgenommen haben [1]).

Merkwürdig überhaupt, wie jetzt in dem ersten Stadium dieser polnischen Verwickelung auch hier die Motive und die Schlagwörter sich bereits vorfinden, die über hundert Jahr später bei der ersten polnischen Theilung uns wieder entgegentreten: von Littauen her vordringend beruft sich Rußland einfach auf das Recht der Eroberung; von preußischer Seite klingt uns bald das Wort von der unentbehrlichen „Correspondenzlinie" entgegen, das unter Friedrich dem Großen eine so wichtige Rolle spielte; und endlich ließ eben jetzt Oesterreich durch seinen Gesandten in Warschau die Frage des Zipser Comitates in Anregung bringen, mit dessen Besetzung im Jahr 1770 Maria Theresia die erste Theilung Polens thatsächlich begann [2]).

Das Resultat der in Berlin gepflogenen Berathungen konnte für jetzt kein anderes sein, als der Beschluß, die begonnenen Rüstungen schleunig und nachdrücklich fortzusetzen, nach beiden Seiten hin zu verhandeln und auf beiden sich die Hände frei zu halten, die weitere Entscheidung aber von dem Gang der Dinge abhängig zu machen.

Es war Waldeck gelungen, auch bei diesen Berathungen mit seinen Ansichten sich energisch in den Vordergrund zu stellen. Von den uns vorliegenden Gutachten ist das seinige unstreitig dasjenige, welches am tiefsten und vielseitigsten in den Kern der Sache eindringt, welches den Gang der Ereignisse am schärfsten voraussieht. Aber immer bleibt ihm doch, wie sehr er auch in die Eventualitäten

---

[1]) Dieses Intermezzo ergibt sich aus der Correspondenz zwischen dem Kurfürsten und Hoverbeck (in Warschau) vom Anfang Juni 1655. (Berl. Arch.)

[2]) Letzteres berichtet Hoverbeck aus Warschau dat 30. Juni 1655: der Kaiser habe anbieten lassen, die Pfandsumme zurückzuzahlen, wofür einst die Zipser Gespanschaft an Polen verpfändet worden sei; wolle man darauf nicht eingehen, so werde der Kaiser das Recht Ungarns auf dieses Gebiet mit andern Mitteln vindiciren.

der nordischen Krisis sich vertieft, sein ursprünglicher und Hauptgesichtspunkt lebendig vor den Augen: der Blick auf die deutschen Angelegenheiten, die Hoffnung, in diese um so energischer gestaltend eingreifen zu können, je fester und erfolgreicher man diese Wirren im Norden überdauert; zeigt Polen sich in der That so schwach und lebensunfähig, wie es jetzt scheint, so darf Brandenburg unbedingt sich mit Schweden durch einen Vertrag abfinden, der hier seine Interessen sicher stellt und der vor allem dem Kurfürsten weiterhin die Möglichkeit gewährt, „seine rühmlichen Consilia im Reich fortzusetzen“ [1]).

Jetzt wurde Waldeck nebst Hoverbeck mit der Aufgabe betraut, auf die es zunächst ankam, die Gewinnung der preußischen Stände zu den erforderlichen Leistungen. Schon in seinem Gutachten und bei jeder anderen Gelegenheit hatte Waldeck auf die Wichtigkeit eines guten Einvernehmens mit der preußischen Landschaft dringend hingewiesen; in aller Weise müsse man mit ihnen zu einer Einigung kommen: es muß ihnen ein Landtag in Aussicht gestellt werden zur Abstellung der Landesbeschwerden, man muß möglichst viel Einzelne persönlich gewinnen, nicht durch Bestechungen oder „Verehrungen“, die nur zur Wiederholung und zu fernerer Ausbeutung reizen [2]), aber durch die Aussicht auf Aemter und Amtsbeförderungen, Officierspatente und sonstige fürstliche Gnaden; wer zur Verhandlung mit ihnen abgeschickt wird, meint Waldeck, der muß es verstehen, mit passend angebrachten Versprechungen „beim Glas Wein den einen und andern zu gewinnen“, aber auch, wo dies nicht verfängt, „mit Manier zu schrecken“.

Diese Aufgabe nahm er nun nebst dem sach- und personenkundigen Hoverbeck auf sich. Zum April wurde eine Versammlung der Stände nach Königsberg berufen. Die Aufregung war in Preußen nicht gering; wie bei jeder auswärtigen Verwickelung fürchteten die Stände auch jetzt mit der Entfaltung militärischer

---

[1]) Hier die oben S. 282 citirte Stelle des Gutachtens.

[2]) „Gleichwie einem Pferd, wenn es eine Unart an sich nimmt, durch Wohlthun und Habergeben das Stückchen, darüber es das Gute genossen, mehr zu thun angewöhnt wird.“

Kräfte ernste Gefahren für das Kleinod ihrer Libertät; die Oberräthe, die ständische Regierungsbehörde des Herzogthums, bezeichneten als die unerläßlichen Forderungen der Stände vor allem anderen: Wahl der Officiere aus den preußischen Landeseingesessenen, Vereidigung der Truppen auf die Landschaft und den Kurfürsten zugleich, Controle der Stände über die Verwendung der für die Truppen bewilligten Gelder, Errichtung eines Kriegsrathes unter Zuziehung „erfahrener Landeseinsassen“ [1]) — lauter Dinge, an deren Gewährung nicht gedacht werden konnte, wenn der Kurfürst nicht von vorn herein seinen Unternehmungen den Fluch ständischer Anarchie mitgeben wollte, der so eben in dem nahen Polen so sichtbar zu wirken begann.

Ende April trafen die beiden Commissare in Königsberg ein. Nicht die gesammten preußischen Stände waren berufen worden, sondern nur ein sogenannter Convocationstag, auf dem die Landräthe und eine bestimmte Anzahl Deputirter von Ritterschaft, Adel und Städten erschien. Die erste Antwort auf die Andeutungen über eine beträchtliche Geldhilfe, welche Waldeck und Hoverbeck machten, war die Hinweisung auf einen allgemeinen Landtag, der hierfür allein competent sei; ihre Instruction, so erklärten namentlich die Deputirten der Ritterschaft, gehe in Bezug auf das „Defensionswerk“ nicht weiter als auf die Verfügung über die provinciellen Militärkräfte, die Lehnspflichtigen und die Landmiliz der „Wibranzen“; bei wachsender Gefahr wolle der Adel „Mann für Mann auf sein“.

Damit konnte dem Kurfürsten wenig gedient sein. Aber trotz dieses bedenklichen Anfangs gelang es den Commissaren doch binnen kurzem eine andere Stimmung bei den Ständen hervorzurufen. Die oben angedeuteten Mittel werden nicht gespart worden sein; Waldeck wußte durch kluge Behandlung viele Einzelne zu gewinnen [2]); der Adel drängte sich zu den Officiersstellen; einer der angesehensten Männer des Herzogthums, der Oberstlieutenant von Kalkstein, der

---

[1]) Die Oberräthe an den Kurfürsten dat. Königsberg 23. März 1655 (Berl. Arch.). Vergl. Rauchbar S. 72.

[2]) Vergl. über die von ihm angewandte Methode Rauchbar S. 73 ff.

bei dem späteren Kampf des Kurfürsten mit den Ständen noch eine sehr verschiedene Rolle spielen sollte, reiste jetzt nach Warschau, dort seine polnische Charge zu quittiren und in den Dienst des Kurfürsten einzutreten; er war einer der eifrigsten, die Stände zur Vereinbarung mit den landesherrlichen Commissaren zu überreden [1]).

So konnten diese bald von günstigen Erfolgen berichten. Nach einigem Widerstreben der landständischen Deputirten ward man doch darüber einig, dem Kurfürsten für die Zwecke der Landesvertheidigung eine allgemeine Accise zu bewilligen; eine gemischte Commission ward zur vorläufigen Veranlagung derselben sogleich niedergesetzt; Waldeck schlug den vermuthlichen Ertrag derselben für ein Jahr auf 600,000 Rth. an. Dennoch war die Opposition noch immer stark genug; sie setzte es durch, daß man die Versammlung auf etwa zwei Wochen entließ, um von ihren Committenten neue Instructionen einzuholen; es schien allzu sehr gegen alles ständische Herkommen zu sein, hier Bewilligungen zu machen, ohne daß dabei von den „Gravamina" auch nur die Rede war.

Aber gegen Erwarten lief auch diese bedenkliche Maßregel glücklich ab. Die Heimkehrenden fanden, bei immer drohenderem Herandrängen der Gefahr, die Stimmung in ihren Kreisen jetzt überall so beschaffen, daß man zu allem bereit war; fast überall trug man den Deputirten auf, die Gravamina einstweilen auf sich beruhen zu lassen und für die Landesvertheidigung alles zu bewilligen, „was sie vor Gott, Sr. Churf. Dchl. und der Posterität zu verantworten getrauten" [2]). Nicht lange allerdings, so schlug diese bereitwillige Stimmung wieder in den gewohnten Ton um; für's erste aber trug sie doch wesentlich dazu bei, dem Kurfürsten einen festen Anhalt in Preußen zu geben.

Inzwischen versäumte Waldeck nicht, auch die ihm zugewiesenen militärischen Aufträge zu vollführen. Sowie kurz zuvor Sparr die

---

[1]) Relation von Waldeck und Hoverbeck dat. Königsberg 7. Mai und von Hoverbeck dat. 29. Mai 1655 (Berl. Arch.). Rauchbar S. 75; und über seinen Rückfall und seine Wiedergewinnung ebendas. S. 87.

[2]) So berichtet Hoverbeck auf der Reise nach Warschau von den Landestheilen, die er dabei berührte, dat. Janow 30. Mai 1655. (Ebendas.)

Festungen Pillau und Memel inspicirt hatte [1]), so unterrichtete er sich über den Stand der provinciellen Militärkräfte [2]); die Lehnsleute wurden aufgefordert sich bereit zu halten, die Wibranzen gemustert, organisirt und mit Officieren versehen, regelmäßige Uebungen ihnen vorgeschrieben, Pulver und Gewehre herbeigeschafft [3]); auch die Werbungen für die hier in Preußen neu zu errichtenden Regimenter brachte Waldeck in Gang. Der Soldat trat wieder in den Vordergrund; an der Formirung dieser ersten Grundlage der Armee des großen Kurfürsten, die jetzt begonnen wurde, hat Waldeck den wesentlichsten Antheil gehabt [4]).

Außerdem gelang es ihm, durch Anleihen, Verpfändungen und ständische Vorschüsse eine beträchtliche Summe Geldes sogleich baar aufzutreiben und für die Rüstungen im Reich dem Kurfürsten zuzubringen [5]). Sehr befriedigt von dem Erfolg seiner Sendung kehrte

---

[1]) Vergl. König Leben O. Chr. v. Sparr's S. 25.

[2]) Baczko Geschichte Preußens V. 177 ff. v. d. Oelsnitz Gesch. des Ersten Infanterie-Regiments S. 80. Waldeck und Hoverbeck Relation dat. Königsberg 21. Mai 1655.

[3]) Beiläufig zur Geschichte der Preise: der Verwalter der Seezollkasse, Christoph Melchior, erhält Auftrag in den Niederlanden tausend Stück Gewehre zu bestellen, das Stück „zu zwei Rth." (sic). l. cit. Es ist doch wol an gebrauchte Gewehre zu denken bei diesem Preise, etwa an solche, die die niederländische Regierung bei der Entlassung ihrer Truppen nach dem Frieden veräußerte.

[4]) Die technischen Einzelheiten dieser Armeeformation werden bei der sehr mangelhaften Erhaltung der militärischen Acten dieser Jahre kaum völlig festzustellen sein. Manches wird der militärgeschichtliche Forscher immerhin noch im Archiv zu Arolsen vorfinden, worauf ich hier nicht eingehen kann. Daß der Antheil Waldeck's ein sehr wesentlicher war, ergibt sich aus allem. Die Zweifel König's Leben Sparr's S. 26, welcher Dörflinger das hervorragendste Verdienst beilegen will, besagen nichts gegen Waldeck, wie auch v. d. Oelsnitz Geschichte des Ersten Infanterie-Regiments S. 80 bemerkt. In einem späteren Briefe, nach seinem Austritt aus dem Dienst des Kurfürsten, rühmt sich Waldeck einmal direct dieses Verdienstes: „S. Alt. Elect. n'a pas sujet de se plaindre de moi: la fortune ne l'eut jamais pu favoriser, si je ne lui eusse mis ses armes sus pied, et s'il s'en fust bien servi, il verroit les effects de mon intention" (Waldeck an den Hauptmann Wees von der kurfürstlichen Leibgarde dat. Rhoden 23. Juli 1660. Arolf. Arch.).

[5]) So streckt u. a. ein schottischer Capitain, Namens Montgommery, gegen

er nach Berlin zurück[1]), während Hoverbeck sich nach Warschau begab.

Bei all dem aber war man bis zur Stunde weder mit Polen noch mit Schweden im Klaren. In Polen herrschte nach wie vor die wüsteste planloseste Anarchie. So eben war, Anfangs Mai, der jüngere Bruder des Königs, der Prinz Karl gestorben, bei der Kinderlosigkeit Johann Casimir's bisher der präsumtive Thronfolger; nun war der König der letzte von dem katholischen Zweig der Wasa, und zu allen anderen Gründen der Verwirrung gesellte sich auch die Aussicht auf die künftige Wahl eines neuen königlichen Hauses. Die wiederholten Versuche des Kurfürsten, von Polen officiell mit einer aufrichtig gemeinten Friedensvermittelung nach Schweden hin beauftragt zu werden, scheiterten vollständig; mißtrauisch sah der Warschauer Hof auf seine gleichzeitigen Verhandlungen mit Karl Gustav und zog es vor, sich noch einmal in der letzten Stunde durch eine feierliche Gesandtschaft an diesen selbst zu wenden; natürlich ohne allen Erfolg. Wie hätte man auch dem preußischen Vasallen die Ehre der Vermittelung gegönnt, wie dem ketzerischen Fürsten trauen mögen, während gerade jetzt in dem allgemeinen wilden wider einander Taumeln, welches das Vorspiel der völligen Auflösung war, auch der Fanatismus des wildesten Dissidentenhasses mit Macht sich hervordrängte: „trotz der äußersten Noth und Gefahr haben sie es auf nichts anderes abgesehen, als alle Evangelischen aus dem Reiche zu schaffen; so sehr stürzen sie sich mit sehenden Augen ins Unglück“[2]). Und schienen nicht die Verhandlungen, auf die sich der Kurfürst mit den Ständen von Großpolen, König und Reichstag unbefragt, eingelassen hatte, zu dem gegründetsten Argwohn Anlaß zu geben? Diese Stände hatten den Kurfürsten aufgefordert, eine Reihe der wichtigsten Pässe ihres Landes mit seinen Truppen zu besetzen; als der König darauf ihnen angekündigt, daß

Verpfändung eines Gutes 10,000 Rth. vor. Vielleicht derselbe, der später bei der Entführung des jüngeren Kalkstein aus Warschau eine Rolle spielte.

[1]) Waldeck an Sommelsdyck dat. Berlin 29. Mai 1655.

[2]) Relation von Andreas Adersbach aus Warschau dat. 10. Juni 1655. (Berl. Arch.)

er selbst mit der königlichen Armee nach Großpolen kommen und die Vertheidigung leiten werde, hatten sie dies ebenso wie die Absendung einer königlichen Heeresabtheilung „mit Complimenten abgelehnt“ [1]).

Der Reichstag, der im Mai und Juni in Warschau versammelt war, zeigte das gewohnte Spiel lähmender Parteikämpfe, ohnmächtigster Zerrissenheit, allseitigen Mißtrauens in vollster Blüthe. Das Generalaufgebot ward beschlossen; aber wenn der König darauf drang, daneben eine Anzahl regulärer Regimenter deutschen Fußvolks zu werben, so erhob sich der Ruf, er strebe danach, bei dieser Gelegenheit „sich absolut zu machen“, und der Plan mußte aufgegeben werden. Nirgends Geld, oder die Möglichkeit dasselbe zu erlangen; „die Weltlichen zielen meistentheils dahin, daß man der Kirchen Schätze und Zierat angreifen solle, die Geistlichen weisen auf der Weltlichen Tafelsilber und Kleinodien“; die Großpolen priesen das Exempel des Kurfürsten in Preußen, „der für seiner Unterthanen Wohlfahrt dergestalt sorgt, daß er sogar mit seinen Kammer- und Tafelgütern den Anfang macht, damit ja in der Defensionsverfassung nichts verabsäumt werde“ [2]). Zu solchen persönlichen Opfern war freilich weder Johann Casimir, noch seine schätzesammelnde französische Gemahlin geneigt [3]).

Was hatte Brandenburg aus diesem sich selbst verzehrenden Chaos heraus für seinen Schutz, für seine Interessen zu erwarten? Hoverbeck fand, als er nach Warschau kam, den trotzigsten Uebermuth und die rathloseste Entmuthigung wunderlich gepaart. Man sucht den Kurfürsten eifrig zu gewinnen; daneben taucht gelegentlich die Idee auf, ohne weiteres ein paar Regimenter nach Preußen zu schicken und dort ihm das Defensionswerk vorweg aus der Hand zu

---

[1]) Relation Hoverbeck's dat. Warschau 6. Juni 1655. (Ebendas.)

[2]) Ebendas.

[3]) Die Erbschaft des mit Hinterlassung großer Reichthümer gestorbenen Prinzen Karl wurde auf zwölf schwerbeladenen Sechsspännern in Warschau eingebracht. (Relation Abersbach's dat. Warschau 17/27. Mai 1655.) Einiges davon ließ der König einige Zeit nachher in Crakau zu Münzen schlagen, stellte dies aber bald wieder ein. (Derselbe dat. 8. u. 15. Aug. st. n. 1655.)

nehmen [1]). Man hofft auf einen Frieden mit den Russen, über die so eben Fürst Janus Radziwil in Littauen einige glückliche Siege erlangt, man pocht auf das Generalaufgebot und prahlt, die Schweden wol bestehen zu können; daneben dann doch wieder das allgemeine Gefühl, verrathen und verlassen zu sein, ohne Rettung. Für Brandenburg dabei immer im Hintergrund die Aussicht, daß Polen im letzten Moment durch die Preisgebung Preußens an die Schweden sich doch noch den Frieden erkaufen könne.

Offenbar, es kam überhaupt auf das, was hier gewollt oder nicht gewollt wurde, nur das wenigste an; in der Verfassung, in welcher sich Polen gegenwärtig befand, konnte es zunächst nur als Object für fremde Experimente dienen. Von Schweden her mußten jetzt die Entscheidungen kommen.

Am Hofe Karl Gustav's war schon seit mehreren Monaten Dobrzenski als Gesandter des Kurfürsten accreditirt. Unter seinen Augen gingen die immer umfassenderen Rüstungen für Heer und Flotte vor sich, welche Stockholm und ganz Schweden erfüllten. „Allarme in allen Gassen", schreibt er, „man will von nichts anderem hören als vom Krieg". Die Vermittelungsvorschläge, die der Kurfürst auch hier machen ließ, wurden höflich angehört und ebenso bei Seite geschoben; ein schwedischer Gesandter, Bartholomäus von Wolfsberg, der jetzt nach Berlin geschickt wurde, um als Resident an dem Hofe des Kurfürsten zu bleiben, hatte den bestimmten Auftrag, diesem alle etwa noch vorhandenen Vermittelungsgedanken als völlig aussichtslos zu benehmen, zugleich aber auch aufs entschiedenste alle bedrohlichen Absichten des Königs gegen die preußischen Lande des Kurfürsten in Abrede zu stellen; die früheren Aeußerungen Schlippenbach's in Betreff der preußischen Häfen wurden in formellster Weise desavouirt [2]); gegen Dobrzenski äußerte der König im Vertrauen, er wünsche nur eine Satisfaction in dem königlichen

---

[1]) Vgl. auch Rauchbar S. 73.

[2]) Seine Instruction bei Pufendorf Carol. Gustav. I. §. 58. Vgl. II. §. 54. Wie bestimmt man dennoch früher auf die preußischen Häfen und auf den financiellen Ertrag aus denselben gerechnet hatte, den man auf jährlich 700,000 Rth. anschlug, ergibt sich ebend. I. §. 57.

Preußen davon zu tragen, dann werde er Polen in Ruhe lassen und seine Waffen anderswo versuchen [1]). Als der Gesandte gegen einen der obersten schwedischen Räthe eine Andeutung fallen ließ von der Lästigkeit des Lehnsverhältnisses zu Polen und auf die von dem Kurfürsten zu wünschende Souverainität anspielte, fand er die entgegenkommendste Aufnahme: das sei würdig gedacht, gute Gelegenheiten seien dazu da, benutzt zu werden [2]).

Aber über allgemeine Versicherungen dieser Art kam Dobrzenski in Stockholm doch nicht hinaus, so sehr er sich bemühte, genaueres über die Absichten des schwedischen Königs, namentlich dem Kurfürsten gegenüber, zu erfahren.

Und doch mußte man in Berlin im höchsten Maße gespannt sein, endlich eine bestimmte Ansicht über die bevorstehende Gestaltung der Dinge zu gewinnen.

Denn keineswegs doch bloß mit Gedanken der Sicherung und Abwehr stand das Cabinet des Kurfürsten der jetzt sich immer mehr complicirenden Lage gegenüber. Am wenigsten ließ Waldeck sich mit einer solchen Rolle begnügen. Ueberall spüren wir, wie sein energischer pläne- und wendungsreicher Geist auf Mittel sinnt, um der brandenburgischen Politik in den jetzt nicht mehr zu vermeidenden Verwickelungen doch eine selbständige, active Rolle zu ermöglichen, ja, allen Hindernissen zum Trotz, sie doch auch jetzt noch auf die Bahnen wieder einlenken zu lassen, auf denen sein Ehrgeiz sich vorzugsweise zu bethätigen wünschte.

Man hat hier einen wesentlichen Zug dieser Verhandlungen bisher immer unbeachtet gelassen, der allerdings erst im Zusammenhang mit unserer obigen Darstellung von Waldeck's Plänen ganz verständlich wird.

Die Krisis im Norden mit den eigenen Mitteln zu beschwichtigen oder auch nur hinauszuschieben, vermochte man nicht, und Frankreich versagte seinen Dienst dazu. Wir sahen, wie dadurch

---

[1]) Relation Dobrzenski's dat. Stockholm 28. Apr. 1655. (Berl. Arch.)

[2]) Dobrzenski an Waldeck id. dat.: „que mes pensées estoient nobles et que les occasions se présentent pour y réussir.“

die Pläne verschoben wurden, die Waldeck für die deutschen Angelegenheiten hegte. Wie nun, wenn man den Versuch machte, beides zu combiniren, den Dingen in Polen ihren Lauf zu lassen und dabei doch die projectirten Unternehmungen in Deutschland nicht aufzugeben? „Ich habe keine Ruhe, schreibt Waldeck, bevor ich das meinige für die Herstellung der Freiheit im Reich und die Sicherung der Religion gethan habe.“ [1]).

Der Weg, der jetzt übrig blieb, lag klar vor Augen. Man mußte, da Frankreich sich zurückhielt, das Einverständniß mit Schweden suchen. Waldeck's Gedanke war, dieses, und vielleicht sogar die eventuelle Mitwirkung der nordischen Macht, zu erlangen, indem man derselben ein enges Bündniß anbot, welches die nordischen und die deutschen Angelegenheiten zugleich umfaßte: Schweden, das war der Sinn, sollte in Polen, Brandenburg in Deutschland sich arrangiren und beide zu diesem Zweck sich solidarisch verbinden.

Die Verhandlungen über dieses neue Project sind im höchsten Geheimniß geführt worden; vielleicht haben nur der Kurfürst, Waldeck und Dobrzenski davon gewußt. Zunächst erhielt der letztere Auftrag, in Stockholm mit aller Vorsicht Eröffnungen in dieser Richtung zu machen, ein Bündniß anzubieten, welches zugleich neben den nordischen auch die deutschen Reichsangelegenheiten mit beträfe; es ist nicht zu erkennen, wie weit man verrieth, was die Formel bedeuten sollte [2]). Aber es glückte damit zunächst am schwedischen Hofe nicht besser als am französischen. Die Andeutungen Dobrzenski's über eine Alliance wurden höflich aufgenommen, zugleich aber hinzugefügt, der König wolle „anitzo dero Reich Schweden in deutsche

---

[1]) Waldeck an Sommelsdyck dat. Berlin 3. April 1655; nebst der Andeutung über den „autre dessein“, den er jetzt zu formiren im Begriff stehe.

[2]) In der officiellen Correspondenz mit Dobrzenski, die auch zur Kenntniß der Kanzlei und anderer Räthe kam, wurde dies natürlich nicht verhandelt; neben ihr her ging ein eigenhändiger Briefwechsel Waldeck's mit dem Gesandten; die Briefe Waldeck's sind nicht vorhanden; einige Antworten Dobrzenski's an ihn aber lassen das Verhältniß erkennen. Eine dunkele, ganz unklare Andeutung über die Sache hat Rauchbar S. 78.

Troublen nicht gerne engagiren" [1]); ferneren Erklärungen wich man aus, der eine Gedanke des Krieges gegen Polen drängte alles andere in den Hintergrund [2]).

Inzwischen aber brachte Waldeck die nämliche Angelegenheit in Berlin bei dem schwedischen Residenten Wolfsberg zur Sprache; der Kurfürst selbst hatte eine Conferenz mit demselben. Ueber die Vorgänge bei diesen Unterredungen sprechen die schwedischen unzweifelhaft authentischen Berichte am deutlichsten [3]). Waldeck ging offen mit dem Anerbieten heraus, und der Kurfürst wiederholte es, eine Alliance mit Schweden zur Erreichung seiner Absichten gegen Polen zu schließen, unter der Bedingung, daß diese Absichten offen kundgegeben und zugleich auch ein Bündniß in Betreff der deutschen Angelegenheiten abgeschlossen würde; es wurde hinzugefügt, daß der Kurfürst sich mit dem König persönlich zu bereden wünsche.

Die Antwort Wolfsbergs zeigt, daß er über die Bedeutung dieses begehrten deutschen Bündnisses nicht in Zweifel war; er lehnte dasselbe ab: es sei für den König unter den jetzigen Verhältnissen nicht räthlich, sich mit dem Kaiser und dem Hause Oesterreich auf einen gespannten Fuß zu setzen. Die schwedische Diplomatie widerstand dem Versuche Waldeck's, aus der nordischen Krisis doch noch Capital für seine deutsche Politik zu machen und dem schwedischen Angriff gegen Polen zugleich noch eine antihabsburgische Spitze anzusetzen; die Gesandten Karl Gustav's, die bald darauf zur Conferenz mit den brandenburgischen Deputirten nach Stettin abgeordnet wurden, erhielten bestimmte Instruction, das gewünschte Bündniß für die Reichsangelegenheiten abzulehnen, etwaige Invectiven gegen

---

[1]) Relation Dobrzenski's dat. Stockholm 12. Mai 1655.

[2]) Dobrzenski an Waldeck dat. Stockholm 16. Juni 1655: „on est tellement embarassé avec les desseins contre la Pologne, qu'on n'attend parler qu'avec déplaisir des affaires qui touchent l'Empire."

[3]) Pufendorf Carol. Gustav. II. §. 55. läßt, jedenfalls nach den Gesandtschaftsberichten Wolfsbergs, den Inhalt dieser Gespräche deutlicher erkennen, als die Darstellung desselben, Frid. Wilh. V. §. 37., wo, wie nicht selten in diesem doch oft sehr mechanisch gearbeiteten Werk, die Hauptsache durch die ganz überflüssige Uebersetzung der gleichgiltigsten Formalitäten und Nebensachen erdrückt wird.

den Kaiser stillschweigend anzuhören und gelegentlich den Schein anzunehmen, als bestände zwischen Schweden und dem Kaiser das beste Einvernehmen[1]).

Für diesmal war der Versuch mißlungen. Es scheint, daß man schnell einlenkte, als man die Aussichtslosigkeit desselben bemerkte. Der Kurfürst kam dann mit Wolfsberg auf die Frage der Souverainität zu sprechen; er bezeichnete sie, nebst Abtretung des Bisthums Ermland und einiger Striche von Samogitien und Littauen, als die Bedingungen, unter denen er etwa zu einem Bündniß mit Schweden sich entschließen würde[2]); zu entscheidenden Verabredungen konnte man natürlich mit dem Residenten nicht gelangen.

Diese sollten im Juli zu Stettin Statt finden, wohin der König den Grafen Bengt Oxenstjerna vorausschickte, um womöglich noch vor seiner eigenen Ankunft mit Brandenburg abzuschließen. Eben jetzt waren die schwedischen Vorbereitungen zum Kriege beendet; von Livland aus hatten die Feindseligkeiten bereits in den letzten Tagen des Juni begonnen; Anfang Juli setzte sich das in Pommern gesammelte Heer unter dem Feldmarschall Wittenberg in Bewegung, durch das brandenburgische Hinterpommern nach Großpolen vorzudringen und dort den Feldzug zu eröffnen; unter Berufung auf eine Bestimmung des westfälischen Friedens ward der Durchzug durch das Gebiet des Kurfürsten in Anspruch genommen[3]). Bald darauf begaben sich Waldeck und Schwerin nach Stettin, um dort die Unterhandlung mit Oxenstjerna und dem ihm beigegebenen Präsidenten der vorpommerischen Regierung Lilieström[4]) zu beginnen.

---

[1]) Pufendorf Carol. Gustav. II. §. 55.

[2]) Ebendas.

[3]) Inst. Pac. Osn. Art. XVII. §. 9. Schreiben Wittenberg's an den Kurfürsten dat. Stettin 22. Juni (2. Juli) 1655. (Berl. Arch.)

[4]) Ueber Lilieström und seine bisherigen Beziehungen zu Brandenburg s. Urk. u. Actenst. I. 405. IV. 835. n. 17.

Die Conferenz zu Stettin.

Es läßt sich nun doch nicht verkennen, daß in dieser Zeit die Stimmung des Berliner Cabinets, offenbar unter dem vorwaltenden Einfluß Waldeck's, mehr und mehr einen aggressiven Charakter angenommen hatte [1]). Ich trage, Angesichts der Acten, kein Bedenken, zu behaupten, daß dieselbe jetzt, beim Beginn der entscheidenden Stettiner Verhandlungen, fast ebenso theilungs- und eroberungslustig war als es die Karl Gustav's und seiner Räthe nur sein konnte; ließ sich Schweden jetzt bereit finden, dem Kurfürsten die Vortheile und Garantien zu gewähren, die dieser beanspruchen mußte, so war man hier jetzt unzweifelhaft völlig geneigt, der schwedischen Theilungs- und Eroberungspolitik sich durchaus anzuschließen und aus den Spolien der polnischen Republik soviel davonzutragen als die Verhältnisse gestatten wollten. Der Plan, den Dingen eine Wendung nach der deutschen Politik hin zu geben, zeigte sich für's erste unausführbar; den Kampf zu verhindern, Polen zu retten, nicht minder; es blieb nur übrig, sich an dem zu hoffenden Gewinn zu betheiligen. Aber die äußerste Vorsicht war, gegenüber den bis jetzt noch keineswegs klar zu durchschauenden Absichten Schwedens, streng geboten.

In diesem Sinne wurden Waldeck und Schwerin nach Stettin abgeordnet. Gerade diese Conferenz aber bildete einen Wendepunkt.

Wie die Dinge lagen, war es natürlich nicht viel mehr als eine Formalität, wenn die beiden Gesandten nochmals von Friedensvermittelung zu sprechen begannen; die schwedischen Bevollmächtigten schoben von vorn herein jeden Gedanken an eine friedliche Lösung als abgethan bei Seite.

Aber auch die brandenburgischen Instructionen gingen viel weiter [2]).

---

[1]) Daß ich in der Auffassung dieser Stettiner Verhandlungen, sowie der brandenburgischen Politik in diesem ersten Stadium des nordischen Krieges überhaupt, von den bisherigen Darstellungen wesentlich abweiche, genügt im Allgemeinen bemerkt zu werden; der Kundige wird die einzelnen Differenzpunkte herausfinden, ohne daß ich bei jedem Schritte darauf aufmerksam mache.

[2]) Haupt- und Nebeninstruction dat. Cölln a. Sp. 4. Juli 1655. (Berl. Arch.)

Die Gesandten waren bevollmächtigt, ein Bündniß mit Schweden abzuschließen, bei dem der König sich verpflichten sollte, nicht eher Frieden zu schließen, bis die für Brandenburg dabei zu bedingenden Vortheile in vollem Maße gesichert seien. Von solchen wird zunächst die Souverainität für Preußen verlangt; dieselbe ist auch auszudehnen auf alle diejenigen Gebietstheile, welche der Kurfürst als „Satisfaction" erhalten wird. Schweden darf keinerlei concurrirende Gewalt in dem Herzogthum, namentlich in Bezug auf Handel und Schiffahrt beanspruchen; auch von einer etwaigen Theilnahme an den Zollerträgen darf nicht die Rede sein. In einer besonderen Assecuration, unter Garantie der Krone Frankreich und der Generalstaaten, soll der König sich verpflichten, daß er keinerlei Anspruch dieser Art erheben, noch auch denselben bei etwaigen Friedensverhandlungen sich von Polen cediren lassen will.

In einer besonderen Nebeninstruction ging man weiter heraus. Es ward den Gesandten anheimgegeben, den König durch die Aussicht zu gewinnen, „daß Wir nach Ableben des itzigen Röm. Kaisers die Krone niemand lieber als J. Kön. Maj. gönnen" [1]). In Bezug auf den für Brandenburg erwünschten Antheil an den zu machenden Eroberungen wird auf das Großfürstenthum Littauen hingewiesen, welches um so geeigneter sei, als dasselbe ohnedies schon früher „Unsere Vorfahren besessen"; man wußte, daß in Littauen die Radziwil'sche Partei schon seit Beginn der jetzigen Wirren daran dachte, sich unter brandenburgischen Schutz zu stellen und vielleicht gar den Kurfürsten beim bevorstehenden Abgang des Hauses Wasa als Thronfolger in Aussicht zu nehmen [2]). Das Bisthum Ermland war schon früher als nothwendig von dem Kurfürsten zu beanspruchende Erwerbung bezeichnet worden. Auch diese Forderung ward jetzt wiederholt, mit dem bestimmten Zusatz, daß die Stadt Braunsberg mit ihrem Hafen davon nicht etwa ausgeschlossen wer-

---

[1]) Eine Höflichkeit, die schwedischer Seits durch Graf Schlippenbach dem Kurfürsten zurückgezahlt wurde; s. Urk. u. Actenst. II. 45.

[2]) Pufendorf Frid. Wilh. V. §. 17.; vergl. über die etwas weit hergeholte jagellonische Verwandtschaft des Kurfürsten Urk. u. Actenst. I. 161.

den dürfe [1]); der Wunsch, auch Elbing zu besitzen, wird ausgesprochen, doch soll darauf nicht bestanden werden; einige Striche von Samogitien desgleichen.

Aber damit noch nicht genug. Die oben berührten Gedanken an eine theilweise Erwerbung von Großpolen waren bei all dem keineswegs aufgegeben. Außer ihrer officiellen Haupt- und Nebeninstruction waren die beiden Gesandten in Besitz einer eigenhändigen Aufzeichnung des Kurfürsten, die leider verloren gegangen, deren Hauptinhalt aber aus verschiedenen Erwähnungen in den Acten dieser Gesandtschaft deutlich erkennbar ist [2]). In derselben erbot sich der Kurfürst zu einem „ewigen Bündniß" mit Schweden; als Gegenleistung forderte er die Ueberlassung einer „Communicationslinie" zwischen der Mark und dem Herzogthum Preußen, nebst den erforderlichen Pässen über die Weichsel. Das hieß natürlich nicht, was wir eine Etappenstraße nennen, sondern die Erwerbung des großpolnischen Landstriches zwischen der Neumark und der westlichen Grenze von Preußen, also namentlich des Netze-Districtes und eines Theils von Cujavien jenseits der Weichsel, „also daß Wir beide Ufer der Weichsel behalten" [3]). Die jüngst begonnenen Ver-

---

[1]) Letztere Bemerkung nachträglich als Erwiderung auf den betreffenden Vorschlag der Schweden: „Ermland ohne Braunsberg halten Wir wie einen Leib ohne Seele." Resolution des Kurfürsten auf die Relation dat. Stettin 10. Juli (Conc. v. D.). Ebenso wird die folgende Nennung von Elbing erst in einer späteren Resolution (22. Juli) hinzugefügt.

[2]) Nur dieses „Project" war von dem Kurfürsten eigenhändig, nicht die eigentlichen Instructionen für die Gesandten, wie Droysen III. 2. 211 angibt; deren Concepte sind vorhanden und von Somnitz geschrieben.

[3]) So in einem etwas späteren Schreiben des Kurfürsten an Schwerin und Dobrzenski dat. Cölln a. Sp. 10. August 1655. — Die Forderung der Communicationslinie findet sich auch schon in der Nebeninstruction; in dem eigenhändigen Project des Kurfürsten war eine genaue Specification der einzelnen verlangten Landstriche und Plätze enthalten. Möglich auch, daß die Forderung des Kurfürsten schon hier ungefähr dasselbe umfaßte, wie einige Monate später bei den Marienburger Verhandlungen, wo er in einem ebenfalls eigenhändigen Zusatz zu der Instruction für Waldeck und Platen (2. Mai 1656) verlangt: „das Stück von Großpolen, welches sich von Crossen bis an Warschau und wieder bis an Neidenburg oder Ortelsburg erstreckt". Vergl. unten. Gelegentlich

handlungen mit den Ständen von Großpolen schienen für diese Erwerbung einen unmittelbaren Anhalt zu bieten.

Der schwedische Eroberungsantheil, der einem auf diese Bedingungen gestellten Bündniß entsprechen soll, ist nun nach der Meinung des brandenburgischen Cabinets das gesammte bisher polnische Preußen, nebst Pomerellen, wie dasselbe auch von Karl Gustav und seinen Räthen unterschiedlich als der von ihnen begehrte Siegespreis hingestellt worden war; „dazu, verspricht der Kurfürst, will ich auch meinestheils behilflich sein" [1]).

Und ferner wird endlich auch der Fall vorgesehen, daß die Eroberungen der beiden Bundesgenossen sich noch weiter als auf die bisher genannten Theile von Polen erstrecken würden: dann, so war die Ansicht in Berlin, müsse eine neue Vereinbarung getroffen werden; auch für diese Eventualität hatten der Kurfürst und Waldeck bereits mündlich das nöthige besprochen [2]).

Dies waren also die Bedingungen, welche Brandenburg für seinen Beitritt zu dem schwedischen Bündniß gegen Polen jetzt stellte. Aber noch ein Vorbehalt ward hinzugefügt: der Kurfürst verlangte, daß es ihm gestattet werde, den offenen Bruch mit Polen noch eine Weile hinauszuschieben, inzwischen der Form wegen die hundert Reiter, zu deren Stellung er lehnsmäßig verpflichtet, zu dem polnischen Heer zu schicken [3]) und daß „die Declaration gegen Polen nicht eher geschehen dürfe, bis ich mit meinen Völkern in Polen und über die Weichsel gekommen" [4]), d. h. nicht eher, als bis der Kurfürst unter dem Schutz fortgesetzten friedlichen Verhaltens zu Polen und unter dem Vorwand des von den großpolnischen Ständen erbetenen militärischen Schutzes sich in den Besitz der von ihm ge-

---

werden auch noch Graudenz, Neuenburg und Mewe als Pässe über die Weichsel verlangt.

[1]) Der Kurfürst an Waldeck und Schwerin dat. Oranienburg 22. Juli 1655. (Berl. Arch.)

[2]) Ebendas.: „wie es mit dem zu halten, was über dieses [d. h. außer dem] durch Entreprisen erlangt wird, davon hab ich Euch, dem Grafen Waldeck, meine Gemüthsmeinung entdeckt".

[3]) So in der Hauptinstruction.

[4]) So in dem citirten Schreiben vom 22. Juli 1655.

wünschten Landschaften der „Communicationslinie“ gesetzt haben würde, deren Pässe und feste Plätze er kurz zuvor durch den obenerwähnten (S. 313) Ingenieurofficier hatte auskundschaften lassen.

Man sieht, wie die Dinge lagen. Es war die diplomatische Weise der Zeit, das Doppelte und Dreifache zu verlangen, um nach dem üblichen Feilschen und Markten der Verhandlungen sich schließlich mit dem Einfachen zu begnügen. Aber wie auch immer, wir sehen das Berliner Cabinet in diesem Moment völlig und mit dem lebhaftesten Eifer in dem vollen Zuge einer auf die Theilung Polens gerichteten Politik; einer Politik, zu der jetzt zunächst Schweden den Ton angegeben hatte und deren Gefahren Brandenburg nur durch eine energische active Theilnahme, oder, wenn man will, Mitschuld, für sich unschädlich machen konnte; einer Politik, für welche zu diesem Motiv des Dranges ganz unverkennbar und natürlich sich auch die Lust zu Erwerb und Erweiterung, die begehrliche Expansivkraft eines an allen Enden unfertigen und geographisch zusammenhangslosen Staates gesellte; einer Politik endlich, die in ihren Zielen den hundert Jahr später folgenden Theilungsplänen auf's engste verwandt ist und nach ihrer moralischen Qualität weder höher noch niedriger steht als jene.

Unzweifelhaft haben wir Waldeck als die Seele auch dieser Projecte zu betrachten. Es gab Männer am Berliner Hofe, die anders über die Lage dachten [1]; aber der Kurfürst persönlich stand jetzt unverkennbar mit Waldeck auf demselben Boden. Die Verhandlung in Stettin ward mit ungewöhnlichen Vorsichtsmaßregeln umgeben; die Gesandten schrieben Berichte, in denen das wesentlichste verschwiegen wurde und die nur dazu bestimmt waren, die Neugier der nicht eingeweihten Räthe und die Unzuverlässigkeit der Kanzlei abzufinden und abzulenken, und auf welche aus der Kanzlei wieder ebenso inhaltslose Antworten zurückgeschickt wurden; die

---

[1] Wahrscheinlich gehörte auch Schwerin dazu, der Genosse Waldeck's bei dieser Gesandtschaft; jedenfalls wird er nach Temperament und Ueberzeugung, vielleicht auch vermöge seiner persönlichen Abneigung gegen Waldeck der minder weitgehenden Richtung angehört haben und war vielleicht gerade deshalb Waldeck beigegeben worden.

eigentlichen Verhandlungen sind in eigenhändigen Schreiben Waldeck's und Schwerin's niedergelegt, die nur für das Cabinet des Kurfürsten bestimmt waren, und zu deren Beantwortung als der, wie es scheint, einzige ganz Eingeweihte, der geheime Rath von Somnitz gebraucht wurde. Man war natürlich auf schwedischer Seite nicht wenig gespannt auf die Entscheidung des Kurfürsten, und der Resident Wolfsberg in Berlin wußte Mittel und Wege, sich die genausten Nachrichten vom Hofe zu verschaffen.

Mit den besten Versicherungen Oxenstjerna's begann die Conferenz in Stettin: noch nie habe er, so lange er bei den Affairen gewesen, eine so unlimitirte Instruction gehabt wie diesmal, um nur die gewünschte Freundschaft zu stiften; dieselbe solle bald so groß sein, daß zwischen schwedischem und brandenburgischem Interesse kein Unterschied mehr sein werde. Er verhehlte nicht, daß dem König viel daran gelegen sei, sich mit dem Kurfürsten zu einigen; er sprach das Wort der Theilung unverholen aus; er machte wol bei einer Sitzung auf der Tafel vor ihm einen Strich und rief: „das eine Theil soll unser und das andere euer sein". Zugleich erfuhren die beiden brandenburgischen Gesandten hier genug von authentischen Nachrichten aus Polen, um ihnen allen Zweifel an der hoffnungslosen Lage der Republik zu benehmen: nach aller möglichen Berechnung, schreibt Waldeck, sind die Polen verloren und wenn wir nicht mitmachen, so sind wir es mit und es geht über uns her [1]).

So schien denn alles dazu angethan, die Dinge in die gewünschte Bahn kommen zu lassen. Allerdings mußte es Bedenken erregen, wenn die schwedischen Commissare eifrig den Beitritt des Kurfürsten forderten und es doch beharrlich ablehnten, über Zweck und Ziel des Krieges mehr als ganz allgemeine Andeutungen zu geben. Und andererseits mußte den Schweden jener von den Brandenburgern geforderte Aufschub des offenen Bruchs mit Polen natürlich nur als ein ziemlich durchsichtiges Manoeuvre erscheinen,

---

[1]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Stettin 9. u. 10. Juli 1655 (eigenh. Berl. Arch.). Die Datirung ist nach altem Stil.

um so lange als möglich abzuwarten, „was sie vor Glück haben würden" und im schlimmeren Fall den Kopf aus der Schlinge ziehen zu können. Aber über einzelne Punkte ließ sich schon eine Verständigung voraussehen; die Souverainität von Preußen, die Erwerbung von Ermland und einem Theil von Samogitien sagten die Schweden vorläufig zu[1]); als Erwerbungsobject für Schweden wurde das königliche Preußen und Pomerellen hingestellt.

Doch die Schwierigkeiten traten bald genug zu Tage. Die größte von allen war die Alliance, welche Brandenburg so eben im Begriff stand mit den Generalstaaten im Haag abzuschließen und die Schweden sich dort vergeblich bemüht hatten zu vereiteln[2]). Diese, so erklärte Oxenstjerna, sei unbedingt unvereinbar mit der Freundschaft Schwedens, gegen welches das niederländische Bündniß allein gerichtet sein könne. So dringend war die Einsprache, die er erhob, daß die beiden Gesandten auf eigene Faust an Weiman nach dem Haag schrieben und ihn aufforderten, den Abschluß noch eine Weile zu verzögern[3]).

Und nun landete eben in diesen Tagen König Karl Gustav mit seiner zweiten Hauptarmee in Vorpommern (15/25. Juli). Die ersten Nachrichten, die er auf deutschem Boden empfing, waren die eine von dem glänzenden Erfolg, den Feldmarschall Wittenberg an der Netze erlangt, wo das gesammte Aufgebot von Großpolen capitulirt und sich den Schweden ergeben hatte; die andere, die sich freilich nachmals nicht bestätigte, daß eine holländische Flotte unter dem Admiral Tromp in See gegangen sei[4]). Hier schien die Wirkung des brandenburgisch-holländischen Bündnisses sich bereits anzukün-

---

[1]) Relation dat. Stettin 10. Juli (von Schwerin eigenh. geschrieben, wie alle folgenden gemeinsamen Relationen). Ich finde in den Acten nicht, daß die Schweden in diesem Stadium der Verhandlung die Forderung der Souverainität als „eine Lächerlichkeit" zurückgewiesen hätten, wie Droysen S. 212 angibt. Hier in der Sitzung vom 10. Juli erklären sie sich positiv damit einverstanden. Vergl. Pufendorf Frid. Wilh. V. §. 45.

[2]) Durch den schwedischen Residenten im Haag, Harald Appelboom; s. Pufendorf Carol. Gustav. II. §. 55.

[3]) Urk. u. Actenst. IV. 141.

[4]) Geijer-Carlson IV. 91.

digen, und alle Pläne Karl Gustav's, der ganze Erfolg seines Unternehmens schien auf dem Spiel zu stehen, wenn jetzt unter Connivenz des Kurfürsten die niederländische Flotte in der Ostsee erschien und in seinem Rücken zu operiren begann.

Es konnte nicht anders sein, als daß diese Frage jetzt sich in den Vordergrund stellte. Sie ist für den Gang dieser Verhandlungen, für die ganze Stellung Brandenburgs in der ersten Phase der nordischen Krisis entscheidend gewesen.

Waldeck ging dem König zur Bewillkommnung nach Wolgast entgegen. „Nun soll der Kurfürst erfahren, daß ich sein Freund bin", hatte Karl Gustav geäußert, als er die Nachricht von dem glücklichen Erfolg in Großpolen erfuhr. Aber als unumgängliche Bedingung stellte er dem brandenburgischen Diplomaten sogleich hin: Abbruch der Allianceverhandlung mit den Niederlanden; ohne diese „wäre an nichts weiter zu gedenken". Einige Tage später wurden die Verhandlungen in Stettin fortgesetzt; ersichtlich wuchs auf schwedischer Seite das Mißtrauen gegen die Absichten des Kurfürsten mehr und mehr; sein Verlangen, den Bruch mit Polen noch längere Zeit hinausschieben zu dürfen, mußte sehr bedenklich erscheinen; man forderte, daß er sogleich mit einigen tausend Mann sich dem König anschließe; aber was auch von einzelnen Fragen vorgenommen werden mochte, immer kamen die Schweden auf den Hauptpunkt zurück: „nimmer und in Ewigkeit nicht wollten sie die Generalstaaten in die Ostsee kommen lassen, oder ihnen verstatten, darüber etwas zu disponiren" [1]).

Am 2. August kam der König selbst nach Stettin. Folgenden Tags fand die entscheidende Sitzung Statt. Man hatte den bettlägerigen Lilieström auf das Schloß gebracht, um unter directer Theilnahme des Königs zu tractiren; hin und hergehend zwischen dem Sitzungszimmer und dem Gemach des Königs führte Oxenstjerna die Unterhandlung.

Die Brandenburger hatten keinen Auftrag, in der niederländi-

[1]) Waldeck und Schwerin an den Kurfürsten dat. Stettin 22. Juli (1. Aug.) 1655.

schen Sache zu weichen. Der König ließ ihnen zunächst eröffnen, daß er in die Abtretung des Bisthums Ermland nicht willigen könne, er müsse dasselbe selbst haben als Ergänzung zu dem königlichen Preußen; der Kurfürst solle in Littauen entschädigt werden. In allen bisherigen Verhandlungen war die Erwerbung Ermlands für Brandenburg, mit oder ohne Braunsberg, immer einer der am festesten stehenden Punkte gewesen. Auf die lebhaften Remonstrationen Waldeck's und Schwerin's nahm der König die Frage zu fernerer Berathung zurück. Es war nur eine Vorbereitung für die folgende Forderung gewesen. Denn nun endlich kamen die Schweden mit dem Verlangen heraus, welches bisher noch nie formell gestellt, ja sogar bestimmt abgeläugnet worden war: die schwedische Kriegsraison erfordere es, daß ihnen bis zum Ende des Kriegs die Festung Memel eingeräumt werde und der in Pillau von dem Kurfürsten eingesetzte Commandant dem König und dem Kurfürsten zugleich schwören müsse [1]). Die Theilnahme Schwedens an dem Ertrag der preußischen Hafenzölle stand hiermit natürlich in unmittelbarer Verbindung.

So hatte man denn endlich diese schon längst gefürchtete Forderung. Noch vor kurzem hatte Karl Gustav gegen Dobrzenski auf's bestimmteste in Abrede gestellt, daß er dem Kurfürsten diese Zumuthung zu machen gedenke; es wird kaum zu bezweifeln sein, daß die Erhebung derselben in diesem Augenblick in der That die Folge der letzten Nachrichten aus den Niederlanden und der Beharrlichkeit war, womit Brandenburg an der Alliance mit den Generalstaaten festhielt [2]).

Auf's energischste wiesen Waldeck und Schwerin das Ansinnen

---

[1]) Waldeck und Schwerin an den Kurfürsten dat. Stettin 24. Juli (3. Aug.). Droysen S. 214 läßt die Schweden auch einen schwedischen Commandanten für Pillau fordern; die Worte des Briefes sind zweideutig; daß sie in der im Text angenommenen Weise zu verstehen sind, zeigt Pufendorf Carol. Gustav. II. §. 57.

[2]) Pufendorf l. c. gibt an, daß Karl Gustav's Absicht gewesen sei, von dieser Forderung schließlich abzugehen, wenn er des Kurfürsten anderweit versichert worden wäre d. h. natürlich durch Verzicht auf die niederländische Alliance.

zurück: „wir haben ihnen hierbei ziemlich die Wahrheit gesagt und sie bei unser Seel und Ehr versichert, daß solches in Ewigkeit nicht geschehen würde“. Es gab für die brandenburgische Politik dieser Zeit keinen fester stehenden Grundsatz, als den von der völligen Unentbehrlichkeit der beiden Seehäfen; die ganze Stellung Brandenburgs im Osten beruhte auf dem Besitz von Pillau und Memel. Der Kurfürst schrieb bekräftigend zurück, daß in Bezug auf sie keinerlei Temperament weder vorzuschlagen, noch anzunehmen sei.

Man setzte in den nächsten Tagen die Verhandlungen noch fort, aber die Stimmung wurde auf beiden Seiten immer gereizter. Wenn Oxenstjerna jetzt die von dem Kurfürsten beanspruchte Satisfaction enorm fand, so entgegnete ihm Waldeck, der Kurfürst fordere sie nicht als ein Geschenk des Königs, so wenig wie dieser die seinige von ihm; er werde es sich selbst sauer genug darum werden lassen müssen und hazardire mehr dabei als der König [1]). Eine letzte Audienz der Gesandten bei dem Könige führte nicht weiter. Gleich darauf erhielten sie den Befehl, die Verhandlung vorläufig abzubrechen und zurückzukehren; unter solchen Umständen sei eine Alliance mit Schweden nicht möglich. Die Gesandten schieden in den Formen guter Freundschaft; die Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde vorbehalten.

Aber die Entscheidung war hiermit gefallen. Brandenburg trat für's erste von der activen Theilnahme an der schwedischen Eroberungs- und Theilungspolitik zurück.

Wie wunderlich doch — die Betrachtung drängt sich auf — mischten sich bei dieser Entscheidung — und bei wie vielen anderen — Entschluß und Zufall, freie Wahl und ungekannt Wirkendes. In den Tagen vor jener entscheidenden Sitzung auf dem Schlosse zu Stettin am 3. August stand für den Kurfürsten die Wahl zwischen dem schwedischen und dem niederländischen Bündniß. Die Ergreifung des einen oder des anderen bestimmte die Geschicke der nächsten Zeit. Das Loos fiel für das niederländische — noch bis zu dem Tage

---

[1]) Waldeck und Schwerin an den Kurfürsten dat. Stettin 25. Juli (4. August).

jener Sitzung geht durch alle Berichte der beiden Gesandten als vorwaltende Stimmung die Ansicht hindurch, daß im Nothfall der Wahl doch die schwedische Alliance ergriffen, die andere aufgegeben oder modificirt werden müsse; selbst Schwerin begann sich dieser Meinung zuzuneigen. Und der Kurfürst ebenfalls. In eben den Stunden, wo jene Sitzung Statt fand, die den Dingen eine andere Wendung gab, schrieb er eigenhändig an den Gesandten Daniel Weiman im Haag und befahl ihm, auf alle Weise den Abschluß der Alliance hinzuhalten [1]). Es war der erste Schritt dazu, um diese Streitfrage doch eventuell im Sinne der Wünsche Schwedens zu lösen. Nun aber fügte sich, daß dieses Schreiben zu spät kam; der Vertrag war bereits unterzeichnet. Und ebenso fügte sich, daß nun eben in diesem Moment die Schweden mit jener unerfüllbaren Forderung hervortraten, welche sowol der Kurfürst als Waldeck für ernster gemeint hielten, als sie es vielleicht wirklich war. Dadurch kam es, daß nun plötzlich wieder die Verbindung mit den Niederlanden als das dringlichst zu wünschende erschien; bereits zwei Tage nach Abgang jenes Schreibens an Weiman war die Situation wieder völlig verändert, und als dieser kurz darauf selbst mit der vollendeten Thatsache des niederländischen Vertrags erschien, ward er hoch willkommen geheißen. Und dies um jener schwedischen Forderung willen, die wahrscheinlich rückgängig gemacht worden wäre, wenn jene Weisung des Kurfürsten an Weiman noch rechtzeitig ihre Wirkung geübt hätte [2]).

---

[1]) Das Schreiben dat. Oranienburg 24. Juli/3. Aug. 1655 aus Weiman's Tagebuch abgedruckt Urk. u. Actenst. IV. 142 f. Man wird nicht daran anstoßen, daß die dort für Weiman gegebene Motivirung des Schrittes nicht den vollen und richtigen Zusammenhang der Dinge enthüllt.

[2]) Sehr interessant ist die Recapitulation des bisherigen Verlaufs der Verhandlung, welche Karl Gustav in einem Brief an den Kurfürsten, kurz vor Abschluß des Königsberger Vertrags, gibt (dat. Creutzburg 16/26. Dec. 1655). Der König erklärt aufs bestimmteste, daß er ursprünglich keine Absicht auf die preußischen Häfen gehabt habe; das ganze angebliche Project sei nur aus unbefugten Aeußerungen Schlippenbachs und aus übergroßer Besorgniß auf Seiten des Kurfürsten entstanden. Dann sei zuerst durch Wolfsberg von dem Kurfürsten der Vorschlag gemacht worden, an dem Krieg Theil zu nehmen; die gefor=

Unter solchen Schwankungen entstanden die Beschlüsse, die jetzt maßgebend wurden. Statt Angriff und Eroberung wurde jetzt bewaffnete Neutralität und Vertheidigung des alten Besitzes die Parole. Gab es doch auch andere Erwägungen, die nicht minder ihr Recht hatten und nun sich vordrängten: neben allem anderen, sagt der Kurfürst in seinem Abberufungsschreiben für die beiden Gesandten, hätte die schwedische Alliance uns doch „nichts anderes als ein unruhig Gewissen“ gebracht; „bei der Vertheidigung des Unsrigen dagegen haben wir ein freudiges Gewissen und wollen hoffen, der höchste Gott, der es uns gegeben, werde uns auch dabei schützen“. Eine nachträgliche moralische Rechtfertigung für das, was in seinem wirklichen Hergang doch ganz anders motivirt war.

Diplomatische und kriegerische Vorspiele.

Nun aber hatte man wieder festen Boden unter den Füßen. Man wußte, daß man zunächst nur auf sich selbst rechnen durfte, und trat mit allem Nachdruck in diese neue Lage der Dinge ein.

Waldeck hatte in Stettin die persönliche Bekanntschaft mit dem König Karl Gustav erneuert, die vor Jahren in Paris begonnen hatte [1]. Es scheint, daß Karl Gustav auch jetzt besonderes Gefallen an seiner Person fand; er ließ dem Kurfürsten den Wunsch aussprechen, daß Waldeck mit der beabsichtigten Fortsetzung der Verhandlung beauftragt werden möchte. Dieser selbst indeß lehnte jetzt

derten Bedingungen erschienen „non impossibiles, sed immensae“; dann sei es zu den Verhandlungen in Stettin gekommen; und nun erst, nachdem der Kurfürst das für Schweden so bedrohliche Bündniß mit den Niederlanden geschlossen, habe er die Forderung von Pillau und Memel erheben müssen, zu seiner eigenen Sicherung, bis zum Ende des Krieges; darauf aber seien die Gesandten des Kurfürsten davon gegangen „loco adaequatae responsionis minas acerbas et nescimus quas ex barbaris et ipso Orco contra Nos arcessendas suppetias jactantes“. Das letztere klingt recht wie ein „Acheronta movebo!“ aus Waldeck's Mund. Dieser Schilderung des historischen Verlaufs wird dann auch von Seiten des Kurfürsten nicht widersprochen. Der ganze Brief ist abgedruckt bei Rudawski hist. Polon. S. 214 ff.

[1]) Vergl. oben S. 5.

mit Entschiedenheit die Aufforderung ab; er war nicht geneigt, Zeit und Kräfte noch länger an diese voraussichtlich doch resultatlosen diplomatischen Zerrereien zu wenden; er sprach in ziemlich gereiztem Tone über das Verfahren des Königs [1]).

Noch am Abend jener entscheidenden Sitzung in Stettin hatte Waldeck dem Kurfürsten empfohlen, in aller Stille die in der Mark versammelten Truppen in die Neumark vorrücken zu lassen, um sich gegen einen etwaigen Versuch der Hinderung von Seiten der Schweden den Weg nach Preußen zu sichern. Unverzüglich hatte der Vormarsch begonnen. Entgegen der hochfahrenden Erklärung der Schweden, daß sie den Marsch des Kurfürsten nach Preußen als einen Act der Feindseligkeit betrachten würden, wurde in Stettin zu verstehen gegeben, daß der Kurfürst kraft desselben Völkerrechts seine Truppen durch polnisches Gebiet führen werde, kraft dessen die Schweden durch brandenburgisches gezogen wären. Zugleich verdoppelte man den Eifer der Rüstungen; die Werbungen wurden beschleunigt, neue Regimenter gebildet; bald schätzte man die in den Marken concentrirten Truppen auf 8000 Mann; in den clevischen Landen waren 4000 marschfertig, die Werbungen in Preußen wuchsen von Tag zu Tag [2]).

Nicht minder wichtig aber war, sich jetzt auch diplomatisch in die Verbindungen zu setzen, welche die Situation erforderte. Es galt, alle die Mächte in Bewegung zu bringen, die gleich Brandenburg ein näheres oder ferneres Interesse daran hatten, Schweden nicht ganz ungetheilt in den Ostseebereichen schalten zu lassen. Die Richtung auf die Erhaltung Polens, wenn irgend möglich, gewann zunächst wieder die Oberhand. Das niederländische Bündniß war nun gesichert; niemand konnte voraussehen, wie wirkungslos es sich in der That erweisen würde. Zu gleicher Zeit war der Vertrag mit Braunschweig zum Abschluß gekommen [3]); für den Fall eines wirklichen Bruchs mit Schweden gewährte derselbe wenigstens Hilfe

---

[1]) Rauchbar S. 81. Urk. u. Actenst. II. 48.

[2]) Urk. u. Actenst. II. 53.

[3]) S. oben S. 265 f.

bei einem etwaigen Angriff im Reich [1]). Nach der anderen Seite hin trat man jetzt in Verbindung mit Rußland. Der Secretär Lazarus Kittelmann ward zur vorläufigen Anknüpfung in das Lager des Czaren bei Wilna geschickt. Sein Auftrag war, zu versuchen, ob eine Friedensvermittelung des Kurfürsten zwischen Rußland und Polen Aussicht auf Erfolg habe; zugleich aber sollte er die Augen des Großfürsten auf die gefährlichen Pläne Schwedens in Preußen lenken, welche für alle Nachbarn gleich bedenklich seien, und eventuell die Hilfe desselben zur Abwehr in Anspruch nehmen. Waldeck, der dem Kurfürsten nach Preußen vorauseilte, ward beauftragt, falls die Anknüpfung gelänge, das weitere zu betreiben [2]).

Und schon richteten sich die Augen auch auf England. Daß die persönlichen Sympathien des Kurfürsten und seiner Räthe mehr für den landflüchtigen Stuart Karl II., den legitimen König, den nahen Anverwandten des oranischen Hauses, waren, als für den gewaltigen Puritaner, der jetzt als Protector an der Spitze der englischen Republik stand, mußte nun zurücktreten. Auch England, so durfte man rechnen, gehörte durch seine Handelsinteressen zu den Mächten, denen die schwedische Omnipotenz in der Ostsee nicht gleichgiltig sein konnte und welche die Erhaltung einer selbständigen brandenburgischen Macht an der preußischen Küste wünschen mußten. Ein Agent, Johann Friedrich Schlezer, wurde zunächst insgeheim nach London gesandt, dann auch formell bei Cromwell accreditirt, um denselben für die Interessen Brandenburgs zu gewinnen [3]).

---

[1]) Extract Schreibens aus Bremen dat. 4. Nov. 1655 (von Graf Witgenstein aus Minden an den Kurfürsten eingeschickt): Nachrichten über schwedische Werbungen im Bremischen; „und weil es sich zu einer Ruptur zwischen Schweden und Sr. Ch. D. ansehen ließ, so wäre Graf Königsmark beordert, in hiesigem Fürstenthum ein Corpo von 9000 M. zu formiren und im Fürstenthum Halberstadt und Minden damit eine Diversion zu machen". (Berl. Arch.)

[2]) Instruction für L. Kittelmann dat. Cölln a. Sp. 9. Aug. 1655. Ein eingehender Gesammtbericht K.'s über die im wesentlichen erfolglose Sendung, interessant zur Kenntniß russischer Zustände, dat. Königsberg 25. Sept./6. Oct. 1655. (Ebendas.)

[3]) Die officielle Autorisirung Schlezer's (vergl. oben S. 200 n.) erfolgte erst durch Instruction vom 30. Oct. 1655. Indeß war derselbe schon vorher in

Endlich — der Entschluß mochte schwer fallen — war es nun auch nicht zu vermeiden, sich mit dem kaiserlichen Hofe über die schwedisch-polnischen Angelegenheiten in Vernehmen zu setzen. Der Beschluß wurde gefaßt, als Waldeck bereits nach Preußen abgereist war; er würde demselben jetzt wol kaum widersprochen haben [1]). Nicht zum wenigsten der Kaiser hatte Ursache, den jetzigen Unternehmungen Schwedens mit gespannter Aufmerksamkeit zu folgen; für den Eroberer Polens war der Schritt nach Schlesien schnell gethan, nach Schlesien, dem protestantischen so arg mißhandelten Lande, das einen glaubensverwandten Eroberer gewiß als Befreier empfing. Und hatte nicht auch Oesterreich seine Interessen bei der Frage des Bestandes oder Zerfalls von Polen? Seines Anspruchs auf das Zipser Comitat gedachten wir oben (S. 314); seine Begehrlichkeit nach dem Besitz von Krakau entwickelte sich nicht erst in den letzten Jahren des Kriegs, wo sie so deutlich hervortritt — sollte getheilt werden, so wünschte Oesterreich auch jetzt schon sehr entschieden, nicht den unbetheiligten Zuschauer zu spielen; aber der bessere Fall war, daß es nicht geschah, und dann bot sich, nach dem Tode Johann Casimir's wieder einmal die schon so oft fehlgeschlagene und doch immer wieder in's Auge gefaßte Aussicht auf eine österreichische Königswahl in Polen [2]). Gründe genug für den Kaiser zur Wachsamkeit, Gründe auch, so schien es, die es ihm willkommen machen mußten, sich mit Brandenburg über eine gemeinsame Politik gegen-

---

London anwesend und schickte Berichte von dort ein. Auch in dieser Angelegenheit, scheint es, hatte Waldeck die Initiative ergriffen. Er steht mit Schlezer schon vor seiner officiellen Bestallung in Verbindung; eine reichhaltige Correspondenz mit ihm über die englischen Angelegenheiten ist im Archiv zu Arolsen vorhanden. In dem Tagebuch eines oldenburgischen Gesandten am Hofe Cromwell's finde ich die Notiz, daß Schlezer bereits im Juni 1654 einmal in geheimer Mission in London war, aber rasch wieder verschwand. Ich gehe hier auf diese englischen Verhandlungen nicht näher ein, da ich die Absicht habe, die ganze Reihe der deutsch-englischen Beziehungen in der Zeit Cromwells an anderer Stelle demnächst eingehend darzulegen.

[1]) Vergl. das Schreiben von Sommelsdyck an Waldeck dat. Haag 20. Aug. 1655.

[2]) Die Berichte v. Löben's und v. Bonin's aus Wien geben zahlreiche Belege zu diesen Andeutungen.

über der drohenden schwedischen Uebermacht zu vernehmen. Der geheime Rath v. Löben ward nach Wien gesandt, dieses Einvernehmen herzustellen, nach einiger Zeit, als die Lage drängender geworden war, Georg v. Bonin ihm als Helfer nachgeschickt [1]).

Während aller dieser diplomatischen Vorbereitungen, über deren Verlauf er sich durch eine unermüdlich nach allen Seiten hin geführte Correspondenz in Kenntniß erhielt, war Waldeck, dem Kurfürsten voraus, nach Preußen gereist, die dort begonnenen militärischen Anordnungen zu Ende zu bringen und die nöthigen Vorkehrungen für die Aufnahme des Kurfürsten mit der Hauptarmee im Lande zu treffen (21. Aug.).

Noch gab es Arbeit genug, wenn man auf alle Fälle gerüstet sein wollte [2]). Weder Memel noch Pillau befanden sich in voller kriegsmäßiger Rüstung; ebenso fehlte es in den einzelnen festen Plätzen längs der polnischen Grenze noch fast überall am Nothwendigsten; die Schanzen bei den meisten „Grenzhäusern" waren verfallen, Geschütze und Munition in ganz ungenügender Menge vorhanden [3]), nirgends im Lande noch Magazine angelegt, um eine regelmäßige Verpflegung der Truppen zu ermöglichen, die einheimische Miliz noch in ganz unbrauchbarem Zustand, Geld noch sehr wenig eingegangen.

Mit der äußersten Energie warf sich Waldeck in die schwierige Aufgabe hier Ordnung zu schaffen. Doch nur zum Theil vermochte er durchzudringen; in Pillau weigerte sich der Commandant seinen Anordnungen Folge zu leisten; aber wenigstens Memel ward in besseren Stand gesetzt; die Schanze bei Kukernese wurde armirt, die Grenzplätze gegen Polen hin mußten dagegen aus Mangel an Geld

---

[1]) Instruction v. Löben's dat. Cölln a. Sp. 24. u. 29. Aug. 1655; doch traf er erst Mitte October in Wien ein. Die Instruction Bonin's dat. Rinsk 6. Nov. 1655. Auf die sehr interessanten Einzelheiten dieser beiden Gesandtschaften darf ich hier nicht eingehen.

[2]) Am eingehendsten hierüber Rauchbar S. 81 ff.

[3]) Daß, wie König Leben Sparr's S. 27 angibt, der Kurfürst schon im Jahr 1654 die dort verzeichnete Artillerie nebst Zubehör nach Preußen habe bringen lassen, widerspricht allen sonstigen Nachrichten.

und Zeit vorerst zumeist in ihrem dürftigen Zustand belassen werden. Vor allem ließ er sich die Formation der einheimischen Truppen angelegen sein. Keine leichte Arbeit bei der mehr und mehr einreißenden Muthlosigkeit und Mißstimmung im Lande: wie wolle der Kurfürst den Schweden widerstehen, denen bereits ganz Polen unterlegen? [1]) Die Wibranzen und Dienstpflichtigen machten Schwierigkeiten sich zu stellen; es bedurfte aller Anstrengung, daß doch ein erkleckliches Resultat zu Stande gebracht wurde. Nach einigen Wochen waren aus den Dienstpflichtigen vier Reiterregimenter und ein Dragonerregiment formirt, aus den Wibranzen fünf Regimenter zu Fuß; einige besondere Corps ungerechnet; vierzehn Stück Geschütze nebst Zubehör, ein leidlicher Vorrath von Munition war beschafft; in jedem Kreis ein Oberster bestellt zur Organisirung des allgemeinen Aufgebots im Fall der Noth [2]).

Unterdeß hatte die brandenburgische Hauptarmee von Cüstrin her durch Hinterpommern den Marsch nach Preußen angetreten. An Danzig vorüberziehend — nur dem Kurfürsten selbst mit seiner Leibgarde gewährte die Stadt den Durchzug und feierlichen Empfang — überschritt sie bei Montau die Weichsel (27. Sept.). Bei Riesenburg war das Rendezvous mit den preußischen Truppen verabredet. Hierher führte Waldeck seine neuformirten Regimenter dem Kurfürsten entgegen. Das Obercommando der gesammten Armee war dem Feldzeugmeister Otto Christoph von Sparr übertragen worden, der unter den Officieren des Kurfürsten das bedeutendste militärische Renommee für sich hatte [3]). Gleich beim ersten Empfang glaubte Waldeck die Feindseligkeit seines alten Gegners spüren zu müssen, indem dieser, ein strenger Exercitienmeister wie er war, die mangelhafte Disciplin und die ungeschickten Exercitien der frischen preußischen Truppen hervorhob und den Kurfürsten zu einer Rüge veranlaßte. Waldeck glaubte das Seinige gethan zu haben, wenn er in der kurzen Zeit, die ihm dazu gegeben war, die Regimenter nur

---

[1]) v. Baczko V. 179.

[2]) Näheres bei Rauchbar S. 86 f.

[3]) Sein Ernennungspatent bei König Leben Sparr's S. 122 ff.

leidlich marsch- und schlagfertig zusammengebracht hatte; es verstimmte ihn, statt der Anerkennung, die ihm bisher der Kurfürst schriftlich gezollt hatte, nun auf Antrieb seines persönlichen Feindes einen Tadel zu erfahren [1]).

Das erste was der Kurfürst nach seiner Ankunft in Preußen sich angelegen sein ließ, war die Herstellung eines Bundesverhältnisses mit den Ständen von polnisch Preußen. Seit die Verständigung mit Schweden als gescheitert betrachtet wurde, war der Plan, diese nahverwandten Gebiete in die jetzt beabsichtigte Defensivrüstung mit hereinzuziehen, in den Vordergrund getreten; ein großer Theil der westpreußischen Stände, die außerstädtischen namentlich, waren in dem vollen Gefühl ihrer eigenen Schutzlosigkeit sehr geneigt zu einer solchen Verbindung und versprachen alles Gute. Einige Einleitungen waren bereits von Waldeck getroffen; in Gang kamen die Unterhandlungen erst, als der Kurfürst selbst in Preußen eintraf; in den ersten Tagen des October wurden Fabian von Dohna und Friedrich von Jena nach Marienburg gesandt, dieselben zu führen [2]).

Das Einzelne der dort gepflogenen Verhandlungen gehört nicht hierher [3]). Man darf sagen, wie die Dinge jetzt standen, war dieser Schritt der kühnste, den der Kurfürst bis jetzt gewagt hatte. Es war der erste von direct aggressivem Charakter gegen Schweden. Denn diesen muß man ihm beilegen, so sehr die brandenburgische Politik sich bemühte, ihn anders erscheinen zu lassen. Schon das mußte Karl Gustav als ein Act directer Feindseligkeit erscheinen, wenn der Kurfürst jetzt gerade die Gebiete in seine defensive und neutrale Stellung hinein und der Sphäre des Krieges ganz zu entziehen unternahm, welche er in den bisherigen Verhandlungen immer

---

[1]) Rauchbar S. 88.

[2]) Instruction für Dohna und Jena dat. Riesenburg 22. Sept. / 2. Oct. 1655. Schon vorher hatte der Kurfürst auf dem Marsche, von Cöslin aus, Matthias v. Crockow zu dem gleichen Zweck an die Stadt Danzig und an die Woiwoden von Pomerellen und von Marienburg, Ludwig und Jacob von Weiher, sowie an den Starosten von Stuhm, Sigismund von Güldenstern geschickt. Instruction dat. Cöslin 4. (14.) Sept. 1655. (Berl. Arch.)

[3]) Lengnich Gesch. Preußens VII. 140 ff.

als von ihm für Schweden in Aussicht genommenen Siegespreis bezeichnet hatte. Und ferner: das Herzogthum Preußen konnte vielleicht ein gewisses formales Recht auf die Anerkennung einer bewaffneten Neutralität beanspruchen — das königliche, dem polnischen Staate incorporirte Preußen nicht. Wenn jetzt Polen und Schweden im Krieg gegen einander standen und der Kurfürst unternahm es, einen Theil von Polen militärisch zu besetzen, in seine Protection zu erklären und für denselben die Neutralität in Anspruch zu nehmen, wie für sich selbst, so gab es dafür keine stichhaltige, völkerrechtliche Begründung, nicht einmal gegenüber dem lockeren Verband der einzelnen Theile der polnischen Republik. Denn das Argument wollte wol wenig besagen, was wir gelegentlich angewendet finden, dieser Krieg sei nur „eine personalis actio unter den beiden Königen, welche die Stände nicht zu entgelten hätten, weshalb sie sich auch wol indeß unter eines Anderen Protection begeben könnten“ [1]). Im Sinne der polnischen Verfassung war es gedacht, aber niemand konnte erwarten, daß der siegreiche Schwedenkönig sich eine solche Auffassung der Verhältnisse dictiren und sich durch dieselbe in der Vollendung seiner Eroberung aufhalten lassen werde.

Kurz, die Linie streng defensiver Haltung wurde mit der Anknüpfung dieser Verbindung verlassen; der Kurfürst trat nicht angreifend gegen Schweden auf, aber indem er es unternahm, an der Grenze auch des königlichen Preußen den schwedischen Waffen Halt zu gebieten, so war dies ebenso gut ein Act der Feindseligkeit, als wenn er seine Truppen mit denen des Königs Johann Casimir vereinigt hätte. Auch hielt man sich keineswegs in den Grenzen von Preußen; mit den benachbarten polnischen Woiwodschaften trat man zu dem gleichen Zweck in Verhandlung; der Woiwode von Plock, Deputirte der Stände von Masovien erschienen in dem Lager des Kurfürsten, eine ähnliche Verbindung zu Neutralität und eventueller Defension mit ihm zu schließen, wie die mit den westpreußischen

---

[1]) So Wesenbeck in einer Unterredung mit dem schwedischen Residenten Wolfsberg, am 31. Oct. 1655, über die er ein Protokoll aufgezeichnet hat. (Berl. Arch.)

Ständen. Es war der Plan, während Karl Gustav im Süden von Polen beschäftigt war, hier im Norden des Reichs, dem König im Rücken, eine compacte Machtaufstellung zu schaffen, die sich zwar neutral und defensiv nannte, in der That aber doch auf's entschiedenste, wenn es ihr gelang sich zu behaupten, die gesammten Erfolge der schwedischen Waffen in Frage stellte. Denn was konnten diese überhaupt bedeuten, wenn man auf diese Weise den König von der Verbindung mit der See abschnitt? „Das Hauptwerk beruht auf Preußen", sagte Karl Gustav [1]).

Freilich glückte nun das Unternehmen bei weitem nicht in dem Umfang, wie man beabsichtigte und wie es erforderlich war, um den gewünschten Erfolg zu erzielen. Die Schweden waren zur Stelle, ehe es gelang mit den polnischen Woiwodschaften zum Abschluß zu kommen. Im königlichen Preußen hielten sich die großen Städte, Danzig, Elbing, Thorn, auf deren Theilnahme so viel ankam, obwol wenigstens Danzig durchaus gegen Schweden gestimmt war, doch im entscheidenden Moment zurück und zogen es, geleitet von einem gewissen Mißtrauen gegen weitergehende geheime Absichten der brandenburgischen Politik [2]), vor, nur auf die eigenen Kräfte sich zu verlassen und so die Zukunft zu erwarten.

Aber mit den anderen preußischen Ständen kam es zum Abschluß. Am 12. November wurde zu Rinsk der Vertrag unterzeichnet; der Bischof von Ermland und die drei preußischen Woiwoden von Culm, Marienburg und Pomerellen einigten sich mit dem Kurfürsten zu gemeinsamer Vertheidigung und übertrugen diesem die Direction derselben; eine Anzahl preußischer Städte zu beiden Seiten der Weichsel, wie Dirschau, Braunsberg, Graudenz u. a. sollten von brandenburgischen Truppen besetzt werden, der wichtigste Posten namentlich, Marienburg, zu der polnischen Besatzung, die dort lag, eine ebenso starke brandenburgische Garnison

---

[1]) In einem Brief vom 3. Nov. bei Geijer-Carlson IV. 99.

[2]) Daß es an geheimen Wünschen bei dieser Gelegenheit nicht fehlte, läßt sich voraussetzen; namentlich kehren öfter Andeutungen wieder, daß dieselben in Bezug auf Elbing besonders lebhaft waren.

erhalten, die Truppen und das Landesaufgebot der verbündeten Stände unter dem Commando des Kurfürsten stehen [1]).

Allerdings war es empfindlich, daß die großen Städte sich ausschlossen; aber auch so schien dieses Bündniß ein nicht unbeträchtlicher Machtzuwachs; wenigstens einige Monate, bis die politische Constellation sich zu Gunsten Polens etwas geändert haben würde, bis mit dem Frühjahr die holländische Flotte in der Ostsee erscheinen, vielleicht auch der Kaiser sich gegen Schweden erklärt haben würde, hoffte man aushalten zu können. „Ich sehe nicht, schreibt Friedrich von Jena, der das Bündniß hatte abschließen helfen, wer uns jetzt bis gegen den Frühling hin etwas thun will" [2]). Und hoch erfreut daß, während ihm selbst durch die mächtigen Streiche des Schwedenkönigs die Krone zertrümmert worden war, dort in Preußen eine neue Hoffnung aufzugehen schien, sandte Johann Casimir auf die erste Kunde von jenen Verhandlungen einen Boten, der seine Zustimmung zu denselben überbringen und jetzt von seiner Seite dem Kurfürsten die Souverainität von Preußen als Lohn seiner Treue bieten sollte [3]). Man sprach in der Umgebung Johann Casimir's davon, daß man ihn als eventuellen Thronfolger designiren könne [4]).

Aber auch Karl Gustav unterschätzte die Gefahr, die sich hier in seinem Rücken gegen ihn aufthürmte, keineswegs. Er erkannte, daß es für ihn unerläßlich war, so schnell als möglich mit dem Kurfürsten in's Reine zu kommen.

Wir haben seinen glänzenden Siegeslauf, von dem ersten Eintritt nach Polen bis zur völligen Unterwerfung des Landes, hier nicht zu verfolgen. Er war in Warschau eingezogen; am 18. October hatte Krakau capitulirt; es war das Signal zu völliger Auflösung aller bestehenden Verhältnisse in Polen gewesen; König Johann

---

[1]) v. Mörner Kurbrandenb. Staatsverträge S. 192 ff. Das Bündniß wird geschlossen zwischen dem Kurfürsten einerseits und den „Dominos Status Senatorii et Equestris Ordinis Terrarum Regalis Prussiae" andererseits. Vergl. Lengnich VII. 142.

[2]) Jena an den Kurfürsten dat. Marienburg 17. Nov. 1655. (Berl. Arch.)

[3]) Pufendorf Frid. Wilh. V. §. 61.

[4]) Lettres de Pierre des Noyers S. 5. 13.

Casimir war über die Grenze nach Schlesien geflüchtet; die Mehrzahl der polnischen Großen eilte sich mit dem Sieger abzufinden und ihm zu huldigen. Während dieser ganzen Zeit hatte der Kurfürst die Unterhandlungen mit Karl Gustav nicht abgebrochen; begreiflich daß sie um so weniger zu einem Resultat führten, je stolzer das Glück den König emporhob, je augenscheinlicher die Feindseligkeit der Pläne wurde, die jener im Rücken der schwedischen Macht entwarf. Zu der holländischen Alliance war nun noch das Bündniß mit den westpreußischen Ständen als ein neuer Beschwerdepunkt hinzugekommen. Sobald die Verhältnisse in Polen nothdürftig geordnet waren, eilte er in Preußen sein Werk zum Abschluß zu bringen.

Es hatte nicht in Karl Gustav's ursprünglichem Kriegsplan gelegen, dem Kurfürsten und den westpreußischen Ständen so lange Zeit zu lassen. Als er nach Süden gegen Krakau zog, hatte er den General Graf Stenbock mit einem mäßigen Corps an der Weichsel unterhalb Warschau bei Nowodwor zurückgelassen; mit ihm sollte sich die von Littauen her vordringende Armee unter dem Grafen Magnus de la Gardie vereinigen und dann beide gemeinsam sich des königlichen und des herzoglichen Preußen versichern; auf's dringendste hatte er unablässig seine Generale zur Eile ermahnt [1]).

Aber bis jetzt war wenig oder nichts von ihnen geschehen. Das Stenbock'sche Corps war zu schwach, um für sich allein etwas Entscheidendes zu unternehmen; de la Gardie aber hatte in Littauen, das zu einem großen Theil bereits von den Russen besetzt war, so große Schwierigkeiten gefunden, daß er drei Monate brauchte, ehe die dortigen Verhältnisse soweit geordnet waren, um von da aus weiter zum Angriff schreiten zu können. Erst am 20. October, zwei Tage nach der Capitulation von Krakau, hatte er mit den littauischen Ständen, besonders durch die Vermittelung des Fürsten Janus Radziwil, zu Keydany eine Convention geschlossen, in Folge deren wenigstens der nordwestliche Theil des Landes sich unter

---

[1]) Geijer-Carlson IV. 95 ff.

schwedische Hoheit begab [1]). Sowie dies geschehen, eilte er die Vereinigung mit Stenbock zu bewerkstelligen und dann gegen Preußen hin aufzubrechen.

Hier nun tritt uns Waldeck wieder entgegen. Er hatte, nachdem er die in Preußen geworbenen Truppen dem Kurfürsten zugeführt, vorzüglich darauf gedrungen, daß man sich nun des rechten Weichselufers militärisch so fest als möglich versichern müsse; die Hauptübergänge müßten besetzt, Schanzen angelegt, die wichtigsten Städte mit Garnisonen belegt werden; wenn möglich, müsse man sich der Stadt Elbing und der Montauer Spitze bemächtigen; auch einen Versuch zur Besetzung von Thorn zu machen schlug er vor; so aufgestellt könne man dann ruhig das weitere erwarten und habe den Weg in das Herzogthum frei [2]). Dies war noch vor dem Abschluß der Verhandlungen mit den Ständen von polnisch Preußen. Waldeck hat an diesen keinen Antheil genommen; nachdem er im Auftrag des Kurfürsten noch einmal nach Königsberg gegangen war, um die dortige Bürgerschaft zu einem Vorschuß von 100,000 Rth. zu vermögen [3]), wurde er mit einer Anzahl Regimenter an die littauische Grenze beordert, um dort die Bewegungen der Schweden unter de la Gardie zu beobachten.

Eine halb militärische, halb diplomatische Aufgabe; es kam auf die Verhältnisse an, welche von beiden Seiten sie vorkehren würden. Als Waldeck in den littauischen Grenzdistricten anlangte, war so eben die erwähnte Convention von Keydany geschlossen worden; er kam zu spät, um, wie er hoffte, einen Theil der littauischen ständischen Truppen zu sich herüberzuziehen. Eben jetzt begann de la Gardie sich in Bewegung zu setzen, überschritt bei Wielona die Memel, näherte sich der preußischen Grenze [4]); er ließ das Gerücht vor sich

---

[1]) Pufendorf Carol. Gustav. II. §. 47. Geijer-Carlson IV. 104. Vergl. des Noyers Lettres S. 21.

[2]) Rauchbar S. 88 ff.

[3]) Rauchbar S. 91, wo aber 100,000 statt 10,000 zu lesen ist; vergl. Baczko V. 179. Mit Schreiben dat. Königsberg 8/18. Oct. überschickt er dem Kurfürsten vorläufig 30,000 Rth. und eine Parthie Tuch. (Berl. Arch.)

[4]) Pufendorf Carol. Gustav. II. §. 48.

hergehen, daß er gegen 18,000 Mann stark sei; in der That hatte er, da er Littauen nicht gänzlich entblößen durfte, nicht mehr als 6—7000 Mann bei sich [1]); seine Absicht, gab er zu erkennen, sei, durch das herzogliche Preußen nach dem Bisthum Ermland und von da nach polnisch Preußen zu ziehen.

Noch war zwischen Schweden und Brandenburg kein Bruch erfolgt. Ebenso wie der Kurfürst unablässig durch seine Gesandten bei Karl Gustav weiter verhandeln ließ, trat jetzt auch Waldeck mit dem ihm gegenüberstehenden schwedischen Heerführer in diplomatische Unterhandlung; aber indem er längs der ganzen littauischen Grenze hin seine Vorsichtsmaßregeln traf und mit seiner Hauptmacht zwischen Angerburg und Insterburg Aufstellung nahm, zeigte er sich entschlossen, den Schweden den Durchmarsch nach Ermland durch brandenburgisches Gebiet zu verwehren.

Er hatte, außer dem Regiment seines Bruders Wolrad, fast nur Abtheilungen jener neugeworbenen in Preußen formirten Truppen bei sich, die militärisch noch wenig zuverlässig waren [2]). Aber die eingezogene Kundschaft zeigte, daß auch die Armee de la Gardie's sich in einem Zustand befand, der sehr zum Angriff reizte [3]); sie stand jetzt, Anfang November, bei Wirballen, nahe der preußischen Grenze, offenbar noch unschlüssig, wohin sie sich zu wenden habe, in ungünstiger Aufstellung: „wär' ich beordert, sie anzugreifen, schreibt Waldeck, schöne Gelegenheit hätte ich".

Und so eben hatte er einen trefflichen Fang gethan. Der Fürst Radziwil hatte, vermuthlich aus Besorgniß vor weiterem Vordringen der Russen in Littauen, einen großen Theil seiner Habe auf Schiffe gebracht und ließ dieselben die Memel abwärts schaffen, wahrschein-

---

[1]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Insterburg 30. Oct. 1655; vergl. Geijer-Carlson IV. 107.

[2]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Angerburg 5. Nov. 1655 (eigenh.): „wollte Gott, sie wären nur besser im Exercitio, an Fleiß soll's gewiß nicht mangeln". (Berl. Arch.)

[3]) Joh. Casimir v. Eulenburg an Waldeck dat. Georgenburg 11. Nov. 1655 (ebendas.): er habe in Erfahrung gebracht, daß die Schweden nur 4000 Reiter und 2000 M. z. F. stark sind; letztere in ganz kläglichem Zustand; 3000 Mann, die fast ohne Waffen waren, haben sie nach Littauen zurückgeschickt.

lich in der Hoffnung, sie in Tilsit oder Memel in Sicherheit bringen zu können. Sobald die Schiffe auf brandenburgisches Gebiet kamen, ließ Waldeck sie anhalten und untersuchen. Die Radziwil's hatten sich jetzt mit den Schweden verbündet; er glaubte sich berechtigt, mit den Schiffen als feindlichem Gut zu verfahren. Und dies um so mehr, als neben Geld und Geldeswerth von sehr beträchtlichem Belauf sich auf den Schiffen bei näherer Untersuchung auch Kriegsvorräthe aller Art in großer Menge vorfanden, die der begleitende Radziwil'sche Schatzmeister verläugnet hatte, Kanonen, Petarden, eine Menge Gewehre, ein ansehnlicher Vorrath Pulver. Beides, wie Waldeck schien, unter jetzigen Umständen eine hochwillkommene und nach Kriegsrecht erlaubte Beute; vor allem die vorgefundenen Gelder: „man darf den Vogel nicht aus der Hand lassen, schreibt er, es steckt eine neue Armee darin" [1]; und Fürst Radziwil, wurde erzählt, habe bei der Nachricht von der erfolgten Beschlagnahme ausgerufen: „itzo bin ich ein ruinirter Fürst" [2].

Die ganze militärische Situation schien Waldeck dazu angethan, nicht länger müßig zuzuschauen. Vom 10. November ab begann de la Gardie von Wirballen aus, wo er bisher gestanden, sich längs der preußischen Grenze hin in der Richtung auf Augustowo in Bewegung zu setzen. Zu gleicher Zeit lief die Nachricht ein, daß General Stenbock sein bisheriges Standquartier bei Nowodwor verlassen habe. Offenbar war der Plan der beiden schwedischen Generale, sich zu vereinigen und dann gemeinsam gegen Preußen zu operiren. Sollte man diese Vereinigung ruhig vor sich gehen lassen?

De la Gardie verfehlte nicht, seinen beginnenden Vormarsch, der, bei Waldeck's Aufstellung in seiner Flanke, nicht ohne Gefahr

---

[1]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Angerburg 5. Nov. 1655. (Berl. Arch.) Die Angelegenheit dieses „Radziwil'schen Schatzes" zieht sich durch die ganze Correspondenz zwischen Waldeck und dem Kurfürsten während der nächsten Wochen hin. Das Intermezzo endigte natürlich nach dem Königsberger Vertrag mit der Restitution der Schiffe. Vergl. v. Orlich I. 120. II. 375.; des Noyers Lettres S. 64.

[2]) Joh. Casimir v. Eulenburg an Waldeck dat. Georgenburg 9. Nov. 1655. (Ebendas.)

war, durch eine diplomatische Sendung zu secundiren. Am 11. November erschien in Waldeck's Lager ein schwedischer Oberst Pleitner, der beauftragt war, die Restituirung der Radziwil'schen Schiffe zu fordern, im übrigen aber die freundschaftlichsten Versicherungen über die Absichten Schwedens gab und im Namen seines Generals um eine persönliche Zusammenkunft mit Waldeck bat. Der letzteren Forderung wich dieser aus, ebenso wie er die Herausgabe der confiscirten Güter ablehnte. Er gab dem Schweden energisch zu verstehen, daß sie in Preußen entschlossenen Widerstand finden würden, wenn sie einen Angriff wagten: sie sollten nicht hoffen, Preußen im Fluge, „auf der Post", wie er sich ausdrückte, so wie Polen zu gewinnen; man sei gerüstet sie zu empfangen; wollten sie's wagen, so gelte es „Schwedenköpfe gegen Preußenköpfe". Der Schwede ließ es natürlich an einer ähnlichen Antwort nicht fehlen: müsse es sein, so freuten ihre Soldaten sich schon längst darauf, Arbeit zu bekommen; „denn sie bisher nur mit Gänsen und Hühnern gefochten"; das Land Preußen freilich werde es büßen müssen, wenn erst die Kosaken und Tartaren erschienen.

So ging man aus einander, nicht ohne daß Waldeck dem Obersten ein Geschenk von dreihundert Thalern im Namen des Kurfürsten auf den Weg gegeben hatte; ein altes Versprechen, woran der Schwede erinnert hatte; man könne den Mann noch einmal gebrauchen, meinte Waldeck [1]).

Jedenfalls hatte er jetzt die Ueberzeugung gewonnen, daß de la Gardie sich unsicher fühle und mit diesem Parlamentiren nur Zeit gewinnen wolle, um seine Verbindung mit Stenbock herzustellen. Es war der letzte Moment, wenn diese verhindert werden sollte. Zu wiederholten Malen bereits hatte Waldeck in seinen Berichten an den Kurfürsten die Sachlage vorgestellt und um bestimmte Verhaltungsmaßregeln gebeten; schon kurz nach der Uebernahme seines jetzigen Commando's hatte er angesichts der ungünstigen Stellung der Schweden und ihrer sorglosen Sicherheit den Vorschlag gemacht,

---

[1]) Diese Conferenz wird ausführlich beschrieben in einem Bericht Waldeck's an den Kurfürsten dat. Angerburg 12. Nov. 1655. (Berl. Arch.)

einen Handstreich gegen sie zu wagen: man könne ihn selbst nachher erforderlichen Falls desavouiren, hatte er sich erboten [1]). Bald darauf hatte er durch seinen Secretär Franz Meinders dem Kurfürsten eine völlig in's einzelne ausgearbeitete Angriffsdisposition vorlegen lassen, wie man durch einen raschen Ueberfall das ganze Corps de la Gardie's auseinandersprengen und die Vereinigung mit Stenbock hindern könne; er hatte lebhaft auf die Ausführung dieses Planes gedrungen: über die offensiven Absichten der Schweden dürfe man sich gar keinen Zweifel mehr machen, die littauische Armee sei längst auf die guten Quartiere in Preußen vertröstet worden, es gehe dort die Rede, „sie hätten ja den Kaiser bezwungen, was denn S. Churf. Dchl. viel machen wollten"; er macht darauf aufmerksam, wie wesentlich ein solcher militärischer Erfolg dazu beitragen werde, die westpreußischen Stände, mit denen man eben noch verhandelte, gefügiger zu machen; jedenfalls würden auch die Bedingungen bei den Schweden um so besser ausfallen, je resoluter man sich gezeigt habe [2]).

Jetzt nach der Zusammenkunft mit jenem schwedischen Obersten bat er von Neuem auf's dringendste um bestimmte Ordre, „ob ich es wagen soll oder nicht"; er sei noch jung als Heerführer, fügt er hinzu, und habe noch nie ein größeres Corps commandirt; er wolle weder zaghaft, noch tollkühn erscheinen; aber jedenfalls möge man ihm endlich bestimmte Ordre zukommen lassen, womöglich ihm einen älteren Stabsoffizier zur Seite stellen, „der mir die Last und Verantwortung helfe tragen"; traue man ihm nicht genug zu für einen so wichtigen Auftrag, so möge der Kurfürst das Commando einem Anderen übertragen und ihn selbst an anderer Stelle beschäftigen [3]).

---

[1]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Insterburg 30. Oct. 1655 (Berl. Arch.; eigenhändig, wie diese militärische Correspondenz mit dem Kurfürsten fast durchgängig).

[2]) Memoriale von Secretarium Meinders ꝛc.; mit der Notiz: „Dieses ist Sr. Churf. Dchl. mündlich referiret. Rinzky den 12. Nov. 1655." (Berl. Arch.) Vergl. Rauchbar S. 93 f. — Meinders ist der bekannte spätere geheime Rath des Kurfürsten (geb. 1630).

[3]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Angerburg 12. Nov. 1655. (Berl. Arch.)

Das Drängen Waldeck's blieb ohne Erfolg. Die Befehle, die er aus dem Hauptquartier des Kurfürsten erhielt, paßten zum großen Theil nicht mehr auf die augenblickliche Situation [1]; jedenfalls gingen sie auf seine Angriffspläne nicht ein; wenn er angegriffen werde, solle er sich über Wehlau und Tapiau auf Königsberg zurückziehen und vor allem den Weg dorthin für seine Infanterie offen halten; der Kurfürst selbst gedenke im Ermländischen Quartier zu nehmen, so daß diese Position das Centrum und die Stellungen bei Marienburg und bei Königsberg die beiden Flügel bildeten [2]. Und kurz darauf die Weisung, Infanterie und Artillerie auf Königsberg zurückgehen zu lassen; er selbst solle mit der Cavallerie in seinen jetzigen Quartieren stehen bleiben, bis de la Gardie an ihm vorüberziehe; dann solle er in einiger Entfernung neben ihm her marschiren und sich endlich in Osterode mit dem Kurfürsten vereinigen [3].

Und so war in der That, trotz wiederholter Remonstrationen Waldeck's, der weitere Verlauf. De la Gardie brach aus seinen Quartieren auf; über Augustowo und Raygrod zog er längs der preußischen Grenze hin, dem König entgegen, der schon bei Thorn stand; „ein schlimmer Marsch", wie er selbst sagte; denn in einiger Entfernung von ihm in seiner rechten Flanke begleitete Waldeck seinen Zug, während in der linken Flanke, nur wenige Meilen entfernt, die Russen standen [4]. Die Gelegenheit war so günstig als möglich zum Angriff. Waldeck mußte sich ihrer enthalten. Unangefochten zog der schwedische General, ohne zunächst brandenburgisches Gebiet zu berühren [5], durch die gefährliche Mitte hindurch, überschritt die Drewenz und vereinigte sich im Weichselgebiete mit dem König und

---

[1]) Rauchbar S. 96.

[2]) Der Kurfürst an Waldeck dat. Oschetzky 4. Nov. Rinsk 9. 14. Nov. 1655. — „Wir wollen Unser Quartier im Stift Ermland nehmen, da Wir dann in der Mitte zwischen Königsberg und Marienburg stehen, uff beides ein Auge haben und von Euch nicht wol abgeschnitten werden können." (Ebendas.)

[3]) Der Kurfürst an Waldeck dat. Rinsk 19. Nov. 1655. (Ebendas.)

[4]) Pufendorf Carol. Gustav. II. §. 48. Geijer-Carlson IV. 105.

[5]) Nicht durch das Bisthum Ermland, wie Droysen S. 243 sagt, wobei er nothwendig mit Waldeck hätte zusammenstoßen müssen.

der Stenbock'schen Armee, während Waldeck seine Reiterei dem Kurfürsten zuführte [1]).

Der Königsberger Vertrag.

Wenn man den Verlauf der brandenburgischen Politik Schweden gegenüber von Beginn der Krisis an überblickt, den Gang der militärischen Maßregeln betrachtet und endlich den Abschluß erwägt, den dies alles in dem zu Königsberg geschlossenen Friedensvertrag erhielt, so kann es nicht allzu sehr Wunder nehmen, wenn vielen zeitgenössischen Beobachtern der Verdacht aufstieg, diese ganze so schwer verständliche Reihe von Vorgängen sei nichts anderes als ein wolberechnetes Schauspiel, mit welchem der Kurfürst den Schein habe erregen wollen, durch die äußerste Nothwendigkeit zu dem gezwungen worden zu sein, worüber bereits längst zwischen ihm und Karl Gustav das vollste Einvernehmen bestand [2]).

Dennoch täuschte man sich in dieser Voraussetzung. Es ist an einen vorbedachten Plan jener Art nicht zu denken. Wenn, im Gegentheil, Anderen die ganze Führung Brandenburgs in diesen Wochen als ein Gemisch von Rathlosigkeit und Verwirrung erschien, so fehlte es auch dafür wenigstens nicht an Anzeichen [3]).

Jedenfalls wurde die Lage des Kurfürsten jetzt von Tag zu Tag bedrängter. Die ganze Expedition Waldeck's an der littauischen Grenze hatte keinen weiteren Erfolg gehabt, als daß der wahrscheinlich beabsichtigte Durchzug de la Gardie's durch das herzogliche Preußen verhindert wurde; aber seine Vereinigung mit der schwedischen Hauptarmee hatte man ruhig geschehen lassen. Nun stand Karl Gustav mit gesammelter Macht an der Grenze des Herzogthums; die beherrschenden Plätze in Westpreußen, von Thorn die

---

[1]) Man erkennt aus der obigen Darstellung, wie ganz ungerechtfertigt die Vorwürfe sind, die v. Orlich I. 119 gegen die Führung Waldecks bei dieser Gelegenheit erhebt.

[2]) So z. B. die Meinung von Rudawski hist. Polon. S. 219. Die gleiche Ansicht herrschte auch in Wien; s. des Noyers Lettres S. 81.

[3]) Des Noyers Lettres S. 47: „on nous écrit de Prusse, que l'Electeur se gouverne à la polonaise, c'est-à-dire avec beaucoup de confusion et peu de bon ordre."

Weichsel abwärts bis Elbing hatte er ohne viel Mühe gewonnen; nur Danzig widerstand und in Marienburg behauptete sich eine polnisch-brandenburgische Besatzung, unter den jetzigen Verhältnissen freilich bereits fast ein verlorener Posten. Das Bündniß mit den westpreußischen Ständen war gänzlich fruchtlos geblieben, und überall, wo die Schweden vordrangen, zogen sich die brandenburgischen Truppen langsam zurück.

Welches in dieser Zeit der eigentliche leitende Plan des Kurfürsten war, möchte schwer zu sagen sein. Die Hoffnung, den Winter hindurch sich halten zu können und dann im Frühjahr im Verein mit der schon von weitem sich ankündigenden antischwedischen Erhebung in Polen zu operiren, wozu dann auf niederländische Hilfe und vielleicht auf das Eingreifen des Kaisers gerechnet werden konnte, war durch die unerwartete Schnelligkeit, womit Karl Gustav jetzt mitten im Winter diese preußische Angelegenheit in Ordnung zu bringen sich entschlossen zeigte, vereitelt. Was wollte es jetzt sagen, wenn nun, während die Schweden bereits über die Grenzen hereinbrachen und sich Königsberg zu nähern begannen, man Schreiben über Schreiben nach Wien richtete und durch die dort anwesenden Gesandten v. Löben und v. Bonin den Kaiser um eine womöglich augenblickliche Diversion im südlichen Polen bestürmen ließ? [1]) Man mußte den kaiserlichen Hof genugsam kennen, um zu wissen, daß so rasche Entschlüsse und Thaten bei fremder Gefahr von dorther nicht zu erwarten waren.

Cabinet und Hauptquartier des Kurfürsten schwankten offenbar selbst noch zwischen den entgegengesetztesten Ansichten.

Die Armee, mit welcher Karl Gustav in das Herzogthum einfiel, war, da er Stenbock über die Weichsel zur Occupation

---

[1]) Der Kurfürst an Löben und Bonin dat. Königsberg 20. Dec. 1655: sie sollen bewirken, daß „die real Diversion, wenn es möglich, auch diese Stunde geschehe". Aehnlich an den Kaiser dat. 24. Dec. Auch Blumenthal wurde aufgefordert, schleunigst seine Verbindungen in Wien für diesen Zweck in Thätigkeit zu setzen; dat. 17. Dec.; der Brief war chiffrirt, ohne daß Blumenthal den Schlüssel besaß; er mußte ihn erst aus Königsberg kommen lassen und erhielt ihn drei Tage vor Abschluß des Königsberger Vertrags.

der jenseitigen westpreußischen Plätze detachirt hatte, nicht über 17,000 Mann stark [1]). Der Kurfürst hatte jetzt all seine Streitkräfte zusammengezogen; sie beliefen sich mindestens auf die gleiche Zahl. Dem französischen Gesandten de Lumbres, der sie sah, machten diese Truppen einen sehr günstigen Eindruck; ein tüchtiges Officiercorps stand an ihrer Spitze, nur, urtheilt er, die einzelnen noch zu wenig mit einander eingelebt, aus zu verschiedener Schule hervorgegangen und darum selten über einen Punkt von gleicher Ansicht; als oberster Commandant der Feldzeugmeister Sparr, von dem er freilich der Ansicht ist, daß es ihm an Ueberblick und Initiative für eine größere Feldherrnaufgabe mangele [2]). Jedenfalls aber war diese Macht dem Gegner, der nun mit offener Feindseligkeit aus Westpreußen in das Herzogthum eindrang, nicht in dem Grad unterlegen, daß bei geeigneter Benutzung die Sache des Kurfürsten militärisch ohne weiteres als hoffnungslos zu betrachten war; in der Armee, scheint es, war man durchaus nicht ohne Zuversicht, man sah den Krieg als begonnen an, einzelne Rencontres mit den Schweden liefen günstig ab, man hoffte auf energische Fortsetzung des Kampfes [3]).

Aber bei all dem zog man sich Schritt für Schritt zurück; die gesammte brandenburgische Armee ward in Königsberg und der Umgegend concentrirt; ohne einen Hauptkampf wurden dem Gegner die Quartiere im Herzogthum und der Weg auf die Hauptstadt freigelassen. Noch konnte man sich eben zum offenen Bruch nicht

---

[1]) Geijer-Carlson IV. 107.

[2]) Urk. u. Actenst. II. 63.

[3]) So schreibt Waldeck's Bruder Wolrad an den Kanzler Vietor dat. Fischhausen 27. Dec. 1655: „wir sind nun hoffentlich feind mit den Schweden; es hat schon unterschiedene Rencontres geben, in welchen die Schweden allzeit den kürzeren gezogen. Ich lieg hier in Fischhausen mit 600 Mann und ein schwedischer Obrister mit 700 Mann nur anderthalb Stunden über dem Haff zu Balge; wann das Eis was stärker, werden wir einander besuchen. Gott gebe Glück!“ (Arolſ. Arch.) Bei Rauchbar S. 102 wird die Anklage gegen Sparr erhoben, daß dieser unterlassen habe Balga, Fischhausen und Brandenburg rechtzeitig zu besetzen; nach obigem hätte wenigstens in Bezug auf Fischhausen wol Waldeck mit einer Abtheilung seiner Truppen das Versäumniß nachgeholt.

entschließen. Während des ganzen Vormarsches der Schweden wurden die Unterhandlungen unablässig fortgesetzt. Der Differenzpunkt, woran dieselben besonders sich stießen, war nun wieder die Frage der Souverainität. Die Anerkennung der schwedischen Lehnsherrlichkeit, statt der bisherigen polnischen, erklärte Karl Gustav unter den jetzigen veränderten Umständen als die erste und unabänderliche Grundbedingung des Friedens [1]); außerdem wurden wegen Abtretung des Bisthums Ermland jetzt wieder Schwierigkeiten gemacht; als Revanche für die von dem Kurfürsten noch immer behauptete Besetzung von Marienburg forderte der König, daß der Kurfürst den Sold für die mit ihm verbündeten polnischen Quartianer übernehme; endlich, gegenüber dem jetzt abgeschlossenen und ratificirten brandenburgischen Bündniß mit den Niederlanden, wurde eine Sicherstellung Schwedens in Betreff der beiden preußischen Häfen und zugleich die Theilnahme an den Zollerträgen von Pillau und Memel als unerläßlich hingestellt.

Weit freilich lagen diese Forderungen von den stolzen Aussichten ab, mit denen man vor einem halben Jahr in diese Verwickelungen eingetreten war. Zu verschiedenen Malen stand man im Begriff, die Verhandlungen abzubrechen. Aber inzwischen rückte Karl Gustav immer näher heran. Am 26. December (n. St.) stand er in Creutzburg, nur einige Stunden von Königsberg entfernt; ein paar Tage später bemächtigte de la Gardie sich Wehlau's und begann nun auch den Pregel entlang auf die Hauptstadt vorzudringen; ein Versuch Waldeck's, Wehlau wiederzugewinnen, zeigte sich unausführbar; statt dessen schickte sich de la Gardie an, auch Tapiau zu besetzen und die Deime zu überschreiten; glückte ihm dies, so stand ihm der Weg nach Samland offen, und Königsberg konnte dann zu gleicher Zeit von drei Seiten her angegriffen werden [2]).

Die Lage wurde von Tag zu Tag verzweifelter. Der Kurfürst befand sich einer überaus schwierigen Aufgabe gegenüber, die mit

---

[1]) So in dem Brief an den Kurfürsten dat. Creutzburg 16. (26.) Dec. 1655 bei Rudawski hist. Polon. S. 218. Für das übrige die Berichte von Somnitz und Dobrzenski, welche die Verhandlungen führten.

[2]) Rauchbar S. 104.

Muth ergriffen worden war, aber in der Ausführung zeigten sich die Kräfte ihr doch nicht gewachsen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die gesammte Führung der Angelegenheiten in diesen Wochen doch in hohem Grade eines einheitlichen Willens und der festen Sicherheit eines klar vorgesteckten Ziels entbehrt. Die militärische Anordnung, wonach man sich mit einer dem Feinde numerisch ungefähr gleich starken Armee ohne einen Versuch ernstlichen Widerstands in und bei Königsberg zusammendrängen ließ, wird man schwerlich eine glückliche nennen können. Der Zwitterzustand zwischen Krieg und Friedensverhandlung, den man aufrecht erhielt, brachte alle seine Vortheile den Schweden und alle Nachtheile der Sache des Kurfürsten.

Man wird sich die Verwirrung, die während dieser Wochen in Königsberg herrschte, groß genug vorstellen dürfen. Zwölf bis funfzehntausend Mann Truppen waren in der Stadt und der nächsten Umgebung einquartiert; ihre Verpflegung machte die außerordentlichsten Schwierigkeiten [1]); die Magistrate bestürmten den Kurfürsten, Frieden zu machen und der Stadt nicht zu allem übrigen auch noch das Schicksal einer Belagerung zu bereiten; die zahlreich in Königsberg anwesenden preußischen Landstände, die ihr Hab und Gut auf dem flachen Lande den Schweden preisgegeben sahen, schlossen sich ihnen an; die polnischen Magnaten, die sich und ihre Schätze nach Königsberg gerettet, agitirten im gleichen Sinn; die Bürgerschaft war in Gährung und man hielt für nöthig, Maßregeln gegen einen etwaigen Aufstand zu treffen [2]); man sprach von einem Complot, welches den Zweck gehabt hätte, die Magazine in Brand zu stecken und so den Kurfürsten zum Frieden zu nöthigen.

Vor allem aber, scheint es, stand auch der nominelle leitende General, der Feldzeugmeister Sparr auf der Seite derer, welche einen möglichst schleunigen Friedensschluß mit Schweden befürworteten; einen erfolgreichen Kampf hielt er für unmöglich, je länger

---

[1]) So in einer Eingabe der preußischen Städte beim Landtag in Königsberg, im Mai 1656. (Berl. Arch.)

[2]) Rauchbar S. 103.

man zögere, um so schlimmere Bedingungen werde man schließlich eingehen müssen. Er suchte die Kurfürstin zu gewinnen, um auf ihren Gemal einzuwirken, und diese verfehlte nicht, in diesem auch ihr genehmen Sinn „ihre Batterien spielen zu lassen“ [1]).

Wir wiederholen nicht all die schweren Anklagen, womit Waldeck (in der Darstellung Rauchbar's) sowol einzelne Maßregeln seines alten Gegners als die gesammte Führung des Feldzugs überhäuft, fast scheint er ihm absichtliche Verstöße zur Last legen zu wollen, die er begangen, um den ihm doch unvermeidlich scheinenden Proceß desto schneller herbeizuführen. Das Material mangelt, um solche Anschuldigungen im einzelnen zu controliren.

Jedenfalls, die Friedenspartei war groß und laut; „Große und Kleine, die vom Degen und die von der Feder riefen: Friede, Friede mit Schweden!“ [2])

Waldeck stand auf der anderen Seite. So wie er schon bei seiner Expedition gegen de la Gardie auf ein energisches Wagen gedrungen hatte, so hielt er auch jetzt die Lage noch nicht für so verzweifelt, daß man nöthig habe, die Schweden „gleichsam um Gnad und Pardon zu bitten“; er war unermüdlich, den Kurfürsten zu einer entschlossenen Kriegführung zu ermuthigen [3]). Die Freunde Polens im Rath des Kurfürsten, wie namentlich Hoverbeck, standen auf seiner Seite [4]).

Noch konnte auch der Kurfürst sich nicht entschließen, den schweren Schritt der Nachgiebigkeit zu thun. Seit den ersten Tagen des neuen Jahres befand sich der schwedische Kanzler Erich Oxenstjerna

---

[1]) Ebendas. S. 100. 105. Urk. u. Actenst. II. 78.

[2]) Rauchbar S. 105.

[3]) Ganz unrichtig bezeichnet Wicquefort hist. des Prov. Unies II. 368 Waldeck als denjenigen, der vorzüglich zum Frieden mit Schweden gerathen. Die Angabe bei Pufendorf Frid. Wilh. V. §. 69, wonach Waldeck in dieser Zeit einmal Gelegenheit gehabt habe, den König Karl Gustav persönlich gefangen zu nehmen, was er aber absichtlich und gegen den bestimmten Befehl des Kurfürsten vernachlässigte, klingt an sich sehr unwahrscheinlich und ist mit dem gesammten übrigen Verhalten Waldeck's in dieser Zeit nicht zusammenzureimen. Vergl. Droysen III. 2. 244. Rauchbar läßt die Sache ganz unerwähnt.

[4]) Des Noyers Lettres S. 95.

in Königsberg zur Unterhandlung [1]). Die Souverainitätsfrage bildete den Hauptgegenstand derselben, in zweiter Reihe der Besitz von Ermland; auf diese beiden Bedingungen erklärte sich der Kurfürst zum Bündniß mit Schweden bereit. Auf beiden Seiten war man unerschütterlich. Nach den ersten Tagen bereits war Oxenstjerna nahe daran abzureisen und den Waffen die letzte Entscheidung zu überlassen; und inzwischen nahmen die Feindseligkeiten Tag für Tag, mit wechselndem Glück, ihren Fortgang, während Karl Gustav auf die Remonstrationen des Kurfürsten seine Truppen aus der nächsten Nähe von Königsberg gegen Friedland hin zurückzog.

Bald darauf kam Sparr, der bisher mit einigen tausend Mann bei Marienburg gestanden hatte, nach Königsberg [2]). Ein Kriegsrath wurde berufen. Die Stimmen für schleunigen Friedensschluß waren bei weitem in der Mehrzahl. Vergeblich stellte Waldeck noch einmal alle seine Gründe für die Fortsetzung des Kampfes zusammen: noch sei man im Stande, den Feind geraume Zeit aufzuhalten und Königsberg zu decken; schlimmsten Falls werde man ihn dadurch am ersten zu erträglichen Bedingungen geneigt machen; er wies darauf hin, daß im Rücken der Schweden, in Polen, bereits neue Dinge sich vorbereiteten [3]); er stellte vor, wie alle in den letzten Monaten angeknüpften diplomatischen Verbindungen durch einen jetzt mit Schweden geschlossenen Frieden mit einem Male hinfällig und zerrissen würden [4]).

Die Ansicht Sparr's überwog, der den Abschluß eines Waffenstillstands forderte zur Beendigung der Friedenstractaten. Das Mißgeschick fügte es, daß eben jetzt ein Streifzug, den der Oberst Brunell mit 600 Reitern von Königsberg aus gegen die Schweden unternahm, mit einer empfindlichen Niederlage und sogar mit Gefangennehmung des Führers endete [5]). Ein Schlag, der nicht

---

1) Urk. u. Actenst. II. 74.

2) Ebend. II. 75. Rauchbar S. 102 behauptet, daß Sparr seinen Posten bei Marienburg gegen bestimmte Ordre des Kurfürsten aufgegeben habe.

3) Vergl. Rudawski hist. Polon. S. 220 ff.; des Noyers Lettres S. 61.

4) Rauchbar S. 105.

5) Pufendorf Carol. Gustav. II. §. 56. Rauchbar a. a. O. gedenkt

geeignet war, die schon so stark erschütterte Zuversicht in Königsberg wieder aufzurichten. Auch der Kurfürst widerstand jetzt nicht länger dem allgemeinen Drängen. Unter dem Schutz eines Waffenstillstands wurden die Verhandlungen mit Oxenstjerna zu Ende gebracht. Am 17. Januar 1656 wurde der Königsberger Vertrag unterzeichnet.

Bis zuletzt hatte Waldeck an seiner Meinung festgehalten, daß bei entschlossener Führung eine günstigere Wendung zu erreichen gewesen wäre, als die, welche man jetzt ergriff. Er weigerte sich, so erbittert war er über diesen Abschluß, dem schwedischen Friedensunterhändler Oxenstjerna die üblichen Höflichkeiten zu erweisen. Um so mehr wandte sich der volle Ingrimm aller Friedensbedürftigen gegen ihn, als „einen schädlichen Menschen und Friedensstörer", der allein den Kurfürsten „auf unruhige, martialische Gedanken gegen den König geführt", er, der freilich in Preußen nichts zu verlieren habe; man müsse ihm, ging die Rede in Königsberg, den Hals brechen, wenn er von seinen widrigen Maximen gegen die Krone Schweden nicht abstünde [1]). Andere meinten wol, man solle ihm ein Monument errichten, mit der Aufschrift: Ruina totius Prussiae [2]).

Er hat sich in seinem Urtheil nicht irren lassen. In den schärfsten Ausdrücken faßte er dasselbe in einem kurz nach Abschluß des Friedens geschriebenen Aufsatz zusammen. Er sieht in den Vorgängen der letzten Wochen und Monate nur ein Gewebe von halben Entschlüssen, verfehlten Maßregeln und in der Mitte abgebrochenen Thaten: „man wollte, so schließt er, in keiner Gefahr sein und hatte sich schon darein begeben; man wollte Polen treu bleiben und hatte

---

dieses Brunell'schen Streifzugs gleichfalls; er behauptet, daß die Schweden durch ihre im Gefolge Oxenstjerna's in Königsberg anwesenden Officiere im voraus von demselben benachrichtigt und daher zu seinem Empfang gerüstet waren.

[1]) Rauchbar S. 105 f. Schon während seiner Expedition gegen de la Gardie klagt Waldeck, daß die bei seinen Truppen vorkommenden Desertionen von der Bevölkerung begünstigt würden: „und weil befinde, daß die Amtsschreiber, Schulzen und benachbarten Edelleute daran mit schuldig, als lasse ich morgen einen (?) hängen". Waldeck an den Kurfürsten dat. Angerburg 5. Nov. 1655. (Berl. Arch.)

[2]) Bericht eines braunschweigischen Gesandten aus dem schwedischen Hauptquartier Schippenbeil dat. 9. (19.) Jan. 1656. (Archiv zu Hannover.)

ihm renoncirt; man wollte sich Sicherheit geben und steckte sich an allen Orten in Zweifel; man wollte den Krieg los sein und wollte neuen Krieg anfangen; man wollte weniger Truppen haben und wollte die Feinde vermehren — in summa: man wollte, was man nicht wollte und that was man nicht zu thun gedachte" [1]).

Waldeck wird in seinem Urtheil nicht allein gestanden haben, wenn auch vielleicht andere Räthe sich größere Zurückhaltung auflegen mußten. Der Kurfürst selbst konnte sich die schwere Niederlage nicht verbergen, welche dieser Königsberger Vertrag enthielt: die Lehnshoheit der Krone Schweden über das Herzogthum Preußen wurde anerkannt, allerdings mit einigen wesentlichen Milderungen im Vergleich mit dem bisherigen Verhältniß zu Polen; als wirklicher Gewinn wurde dem Kurfürsten das Bisthum Ermland, gleichfalls als schwedisches Lehen, überlassen, wogegen er seine Stellung in dem königlichen Preußen und namentlich Marienburg aufgeben mußte; aber statt der alten vertragsmäßigen Lehnshilfe von hundert Reitern für Polen mußte er hier die Stellung von 1500 Mann für den Fall ferneren Krieges in Polen übernehmen, wogegen es vielmehr ein Verbot als eine Concession war, wenn die dem Herzog von Preußen früher obliegende Verpflichtung der Haltung von vier Kriegsschiffen zum Schutz der Seeküste jetzt aufgehoben wurde; es wurde speciell noch überdies verfügt, daß der Kurfürst überhaupt keine Kriegsschiffe ohne Erlaubniß der Krone Schweden halten dürfe; noch schlimmer war es, daß der den Polen einst mit so vieler Mühe abgerungene Alleinbesitz der Seezölle verloren ging; Schweden erlangte durch den Vertrag die Hälfte derselben, mit selbständiger Theilnahme an der Erhebung; und sowie es hierdurch einen Antheil an der Handelspolitik und an der wichtigsten Finanzquelle des Herzogthums erwarb, so gab ihm das Recht des freien Durchzugs und der Benutzung der Seehäfen für seine Kriegsflotte auch in militärischer Beziehung die besten Garantien für die Abhängigkeit der preußischen Lande [2]).

---

[1]) Eigenhändiger Aufsatz Waldeck's ohne Ueberschrift und Datum. (Arols. Archiv.)

[2]) Das Einzelne s. bei v. Mörner Kurbrandenb. Staatsverträge S. 195ff.

Doch wie unbefriedigend auch diese Resultate sein mochten, wie peinlich vielleicht das Gefühl, daß eine günstigere Wendung möglich gewesen wäre, es kam darauf an, nicht diesem nachzuhängen, sondern mit festem Schritt in die neue Situation einzutreten, die jetzt gegeben war. Und noch bot dieselbe doch Möglichkeiten der verschiedensten Art dar.

Die deutschen Projecte und der Marienburger Vertrag.

Denn so weit war es nun trotz allem noch nicht gekommen, daß Brandenburg völlig mit gebundenen Händen dem siegreichen Schwedenkönig gegenüberstand.

Der Königsberger Vertrag war ein Friedensschluß; er verpflichtete den Kurfürsten nicht über die angeführten Bedingungen hinaus; nur innerhalb der stipulirten Lehnspflicht band er ihn an die Sache Schwedens. Eine eigentliche Alliance mit dieser Macht war wol in Aussicht genommen und bei der persönlichen Zusammenkunft zwischen dem Kurfürsten und Karl Gustav, die kurz nach dem Frieden zu Bartenstein Statt fand, hatte man davon gesprochen; aber noch war sie keineswegs geschlossen. Und wenn der Königsberger Vertrag unter anderem verfügte, daß dem Kurfürsten zur Leistung des Lehnseides ein Jahr Frist gegeben sein sollte [1]), so schien darin das stillschweigende Zugeständniß zu liegen, daß durch weitere Verhandlungen bis dahin das Verhältniß vielleicht ein anderes werden könne.

Seine Armee aber behielt der Kurfürst jedenfalls unvermindert in der Hand, und somit war, innerhalb gewisser Grenzen, ihm die Freiheit der Action um so sicherer gewährt, als nun mit dem Frühjahr 1656 von allen Seiten her von Woche zu Woche näher und drohender die Gefahren gegen Schweden sich aufthürmten.

Mit demselben Ungestüm, womit vor einem halben Jahre die polnischen Stände Karl Gustav zugefallen waren, kehrten sie sich jetzt von ihm ab, nachdem sie bald zur Besinnung darüber gekommen

---

[1]) Erste Urkunde Art. 3. (Ebendas. S. 195.)

waren, was die Herrschaft des nordischen Soldatenkönigs für Polen bedeute. Vom Süden her organisirte sich der Abfall und Aufstand durch das ganze Land. Nun erst kam das Gefühl auch des kirchlichen Gegensatzes wieder zum Bewußtsein und ward von den katholischen Geistlichen benutzt, der neuen Erhebung die Weihe des Kampfes für den Glauben gegen die ketzerischen Eindringlinge zu geben. Aus seiner schlesischen Zuflucht kehrte der noch eben völlig verlassene und hoffnungslose König Johann Casimir in sein Reich zurück und sah sich bald an der Spitze einer Macht, wie er sie niemals ohne jene gewaltige vorausgegangene Erschütterung dem guten Willen der polnischen Stände hätte abringen können. Mit einem Male war Karl Gustav in eine auf allen Punkten sehr bedrohliche Defensive gedrängt. Offenbar, der wirkliche Krieg begann jetzt erst, und indem nun auch das schon lange gefürchtete Zerwürfniß mit den Russen in Littauen zu offenen Feindseligkeiten ausbrach, indem zugleich auch der Kaiser und die Niederlande ihrer bisherigen Unthätigkeit ein Ende machen und für die Rettung Polens auftreten zu wollen schienen, so trat für Karl Gustav jetzt erst zu Tage, welche Mächte sein Unternehmen gegen sich hatte, nachdem es bisher nur alle Umstände des Glücks und des günstig gewählten Augenblicks für sich gehabt hatte.

Gegenüber all jenem tumultuarischen Erhebungseifer in Polen, dessen Nachhaltigkeit sowol als dessen militärische Resultate freilich zweifelhaft waren, hatte er den festen Rückhalt seines kriegerischen Genie's und einer trefflich geschulten, sieggewohnten Armee; gegen Gefahren von weiter her war die schwedische Diplomatie eine nicht minder treffliche und auch schon manches schweren Sieges sich rühmende Waffe: aber jedenfalls war es in der jetzigen Lage für Karl Gustav von der unmittelbarsten Wichtigkeit, welche Rolle bei dem weiteren Gang der Geschicke Brandenburg zu spielen gedachte.

Die ersten Wochen nach dem Königsberger Vertrag verliefen, ohne daß man in dem Rathe des Kurfürsten zu einem Entschluß über das weiter einzuhaltende Verfahren gelangte. Wir gehen nicht auf das Detail des diplomatischen Getriebes dieser bewegten Zeit ein. Indem wir unsere Blicke auf Waldeck zurückwenden, enthüllt

sich uns das Bild dieser merkwürdigen Uebergangsphase nach einer Seite hin, die bisher fast ganz außer Acht gelassen worden ist.

Denn mitten aus dem Getümmel dieser preußisch-polnischen Verwickelungen heraus tritt uns hier nun noch einmal eine Aussicht auf die Pläne des vorigen Jahres, auf jene Projecte in Deutschland entgegen, von denen sich die brandenburgische Politik nur unwillig hatte ablenken lassen.

Es ist merkwürdig zu sehen, wie im Rathe des Kurfürsten die Erinnerung daran fast unmittelbar wieder hervortrat, sobald der Abschluß des Königsberger Vertrags einen Moment der Ruhe und des Ueberblicks gewährte; keinen Augenblick säumte Waldeck, seine alten Pläne von neuem vorzunehmen und sie an der jetzigen Lage der Dinge zu prüfen.

Der Angriff gegen den Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Neuburg, die Eroberung der Jülich'schen Lande war hierbei der natürliche Ausgangspunkt [1]. Noch war die Situation auf dem westlichen Kriegsschauplatz im wesentlichen die nämliche wie im vorigen Jahre. Der Krieg zwischen Spanien und Frankreich dauerte fort, und mit Besorgniß hörte man in Königsberg auf die hin und wieder auftauchenden Gerüchte von einem bevorstehenden Frieden zwischen den beiden Mächten [2]. Mancherlei Anzeichen ließen vermuthen, daß der Pfalzgraf nicht gesonnen war, die günstige Gelegenheit unbenutzt zu lassen, welche ihm die Verwickelung Brandenburgs in die nordische Krisis zu gewähren schien; in den Kreisen des katholischen Fürstenbündnisses vom 15. December 1654 [3] gaben sich allerhand verdächtige Bewegungen kund [4], und gewiß war es nicht ohne Ursache, wenn eben jetzt das Gerücht immer lauter den Pfalzgrafen als Candidaten der katholischen nicht-österreichischen Partei neben dem Kurfürsten von Baiern für die künftige Kaiserwahl nannte.

Grund genug für Brandenburg, den diplomatisch-militärischen

---

[1]) Vergl. oben S. 281 f.

[2]) De Lumbres an Brienne dat. Königsberg 3. Febr. 1656. Urk. u. Actenst. II. 79; vergl. S. 88. 90.

[3]) Vergl. oben S. 262 f.

[4]) Urk. u. Actenst. II. 83.

Schauplatz im Westen nicht ganz aus den Augen zu verlieren. Hierbei stellten die Beziehungen zu Frankreich sich wieder in den Vordergrund.

Der französische Gesandte de Lumbres hatte während der letzten Monate sich in der Umgebung des Kurfürsten befunden. Die beträchtliche militärische Machtentfaltung, über die er jetzt nach Paris berichten konnte, machte das französische Cabinet geneigter, als es sich bisher gezeigt, in eine engere Verbindung mit Brandenburg zu treten. Höchst erwünscht wäre es Mazarin gewesen, einen Theil dieser ihm so vortheilhaft geschilderten Truppen in den Niederlanden bei dem für dieses Jahr beabsichtigten größeren Unternehmen [1]) verwenden zu können, und de Lumbres ward beauftragt, die Alliance-verhandlungen ernstlich wieder aufzunehmen.

Mit einem Male sah sich der Kurfürst auf diese Weise wieder in die Lage versetzt, daß man von allen Seiten her sich aufs eifrigste um seine Bundesgenossenschaft bemühte: ebenso wie dies mit den nachdrücklichsten Mahnungen und den besten Erbietungen von Polen her geschah, so wetteiferten nun auch die beiden befreundeten Mächte Schweden und Frankreich darum, ihn zu sich herüberzuziehen.

Waldeck stand in der Mitte dieser Verhandlungen. Namentlich bei den französischen spürt man bei jedem Schritte seine Hand. Ein Succurs von 4000 Mann neu zu werbender Truppen wurde gleich zu Anfang den Franzosen in Aussicht gestellt [2]); noch im Februar wurde die Urkunde einer sechsjährigen Defensiv-Alliance unterzeichnet [3]). Sie garantirt für Frankreich alle im westfälischen Frieden ihm abgetretenen Gebiete, für Brandenburg ganz allgemein seine Reichslande. Aber über den rein defensiven Charakter weist

[1]) Vergl. v. Ranke Französische Geschichte III. 170.

[2]) Urk. u. Actenst. II. 80.

[3]) Französisch-brandenburgische Alliance dat. Königsberg 24. Febr. 1656 bei Dumont Corps Univ. VI. 2. 129.; im Auszug v. Mörner S. 201. Sie ist brandenburgischer Seits von Schwerin und Hoverbeck unterzeichnet; die vorwiegende Thätigkeit Waldeck's bei der ganzen Verhandlung ergibt sich aus den Berichten de Lumbres'. Der von Mazarin empfohlene Zusatzartikel, der sich Urk. u. Actenst. II. 92 f. findet, ist in das ratificirte Exemplar nicht aufgenommen worden.

sie schon selbst hinaus: etwa zu machende Eroberungen, so lautet ein Artikel des Vertrags, sollen, sofern nicht der eine oder andere Contrahent specielle ältere Anrechte darauf hat, zu gleichen Theilen zwischen beiden getheilt werden [1]).

In der That war von Beginn dieser Unterhandlungen an weit mehr von Angriff als von Abwehr die Rede gewesen. Sobald Frankreich nur einiges Entgegenkommen zeigte, stand auch augenblicklich der Angriffsplan gegen den Neuburger und was sich weiter an ihn knüpfen mochte, wieder vor den Augen [2]).

War es möglich, gegenüber den doch noch keineswegs beseitigten Gefahren im Norden zugleich auch an eine Action in den rheinischen Landen zu denken?

Eine Zeit lang wenigstens dachte man alles Ernstes daran. Waldeck berieth mit de Lumbres eingehend die etwa vorzunehmenden Operationen; er schlug dem französischen Diplomaten zuvörderst einen gemeinschaftlichen Angriff auf das Oberquartier Geldern oder auf die von einer spanischen Garnison besetzte Festung Jülich vor; de Lumbres glaubte zu bemerken, daß man in dem Cabinet des Kurfürsten nicht übel geneigt sei, auch das Bisthum Münster sich anzueignen, sobald etwa der Bischof Miene mache, auf die Seite des Pfalzgrafen zu treten; die vermuthliche Haltung des katholisch-rheinischen Bündnisses, sowie der Generalstaaten wurde erörtert, die Aussichten auf den Beistand der Braunschweiger, des Landgrafen von Hessen-Kassel, des Herzogs von Sachsen-Weimar in Erwägung gezogen [3]). Als Grundbedingung für jede von Brandenburg zu

---

[1]) Art. 8: „Les conquêtes, qui en ce cas se feront dans les lieux où les parties n'auront autre droit que celui des armes, seront partagées entre elles également.“ Dumont S. 130. Ueber das Zustandekommen dieses Artikels vergl. Urk. u. Actenst. II. 82.

[2]) Rauchbar S. 113 scheint anzudeuten, daß es jetzt der Kurfürst persönlich war, der das Unternehmen gegen den Pfalzgrafen wieder in Anregung brachte; diese seine Notiz stammt jedenfalls aus der Ueberschrift des weiterhin sogleich zu erwähnenden Actenstückes aus dem Arolsener Archiv; diese schließt indeß keineswegs aus, daß Waldeck, wie an sich natürlich ist, zuerst wieder auf die von ihm entworfenen Pläne zurückgriff; so wie er auch nach den Berichten de Lumbres' die Seele der darauf bezüglichen Verhandlungen war; vergl. Urk. u. Actenst. II. 86.

[3]) Nach de Lumbres' Berichten, ebendas. II. 81 ff.

stellende Leistung aber hielt Waldeck die französische Unterstützung gegen den Pfalzgrafen und zur Eroberung der jülich'schen Lande fest.

In einigen Aufzeichnungen, worin Waldeck, nach seiner Art, Gründe und Gegengründe abwägend neben einander stellt, erkennt man noch deutlicher, wie eingehend in diesen Wochen zu Königsberg die Frage des „Vorhabens am Rhein" in Betracht gezogen wurde [1]).

Er verhehlt sich keine von den großen Schwierigkeiten, welche das Unternehmen bot. Daß vor allem auf dem nördlichen Kriegsschauplatz die Gefahr noch keineswegs vorüber war, lag auf der Hand; nur eine sehr günstige Wendung an dieser Stelle, am besten ein für keinen von beiden Theilen völlig sieghafter Friede zwischen Schweden und Polen [2]), konnte überhaupt die Möglichkeit gewähren, sich mit dem größeren Theil der vorhandenen Kräfte in die rheinischen Lande zu wenden. Zudem durfte man sicher sein, den Pfalzgrafen, auch abgesehen von seinen Verbindungen, nicht ungerüstet zu finden: vier bis fünftausend Mann geworbenes Volk, sagt Waldeck, hat er auf den Beinen, dazu gegen zwölftausend Mann auserlesene Landmiliz unter guten Officieren, an Artillerie und Munition fehlt es ihm nicht, und aus dem kornreichen Lande werden die Magazine wolversehen sein. Die Eroberung der jülich'schen Lande durch Brandenburg wird das gesammte pfälzisch-bairische Haus wegen seiner eventuellen Erbansprüche und ebenso das Haus Sachsen gegen sich haben; vorzüglich steht der Widerspruch des Königs Karl Gustav zu erwarten [3]) für die Linie Pfalz-Zweibrücken sowol wie für die

---

[1]) Zwei Aufsätze von Waldeck's Hand; der eine: „Difficultäten und Remedia, so bei Ausführung des von Sr. Churf. Dchl. mir gnäd. vorgestellten Vorhabens zu beobachten, auf Sr. Churf. Dchl. gnäd. Befehl aufgesetzt", nur mit der Jahreszahl 1656 bezeichnet; der andere: „Difficultäten, so sich bei dem Vorhaben am Rhein ereignen, und Remedia, damit ein solch wichtig Werk nicht in den Difficultäten allein angesehen und Frankreich chocquiret werde"; dat. 19. April 1656. (Arolſ. Arch.)

[2]) „Auf Frieden muß man arbeiten, aber dabei den Lauf des Glückes dem, der am meisten zu redoutiren, möglichst hindern helfen." Der Gesichtspunkt, der nachmals auch für das Marienburger Bündniß geltend gemacht wurde.

[3]) „Sonderlich weil wegen allerhand großer Desseinen J. Kön. Maj. sich

Sulzbachsche, zumal da der Pfalzgraf von Sulzbach bei ihm in großem Ansehen steht. Selbstverständlich werden auch alle Katholischen im Reich gegen eine solche neue Stärkung Brandenburgs sein; schon jetzt ist der Unwille bei ihnen allgemein, daß der Kurfürst sich nicht gescheut hat, das Bisthum Ermland von den Schweden anzunehmen [1]). Und bei all dem bleibt man nun überdies in der beständigen Gefahr, daß, wenn man im Vertrauen auf die Einigung mit Frankreich sich bloßgestellt, dieses plötzlich über Nacht seinen Frieden mit Spanien schließt und den Kurfürsten im Stich läßt [2]).

Anderseits unterläßt aber Waldeck nicht, auch die Möglichkeit der Ausführung eingehend in Betracht zu ziehen. Zuvörderst allerdings muß der Verlauf der Dinge in Preußen und Polen abgewartet werden; vor Ablauf des Sommers kann an ein Unternehmen an anderer Stelle nicht gedacht werden. Inzwischen muß man zur Erleichterung des Landes die Truppen nach Großpolen ins Quartier legen, und es taucht dabei zugleich wieder der alte Gedanke auf, bei der künftigen definitiven Friedensregulirung womöglich ein Stück dieses Landes als Satisfaction davonzutragen [3]). Zugleich aber müssen in den rheinischen Landen die schon begonnenen Werbungen beschleunigt werden: „unter dem Vorwand des hiesigen Krieges"; Waldeck empfiehlt, den Protector Cromwell nicht nur um Geld zu diesem Zweck, sondern auch um die Erlaubniß von Werbungen in England und Schottland anzugehen [4]). Die Alliance mit den braunschweigischen Herzögen erleichtert es, während des Sommers ein

---

solcher Prätension sehr nützlich gebrauchen können"; wozu vergl. Urk. u. Actenst. II. 81 und oben S. 167 n.

[1]) Vergl. auch Rauchbar S. 110.

[2]) S. hierzu namentlich die in dieser Zeit durch Wicquefort gegebene Nachricht Urk. u. Actenst. II. 90.

[3]) „Wann in Großpolen solche Satisfaction wollte gegeben werden, deckte solches Pommern und die Mark."

[4]) So war der Resident Schlezer in London schon im Februar angewiesen worden, den Protector dahin zu disponiren, „daß er mit Sr. Churf. Dchl. ein großes Dessein vorzunehmen und zu solchem Ende sowol Geld als andere Requisite beizutragen geruhen möchte". Waldeck an Schlezer dat. Königsberg 28. Febr. 1656. (Arolf. Arch.)

Corps im Halberstädtischen zusammenzuziehen [1]); ein anderes muß in der Mark gesammelt werden; auf diese Weise wird man rasch zur Hand sein können, damit nicht etwa bei dem ersten aufsteigenden Verdacht der Pfalzgraf sich auf die clevischen Lande wirft und die dort gesammelten Streitkräfte in plötzlichem Anlauf und mit der Uebermacht auseinander jagt. Mittlerweile kommt alles auf strengste Bewahrung des Geheimnisses an. Den Pfalzgrafen, räth Waldeck, muß man womöglich durch Anknüpfung neuer Verhandlungen sicher machen; ebenso kann man durch den Residenten Staveren dem spanischen Statthalterhof in Brüssel die gleiche friedliche Absicht kund geben; im Reich müßte man, um den katholischen Kurfürsten und Fürsten jeden Verdacht zu benehmen, sie um ihre Vermittelung bei dem Pfalzgrafen angehen „und mit vielen Fragen und Vorschlägen zu der Beruhigung des Werkes zielend, sie sicher machen". Anderseits aber, um die Evangelischen im Reich für sich zu gewinnen, müßte man bei dem jetzt versammelten Deputationstag in Frankfurt sich mit ihnen zu einem möglichst energischen Auftreten für die protestantischen Interessen vereinigen, so daß sie unvermerkt selbst in eine aggressive Stimmung gerathen [2]). Laufen dann die Dinge so, daß man hier in Preußen freie Hand bekommt — „denn eine freie Seite vor allen Dingen zu machen erfordert wird" — und daß Schweden das Unternehmen, wenn nicht begünstigt, so doch geschehen läßt und den Kurfürsten in Preußen sicherstellt: dann wird man, etwa im August, mit möglichster Schnelligkeit, theils auf dem Seeweg durch den Sund, theils zu Land über Halberstadt den größten Theil der Truppen nach den rheinischen Landen dirigiren, die Franzosen machen eine entgegenkommende Bewegung, die Vereinigung

---

[1]) „Und damit ein Anfang von Artillerie vorhanden sei, hätte man in den Garnisonen drunten im Lande etliche Kanonen in Bereitschaft zu halten und dem Corpori bei Halberstadt unter dem Vorwand doppelten Vorspanns doppelte Pferde hinzusenden und etliche Regimentsstücke mit dem Fußvolk zu schicken. Auf solche Weise kann man ohne große Ombrage zu allem gelangen."

[2]) „Auf solche Weise hätte man Zeit, die Evangelischen wegen ihres Interesses im Reich so sprechen zu machen, daß sie geengagirt und selbst Anleitung zu dieses Werkes Ausführung geben würden."

mit ihnen findet Statt und das noch näher festzustellende gemeinsame Unternehmen wird ins Werk gesetzt.

Die gewissenhafte Abwägung nach beiden Seiten hin, welche Waldeck in diesen Gutachten anstellt, läßt kaum erkennen, nach welcher Seite seine eigene Ueberzeugung sich in diesem Moment neigte. In der That mußten hier die Ereignisse selbst entscheiden. Freilich war das französische Cabinet über den Abschluß des Vertrags vom 24. Februar sehr erfreut, beeilte sich ihn zu ratificiren (12. April 1656) und drängte um vorläufige Ueberlassung einiger Truppen; aber für Brandenburg konnte dies Bündniß offenbar nicht anders gemeint sein, als mit dem Vorbehalt, daß die Verhältnisse in Preußen sich entweder zum Frieden anließen oder die Möglichkeit einer gesicherten und dauernden Neutralität gewährten; und inzwischen hielt der Kurfürst seine Ratification noch zurück [1]).

Für den Frieden aber sowol wie für die Behauptung der Neutralität wurden die Aussichten immer schlimmer. Unmittelbar nach der persönlichen Begegnung mit dem Kurfürsten in Bartenstein hatte der König Karl Gustav seinen kühnen Winterfeldzug nach Polen hinein angetreten. Noch hoffte er die von allen Seiten heranbrausende Bewegung dämmen zu können. Unter steten Kämpfen durchzog er noch einmal das ganze westliche Polen bis nach Jaroslaw hinauf. Aber den immer wachsenden Aufstand zu dämpfen gelang ihm nicht mehr; bald im Anfang schon trennten sich auch die bis dahin treuen polnischen Reichstruppen, die sogenannten Quartianer, von ihm und traten zu Johann Casimir über; unter den höchsten Gefahren, immer der stärksten Uebermacht gegenüber, durch eine im Landsturm aufgebotene, religiös fanatisirte Bevölkerung hindurch mußte er den Rückzug antreten. Mit der äußersten Mühe erreichte er Warschau wieder, traf die nöthigen Maßregeln zu dessen Vertheidigung und eilte nach Preußen zurück, dort die beiden Angelegenheiten zu betreiben, auf die es ihm jetzt vornehmlich ankam: die Belage-

[1]) Ueber die gleichzeitigen Bemühungen Mazarin's, auch Schweden selbst von dem Kriege gegen Polen loszubringen und seine Kräfte zum Kampf gegen Spanien und den Kaiser zu gewinnen s. Geijer-Carlson IV. 143.

rung von Danzig und die Gewinnung des Kurfürsten von Brandenburg. Seine Armee war beträchtlich zusammengeschmolzen, aber noch behauptete er doch eine Anzahl fester Plätze in Polen bis nach Krakau hinauf; in Großpolen und in Preußen war er noch Meister; vereinigte sich jetzt mit ihm die unversehrte Kraft der brandenburgischen Armee, so konnte es noch gelingen, das wankende Glück wieder aufzurichten, aber ohne diese Vereinigung wurde allerdings die Lage der Schweden von Tag zu Tag bedenklicher.

Und wurde es nicht die des Kurfürsten zugleich mit der ihrigen? Wie die Dinge lagen, wurde es immer deutlicher, daß die nächsten Entscheidungen auch für Brandenburg nicht am Rhein, sondern an der Weichsel lagen.

Aber schwieriger als in irgend einem bisherigen Moment dieser Verwickelungen war jetzt für den Kurfürsten die zu treffende Wahl.

An polnischen Versprechungen und Lockungen fehlte es nicht [1]. Johann Casimir hatte anfangs für den Beitritt des Kurfürsten die Souverainität von Preußen bieten lassen; er erklärte jetzt sogar mit seiner Neutralität zufrieden sein zu wollen.

Mit den Schweden schwebten seit Wochen die Unterhandlungen; mit der unerschütterlichen Zuversichtlichkeit, die ihnen die Gewohnheit des Sieges verlieh und mit der sie es verstanden, auch in schlimmer Lage schwankenden Freunden zu imponiren, legten die schwedischen Diplomaten neue polnische Theilungspläne vor, bei denen Brandenburg in Großpolen große Erwerbungen zufallen sollten.

Aber wie, wenn man doch gemeinsam mit Schweden unterlag? Dann war an die Erhaltung des Herzogthums Preußen kaum noch zu denken. Oder wenn man Schweden allein ließ und dieses dennoch sich endlich zum Sieg durchkämpfte? Dann wiederholte sich die Situation wie sie vor dem Königsberger Vertrag gewesen war, und sicherlich, dann hatte man von Schweden nicht minder das äußerste zu gewärtigen. Oder wenn man neutral blieb und Polen glückte es, mit Hilfe der ihm jetzt verbündeten Kosaken und Tartaren die

[1] Einen polnischen Bestechungsversuch bei Waldeck erwähnt Rauchbar S. 113, wozu auch vergl. des Noyers Lettres S. 137.

Schwedenmacht völlig niederzuwerfen? Dann war das Herzogthum dem siegestrunkenen Uebermuth der Polen und ihrer Barbarenhorden preisgegeben, und was galt ihnen dann eine Neutralität, die schon jetzt in polnischen Kreisen geradezu als Felonie bezeichnet wurde?

Hart stießen in dem Rathe des Kurfürsten die Meinungen auf einander über den zu fassenden Entschluß. Bei den mit leidenschaftlicher Erregtheit geführten Debatten stellte sich bald heraus, daß die ansehnlichsten Stimmen durchaus gegen eine nähere Verbindung mit Schweden waren. Mit Eifer machten namentlich Hoverbeck, Somnitz, Friedrich von Jena alle Gründe des Gewissens und der Politik geltend, die den Bruch mit Polen widerriethen. Noch hielten sie es für möglich, daß der Kurfürst seine Stelle als bewaffneter Vermittler zwischen den beiden kämpfenden Mächten behaupten könne; auf die Herstellung des Friedens zwischen ihnen seien alle Bemühungen zu richten [1]).

Ihnen allen entgegen hielt Waldeck die Ansicht aufrecht, daß unter den jetzigen Umständen die Ergreifung der schwedischen Partei der einzig mögliche Ausweg sei. Auch ihm würde, wie aus dem ganzen Zusammenhang seiner politischen Absichten und Wünsche hervorgeht, der Frieden im Norden bei weitem die erwünschteste Wendung gewesen sein; sein überwiegendes Interesse lag am Rhein und in den Fragen der deutschen Reichspolitik; aber er erkannte, daß dieser Frieden für den Augenblick noch eine Unmöglichkeit und daß die Neutralität derjenige Weg sei, der zugleich die geringste Sicherheit und die wenigsten günstigen Chancen auf Gewinn bot.

Und diese letztere Rücksicht ist nun doch, neben vielen anderen Erwägungen [2]), bei Waldeck sowohl als bei dem Kurfürsten persön-

---

[1]) S. die ausführliche Analyse dieser Erörterungen bei Pufendorf Frid. Wilh. VI. §. 15ff. Schwerin war eben damals für kurze Zeit nach der Mark gereist, wo seine Frau gestorben war. Rauchbar S. 109. Ueber das zweideutige Benehmen, welches Waldeck dem Feldzeugmeister Sparr bei dieser Gelegenheit vorwirft s. ebendas. S. 114. 118.

[2]) Wie namentlich die rein militärischen und ökonomischen der Schwierigkeit, die zahlreiche Armee während eines vielleicht langen Neutralitätszustandes allein aus den Mitteln des schon erschöpften Herzogthums Preußen zu erhalten; dazu der Gesichtspunkt der nothwendigen kriegerischen Schulung der Armee u. a. m.

lich von großem Gewicht gewesen. Mit den Gedanken der Sicherung und Abwehr verband sich doch immer zugleich ein ganz energisches Begehren nach Erwerb und Vergrößerung; wenn irgend möglich, nicht mit leeren Händen aus diesen Verwickelungen hervorzugehen, dieser Wunsch drängt sich immer von Neuem vor. Für Waldeck schien jetzt die Situation dazu angethan, namentlich die alten Pläne in Betreff Großpolens und der „Correspondenzlinie“ wieder in die Hand zu nehmen, wie sie kurz vor Beginn des Krieges besprochen worden waren [1]). Die augenblickliche Bedrängniß Schwedens mußte dazu dienen, den König Karl Gustav für Concessionen in dieser Richtung zu stimmen, und sowie Waldeck unablässig den Blick auf die westlichen Verhältnisse gerichtet behielt, so schien ihm die Gelegenheit zugleich außerordentlich günstig, um von dem König auch Zugeständnisse nach dieser Seite hin zu erpressen: wenn Karl Gustav zu einem Verzicht auf die jülich-clevischen Ansprüche des Hauses Zweibrücken zu bewegen war, wenn er vielleicht gar den brandenburgischen Eroberungsabsichten an jener Stelle seine Begünstigung zusagte, so hatte man doppelten Gewinn, und ein wesentliches Bedenken bei den künftig wieder aufzunehmenden „Projecten am Rhein“ war hinweggeräumt.

Durchschlagend wurde nun, daß Waldeck in diesen Gesichtspunkten sich, wie schon früher vor der Stettiner Conferenz, mit dem Kurfürsten selbst begegnete [2]). In den letzten Tagen des April fanden die entscheidenden Berathungen Statt. Nur wenige von den geheimen Räthen wurden zu denselben zugezogen: Waldeck, Hoverbeck, Somnitz, Jena und der Generalkriegscommissar Claus Ernst von Platen. Noch einmal faßten die Gegner alle ihre Gründe gegen die Verbindung mit den Schweden und gegen „Antretung so eines gefährlichen Krieges“ zusammen. Waldeck stand mit seiner entgegen-

---

[1]) Vergl. oben S. 312 ff.

[2]) Vergl. oben S. 328 ff. Daß der Verdacht schwedischer Bestechung gegen Waldeck sich erhob, wie de Lumbres am 20. April berichtet (Urk. u. Actenst. II. 94. 104), ist nach dem Stil der Zeit fast selbstverständlich; ob er begründet, muß man dahingestellt sein lassen; jedenfalls bedarf das jetzige Verfahren Waldeck's dieses Erklärungsgrundes nicht, um verständlich zu sein.

gesetzten Ansicht allein. Aber der Kurfürst entschied sich für ihn. Er beauftragte grade Friedrich von Jena, der am eifrigsten dagegen gesprochen, eine Instruction im Sinne der Waldeck'schen Anträge auszuarbeiten, was dieser nicht ohne einen Marginalprotest that. Am 29. April wurde dieselbe verlesen und von dem Kurfürsten gebilligt [1]). Waldeck selbst ward beauftragt, die Verhandlung mit dem schwedischen Reichskanzler Erich Oxenstjerna zu führen, Platen und Dobrzenski ihm als Genossen dabei zugesellt [2]).

Die Instruction nimmt ihren Ausgang natürlich auch jetzt noch von dem Wunsche des Kurfürsten, womöglich als neutraler Vermittler den Frieden zwischen Polen und Schweden herzustellen; erst gedrängt sollen die Gesandten sich auf Verhandlungen über eine engere Vereinigung mit den Schweden einlassen. Aber jene Position ernstlich zu vertheidigen war der Kurfürst jetzt schon nicht mehr gesonnen. Dagegen forderte er als schwedisches Zugeständniß für seinen Beitritt die Souverainität von Preußen, den Verzicht des Königs Karl Gustav für sich und seine Nachfolger auf die Zweibrückener Erbschaftsansprüche in Jülich-Cleve und seine künftige Unterstützung zur Erlangung des ungetheilten Besitzes dieser Lande. Außerdem aber — und darauf lag jetzt das Hauptgewicht — nahm er als seine Satisfaction für die in dem bevorstehenden Krieg zu bringenden Opfer den größeren Theil von Großpolen in Anspruch, „das Stück, wie der Kurfürst eigenhändig in der Instruction erläuterte, welches sich von Crossen bis an Warschau und wieder bis an Neidenburg oder Ortelsburg erstreckt, damit Wir eine lineam communicationis zwischen Unseren märkischen und preußischen Ländern

---

[1]) Am Rande des Conceptes der Instruction zu den Marienburger Verhandlungen bemerkt Jena: „Und ist mit dieser Instruction außer J. Exc. dem Herrn Grafen von Waldeck keiner von den Herren Räthen einig gewesen, sondern alle dawider geredet. Welches ich um Nachrichts willen hiebei verzeichnet." (Berl. Arch.) Rauchbar S. 118 bemerkt, daß Jena einen Verweis für dieses Verfahren erhielt. Hier mag der Anfang zu jener Erbitterung zwischen Waldeck und Jena liegen, wovon oben S. 301 n. 2.

[2]) Instruction dat. Königsberg 1. Mai 1656. (Berl. Arch.) Dobrzenski hatte schon während des Aprils Präliminarverhandlungen mit Oxenstjerna zu Elbing geführt.

haben können"[1]) — den größten Theil also, wie man sieht, des nachmaligen „Südpreußen" von 1793.

Am 3. Mai eröffneten Waldeck und Platen zu Frauenburg die Verhandlungen mit dem Kanzler Oxenstjerna. Die Friedensversuche lehnte dieser von vorn herein als unnützen Zeitverlust ab. Während Waldeck alles hervorhob, um die Gefährlichkeit der Lage möglichst zu Tage treten zu lassen und dadurch den Werth der brandenburgischen Bundesgenossenschaft in den Augen des schwedischen Kanzlers möglichst zu erhöhen, war Oxenstjerna beflissen, die Situation im günstigsten Licht zu zeigen. Trefflich kam ihm zu Statten, als einige Tage nach Beginn der Verhandlungen die Nachricht von dem glänzenden Sieg bei Gnesen eintraf, den eben jetzt die Schweden über den polnischen General Czarnecki davon trugen und der sie wieder militärisch zu Herren von Großpolen machte[2]). Der Eindruck, daß diese Schwedenmacht, trotz aller Verluste in den letzten Monaten, doch noch keineswegs von den Polen ohne weiteres über den Haufen zu rennen war, machte sich auch bei den brandenburgischen Unterhändlern geltend[3]).

Dieses Gefühl steigerte sich, als sie dem König Karl Gustav persönlich gegenübertraten. Von Mitte Mai an wurden die Verhandlungen nach Marienburg verlegt, wo der König, mit den Belagerungsarbeiten vor Danzig beschäftigt, sich direct an ihnen betheiligen konnte.

Hier traf Waldeck zum ersten Mal wieder nach dem verstimmenden Abbruch der Stettiner Verhandlungen (oben S. 338) persönlich mit Karl Gustav zusammen. Seine siegessichere Zuversicht verfehlte ihren Eindruck auf Waldeck nicht. Zwei verwandte Naturen begegnen und finden sich hier, in diesem Zweibrückener Pfalzgrafen, der jetzt die Krone Schwedens trägt, und in dem west-

---

[1]) Nebeninstruction mit eigenhändigen Zusätzen des Kurfürsten dat. Königsberg 2. Mai 1656. (Berl. Arch.) Eventuell waren die Gesandten bevollmächtigt Posen und Kalisch aufzugeben.

[2]) Geijer-Carlson IV. 137 f.; am 27. April/7. Mai 1656.

[3]) Berichte aus Frauenburg und dann aus Marienburg von Waldeck und Platen; außerdem zahlreiche eigenhändige Privatbriefe Waldeck's an den Kurfürsten („aux mains propres de S. Alt. El."). (Berl. Arch.)

fälischen Reichsgrafen, der auf die Leitung der brandenburgischen Politik einen vorwiegenden Einfluß übt: all ihr Thun unter große Gesichtspunkte, auf einen Hintergrund bedeutender allgemeiner Perspectiven zu stellen, und dabei das Größte für möglich halten — dieser Zug eignet ihnen beiden in gleicher Weise; und so wie Waldeck bei all diesen polnischen Verwickelungen niemals seine deutschen Pläne aus den Augen verlor, so begegnete er bei Karl Gustav verwandten Gedanken. Während man über das Nöthigste und Nächste für das einzugehende Bündniß berieth, schweiften die Gedanken der beiden Männer zugleich weit über den jetzigen Augenblick hinaus zu einem künftigen, wo es möglich sein werde, die Verhältnisse des deutschen Reichs einer gründlichen Umgestaltung zu unterwerfen; es ist unter ihnen wol von einer großen allgemeinen Säcularisation der Kirchengüter in Deutschland die Rede gewesen [1]).

Wie hätte man sich da nicht auch über die gegenwärtigen Aufgaben einigen sollen? War Waldeck schon als eifriger Befürworter der schwedischen Alliance nach Marienburg gekommen, so befestigte er sich jetzt immer mehr in seiner Ansicht. Seine Briefe an den Kurfürsten wiederholen immer von neuem die Versicherung, daß aus der Vereinigung mit den Schweden jetzt allein Rettung und Glück für die Zukunft zu hoffen sei.

Nicht geringe Wirkung übte hierbei auf ihn natürlich der Umstand, daß für die gewünschten polnischen Erwerbungen sich die Stimmung jetzt auf schwedischer Seite entgegenkommender zeigte als je zuvor. Karl Gustav und sein Kanzler sprachen nicht anders als von der gemeinschaftlichen Theilung Polens: an Land und Leuten in Polen solle dem Kurfürsten völlig Genüge geschehen; es war ersichtlich, daß man fast nur um der üblichen Verhandlungsmethode willen zögerte, sogleich auf seine Wünsche in Großpolen in ihrem ganzen Umfang einzugehen; man sprach von der künftigen Gnadenabfindung Johann Casimir's bereits, als ob derselbe zum zweiten Mal aus seinem Lande hinausgejagt sei [2]);

[1]) Urk. u. Actenst. II. 99.

[2]) Waldeck an den Kurfürsten dat. im schwedischen Lager beim Höfft 25. Mai 1656; eigenh.: „E. Ch. D. zu gefallen wollte er [Karl Gustav] König Casimiro auf allen Fall etwas zu sein und seiner Gemahlin Lebtag einräumen“.

von einer Restituirung desselben auf den polnischen Thron dürfe keine Rede sein; Schweden könne, so sagte Karl Gustav zu Waldeck, keinen König in Polen dulden, der der Spielball der Parteien und der auswärtigen Mächte sei; Friede mit ihm sei nur möglich, wenn er „absoluter König“ sei; dazu aber wolle er ihn nicht machen, da wolle er „lieber für sich arbeiten“. Aber allerdings verhehlte der König zugleich nicht, daß zu all dem die Mitwirkung Brandenburgs unentbehrlich sei, die Vereinigung der kurfürstlichen Armee mit der schwedischen sei unerläßlich, „sonst wären E. Ch. D. gewiß und vielleicht er mit verloren“.

In einem Punkte nur zeigte Karl Gustav sich unzugänglich. Zur Ausstellung eines formellen Verzichts für das Zweibrückener Haus auf die jülich-clevische Erbschaft war er nicht zu bewegen. Die Bedenken, die er dagegen vorbrachte, machten indeß auf Waldeck doch den Eindruck, daß es ihm dabei mehr auf den Ehrenpunkt als auf einen ernstlichen Vorbehalt ankam [1]); mündlich gab er die Erklärung ab, „er wolle sich in das, was zwischen E. Churf. Dchl. und dem Herzog von Neuburg vorgehen möchte, nicht mischen“.

Und gegenüber den großen Erwerbungsaussichten in Polen, war Waldeck's Meinung, könne man es dabei wol vorläufig bewenden lassen. „Die eine Woiwodschaft Posen, schreibt er, hat über siebzig Städte — was wird das übrige austragen!“ Er sah, wenn diese Machterweiterung hier gelang, die Zeit kommen, wo man, mit Frankreich und vielleicht mit den Niederlanden verständigt, zur Noth auch ohne den guten Willen Schwedens die rheinischen Angelegenheiten werde in Ordnung bringen können [2]).

So ganz ohne Anstoß indeß sollte doch die Angelegenheit nicht

---

[1]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Marienburg 21. Mai 1656; eigenh.: Gespräch mit dem König: „er wollte (sagt K. G.) solches gerne thun, wenn E. Ch. D. Nutzen und J. Maj. keine Schand davon hätten; aber er wäre nicht der älteste vom Haus . . . und alle Welt würde urtheilen, daß er aus Furcht eine solche Action gethan hätte, so nicht in seinen Kräften stünde“.

[2]) Relation von Waldeck und Platen dat. Marienburg 20. Mai 1656: der Kurfürst könne „mit Frankreich und den Staaten dergestalt sich setzen, daß von den Schweden E. Churf. Dchl. derends nichts sonderlich zu befahren haben werden“.

zu Ende kommen. Waldeck war von Königsberg abgereist, nachdem er mit dem Kurfürsten persönlich sich völlig über den einzuschlagenden Weg verständigt hatte; in diesem Sinne war seine Instruction abgefaßt, die ihn zum Abschluß des schwedischen Bündnisses unter gewissen Bedingungen ermächtigte. Er mußte daher nicht wenig betroffen sein, als ihm plötzlich inmitten der Verhandlungen kurz nach einander zwei von dem Kurfürsten unterzeichnete Schreiben überbracht wurden, welche alles wieder in Frage stellen zu wollen schienen [1]).

Offenbar hatten die Gegner Waldeck's, die bei den neulichen Berathungen unterlegen waren, seine Abwesenheit benutzt, um noch einmal den Kurfürsten zu bestürmen, und es war ihnen gelungen, diesen in dem bereits gefaßten Entschluß wieder wanken zu machen.

Waldeck war, dem Sinne seiner Instruction folgend, auf die neuen kühnen Eroberungs- und Theilungspläne Karl Gustav's eingegangen; sein Bestreben war gewesen, Brandenburg die möglich vortheilhafteste Mitwirkung dabei zu sichern. Jetzt kehrten in Königsberg plötzlich die alten überwunden geglaubten Bedenken sich wieder vor: daß der König so weit gehen wolle, habe man nicht geglaubt; diese völlige Auftheilung Polens, wie sie jetzt als Ziel hingestellt werde, sei eine Sache der Unmöglichkeit; der Kaiser, die Niederlande, die Russen, die Kosaken, die Tartaren, die ganze katholische Welt würde dagegen auftreten. Welche Mittel habe Schweden, dem zu begegnen? Man müsse ein gemäßigteres Programm aufstellen, welches „billig und auch möglich sei"; der Kurfürst verlangt eine geheime schriftliche Erklärung des Königs, „daß die Sache nicht so weitläufig, sondern intra terminos possibilitatis gehalten werden

---

[1]) Der Kurfürst an Waldeck und Platen dat. Königsberg 21. Mai und 26. Mai 1656; bei beiden sowol das Concept als das ausgefertigte Exemplar von der Hand Schwerin's, der eben jetzt (Urk. u. Actenst. II. 98) aus der Mark zurückgekehrt war. Die gefährlichsten Gegner Waldeck's bei dieser Gelegenheit waren aber wol Jena und Hoverbeck. Waldeck empfiehlt sogar gelegentlich dem Kurfürsten, er möge während seiner Abwesenheit „niemand außer dem Herrn von Schwerin von der Sache etwas vorzubringen gestatten" (Waldeck an den Kurfürsten dat. Marienburg 9. Juni 1656; eigenh.).

solle". Ja selbst vor dem Gedanken einer definitiven Gebietserwerbung in Großpolen schien man jetzt wieder zurückschrecken zu wollen: „Wir wollen auch hierin der ganzen Welt weisen, daß es Uns mehr um Wiedererlangung des Friedens, denn um neue Conquesten zu thun, und wollen uns daran begnügen, daß Uns etwa 3 oder 4 Millionen Rth. erlegt und bis zu selbiger vollkommener Bezahlung Großpolen zu einer wirklichen Hypothek gegeben und eingeräumt werde".

Das war eine völlig andere Sprache, als sie noch vor einem Monat in der Waldeck mitgegebenen Instruction geredet worden war. Gleichwol hatte die Situation sich inzwischen nicht wesentlich zum Nachtheil Schwedens verändert. Aber offenbar war es den Gegnern des schwedischen Bündnisses geglückt, den Kurfürsten durch ihre Vorhaltungen zu schrecken und einzuschüchtern, und der Ausdruck dieser Stimmung sind jene von Schwerin verfaßten Briefe.

Man wird hier recht deutlich gewahr, wie bedeutend der persönliche Antheil war, welchen Waldeck an der energischen, vorwärtsdrängenden Führung der brandenburgischen Politik in dieser Zeit zukommt. Wie wir jetzt den Gang der Dinge überblicken, läßt sich kaum in Abrede stellen, daß in diesem Momente, sowol der Opposition seiner Gegner als der Unschlüssigkeit des Kurfürsten gegenüber, Waldeck die einzig richtige Schätzung der Lage vertrat, und der weitere Verlauf hat sein Urtheil gerechtfertigt. Es war in der That von der äußersten Gefahr, jetzt auch nur noch einen Augenblick länger zu schwanken und von neuem eine halbe Stellung einzunehmen; jene Briefe aber bedeuten in Wirklichkeit nichts anderes als den ersten Ansatz zu einer neuen Politik des Einlenkens, zu einem neuen Versuche der Neutralität. Es muß dahinstehen, wohin dieser Weg jetzt den Kurfürsten geführt haben würde, wenn er ihm gefolgt wäre — zu der Schlacht von Warschau sehr wahrscheinlich nicht.

Hier aber setzte nun Waldeck seine ganze Energie ein. Er fühlte sich durch die in seinem Rücken gesponnenen Machinationen, denen der Kurfürst nachgegeben hatte, persönlich betroffen und beleidigt. In höchst gereiztem Tone schrieb er von Marienburg zurück; er protestirt gegen das Verfahren, daß man ihn sich hier kraft

seiner Instruction gegen die Schweden engagiren lasse und mittlerweile daheim ganz entgegengesetzte Resolutionen fasse; es sei ihm wol bekannt, daß das schwedische Bündniß Gegner habe, die durch keine Gründe dafür gewonnen werden könnten; wolle der Kurfürst ihnen folgen, so müsse er bitten von diesen Verhandlungen entbunden zu werden; „denn an die Instruction gebunden zu sein und dann von den Feinden der Sache und meiner Person das Werk censuriren zu lassen, kann nur zu meiner großen Confusion gereichen". Er beschwört den Kurfürsten, fest zu bleiben: „Gott, der Regierer aller Dinge, führe die Sache; denn Menschenvernunft nach ist es unmöglich, daß E. Churf. Dchl. reüssiren können, wenn nur Verwirrungen anstatt heilsamer Consilien beigebracht werden" [1]).

Und diese Remonstration verfehlte doch ihre Wirkung nicht. Waldeck sandte zugleich seinen Secretär Meinders nach Königsberg, um dem Kurfürsten persönlich nochmals die Situation vorzustellen. So gelang es ihm, die Gegner auch diesmal aus dem Felde zu schlagen. Die Conferenzen in Marienburg nahmen in dem bisherigen Sinne ihren Fortgang. Die Forderung des jülich-clevischen Verzichts ließ man jetzt brandenburgischer Seits fallen [2]). Die Frage der Souverainität des Herzogthums Preußen war von Anfang an bei diesen Verhandlungen nicht sehr scharf betont worden; man kam jetzt nicht mehr darauf zurück, und der Kurfürst begnügte sich mit einigen erläuternden Artikeln in Betreff des bisherigen Lehnsvertrages [3]). In den nächsten beiden Wochen wurden die Haupt-

---

[1]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Marienburg 28. Mai 1656; eigenh. In Pufendorf's und allen folgenden Darstellungen ist die Bedeutung dieses Zwischenfalls ganz verwischt oder übersehen.

[2]) Karl Gustav hatte zuletzt vorgeschlagen, daß beide Contrahenten sich gegenseitig eine Versicherung ausstellen sollten, in der jülich-clevischen Angelegenheit nichts via facti vorzunehmen; statt eine solche Verbindlichkeit auf sich zu nehmen, schreibt Waldeck, müsse man lieber die ganze Sache auf sich beruhen lassen, „weil darunter leicht etwas sein möchte, so E. Churf. Dchl. vorhabende Intention contrariiren könnte"; dat. Marienburg 12. Juni 1656. Der definitive Beschluß, die Sache für jetzt fallen zu lassen, wurde bei der Conferenz in Balga am 17. Juni gefaßt.

[3]) S. die darauf bezügliche Specialconvention bei v. Mörner Kurbrandenb. Staatsvertr. S. 208.

artikel des Vertrags ohne besondere Schwierigkeit festgestellt. Mit dem ausgearbeiteten Entwurf begaben sich dann Waldeck und Platen nach Balga, wo sie mit dem Kurfürsten zusammentrafen (16. Juni). Satz für Satz wurde hier unter Zuziehung zweier Hauptwidersacher, Schwerin's und Jena's, der Vertrag noch einmal durchgegangen [1]); es ist nicht gesagt, ob es Waldeck gelang, die Gegner jetzt zu überzeugen, aber sie widersprachen nicht länger; bis auf einige Nebenpunkte, die noch zur Verhandlung gestellt wurden, erhielt der Entwurf die Zustimmung des Kurfürsten. Am Abend des 17. Juni reisten Waldeck und Platen nach Marienburg zurück, den Abschluß zu vollziehen [2]).

Eine Woche später, am 25. Juni, waren die letzten Hindernisse beseitigt und es erfolgte die Unterzeichnung des schwedischen Alliancevertrags.

Drei Tage darauf erschien der König Karl Gustav als Gast des Kurfürsten in Preußisch-Holland [3]); in zweitägigem festlichem Beisammensein wurden die nöthigen Verabredungen für die nächste Zukunft getroffen; man kam überein, daß der Kurfürst persönlich seine Truppen in's Feld führen sollte; die bei der Zusammenkunft in Bartenstein (oben S. 363) begründeten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Fürsten wurden hier erneuert und fester geknüpft [4]).

In fünf einzelnen Instrumenten wurde das neue Bundesverhältniß zwischen Brandenburg und Schweden geregelt, welches

---

[1]) Rauchbar S. 118.

[2]) Als eine ernstliche Drohung, die Verhandlungen noch jetzt abzubrechen, (Droysen S. 269), ist wol diese Reise nicht zu nehmen; über alle Hauptpunkte war man in diesen Tagen bereits ziemlich einig; der polnische Gesandte Maidel, der eben jetzt bei dem Kurfürsten erschien, um einen letzten Versuch für Johann Casimir bei ihm zu machen, traf in Balga an demselben Abend (17. Juni) ein, wo Waldeck mit dem Auftrag zum Abschluß nach Marienburg zurückreiste. (Der Kurfürst an Waldeck und Platen dat. Balga 18. Juni 1656.)

[3]) Am 28. und 29. Juni, nach Unterzeichnung des Vertrags, nicht am 18. und 19. vor derselben, wie Droysen S. 269 angibt.

[4]) d'Avaugour an Mazarin dat. 7. Juli 1656. „Jamais on n'a ouï tant de protestations d'amitié, de sincerité, de zêle, ni vu plus de caresses, d'embrassades et de baisers.“ Urk. u. Actenst. II. 103.

das Resultat der Marienburger Verhandlungen war [1]). Das wesentliche der Uebereinkunft war, daß der Kurfürst jetzt die schwedischen Eroberungen im westlichen und nördlichen Polen formell anerkannte und sich zu ihrer Vertheidigung mitverpflichtete, sowie Karl Gustav sich zur Vertheidigung der alten und neuen brandenburgischen Besitzungen in Preußen und Polen verband; für den jetzt bevorstehenden Feldzug sagte der Kurfürst die Mitwirkung seiner gesammten Armee zu; in einer Reihe von Bestimmungen war die militärische Selbständigkeit des brandenburgischen Truppencorps gewahrt. Dagegen cedirt nun der König dem Kurfürsten von seinen bisherigen Eroberungen in Polen die Woiwodschaften Posen und Kalisch mit Ausnahme eines kleinen Districtes, die Woiwodschaften Lenchcz und Sieradz, nebst dem angrenzenden Lande Wielun, in ganzem Umfang; all diese Lande gelöst von allem bisherigen Zusammenhang, zu freiem souverainen Besitz.

Somit ist denn Brandenburg zu der Theilungs- und Eroberungspolitik zurückgekehrt, welche schon bald nach Beginn dieser Verwickelungen Waldeck als die zu ergreifende Rolle bezeichnet hatte. Ich kann mich nicht überzeugen, daß jenes Motiv des beschwichtigenden Dazwischentretens zwischen die kämpfenden Parteien, das Motiv der zu erhaltenden Balance zwischen ihnen, das Motiv des „opus hic erat arbitro“ in der That den vorwiegend bestimmenden Einfluß auf die jetzigen Entscheidungen geübt hat, den die brandenburgische Diplomatie und Publicistik damals und später (und sie gewiß im Dienste ihres Zweckes mit gutem Recht) jenem Gesichtspunkt beizulegen pflegt, und den auch die Geschichtsschreibung von Pufendorf an acceptirt und festgehalten hat. Als ein mitwirkendes Motiv, als eine Ansicht von der Lage der Dinge wird man dies gelten lassen dürfen [2]). Aber viel zu wenig pflegt betont zu werden, daß daneben doch in der brandenburgischen Politik jener Tage ein ganz energisch aggressives Element lebt, ein starkes begehrliches Umsichblicken und Umsichgreifen nach den Seiten hin, wo in der jetzigen Bildung die Schwäche und Unfertigkeit dieses Staatswesens liegt. Mit sicherem

---

[1]) v. Mörner S. 201 ff.

[2]) Vergl. oben S. 368 n. 2.

Instinct werden diese Stellen erfaßt. Wir sahen, wie dies die Politik im Westen bestimmte. Nicht minder stark wird sie hier im Norden davon geleitet, wenn gleich der erst von dürftiger Kraft gestützte Wille sich zumeist noch schüchtern hinter die Formen der Diplomatie verstecken muß. Jetzt war es das thatsächliche Verhältniß, daß die brandenburgische Armee sich marschfertig machte, im Bunde mit den Schweden nach Polen hinein aufzubrechen, der gesammelten Heeresmacht des Königs Johann Casimir entgegenzutreten und den Preis der vier Woiwodschaften erobern zu helfen, den der Kurfürst für seine jetzige politische Entscheidung gefordert hatte.

Ob es gelingen werde, im Laufe der Dinge diesen Preis festzuhalten und diesen großpolnischen Besitz zu behaupten, wer mochte es voraussagen? Aber der Sinn der brandenburgischen Politik war jetzt jedenfalls darauf gerichtet. Recht eigentlich als Waldeck's Werk konnte das nun zu Stande gekommene schwedische Bündniß betrachtet werden. Der Kurfürst glaubte, ihm für die hierbei geleisteten Dienste eine ansehnliche Belohnung schuldig zu sein; wenige Tage nach Abschluß des Vertrags ließ er ein Document aufsetzen, worin Waldeck in Anerkennung vornehmlich seiner in Marienburg geleisteten und im Hinblick auf noch ferner zu leistende Dienste zum Statthalter der neuen großpolnischen Provinz ernannt und ihm die Orte Meseritz, Paradeis und Blesen in der Woiwodschaft Posen erb- und eigenthümlich verschrieben wurden [1]). Auch andere Räthe wurden mit Schenkungen oder Versprechungen bedacht, welche ihr Interesse an den Bestand der jetzt geschlossenen Verbindung und an das Glück der bevorstehenden Unternehmungen fesseln zu sollen schienen [2]).

---

[1]) Concept der Verleihungsurkunde dat. Königsberg 2. Juli 1656, mit der Randbemerkung von Schwerin: „dieses haben S. Churf. Dchl. selbst befohlen also aufsetzen zu lassen". (Berl. Arch.) Rauchbar S. 119. Von Karl Gustav erhielt Waldeck kurz darauf eine goldene Kette im Werth von 3000 Rth. und eine Anweisung auf 100,000 Rth., welche letztere aber nie ausgezahlt worden sind. Ebendas. S. 121.

[2]) So erhielt Friedrich v. Jena durch Schenkungsurkunde dat. Königsberg 8. Juli 1656 die in Preußen gelegenen Güter des Woiwoden von Ploczk, Joh. Casimir Krasinski, welche confiscirt wurden, weil derselbe gegen seinen ausgestellten Revers sich wieder auf die polnische Seite geschlagen hatte. (Berl. Arch.)

Im Bunde mit Schweden.

„Bellum Brandeburgicum“ — mit dieser Ueberschrift bezeichnet ein zeitgenössischer polnischer Geschichtsschreiber den jetzt beginnenden Abschnitt des nordischen Krieges und deutet damit die Wichtigkeit an, die man dem Eintritt des neuen Kämpfers auf den Kampfsplatz beimaß [1]).

Und für Brandenburg war der polnische Krieg nun eine Thatsache, mit dem ganzen Ernst der Gefahren, mit der ganzen Größe der Aussichten, die er bot.

Wenig konnten in der That die Friedensverhandlungen bedeuten, welche noch jetzt nach dem Marienburger Bündniß und vor Eröffnung der Feindseligkeiten der Kurfürst mit dem Polenkönig Johann Casimir pflog und welche dann noch bis zum letzten Augenblick der französische Gesandte de Lumbres fortsetzte. Am 1. Juli war Warschau in die Hände der Polen gefallen; mit dem Zuzug von Kosaken und Tartaren verstärkt, stellte ihre Armee eine imposante Uebermacht auch gegenüber den vereinigten Kräften des Kurfürsten und des Königs Karl Gustav dar; und schon hatte der polnische General Czarnecki mit verheerenden Streifzügen selbst nach der Neumark und nach Hinterpommern hinein sich vorgewagt [2]). Was wollte es sagen, wenn man jetzt dem triumphirenden Polenkönig Frieden bot auf Grund von Vorschlägen, deren Ausführung, selbst im Falle des guten Willens, unter den jetzigen Umständen eine Sache der Unmöglichkeit war? [3]) Das diplomatische Handwerk hat eben seinen Handwerksbrauch, und auch seinen Handwerksformalismus, in diesem Jahr-

---

[1]) Rudawski S. 252.

[2]) Droysen S. 265 und Schlacht von Warschau S. 92 nennt hierbei immer einen polnischen General „Zamecky“, was doch offenbar nur ein Schreibfehler der Handschriften für den bekannten General Czarnecki ist.

[3]) Nicht anders kann ich die Vorschläge betrachten, welche zuerst der polnische Gesandte Maidel und dann de Lumbres an Johann Casimir überbrachte, und deren Inhalt nur von dem letzteren, Urk. u. Actenst. II. 105, angedeutet wird; in diesseitigen Archivalien findet sich nichts näheres darüber. Ganz richtige Bemerkungen über diese Vorschläge, deren Bedeutung Droysen S. 271 wol überschätzt, macht des Noyers Lettres S. 247.

hundert der Diplomatie; vor allem sucht es für alle Fälle, auch bei unzweifelhaftem Bruch, den Faden zu retten, an dem es später wieder anknüpfen kann; man darf es nicht allzu gewichtig nehmen, wenn es sich mit seinem Thun überall eindrängt, auch mitten in die vollendeten Thatsachen.

Eine solche aber war nun der Krieg gegen Polen.

Vier Wochen nach der Zusammenkunft des Kurfürsten mit dem König Karl Gustav standen die vereinigten Heere der polnischen Hauptarmee bei Warschau gegenüber.

Die denkwürdige dreitägige Schlacht erfolgte (28. bis 30. Juli), in welcher die junge brandenburgische Armee mit der Bluttaufe zugleich sich die stolzesten Lorberen erkämpfte.

Eine Schilderung derselben liegt außerhalb der Schranken unserer Aufgabe. Auf dem linken, von dem Kurfürsten befehligten Flügel nahm Waldeck als General-Lieutenant der Reiterei an den Kämpfen der drei Tage vielthätigen Antheil; ebenso sein jüngerer Bruder Wolrad, der als Generalmajor mit seiner Abtheilung unter dem speciellen Commando Sparr's im Centrum stand und besonders am zweiten und dritten Tage an den entscheidendsten Punkten der Schlacht ehrenvoll betheiligt war [1]).

---

[1]) Für das Einzelne verweise ich auf die ausführliche Abhandlung Droysens die Schlacht von Warschau (Leipzig 1863); zu den dort aufgeführten Quellen kommt jetzt noch die Darstellung von Rauchbar S. 122 ff., die indeß nichts von Belang hinzubringt. — Nur eine Bemerkung in Betreff einer von Droysen benutzten Quelle. Im Archiv zu Arolsen findet sich ein eigenhändiger Brief des Grafen Wolrad von Waldeck an eine Dame seiner Verwandtschaft, am 31. Juli geschrieben. Er beginnt: „Meinem Versprechen gemäß continuire ich mit meiner Relation, muß E. Ld. in der Kürze erzählen, wie es mit dem Treffen und darauf erfolgter herrlicher unserseitens erlangter Victorie zugangen." Dann folgt, mit unbedeutenden fast nur sprachlichen und formellen Varianten, Wort für Wort der Bericht (Relation III), welchen Droysen a. a. O. S. 20 nach zwei alten Drucken beschreibt und S. 124 ff. ganz abgedruckt hat (ohne die Aitzema'schen Zusätze). Hierauf ganz kurz der Schluß des Briefes: „Ich kann wegen Eil nicht mehr schreiben, bitte E. Ld. wollen meine Tochter grüßen und in der Hoffnung E. Ld. bald zu sehen, verbleibe ꝛc." Dieser Privatbrief des Grafen Wolrad ist also das Original jenes gedruckten Berichtes; die umgekehrte Möglichkeit, so daß etwa Wolrad sich eines bereits am 31. Juli im Lager umlaufenden, von anderer Hand verfaßten Berichts für seinen Brief

Ein großer augenblicklicher Erfolg war diese Schlacht von Warschau; aber auch nur ein solcher. Kaum jemals ist ein so vollständiger Sieg, vor den Thoren der feindlichen Hauptstadt erfochten, die alsbald in die Hände der Sieger fiel, von so geringen Folgen für den weiteren Gang der Ereignisse gewesen.

Der Gedanke, mit gesammter Kraft den flüchtigen Feind nach dem oberen Polen hinein zu verfolgen und seine Niederlage zu vollenden, mußte bald aufgegeben werden. Wenn der Kurfürst vielleicht einen Augenblick im Vollgefühl des Sieges der Meinung war, sich dem Wunsche Karl Gustav's in dieser Beziehung anzuschließen [1], so mußten vielfältige Erwägungen sowol ihn als den König selbst bald von dem Plane zurückbringen. Für Schweden begann eben jetzt die Gefahr von russischer Seite her ein sehr ernstes Antlitz zu zeigen; mit einer mächtigen Armee drang der Czar Alexei selbst in die schwach besetzte Provinz Livland ein, gegen Ende August war er

---

bedient hätte, wird durch die Vergleichung beider Stücke ausgeschlossen; aus den Abweichungen beider von einander ergibt sich deutlich, daß der Bericht III eine für den Druck zurecht gemachte Redaction des Briefes ist, mit sprachlichen und orthographischen Berichtigungen, mit regelrechter Ergänzung der Titulaturen, mit Uebertragung des „ich, mein, mein Bruder" ꝛc. in die entsprechenden Namen. Von sonstigen Varianten erwähne ich nur, daß in dem Bericht III bei Droysen S. 126 (Z. 3 v. o.) „viel starcke Esquadronen" zu lesen ist statt „viel Stück Esquadronen". Wir haben also in diesem Bericht die persönliche Auffassung und Darstellung des Grafen Wolrad von dem Theil der Schlacht, den er selbst übersehen konnte. — Hierbei ist noch ein Punkt zu berichtigen. Droysen substituirt überall, wo in dem Bericht und in anderen Quellen der „General-Major" Waldeck genannt wird, den Namen Josias Waldeck, so wie dieselbe Verwechselung auch schon Pufendorf Frid. Wilh. VI. §. 37 und Carol. Gustav. III. §. 25 macht; es ist aber an allen diesen Stellen der Name Wolrad's herzustellen, des jüngeren Bruders unseres Georg Friedrich (vergl. oben S. 9 f.), dem die dort verzeichneten militärischen Verdienste revindicirt werden müssen, und welcher einige Monate später an den Blattern starb (29. Januar 1657). Josias Waldeck ist ein Vetter der beiden genannten; er hat an der Schlacht wahrscheinlich auch schon Theil genommen, aber in untergeordneter Stellung; er tritt später mehrfach auf, so namentlich in dem Gefecht bei Dirschau (2. Sept. 1657), wo er den Rang eines Oberstlieutenants hat; er überkam wahrscheinlich nach Wolrad's Tode zum Theil das Commando der von diesem bisher geführten Truppen.

[1] So behauptet Rauchbar S. 130, der zugleich ein Gutachten Waldeck's mittheilt, worin dieser sich gegen den Plan erklärt.

Herr des Landes bis auf Riga, dessen Belagerung begonnen wurde. Auf der Rhede vor Danzig lag eine starke niederländische Flotte unter Admiral Opdam, entschlossen die Selbständigkeit dieser Stadt gegen alle ferneren Angriffe des Schwedenkönigs zu schützen. Schon kamen beunruhigende Nachrichten über die Absichten Dänemarks, auch sein Schwert wieder in das Gewirr der nordischen Verwickelungen mit hineinzuwerfen. Und aus Schweden selbst traf die Kunde ein von so bedenklichen inneren Bewegungen, daß im Rathe des Königs die Frage erwogen wurde, ob es nöthig oder möglich, daß er selbst sich dorthin begebe [1]).

All dieses Anlaß genug, sich vorläufig mit dem defensiven Resultat der Schlacht von Warschau zu begnügen und von weiterem Vorwagen abzustehen.

Aber auch der Kurfürst hatte die gegründetste Ursache zur Vorsicht. Er hatte zu aller Zeit auf das bestimmteste betont, sich durch sein Bündniß mit Schweden der Feindseligkeit gegen die Moscowiter nicht theilhaft machen zu wollen — wer konnte sagen, wie weit der Czar diese Absicht respectiren werde, wenn er erst die schwedischen Ostseeprovinzen völlig überwältigt hatte? Und nicht lange, so traf in der That eine russische Gesandtschaft in Königsberg ein, welche in ziemlich hochfahrendem Tone den Kurfürsten aufforderte, sich von Schweden loszusagen und das Herzogthum Preußen, als eine Dependenz von Littauen, fortan als ein Lehen des Czaren anzuerkennen. Selbst die niederländische Flotte vor Danzig konnte nicht ohne alle Besorgniß gesehen werden; die holländischen Mynheers betrachteten den kostbaren Hafen von Pillau gerade ebenso lüsternen Auges, nur etwas verschämter, wie die Schweden; oft schon hatten sie die Neigung blicken lassen, gegen eine Verpfändung desselben dem Kurfürsten zu den größten Diensten bereit zu sein; „ihr ganzes Absehen ist heimlich darauf gerichtet, daß E. Churf. Dchl., wenn Sie in wahrer Noth sein werden, ihnen selbst endlich die Pillau antragen müssen"; so schreibt Weiman aus dem Haag [2]). Es galt

[1]) Geijer-Carlson IV. 163.

[2]) Weiman an den Kurfürsten dat. Haag 13. Oct. 1656 (Berl. Arch.). Vergl. auch des Noyers Lettres S. 234 und Urk. u. Actenst. V. 782.

wol auf der Hut zu sein, um nicht in die von jenen gewünschte äußerste Noth zu gerathen und ihnen Muth zu kühneren Gedanken zu machen.

Vor allem aber: die polnische Armee war geschlagen, zerstreut, aber nichts weniger als vernichtet. Schon wenige Wochen nach der Warschauer Schlacht stand Johann Casimir wieder an der Spitze einer sehr beträchtlichen Heeresmacht und rüstete sich zu neuem Vordringen. Und von Warschau fliehend hatte der littauische Oberfeldherr Gonsiewski sich mit seiner Armee und einem Theil der verbündeten Tartaren von dem König getrennt und sich nach Littauen geworfen; in Verbindung mit dem Landesaufgebot der benachbarten polnischen Woiwodschaften bedrohte er die Grenzen des Herzogthums Preußen, und man hatte alle Noth, sich der streifenden Tartarenzüge zu erwehren.

Waldeck mochte es bedauern, daß die durch einen so großen Erfolg eingeweihte Waffenbrüderschaft mit den Schweden zunächst so wenig nachhaltige Vortheile brachte. Aber die Erfordernisse der Lage verhehlte er sich nicht; er widersprach ebenso dem Plane eines verfolgenden Vordringens nach Polen hinein, wie dem Wunsche Karl Gustav's, nachdem jenes aufgegeben, nun mit gesammter Kraft an die Belagerung von Danzig zu gehen. Sein Vorschlag war, möglichst rasch die von dem Generalmajor Derflinger in den Marken geworbenen neuen Regimenter heranzuziehen, mit ihnen und mit dem Gros der Armee eine Aufstellung längs der preußischen Grenze zwischen Bug, Narew und Memel zu nehmen, die Verbindung mit der schwedischen Armee zu erhalten und so zugleich das Herzogthum zu decken und die Armee sich so lange erholen und verstärken zu lassen, bis es Zeit sein werde, einen neuen gemeinschaftlichen Schlag gegen den heranrückenden Feind zu thun [1]).

Bevor es zu dieser rückgängigen Bewegung kam, wurde Waldeck beordert, einen Streifzug in die dem Kurfürsten durch den Marien-

---

[1]) Rauchbar S. 130 f. Nach desselben Angabe S. 132 scheint es, daß Sparr das Unternehmen gegen Danzig begünstigte und auch der Kurfürst dafür war, bis Karl Gustav selbst, von Waldeck bewogen, es aufgab.

burger Tractat zugewiesenen Woiwodschaften zu unternehmen, wobei er womöglich die Städte Lencycz und Kalisch besetzen und zugleich den von der Neumark her erwarteten und in derselben Richtung beorderten Derflinger mit seinen Regimentern aufnehmen sollte [1]). Der Zug, für welchen ihm eine Frist von acht Tagen bestimmt war, gelang nur zum Theil; Derflinger war auf seinem Märsche noch nicht so weit gediehen, um sich mit Waldeck vereinigen zu können; bis nach Kalisch gelang es ihm nicht vorzudringen; nur Lencycz wurde besetzt, als der erste Posten in dem beanspruchten neuen Gebiet [2]). Bald darauf wurde der geheime Rath Georg von Bonin dorthin gesandt, um die formelle Besitznahme der Woiwodschaften zu vollziehen („dresser l'état de S. Alt. Elect. dans ce pays") [3]).

Inzwischen hatte bereits der Rückzug der schwedischen und brandenburgischen Armee von der mittleren Weichsel gegen das königliche und das Herzogthum Preußen hin begonnen. Noch hinter die Linie, die er vorgeschlagen, zurück, innerhalb des Herzogthums selbst bei Johannisburg (so daß dieses die Mitte seiner Aufstellung bildete) erhielt Waldeck Befehl sich mit seinem nicht sehr starken Corps aus meist jungen Truppen und ohne Artillerie aufzustellen und dort die Grenzen gegen Gonsiewski zu hüten, während Sparr die Grenze gegen Littauen und Samogitien längs der Memel besetzte, und zwischen beiden in der Gegend von Lyck der Oberst Wallenrodt mit einer Abtheilung Infanterie und einer Anzahl Geschütze schon früher seine Aufstellung genommen hatte. Von schwedischer Seite standen zur Unterstützung Fürst Radziwil und der Generalmajor Israel Ridderhjelm mit einigen Regimentern am Narew postirt; und weiterhin sollte General Stenbock mit einem größeren Corps längs der preußisch-polnischen Grenze operiren, um je nach den

---

[1]) Derflinger hatte zugleich Befehl, unterwegs einige Truppen in das bisher von den Schweden besetzte Posen zu werfen, was aber erst später ausgeführt wurde. Bonin an Weiman dat. Colberg 9. Nov. 1656 (Düsseld. Arch.). Vergl. auch die Letters of intelligence dat. 12. Sept. bei Thurloe Statepapers V. 382.

[2]) Rauchbar S. 131 f. Die Besetzung erfolgte nur mit etwa 200 Mann; vorläufig blieb daneben auch die bisherige schwedische Garnison.

[3]) Bonin an Weiman a. a. O.

Umständen entweder hier einzugreifen oder auch nach Livland zu ziehen und Riga zu entsetzen.

In den ersten Tagen des September hatte Waldeck die angewiesenen Stellungen eingenommen. Die nächsten Wochen vergingen, ohne daß es zu einer Action kam. Aber mit Beginn des October sammelte Gonsiewski seine Littauer und Tartaren zu einem energischen Stoß gegen die preußische Grenze hin. Radziwil und Ridderhjelm (Major Israel, wie er in den Quellen gewöhnlich genannt wird) zogen sich auf die Kunde seines Anmarsches auf Waldeck zurück, um mit diesem vereint zu operiren; aber Oberst Wallenrodt, welchen Waldeck Befehl hatte im Fall der Noth an sich zu ziehen, weigerte sich dem Folge zu leisten, zeigte eine von Königsberg erhaltene Contreordre vor und schickte nur einige Geschütze mit geringer Munition und ein paar hundert Mann Truppen als Aushilfe [1]).

So erwartete man den Feind an der preußischen Grenze. Ihm entgegenzuziehen, wie zuerst beabsichtigt wurde, und ihm den Uebergang über den Narew streitig zu machen, zeigte sich bei dem Maaß der vorhandenen Kräfte nicht gerathen. Waldeck nahm seine Aufstellung bei dem Dorfe Protzko, an den kleinen Fluß Lyck gelehnt, im Rücken die Brücke, welche hier über denselben führte.

Am 8. October zog Gonsiewski mit weit überlegenen Kräften, namentlich mit sehr starker Reiterei gegen diese Stellung heran. Noch im letzten Moment hatte Wallenrodt sich entschieden, doch die geforderte Vereinigung zu bewerkstelligen; er erschien an eben diesem Morgen persönlich in Waldeck's Lager. Aber seine Truppen waren noch mehrere Stunden weit entfernt; ehe dieselben noch von der Stadt Lyck her, wo sie Halt gemacht hatten, zur Stelle sein konnten, erfolgte der Angriff der Tartaren und Littauer. In starken Massen

---

[1]) Rauchbar S. 141; und hierzu die Notiz S. 150: „ingleichen war Obrist Wallenrod zu Waldeck zu stoßen contramandirt, und hatte der Feind von diesem allem aus Königsberg (alwo des Litthauischen Unterfeldherrn Gemahlin, Frau Gonsewsky, in Sr. Churf. Dchl. Gartenhaus logirte und große Familiarität am Hofe hatte) bessere Kundschaft als S. hochgräfl. Exc." — „Six pièces de canon avec un canonier [sic] et deux régiments" gibt Waldeck in dem unten noch zu nennenden Brief an Weiman diesen Succurs von Wallenrodt an.

warfen sie sich auf die Hauptstellung Waldeck's bei der Brücke von Protzko, wo namentlich die schwedischen Truppen postirt wurden; hier stand das Gefecht. Aber man hatte, da es an Reiterei mangelte, den Fluß nicht an allen Punkten genügend besetzen und überwachen können; an einer Stelle gelang es einer starken Tartarenabtheilung ihn zu überschreiten; sie warf sich in den Rücken der Waldeck'schen Aufstellung und zugleich auf die Linie, von woher man des Wallenrodt'schen Succurses gewärtig war. Die Abtheilung brandenburgischer Truppen, welche Waldeck den Tartaren entgegenschickte, hielt nicht Stand; um nicht abgeschnitten und im Rücken gefaßt zu werden, beschloß Waldeck, mitten unter dem Gefecht seine Hauptmacht über die Brücke zurückzuziehen. Der größte Theil der Truppen kam glücklich herüber, und wacker kämpfend hielten die in der Arrieregarde postirten schwedischen Regimenter den nachdrängenden Feind zurück. Aber immer massenhafter stürmte nun dieser gegen die Brücke vor, und suchte zugleich an anderen Punkten überzusetzen. Die schwedischen Regimenter in der Nachhut waren in der äußersten Gefahr abgeschnitten zu werden. Sie zu retten stellte Waldeck sich an die Spitze von drei eben herüber gekommenen brandenburgischen Regimentern und versuchte durch einen kräftigen Vorstoß über die Brücke hinüber Radziwil und die Seinigen zu degagiren. Es mißlang vollständig; diese drei Regimenter waren von den jüngsten neugeworbenen Truppen; sie waren nicht mehr zum Stehen, geschweige denn zu einem Angriff zu bringen; Waldeck selbst gerieth bei dem Versuch, sie vorwärts zu führen, mitten in das Getümmel der vordringenden Feinde und entging mit genauer Noth der Gefangennehmung. Mit diesem letzten mißglückten Angriff („cette action lâche de mes gens" sagt Waldeck) war der Ausgang des Treffens entschieden. Allenthalben lösten sich die Reihen zu wilder Flucht auf; nur die schwedischen Truppen jenseits der Brücke wehrten sich so lange als möglich tapfer gegen die nun von allen Seiten auf sie einstürmende Uebermacht; endlich war auch ihr Widerstand gebrochen. Radziwil und Ridderhjelm, nebst vielen anderen schwedischen Offizieren und der Mehrzahl ihrer Truppen wurden gefangen; die wenigen brandenburgischen Geschütze, die Waldeck gehabt hatte, gingen sämmtlich ver-

loren; viele Fahnen und Standarten, sowie der größte Theil des Gepäcks fielen in die Hände der Sieger; nur die Gier, womit die Tartaren über das letztere herfielen, verminderte den Umfang der Niederlage und die Zahl der Gefangenen auf brandenburgischer Seite [1]). Waldeck raffte, so viel er von den Flüchtigen sammeln konnte, zusammen und zog sich auf Angerburg zurück [2]).

Die nächsten Folgen dieses verlorenen Treffens waren sehr empfindlich. Weit und breit ergossen sich nun Polen und wilde Tartarenhaufen über die jetzt offenliegenden südlichen Grenzdistricte von Preußen, brennend, mordend und schaarenweis Gefangene aus den Ortschaften mit sich fortschleppend; im ersten Moment fürchtete Waldeck, daß der Feind sogar auf Königsberg durchzubrechen suchen werde und beeilte sich den Paß bei Lötzen zu besetzen [3]).

So rasch wie möglich formirte er seine aufgelösten Truppen neu und zog alle in der Nähe stehenden Streitkräfte an sich. Eben jetzt führte ihm sein Bruder Wolrad zwei frische Regimenter Infanterie und vier Reiterregimenter zu. Endlich kam auch Derflinger mit seinen in der Mark geworbenen stattlichen Truppen heran und stieß zu ihm. Andere trafen von den Werbeplätzen im Clevischen her in Preußen ein [4]). Waldeck brannte vor Eifer, wieder vorgehen zu können und die Scharte von Protzko auszuwetzen.

---

[1]) Waldeck an Weiman: „notre bagage, où toute la foule donna dessus, sauva tellement nos gens que je croy n'avoir pas perdu deux cent cavalliers.“ Vergl. Urk. u. Actenst. II. 110.

[2]) Ueber dieses Gefecht am Lyck, oder bei Protzko (Proßken), oder auch bei Johannisburg, wie es in den Acten zuweilen, nicht recht zutreffend, genannt wird, ist am ausführlichsten Rauchbar S. 142 ff.; außerdem benutzte ich einen Bericht Waldeck's darüber an Weiman im Haag dat. Stradaunen 20. Oct. 1656 (Weiman's Journale im Düsseld. Arch.), sowie die Acten des bald darauf niedergesetzten Kriegsgerichts, von denen ein Theil in Berlin und ein anderer im Archiv zu Arolsen sich befindet. Die Zahlenangaben bei des Noyers S. 260 sind wol etwas stark aufgetragen, sowie er auch die falsche Nachricht hat von der Gefangennehmung Waldeck's und S. 266 von der seines Bruders.

[3]) Rauchbar S. 152. Baczko V. 205.

[4]) Bericht eines englischen Agenten in Elbing an den Residenten Bradshaw in Hamburg dat. 17. Oct. 1656 — „a strong recruit of thirteen companies of horse, all very stout fellows, coming out of Westphalia,“ welche in diesen Tagen bei Elbing passirten. Thurloe Statepapers V. 478.

Aber ein strenger Befehl des Kurfürsten band ihn, nicht wieder zum Angriff zu schreiten, bevor der zu seinem Succurs beorderte General Stenbock sich mit ihm vereinigt haben werde [1]). Auffallend lange hatte dieser schwedische Heerführer gezögert, sich mit seinem Corps nach der bedrohten Stelle hin zu wenden und dem Bundesgenossen seines Königs die erforderliche Hilfe zu leisten; auch in anderen als brandenburgischen Kreisen war man der Meinung, daß Stenbock das Unglück bei Protzko hätte verhindern können und daß er seine Instructionen übel befolgt habe [2]). Wir lassen es unentschieden, ob Nachlässigkeit oder wirkliche militärische Unmöglichkeit oder irgend welche Art von Hintergedanken der Grund dieses Zögerns war. Es wird verschiedenes zusammengewirkt haben. Jedenfalls bedurfte es auch jetzt noch sehr energischer Mahnungen, um Stenbock an seine Pflicht zu erinnern. Endlich erschien er bei Rastenburg, nicht weit von Waldeck's Hauptaufstellung bei Lötzen. Dieser eilte zu ihm Kriegsrath zu halten; noch immer zögerte der Schwede, sich auf einen neuen Angriff einzulassen; der Kurfürst ließ ihm drohen, man werde ihn dann allein stehen lassen und sich zurückziehen [3]).

Endlich fügte er sich, und der Aufbruch wurde beschlossen. Man rückte gegen Lyck und Oletzko vor, wo man den Feind zu finden hoffte, nicht ohne stete Bedenklichkeiten Stenbock's, der sich nicht zu weit in dieser Richtung vorwagen wollte, für den Fall daß inzwischen, wie er fürchtete, irgend ein Unglück auf dem andern Kriegsschauplatz an der Weichsel seine Anwesenheit dort nöthig machen sollte. Aber einmal im Marsche ließ ihn nun Waldeck nicht mehr los. Der Feind zog sich in Eile zurück; fast wider seinen Willen ward Stenbock genöthigt, mit Waldeck gemeinsam ihm bis über die littauische

---

[1]) Der Kurfürst an Waldeck dat. Königsberg 14. Oct. 1656. (Berl. Arch.)

[2]) d'Avaugour an Mazarin dat. 13. Oct. 1656 bei Geijer-Carlson IV. 174; wo übrigens die Auffassung als ob Stenbock „die Fliehenden sammelte" und gegen den Feind führte, doch sehr schwedisch gefärbt ist und durchaus nicht dem wirklichen Sachverhalt entspricht.

[3]) Der Kurfürst an Waldeck dat. Königsberg 18. Oct. 1656: Waldeck soll Stenbock bedeuten, „dafern er weiter cunctiren würde, mit Euch auf den Feind loszugehen, Ihr beordert wäret, von ihm weg und an den Memelstrom zu gehen". (Berl. Arch.) Rauchbar S. 152.

Grenze zu folgen [1]). Endlich am 22. October holte man Gonsiewski, von dem inzwischen die Tartaren sich wieder getrennt hatten, bei Philippowo ein. Und in dem nun erfolgenden Treffen wetteiferten die beiden verbündeten Truppentheile um den Preis der Tapferkeit. Gonsiewski erlitt die vollständigste Niederlage und wurde mit schweren Verlusten weit von der preußischen Grenze zurückgeworfen; die Wiedereroberung vieler bei Protzko verlorener Standarten und die Befreiung vieler Gefangenen, unter andern auch Radziwil's, war nicht minder ein willkommener Preis des Sieges [2]).

Die augenblicklich dringendste Gefahr war hiermit glücklich abgewandt; für die nächste Zeit stand ein ernster Angriff von dieser Seite her nicht zu erwarten. Stenbock beeilte sich wieder zurückzugehen, um den etwaigen Entscheidungen an der Weichsel näher zu sein.

Aber die allgemeine Lage blieb auch so noch bedenklich genug. An einer Stelle hatte man die eindringenden Polen mit blutigen Köpfen zurückgeworfen; mit Gonsiewski wurde bald nach dem Treffen bei Philippowo ein dreimonatlicher Waffenstillstand abgeschlossen [3]); aber damit war nur ein Feind beseitigt, und es war mit den Kräften, die man besaß, eine fast unmögliche Aufgabe, die langgedehnte preußische Grenze an allen Orten zu hüten, jenseits deren überall das zahlreiche insurgirte polnische Adelsaufgebot jede unbewachte Stelle benutzte, um mit Raub und Brand hindurchzubrechen und hier verjagt, gleich darauf dort wiederzukommen, „Fliegen gleich, sagt einmal Schwerin, die man mit der Hand aufjagt und die doch

---

[1]) Hierfür besonders die Berichte Waldeck's an den Kurfürsten dat. Strabaunen 19. Oct., Oletzko 20. 21. Oct. 1656. Noch am 21. Oct., am Tage vor dem Treffen bei Philippowo, wollte Stenbock wieder zurückgehen und eine Stellung zwischen Johannisburg und Rhein einnehmen, um nur eine etwaige Vereinigung Gonsiewski's mit Johann Casimir zu hindern. Allerdings ein sehr bedenkliches Verfahren.

[2]) Pufendorf Carol. Gustav. III. §. 31. Rauchbar S. 152 f. Waldeck an den Kurfürsten dat. Oletzko 23. Oct. 1656. (Berl. Arch.)

[3]) Rudawski S. 271; freilich sehr gegen die Meinung des polnischen Hofes: „sine Regis Senatusque consilio, privata auctoritate, quis crederet?“ Vergl. auch Rauchbar S. 163.

augenblicks wieder da sind". Das Land litt unsäglich [1]); die öffentliche Meinung und die Stände begannen wieder ebenso stürmisch den Frieden mit Polen zu fordern, wie sie ein Jahr früher die Abkunft mit den Schweden gefordert hatten; und die Kurfürstin stellte sich auch jetzt auf die Seite der Friedenswünsche [2]).

Und doch lag die Aussicht auf einen ersprießlichen Abschluß noch sehr fern. Auf dem anderen Kriegsschauplatz in Großpolen, Pomerellen und längs der Weichsel standen die Dinge noch schlimmer. Unaufhaltsam drangen die Polen hier vor. Von Vertheidigung der vier großpolnischen Woiwodschaften, welche Brandenburg zugesagt waren, konnte nicht mehr die Rede sein. Kalisch mußte sich zuerst ergeben, nachdem ein schwedisch-brandenburgisches Entsatzcorps mit schwerem Verlust zurückgeschlagen worden war [3]). Anfang October erschien Johann Casimir vor dem mit einer schwedisch-brandenburgischen Garnison besetzten, nur dürftig befestigten Lencycz — „un méchant trou de ville, qui ne valait pas la peine de la refuser au roi de Pologne" — es vermochte sich nicht zu halten; bald mußte die Stadt, drei Tage später auch das Schloß capituliren; die ganze Besatzung wurde kriegsgefangen [4]). Es war der einzige Posten, den der Kurfürst in diesen Landen inne gehabt hatte [5]).

Und weiter drang Johann Casimir unaufhaltsam nach der unteren Weichsel vor, während zur Seite seines Zuges polnische Streifzüge verheerend selbst die Neumark und Hinterpommern heimsuchten. Am 15. November hielt er triumphirend seinen Einzug in Danzig.

Eine höchst wunderliche Lage der Dinge. Was in der jetzigen Bedrängniß der Stellung des Schwedenkönigs noch einen gewissen

---

[1]) Einzelheiten bei Baczko V. 206.

[2]) Urk. u. Actenst. II. 110.

[3]) Rudawski S. 276.

[4]) Nach einem Bericht von Georg v. Bonin, der in Lencycz anwesend war (vergl. oben S. 390) an Weiman dat. Colberg 9. Nov. 1656. (Düsseld. Arch.)

[5]) Später, im December 1656, finden wir aber brandenburgische Garnisonen wieder in mehreren großpolnischen Orten, wie in Posen, Kosten, Meseritz; s. v. Mörner Kurbrand. Staatsvertr. S. 216; es ist nicht genau zu constatiren, wann sie dahin gekommen waren.

Halt gab, das war neben seiner doch noch ungebrochenen Armee und neben dem brandenburgischen Bündniß vorzugsweise die Reihe fester Plätze, die er auf polnischem Gebiet von Preußen bis nach Galizien hinauf in der Hand hatte, vor allem das wichtige Krakau, welches der heldenmüthige General Würtz bereits ein Jahr lang gegen alle Angriffe vertheidigte. Und so war es anderseits für Johann Casimir ein Umstand von der entscheidendsten Wichtigkeit geworden, daß an der Nordgrenze seines Reichs die deutsche Seestadt Danzig allen Angriffen getrotzt und hier an den Mündungen der Weichsel ihm einen festen Stützpunkt gerettet hatte, der nun ergriffen wurde und dessen Erhaltung man polnischer Seits nicht anstand dankbar als den Angelpunkt der Rettung Polens anzuerkennen [1]).

So daß in der That jetzt, in seltsamer Verschiebung, jeder der beiden Gegner seine beste Stärke auf der natürlichen und ursprünglichen Operationsbasis des anderen hatte: Johann Casimir in Danzig, Karl Gustav in Krakau.

Aber für's erste erschien doch Krakau nur wie ein verlorener Posten, den der Schwedenkönig schwerlich je dazu gelangen würde noch einmal nutzbar zu machen. Seit dem Einzug Johann Casimir's in Danzig hielten Viele die Tage der schwedischen Invasion für gezählt. Sie wären es vielleicht gewesen, wenn den Polen und ihrer Kriegführung nicht allzusehr alle die Vorzüge planmäßigen Zusammenhangs, einheitlicher Leitung und einer wahrhaft wirksamen und dauerhaften militärischen Organisation gemangelt hätten, welche die Stärke des Schwedenkönigs ihnen gegenüber, auch bei der entschiedensten numerischen Unterlegenheit ausmachten [2]).

---

[1]) Lengnich VII. 173.

[2]) Sehr treffende Bemerkungen über die militärisch-politische Unfähigkeit der Polen, gegenüber ihrer jetzigen günstigen Lage, macht des Noyers Lettres S. 264. 269. 283. — Charakteristisch für die Stimmung siegestrunkenen Uebermuths, wie er jetzt bei der polnischen Partei und namentlich auch in Danzig herrschte, ist das interessante historische Lied, welches Mosbach Wiadomości do Dziejów Polskich z Archiwum Prowincyi Szląskiéj (Nachrichten zur polnischen Geschichte aus dem schlesischen Provincialarchiv) Ostrów 1860 S. 348 ff. mittheilt; es ist ein Spottlied auf Karl Gustav, wahrscheinlich in Danzig zur Feier von

Der Vertrag von Labiau.

Wie selten ist es, daß eine auf ein gemeinsames kriegerisches Ziel gerichtete Waffengemeinschaft zweier Mächte von sonst verschiedenen Interessen sich lange in ungestörter Einigkeit zu erhalten vermag. Selbst gemeinschaftlich errungene Erfolge wirken oft trennend statt bindend. Am sichersten aber und am schnellsten trennt gemeinsam erlittenes Mißgeschick.

Das schwedisch-brandenburgische Bündniß hatte in den Monaten nach der Schlacht von Warschau an Festigkeit nicht eben gewonnen. Noch war für Brandenburg die Lage der Dinge keineswegs dazu angethan, um den Gedanken einer Trennung von Schweden ernstlich aufkommen zu lassen, obwol es an Anregung dazu nicht fehlte. Vielmehr ließ der Kurfürst in dieser Zeit sich eifrig angelegen sein, dem König Karl Gustav diplomatisch nach allen Seiten hin aufs beste zu Hilfe zu kommen. Durch eine Gesandtschaft Kleist's nach Kopenhagen suchte er der bereits von weitem drohenden Schilderhebung Dänemarks entgegenzuarbeiten [1]. Am kaiserlichen Hofe wirkte Dobrzenski in ähnlichem Sinne [2]. An den Czaren Alexei wurde Eulenburg abgeschickt, um zwischen Schweden und Rußland zu vermitteln [3]. Und den Bemühungen Brandenburgs vorzüglich gelang es, zu Elbing einen vorläufigen Vertrag zwischen den Niederlanden und Schweden zu Stande zu bringen, wodurch der Gefahr eines Ausbruchs der

---

Johann Casimir's Einzug verfaßt; auch der Kurfürst und der „junge Waldeck" sind darin nicht vergessen.

[1]) Instruction für Ewald v. Kleist dat. Königsberg 5. Juli 1656; also noch vor der Schlacht von Warschau; und eine andere ihm nachgeschickte dat. Warschau 7. August 1656. (Berl. Arch.)

[2]) Instruction für Dobrzenski dat. Königsberg 7. Juli 1656. (Ebendas.)

[3]) Instruction für Joh. Casimir von Eulenburg dat. 29. August 1656. (Ebendas.) Bald darauf zeigt der Kurfürst dem König Karl Gustav an, daß er durch seinen Gesandten das „insperatum bonum" erreicht habe, den Czaren zur Aufhebung der Belagerung von Riga und zu einem zweimonatlichen Waffenstillstand zu bewegen, während dessen unter brandenburgischer Vermittelung über den Frieden verhandelt werden solle. (dat. Regiomonti 17. Oct. 1656.) (Ebendas.) Vergl. Urk. u. Actenst. II. 113.

Feindseligkeiten zwischen diesen beiden Mächten für's erste vorgebeugt war [1]).

Aber das Scheitern der auf das Marienburger Bündniß gesetzten Hoffnungen und das vielfältige Mißgeschick der Monate nach der Schlacht von Warschau übte namentlich am brandenburgischen Hofe eine entschieden abkühlende Wirkung. Die Stimmen machten sich wieder bemerklich, die schon ehedem der schwedischen Verbindung widersprochen hatten, und jene Weisheit wird nicht verfehlt haben sich vorzudrängen, welche immer das Unberechenbarste vorausgesehen zu haben meint und dasselbe nachträglich zu Gunsten ihrer nicht befolgten Rathschläge zu deuten pflegt. Wo waren nun die stolzen Hoffnungen geblieben, mit denen man in diesen Krieg gegangen war? Was hatte man erlangt von den verheißenen vier Woiwodschaften — kaum erwehrte man sich der polnischen Uebermacht an den Grenzen des eigenen Gebietes. Die Gedanken an Neutralität, an Abfindung mit Polen regten sich wieder und würden noch viel entschiedener hervorgetreten sein, wenn der siegestrunkene Uebermuth der Gegner nicht jede Aussicht auf ein ersprießliches Abkommen für den Augenblick benommen hätte. Viele Stimmen erhoben sich schon, die ein Abkommen um jeden Preis anriethen; aber noch war der Kurfürst fest entschlossen, wenigstens Ermland nicht wieder herauszugeben und nicht ohne die Anerkennung der preußischen Souverainität aus dem Kampfe hervorzugehen [2]).

Für das künftige Zugeständniß der letzteren von Seiten Polens war es zuvörderst wesentlich, daß der Kurfürst sich bereits im factischen Besitz derselben befand. Dieses Zugeständniß den Schweden abzuringen, mußte jetzt vor allem das Bemühen der brandenburgischen Politik sein.

Während der Herbstmonate, während die allgemeine militärische Lage sich von Woche zu Woche verschlimmerte, mit mehrfachen

---

[1]) Elbinger Vertrag dat. 1/11. Sept. 1656; gedruckt bei Pufendorf Carol. Gustav. Anhang S. 11 ff.; Dumont VI. 2. 147 ff.

[2]) S. hierfür besonders die Berichte von de Lumbres vom October 1656. Urk. u. Actenst. II. 109 ff.

Unterbrechungen, wurde die Unterhandlung geführt [1]). Daß sie von Seiten des Kurfürsten in die Hände Schwerin's und Jena's gelegt wurde, die er als die Hauptgegner des schwedischen Bündnisses kannte, mußte Karl Gustav zeigen, daß diese in Marienburg glücklich überwundene Partei jetzt am Hofe zu Königsberg wieder größeren Einfluß zu gewinnen begann; er konnte sich nicht verhehlen, daß, wie jetzt die Dinge lagen und bei der Vorherrschaft dieser Partei in der Umgebung des Kurfürsten, die Auflösung des schwedischen Lehnsverbandes bereits fast als ein einleitender Schritt gelten mußte, womit Brandenburg sich für die Möglichkeit noch entschiedenerer Trennung den Weg bahnen zu wollen schien.

Mit allen Kräften wehrten sich der König und seine Räthe anfangs gegen das gefahrdrohende neue Zugeständniß. Es entging ihnen nicht, daß bei der jetzigen Lage der Dinge der Kurfürst doch vorläufig noch sehr geringe Aussicht hatte, zu einem günstigen Abkommen mit den Polen zu gelangen; bei allen Friedensversuchen zeigte Johann Casimir gerade gegen den brandenburgischen „Vasallen" sich am hochfahrendsten. Für's erste konnte man wol noch hoffen, ihn hieran festzuhalten.

Aber war, von einer andern Seite her angesehen, es nicht vielleicht gerade der unheilbarste Bruch mit Polen, wenn jetzt der Kurfürst zu dem Bisthum Ermland auch noch die preußische Souverainität aus den Händen Schwedens annahm? Ich kann nicht sagen, ob dieser Gesichtspunkt im Rathe Karl Gustav's von Einfluß gewesen ist, um ihn allmälig für die Wünsche des Kurfürsten günstiger zu stimmen. Als nach einem ersten fruchtlos abgelaufenen Versuch Schwerin's (15. Sept. ff.) er mit Jena gemeinsam in den ersten Tagen des October nach Frauenburg zurückkehrte, wo die Verhandlungen geführt wurden, fand er die Stimmung für die Gewährung der Souverainität schon viel günstiger [2]).

---

[1]) Die Verhandlungen beginnen Mitte September in Frauenburg, zunächst mit Schwerin allein; dann Instruction für Schwerin und Jena dat. Königsberg 1. Oct. 1656. (Berl. Arch.)

[2]) Schwerin an den Kurfürsten dat. Frauenburg 5. Oct. 1656 (eigenh.):

Aber, seltsam, nun war gerade er es, der vor dieser sich eröffnenden günstigen Aussicht fast zurückschreckte. Schwerin war in so entschiedener Weise Gegner der schwedischen Bundesgenossenschaft, daß er schon vor Antritt dieser Sendung mehrfach auf diese Bedenklichkeit eines solchen neuen Uebereinkommens mit Karl Gustav hingewiesen hatte: was immer zu seinen Gunsten gesagt werden mochte, es erschwerte in seinen Augen nur die von ihm gewünschte Loslösung aus den Banden der schwedischen Politik. So kam er auch jetzt auf dieses Bedenken zurück. Noch einmal empfahl er dem Kurfürsten wol zu überlegen, daß die Annahme der Souverainität aus den Händen Karl Gustav's seine Lage den Polen gegenüber beträchtlich schwieriger mache, wenn es einmal dazu kommen werde, „andere Resolution zu fassen", d. h. Friede und Freundschaft mit Polen zu suchen: alle bisherigen Verträge mit den Schweden würden sich mit der Nothwendigkeit entschuldigen lassen — „dieser allein wird einem freien Willen und genommenem Vorsatz zugeschrieben werden" [1]).

Der Kurfürst blieb, diesem abermaligen Einlenken Schwerin's gegenüber, bei seiner Meinung fest. Die Verhandlung in Frauenburg wurde fortgesetzt, während zugleich schwedische Unterhändler am Hofe des Kurfürsten die Sache betrieben. Noch manche andere Schwierigkeit tauchte neben der Souverainitätsfrage und in ihrem Gefolge auf; die Frage der Pillauer und Memeler Seezölle, deren Alleinbesitz jetzt der Kurfürst forderte, und manches andere verzögerte den Abschluß. Zugleich aber spielten auch die gleichzeitigen Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz wirksam herein, die Niederlage Waldeck's bei Protzko und die Säumniß Stenbock's dabei, wie nicht

„Ich verhoffe, E. Churf. Dchl. werden wegen der Souverainität gute Satisfaction erlangen und hat sich der Reichskanzler heute schon viel besser erwiesen."

[1]) Ebendas. — Droysen S. 306 citirt diese Stelle nicht genau. Auch ist der Zusammenhang, in welchen dort jenes Bedenken Schwerins gebracht wird, wie das obige zeigt, wol nicht ganz richtig. Daß Schwerin schon früher seine Bedenklichkeiten gegen die Annahme der Souverainität aus der Hand der Schweden geäußert, sagt er selbst in dem citirten Brief, und jetzt kommt er auf dieselben zurück, als er die ersten Spuren von Geneigtheit zur Gewährung bei den Schweden wahrnimmt.

minder die Fortschritte Johann Casimir's in Pomerellen. Zu wiederholten Malen waren die Verhandlungen dem Scheitern nahe. Der Einzug Johann Casimir's in Danzig übte den letzten Druck auf das Widerstreben der Schweden; fünf Tage später wurde der Vertrag von Labiau (20. Nov. 1656) unterzeichnet, welcher endlich die Souverainität des Herzogthums Preußen nebst Ermland zum ersten Male officiell aussprach. Auch in den meisten übrigen Stücken erlangte der Kurfürst fast alle seine Forderungen [1]).

Dagegen ist nun bemerkenswerth, daß beide Verbündete jetzt von den umfassenden Theilungs- und Eroberungsplänen des Marienburger Bündnisses einen Schritt zurücktraten. Der Kurfürst hielt auch jetzt noch daran fest, womöglich die vier Woiwodschaften ganz oder zum Theil für sich zu begehren; aber zugleich erklärte er sich in den geheimen Artikeln des Vertrags bereit, auf dieselben zu verzichten, sofern sich künftig das Zustandekommen des Friedens daran stoßen sollte. Und ebenso geht anderseits auch Schweden mit seinen Eroberungsansprüchen jetzt um ein beträchtliches zurück: das Stück polnischen Landes, für dessen Behauptung sich der Kurfürst dem Schwedenkönig jetzt verpflichtete, ist nur ein kleiner Theil dessen, wofür er in dem Marienburger Vertrag sich verbindlich gemacht hatte; das mittlere und obere Polen schien Karl Gustav jetzt selber aufgeben zu wollen [2]).

So daß also dieser Labiauer Vertrag für Schweden sowol wie für Brandenburg in Bezug auf die beiderseitigen Eroberungspläne ein Zurückgehen auf einen engeren Kreis, auf ein leichter erreichbar scheinendes Ziel bedeutete. Für dieses Ziel aber verbanden sich beide Mächte nun aufs neue zu fester Waffengemeinschaft, ja, wie man jetzt sagte, zu einem ewigen Bündniß.

---

[3]) v. Mörner Kurbrandenb. Staatsvertr. S. 211 ff., wo die übrigen Bedingungen des Labiauer Vertrags zu ersehen, die hier nicht aufgeführt werden. — Versagt blieb dem Kurfürsten bekanntlich auch hier noch das Recht, Kriegsschiffe auf der Ostsee zu halten; vergl. oben S. 362.

[4]) Vergl. die Aufzählung der schwedischen Eroberungslande im Marienburger Bündniß (v. Mörner S. 202) und die in dem Labiauer Vertrag (ebendas. S. 214 f.).

Waldeck hatte, mit seinen militärischen Aufgaben vollauf beschäftigt, an den Verhandlungen, welche zu diesem Ergebniß führten, keinen unmittelbaren Antheil gehabt. So sehr er die schwedische Anerkennung der Souverainität von Preußen jedenfalls willkommen hieß, so konnte er den von zwei seiner entschiedensten politischen Gegner verhandelten Vertrag in anderen Stücken gewiß nur als eine Niederlage der von ihm vertretenen Richtung betrachten; namentlich das eventuelle Aufgeben der vier großpolnischen Woiwodschaften mußte für ihn in mehr als einer Beziehung ein empfindlicher Schlag sein; die Tendenzen, welche er noch bei den Marienburger Tractaten erfolgreich zurückgeschlagen hatte [1]), hatten den unbefriedigenden Gang der Ereignisse seitdem und mehr vielleicht noch Waldecks persönliche Abwesenheit vom Hofe glücklich benutzt, um sich wieder mehr als bisher zur Geltung zu bringen [2]).

Ueberhaupt nun aber war es diese Zeit, die letzten Monate des Jahres 1656, wo der bisher allen Schwierigkeiten gegenüber glücklich behauptete vorwiegende Einfluß Waldeck's im Rathe des Kurfürsten zuerst in empfindlicher Weise erschüttert wurde.

Zunächst natürlich unterließen die Gegner nicht, ihn für die mangelhaften Erfolge der von ihm angerathenen Politik überhaupt bis zu einem gewissen Grade verantwortlich zu machen. Dann aber gab die Niederlage Waldeck's am Lyck directen Anlaß gegen ihn aufzutreten. Eine lange Reihe für ihn höchst peinlicher Erörterungen und Untersuchungen knüpfte sich an dieses verlorene Treffen. Ein Kriegsgericht wurde niedergesetzt [3]); Waldeck wurde aufgefordert, seine Klage gegen die Officiere einzureichen, welche an jenem Tage nicht ihre Schuldigkeit gethan; aber ebenso vernahm man auch die Aussagen dieser über den commandirenden General. Herüber und

---

[1]) Vergl. oben S. 379 f.

[2]) Mit großer Zurückhaltung spricht er sich über den Vertrag aus in einem Gutachten, welches Rauchbar S. 161 benutzt hat.

[3]) Die Mitglieder desselben waren Fürst Radziwil, der Feldzeugmeister v. Sparr, Generallieutenant Bawyr, Hofmarschall v. Rochow, Generalcommissar v. Platen und der geh. Rath Matthäus v. Wesenbeck. (Acten des Kriegsgerichts. Berl. Arch.)

und hinüber flogen die Beschuldigungen. Man wird es, ohne für Waldeck parteiisch zu scheinen, als einigermaßen entlastend für ihn betrachten dürfen, wenn sein persönlicher Gegner Sparr der eigentliche Leiter des kriegsrechtlichen Verfahrens war, und man zum Nachweis einer persönlichen Verschuldung auf Seiten Waldeck's doch nicht gelangen konnte. Der Proceß verlief, so weit er ihn persönlich betraf, resultatlos im Sande; der Forderung Waldeck's, die Acten desselben einem unparteiischen auswärtigen Kriegsgericht zur Entscheidung zu übergeben, wurde keine Folge gegeben [1]).

Wie immer aber, jenes unglückliche Treffen und die daran geknüpften Untersuchungen waren den Gegnern Waldeck's zur erwünschten Veranlassung geworden, um zum ersten Male das persönliche Vertrauen des Kurfürsten zu ihm zu erschüttern und seine Stellung zu untergraben. Ihre Bemühungen waren schon jetzt nicht ganz ohne Erfolg geblieben; es war zwischen dem Kurfürsten und Waldeck persönlich zu ärgerlichen Auseinandersetzungen gekommen; mancherlei Anzeichen lassen erkennen, daß in Betreff seiner ein anderer Ton in der Umgebung des Kurfürsten üblich wurde; die Gegner durften sich ungescheuter als bisher hervorwagen.

Aber auch bei Waldeck ließen diese Vorgänge ihren Stachel zurück. Der „irreparable Affront" von Seiten Sparr's bei jener Untersuchung und das „verweigerte unparteiische Kriegsrecht" [2]) blieben unvergessen, und es lag nicht in seiner Art, durch Laviren und Diplomatisiren das verlorene Terrain langsam wiederzugewinnen; er wird seiner Gereiztheit ziemlich unverhaltenen Lauf gelassen haben,

---

[1]) Ausführliches bei Rauchbar S. 154 ff. Außerdem die kriegsgerichtlichen Acten in den Archiven zu Berlin und Arolsen. Ohne mir über die rein militärischen Fragen ein Urtheil zuzutrauen, kann ich allerdings behaupten, daß die Lectüre dieser Acten mir durchaus den Eindruck hinterlassen hat, daß die persönliche Animosität Sparr's gegen Waldeck bei dem Verfahren eine nicht geringe Rolle spielte, und daß die gegen diesen, als General und als Soldat, erhobenen Anklagen wenig stichhaltig erscheinen.

[2]) Aus einem eigenhändigen Aufsatz Waldeck's: „Ursachen, warum den Abschied zu Königsberg begehret" dat. 18. Juli 1657. (Arols. Arch.) Ueber andere militärische Differenzen mit Sparr und Dörflinger nach dem Vertrag von Labiau s. Rauchbar S. 162 ff.

wie dieselbe selbst in seinen Briefen an den Kurfürsten bisweilen sehr ungescheut hervortritt.

Jedenfalls war für den Gang der Geschäfte diese jetzt immer offener sich kund gebende Spaltung wenig ersprießlich. Heftiger als je standen die Parteien gegen einander; der lähmende Einfluß ihres Haders machte sich aufs peinlichste fühlbar. Seit einiger Zeit, schreibt Georg von Bonin im März 1657 an die verwittwete Prinzessin von Oranien im Haag, ist die Verwirrung und Uneinigkeit an diesem Hofe in stetem Zunehmen; früher habe das Uebergewicht Waldeck's, der im Rath und im Felde das Beste gethan, die Zerwürfnisse niedergehalten; seit dem Unglück bei Lyck aber sei es gekommen, daß seine Gegner sich mit Macht hervordrängten, ihm alle Schuld beilegten und ihn bei dem Kurfürsten zu discreditiren suchten; jetzt nun mache sich jeder mit seinen Rathschlägen breit und „de là est venue cette confusion au conseil“ [1]). Der Kurfürst aber, fügt er hinzu, sei seitdem ganz mißtrauisch geworden und verlasse sich auf keinen seiner Räthe mehr völlig [2]). Bonin war ein Mann von wenig scharf ausgeprägter Parteistellung [3]); man wird seiner Schilderung einige Unbefangenheit zutrauen dürfen.

Bei all dem indessen gab der jetzige Stand der Dinge der Stellung Waldeck's immerhin noch eine gewisse Festigkeit. Ein neues

---

[1]) Bonin an die Prinzessin von Oranien dat. 15. März 1657: „Cet embarras de conseil s'est commencé, depuis que M. le Comte de Waldeck a eu le mauvais rencontre avec les Polonais, où une bonne partie de nos armées fut défaite. Car ce seigneur ayant fait jusque là plus que pas un autre, tant aux affaires de la guerre que du conseil, n'a pas admis des contrarietés si grandes et si enormes. Mais après ce mauvais coup ses adversaires ne manquèrent point à le relever“ etc. (Weiman's Tagebuch. Düsseld. Arch.)

[2]) „A quoi sert beaucoup un bruit qu'on sème: qu'il y a eu des remises en lettres de change; aucuns disent de l'Empereur, d'autres du Pape, et personne ne sçait ce que cet argent est devenu.“ (Ebendas.)

[3]) Jedenfalls kein entschiedener Anhänger Waldeck's und seiner Politik; eher dürfte man ihn nach der Aeußerung bei Droysen S. 297 für einen Anhänger der entgegengesetzten Richtung halten; wozu auch vergl. die Angabe über ihn bei Pufendorf Carol. Gust. IV. §. 10, der ihn geradezu als Polenfreund neben Hoverbeck aufzählt.

Waffenbündniß mit Schweden war geschlossen, und Karl Gustav war weit entfernt, den endlichen Sieg schon verloren zu geben. Für's nächste wenigstens blieb man darauf angewiesen, sich mit ihm zu verständigen, und hierfür war Waldeck nach wie vor die geeignetste Person.

Noch einmal Großpolen.

Der Vertrag von Labiau sprach sich über das Verhältniß, in welches die beiden verbündeten Fürsten zu einander treten sollten, ziemlich unzweideutig aus. Das thatsächliche Verhältniß aber war, daß keiner von beiden ernstlich gesonnen war, die in demselben bezeichnete Linie einzuhalten, und daß man auf der einen Seite ebenso darauf dachte, noch einige Schritte hinter jene Grenze zurückzuweichen, wie man auf der anderen entschlossen war, sie in der entgegengesetzten Richtung zu überschreiten.

In Königsberg gewann die Meinung, welche darauf zielte, den Kurfürsten von Schweden abzuziehen und einem friedlichen Abkommen mit Polen vorzuarbeiten, immer mehr an Boden. Bereits ließ sich mit ziemlicher Bestimmtheit voraussehen, daß sowol Dänemark als der Kaiser demnächst die Maske abwerfen und offen gegen Schweden auftreten würden. Sollte man diesen Sturm auch über sich ergehen lassen? Es war für die Situation sehr bezeichnend, wenn jetzt kaum drei Wochen nach Abschluß des Labiauer Vertrags die beiden Räthe, die denselben zu Stande gebracht, Schwerin und Jena, abermals zu Karl Gustav nach Marienburg gesandt wurden, mit einer Mission, deren Inhalt es eigentlich war, den König womöglich selbst zu überzeugen, daß die in Labiau getroffenen Verabredungen unausführbar seien und auch Schweden am besten thun werde, von den dort noch gehegten Plänen zurückzutreten [1]. Die beiden Gesandten unterließen

---

[1]) Memorial für Schwerin und Jena dat. Labiau 13. Dec. 1656. (Berl. Arch.) Das Concept hierfür sowol wie eine dabei liegende Aufzeichnung über die Macht und die Interessen der einzelnen in Betracht kommenden europäischen Staaten (s. Pufendorf Frid. Wilh. VI. §. 50) sind von der Hand Hover-

nicht, die Gefahr der Lage so dringend als möglich darzustellen; sie sprachen aus, daß sie auch nur die dauernde Gewinnung von polnisch Preußen für Schweden als sehr unwahrscheinlich betrachteten.

Die Antwort Karl Gustav's waren neue große kriegerische Entwürfe.

Seit längerer Zeit schon trug er sich mit dem Plane, einen neuen Kampfgenossen auf den Schauplatz zu rufen; jetzt war es ihm gelungen, sich mit demselben zu einigen.

Vom Beginn der polnischen Verwickelung an hatte Fürst Georg Rakoczy von Siebenbürgen dem Kampfe mit gespanntem Interesse zugesehen [1]. Beutelustig und anspruchsvoll [2] hatte er alsbald den Gedanken erfaßt, entweder selbst die polnische Krone aus diesen Wirren für sich herauszuholen oder bei einer Theilung ein ansehnliches Stück des Landes davonzutragen. Die Verständigung zwischen ihm und Karl Gustav war nicht ganz leicht gewesen; eben jetzt aber, Anfang December 1656, war sie gelungen. Nun kam den Schweden das bis jetzt gegen alle Angriffe behauptete Krakau zu Statten: sein Besitz lockte den Siebenbürgen besonders, es sollte ihm der Hauptstützpunkt werden für das ganze südliche Polen, Galizien, Volhynien, Podolien und andere Landschaften, die er als seinen Eroberungsantheil forderte und die ihm jetzt von Karl Gustav zugesagt wurden [3]. Zugleich wurde in eben dieser Zeit mit den Kosaken angeknüpft, die, immer zwischen den Parteien her und hin schwankend, sich jetzt geneigt erklärten, sich mit Rakoczy und den Schweden zu verbinden, wenn ihnen bei der beabsichtigten Auftheilung die östlichen an ihre heimische Ukraine grenzenden polnischen Woiwodschaften zugesagt würden. Karl Gustav rechnete darauf, auch die Tartaren, die seit einiger Zeit sich vom Kampfe zurückgezogen

---

beck's, der überhaupt jetzt wieder mehr in den Vordergrund tritt und entschieden die Aussöhnung mit Polen befürwortet.

[1]) Mémoires du chevalier de Terlon S. 7 ff.

[2]) Rakoczy an den schwedischen General Würtz dat. 7. März 1656: „l'Orient et l'Occident ont les yeux ouverts pour voir de quel costé nous pancherons". Terlon S. 10.

[3]) Geijer-Carlson IV. 179. des Noyers Lettres S. 291.

hatten, von neuem, jetzt auf seiner Seite, in denselben hereinzuziehen. Selbst mit der Pforte trat er in Unterhandlung und rechnete auf ihren Beistand [1]).

So stellte eine machtvolle Erneuerung des Kampfes sich in Aussicht. Noch hatte man keine Vorstellung davon, auf wie schwachen Füßen die Macht dieses Rakoczy stand, den, auf geringes Verdienst hin, der Protector Cromwell seiner besonderen Sympathie würdigte [2]). Als in dem Lager Karl Gustav's die Nachricht eintraf, daß er mit Beginn des neuen Jahres die Grenze überschritten und in Polen vorrücke, war es entschieden, daß noch einmal ein Zug in das obere Polen gewagt, die Verbindung mit Rakoczy und den Kosaken hergestellt und dann, so hoffte man mit Bestimmtheit, den Dingen eine neue Wendung gegeben werden solle.

Wie stellte man sich am brandenburgischen Hofe zu diesem neuen schwedischen Anlauf?

Daß ihm die Friedenspartei keine sonderliche Neigung entgegenbrachte, war selbstverständlich. Schwerin und Jena hatten bei ihrer Sendung im December wenig ausgerichtet; der König hatte sich sogar Anfangs geweigert, Schwerin, den er als seinen besonders gefährlichen Gegner betrachtete, zu empfangen, hatte sich aber bald eines besseren besonnen [3]). Einige Wochen später fand eine persönliche Zusammenkunft zwischen dem Kurfürsten und Karl Gustav in Preußisch-Holland Statt (25. Januar) [4]); der König erklärte sich

---

[1]) Außer Pufendorf Carol. Gust. III. 73. IV. 23. s. besonders das interessante „Mémoire secret“, welches Karl Gustav in Constantinopel überreichen ließ, bei Theiner Monuments historiques de Russie (Rome 1859) S. 30. Dasselbe Actenstück schickt einige Zeit später der brandenburgische Gesandte Kittelmann am österreichischen Hof in Prag an den Kurfürsten (3. Oct. 1657): man behaupte dasselbe direct aus Constantinopel erhalten zu haben und glaube an seine Aechtheit „wie an das Evangelium“. Kittelmann ist geneigt es für eine Fälschung zu halten.

[2]) v. Ranke Englische Geschichte III. 546; wol nach den Berichten Schlezer's, der wenigstens diese Notiz auch hat.

[3]) Relation von Schwerin und Jena dat. Pr. Holland 20. Dec. 1656. (Berl. Arch.)

[4]) Pufendorf Carol. Gust. IV. §. 3. Rauchbar S. 165.

mit dem Wunsche, die Friedensverhandlungen einzuleiten, durchaus einverstanden; noch aber seien die Polen von geeigneten Vorschlägen allzuweit entfernt; inzwischen gedenke er seine Waffen noch einmal nach dem oberen Polen hinauf zu tragen und hoffe dadurch den König Johann Casimir zu angemesseneren Bedingungen zu disponiren.

Wenigstens das Zugeständniß hatte jetzt Karl Gustav gemacht, daß er sich zu Verhandlungen bereit finden ließ, bei denen zunächst von brandenburgischer und schwedischer Seite eine Basis für künftige Friedenstractaten aufgestellt werden sollte.

Anfang Februar 1657 kehrten Schwerin und Jena abermals nach Marienburg zurück. Aufs eindringlichste wiesen sie auf die immer wachsenden Gefahren ringsum hin; an dem baldigen Losbrechen Dänemarks war kaum mehr zu zweifeln; die Verbindung des Kaisers mit den Polen wurde immer wahrscheinlicher, die Bewegungen der Russen immer drohender. Und namentlich wurde die Lage des Kurfürsten in Preußen immer bedrängter. Während längs der Weichsel hin Karl Gustav schon im December den Kampf mit Glück und Erfolg wieder aufgenommen hatte, blieb die Südgrenze des preußischen Herzogthums ganz ungenügend gedeckt. Eben jetzt erlitt man dort einen schweren Verlust. Gemeinsam mit dem littauischen General Sapieha hatte Gonsiewski die Festung Tykoczin am Narew, die bis dahin der wichtigste Stützpunkt der Schweden in diesen Gegenden gewesen war, angegriffen; der eilig gesandte Entsatz kam zu spät; nach heldenmüthiger Vertheidigung hatte der schwedische Commandant sich mit der Besatzung und mit der eindringenden feindlichen Sturmcolonne in die Luft gesprengt. Tykoczin war gleichsam „eine Vormauer von Preußen" [1]) gewesen; nach seinem Fall band sich Gonsiewski nicht länger an den früher mit dem Kurfürsten abgeschlossenen Waffenstillstand; mit allen Schrecknissen der Verheerung brachen die Littauer über die fast entblößten Grenzen des Herzogthums herein, weithin gingen ihre Streifzüge, so weit, daß von den Thürmen von Königsberg man die rauchenden Dörfer sah, die sie in Brand gesteckt hatten.

---

[1]) Rauchbar S. 167.

Unter solchen Umständen war es in der That eine nicht geringe Zumuthung, wenn Karl Gustav die Hilfe des Kurfürsten für seinen beabsichtigten neuen Eroberungszug nach Polen hinein in Anspruch nahm. Waldeck, der von den aufregenden Eindrücken dieser Wochen — eben starb auch sein Bruder Wolrad — aufs Krankenlager geworfen worden war [1]), wurde von diesem hinweg den beiden Gesandten nach Marienburg nachgeschickt, um auch seinerseits dem König die geeigneten Vorstellungen zu machen [2]).

Wie hätte Karl Gustav sich von seinen Plänen abbringen lassen sollen? Es war ihm offenbar nicht unerwünscht, daß die Vermittelungsversuche, die der französische Gesandte d'Avaugour eben jetzt bei Johann Casimir in Danzig gemacht hatte, völlig gescheitert waren. Zudem konnte er Waldeck, als dieser erschien, neue von Rakoczy und den Kosaken eingelaufene Briefe vorzeigen, welche die besten Hoffnungen eröffneten, und endlich war eben jetzt der Polenkönig kurz nach dem Scheitern jener französischen Verhandlungen mit der Armee von Danzig aufgebrochen und hatte den Weg nach dem oberen Polen eingeschlagen — ein deutliches Zeichen, daß auch er den Krieg wolle.

Es wird Karl Gustav nicht allzu schwer geworden sein, Waldeck, auch wenn er vielleicht jetzt in seiner Ansicht schwankte, wenigstens für die Stellung eines brandenburgischen Hilfscorps zu der neuen Expedition zu gewinnen [3]). Der König versprach, seinen Bruder Adolf Johann und den General Stenbock mit genügenden Truppen zurückzulassen und ihnen den Schutz Preußens aufzutragen; übrigens würden ohnedies die Polen durch den Einfall Rakoczy's genöthigt werden, alle ihre Streitkräfte nach dem Süden zu ziehen, und zum Ueberfluß solle der Kurfürst jetzt, nachdem Gonsiewski sich wieder aus Preußen zurückgezogen, all seine bereiten Truppen sammeln und

---

[1]) Ebendas. S. 167 f. „nicht so sehr wegen natürlicher Schwäche des Leibes, als vielmehr wegen des bei Ihro überhand genommenen Vrast und Chagrins".

[2]) Instruction für Waldeck an Karl Gustav. o. D. Das Concept von Hoverbeck. Waldeck kam am 6/16. Febr. nach Marienburg.

[3]) Vergl. die Angabe bei Pufendorf Carol. Gust. IV. §. 10. „Quae Waldeccio mire satisfaciebant" etc.

schleunig die polnischen Grenzlandschaften in Littauen und Samogitien auf ein paar Meilen weit mit Feuer und Schwert verwüsten, so daß es dem Feinde auf lange unmöglich gemacht würde, von daher gegen Preußen vorzudringen. Nach wenigen Tagen kehrte Waldeck zu dem Kurfürsten zurück. Es wurde beschlossen, mit einigen tausend Mann sich der Expedition des Königs anzuschließen; Waldeck selbst wurde mit der Führung des Hilfscorps beauftragt [1]).

Noch einmal also sollte ein Einsatz auf das Glück Karl Gustav's gewagt werden. Natürlich nicht um Karl Gustav's und seines Glücks willen — sollte aber, wie es jetzt den Anschein hatte, noch einmal um das ganze Polen gekämpft werden, so erwachte auch der Anspruch des Kurfürsten aufs neue: der Hinblick auf die vier großpolnischen Woiwodschaften stellte sich wieder in den Gesichtskreis; es war unerläßlich, daß Brandenburg zur Stelle war, seine Ansprüche wahrzunehmen.

Die großpolnischen Stände hatten schon seit einiger Zeit als ganz selbständiger politischer Körper ihre Unterhandlungen mit Brandenburg, namentlich mit den Behörden der angrenzenden Neumark geführt [2]); sie hatten jetzt eben vor kurzem dem Kurfürsten unter der Hand andeuten lassen, daß es ihnen unter Umständen nicht unwillkommen sein würde, unter brandenburgische Hoheit zu kommen; einige wichtige Posten im Lande, wie besonders Posen, waren von den Truppen des Kurfürsten besetzt.

Dieser Sachlage entsprach die Instruction, mit welcher Waldeck zur Vereinigung mit dem König beordert wurde [3]). Sein eigentliches Operationsobject sollen die vier Woiwodschaften sein. Er soll mit dem König nur so weit zusammengehen, als er die militärische Verbindung mit denselben dabei aufrecht erhalten kann. Rückt der

---

[1]) Die Stärke desselben gibt Geijer-Carlson IV. 189 auf etwa 3000 Mann an; ein Dragoner- und vier Reiterregimenter, wie Pufendorf Carol. Gust. IV. §. 11 angibt; vergl. Mémoires de Terlon S. 53; während Karl Gustav selbst nicht mehr als etwa 4000 M. in's Feld zu führen hatte.

[2]) v. Mörner Kurbrandenb. Staatsvertr. S. 216.

[3]) Leider ist sie handschriftlich nicht mehr aufzufinden gewesen; den Inhalt gibt Rauchbar S. 170 f. Vermuthlich war sie von Waldeck selbst aufgesetzt.

König, um Rakoczy aufzusuchen, weiter nach dem oberen Polen vor, so soll er sich von ihm trennen, soll mit einigen inzwischen aus der Mark heranbeorderten neugeworbenen Truppen „ein klein absonderlich Corps formiren", sich mit demselben in Großpolen festsetzen und „wie ein General-Gouverneur gedachte Woiwodschaften administriren". Die Instruction enthielt Weisungen, wie Waldeck sich hierbei „in Religions-, geistlichen und weltlichen Sachen, sowie in Civil- und Criminalgerichten" verhalten, wie weit er die Privilegien der Stände bestätigen, wie er freiwillige Ergebung aufnehmen, widerstreitende Elemente zwingen, vor allem die Stände dazu bewegen solle, eine Armee von 6000 Mann aufzubringen und zu unterhalten.

Man sieht: doch nur für den schlimmeren Fall hatte die brandenburgische Politik in dem Vertrag zu Labiau die von Beginn des Krieges an in's Auge gefaßte Erwerbung von Großpolen in die Schanze geschlagen. Jetzt sollte Waldeck, als Hauptvertreter der auf dieses Object gerichteten Politik, noch einmal einen Wurf für diesen Preis wagen. Es war leicht zu sehen, daß es der letzte sein mußte; mißlang er, so war damit voraussichtlich das Ansehen dieses Ministers so gründlich erschüttert, daß er für lange Zeit nicht mehr hoffen durfte, mit seinen Gesichtspunkten durchzudringen.

Inzwischen hatte Karl Gustav alle Vorbereitungen für seinen Zug getroffen. Es war das dritte Mal, daß er sich anschickte, Polen von einem Ende zum anderen zu durchziehen. In der Nähe von Thorn stieß Waldeck zu ihm (21. März). Als man bis vor Lowicz vorgedrungen, berief der König einen Kriegsrath, um über den ferner zu nehmenden Weg zu berathen. Man hatte von Rakoczy, und in welcher Richtung man ihn aufzusuchen habe, nur schwankende Nachrichten; alles aber kam darauf an, die Verbindung mit ihm so rasch wie möglich zu bewerkstelligen. Der Vorschlag des Königs war, auf dem kürzesten Wege auf Krakau loszugehen, in dessen Nähe man am wahrscheinlichsten auf den Siebenbürgen treffen werde. Die Mehrzahl der berufenen Offiziere stimmte bei. Für Waldeck entstand hierbei allerdings das Bedenken, daß er auf diese Weise zunächst seine Mission in Großpolen bei Seite stellen mußte; vor

allem aber mußte es doch darauf ankommen, die Expedition überhaupt sicher stellen zu helfen, und dafür war die Vereinigung mit der Armee Rakoczy's die erste Bedingung. Daher fügte auch Waldeck sich dem Schluß des Kriegsraths und setzte in Verbindung mit dem König den Zug nach dem oberen Polen fort [1]).

Kurz darauf traf endlich sichere Nachricht über Rakoczy ein. Einige Meilen unterhalb Krakau hatte er die Weichsel überschritten und rückte der verbündeten Armee zur Vereinigung entgegen. Das polnische Heer, von dem man befürchtet hatte, daß es sich in den Weg werfen werde, wich zur Seite aus, indem es sich bei Casimierz über die Weichsel zurückzog; der Verbindung der beiden Heere stand nichts mehr im Wege.

So ging der Marsch in der eingeschlagenen Richtung weiter. Unterwegs erhielt man Kunde, daß die Stadt Petrikau, einige Stunden rechts von der Hauptmarschlinie, von einer polnischen Garnison besetzt sei. Eine von Waldeck geführte Recognoscirung fand die Gelegenheit günstig, sich der Stadt zu bemächtigen. Sie gehörte zu der Woiwodschaft Sieradz, also zu dem dem Kurfürsten zuständigen Gebiet. Eine Umlagerung von zwei Tagen, zu welcher Waldeck detachirt wurde, reichte hin, den polnischen Commandanten zur Capitulation zu bringen. Waldeck besetzte die Stadt mit einer kleinen Abtheilung und installirte einen kurfürstlichen Commissär, der von hier aus mit den Ständen der Woiwodschaft in Verbindung treten und sie zur Huldigung bewegen sollte. Zugleich wurde von hier aus ein Generalausschreiben an sämmtliche großpolnische Stände erlassen, worin sie zum Anschluß an Brandenburg aufgefordert wurden [2]).

Es würde Waldeck erwünscht gewesen sein, die Unternehmungen

---

[1]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Hauptquartier Sichlin 28. März 1657. (Berl. Arch.) Rauchbar S. 172 f. Diese und die ferneren Abweichungen Waldeck's von seiner ursprünglichen Instruction werden in mehreren Resolutionen des Kurfürsten nachträglich gutgeheißen.

[2]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Pietrkow 3. April 1657. (Berl. Arch.) Rauchbar S. 174. — Schon im Mai wurde freilich der Ort von den Polen wieder genommen.

nach Großpolen hin jetzt fortzusetzen und die anscheinende Geneigtheit der Stände in den vier Woiwodschaften schnell zu benutzen. Militärisch aber war es unmöglich, jetzt den König mit seinem schwachen Corps allein zu lassen, bevor die Vereinigung mit Rakoczy gewonnen war. Nach manchen Fährlichkeiten endlich erfolgte dieselbe (11. April); einige Meilen von Sendomir, bei dem Schlosse Chrzistopora begrüßten sich unter glänzendem militärischen Gepränge die beiden verbündeten Fürsten; nicht einen ernstlichen Versuch hatten die Polen gewagt, die Vereinigung zu hindern.

Wenn nur der Erfolg einigermaßen dem Wagniß entsprach, welches man dafür eingesetzt hatte. Welch wunderliche Genossenschaft fügte sich hier zusammen. Zu den Schweden Karl Gustav's, zu Waldeck's brandenburgischen Reitern gesellte sich nun die bunt zusammengewürfelte Masse dieses Rakoczy'schen Heeres, etwa 50 bis 60,000 Mann stark: Ungarn, siebenbürgensche Szekler, Moldauer, Walachen, Kosaken; unter den besten Officieren Rakoczy's werden einige Türken namhaft gemacht [1]. Aber nur zu bald zeigte sich, daß dieser siebenbürgische Fürst nicht der Mann war, diese Massen militärisch zusammenzuhalten und zu leiten. In dem ganzen Verlauf des nun folgenden Feldzugs stellte sich das Verhältniß so, daß die schlecht disciplinirten und schlecht geführten Heerhaufen Rakoczy's vielmehr des Schutzes der kleinen schwedisch-brandenburgischen Armee bedürftig erschienen, als daß sie ihn jener gewährten; der Contrast der Unfähigkeit des siebenbürgischen Fürsten mit der Gespreiztheit seiner Ansprüche trat grell zu Tage, und die auf seine Genossenschaft gesetzten Hoffnungen begannen schon fast von dem Tage der Vereinigung mit ihm an fraglich zu werden.

Der Plan Karl Gustav's war gewesen, daß Rakoczy im oberen und mittleren Polen eine Anzahl fester Hauptplätze occupirte, von denen aus er dann selbständig weiter operiren konnte. Krakau sollte der eine dieser Plätze sein; der König war erbötig, dasselbe dem Fürsten zu übergeben, um so mehr als er lebhaft wünschte, seine eigenen unter General Würtz dort stehenden Streitkräfte, etwa

---

[1]) Pufendorf Carol. Gust. IV. §. 14.

2500 Mann alter schwedischer Kerntruppen, zu seiner eigenen Verstärkung an sich zu ziehen. Aber Rakoczy zauderte so lange, die nöthige Besatzung nach dem wichtigen Posten abzuschicken, den er bequemer fand, sich durch die Schweden vertheidigen zu lassen, daß darüber die Gelegenheit verloren ging, Würtz mit seinen Truppen herauszuziehen; er fand den Weg durch polnische Uebermacht so verlegt, daß er davon abstehen mußte.

Als anderen für Rakoczy zu gewinnenden festen Stützpunkt entschloß man sich jetzt, die Festung Brzesc (Litewsk) zu erobern, am mittleren Bug günstig gelegen, um von da aus die Lande am oberen Bug und die Verbindung mit den Kosaken der Ukraine sowie mit Siebenbürgen zu behaupten.

Waldeck glaubte auch diesem Unternehmen sich nicht entziehen zu dürfen; ohnehin war nicht daran zu denken, daß er mit seinem kleinen Corps sich allein auf den Weg nach Großpolen wagen durfte. Vielmehr bat Karl Gustav dringend, daß der Kurfürst einen Theil seiner in Preußen zurückgehaltenen Truppen zu dem Corps Stenbock's stoßen lassen möchte, der jetzt Befehl erhielt, sich zur Unterstützung des Königs nach der mittleren Weichsel hin in Bewegung zu setzen; von dort aus, so wurde versprochen, solle dann mit gemeinsamen Kräften auch für die Interessen des Kurfürsten in Großpolen das Nöthige geschehen [1]. Dobrzenski, der für diplomatische Vorkommnisse Waldeck auf dieser Expedition beigesellt war, wurde mit Aufträgen dieses Sinnes nach Königsberg zurückgesandt.

Inzwischen erfolgte die Eroberung von Brzesc. Waldeck commandirte neben dem schwedischen General Jacob de la Gardie die aus einigen ungarischen und deutschen Regimentern gebildete Avantgarde, welche die Stadt angriff und nach kurzer Beschießung zur Uebergabe brachte (23. Mai) [2]. Sie wurde Rakoczy übergeben, der freilich geringe Hoffnung erweckte, daß er im Stande sein werde, den wichtigen Posten gegen einen ernstlichen Angriff zu vertheidigen, geschweige denn von hier aus selbständig weiter zu operiren [3]. Karl

---

[1]) Rauchbar S. 179.

[2]) Ebendas. S. 180.

[3]) Waldeck berichtet dem Kurfürsten (dat. Ostrozanie 24. Mai 1657),

Gustav und das brandenburgische Hilfscorps wandten sich nach der Weichsel zurück; der Plan war, zunächst bei Warschau den Feind aufzusuchen und weiterhin dann nach Großpolen vorzubringen und dieses für den Kurfürsten zu besetzen.

So wenigstens die Ansicht von der Lage der Dinge, von den ferneren Möglichkeiten und Aufgaben, wie man sie schwedischer Seits so lange als möglich officiell festzuhalten suchte. In Wirklichkeit war dieselbe bereits völlig verändert.

Wenn man, wie es in der damaligen Gestaltung der politischen Verhältnisse wol angezeigt lag, die europäischen Hauptmächte als in zwei große Heerlager getheilt betrachtet, je nachdem die einzelnen die Förderung ihrer Interessen im Bunde mit Spanien-Habsburg oder im Anschluß an die gegen dieses kämpfende Macht Frankreichs suchten: so kann man sagen, daß jetzt im Frühjahr und Sommer 1657 von beiden Lagern aus mit verstärkter Anstrengung angreifend vorgegangen wurde; aber die beiden Angriffslinien richteten sich nicht wider einander, sondern kämpften an weit entlegenen Punkten des Schlachtfeldes; erst auf einem ziemlichen Umweg wirkten ihre Erfolge auf einander ein.

Denn in dieser Zeit nahm vorerst der Kampf der wider Spanien verbündeten Mächte einen neuen Anlauf. So eben warf Cromwell sich mit ganzer Gewalt in denselben hinein: die Kunde des Sieges bei Teneriffa drang in diesen Wochen durch Europa, und bald darauf landeten englische Truppen in den spanischen Niederlanden, um mit den Franzosen verbündet hier dem habsburgischen Gesammtfeind bald die schweren Schläge von Mardyke und Dünkirchen zu bereiten.

In demselben Moment aber ging auch aus dem habsburgischen Lager ein Angriff hervor. Eben jetzt kam das lang verhandelte Bündniß zwischen Oesterreich und Polen endlich zu Stande (27. Mai 1657), und Oesterreich schickte sich an, als Gegner des Schweden-

daß, wenn er sich entschließe mehr Truppen nachzuschicken, man leicht in die Lage kommen könne, Brzesc für sich in die Hand zu bekommen; ein Gedanke, den der Kurfürst als ganz unthunlich ablehnt (dat. Königsberg 5. Juni 1657). (Berl. Arch.)

königs und seiner Verbündeten seine Waffen nach Polen hineinzutragen. Und gleichzeitig begann auch König Friedrich von Dänemark den lang vorbereiteten Krieg. Zwei neue Gegner bedrohten mit einem Male von entgegengesetzten Seiten her die schon wankende Macht des schwedischen Eroberers.

Im ferneren Verlauf der Dinge ist es nun allerdings wol für die Sache Karl Gustav's von dem entscheidendsten Einfluß geworden, daß jener neue Anlauf seiner französischen und englischen Freunde auf dem westlichen Kriegsschauplatz der Anfang zu dem Ende der spanischen Widerstandsfähigkeit wurde: für den Augenblick aber hatte er sich seiner neuen Gegner allein zu erwehren.

Von diesen aber erschien ihm nun Dänemark als derjenige, dessen er sich zuerst erledigen müsse. Lange genug hatte die Gefahr eines neuen dänischen Krieges drohend am Horizont gestanden; der Kurfürst hatte durch seinen Gesandten Ewald von Kleist in Kopenhagen alles thun lassen, um den König Friedrich vom Ausbruch zurückzuhalten; zugleich aber hatte Karl Gustav die bündigsten Versicherungen gegeben, daß für den Fall eines dänischen Angriffs die ausreichendsten Vorkehrungen in Schweden und in den deutschen Provinzen getroffen seien und daß er nicht daran denke, deswegen den Kriegsschauplatz in Preußen und Polen zu verlassen [1]).

Trotzdem war nun eben dies die Wendung, für welche er sich jetzt entschied. Er schlug die Macht des dänischen Gegners nicht eben hoch an; in ein paar Monaten, so sprach er aus, gedachte er ihn „zur Raison zu bringen“; aber er hätte gefährlich werden

---

[1]) Schon seit den ersten Wochen des Jahres 1657 wurde diese Eventualität befürchtet und besprochen. Als im Februar Schwerin bei Karl Gustav in Marienburg war (oben S. 409), hielt er ihm dieselbe vor; worauf der König entgegnete: „wenn ich das thue, so mag mein Vetter frei sagen, daß ich unredlich und leichtfertig bei ihm handle; ich will ehrlich bei dem Churfürsten aushalten“. Relation dat. Marienburg 21. Febr. 1657. (Berl. Arch.) Dagegen nimmt bereits einen Monat später der englische Resident in Elbing es als eine ausgemachte Sache an, daß, sobald die Vereinigung mit Rakoczy hergestellt sein werde, „the king is to returne to Thorn and to goe with his army against the king of Dennemarke“. Brief an Bradshaw in Hamburg dat. Elbing 27. März 1657 bei Thurloe Statepapers V. 120.

können, wenn man ihm zu lange freie Hand ließ. Ein gewisser Ueberdruß an der ewig entscheidungslosen, zersplitterten, immer an vielen Stellen zugleich flackernden Weise dieses polnischen Krieges mochte dazu kommen. Der Feldzug nach Dänemark versprach militärische Aufgaben, wie sie seinem Genie willkommener waren; schon als die Aussicht noch ferner war, hatte er wol fast seinen Generalen, die dort verwandt werden sollten, das Vergnügen beneidet und beklagt, „daß er nicht selbst die Lust in Dänemark mitmachen sollte“ [1]).

Wir möchten nicht sagen, von welchem Motiv Karl Gustav am entscheidendsten bei seinem Entschluß bestimmt wurde; vielleicht mischte sich doch auch schon ein Gefühl davon ein, daß nicht nur die polnischen Eroberungsaussichten in größerem Maßstab vereitelt, sondern auch selbst der Erwerb von polnisch Preußen, woran man bisher für alle Fälle festgehalten, sehr problematisch zu werden anfing, während ein glücklicher dänischer Krieg doch noch manche günstige Verheißung in sich trug [2]).

Mitte Juni, während so eben von Oberschlesien her die Oesterreicher unter Hatzfeld eindrangen, war es beschlossen und erklärt, daß Karl Gustav persönlich mit dem größeren Theil seiner Armee nach Dänemark aufzubrechen gedachte. In dieser Zeit wurde das bis dahin mit Rakoczy vereinigte Corps von demselben zurückgezogen; dem Fürsten wurde der Rath ertheilt, sich so schleunig als möglich gegen seine Grenze hin zurückzuziehen — es war der Anfang zu dem jämmerlichen Ende, welches binnen kurzem diese siebenbürgische Invasion nach Polen nehmen sollte. Um dieselbe Zeit zog der Kurfürst seine bei der schwedischen Armee befindlichen Hilfstruppen von dieser zurück; die Eile, womit Karl Gustav alles zu seinem Zug nach Holstein rüstete, ließ ihm nicht einmal Zeit, noch zuletzt dem Wunsche des Kurfürsten gemäß einen Streifzug nach Großpolen hinein zu unterstützen, um das von den Polen belagerte Posen zu entsetzen [3]). Eine ganz geringe Macht nur ließ der Schwedenkönig

---

[1]) Aeußerung des Königs gegen Schwerin in obiger Relation dat. 21. Febr. 1657.

[2]) Vergl. Pufendorf Carol. Gustav. IV. §. 68.

[3]) Rauchbar S. 184. Relation Dobrzenski's o. D. (Anf. Juli) von

unter dem Commando seines Bruders in Preußen zurück; die Garnison in Krakau war abgeschnitten und mußte als aufgegeben gelten. So setzte sich Karl Gustav in den ersten Tagen des Juli in Bewegung, diesen Schauplatz seiner Thaten zu verlassen, den er nicht wieder betreten sollte.

Noch in den letzten Tagen war Waldeck im Auftrag des Kurfürsten bei ihm, aufs dringlichste zum Abschluß des Friedens mit Polen zu rathen — die Gedanken des Königs waren bereits ausschließlich auf den neuen Feldzug gerichtet, und über ihn hinaus sah er doch schon im Geiste den Tag siegreicher Rückkehr nach Preußen winken; durch vorzeitigen Frieden ihn sich selbst zu verwirken, das lag nicht in seinem Sinn; die Friedensfrage, als eine für Brandenburg und Schweden gemeinsame, blieb unerledigt.

Aber für Brandenburg wurde sie nun die Frage des Tages, und bald sollte noch weiteres sich daran anknüpfen.

Politischer Umschwung.

„Jedes Bündniß bleibt so lange bestehen, als die Ursache seiner Schließung besteht, die Furcht vor Schaden nämlich oder die Hoffnung auf Gewinn; wird diese für den einen oder den andern der verbündeten Staaten hinweggenommen, so tritt er wieder in seine Freiheit ein und das Band, welches beide an einander knüpfte, ist von selbst aufgelöst. Man kann einem Staate nicht Trug oder Untreue vorwerfen, weil er von seinem Wort zurücktritt, sobald Furcht oder Hoffnung ihn nicht mehr bindet. Wenn ein Staat daher klagt, daß er betrogen worden sei, so hat er dabei nicht die Treue seines Verbündeten, sondern nur seine eigene Thorheit anzuklagen, indem er sein Heil auf einen anderen gebaut hat, der seiner selbst Herr und dem das Interesse seiner Herrschaft oberstes Gesetz ist."

In diese ehernen Sätze faßte zwei Jahrzehnte nach den hier

---

einer Sendung an Karl Gustav, am Tag vor seinem Aufbruch; er berichtet von einem in seiner Gegenwart gehaltenen Kriegsrath, wobei alle Officiere sich gegen die Füglichkeit einer Diversion nach Posen aussprachen. (Berl. Arch.)

geschilderten Ereignissen der große niederländische Denker des siebzehnten Jahrhunderts seine Ansicht von der Natur internationaler Verträge zusammen [1]).

Sie ergab sich ihm aus seiner Grundanschauung über die Natur des Staates und des Rechts überhaupt. Aber wer wollte bei einem Blick auf die diplomatische Geschichte jener Zeit verkennen, wie sehr einer solchen Ansicht die Wirklichkeit der politischen Praxis bestätigend entgegenkam? Spinoza hatte, als er dies schrieb, wol in erster Reihe die niederländische Politik seiner Zeit im Auge, die Staatskunst seines Freundes Johann de Witt, der daran zu Grunde gegangen war, daß er in einem einzigen Falle, aber, verhängnißvoll, einem Ludwig XIV. gegenüber, die Strenge jenes Grundsatzes aus den Augen gelassen hatte. Aber an allen anderen Stellen bot sich die gleiche Beobachtung. Nie wurden Bündnisse rascher geschlossen und schroffer gelöst, nie war das Gesetz politischer Selbstsucht im beschränktesten Sinne allmächtiger, als in jenem dynastischen und diplomatischen Zeitalter, wo die religiösen Interessen ihren Einfluß auf die Politik zu verlieren begannen und ein System höherer, wolverstandener nationaler Interessen noch kaum in den primitivsten Ansätzen in dem Bewußtsein Einzelner vorhanden war. Wie einsam steht in dieser Beziehung Cromwell mit seiner in den wichtigsten Momenten noch ganz von den religiösen Impulsen beherrschten auswärtigen Politik unter den Zeitgenossen da.

Anderthalb schicksalsreiche Jahre hindurch hatte das Bündniß zwischen Brandenburg und Schweden bestanden. Die „Furcht vor Schaden“ hatte es geknüpft und die „Hoffnung auf Gewinn“ es zusammengehalten. Jetzt trieben die Furcht vor größerem Schaden und die geschwundene Aussicht auf gemeinsamen Gewinn es wieder aus einander.

Wir schildern nicht die einzelnen Stadien dieses langsamen Auflösungsprocesses. Mit dem Scheitern des letzten Feldzugs, mit dem Eintritt Oesterreichs und Dänemarks in den Kampf, mit dem

---

[1]) Spinoza tractatus politicus, cap. III. §. 14. (Opera ed. Gfrörer S. 444.)

Abzug Karl Gustav's nach Holstein entschied sich eine neue Wendung der Dinge. Wenige Monate später schloß der von dem Schwedenkönig preisgegebene brandenburgische Bundesgenosse den Welauer Souverainitätsvertrag mit Polen; er schloß ihn, der nun wenigstens den einen wichtigsten gehofften Gewinn sicher stellte, unter der Vermittelung Oesterreichs. Nicht lange, so folgten dem Bündnisse mit Polen die mit Dänemark und Oesterreich; in langsamen Uebergängen, unter endlosen Schwankungen bereitete sich die Situation vor, vermöge deren binnen Jahresfrist der Kurfürst an der Spitze der gegen Schweden vereinigten Mächte stand und seinen glänzenden Feldzug nach Dänemark unternahm. Von Beginn der Wendung an stellte sich, wenn auch zunächst noch in weiter Ferne, die Aussicht hin auf einen anderen Vortheil, der an die Stelle des in Polen gehofften treten sollte, die Aussicht auf den Erwerb von schwedisch Pommern, auf den endlichen Gewinn der Odermündungen [1]).

Dieser jetzt sich vorbereitende politische Umschwung mußte nothwendig auch einen Wechsel der im Rathe des Kurfürsten obenan stehenden Persönlichkeiten und der dominirenden Partei zur Folge haben.

Wir sahen bereits, wie schwankend in der letzten Zeit die Stellung Waldeck's geworden war [2]). Er hatte im Verlauf dieses letzten Jahres sich völlig mit derjenigen Richtung der brandenburgischen Politik identificirt, welche in der Verbindung mit Schweden ihren Leitstern hatte. Er hatte es durchgesetzt, daß in jenem Feldzug mit Rakoczy noch einmal ein Satz auf diese Karte gewagt

---

[1]) So übergab der spanische Gesandte Gamarra im Haag bereits am 8. Juni 1657 der verwittweten Prinzessin von Oranien ein Memoire, worin er sie auffordert, bei ihrem Schwiegersohn für die Verständigung mit Oesterreich zu wirken, als deren Preis die Erwerbung Pommerns, „son légitime patrimoine" in Aussicht gestellt wird. Schwerin schreibt darauf an Weiman nach dem Haag zurück (28. Juni), daß es augenblicklich noch nicht thunlich sei, hierauf zu antworten. (Weiman's Tagebuch. Düsseld. Arch.) Ebenso kehrt dies an anderen Stellen wieder, namentlich in den Relationen Kittelmann's aus Prag im Sommer und Herbst 1657. (Berl. Arch.) Vergl. Urk. u. Actenst. II. 128.

[2]) Vergl. oben S. 403 ff.

wurde. Er war verloren gegangen. Als Waldeck im Mai zu dem Kurfürsten zurückkehrte, als er statt der gehofften Sicherstellung von Großpolen nur das Resultat einer verfehlten Campagne und die Gewißheit zurückbrachte, daß Karl Gustav im Begriff stehe, den dänischen Krieg für den polnischen zu tauschen: da lag es auf der Hand, daß seine bisherige Stellung nicht länger haltbar war.

Denn weder war er gemeint, seine Hand dem Dienste einer politischen Richtung zu leihen, die er bisher glücklich zurückgedrängt; noch wären die Gegner, auch wenn er es gewollt, der Meinung gewesen, ihn, so viel an ihnen, in seiner bisherigen Wirksamkeit länger zu belassen.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr an den Hof begann eine Reihe intimster Rathsverhandlungen, in welchen neben den allgemeinen auch diese persönliche Angelegenheit zum Austrag gebracht wurde [1]. Waldeck widersprach dem gemachten Vorschlag einer Neutralität nicht unbedingt; aber mit allem Nachdruck betonte er zugleich die Bundespflicht gegen Schweden und die Verderblichkeit eines Separatfriedens mit Polen; als äußerstes, wozu man schreiten dürfe, schlug er vor, eine Suspension des schwedischen Bündnisses auszusprechen, in bewaffneter Neutralität sich in die Mitte zu stellen „und Einen sowohl wie den Anderen als Freund zu tractiren“.

Mit Vorschlägen dieser Art war schon nicht mehr durchzudringen. Die Separatverhandlung mit Polen war bereits in vollem Gange; der österreichische Gesandte Lisola vermittelte; es handelte sich vorzüglich darum, jetzt auch auf polnischer Seite die Anerkennung der Souverainität von Preußen durchzusetzen. Man hat, wie es scheint, eine Zeit lang daran gedacht, Waldeck durch Verheißung persönlicher Vortheile auf die österreichisch-polnische Partei herüberzuziehen; im Namen seines Königs und im Namen Johann Casimir's stellte Lisola ihm bedeutende „Offerten an Würden, Chargen und Geldsummen“, wenn er sich entschlösse, fortan in der gewünschten Richtung zu gehen [2]). Er lehnte dies ab. Als die Gegner hierauf

---

[1]) S. darüber ausführlich Rauchbar S. 188 ff.

[2]) Ebendas. S. 190.

die Forderung erhoben, daß er sich, um nicht mit seiner allein widerstrebenden Ansicht die Einigkeit des geheimen Raths zu stören, für einige Zeit der Theilnahme an den Sitzungen enthalten möge, reichte er seine Demission ein [1]).

Er motivirte dieselbe durch den Hinweis auf die isolirte Stellung, die er seit einiger Zeit unter den Räthen des Kurfürsten einnehme; geflissentlich werde in allen Stücken seinen Ansichten entgegengearbeitet, man bringe dem Kurfürsten allerlei „verkleinerliche Dinge“ gegen seine Person vor, man deute alle seine Schritte falsch und gestatte ihm nicht einmal das gebührende Gehör; auch in der Armee herrschten „Factionen“ und die Mehrzahl der „Generalspersonen“ sei ihm feindlich gesinnt; ja im ganzen Lande verbreite man die Ansicht, als trüge er die Hauptschuld an der Dauer des verheerenden Krieges, „als wäre ich ihres Unglücks eine Ursach“ [2]). Ueberdies aber nehme die Leitung der allgemeinen Angelegenheiten einen Gang, welcher „gegen alle Kriegs- und Staatsmaximen verfahre“; er dürfe nach Gewissen und Ehre dazu nicht stillschweigen.

War es allein die Frage der Erhaltung oder Auflösung des schwedischen Bündnisses, welche Waldeck zu einem solchen Ausdruck und zu einem solchen Entschluß bewegen konnte?

Man würde ihm Unrecht thun, wenn man persönliche Vorliebe für den König Karl Gustav oder auch nur die Empfindlichkeit über das Schwinden seines Einflusses als vornehmste Triebfeder seines Handelns in diesem Falle betrachten wollte [3]).

Wir haben Waldeck kennen gelernt als einen Staatsmann, der vor allem in dem großen Parteigegensatz, welcher die allgemeine Politik beherrschte, seine feste Stellung genommen hatte: in der Feindseligkeit gegen das Haus Habsburg, gegen seine europäische und deutsche Politik faßt sich seine politische Grundstimmung zusammen. Wir sahen, welch scharfen Ausdruck dies in der

---

[1]) Ursachen warum den Abschied zu Königsberg begehrt. dat. 18. Juli 1657. (Eigenh. Arolſ. Arch.) Vergl. oben S. 404.

[2]) Vergl. oben S. 361.

[3]) So was Terlon Mémoires I. 110 über die Motive von Waldeck's „disgrace“ sagt.

Anwendung auf die Reichsverhältnisse gewann, welch aggressive Bedeutung die deutsche Frage in seiner Fassung erhielt. Der Eintritt in die nordischen Verwickelungen hatte die für jene gezogenen Kreise aus einander gerissen; aber trotz allem war und blieb für Waldeck der Hinblick auf die deutschen Angelegenheiten, auf die von ihm entworfenen Projecte deutscher Politik das Motiv, welches sein Interesse bei weitem am meisten fesselte. Bei jeder Gelegenheit hatte er auch während des jetzigen Krieges die Augen wieder nach dieser Seite gerichtet.

Die näheren persönlichen Beziehungen, in die er jetzt zu Karl Gustav getreten war, hatten ihm Gelegenheit gegeben, mit diesem seine Ansichten auszutauschen über die Erfordernisse der deutschen Reichspolitik, über Maßregeln, die man gemeinsam ergreifen könne, wenn die Zeit dazu gekommen sein werde [1]). Die beiden Männer begegneten sich ebenso in dem Radicalismus ihrer Entwürfe, wie in der feindseligen Wendung gegen das Haus Habsburg.

Was immer sonst trennend zwischen beide Mächte sich stellen mochte, in dieser einen Gemeinsamkeit des politischen Hauptgegners erblickte Waldeck den verpflichtendsten Grund des Zusammenhaltens zwischen Brandenburg und Schweden. Der Gesichtspunkt protestantischer Parteipolitik gesellte sich rechtfertigend und verstärkend hinzu; derselbe Gesichtspunkt, unter welchem auch Cromwell allen Bedenken zu Trotz an Schweden und Karl Gustav festhielt.

Jetzt aber war die Lage so, daß Trennung von Schweden und baldige, eventuell nothgedrungene Vereinigung mit den Gegnern gleichbedeutend waren: „wer nicht mit mir ist, ist gegen mich“ hatte Karl Gustav dem brandenburgischen Gesandten Dobrzenski beim Abschied gesagt.

Die Aussicht, jetzt den Kurfürsten mit Oesterreich sich verständigen zu sehen, bedeutete für Waldeck das Scheitern aller seiner Pläne. Mit einer solchen Wendung war eine neue politische Basis genommen, auf der er für sich selbst keinen Platz sah. Nicht sowol die Abkehr von Schweden, als die dann unausbleibliche Genossen-

---

[1]) Vergl. oben S. 377.

schaft Oesterreichs und was daran sich knüpfte, war für ihn der Stein des Anstoßes, über den nicht hinwegzukommen war [1]).

Und in welchem Augenblick sollte ein solcher Wechsel vor sich gehen! Am 2. April 1657 war Kaiser Ferdinand III. gestorben. Das Reich war erledigt; wenn je, so schien jetzt der Moment gekommen zu sein, die alten Pläne von 1654 wieder aufzunehmen. Was konnte erreicht werden, wenn man jetzt die polnischen Angelegenheiten in Schnelligkeit wol oder übel zur Ordnung brachte und dann mit gesammter Kraft sich auf die Neuordnung der deutschen Verhältnisse warf.

Kein Zweifel, daß darauf die Wünsche Waldeck's sich von dem Moment an richteten, wo der Tod des Kaisers bekannt wurde. Vor den Möglichkeiten und vor den Nothwendigkeiten, die auf jenem Felde ihm jetzt sich darstellten, trat ihm alles andere in zweite Reihe zurück.

Wäre es möglich gewesen, in diese Wege jetzt wieder einzulenken?

Begreiflich, daß am Hofe zu Königsberg bald nach dem Tode des Kaisers doch auch diese Chance in Erwägung gezogen worden war. Dem Kurfürsten persönlich traten alsbald die alten Pläne wieder vor die Seele; er wünschte in den ersten Wochen lebhaft die baldige Rückkehr Karl Gustav's von seinem polnischen Feldzug, um sich mit ihm zu verständigen; „ich erwarte, schreibt er ihm eigenhändig, mit Verlangen Ew. Maj. Annäherung; denn itzo die rechte Zeit geboren ist" [2]). Und der in Königsberg anwesende schwedische Diplomat Graf Schlippenbach empfing in diesen Wochen dort noch durchaus den Eindruck, daß der Kurfürst sehr geneigt sei,

---

[1]) Vergl. das Gutachten Waldeck's bei Rauchbar S. 189: man dürfe es nicht dahin kommen lassen, „daß man hernach gezwungen sein müßte, mit den Feinden der Protestirenden, welche sowohl die Conservation des Staates als Erlangung der Seligkeit in Ausrottung der Evangelischen gründeten, am Joch zu ziehen und also sich selbst zu bekriegen".

[2]) Eigenhändiges Postscript des Kurfürsten bei dem Schreiben an Karl Gustav dat. Königsberg 7. Mai 1657. (Berl. Arch.) — Es sind nur die oben angeführten Worte; sie spielen wahrscheinlich auf eine frühere persönliche Unterredung an. In dem Brief drückt der Kurfürst den Wunsch nach einer baldigen mündlichen Unterredung aus.

in Polen rasch zum Frieden zu schreiten, um dann den Dingen die Wendung „contra domum Austriacam“ zu geben [1]). Schlippenbach selbst vertrat mit Eifer die gleiche Ansicht und bemühte sich den König in diese Richtung zu ziehen; es ist in dem Rathe Karl Gustav's wirklich davon die Rede gewesen, statt gegen Dänemark nach Schlesien zu ziehen [2]).

Aber von Bestand war dies weder hier noch dort. Bei Karl Gustav überwog bald die Richtung gegen Dänemark, und als in der ersten Hälfte des Juli der österreichische Agent Lisola in Königsberg erschien, fand er zwar vollauf zu thun, um die Dinge hier in den Gang zu bringen, der der österreichischen Politik am erwünschtesten war; aber die Gefahr einer Verständigung zwischen Brandenburg und Schweden gegen Oesterreich war bereits vorüber.

Und für Waldeck war die Möglichkeit vorüber, hier seine Wirksamkeit noch ferner fortzusetzen. Es war nicht allzu schwer, die ferneren Stadien vorauszusehen, die auf den jetzt genommenen Anfang folgen mußten, das Bündniß mit Polen, das Bündniß mit Oesterreich; schon hatten beide ihre Parteigänger und Fürsprecher, und der Kampf gegen Schweden war dann die unausbleibliche Folge. Der Kurfürst selbst, nachdem einmal der Gedanke der Trennung von Schweden bei ihm Boden gewonnen, zeigte sich viel geneigter, nun mit entschlossener Wendung sich der Gegenpartei zuzukehren, als eine aussichtslose neutrale Mittelstellung zu suchen [3]).

„C'est chose bien délicate, de changer sans devenir changeant“, schreibt um diese Zeit einmal Daniel Weiman aus dem Haag an Schwerin [4]). Waldeck hatte in Bezug auf das Verhältniß zu Oesterreich eine zu ausgesprochen feindselige Stellung

[1]) Schlippenbach an den König Karl Gustav dat. Königsberg 28. Mai 1657. (Abschriftlich ebendas.) „E. Maj. kann ich versichern, daß J. Churf. Dchl. syncèrement wünschen, daß dies polnische Wesen bald möchte zum friedlichen Stand gebracht und die Waffen hergegen (zu mehrer Aufnahme und Versicherung des evangelischen Wesens) gegen das Haus Oesterreich gebraucht werden.“

[2]) Geijer-Carlson IV. 204. 242.

[3]) So versichert Schwerin mehrfach in Briefen an Weiman in dieser Zeit. Weiman's Tagebuch, Juli, August 1657. (Düsseld. Arch.)

[4]) Ebendas., August 1657. (Düsseld. Arch.)

eingenommen, als daß er einer Politik hätte die Hand bieten können, welche nun voraussichtlich bald ganz andere Wege einschlagen mußte. Mit der österreichischen Alliance, die jetzt am Horizont auftauchte, vertrug sich kein Satz seines deutschen Programms, und wenn dieselbe, wie selbstverständlich, zur Folge haben mußte, daß Brandenburg auch für eine neue österreichische Kaiserwahl in die Schranken trat, so war dies ein Weg, den der Leiter der brandenburgischen Reichspolitik in den Jahren 1654 und 55 nicht mitgehen konnte, ohne sich selbst zu verläugnen [1]).

So verknüpft sich der Rücktritt, zu dem sich Waldeck jetzt entschloß, aufs engste mit den großen allgemeinen politischen Zeitfragen und Gegensätzen. Die Politik, von welcher er mit dem vollsten Glauben an ihre Verderblichkeit sich jetzt zurückzog, hat den brandenburgischen Staat auf Pfade hohen kriegerischen Ruhmes und in dem Kampfe gegen Schweden um den Besitz von Pommern dem stolzesten Gelingen nahe gebracht; der endliche Ausgang im Frieden von Oliva besiegelte die neue höhere europäische Stellung, welche Brandenburg fortan einnahm.

Welches das Ende und das Resultat aller dieser Verwickelungen gewesen sein würde, wenn der Kurfürst von hier ab mit Entschiedenheit den Ansichten Waldeck's gefolgt wäre, ist unnöthig zu erörtern. Wol aber verdient gesagt zu werden, daß die Rolle, welche Brandenburg jetzt ergriff, doch auch ihre sehr bedenkliche Seite hatte: es war das Gewicht seiner Kurstimme, welches im folgenden Jahr für die Kaiserwahl Leopold's I. den Ausschlag gab und für ein halbes Jahrhundert wieder die Geschicke des deutschen Reichs an das Haus Habsburg kettete, dessen künftige Ausschließung von dem kaiserlichen Amte noch so eben der innerste Gedanke der brandenburgischen Reichspolitik gewesen war. Gewiß war diese Wendung

[1]) Besonders charakteristisch ist die Instruction für den jetzt zur vorläufigen Anknüpfung an den Hof nach Prag gesandten Lazarus Kittelmann dat. Königsberg 29. Juni 1657. (Conc. von Schwerin. Berl. Arch.) Sie enthält, obgleich mit aller Vorsicht und Zurückhaltung, doch im wesentlichen bereits eine völlige Retractation der Waldeck'schen Reichs- und Reichstagspolitik vom Jahre 1654. — Vergl. auch hierzu die ganz treffende Bemerkung des französischen Gesandten Lesseins aus d. J. 1662. Urk. u. Actenst. II. 250.

in gewissem Sinn eine nothwendige; aber als eine verhängnißvolle wird man sie auch bezeichnen müssen.

Und verhängnißvoll nicht minder nach einer anderen Seite hin. Das System brandenburgischer Politik, welches Waldeck vertreten hatte, gipfelte in der Stellung dieses Staates an der Spitze der geeinigten antihabsburgischen Oppositionspartei im Reiche, die er zu einem festen Bunde zu organisiren hoffte. Ob es ihm gelungen sein würde, steht dahin. Das erste Hemmniß wurde, wie wir sahen, die Ablenkung der politischen Hauptaction Brandenburgs von den inneren Reichsangelegenheiten auf das Gebiet der nordischen Krisis. Aber noch waren damit bis jetzt die angeknüpften Fäden zwar gelockert, doch nicht zerrissen. Zerrissen wurden sie in dem Augenblick, als Brandenburg, den Erfordernissen der nordischen Politik folgend, Oesterreich die Hand zum Bündniß reichte. Hiermit wandte Brandenburg sich für's nächste ab von der Aufgabe, die es sich noch vor drei Jahren selbst gestellt; war es zu verwundern, wenn diejenigen, welche bisher auf das Zusammengehen mit der norddeutschen protestantischen Hauptmacht gerechnet hatten und die nicht, wie diese, veranlaßt waren, ihre Oppositionsstellung aufzugeben, nun andere Wege gingen, in anderen Verbindungen Schutz suchten? Die rheinische Alliance vom Jahr 1658 entstand; der französische König streckte als Mitverbündeter und Schutzherr seine Hand über sie und über Gebiete aus, die noch drei Jahre früher, wie Braunschweig und Hessen, von einer solchen Politik weit entfernt gewesen waren. Würde die Geschichte dieses ersten „Rheinbundes" die nämliche gewesen sein, wenn es Brandenburg möglich gewesen wäre, hier mit voller Kraft an seiner Stelle zu stehen? Bei einem Blick auf das, was in kurzer Frist und unter schwierigen Verhältnissen bis zur Mitte des Jahres 1655 unter der energischen und einsichtsvollen Führung Waldeck's gelungen war, darf man das billig bezweifeln. Jetzt schnitt die Verbindung mit Oesterreich alle Möglichkeiten nach dieser Seite hin für lange Zeit ab [1]).

---

[1]) Ich gedenke auf diese Zusammenhänge in der Entstehungsgeschichte des Rheinbundes von 1658 an anderer Stelle eingehender zurückzukommen.

Wir knüpfen an unsere Erzählung wieder an. Waldeck hatte seinem Entlassungsgesuch den Zusatz beigefügt, daß er, wenn sein Verbleiben in brandenburgischen Diensten gewünscht werde, dazu unter der Bedingung geneigt sei, daß man ihn an anderer Stelle als auf dem jetzigen diplomatischen und Kriegsschauplatz verwende [1]). Der Kurfürst ging gern auf diesen Wunsch ein; eine Kraft wie diese mußte womöglich dem Staate erhalten werden, und wenn er selbst jetzt die Stellung Waldeck's als unhaltbar erkennen mußte, so war doch der Zug persönlicher Sympathie, womit er sich dem kühnen, gedankenreichen Rathgeber verbunden fühlte, noch keineswegs erloschen [2]). Er ernannte ihn zu dem durch den Tod des Grafen von Sayn-Witgenstein seit kurzem erledigten Statthalterposten von Minden und Ravensberg; zugleich sollte er das von Sparr bisher geführte Obercommando über alle westfälischen Festungen übernehmen, während das von ihm geführte in den märkischen Festungen auf Sparr überging [3]). Eine Truppenabtheilung von etwa tausend Mann unter den Generallieutenants Kannenberg und Bawyr ward ihm beigegeben, um etwaigen militärischen Vorkommnissen in jenen Bereichen gewachsen zu sein.

In den ersten Septembertagen verabschiedete sich Waldeck bei dem Kurfürsten und trat den Marsch in's Reich an. Nicht ohne daß er in den letzten Tagen noch einen Zusammenstoß mit seinem alten Widersacher Sparr gehabt hätte, als dieser den Anspruch erhob, ihn als militärischer Vorgesetzter in sein neues Commando „anzuweisen“. Waldeck wies diesen Anspruch aufs entschiedenste zurück; er erklärte, aus den persönlichsten Gründen eine Abhängigkeit von Sparr in jenem neuen Amte nicht auf sich nehmen zu können, da er von dessen „unversöhnlichem Haß“ das Schlimmste befürchten müsse. Er bestand

---

[1]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Königsberg 19. Juli 1657; eigenh. „ich hoffe daß weit von Deroselben Sie mir besser glauben werden, als Sie jetzo begreifen können“ (Berl. Arch.). Rauchbar S. 190.

[2]) Vergl. die Aeußerungen des französischen Gesandten Blondel, Urk. u. Actenst. II. 132.

[3]) Rauchbar S. 191. Bestallungspatent für Waldeck dat. Königsberg 28. Aug. 1657. (Berl. Arch.)

darauf, allein und direct „von niemand als dem Kurfürsten zu dependiren“ [1]).

Noch ein anderer Mißklang sollte seinen Abschied von dem preußischen Kriegsschauplatz bezeichnen. Während er selbst noch in Königsberg verweilte, führte sein Vetter Graf Josias von Waldeck eine Abtheilung der mit ihm nach Minden bestimmten Truppen bei Dirschau über die Weichsel (2. Sept.). Es fügte sich, daß er hierbei ohne Willen und Erwarten in ein Gefecht verwickelt wurde, welches der dort liegende Pfalzgraf Adolf Johann, der Bruder des Königs Karl Gustav, mit einer starken Abtheilung Danziger Truppen zu bestehen hatte, die einen Ausfall gegen ihn unternahmen. Die beiden brandenburgischen Regimenter, die Graf Josias führte, auf keinen Kampf gefaßt, geriethen durch den unerwarteten Angriff in Verwirrung, faßten sich aber nach anfänglicher Flucht rasch wieder, halfen den herbeikommenden Schweden den Feind zurückwerfen und behaupteten mit ihnen zuletzt glücklich das Feld. Dennoch gab auch dieser Zwischenfall noch zu allerlei ärgerlichen Erörterungen Anlaß. Von schwedischer Seite besprach man das Gefecht und die Theilnahme der brandenburgischen Truppen daran in so hochmüthiger, für die kurfürstlichen Truppen beleidigender Weise, daß der Kurfürst, um diesen Anschuldigungen begegnen zu können, eine Untersuchung anordnete. Dieselbe stellte nun allerdings heraus, daß den beiden Waldeck'schen Regimentern und ihrem Führer kein Vorwurf gemacht werden könne, und in einem nachdrücklichen Schreiben forderte Waldeck namentlich den schwedischen Grafen Schlippenbach auf, seine ehrenrührigen Aeußerungen über die Truppen zurückzunehmen [2]),

---

[1]) Denkschrift über die Differenzen mit Sparr dat. Königsberg 28. Aug. 1657; an Schwerin gerichtet zum Vortrag bei dem Kurfürsten. Er spricht geradezu die Meinung aus, daß Sparr zu den Personen gehöre, die „aus Picquanterie gegen eine Person den Estat in hazard setzen, um dadurch der Person zu schaden; wenn er die Macht behalten sollte, in den Festungen oder über mich etwas zu verordnen, würde er mir leicht solche Ordre geben, da den Festungen und Estat Gefahr und mir Schand und Verantwortung zuwachsen könnte, oder so ich aus erheblichen Ursachen seiner Verordnung nachzuleben nicht vermöchte, die Schuld seines Fehlers mir zugerechnet werden möchte“. (Berl. Arch.)

[2]) Waldeck an Schlippenbach dat. Colberg 10. Sept. 1657. (Berl. Arch.)

was denn wol geschehen sein wird — aber das Ganze bildete doch einen unerfreulichen Abschluß für Waldeck's Thätigkeit in diesen Bereichen [1]).

Unmittelbar darauf reiste er selbst den Truppen nach und übernahm ihre Führung. Mitte October traf er an seinem neuen Bestimmungsorte ein.

Waldeck's Austritt aus brandenburgischen Diensten.

So war Waldeck wieder auf seinem ursprünglichen Boden angelangt, in jenen nordwestdeutschen Bereichen, denen er selbst entstammte und die in seinen früheren Combinationen zur deutschen Politik eine so wichtige Rolle gespielt hatten.

War diese neue Mission nur ein politischer Ruheposten, nur, wie der französische Gesandte Blondel Angesichts der Unhaltbarkeit von Waldecks Stellung in Preußen meinte, dazu bestimmt, „pour le mettre à l'abri de l'orage"? [2])

Betrachtet man die Lage der Dinge im Reich und namentlich im westlichen Deutschland in dieser Zeit, so erhält man nicht eben den Eindruck, daß der Posten, den jetzt Waldeck antrat, zu friedlicher politischer Zurückgezogenheit sehr geeignet war. Vielmehr schien auch hier sich alles mehr und mehr zu neuen ernsten Verwickelungen zuzuspitzen.

Wir sahen, wie aufs äußerste gespannt und für einen neuen Ausbruch reif die Verhältnisse in den rheinischen Gebieten waren, als der nordische Krieg die brandenburgische Politik nöthigte ihr Antlitz nach der anderen Seite hin zu richten [3]). Gestützt auf seine Erfolge am Reichstag, auf sein wachsendes Ansehen bei den protestantischen Reichsständen, auf das braunschweigische Bündniß, auf die nahe Verbindung mit Hessen-Cassel, auf das angeknüpfte gute Einvernehmen mit Kurcöln nahm der Kurfürst in jenen Bereichen

---

[1]) Graf Josias von Waldeck Relation der Rencontre bei Dirschau. dat. bei Stolpe 7. Sept. 1657. (Ebendas.) Rauchbar S. 191.

[2]) Urk. u. Actenst. II. 132.

[3]) Vergl. oben S. 278 ff.

eine Stellung ein, die wol zu kühneren Gedanken hatte ermuthigen können. Die Zeit seitdem war natürlich von den Gegnern nicht unbenutzt gelassen worden.

Vor allem waren die Genossen des katholischen Bündnisses vom 15. Dec. 1654 nicht unthätig geblieben [1]). Vorerst war der Kurfürst von Mainz für sein Erzstift und für sein Bisthum Würzburg zum Beitritt gewonnen und der Bund unter seiner Mitwirkung neu und fester organisirt worden [2]). Neben ihm und seinem Kanzler Boineburg war das unruhige, treibende Element des Ganzen besonders der Pfalzgraf Philipp Wilhelm, dem diese Alliance, wie er hoffte, nicht allein ein Rückhalt gegen etwaige brandenburgische Angriffspläne sein, sondern auch eventuell es für seine eigenen werden sollte.

Denn so war ja nun die wunderliche Lage in diesen niederrheinischen Erbschaftslanden: wir sahen, mit wie energischen Angriffsplänen die brandenburgische Politik sich trug; ihr gegenüber agitirte der rastlose, projectereiche Philipp Wilhelm unablässig und mit allen Mitteln für das gleiche Ziel; jeder dieser beiden Theilbesitzer der jülich-clevischen Lande sinnt darauf, den anderen aus seiner Hälfte herauszuwerfen und endlich seinen Anspruch auf die ganze Erbschaft zu verwirklichen, und indem beide sich eifrig um zulassende oder helfende Freunde für diesen Zweck bemühen — zum Theil um dieselben — so wird hier ein erbitterter Kampf diplomatischer Vorbereitungen unter der Decke geführt, der, wenn man die Decke zu lüften vermag, den Anblick auf's äußerste gespannter Verhältnisse gewährt [3]).

Wie hätten dem Pfalzgrafen Philipp Wilhelm die polnischen Verwickelungen seines Gegners nicht hoch willkommen sein sollen? Er hatte nichts unterlassen, um die günstige Gelegenheit für seine Zwecke auszubeuten; er hatte den kaiserlichen Hof bestürmt; er hatte,

---

[1]) Vergl. oben S. 262 f.

[2]) Neues Bundesinstrument dat. Frankfurt a. M. 11. Aug. 1655; die Alliance wird hier auf neue zwei Jahre prolongirt d. h. bis zum 15. Dec. 1658. (Berl. Arch.)

[3]) S. über die Machinationen des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm die ausführlichen Angaben v. Haeften's in Urk. u. Actenst. V. 778 f.

als dort nichts zu erreichen war, sich nach Frankreich gewandt und bei dem Cardinal Mazarin um Unterstützung oder Zulassung eines Handstreichs gegen Cleve und Mark geworben. Er hatte die Verbindung mit seinem Schwager, dem Polenkönig Johann Casimir, benutzt, um von dieser Seite her dem Kurfürsten Schwierigkeiten zu erregen. Das immer wachsende Mißvergnügen der clevischen Stände, die von dem Kurfürsten unerbittlich zu den beträchtlichsten Leistungen an Geld und Truppen für die Erfordernisse des Kriegs in Polen herangezogen wurden, bot günstige Aussichten auf Seiten der zu erobernden Lande selbst. Immer gefahrdrohender wuchsen die von ihm in den jülich-clevischen Landen angesammelten Truppenmassen. Eben jetzt, im Sommer 1657, war der Plan im Werke, im Einverständniß mit den enragirtesten katholischen Mitgliedern der ständischen Opposition einen Angriff auf die clevisch-märkischen Lande zu wagen; nur durch die energischen Maßregeln des wachsamen brandenburgischen Statthalters, des Fürsten Johann Moritz von Nassau, ward dem Ausbruch vorgebeugt [1]).

Für jetzt war die brandenburgische Politik genöthigt, sich hier in der Defensive zu halten; ihren Wünschen und Absichten nach war sie ebenso angriffslustig wie der Pfalzgraf nur immer. In manchen Kreisen betrachtete man die Sendung Waldeck's auf den Mindener Statthalterposten als ein Zeichen, daß etwas von Seiten des Kurfürsten im Werke sein müsse [2]). Und auch Waldeck selbst ging, zwar nicht mit bestimmten Plänen und Instructionen, aber doch seinerseits wenigstens mit ausgesprochenen Wünschen und Hoffnungen der Zukunft entgegen: er hoffe, schreibt er wenige Tage vor seiner Abreise von Königsberg, wenn der Kurfürst „jener Orten etwas anfange",

---

[1]) v. Haeften ebendas. S. 787.

[2]) Diarium Kittelmann's während seiner Gesandtschaft in Prag (s. oben S. 427 n. 1) dat. 1. Nov. 1657. Er erzählt, wie der Reichsvicekanzler Graf Kurtz ihm im Gespräch eine Andeutung dieser Art macht: „daß er nicht hoffen wollte, daß S. Ch. D. einig ander Dessein der Wiedererlangung Ihrer pommerischen Landen bei so angenehmer Conjunctur vorziehen würden, und gab hiermit nicht undeutlich zu verstehen, als wenn er von einigem Vorhaben gegen Pfalz-Neuburg etwas wüßte". (Berl. Arch.)

es werde ihm nebst den beiden ihm beigegebenen älteren Generallieutenants „die Ehre solcher Expedition gegönnet werden"; und da zumal der Feldzeugmeister Sparr jetzt „alt und gemächlich" werde, „so wird S. Churf. Dchl. nicht ohne Frucht mich als einen zur Arbeit nunmehr wieder bequemen und nach solchen rühmlichen Actionen strebenden gebrauchen; da ich dann gute Dienste zu thun verhoffe" [1]).

Sehr viel mußte für die gesammte Gestaltung der Dinge in diesen Bereichen jedenfalls darauf ankommen, von welcher Wirkung sich das Bündniß mit den drei braunschweigischen Herzögen zeigte [2]). Seit dem Abschluß desselben im Juli 1655 hatten die Verhandlungen fast ununterbrochen fortgedauert, von brandenburgischer Seite besonders von dem geheimen Rath Raban von Canstein geführt [3]). Nur zu bald stellte sich heraus, daß auf eine große Dauerhaftigkeit und Wirkung dieses diplomatischen Werkes nicht zu rechnen war. Mit Besorgniß verfolgte man an den braunschweigischen Höfen den Gang der Dinge im Norden und Brandenburgs Verwickelung in dieselben, eifrig allein darauf bedacht, jeden Anlaß zu meiden und jede Deutung abzulehnen, wodurch man selbst zu einer activen Bethätigung bei jenen entfernten Wirren genöthigt werden könnte.

Vor allem wurde unter allerlei Vorwänden der Austausch der Ratificationen von Termin zu Termin hinausgeschoben. Bei jeder Gelegenheit betonten die braunschweigischen Räthe, daß die geschlossene Alliance nur für die Reichslande gelte und Preußen zu diesen nicht gehöre; daß aber auch für die Reichslande sie zu nichts verpflichtet seien, wenn Brandenburg zu dem betreffenden Angriff selbst den Anlaß gegeben habe, ohne sich vorher darüber mit ihnen zu verständigen [4]). Als dann mit dem Herbst 1656 die Gefahr polnischer

---

[1]) Aus der oben S. 430 n. 1 erwähnten Denkschrift vom 28. Aug. 1657.

[2]) Vergl. oben S. 254 ff.

[3]) Ausführliche Acten über diese Verhandlungen in den Jahren 1656 und 1657 im Archiv zu Hannover. In den brandenburgischen Acten ist hier eine Lücke, die bis zum Nov. 1657 reicht.

[4]) Protokolle und Briefwechsel mit den braunschweigischen Räthen von August bis October 1656. (Hannov. Arch.)

Angriffe auf die brandenburgischen Reichslande immer näher kam und endlich dieselben in der Neumark und in Hinterpommern wirklich erfolgten, nahm trotz der dringendsten Mahnungen Canstein's bei wiederholten Zusammenkünften die Zurückhaltung der braunschweigischen Höfe nur zu; man verwies auf die Kreistage und auf die in Frankfurt tagende Reichsdeputation; jede particulare Hilfleistung auf Grund der Alliance ward abgelehnt; das einzige war, daß im Namen des niedersächsischen Kreises ein Abmahnungsschreiben an den König von Polen und ein anderes an den Kaiser gerichtet wurde, worin dieser zur Intercession aufgefordert wurde [1]. Als unerläßliche Vorbedingung jeder anderweitigen Bethätigung wurde die Mittheilung der Verträge gefordert, die der Kurfürst mit Schweden geschlossen habe und welche die Ursache seines Kriegs mit Polen seien; ein Verlangen, dem von brandenburgischer Seite aus guten Gründen nicht entsprochen werden konnte, dessen Billigkeit aber gleichwol nicht in Abrede zu stellen ist.

Nur in einem Punkte gelang es Canstein, endlich eine Concession von den braunschweigischen Herzögen zu erwirken. Als er im Januar 1657 bei einer neuen Conferenz in Braunschweig dringend die Auswechselung der Ratificationen forderte, erklärten Celle und Wolfenbüttel dies nur gegen einen in Betreff der polnischen Verwickelungen sicherstellenden Revers thun zu können; Hannover verweigerte es unbedingt. Dagegen zeigten die beiden ersteren sich in sofern zum Entgegenkommen bereit, als sie sich erboten, mit einem Theil ihrer Truppen die festen Plätze des Kurfürsten im westfälischen Kreise zu besetzen und dadurch ihm die Möglichkeit zu geben, seine dortigen Garnisonen anderweit zu verwenden. Das Erbieten wurde angenommen; indeß währte es bis zum Mai, ehe man sich über alle Einzelheiten geeinigt hatte, und ehe die erforderliche Zustimmung des noch immer in Venedig weilenden Herzogs Georg Wilhelm eingeholt war. Am 15. (25.) Mai wurde zu Peine eine Convention dieses Inhalts abgeschlossen [2].

---

[1] Schreiben an den König von Polen und an den Kaiser dat. 31. Dec. 1656. (Ebendas.)

[2] Protokolle und Briefwechsel vom Januar bis Mai 1657 (Hannov. Arch.).

Dies geschah nun in eben der Zeit, als in Preußen der Umschwung sich vorzubereiten begann, den wir geschildert haben. Der Wunsch, möglichst viele Truppen für den Kriegsschauplatz disponibel zu haben, trat vorerst zurück; die Convention wurde nicht ratificirt und der Kurfürst lehnte dankend das braunschweigische Erbieten, als jetzt nicht mehr erforderlich, ab [1]).

Und schon begann noch ein anderer Gesichtspunkt sich für die inneren deutschen Angelegenheiten geltend zu machen.

Der Tod des Kaisers, die Aussicht auf eine neue Kaiserwahl trat jetzt als ein neues, alle Parteigegensätze verschärfendes Motiv herein. In allen Kreisen wurden die daran sich knüpfenden Fragen alsbald aufs lebhafteste verhandelt; die gleichartigen Wünsche und Interessen bei dieser Entscheidungsfrage begannen sich zusammenzuschließen; in den Reihen der antihabsburgischen Opposition sowol wie von Seiten des österreichischen Hofes wurde die größte Rührigkeit entwickelt.

An den braunschweigischen Höfen hielt man mit Entschiedenheit den antihabsburgischen Standpunkt fest, auf welchem man sich im Jahr 1654 mit Brandenburg zusammengefunden hatte. Man erachtete jetzt die Zeit gekommen, im Sinne der damaligen Verabredungen vorzugehen. Namentlich Wolfenbüttel zeigte sich sehr energisch gestimmt. Die Vortheile einer bairischen Kaiserwahl, wie sie bereits auch in den Kreisen der rheinischen Verbündeten erwogen wurden, stellten sich wieder vor Augen und hatten in dem Herzog August einen lebhaften Fürsprecher, wobei es durchaus nicht ungünstig in's Gewicht fiel, daß von dem jungen bairischen Throncandidaten wenig gutes zu sagen war. Aufs dringendste ließ gleich in den ersten Wochen nach dem Tod des Kaisers Herzog August von Wolfenbüttel durch Canstein dem Kurfürsten empfehlen, die polnisch-preußischen Angelegenheiten, selbst mit Opfern, schleunigst in Ord-

---

v. Mörner Kurbrand. Staatsvertr. S. 217 f. Daß Waldeck sich für dieses Abkommen mit den Braunschweigern sehr interessirte, zeigt Rauchbar S. 182.

[1]) Der Kurfürst an die Herzöge von Braunschweig dat. Königsberg 8. Juni 1657. (Hannov. Arch.) Vergl. Rauchbar S. 185, wo „1000 Mann" statt „1700 Mann" zu lesen ist.

nung zu bringen: er werde bei den jetzigen Conjuncturen im Reiche mehr Vortheil davon tragen können, als ihm irgend dort zu erreichen ständen [1]).

Man hegte, wie wir sahen, auch in Königsberg kurze Zeit Gedanken ähnlicher Art. Es war natürlich, daß in demselben Maße als man von ihnen zurückkam, die Möglichkeit eines engen Zusammengehens mit den Braunschweigern dahinschwand und diese sich mehr und mehr dem Verein derjenigen zuwandten, welche in der Reichspolitik jetzt den Kern der antiösterreichischen Opposition bildeten.

Dies waren aber die Genossen des rheinischen Bundes.

Bereits seit dem Sommer 1656 war bei Braunschweig und Hessen-Cassel um ihren Eintritt in die Alliance geworben worden [2]). Nach einigem Zögern waren sie auf Verhandlungen eingegangen, mehrere Conferenzen fanden Statt. Doch verfehlten die vier protestantischen Höfe nicht, der brandenburgischen Regierung von allem, was vorging, genaue Kunde zu geben. Als erste Bedingung stellten sie den Alliirten die Forderung hin, daß auch Brandenburg und Schweden zum Beitritt aufgefordert werden müßten [3]).

Dem konnten nun, bei dem ausgesprochen defensiven Zweck des Bündnisses, die anderen sich nicht wol entziehen. Die Zustimmung wurde ertheilt, unter dem Vorbehalt, daß der Bund dadurch nicht in die polnischen Wirren verwickelt werden dürfe [4]). Als brandenburgischer Commissar trat Canstein zunächst mit Braunschweig und Hessen in nähere Verhandlung über die Angelegenheit.

Gegen dieses ganze Verfahren war bis hieher nichts einzuwenden. Aber die neuen Conjuncturen, welche der Sommer und Herbst dieses Jahres brachten, verwandelten auch mehr und mehr

---

[1]) Relation Canstein's über eine Conferenz in Wolfenbüttel dat. 14. (24.) April 1657; chiffrirt. „Zwar wissen sie auch wol, wie es mit Baiern beschaffen und daß selbiger ein schlechter Herr sei; aber dies ist eben eine Ursache mit, daß sie lieber vielleicht diesem als dem anderen zugethan." (Berl. Arch.)

[2]) Das erste Aufforderungsschreiben dat. 18. Juli 1656. Das braunschweigische Antwortschreiben erfolgte erst s. d. 28. Oct. 1656. (Abschr. Berl. Arch.)

[3]) Protokoll der Conferenz in Frankfurt a. M. dat. 20. Dec. 1656.

[4]) Protokoll dat. Frankfurt a. M. 11/21. Febr. 1657.

die Stellung der braunschweigischen Fürsten. Der entspringende dänisch-schwedische Krieg steigerte ihre Besorgniß, jetzt doch noch in den näher kommenden Kriegswirbel hineingezogen zu werden; die immer wahrscheinlicher werdende Aussicht vollends, daß Brandenburg im Bunde mit Oesterreich und Polen gegen Schweden auftreten werde, machte ihnen die bisherige Verbindung immer bedenklicher; immer geneigter wurden sie, sich in dem rheinischen Bündniß einen Rückhalt gegen etwaige Fährlichkeiten und einen Ersatz für die ihren Zwecken jetzt versagende Genossenschaft Brandenburgs zu suchen.

Bald stellten sich die Verhältnisse so, daß von der ursprünglich geforderten Aufnahme von Schweden und Brandenburg gemeinsam in den rheinischen Bund nicht mehr die Rede sein konnte; es fragte sich nur noch, ob das eine oder das andere zuzulassen sei. Und indem nun, besonders seit dem Tode des Kaisers, die bis dahin ziemlich geheim gehaltene Verbindung der geistlichen Kurfürsten mit Frankreich offen zu Tage trat, während andererseits die Parteinahme Brandenburgs für Oesterreich immer zweifelloser wurde, so mußte sich die Entscheidung jener Alternative nothwendig zu Ungunsten Brandenburgs wenden und zu Gunsten des Schwedenkönigs, der als Herzog von Bremen und Verden in den Bund aufgenommen wurde und die Garantie desselben für die genannten deutschen Gebiete erhielt. Die brandenburgische Politik hatte sich aufs eifrigste bemüht, nicht für die Aufnahme des Kurfürsten in den Bund, woran ihr unter den jetzigen Umständen nichts gelegen sein konnte, sondern darum, das Zustandekommen des erweiterten rheinischen Bundes überhaupt zu verhindern. Dies mißlang ihr, und als im August 1658 dieser Bund sich ziemlich unerwartet als eine vollendete Thatsache darstellte, so sah sich Brandenburg nicht nur in sehr unangenehmer Weise überlistet, sondern befand sich nun auch ganz isolirt einem mächtigen Bündniß gegenüber, welches seine beiden jetzigen Hauptgegner, Schweden und Pfalz-Neuburg, ebenso wie seine beiden bisherigen Hauptfreunde, Braunschweig und Hessen, in sich schloß und welches Bedingungen von der unläugbarsten Feindseligkeit gegen den Kurfürsten enthielt. Dagegen war nun die österreichisch-polnisch-dänische Alliance sein Antheil geworden, und einen Monat vor Ab-

schluß der rheinischen Alliance war in Frankfurt unter lebhafter Beförderung von Seiten Brandenburgs der Habsburger Leopold zum Kaiser erwählt worden.

Um dieselbe Zeit aber stieß König Karl Gustav den bereits geschlossenen Rothschilder Frieden mit Dänemark über den Haufen und begann einen neuen Krieg, der, wie er gedachte, das Ende Dänemarks werden sollte. Einen Monat nach dessen Ausbruch befand sich der Kurfürst auf dem Marsch, um mit dem einstigen Bundesgenossen um die Erhaltung des Gleichgewichts im Norden, um die Rettung Dänemarks, um die eigene Existenz zu kämpfen.

Wir haben mit diesen allgemeinen Umrissen die politische Atmosphäre bezeichnet, in welche Waldeck eintrat, als er sein neues Amt übernahm, und zugleich den Verlauf der allgemeinen Angelegenheiten bis zu dem Zeitpunkt, wo er dasselbe niederlegte.

Man sieht, er kam aus Preußen, wo seine Politik den Verhältnissen erlegen war, hierher, um ein noch weit empfindlicheres Scheitern aller seiner Pläne zu erfahren.

Gewiß hat Waldeck mit allen Mitteln, die ihm jetzt noch blieben, sich bemüht, der Wendung entgegenzuarbeiten, die sich jetzt unter seinen Augen vollzog. Vergeblich, er hatte das Heft nicht mehr in der Hand [1]). Einen großen Theil der nächsten Zeit brachte er in Arolsen zu, „in der Gesellschaft der wilden Thiere", wie er schreibt: „ich sehe in Stilligkeit das Werk mit an, die Sachen kommen mir jetzt so bunt vor, daß ich sie lieber von weitem, als bei nahe anschaue". „Es scheint, sagt er an einer anderen Stelle desselben Briefes, mit der deutschen Freiheit gethan zu sein, und werden wir Kleinen den Größeren und hernach die Großen den noch Mächtigeren zur Ausbeute bleiben" [2]).

[1]) Das Einzelne seiner Thätigkeit in dieser Zeit entzieht sich unseren Blicken, da die Materialien hier nur sehr unzureichend erhalten sind. Selbst die Instruction Waldeck's für sein jetziges Statthalteramt ist nicht mehr aufzufinden gewesen; ebenso ist sein sonst so frequenter Briefwechsel für diese Monate sehr spärlich; von seinen amtlichen Berichten sind nur einige unbedeutende Stücke vorhanden. Auch Rauchbar geht über diese Zeit mit Stillschweigen hinweg.

[2]) Waldeck an Graf Egon von Fürstenberg dat. Arolsen 18. Jan. 1658. (Arols. Arch.)

Gelegentlich forderte ihn der Kurfürst persönlich noch einmal auf, seine Ansicht über den Stand der Dinge auszusprechen. Er kam diesem Verlangen nach; aber seine Antworten tragen das Gepräge der Ueberzeugung, daß für seine Rathschläge jetzt bei dem Kurfürsten kein Boden mehr sei [1]).

Zu der allgemeinen politischen Verstimmung traten neue Aergernisse hinzu, die ihm vom Hofe her namentlich in Bezug auf die ihm anvertraute Militärverwaltung bereitet wurden, und die er jetzt noch mehr als sonst mit der gereiztesten Empfindlichkeit aufnahm, und die vielleicht auch von Seiten seiner Gegner auf diese berechnet waren [2]).

Alle diese Gründe wirkten zusammen, Waldeck zu dem Entschluß definitiver Auflösung seines bisherigen brandenburgischen Dienstverhältnisses zu bewegen. Im Mai 1658 schickte er einen seiner Stabsofficiere an den Hof mit der erneuten Bitte um völlige Entlassung.

So willkommen der Schritt vielen sein mochte, so gab es doch auch Freunde, die Waldeck auch jetzt noch davon zurückzuhalten suchten [3]). Die Kurfürstin Louise Henriette selbst, obwol sie in letzter Zeit häufig sich in Zwiespalt mit seinen Ansichten befunden hatte, sah ungern einen Mann aus dem Dienste des Staates scheiden, dessen Verdienste und geistige Bedeutung sie zu würdigen wußte und der ihr selbst und ihrem Gemal persönlich nahe gestanden hatte. Waldeck hatte auch ihr seine Bitte um Entlassung und die Gründe derselben, besonders die rein persönlichen, mitgetheilt. In einem eigenhändigen Antwortschreiben sprach sich die Fürstin über seinen Entschluß aus; es mischen sich darin lebhaftes Bedauern und eine gewisse empfindliche Gereiztheit; von Waldeck's politischen Motiven ist darin nicht die Rede; um so mehr wird die rein persönliche Seite der Sache betont: die früheren Versprechen Waldeck's, treu auszuhalten, die ungeschwächte Zuneigung des Kurfürsten zu ihm, gegen welche all die „Pikanterien“ des Hofes und seiner Feinde nicht in's

---

[1]) So in dem von dem Kurfürsten verlangten Gutachten „über den jetzigen Staat Sr. Churf. Dchl.“, dat. Rhoden 4. Mai 1658. (Berl. Arch.) Vergl. Urk. u. Actenst. II. 169.

[2]) Rauchbar S. 192.

[3]) Urk. u. Actenst II. 170.

Gewicht fallen könnten, die moralische Verpflichtung endlich, den Staat durch die gegenwärtige Krisis hindurchbringen zu helfen, „zumal Sie der erste gewesen sind, der uns in diesen Krieg geführt hat“. Sie läßt hindurchblicken, daß Waldeck wol schon andere höhere Ziele seines Ehrgeizes vor Augen haben möge [1]).

Es liegt nichts vor, woraus man die persönliche Ansicht des Kurfürsten selbst über diesen Schritt seines Ministers entnehmen könnte. Das Gesuch Waldeck's war jetzt so gefaßt, daß an der Festigkeit seines Entschlusses nicht zu zweifeln war. Die gewünschte Entlassung wurde ihm ertheilt (18/28. Mai 1658).

Unmittelbar nach Einreichung seiner Demission hatte er noch einmal in einem eingehenden Gutachten dem Kurfürsten seine Gesichtspunkte in Betreff der Kaiserwahl aus einander gesetzt. Es ist das letzte officielle Actenstück, womit er sich auf Grund seiner bisherigen Stellung an den Kurfürsten wandte, sein letztes Wort in Betreff der brandenburgischen Reichspolitik: eine neue, eingehende, motivirte Warnung vor der Hingabe des Reichs an das Haus Oesterreich, vor einer abermaligen habsburgischen Kaiserwahl [2]).

An einen Erfolg seiner Mahnungen konnte er selbst nicht mehr glauben. Zwei Wege, die bisher neben einander hergelaufen und die im Grunde demselben Ziel entgegenstrebten, gingen hier aus einander, um sich erst nach langer Frist wieder zu begegnen.

Schluß.

Ich wünschte hier die Feder niederlegen zu können. Im wesentlichen ist die Aufgabe zu Ende geführt, welche ich auf diesen Blättern zu lösen versucht habe, und es ist wenig erfreulich, zum Schluß der

---

[1]) Im Archiv zu Arolsen. Ich theile den ganzen interessanten Brief in den Beilagen mit. — Zeichen schwankender Stimmung der Kurfürstin gegen Waldeck finden sich indeß schon früher; so in dem Brief an Schwerin vom Febr. 1657 bei v. Orlich III. 422.

[2]) Gedanken in puncto der Wahl eines Römischen Königs; nebst Begleitschreiben dat. Rhoden 17. Mai 1658. (Berl. Arch.) Der Hauptinhalt ist bereits oben S. 288 ff. mitgetheilt.

unerquicklichen Nachspiele zu gedenken, welche dem Austritt Waldeck's aus den Diensten des Kurfürsten folgten. Dennoch fordert die Pflicht der Vollständigkeit, auch ihnen noch einige Worte zu widmen.

Bei der Gewährung seines Abschieds wurde Waldeck das in ähnlichen Fällen übliche Versprechen abgenommen, von den in seiner Dienstwaltung erfahrenen Geheimnissen keinerlei Gebrauch zu machen; eine Zusage, die er natürlich ohne weiteres leistete. Der ferneren Forderung dagegen, daß er sich nicht in die Dienste eines anderen Herrn begeben dürfe, welcher dem Kurfürsten feindselig sei oder mit welchem er demnächst zerfallen könne, widersprach er alsbald: man könne ihm nicht wehren, „das wenige, so ich in der Welt gelernt, ferner zu üben", man dürfe ihn nicht des Mittels berauben, „wodurch ich dasjenige, was ich bin und was jetzt verdunkelt werden will, an den Tag legen könne" [1]).

Es handelte sich bei der Forderung sowol wie bei der Weigerung um eine beiden Theilen bereits ganz bestimmt vor Augen stehende Frage. Waldeck war entschlossen, sich nicht dem Stillsitzen zu ergeben; die persönlichen Beziehungen, in denen er zu dem König Karl Gustav stand, machten ihm den Uebertritt in dessen Dienste erwünscht, und es wurde von seinen Gegnern vielleicht nicht ganz mit Unrecht vermuthet, daß diese Aussicht für ihn ein wesentlicher Beweggrund gewesen war, sein bisheriges Verhältniß so kurzer Hand zu lösen. Bald nach erhaltenem Abschied schickte er seinen Vetter Josias zu dem König und ließ ihm seine Dienste als General der Cavallerie anbieten, welche auch alsbald angenommen wurden [2]). Dem Kurfürsten zeigte er den gethanen Schritt sofort an [3]); im August begab er sich zu dem König, der kurz zuvor den Krieg mit Dänemark erneuert hatte und mit der Belagerung von Kopenhagen beschäftigt war.

Das Bedenkliche dieses Entschlusses soll nicht beschönigt werden. Als Waldeck ihn ausführte, war der Krieg zwischen Brandenburg

---

[1]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Wildungen 22. Juni 1658. (Berl. Arch.)

[2]) Rauchbar S. 193 ff.

[3]) Waldeck an den Kurfürsten dat. Arolsen 29. Juli 1658. (Berl. Arch.) Rauchbar S. 194.

und Schweden noch nicht erklärt; daß er sehr wahrscheinlich sei, konnte ihm nicht entgehen; es war eine naheliegende Pflicht des politischen Anstandes, den peinlichen Conflicten aus dem Wege zu gehen, welche eine schwedische Kriegsbestallung unter den jetzigen Umständen so leicht für ihn herbeiführen konnte. Als formelle Entschuldigung läßt sich nur geltend machen, daß Waldeck sein neues militärisches Amt mit dem speciellen Vorbehalt übernahm, nicht gegen Brandenburg verwendet zu werden, sondern allein als für den Krieg gegen Dänemark engagirt gelten zu wollen. Ein Vorbehalt, wie er durch die Natur militärischer Dienstverhältnisse in jener Zeit nicht gerade ausgeschlossen wird, den aber strict einzuhalten durch die Umstände doch hier unmöglich gemacht wurde.

Als bald darauf der Kurfürst den Krieg gegen Schweden begann, war der Conflict unvermeidlich. Noch genoß Waldeck die ihm von dem Kurfürsten bald nach seiner Berufung verliehenen geistlichen Pfründen, die Domprobstei Halberstadt und die Comthurei Lagow. Auf Grund dieses Besitzes wurde er als brandenburgischer Unterthan betrachtet, und unmittelbar nach erlassener Kriegserklärung erging daher an ihn ein sogenanntes Avocatorium, die Aufforderung, als brandenburgischer Vasall bei jetzt erklärtem Kriegszustand sofort den Dienst bei der Gegenpartei zu quittiren. Als Waldeck, unter Berufung auf seine Eigenschaft „als ein Stand und Graf des Reiches" der brandenburgischen Abberufung Folge zu leisten sich weigerte, wurde das Urtheil der Einziehung der beiden genannten Pfründen gegen ihn ausgesprochen [1]); die Comthurei wurde bald darauf dem geheimen Rath von Löben, die Domprobstei dem Grafen Christian von Dohna verliehen.

Eine lange Reihe ärgerlicher Streitigkeiten knüpfte sich an dieses Urtheil, dessen Rechtmäßigkeit von Waldeck eifrig bestritten wurde. Wie immer es sich mit dieser verhalten möge — die Frage dürfte nicht ganz einfach zu entscheiden sein — so ist nach allem Früheren begreiflich, daß die persönlichen Feindschaften, die sich Waldeck in so

---

[1]) Der Kurfürst an die geh. Räthe in Berlin dat. Husum 8. Oct. 1658. (Berl. Arch.)

großer Zahl und gerade in den jetzt einflußreichsten Kreisen zugezogen hatte, nicht wenig dazu beitrugen, den Zwiespalt zu verschärfen und mit Absicht den Bruch womöglich unheilbar zu machen. Besonders Schwerin und Jena fuhren fort, in der erbittertsten Weise gegen Waldeck zu wirken, jedem friedlichen Ausgleich und jeder Wiederanknüpfung entgegenzuarbeiten [1]). Die Verfolgungslust der jetzt siegreichen Partei dehnte sich selbst auf die Männer aus, die zu Waldeck in näherem persönlichem Verhältniß gestanden hatten und als seine Parteigänger galten. Namentlich Dobrzenski hatte Jahre lang unter diesem Druck zu leiden [2]).

Schon im Spätsommer 1659 verließ Waldeck den Kriegsschauplatz wieder [3]) und begab sich nach Arolsen. Wie gereizt die Stimmungen noch immer waren, ist daraus ersichtlich, daß einige Monate später mehrfach von einem gegen ihn beabsichtigten Attentat die Rede ist, welches in dem Thiergarten bei Rhoden im Waldeck'schen entdeckt worden sein sollte [4]).

Der Friede von Oliva brachte endlich die allgemeine Beruhigung

---

[1]) S. z. B. die gehässige Hetzerei Jena's bei Orlich I. 245.

[2]) Er blieb, ebenso wie viele andere Personen des Berliner Hofs in brieflicher Verbindung mit Waldeck, die wenigstens alsbald nach dem Frieden von Oliva wieder angeknüpft wurde. So schreibt er noch Anfang 1662 an ihn: „depuis que V. Exc. a quitté la cour, je m'en trouve esloigné aussi et quoique soubs un prétexte assez spécieux, neantmoins avec une ruine évidente de ma fortune"; er halte sich in Königsberg auf, um dort der „rage de mes persécuteurs" aus dem Wege zu gehen (dat. Königsberg 3. Febr. u. 18. April 1662). (Arolf. Arch.) Andere, wie namentlich Meinders, der früher Waldeck's Secretär gewesen war (s. oben S. 352 n. 2), wußten sich zu behaupten; mit ihm steht Waldeck nach dem Olivaer Frieden wieder in lebhaftem brieflichen Verkehr und Meinders beklagt mit den stärksten Ausdrücken „l'injustice de son destin", welche es verschulde, „de laisser en repos et oisiveté une des plus grandes et des plus accomplies personnes de la terre" (dat. Berlin 17. Juni 1662). Ebendas.

[3]) Seine dortige Thätigkeit bespricht ausführlich Rauchbar S. 195 ff.

[4]) Hierüber ein Briefwechsel zwischen der Gemalin Waldeck's und dem brandenburgischen Commandanten von Lippstadt Ernst v. Pöllnitz, im März 1660, im Arolf. Arch. Vergl. Rauchbar S. 213. Schon früher in einem Brief o. D. aus 1658 oder 1659 spricht Waldeck einmal von einem „assassinat dont Dr. Jena, à ce qu'on dit, m'a osé menacer dans la chambre de S. Alt. El." (Arolf. Arch.)

und eine Generalamnestie. Die Restitution Waldeck's in seine brandenburgischen Beneficien, die man sich schwedischer Seits zu spät bemüht hatte, in den Friedenschluß einzufügen [1]), fand aber damit noch immer nicht ihre Erledigung. Als Waldeck kurz nach geschlossenem Frieden ein beglückwünschendes Schreiben an Schwerin richtete und ihn zugleich um seine Vermittelung zur Aussöhnung und zur Regelung der streitigen Angelegenheit ersuchte, wies dieser Complimente und Glückwünsche in der barschesten Weise zurück, behandelte ihn fast geradezu als einen Fahnenflüchtigen und lehnte jede Vermittelung ab, ebenso wie er ihm jede Aussicht auf Erfolg abschnitt. Der ganze triumphirende Stolz Schwerin's über den doch noch ohne, ja selbst gegen Waldeck glücklich durchgeführten Kampf spricht sich in dem von dem erbittertsten Hohn erfüllten Briefe aus [2]). Durch einige aufgefangene Briefe, durch zu Protokoll genommene Aussagen schwedischer Gefangener hatte man sich in Besitz eines ganzen Arsenals von leidenschaftlichen Ausbrüchen Waldeck's in Betreff der brandenburgischen Politik gesetzt, deren man sich jetzt in ausgiebiger Weise bediente, um ihm jede Möglichkeit des Rückweges nach Berlin zu verlegen.

Der Einfluß der Zeit und die Verwendungen Befreundeter brachten es endlich doch dahin, daß eine äußerliche Aussöhnung möglich wurde. Im Februar 1662 begegnet uns Waldeck wieder auf kurze Zeit in Berlin [3]). Bald darauf gelang es, auch die Angelegenheit der beiden Beneficien zu regeln. Von der Halberstädter Domprobstei trat Graf Dohna freiwillig zurück, zumal sich auch das Domcapitel für die Ansprüche Waldeck's aussprach. Ueber die Comthurei Lagow kam es zu einem Vergleich mit dem Freiherrn von Löben, als jetzigem Inhaber, kraft dessen dieser die Pfründe bis an seinen Tod (1667) behielt und dann Waldeck wieder in den Besitz derselben eingesetzt wurde [4]).

---

[1]) Böhm Acta Pac. Oliv. II. 396 ff.

[2]) Waldeck an Schwerin dat. Wildungen 8. Juni 1660 (eigenh.). Schwerin an Waldeck dat. o. O. 26. Juni 1660. (Berl. Arch.)

[3]) Urk. u. Actenst. II. 248. 259.

[4]) Das Nähere s. bei Rauchbar S. 215 ff.

Von einer Rückkehr Waldeck's in die Dienste des Kurfürsten nach geschehener Aussöhnung scheint nicht ernstlich die Rede gewesen zu sein [1]). Ein thaten- und wechselreiches Leben lag noch vor ihm. Mit fast allen wichtigsten Ereignissen der drei nächsten Jahrzehnte in Deutschland ist sein Name verknüpft, und die Geschichte dieses Abschnitts seines Lebens würde ein werthvoller Beitrag für die deutsche Geschichte des späteren siebzehnten Jahrhunderts sein können, die solcher Beiträge noch so dringend bedarf. Sie ist noch nicht geschrieben, und uns, die wir uns bemüht haben, ein Jahrzehnt dieses Lebens in seiner Verknüpfung mit den allgemeinen Angelegenheiten in möglichst eindringender Vollständigkeit hier vorzuführen, widerstrebt es, mit der dürren Skizzirung eines ferneren Lebenslaufes zu schließen, von dem wir gewiß sein können, daß auch er, für eine eingehendere Betrachtung, ebenso reich bewegt und inhaltsvoll sich zeigen würde, wie die hier geschilderten Jahre [2]).

Häufige und mannichfaltige Anlässe haben auch in ihrem späteren Leben Waldeck und den Kurfürsten Friedrich Wilhelm mit einander in Beziehung gebracht. Ein freundschaftlicher Verkehr, bei manchen Gelegenheiten durch persönliches Begegnen neu belebt, zieht sich bis an das Lebensende des Kurfürsten hin [3]).

Gern gedenken wir zum Schluß einer letzten bedeutsamen Berührung zwischen beiden. Es war im Beginn der achtziger Jahre. Mächtige Veränderungen waren über Europa dahingegangen. Als unheildrohendes Gewitter hing die zu jeder Gewaltthat bereite Uebermacht Frankreichs über allen Landen, über Deutschland besonders. Die Reunionen hatten begonnen, Straßburg war gefallen. Der unerträglichen Gefahr zu wehren bildete sich damals, schwer und

---

[1]) Daß man es französischer Seits wünschte, um dadurch den österreichischen Einfluß in Berlin zu brechen, zeigt Urk. u. Actenst. II. 259.

[2]) Die äußeren Daten von Waldeck's Leben bis zu seinem Tod am 19. Nov. 1692 finden sich am vollständigsten (aber doch äußerst mangelhaft) bei Varnhagen Waldeck. Regentengeschichte, in Curtze Beiträge z. Gesch. d. Fürstenth. Waldeck u. Pyrmont II. 2. (1868) S. 221 ff.

[3]) So war es z. B. der Kurfürst, der schon im J. 1668 die Erhebung Waldeck's in den Reichsfürstenstand beim Kaiser befürwortete, die dann erst 1682 erfolgte; s. Pufendorf Frid. Wilh. X. §. 59.

langsam und spät genug, jene „Association" unter den Reichsständen, welche dann in dem Laxenburger Bündniß vom Mai 1682 sich zu einem festen Kern für einen allgemeinen Reichsbund mit dem Kaiser gegen die Usurpationspolitik Ludwig's XIV. zusammenschloß. Das Laxenburger Bündniß — man nannte es damals auch „die Waldeck'sche Alliance" [1]); denn dem Grafen Georg Friedrich von Waldeck gebührte vor allen der Ruhm, diese Vereinigung mit der unermüdlichsten Thätigkeit betrieben und endlich glücklich zu Stande gebracht zu haben [2]).

Brandenburg gehörte ihr nicht an. Noch hielt der Kurfürst grollend über das arge Schicksal, welches die Ohnmacht, Feigheit und Treulosigkeit der kaiserlichen und Reichspolitik den glänzenden Erfolgen seiner schwedischen Feldzüge in dem Frieden von St. Germain bereitet hatte, sich von jeder neuen Verbindung nach dieser Seite hin zurück und zog es vor, in immer engeren freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich sich zu bewegen. Damals, im Beginn der Associationsverhandlungen, im Sommer 1681, als der Kurfürst im Bade zu Pyrmont verweilte, traf Waldeck mit ihm zusammen und hatte eine ausführliche Unterredung mit ihm. Den Inhalt seiner Vorstellungen faßte er in einem Memoire zusammen, welches er kurz darauf dem Kurfürsten überschickte [3]); es ist eine eindringliche ernste Mahnung, der Politik der Verbitterung zu entsagen, die Folgen zu erwägen, welche ein ferneres Gewährenlassen, ja wol gar eine Begünstigung Frankreichs, für die Nation, für die deutsche Unabhängigkeit, für die Sache des evangelischen Bekenntnisses nach sich ziehen müsse. Man wird das anziehende Actenstück gern am Schluß dieses Buches in eigener Form lesen.

---

[1]) So in einer Flugschrift: „Apologia des sogenannten Waldeckischen Receß", vom J. 1692, citirt bei Varnhagen a. a. O. S. 231, wol dieselbe Schrift, die Droysen III. 3. 743. n. unter dem Titel: „Apologie der Waldeckischen Allianz" erwähnt.

[2]) Wagner hist. Leopoldi Magni S. 537.

[3]) Gedanken über den jetzigen Zustand der Welt Sachen im Röm. Reich. Mit begleitendem Schreiben dat. Rhoden 27. Juni 1681. (Berl. Arch.) S. die Beilagen, wo auch der sogleich zu erwähnende Brief Waldeck's an den Kurfürsten vom J. 1683.

Wie damals die Verhältnisse lagen, konnte es einen Einfluß auf die Entschließungen des Kurfürsten nicht üben. In der unendlich verwickelten und schwierigen Krisis jener merkwürdigen Jahre mußte es nothwendig höchst entgegengesetzte und darum doch relativ gleichberechtigte Ansichten über den Ausweg geben, der aus diesem Wirrsal herausführen mochte, und mit Unrecht würde man für eine einzelne, allen anderen gegenüber, den Preis wahrhaft patriotischer Gesinnung ansprechen.

Noch einmal, zwei Jahre später, wandte sich Waldeck an den Kurfürsten, ihm die immer verzweifeltere Lage der Dinge an's Herz zu legen. Er traf die brandenburgische Politik bereits bei den ersten Andeutungen der Umkehr, der Abkehr von Frankreich. Noch geraume Zeit freilich währte es, ehe dieselbe zum völligen Durchbruch gelangen konnte. Inzwischen nahm Waldeck an dem Türkenkrieg des Jahres 1685 Theil; hier kämpfte er bereits an der Seite brandenburgischer Truppen, die dem Kaiser zu Hilfe nach Ungarn gesandt worden waren. Als im Sommer 1686 endlich das Augsburger Bündniß zu Stande kam, so war ein lang erstrebtes Ziel erreicht. Mit voller Energie ergriff nun der Kurfürst Friedrich Wilhelm den Gedanken des europäischen Unabhängigkeitskampfes gegen Frankreich, der jenem Bündniß zu Grunde lag, und als man zum Oberbefehl über die deutschen Bundestruppen vier der bewährtesten Heerführer der Zeit erwählte, so war einer von ihnen Fürst Georg Friedrich von Waldeck.

So fanden sich am Abend ihres Lebens die beiden Männer doch noch einmal in der gemeinsamen Richtung auf eine große nationale Aufgabe zusammen.

Beilagen.

I. Aus dem Briefwechsel zwischen Waldeck und Sommelsdyck[1]).

(Vergl. oben S. 31. 279 ff.)

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. de la Haye 1. Jan. 1652.

Er ist erschüttert von dem vor zwei Tagen erfolgten Tod eines Sohnes, zudem Krankheit 2c.

Non obstant tout ceci le contentement que j'ay de voir par la vostre du 26me l'advantage que vous vous estes reservé, pour vous conserver la principale direction en vostre cour, faict, que je me force pour vous feliciter vostre employ et vous souhaiter de tout mon coeur, que Dieu benie vostre labeur et le vous face reussir à plus de bonheur que ne m'a faict la faveur de nostre feu prince; et oultre cela je recognoy, que vous allez au solide, puisque vous battez à regaignier pour vostre maistre le coeur de ses subjects, et aussi à lui procurer les alliances, dont non seulement il a subject d'attendre le plus ferme appuy, mais doibt aussi estre asseuré, qu'elles contribueront beaucoup au bien des affaires et de la cause commune. Par le prochain ordinaire on sondera les inclinations, et je ne doubte ou, parceque l'advantage est reciproque, qu'on les trouvera tres bien disposées, pourveu qu'on ne prétende pas chez vous rien, qui puisse chocquer la Suède. Aussi en la presente conjoncture il vault beaucoup mieux pour les interests de vostre prince, d'estre avecques elle en liaison que de continuer l'aversion accause de ce qu'ôn luy a cedé. Et si on avoit telle intention, il y auroit .... belle occasion pour un renouvellement de l'alliance qui se traicte entre les couronnes de France et de Suede, y faire aussi comprendre vostre prince,

---

[1]) Vergl. über Cornelius d'Aerssen de Sommelsdyck (geb. 1602, gest. 1662) die biographischen Notizen bei van der Aa biographisch Woordenboek der Nederlanden I. 106 ff., wozu allerdings der hier folgende Briefwechsel einige wesentliche Ergänzungen gibt. Anderes über ihn und von ihm in Groen van Prinsterer Archives de la maison d'Orange. Ser. 2. Vol. 5.

ce qui à mon advis seroit de tres grande importance pour mettre vostre maistre en une ferme posture, et beau moyen de faire valoir tous ses interests dedans l'Empire. —

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. de la Haye 8. Jan. 1652.

Je vous dirai, que je suis tres-aise d'apprendre, qu'on ne butte pas contre la Suede et que bien qu'appuyé ou secondé seulement d'un seul homme, mais que j'ai cru tousjours de probité et le plus sensé de vostre Conseil, vous ne vous laissez espouvanter des puissances que me marquez. Aussi le service de Dieu et celui de vostre prince vous y obligent, et quant bien de vous en prendroit mal, la decharge de vostre conscience vous demeurera tousjours à assez de satisfaction. Mais c'est une chose estrange, comment ce siecle abonde de tous costés en libertinage, et parce que, nonobstant l'amadouement qu'y voulez apporter, vous recognoissez, que n'y pouvez rien gaigner. Je l'attribue au mauvais exemple et appuy de nostre voysinage, et pour ce subject je ne jugeroi à propos de le reprimer avec vigeur sans estre fort pressé. Ce n'est pas pourtant que je voudrais conseiller de souffrir l'insolence; car oultre qu'en cela il y auroit de la lacheté, c'est que de plus par là on donne pied pour oser tout tenter; mais que je crois, que pendant ceste generale esmotion et ceste constellation si peu favorable pour les princes, il faut en dissimulant, connivant et cedant gaignier temps pour rompre la cabale; et cela en advantagant quelques ungs pour s'en servir contre les principaux, desquels estant venu a bout il sera puisapres aussy aisé (si on juge à propos) de maltraicter ceux desquels on s'est servi. Mais en tout cas, si on en veult à quelqu'un qui s'est emancipé, je suis de vostre advis, qu'il y fault apporter ceste sagesse et user de ceste adresse que de l'entreprendre sur quelque faict particulier afin de n'interresser le commun, qui est ung dangereux monstre et qui dans le désordre, où vos affaires sont, pourroit causer de grandes dommages à vostre prince.

Vous voyez, comme librement et sur vostre sommation je vous faicts part de mes sentiments; à ung aultre je serois plus retenu; mais je scay, qu'en ce, en quoy je puis faillir par faulte de cognoissance, vostre jugement et discretion suppléera et m'excusera. —

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. de la Haye 4. März 1652.

Parce qu'on m'asseure que vous avez profité du décès de Burgsdorf, je vous en demande les particularités, afin que je m'en puisse mieux conjouir avecques vous. Et cependant je vous advertis, qu'encores que les princesses ici ne soyent pas prestes pour si tost tomber d'accord de l'assignation des terres pour le Douaire de la princesse Royale, que pourtant la princesse douarière a avanthyer faict scavoir au Sr. de Bre-

derode, qu'elle s'estoit resolue de partir devers vostre cour pour le plus tard au bout de cincq jours. Et en l'estat auquel vous estes ce sera à vous à mesnager avec respect et liberté cest esprit qui est toutaffaict de femme. Car par le premier vous satisferez à sa vanité, et par l'aultre aussi vous empescherez, qu'elle ne chocque avec trop de hardiesse vos interests. Car, croyez moi, que par trop de deference et d'applaudissement elle mesprise in continent les personnes et les soupçonne de faiblesse; la où tout au contraire par une contradiction arraisonnée et fondée elle se retient et en parle avantageusement, de peur qu'elle a de les offencer.

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. de la Haye 18. März 1653.

Il y a longtemps que je ne vous ay pas escrit ..... maintenant, si vous jugez qu'il vous peult servir, j'ay creu me debvoir remettre par celle-cy dans vostre ressouvenir et par mesme moyen vous advertir que la mort de Pau dans ceste province et le resuscitement de Thibaut dans la Selande me mettent dans de grandes esperances que nous nous relierons avec la France et nous engagerons à bon escient contre les Anglois. Il n'y a qu'Amsterdam qui retarde encores l'instruction pour l'ung; mais pour l'autre on fait desia toute diligence possible pour faire rentrer une puissante flotte en mer, pour empescher la conjonction de celle des rebelles. —

On ne scait encores qui sera le successeur de Pau, et parceque Ruyl s'en defendt, j'ay peur que le jeune de Witt, qui asteure[1]) est pensionnaire de Dordt, le pourroit bien estre. —

Nostre jeune prince a fort langui; mais asteure commence a se mieux porter; toutefois il est de si petite complexion et a la couleur si morte, que je crains qu'il ne durera pas, tout comme il est necessaire pour le bien de cest estat et le maintien de sa maison.

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. de la Haye 19. Aug. 1653.

Waldeck ist, nachdem er einen einzigen Sohn durch den Tod verloren, den Sommer über zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in Bad Wildungen gewesen.

Si vostre santé le permet, il sera temps que vous retourniez à vostre cour, pour ne trop desaccoustumer vostre prince de vostre entremise et ne lui laisser prendre trop d'habitude à celle de vos ennemis ou envieux.

Je passe à nostre public, qui en ung mot est si confus et divisé, que quand j'y pense j'en frémis, parceque le tout bien consideré et en

---

[1]) Uebliche Zusammenziehung von à cette heure.

sa presente constitution et au redres, qu'on lui pourroit donner, en paix ou en guerre, avec gouverneur ou sans gouverneur, je ne vois ni ne trouve rien qui le puisse bien rafermir. Car il est desia si fort descheu et a si grande manque de personnes capables de lui donner une bonne direction, que je conclus en ung mot, qu'il n'y a point de salut pour lui qu'en Dieu. —

Je ne vous particularise rien de nos esmotions populaires, mais vous dirai seulement, que vous les remarquiez pour signes tout evidents de nostre mauvaise disposition et qu'avec le temps elles deviendront au train que nous prenons une infaillible cause de nostre perte et ruine.

Tout ceci vous satisfera fort peu et je vous avoue aussi, que j'ai souvent de la peine à surmonter mes inquietudes, et ce que je vous escris est aussi en partie pour m'en descharger le coeur, le quel afin qu'il ne desbonde trop, je vous redemande, si vous avez trouvé jour pour faire quelque chose pour le S[r] de Vicfort. —

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. de la Haye 13. Oct. 1653.

Presques à mesme temps que je suis revenu de la campaigne j'ai aussi appris vostre retour à Berlin, ou je vous donne avec tant plus de joie la bienvenue, que je juge, que c'est apres avoir surmonté toutes vos incommodités. [Folgen medicinische Rathschläge.]

J'espere que vous n'aurez pas trouvé vostre prince ni par vostre absence ni par les mauvais offices de vos envieux refroidi. Je scay bien pourtant, qu'il y en a ici qui en seroient ravi, afin de trouver jour par ce moyen de mettre le conte de Dona, qui est revenu ici depuis quelque temps d'Orange, en crédict et en pouvoir aupres de lui, et je crois qu'il y reussiroit; car son sejour en ceste principauté et parmi ce peuple delié et rusé lui a faict acquerir beaucoup d'adresse et tout plein de belles qualités.

Nous allons ici le grand galop à ung accommodement avec les Anglais; car ensuite des belles declarations et grandes presses de Cromwell on a des avanthyer faict partir les deux envoyés qui estoient ici venus faire rapport, chargés d'excuser la coalition que les Anglais avoient proposée et de les faire desister des 3 points qu'ils demandoient comme ung préallable avant que de traicter, et ensuite de negotier et convenir sur les 36 articles en conformité de l'instruction qui leur a esté donnée à leur premier départ. —

Je croyrais que cela ne serait par pour les contenter [les Anglais], si le grand manque d'argent et les divisions au dedans, avec l'apprehension de nostre alliance avec la France et que nous embrasserions les interests de leur Roy, ne les faisoit trouver affaiblis et amollis jusques à tel point, que, pour nous mettre en un bon préjugé de leur in-

tention, ils ont desia relasché plus de douce cent matelots et soldats qu'ils avoient des nostres prisonniers.

Nos Libertins en font paroistre leur joie en leurs visages et .... n'oublient de tesmoigner desia leur confiance en ce traicté, qui reussira par la mauvaise constitution de cest estat, qui gist en la mollesse des bons et la hardiesse de la faction qui l'emporgnie comme un fer chaud pour se délivrer de la necessité d'avoir un chef. Et par ainsi je nous vois reduicts à souffrir, que nos fortunes dépendront encores pour ung temps de ceux qui n'en ont aultre que de s'estre saisis avec beaucoup d'impudence et d'ingratitude du gouvernement de cest estat. Et puisque par ce moyen nous manquerons tout franc au besoing et à la recognoissance que nous debvons à la Maison Royale d'Angleterre, je n'ay aussi aultre esperance pour le restablissement de ce Roy que par la mort de Cromwell; à laquelle certes je ne me puis assez estonner, que, puisque on la recognoist de si grande importance, qu'il ne travaille a bon escient pour la faire haster. Car parce qu'il est recognu de toute la Chrestienté pour criminel au supreme degré, oultre le grand avantage qui en doibt revenir, ce ne seroit qu'une douce et benigne justice que de le faire ainsi finir[1]. —

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. de la Haye 16. Jan. 1654.

Il n'y a icy que le traicté avec l'Angleterre qui tient tout le monde en cervelle et j'ay remarqué depuis que Cromwel s'est declaré pour avoir la souveraine autorité, que nos Libertins ont pris beaucoup de confiance pour le succes de leur negotiation, et parce donc que son interest et son pouvoir l'y oblige et y peult tout, je ne doubte plus ou nous apprendrons par la premiere despesche de nos Envoyés qu'on attandt d'heure à aultre, qu'ung malheureux marché sera conclu; car si aultre fois la foy punique estoit fort suspecte, on a presentement encores plus de subject de doubter de celle de ceste nouvelle Republicque, et parce que le plus seur remede contre ce mal seroit unne bonne garantie avec la France, je ne doubte pourtant, ou pour augmenter nostre malheur et faire paroistre l'imprudence de nostre conduictte, que nous nous ferons tirer l'oreille pour la contracter.

Pour les Lorrains, depuis qu'ils ont perdu l'esperance de s'accommoder de Brisac et par ce moyen d'avoir leurs quartiers d'hyver dans l'Elsas, ils travaillent continuellement à les prendre dans le pays de Liege, et si apres qu'ils auront tout mangé celuy la, ils ne s'accommoderont de la bienseance du nostre, c'est ce que je tiens pour fort incertain.

---

[1]) Vergl. die bekannte royalistische Flugschrift: Killing no Murder.

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. de la Haye 6. März 1654.

Le Duc de Lorraine est tenu d'un chasquun avoir bien merité ce traictement; mais il ne lesse de faire cognoistre le naturel de l'Espaigniol, et je croy qu'il servira d'un grand acheminement à la paix des deux Couronnes.

La Princesse Douariere a presques toutaffaict surmonté sa defluxion et parle fort de vous aller visiter pour ung an tout entier. Je ne scay si durant ce temps là elle sera pour vous rendre de bons offices; car je croy, qu'elle demeure tousjours dans le desseing de bien establir ung de ses nepveus de Dona aupres de Mons[r] l'Electeur.

P. S. Tout à cest instant je viens de recevoir advis de Mastricht, que le S[r] Faber, Gouverneur de Sedan, est arrivé à Liege avec huict mille chevaux et quatre mille hommes de pied, et que les Espaigniols et les Lorrains marchent pour se joindre, de sorte que nous pourrions bien apprendre au premier jour quelque action d'importance.

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. de la Haye 27. März 1654.

Je suis tres marry d'apprendre par la vostre du 2[d] du mois passé, que vous restez encores dedans de si grandes incommodités de vostre maladie, et puisqu'elle a si long temps duré, je ne m'estonne pas que vous en sentez du dechet et du chagrin, duquel vous vous debvez decharger par la recherche de tout ce qui vous peult playre, sans prendre ny les affaires de vostre Maistre, ny mesmes les vostres propres si fort à coeur. Aussi ne vous debvez vous tant painer dans les correspondences, et trois lignes autant que trois pages suffiroient à vos amis, pour apprendre l'estat de vostre santé etc. ...

Les dernieres lettres de nos Ambassadeurs alarment icy fort nos Messieurs; car oultre qu'ils advertissent, que les Anglois ont assemblés à l'Isle de Wicht cent vaisseaux de guerre, qu'ils ont extraordinairement remplis de matelots et de soldats, ils font de plus scavoir, qu'ils n'avancent rien dans l'arrest des Articles du Traicté, et que mesmes on a ce roche, on parle avec tant d'ambiguité du septiesme, qui comprend tous les interests du Roy de Danemarck, qu'on a beaucoup de subject de se defier, ou qu'ils en veulent au Sont, ou en font semblant, pour nous mieux surprendre par deçà, et tout cela non pas pour rompre nostre paix, mais seulement pour nous forcer à ceder l'exclusion qu'ils ont tant pressée du Prince d'Orange, et parce que l'imprudence et la nonchalance de cest Estat a esté jusques icy si grande, que, non obstant tous les advis qu'on a eu de ce grand armement, on n'a pourtant rien equipé de ce costé. —

Toutes fois si la belle occasion venoit à donner envie à Cromwel de nous vouloir pousser à bout, croyez que ce seroit le moyen de nous

faire reunir et retourner à nostre premiere forme de gouvernement et vieilles maximes, par l'élection d'un Chef et le recours aux alliances de nos anciens amis, par ou cest Estat seulement se peult affermir, et on pourroit esperer, que ce monstre de rebellion enfin se trouveroit chastié.

Par tout ce que j'apprens de France je tiens pour asseuré, que les Espaigniols ont esté si heureux, que de prevenir le Duc de Lorraine dans le desseing qu'il avoit de les quitter et d'enlever tout d'un train le prince de Condé, et si ce coup avoit reussi, jugez combien les Espaigniols se seroient trouvés desorientés, qui pourtant par les efforts que les Francois minutent, ne lerront d'estre fort embarrassés. —

Comme je pensois mettre fin à celle-cy, le Sr de Vicfort[1]) m'est venu communiquer la vostre, avec les conditions de vostre proposition, et parce que l'amitié, que nous nous sommes promise, me faict croire, que je suis obligé de vous faire part de mon advis sur ce subject, ne trouvez donc pas mauvais, que cependant j'ay obligé le Sr de Vicfort, de ne rien communiquer à personne de vostre offre, et de vous dire en suitte, que puisque je scay, qu'il ne sera pas au pouvoir du Roy, de vous trouver, ny fournir hause, batteaux, ny provisions, que je juge que feriez bien de retrancher beaucoup des avantages que demandez en cas de succes, afin que, puisque qu'il n'est question que d'obliger à peu de frais, vous puissiez par la avoir l'honneur et le gré d'unne liberale offre, au lieu que de la facon qu'avez couché les Articles, vos ennemis pourroient alleguer, que vous voudriez faire achepter vostre avance et vostre peril fort cherement.

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. de la Haye 13. Oct. 1654.

— Je vous declare, que j'ay appris avec beaucoup de joye, que les eaux de Wildunge ont si bien operé en vostre endroict, mais permettez moy asteure, que je vous die par l'interest que je prens en la conservation de vostre santé, que la femme, ny le vin, ou plus encores les affaires et les desmeslés de vostre Cour ne viennent à recauser par trop d'eschauffaison quelque nouvelle intemperie dans vostre sang; car je ne doubte pas, ou nostre Reyne Mere durant son sejour vous taillera assez de besoignie pour le dernier. Mais au pis aller, puisqu'on m'a representé que vous vous divertissez et playsez fort chez vous, la retraicte avec ce qu'avez desja profité du prince que servez, ne vous y causera pas beaucoup de chagrin. Defendez vous en pourtant, et pour vostre advantage et pour faire tant plus de despit à vos ennemis et envieux autant qu'il vous sera possible, et croyez que plus vous aurez de credict dans l'esprit et les affaires de vostre prince, plus j'en auroy aussi de joye et de repos pour vostre bien particulier et celuy du public.

[1]) Joachim Wicquefort, Bruder des bekannten Abraham W., Resident im Haag.

Le nostre demeure de plus en plus agité et fort menacé par l'interest et les passions des particuliers, et si quelque revolution extraordinaire ou unne toute speciale protection de Dieu ne garantit cest Estat, il est certain, qu'apres la grande decadance, dans la quelle il est tombé par son detracquement, qu'il ne tardera guieres à se voir en unne grande confusion et combustion, et cela par les brigues pour se pousser dans le Magistrat et par ce moyen obtenir les charges qui viennent à vaquer, et qui pour ce subject peuvent à bon droict [estre] considerées et dicttes le poison de cest Estat. L'Overyessel est sur le point d'en venir des paroles aux mains, et toutes les menées et animosités que les Libertins dans la Hollande font et tesmoignent contre la Maison d'Orange, n'est que pour empescher, qu'elle avec le temps ne leur en oste la disposition.

A la separation de la derniere assemblée de Hollande on a resolu de porter pour ung advis provincial en la Generalité la cassation d'encores douse Compagnies de Cavallerie, à condition que les quarante qui resteront seront toutes mises au nombre de soixcente Maistres, celle des Gardes devant aussi estre reduicte sur mesme pied. Il est certain que les aultres provinces du commencement n'y voudront entendre, mais je doubtes fort, si premierement la presse et puis apres l'opiniastreté de la Hollande ne les fera à la fin ceder.

Cromwel à desja commencé à gourmander aussi bien ce parlement comme il a matiné tous les aultres, et je remarque que nous avons beaucoup de gens par deca, qui sont bien ayses de voir, qu'il se resoult à se maintenir par le mesme moyen par lequel il s'est elevé.

Nous n'avons rien de la France, sinon que ceste armée qui a faict faire devant Arras ceste grande cagode aux Espaigniols, se prepare à faire encores ung siege de ceste année; mais parce que la saison est avancée, et que ses ennemis du debris ont formé et r'assemblé ung corps fort considerable, je juge qu'il ne sera pas d'unne place de fort grande importance. Mais ce qui me plaist asteure le plus dans les affaires des Francois, c'est que l'authorité Royale y devient de plus en plus absolüe, qu'ils font et reglent ung bel estat de guerre, et ont desja ung plus grand fonds pour y fournir, qu'ils n'ont eu depuis la mort du Cardinal de Richelieu. Et parce que je scay de bonne part, qu'elle a de tres bonnes dispositions, pour en toutes occasions appuyer et faire valoir les interests de vostre prince, et qu'elle est aussi en tres advantageux prejugé de vostre personne, je vous preadvertis, de ne vous lesser surprendre par quelques mauvaises impressions, que vostre Resident Vicfort taschera peultestre de vous donner, parceque le Cardinal ne l'a pas si tost admis, ni faict payer de ce qu'il pretend de ceste Cour, comme il a desiré, et parce que je serois marry, que l'emportement d'un homme trop eschauffé pour son particulier interest vinst à nuire à celuy de vostre prince en ung temps, auquel il semble que

les choses se preparent en Allemaignie, à luy faire avoir besoing d'un si puissant et considerable amy, comme est ung Roy de France. Je vous prie en confiance de mesnager cest advis, pour ne donner plaine creance à la plainte de vostre Ministre et moins encores la prendre à pied levé.

Waldeck an Sommelsdyck. Dat. . . . . . 9. Jan. 1655.

Aprèz bien de peines j'ay fait connoistre notre veritable interest à mon maistre, qui aussy l'a embrassé avec beaucoup de vigueur et demeure très constant dans les resolutions. Mais je suis en doute, si je dois ou puis plus le retenir à préférer les petits advantages présents à l'espérance du bien qui lui doit venir de l'utilitée publique, où tous les autres luy monstrent par leur exemple, que des petits advantages font tousjours du bien, en attendant que tout se renverse, surtout lors que l'on le menage de mille choses. Nous avons veu la guerre de Bremen, laquelle estoit fort approuvée de la France; mais sans l'accommodement l'issue en auroit esté très advantageuse pour ceux qui ayment la ruine des bien intentionés et la désunion des princes de ces quartiers. Les discours de Slippenbach allarment, l'Electeur de Saxe a causé la ligue des Electeurs Catholiques avec le Duc de Nieubourg quoy qu'à conditions point desavantageuses à mon maistre, et l'armement des Suédois en ces quartiers icy et la joye quils tesmoignent de l'Estat de la Polonie, avec la froideur qu'on remarque pour les Protestants [sic]. Mais les discours que M^r le Cardinal a tenu en faveur du Duc de Neubourg, préférant sa conservation à cause de la Religion à l'advantage de l'Electeur de Brandenbourg, ne peuvent que faire désespérer tout succès pour la cause commune; et certes la France et la Suède se verront grandement trompés, s'ils laissent seulement les affaires dans l'estat present.

Il est bien vray, que toute resolution que nous pourrons prendre contre ces deux susdits en cas qu'ils nous y forcent, ne peut qu'estre très dangereuse pour les protestants et nous mesme. Mais ne voit on pas souvent un homme se noyer pour se sauver du feu? Enfin toutes les choses volontaires semblent moins rudes que les forcées. L'envoy de Monsr de Lombres, la passion que S. Em. tesmoigne contre le Sr de Viqfort à Paris et milles autres defaites ne nous flatteront plus. Nous voyons ou que lon ne connoist point les affaires de deçà ou que lon veut tirer la plume par le bec.

Mais tout cela attirera bien de malheur, si l'on n'y pourvoit de bonne heure. J'aime le bien commun; mais si personne ne l'aime que moy, que puis je faire? Il faudra alors laisser tout aller comme il peut. Je perds ma santé, je hazarde toute ma fortune et neglige les advantages que je pourrois tirer, et à la fin l'on m'accusera mesme, que j'ay

empesché le succez qu'on nous fait esperer de plusieurs endroits, et c'est ce qui me fascheroit le plus.

Pour ce qui est de ma personne, je ne m'en mets point en peine, ny regarde le bien, mais l'honneur me touche de prez. Je vous prie, si pouvez contribuer quelque chose aux remedes, faites le; il est très necessaire; si l'occasion presente eschappe, de nostre vie nous n'en trouverons point de pareille. Mais si nous en voulons servir, il faut appaiser les troubles du Nord. Mons[r] Chanut a eu autrefois un project d'un dessein qu'on attribuoit à M[r] Canazilies; il semble que l'on pourroit l'avoir gousté en Suede; s'ils le commencent, tout va au Diable. Car nous remuerons ciel et terre pous nous sauver, et certes, en telle occurrance je suis homme à conseiller de se servir de l'ayde du Grand Turck; car un Chrestien faisant des actions barbares doit estre consideré de mesme. Ha! que je vois de belles choses à faire, si je me voyois d'ailleurs secondé! Mais patience!

Waldeck an Sommelsdyck. Dat. Berlin 30. Jan. 1655.

Je suis bien aise, que vous faites paroistre tel dans vostre reponse du premier du Febr. que je vous ay tousjours connu, preferant l'honneur de vostre amy à l'advantage, que pourriez tirer de la conqueste d'un plus utile, et que vous interessez dans les desseins justes que je vous ay fait connoistre.

Vous seriez heureux, si pouviez satisfaire à vos souhaits, et je le serois avec vous, si l'appréhension que marquez, que la France a de la Suede, pust apporter du changement aux dangers, dont le bon party seroit menacé. Mais les paroles de S. Em. tesmoignent le contraire, disant ne pouvoir prendre le party de mon maistre contre les Suedois, là ou l'on ni luy demandoit rien, et que l'on n'estoit pas reduit à cette extremité de chercher du secours; d'où je puis conclure, que la doute de l'intention de ceux du Nord les fera mesnager de telle sorte, qu'ils passeront outre dans les desseins qu'ils pourroient former sans empeschement. Nous n'en sçavons rien encore, mais bien, que le C. de Slippenbach estant icy a dit, qu'ils ne se pourroient passer des havres de S. A. E. en Prusse, lesquels nous ne pouvons ny devons quitter; et autant que l'interest des provinces Unies requiert qu'ils demeurent dans les mains de mon maistre, autant doit estre suspect un tel dessein à la France; car si les Suedois voyent jour dans un tel establissement du commerce, comme ils pourroient esperer par la possession de ces havres, ils passeront outre, pour se rendre maistre du reste sur la mer Baltique; et ayant fait la paix avec ceux qu'ils veulent prendre pour pretexte de leur armement, avec l'aide de l'Espagne ils pourroient tenter quelque chose sur nostre estat, où la pretension sur quelque terre dans la Comté d'Oldenbourg leur pourroit servir pour s'approcher sans grand

soupçon de la Frise et executer les vieux desseins de l'Espagne de ce costé là; et pour estre assuré d'un pretexte apparent, ils ont faict l'accommodement avec Bremen, qu'à toute heure ils peuvent treuver suject d'armer en les quartiers; et non obstant le dessein contraire à ces sentiments nous ne pouvons agir librement ailleurs, dans l'incertitude de ce costé là. Qu'ainsi il faut de necessité qu'on establisse une estroite amitié entre ces Messieurs et mon maistre ou que l'on nous preste la main pour les traverser dans leur visée; ce qui sera facile, si la France y veut entendre, s'entremettant pour affermir la paix entre la Pologne et la Suede y compris mon maistre, et ne voulants escouter raison, de prendre party ou au moins le faire prendre à S. A. E., en l'assistant de quelques subsides. Cela ne se faisant pas, nous serons obligé de prendre des resolutions hazardeuses; nous formons un corps de six mil hommes à pied et deux mil chevaux, travaillons pour faire un fond; nous voyants secondés nous ferons venir ces Messieurs, lesquels estant bien avec nous ou nous engagés dans quelque dessein hors d'icy avec eux, la France en verra l'utilité, nostre intention n'estant autre que de conserver l'estat ancien de l'Empire, de maintenir autant qu'il nous est possible tout ce qui tient la balance entre ces pretendans sur la mer Baltique, à conserver l'interest des provinces Unies et favoriser les desseins de la France; ce qui nous est aisé, si la France veut.

Vous desirez que je m'estende sur les belles choses. Vous sçavez comme il est dangereux d'en fier à la plume, mais pour cette fois je le hazarderay de peur de perdre temps. Ne voyez vous pas ce que l'on peut faire pour le public dans l'election, changeant de maison ou mettant la couronne sus la teste d'un autre de la maison, qui ny de force ny d'interest est si considerable? Quel bien n'en adviendroit à la France à present! Quel soin qu'on prenne de garder la direction des armes et de tenir la bourse hors des mains de l'Empereur, ce nom aveugle plusieurs et ce respect faît treuver des soldats et autres assistances de plusieurs Estats de l'Empire; mais comme par le passé la France ne donnoit aucune preuve de veritable amitié et que la Suede nous tenoit en allarme par la detension de la Pomeranie, nous nous voyons les mains liés de mesmes. N'avez-vous pas veu, comme l'on a empesché les Espagnols de se servir des quartiers d'hyver du pais de Liege et autres terres de l'Empire? Le succès sera bien autre, si sommes assurés de la France.

Enfin ayant tout concerté en ces quartiers, il se peut faire un coup de maistre. Mais qui voudra conseiller telle chose avant qu'estre assuré des amis?

Enfin si la France nous delie les bras du costé du Nord, entre en estroite intelligence avec nous, je monstreray, qu'il n'a tenu qu'à eux qu'ils ne sont maistres des terres entre leurs frontieres et les nostres; dont toutes les particularités ne se peuvent point escrire, mais seroient

monstrées au doigt, sur tout si l'on employe des personnes, qui connoissent l'Allemagne.

Mais si l'on veut faire quelque chose, il ne faut pas traisner ni traitter les affaires d'indifferance, la plus grande partie de nostre conseil n'estant pas fort portée pour des affaires de cette nature. En bref, si l'on veut esperer quelque chose de bon de nous, il faut que l'on nous parle sans délay, que l'on fasse voir de l'ardeur, que l'on ne nous parle du commencement d'aucune guerre, mais de la defensive, que l'on ne tesmoigne pas de se vouloir ingerer dans les affaires de l'Empire, mais seulement l'intention effective de vouloir seconder toutes nos intentions pour la conservation et restablissement de la veritable forme de l'Empire, surtout que la France embrasse avec vigueur ce qui est requis pour establir une amitié entre la Suede et mon maistre. Vous verrez au moins de rien des succes incroyables et direz, que je suis plus propre à executer que je ne suis capable à vous deduire mon intention, laquelle est aussy sincere et veritable que je suis etc.

P. S. Ma femme venant vous m'excuserez que je vous envoy ce brouillon, estant obligé de faire le devoir d'un bon marry. Je vous prie au nom de Dieu de brusler ma lettre et de mesnager le tout; à l'advenir je me serviray d'une voye plus seure à m'expliquer mieux[1]).

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. de la Haye 9. März 1655.

. . . . . Je passe au depardt du Roy d'Angleterre pour ce Royaume; . . . mais cela est certain, qu'il a esté solicité, et avec presse, par des Deputés pour ce passage, et que le mescontentement contre Cromwel est si general, qu'il ne fault pas doubter, que les dispositions ne soyent de mesme pour le soulevement; ce qui non seulement faict que nous sommes aux escoultes, mais que je suis de plus en impatience d'apprendre ce malheureux prince en bon train de son restablissement, parce que sans doubte il causeroit aussi celuy de nostre vieux gouvernement.

Le Sr d'Opdam me demanda avant hyer, si je n'avois rien appris d'un grand desmeslé, que vous auriez eu avec la princesse Douariere, auquel il disoit que Madame l'Electrice auroit adjousté ung reproche bien aygre à Madame vostre femme; et parce que je suis bien asseuré, que des longtemps elle a souhaité de faire occuper vostre poste par un de ses nepveux, faicttes moy sçavoir, si elle a faict esclater son desseing, et comment en ce rencontre vous avez trouvé l'Electeur; car m'estant bien asseuré de la malice de l'unne, je me suis aussi defié de la fermeté de l'aultre.

---

[1]) Hiernach ist vielleicht zu vermuthen, daß dieser Brief gar nicht an seine Adresse abgegangen ist.

Cependant c'est unne grande grace de Dieu pour le bien des Estats de ce prince et pour le maintien de nostre Religion dans l'Empire, que Madame l'Electrice luy a faict ung fils; je prie donc de tout mon coeur, qu'il luy puisse estre conservé.

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. de la Haye 22. März 1655.

Ce n'a esté que le jour auparavant que j'ay receu vostre derniere, que j'ay veu de la propre main du Cardinal unne ample protestation, que ny l'intention du Roy, ny la sienne n'alloit en aucunne façon au trouble de l'Allemaignie par le moyen des Suedois, mais seulement pour par tous expedients, et principalement par l'intelligence et l'ayde des Allemans mesmes, restablir et affermir la liberté de l'Empire, et que pour cela le poids de vostre prince et ses interests y seront tousjours le plus consideré, et que pour cest effect, sur ce qu'on avait representé de ce qu'on desiroit entre luy et la Suede, que des le lendemain par expres on chargeroit le S[r] Avaugourd, qui reside en ceste Cour, de travailler par l'entremise de la France avec presse, pour oster toute diffidence par l'establissement d'unne bonne et ferme alliance entre ceste Couronne et vostre prince; et là dessus je luy ay faict proposer, que pour augmenter la confiance on vous debvoit aussi envoyer quelqu'un, afin que le concert entre ces deux Ministres s'en peust faire avec plus de promptitude et de fermeté; et au bout de dix jours je vous scauroy faire scavoir, si cela aura esté gousté.

Mais oultre cela il fault sur tout que vous scachiez, qu'il rejette tout ce de quoy on vous a voulu enjalouser de Mons. le Duc de Nieuburch, pour si extravagant et estonné, qu'il n'a daignié alleguer aultre chose sur ce subject, sinon qu'il fauldroit avoir perdu le sens, pour se porter à telle declaration ou resolution; et certes je croy, que tout ce que vous avez allegué est aussi fort consideré de ces Messieurs, de sorte que vous ne vous debvez inquieter de ce costé-la, de mesme que selon mon opinion l'armement des Suedois va plus pour se garantir des Moscovites, en procurant par la quelque accommodement entre eux et la Pouloignie, qu'à entreprendre sur les ports de Mons. l'Electeur.

Je loue pourtant et approuve vostre prudence a soignier, de ne vous laisser prendre sans verdt.

Et avec cela passant de vos affaires aux nostres etc. [Vermuthungen über das Schicksal der englischen Expedition]; après tout le plus scavant nê sait ou il est [le Roy d'Angleterre], et on demeure tousjours fort en doubte de ce que ce grand couvement eschoua.

Et parce qu'il y a icy des gens, qui m'ont parlé fort affirmativement d'un traicté qu'il y auroit entre ce prince et le vostre et que mesmes Mons[r] vostre frere est choisi pour commander le secours que Mons[r]

l'Electeur donne, je vous demande entre vous et moy, si cela est veritable; car parce que ce parti est fort accoustumé à se flatter, toutes leurs avances me sont fort suspectes.

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. de la Haye 5. April 1655.

Parce que nous n'avons encores jusques icy eu que les premiers advis du commencement du soulevement en Angleterre, et qui n'ont esté suivis que de rapports assez varians mais pourtant pour la pluspart fort à l'avantage du parti du Roy, je ne vous en diray aultre chose, sinon j'espererois aussi beaucoup plus, que je ne craindrois pour le mesme prince, si je ne remarquois, que depuis qu'on ma dict qu'un expres arrivé en cachette a comme redonné nouveau coeur à nos Libertins; par ou je conjecture que l'entreprise aura avorté; qui ne sera pas ung petit malheur pour ce pauvre prince, parce que Cromwel prendra de là asseurement occasion de se mieux et plus absoluement establir, et qu'aussi bien en ce pays qu'en vostre Cour nous ne pourrons jouyr des reflexions, qui nous en seroient arrivées à nostre advantage. ... Et après vous avoir asseuré, que je suis ravi de vous scavoir si bien dans l'esprit de l'Electeur, et vous avoir adverti de vous defier des caresses de la princesse Douarière, croyez que je participeray tousjours à vostre bonne et mauvaise fortune.

Waldeck an Sommelsdyck. Dat. Berlin 3. April 1655.

Je viens de recevoir vostre lettre du 22 de Mars et ne doute pas que n'ayez veu une lettre de la main de S. Em. qui contient ce que l'interest de la France requiert, mais je voudrois qu'ils prissent un peu plus de soin a fortifier la bonne intention pour lad^{te} Couronne que j'ay si soigneusement conservé jusques icy dans cette cour. L'on nous a flatté de mille esperances depuis deux ans sans aucun effect, et les propositions que l'on a fait, l'on les a negligées. C'est à present dans la crise, ou le plus apparant nous emportera et quoy que, comme vous dites, selon la raison nous ne devons estre en apprehension que la France seconde nos adversaires tels qu'ils puissent estre, je manque d'éloquence et d'industrie de surmonter les exemples journelles d'une apparence toute contraire à ce que nous devrions promettre, et tous mes soings sont en vain, si l'on continue ainsi.

Pour exemple vous diray je en confidence, qu'un regiment que mon frere avoit levé pour le faire passer ailleurs, dont il ne fait pas bon escrire, j'avois fait entretenir près de trois mois pour en accommoder la France; après une longue attente, longue capitulation ces Messieurs laisserent passer trois sepmaines après le terme ou la ratification devoit arriver, et le commissaire Granvelle tesmoigna une telle chiquane pour

l'entretien des trouppes, que je fus obligé de faire entrer mon frere en service auprès Son Alt. El. et me contenter d'une depence de dix mille francs, que mon frere et moy avions fait de gayeté de coeur. Cet accident et celuy que le mesme Granvelle me causa, lorsqu'il y a trois ans je voulois mesner toutes les trouppes au service de S. A. E. en France, fait que l'on se moque icy de moy et qu'aux affaires de plus d'importance l'on ne se fie pas. L'on me vient de dire que la ratification est arrivée, mais ce Regiment ne peut suivre, et si mon frere en pourra faire d'autres après avoir laissé aller les officiers, je n'en scoy rien; et cest ce que me fait douter du succès du dessein dont je vous ay fait part par le passé, la ou autrement soubs pretexte de nos levées nous ne laisserions pas seulement lever des trouppes, mais ayant un subside et un accommodement fait avec la Suede, où puissions treuver nostre seureté, j'ammenerois un aussy beau corps d'armée dans ce service là que l'on puisse souhaitter.

Vous me demandez si ce sera contre l'Empereur ou contre l'Espagne. Vous jugerez bien qu'il ne sera pas a propos de commancer la guerre dans l'Empire, mais l'ayant bien commancée de dela le Rhin, le reste suivra de soy mesme. Et pour m'esclaircir davantage, je vous dis que faisons 4000 chevaux et près de 8000 hommes a pied pour nous garantir de l'orage qui nous menace; nostre but va a faire un accommodement entre la Pologne et la Suede; celuy là treuvé, comme je n'en doute pas, si la France veut, nous pourrons nous passer de ces trouppes et en faire d'avantage en marchant, la France se preparant pour venir avec un corps considerable du costé de la Moselle vers la Meuse, et moy passant le Rhin la ou l'on jugera a propos après avoir concerté l'affaire, nous taillerons de la besoigne a ces Messieurs et treuverons moyen d'entretenir dans le Brabant et la Gueldre une bonne armée. Mais pour n'y envelopper avant saison directement mon maistre, il faudra que le tout soit concerté secrettement et point par un envoy public; ce n'est pas que je n'appreuve qu'il en vienne pour affermir les esprits encore inconstants de cette cour, mais il faudra qu'il aille aussy a Dresden et ailleurs pour couvrir l'intention et qu'on employe une autre personne pour le traitté ou qu'on laisse icy une personne secrette et adroitte comme Resident qui acheve le traitté le plus secrettement qu'il soit possible, et qu'ouvertement l'on se plaigne et tesmoigne du mescontentement de nous. Mais il faut que l'argent necessaire soit prest a Hambourg, pour donner pour le moins a un chevalier 20 Rthlrs. et 6 pour un fantassin avec les frais dans la marche; l'argent estant prest, le dessein appreuvé, le traitté entamé, il me faudra fournir de l'argent pour faire provision de ponts, pesles et autre equipage pour la marche, mesme pour faire une artillerie, qui se pourroit faire aisement. En attendant l'on se tiendroit icy en telle posture que l'on guetteroit l'Empereur et le rejouiroit comme il faudroit s'il vouloit bransler. Ce

seroit par ce moyen que l'on donneroit la derniere onction a cette redoutable puissance d'Espagne en deça la mer, surtout pendant la desunion de ces Mess[rs] en Braband, et que l'on s'opposeroit [à] la succession de la Maison d'Autriche dans la dignité imperiale.

En attendant le succès de ce dessein, j'en forme icy un autre, ne reposant pas avant qu'avoir contribué au restablissement de la liberté dans l'Empire et l'affermissement de la religion.

Je parts pour Prusse, addressez ma lettre a mon Secretaire nommé Ettlin icy, qui me l'enverra. Je vous prie de mesnager le tout comme l'importance de l'affaire le veut et de brusler la lettre tout aussy tost que l'aurez leue, dont je vous supplie comme aussy des precedentes, vous estant connu, quel malheur me pourroit arriver, si cecy esclattoit jamais, sans que l'execution se fist.

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. de la Haye 25. Mai 1655.

Ce n'est que depuis quatre jours que je suis revenu de Spyck, ou j'ay faict avec beaucoup de playsir le mestier de pasteur et de jardinier, et comme asteure je me preparois à vous escrire, la vostre du 27 du mois d'Avril, et escripte de Kuningsperg, m'a esté apportée. Elle m'a resjouy, et par le succes des vostre voyage, et par la bonne disposition que donnez aux affaires, que je voudrois qu'y eussiez desja achevées, afin que puissiez assister à vostre Cour à l'ouverture de celles qui s'y vont faire de plus grande importance; car vous scavez, combien il importe de bien commencer. Et afin que puissiez estre en bon prejugé, que tout ce que m'avez communiqué est entierement gousté, je vous envoye ung extraict, de ce qu'on y a respondu, et que j'ay veu de la propre main du premier mobile, à quoy je n'ay rien à adjouster, sinon que c'est asteure à vous, de vous adjuster avec l'envoyé et de bien cacher ceste negotiation; car la surprise donnera grand pied et facilitera beaucoup l'establissement du grand desseing.

La princesse de Tarante est accouchée à ce mattin d'un fils, et tout aussi tost par le moyen de quelques ungs de ses amis les Estats Generaulx luy ont faict offrir, d'en estre paroins. Le mary continue à s'oublier contre les interests de la Maison et d'adherer à ceux qui en sont ennemis.

Les Espaigniols sont icy en tres mauvais estat pour resister aux Francois, et mon fils me mande de Madrit, que tout ce qu'il y voit et apprend, luy faict bien cognoistre, que les eaux y sont extraordinairement bases, et que leurs affaires y sont descourues; et jugez par la, si encores avec cela les Anglois les attaquent aux Indes, on n'aura beau jeu, les entreprenant selon le project, de les mener bien viste et bien loing.

Comme j'en suis icy, ung confident, et qui est dans les Gecom-

mitteerde Raede de ceste province, vient de me dire, que ces Messieurs commencent à se rasseurer des Suedois, et a perdre de la chaleur qu'ils avoient eue pour traicter avec vostre prince, et cela sur l'advis qui leur a esté donné, qu'il estoit en bonne intelligence avec ceux-la, et mesmes agissoient de concert avec luy, par ou vous voyrez, comment ils sont bien informés, et qu'ils ne se portent aux choses non par prudence, mais seulement par pure necessité.

Waldeck an Sommelsdyck. Dat. Berlin 29. Mai 1655.

Je suis de retour; tout a succedé à souhait en Prusse. J'ay aussy bonne opinion de nos affaires et nous croy voir en estat d'executer le dessein vous connu, quoy que l'on ne pourroit pas nuire à l'affaire en la tenant un peu plus secrette de delà qu'on ne fait. L'on y prend le change si souvent qu'on ne scait qu'en juger. Vous verrez par les extraits icy joints qui ne viennent pas de nos ministres, quelle est la conduitte; l'on envoye un homme icy pour adjuster les affaires, et de delà l'on fait des nouvelles propositions, l'on donne des commissions d'agir conjoinctement avec Mr. de Lumbres à des personnes qui sont dans les interests de ceux là qui taschent à nous nuire; et mesme celuy, par lequel l'on a negotié avec moy, se donne à ceux dont soubçonnons l'intention. Enfin si vous scaviez toute l'histoire, vous admiririez la procedure. Je ne laisseray pas d'escouter l'envoyé, de faire mon possible pour l'execution du dessein et verray ce qu'il en arrivera. En attendant je fais un petit tour au pais de Brunswick et allieurs, mais crois estre de retour avant l'arrivée de Monsr. de Lombres.

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. de la Haye 15. Juni 1655.

Par la vostre du 18 de May vous m'avez faict cognoistre estre si prest de vostre depardt pour vostre Cour, que je ne doubte meshuy plus, que n'y soyez aussi bien arrivé, que par la mesme j'ay aussi appris avec beaucoup de joye, que vous vous estes bien acquitté de vostre commission. Mais le retour de Blommendael aupres de vostre prince me ne plaist pas, et je soupconne qu'il a esté moyenné de la princesse Douariere et de Suerin, pour se venger de l'advantage qu'avez eu sur le dernier, en vous faisant contrecarrer par celuy-la dans le Conseil. Mais quoy que je scay, qu'il a beaucoup de suffisance et encores plus d'artifice, si ne crains je pas pourtant, qu'il puisse vous nuire ou traverser dans vos bonnes maximes, puisque ung chasqu'un scait, que les siennes sont mauvaises et n'ont esté depuis quelque temps en aucunne façon goustées par l'Electeur.

Mais tout ce que j'apprehende, est qu'on travaillera à luy faire croyre, que la chaleur que vous tesmoigniez en ses affaires, ne procede

pas tant d'un zele et d'unne passion pour son bien, comme d'unne ambition et desseing de le gouverner; et parce qu'on m'asseure, que ce prince est fort jaloux et delicat de costé là, j'ay peur qu'avec cela et d'aultres intrigues on vous joue ung mauvais tour, que vous pourrez donc prevenir, si vous vous contentez seulement d'agir en bon conseiller, qui donne et forme des advis bien araisonnés et lesse puis apres à son Maistre le choix tout libre, pour s'en servir ou les lesser, afin de ne paroistre vouloir avoir trop de pouvoir dessus luy, ou aussi trop abonder en son sens; et je ne doubte, ou par ce moyen vostre qualité et capacité vous maintiendront en hault credict en despit de toutes les menées de vos ennemis. Voylà ce que l'affection, que je me conserve tousjours toute entiere pour vos interests, m'a obligé au retour de cest adversaire de vous dire, representer et prier en passant pour vostre bien.

Depuis l'extraict, que je vous ay envoyé, je n'ay ny parlé ny escript sur tout ce à quoy il respond; aussi c'est entre vous et le Sr. de Lombres qu'on se doibt entendre et adjuster; mais si on veult pour ce qui est de plus important unne personne, qui sera hors de soupcon de negotiation, et qui de part et d'aultre sera confidente et agreable, je vous propose le Sr. d'Armenvilliers, qui est homme de sens et vostre ami et le mien, et de plus auquel j'oserois fier ung secret comme à moy mesme. Parce que tous advis, encores que donnés à tors et à travers, sont receus dans ung Gouvernement confus comme le nostre, aussi ceux qui ont porté, que la Suede machinoit quelque chose contre cest Estat, ont faict peur à la plus part de ceux qui le gouvernent; parainsi la province de Hollande, nonobstant qu'elle craint vostre prince comme estroictement allié à la Maison d'Orange, s'est enfin resolue de traicter avecques luy à des conditions si passables, que je croy, que ce qui a esté si longtemps differé sera enfin parachevé dans peu de jours. La Suede cependant n'obmet rien pour se bien armer et empescher que personne ne la traverse en son desseing, et Spar est pour ce subject icy, qui desja a eu audience, en laquelle il a faict des grandes protestations de l'amitié et de la bonne intention de son Maistre; et apres ce compliment on scaura bientost ce qu'il desire de cest Estat.

Waldeck an Sommelsdyck. Dat. Berlin 25. Juni 1655.

Je suis de retour de mon second voiage. Mes ennemis ne nuiront pas tant à ma personne qu'ils pourroient faire au public et le sejour de l'homme, que me nommez, n'a pas duré long temps. Je vous rands grâces de vostre bon conseil. Par plusieurs traverses dans mes desseins j'ay appris, que la methode, que m'enseignez, est la plus seure. Vous ne scauriez croire les inventions dont l'on s'est servi contre moy et surtout dans cet armement; mais j'espere que tout s'evanouira.

Mons. de Lombres est icy, mais selon son dire médiocrement in-

struit et avec un plein pouvoir d'escouter nos propositions, mais point de conclurre quelque chose. Nous desirons sçavoir ce que l'on desire de nous et quelle condition l'on nous veut accorder. Il fait semblant de ne scavoir mesmes rien de ce que je vous ay escrit; tant y a, je ne vois pas beaucoup de disposition de faire quelque chose de bon avec ces gens la.

Les Suédois ont assiegé Dunenburg et marchent vers la Pologne; nous ont ce jourd'huy demandé passage. Nos trouppes s'assemblent aussy et en bref nous sçaurons, comment nous devons gouverner. Dieu sçait, que vos Messieurs feront; mais je vois bien, qu'ils travaillent plus pour leurs ennemis que pour leurs amis.

Enfin les affaires se menent de touttes parts de telle sorte qu'on voit, que la fortune y a plus de part, que la sagesse. L'on dit qu'a l'advenir les lettres pourroit courir risque en chemin; c'est pourquoy je vous prie de ne rien dire que ne veuillez qui soit public à l'advenir, si ce n'est par une voye fort seure. Je feray de mesme et suis à jamais etc.

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. de la Haye 20. August 1655.

Cependant je vous asseure, que les succes et les demarches du Roy de Suede mettent, et avec beaucoup de subject, cest Estat en des grandes apprehensions pour leur important commerce de la mer Baltique; mais parce que la prudence manque toujours au marchants, on n'y a pas aussi pourveu lors qu'il estoit temps, et asteure il est à craindre, que ce qu'on y veult envoyer, qui sont vingt et quatre navires, se trouveront trop faibles et y arriveront trop tard, et que lors et apres avoir irrité ce Maistre Roy, on taschera comme on a faict avec l'Angleterre, de l'appaiser par un Traicté, qui sera honteux à l'Estat et desadvantageux à nostre commerce. Et l'embarras de cest Estat s'augmentera, s'il se trouve veritable, que vous soyez sur le point de vous brouiller avec ce Roy; car depuis trois jours il est venu icy advis de Stettin, que vous vous en estes retiré, ayant refusé tout à plat les ports qu'on vous demandoit, avec ceste declaration, qu'on ne s'en pouvoit passer. Car si on vous attaque, il fauldra vous secourir selon les conditions du Traicté, et vous voyrez lors, comment on retombera dans la crainte, que par l'engagement d'unne guerre on sera necessité d'en venir à l'election d'un Chef, que les principaux de ce nouveau regime craignient comme la foudre, et des la jugez de vostre support. Et c'est pourquoy, si vostre prince est menacé de telle extremité, le plus seur pour luy en ce cas sera, d'avoir recours à l'Empereur, pour par unne reunion des Estats de l'Empire faire agir contre ce Roy comme contre ung Ennemi commun; et par ce moyen il se trouvera court en son desseing; car il est certain, que l'Allemaignie ne peult estre entreprise avec esperance de succes que divisée, ny aussi combattue que par elle-mesme.

Sommelsdyck an Waldeck. Dat. Surinam 5. April 1656.

Comme les tesmoignages de l'honneur de vostre souvenir honnorent et resjouissent extremement, je puis rendre tesmoignage qu'ils ne confondent pas moins. Ma vie a esté si pleine de disgraces et j'ay eu tant a luctter contre les Principautés et Puissances, qu'envié de leur ingratitudes j'ay creu ne devoir tenir que de Dieu et de moy ma fortune, veu leur injustices. Ce dessein, qui a surpris tout le monde, me l'a faict perdre de vous le communiquer pour le grand esloignement et distance de lieux, les raisons de part et d'autre ne recevant que bien tard leur replicques et fort imparfaictement. Mon age qui s'avancoit et le peu que j'avois faict dans ce monde me chagrinant, faute de meilleure occasion j'ay pris ce party, et benis Dieu du succes, dont il luy a pleu le favoriser en despit de la haine de mes ennemis, dont l'envie a esclaté a leur confusion et de l'Estat. Touts leurs artifices et callumnies ne prevauderont et ne morderont jamais au dessein que j'ay faict, de vivre honnorablement sans reproche et sans que mes amis et proches reçoivent honte de moy. Il a pleu a Dieu me porter dans un pays, que j'embrasse comme une bien meilleure patrie et plus favorisée du ciel; car quant au climat et terroir, rien ne s'y peut adjouster, vivant icy comme dans le Paradis terrestre, dans un continuel meslange de praintemps et de l'automne, dans le meslange de fleurs et des fruicts, et dans l'estonnement de voir le Noort de l'Europe peupelé, pendant qu'il y a des terres inutiles dans l'Amirique.

Le petit effort, que j'ay faict icy a mon arrivée contre les Indiens nos ennemis, nous a procuré la paix avecque eux, et quelque petite justice exemplaire a estably l'ordre par la crainte dans la Colonie tellement, que je vous puis asseurer, Monseigneur, que moyenant la continuation de [la] gracieuse assistance de Dieu, en peu d'années Surename entrera en consideration pour faire figure, estant desja augmentée de plus des deux tiers depuis mon arrivée.

Dieu, qui vous a destiné aux grands emplois, les couronnera, vous faisant triompher du monstre de la Chrestienté. Vous asseurant, que mes voeux et mes prieres accompagneront tousjours vos glorieux desseins et heroiques actions, avec ce chagrin toutefois de n'en pouvoir estre le fidelle tesmoing, puisque ma plus forte passion sera jusque au dernier soupir de vous donner des preuves de recognoissance, de zelle, d'obeissance, et de respect, m'estant devoué

Monseigneur

Vostre tres humble et tres obeissant serviteur

C. d'Aerssen de Sommelsdyck.

De Surename ce 5 Avril 1656.

II. Eigenhändiger Brief der Kurfürstin Louise Henriette an Waldeck. o. D. [1658] [1])

Je bien resu toute les vostre et vous auray respondu plus tost, si juse cru, que sella vous ust pu servir en queque chose; et nay pas layse [2]), quent il a este nesesajre, d'jnformer Monsegneur lellecteur de se que vous maves mende [3]); mais selle qui vous a pleu mescrire jher ma fort surprige, de vojr que vous vous vousles destacher tout a fayt de M. lellecteur, ne crajant pas que vous ajes des rajsons asses forte pour abandoner un Prinsse, qui a tousjour cherse [4]) les mojens a vous tesmoigner son affectjon; sest tout le contrajre de se que vous maves toutjour assuré encor a vostre despart a Cunisberg, que vous montreries au begoing [5]) la pasion, que vous avies pour seste majson, qui est mjntenant en un estat, ou vous usie [6]) pu montrer se que vous aves souen dit, que quen nous serjons en une crige destat, qualor [7]) vous tesmoigneray a vos enemis vostre jntension, que vous aves toutjour eu pour le bien de lellecteur, que vous voulies embraser avec tout le eselle [8]) posible.

Javoue, Monsieur, que ses assuransse me sont encor si claire devan les jeux, que la resolutjon que vous aves prige, de quiter le servisse de M. lellecteur, ma fort estoné, et tout se que vous me mende de vos malvilians na pas le pouojr de me fajre crojre que sen saje [9]) la rajson seule. Vous este trop sage pour vous amuger aux piquenterjes de lun ou de lautre; si sont des chose qui sont ordjneres a tous les cours, et vous ne fajte que par la de leur doner leur souhet. Je vous puis assurer, que je nay pu remarquer en M. lellecteur, quil aje change son affectjon envers vous; leslognemen de sa persone est vostre propre volonte, que vous aves desire avec enpresemen; et alor y se peut souen paser des chose, que sont prige dun autre fason quon les pensse.

Je vous parle libremen, Monsieur; vous saves ma franchise. Il me senble, quen se tens asteur [10]) vous aves tort de fajre une chose qui vous peut aporter du blame. Je ne doute pas, ou vous poures mieux trover vostre fortune et porter vostre anbjsion plus haut quisy [11]); mes jave eu tousjours la cransse [12]) que, puis que vous avés este le premier qui nous a mesne dens sest gere, qui a la longe ne peut estre que fort facheuge aux estas de lellecteur, vous voudrjes aussi avojr lhoneur de nous en fajre sortjr avec reputatjon. Mes jl senble, que sest une chose

---

[1]) Ich gebe denselben ohne alle Veränderung ganz in dem orthographischen Gewand des im Archiv zu Arolsen befindlichen Originals; nur die Interpunction, die dort auch fast gänzlich fehlt, habe ich hinzugefügt.

[2]) laissé. [3]) mandé. [4]) cherché. [5]) besoin. [6]) eussiez. [7]) qu'alors. [8]) zêle? [9]) c'en soit? [10]) qu'en ce temps à cette heure. [11]) qu'ici. [12]) croyance.

qui doit venjr de Dieu et pojnt des homes. Se penden, Monsieur, je vous suplie de crojre que, sy jl y a queque chose en quoy je vous puise servir, que jen seray tout jour tres aige de vous fajre parestre, que se ne son pas parolle, mes que je suis en effect

Monsieur mon Cousin

vostre tres affectjonée Cousine et servante

Louise d'Orange. El.

III. Gutachten Waldeck's „über den jetzigen Zustand der Welt Sachen im Römischen Reich" (1681).

(Vergl. oben S. 447.)

Daß das Römische Reich in schlechtem Zustande, sowol wegen innerlicher Mängel als auswärtiger Gefahr, sich befindet, wird niemand verneinen können. Daß diese auch nicht abzuwenden ist, ehe jene nicht corrigirt sein, wird ein jeder ebenmäßig gestehen müssen.

Es ist auch der Vernunft ähnlich, daß das Oberhaupt, der Römische Kaiser, als welcher das Ruder führen soll und muß, dazu vornehmlich arbeite.

Ob solches nun gebührlich geschehe oder nicht, darf von mir nicht in Zweifel gezogen werden.

Gesetzt aber, daß die darüber geführten Beschwerden, als beobachtete der Kais. Hof nicht allerends und zu allen Zeiten die Gebühr, gegründet wären, so ist man dennoch das Werk desperat laufen zu lassen deswegen nicht gezwungen, sondern vielmehr verpflichtet, solches nach aller Möglichkeit zu redressiren. Und darzu zu arbeiten seind vornehmlich neben allen andern verbunden diejenige, welche J. Kais. Maj. am nächsten und die Gott mit Verstand und Mitteln gesegnet, solches kräftig zu können thun.

Und sonderlich scheinet, daß J. Ch. D. zu Brandenburg, als welche im Reich neben der Churf. Würde so ansehnliche Lande besitzen, mit Gaben der Natur und großer Wissenschaft von Gott begabet, sowol wegen Situation dero Lande als Interesse der Religion und anderer Umstände halber an das Reich zu halten und es bei jetziger Form zu manuteniren dahin zu arbeiten vornehmlich große Ursach haben, welche auszuführen überflüssig sein würde.

Es ist zwar nicht ohne, daß J. Ch. D. wegen Ihrer treuen Sorgfalt zu Anfang und Ende des letzten Krieges nicht, wie wol zu wünschen gewesen, der Gebühr erkannt worden, und deswegen man vermuthen könnte, daß Sie des Erinnerns müde und Scheu tragen würden, sich in ein gleiches Laborinth [sic] ohne die äußerste Noth zu stecken.

> Der Kurfürst dürfe aber solcher Stimmung nicht nachgeben; die Gefahr und die Gegner wachsen; die Papisten sollen gefährliche Dinge vorhaben. Brandenburg darf dabei nicht zurückbleiben, sondern muß dem Reich zur Seite stehen —

in welcher Conduite J. Ch. D. Gottes Segen .... Gloire bei der ganzen Welt wegen Ihrer tapfern Resolution und zu seiner Zeit einen geruhigen Abschied aus dieser Sterblichkeit, wenn Sie Ihr hohes Amt durchgehends wol, auch in diesem Stück, verrichtet zu haben vergewissert sind, zu gewarten haben.

Es möchte dargegen wol eingewendet werden, J. Ch. D. irritirten den König von Frankreich durch solches Verfahren, setzten sich vor andern in Gefahr, da Sie bei Ihrer auf den Beinen habenden Macht auf allen Fall Ihr Interesse besser beobachten und in der Freundschaft mit dem König in Frankreich Ihren suspecten Nachbarn gewachsen sein könnten.

Hierauf mit wenigem zu antworten, so kann solches, aufs ärgste genommen, nichts anders wirken, als daß derselbe König unter dem Namen eines Krieges verfolgen wird, was er jetzo mit einem Gerichtsboten unter dem Namen der Justiz zu Spott ganz Europae verrichtet; und möchte die Raison eheuder suadiren, allerends mit bescheidenen doch kräftigen Worten zu bezeigen, daß man sich im Staat halten und ferner stellen wollte, damit man solch spöttlich procedere nicht länger müsse geduldem. Dieses würde nicht allein Credit bei dem Reich machen, sondern auch von andern Nachfolge verursachen.

Daß J. Ch. D. mit Ihrer auf den Beinen habenden ansehnlichen Mannschaft sich considerabel halten, daran ist nicht zu zweifeln. Daß aber selbige, nebst der Reichsverfassung und andern guten Concerten mit gleich Interessirten, jetzund mehr Kraft habe, als wenn Frankreich den Fuß über Rhein wird gesetzet haben, solches ist leicht zu begreifen.

> Was den etwa zu vermuthenden Nutzen aus der Freundschaft Frankreichs betrifft, so zeigt eine lange Erfahrung, wie wenig dies zu bedeuten hat.

Und mögen J. Ch. D. festiglich glauben, daß mit ofthochgemeltem König, als einem Conqueranten, nichts zu machen ist, dessen er sich nicht zur Ausführung seiner Desseine, zum Präjudiz aller andern, allein gebrauchen wird.

Und wie können J. Ch. D. etwas gutes von einem Könige vermuthen, der den Pabst zähmen, aber das Pabstthum selbst **nicht** über einen Haufen werfen, sondern dasselbe vielmehr befestigen, keinen Religionsfrieden gelten lassen, keinen Souverainen dulden und seine Prätensiones und Dependentien in infinitum extendiren will?

Und wie werden J. Ch. D. vor Ihre und der Reichsstände Jura unter einem Dominat wie jetzo sprechen? Ja, wie werden Sie unter einem französischen Römischen Kaiser, er sei mit Gewalt oder durch andere Wege dazu gekommen, ohne mit einer Armee auf dem Reichstag (wenn deren alsdann noch gehalten werden) zu erscheinen, reden dafür? Der Zustand in Frankreich zeiget die Hoffnung, so man davon vermuthen kann.

Ist also folglich zu schließen, daß auf die französische Freundschaft J. Ch. D. nicht länger, als gemelter König ihrer nötig, Staat zu machen; und je mehr demselben in einem und anderem nachgesehen, je weniger er Ihro Freundschaft achten wird. —

Hierauf wird vermuthlich ebenmäßig die Antwort folgen, daß J Ch. D. von

allen Alliirten übel getractiret, verlassen und das Versprechen ohnvollzogen geblieben und gelassen worden. Solches nun zu vertheidigen oder zuzustehen, stehet mir nicht zu. Aber dieses kann ich mit Bestande darauf sagen, daß keinem, wer der auch sei, zu rathen, auf auswärtiger Potentaten Hülfe das einige Fundament seiner Wolfahrt zu gründen und um eines Fremden willen, ohne gemeines Interesse, sich in Krieg und Gefahr zu setzen. Wie aber aller Klugen Exempel nach J. K. Maj. in Frankreich bald mit diesem, bald mit jenem Tractaten machet (deren er sich vormals in der Noth, jetzo aber seine Desseine zu facilitiren bedienet), keinen Haß oder Liebe in seinen Consiliis spüren läßt, sondern, nachdem er gleich mit dem König in Spanien in langer Ohnrichtigkeit gelebet, wieder gecajoliret, bis die Zeit, da er keine mesures mehr zu halten nöthig geachtet, herangekommen, die Vereinigte Provincien bald canaille, bald liebe und Bundesfreunde tituliret, ja Allianzen angeboten, und stündlich mit denen, welche er am meisten gehaßet, in neue Bündniß zu treten verlangete; und dies alles, um nur Trennung zu befördern und seine Gegenpartei zu schwächen: also werden J. Ch. D. nach dero hohen Vernunft consideriren, daß bei jetzig bekannter gemeiner Gefahr neben der Reichs- und eigener Verfassung die Correspondenz mit den benachbarten nützlich, und, wie jener König die Trennung suchete, die Einigkeit unter den gleich Interessirten, sonderlich mit denen Vereinigten Provincien und England zu befördern nöthig.

Und können diejenigen, gestalten Sachen nach, nicht aufkommen, welche vorgeben, daß man bei Holland keine Sicherheit hätte, daß J. Ch. D. so viel bei dem Staat zu fordern und übel desfalls begegnet worden; und England wie ein todt Corpus zu consideriren sei.

Dann wie schlecht die Sachen in England aussehen, so siehet man doch, daß Frankreich darauf Reflexion machet; zudem auch, wenn England sehen wird, daß ein jedweder das Seine bei der Sache thun will, sein eigen Interesse in dem publico beobachten will, werden die Consilia aldar mit der Zeit zu verbessern sein.

Holland betreffend, so wissen J. Ch. D., wie der Staat zwar durch viele Köpfe regiret wird und im gemeinen Lauf die Sachen zwar öfters den Passionen deren, so am meisten Credit haben, unterworfen sein und die wahren Maximen denen vor eine Zeit weichen müssen: Sie wissen aber auch, daß durch gute Conduite bei selbigen Leuten mit der Zeit viel auszurichten und der Staat nimmer die wahren Maximen verläßt; auch daß dero Churhaus die Assistenz von selbigem Staat vormals nützlich genossen. Es ist Ihro auch bekannt, was große Reflexion auf J. Ch. D. Person das Volk in selbigem Staat macht und was solches dero Churhause vor eine Stärke giebet, angesehen das Interesse von Religion und Staat so gemein, daß meines Davorhaltens die Prätensiones und Mißnügen, so J. Ch. D. an dem Staat und über dessen Conduite haben möchten, so hoch nicht zu consideriren sein — — — gestalt ich dann vermuthe, daß J. Ch. D. dero Nachkommen einen mehrbefestigten Staat lassen werden, wenn Sie denenselben in gemeinem Interesse verknüpfte Freunde machen und hinterlassen, als wenn Sie von allen benachbarten und im Reich gefürchtet bleiben sollten.

Schließe also in meiner Einfalt, daß das wahre Remedium, dem Röm. Reich zu helfen und J. Ch. D. in rechte Sicherheit zu setzen sei:

1) daß man einmüthig die Reichsarmatur, so gut sie auch sein mag, befördere...

2) daß man, wo nicht alle, doch die, so Kräfte haben, einmüthig vor des Röm. Reichs Respect und Beste zu reden bewege;

3) daß die stark Armirte, und unter denen J. Ch. D., bezeugen, daß sie neben der Reichsverfassung im Fall der Noth mittels behöriger Subsistenzhülfe ihre Macht mit zu des Vaterlandes Sicherheit und Manutenenz der profan- und Religionsfrieden mit anwenden wollen;

4) daß Sie solches den auswärtigen Potentaten bedeuten und zu gemeiner Ruhe mit zu arbeiten selbige zu bewegen suchen und denen, welche in trüben Wassern fischen wollen, durch die Einigkeit in den Consiliis im Reiche den Appetit benehmen;

5) J. Kais. Maj. alle Sorge, darin sie jetzo wegen des Mißnügen, so man gegen sie bezeiget, stecken, benehmen, sie animiren und alles so reguliren helfen, daß neben Ihro gebührender Autorität das gemeine und darin J. Ch. D. Interesse und Gerechtsame beibehalten bleiben und

6) unterdessen alle kleine Mißverstände ... mit den Benachbarten zurücksetzen 2c.

7) von Vollführung solcher Consiliorum und Anstalten durch nichts sich abhalten oder durch apparente kleine Bezeigungen von Frankreich in faveur der Religionsverwandten in selbigem Königreich, noch gegen Zurückgebung eines geringen und Behaltung eines größeren [Theils] von occupirten Landen, gegen den Münsterschen Frieden, sich begütigen lassen;

8) und bei formirter Armatur und obgedachter Correspondenz und Conduite mit den benachbarten Gewalten gesammter Hand vor den Frieden, ohne Krieg zu intendiren, vigoureux sprechen, auch

9) bei Entstehung des Successes solches Redens die in den Friedensschlüssen gesetzte Garantie gesammter Hand prästiren, und so solches einen Krieg wirken sollte, bei guter gemachter Anstalt das Aeußerste dabei aussetzen: alsdann ist an Gottes Beistand nicht zu zweifeln; widrigenfalls aber wird der Geist der Trennung unter uns regiren und geringe Leute groß, die großen Herren in Teutschland aber den geringen in Frankreich gleich werden, und unsere Kirchen gleiches Tractament, wie die in Frankreich, und wie die Besitzer der geistlichen Güter jenseit Rheins bereits empfinden, zu gewarten haben.

IV. Schreiben Waldeck's an den Kurfürsten. Dat. Welssen 29. Juni / 9. Juli 1683 (eigenh.).

(Vergl. oben S. 448.)

Die Liebe und Treue, womit ich E. Ch. D. stets verbunden bleibe, leidet nicht, daß länger verziehe, deroselben meine Hoffnung, daß Sie dem lieben Vaterland zu Trost mit dero höchstweisen Consiliis und tapferen Conduite bei gegen-

wärtiger Gefahr beitreten werden, zu eröffnen. Denn wie man ohnmöglich durch einen gestümpelten Frieden Ruhe und des Vaterlandes Conservation erlangen kann, und in allem weder ferneren Progressen von Frankreich in dem Röm. Reich zu leiden, noch daß demselben die entzogenen Oerter entwendet bleiben, viel weniger aber, daß gemelter König in J. Maj. von Dänemark Namen in der Ostsee herrschet (wie man in anderen Seen denselben gegen aller Welt Interesse der Meisterschaft sich anmaßen siehet), oder wenigstens wegen des Königes in Dänemark Prätension des Dominats in dem baltischen Meere und der Extension seiner Grenzen auf dem Reichsboden zuzulassen, E. Ch. D. Estat's Interesse zugeben: so muß vertrauen, daß dieselbe nach dero bekannten hohem Verstande begreifen werden, daß es Zeit sei, durch zusammengesetzte Macht und gemeine Consilia und dann Waffen den beständigen Ruhestand zu erreichen, es geschehe dann durch Güte oder durch Zwang.

Wie nun jenes bei gleichförmigen Reden apparent zu erlangen scheinet, so ist auch die Hoffnung zum guten Ausschlag bei ausbrechenden ferneren Gewaltthaten nicht ohne Grund; angesehen daß nebenst E. Ch. D. Macht eine große Anzahl wohlformirter Truppen auf den Beinen, welche durch E. Dchl. guten Rath und Vorgang zu dero ohnsterblichem Ruhm und beständiger Sicherheit dero Churhauses fruchtbarlich können gebraucht werden.

E. Dchl. werden mir es zu Gnaden halten, daß ich meinen Pflichten gemäß, welche mir das Stillschweigen in dergleichen Fällen verbieten, sagen muß, daß dero Churhauses Aufnehmen und Conservation in keiner anderen Partei (nächst Gottes Beistand) als in der, so vor den gemeinen Frieden und zu Erhaltung des Röm. Reichs Respect und der gedrückten Stände Errettung arbeitet, befördert wird; maßen außer solcher Partei, die Sachen laufen auch wie sie wollen, E. Dchl. Staat in große Gefahr gerathen muß.

Ich betagter und ohne männliche Erben seiender Mann würde vor meine Person mich in so gefährliche Sachen nicht stecken, wann Gewissen und Ehre, neben einem rechtmäßigen Beruf, mich nicht trieben. Auf solchem Grund werden E. Dchl. den schon um das Vaterland meritirten Ruhm zu vermehren und bei der Welt Ehre, von Gott aber den gewissen und beständigen Lohn zu gewärtigen, dero Vorhaben ohne Zweifel schon gerichtet haben, worzu Gottes reichen Segen zu erbitten nicht ermangeln werde. Und wie ich nach Franken gehe, die dahige Völker zu besehen, woselbsten auch einige vornehme Stände sich besprechen werden, so erwarte dero Befehl, ob deroselben von dem, was vorgehet, Nachricht geben soll. Der ich ohnveränderlich bleibe ꝛc.

Nachträge und Berichtigungen.

S. 26. Für Waldeck's Thätigkeit bei dem Krieg von 1651 ist noch zu verweisen auf Wicquefort hist. des Prov. Un. II. 97. — S. 41 Z. 13 v. o. lies Friedrich st. Christian. — Zu S. 6 und 78 sei noch auf die interessante Notiz in den Memoiren des Grafen von Guiche S. 208 verwiesen: „une Compagnie de Cavallerie en Hollande vaut dix mille Livres de Rente fort assurées". — S. 352 Z. 5 v. u. lies vor st. von; Z. 4 v. u. Rinsky st. Rinzky. — S. 416 Z. 6 v. u. lies Mardyk st. Mardyke.





